

Niederlande-Studien

***Zwei Schwestern in Europa.
Die deutsche und niederländische Sozialdemokratie zur Zeit
der Teilung Deutschlands 1945-1990***

**Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades**

der

Philosophischen Fakultät

der

Westfälischen Wilhelms-Universität

zu

Münster (Westf.)

vorgelegt von

**Marc Drögemöller M.A.
aus Hamm**

2005

Tag der mündlichen Prüfung: 22. Juli 2005

Dekan: Prof. Dr. Wichard Woyke

**Referent: Prof. Dr. Friso Wielenga,
Zentrum für Niederlande-Studien**

**Korreferent: Prof. Dr. Reinhard Meyers,
Institut für Politikwissenschaften**

INHALTSVERZEICHNIS

1.	EINLEITUNG	
1.1	ERKENNTNISINTERESSE UND FRAGESTELLUNG	1
1.2	FORSCHUNGSSTAND	11
1.3	AUFBAU DER ARBEIT	15
2.	PROLOG: <i>DIE SPD ALS VORBILD?</i> <i>DEUTSCHE UND NIEDERLÄNDISCHE SOZIALDEMOKRATEN SEIT 1894</i>	18
3.	TEIL I: <i>NEUANFANG IM KALTEN KRIEG: DEUTSCHE UND</i> <i>NIEDERLÄNDISCHE SOZIALDEMOKRATEN NACH UNTERDRÜCKUNG</i> <i>UND VERFOLGUNG (1945-1949)</i>	
3.1	<i>EINLEITUNG</i> WIEDERBELEBUNG UND VERÄNDERUNG: PVDA UND SPD FORMIEREN SICH NEU	34
3.2	EIN PARTEIENVERHÄLTNIS VOR DER SCHNELLEN REGENERATION? 3.2.1 MEHR VERNUNFT ALS VERTRAUEN: NIEDERLÄNDISCHER PRAGMATISMUS IM UMGANG MIT DER DEUTSCHEN SCHWESTER	43
	3.2.2 DIE RÜCKKEHR DER SPD IN DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEIEN	56
3.3	SOZIALDEMOKRATIE, INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND DIE ZUKUNFT DEUTSCHLANDS 3.3.1 AUßENPOLITISCHE STANDORTBESTIMMUNG UNTER DEN VORZEICHEN DES KALTEN KRIEGES	65
	3.3.2 REAKTIONEN AUF MARSHALLPLAN, BRÜSSELER PAKT UND BERLIN-BLOCKADE	72
3.4	<i>SCHLUSSBETRACHTUNG</i>	79
4.	TEIL II: <i>OST-WEST-KONFLIKT UND DEUTSCHE FRAGE: PVDA UND SPD</i> <i>IN DEN FÜNFZIGER JAHREN (1949-1961)</i>	
4.1	<i>EINLEITUNG</i> ZWEI UNGLEICHE SCHWESTERN: DIE PARTEIEN DES MINISTERPRÄSIDENTEN WILLEM DREES UND DES OPPOSITIONSFÜHRERS KURT SCHUMACHER	83
4.2	DIE DEUTSCHE TEILUNG WIRD REALITÄT: UNEINIGKEITEN DER ZWEI PARTEIEN IN IHREN AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHEN KONZEPTEN (1949-1955) 4.2.1 „KANZLER DER ALLIIERTEN“: ADENAUERS WESTINTEGRATION UND DIE GEGENSÄTZLICHEN BEWERTUNGEN UNTER SOZIALDEMOKRATEN	95

4.2.2	„OHNE MICH“? DIE WIEDERBEWAFFNUNG DER BUNDESREPUBLIK ALS ZANKAPFEL ZWISCHEN PVDA UND SPD	107
4.3	NACH DEN PARISER VERTRÄGEN: RÜCKWIRKUNGEN VON WIEDERBEWAFFNUNG UND NATO-BEITRITT DER BUNDESREPUBLIK AUF DIE SOZIALDEMOKRATIE (1955-1961)	
4.3.1	VORSTELLUNGEN À LA SPD: EUROPÄISCHES SICHERHEITSSYSTEM UND DEUTSCHLANDPLAN	119
4.3.2	ENDE EINES STRATEGISCHEN UMDENKUNGSPROZESSES: GODESBERGER PROGRAMM 1959 UND WEHNER'S BUNDESTAGSREDE IM JUNI 1960	131
4.4	<i>SCHLUSSBETRACHTUNG</i>	142
5.	TEIL III: „POLITIK DER KLEINEN SCHRITTE“ UND „WANDEL DURCH ANNÄHERUNG“: NIEDERLÄNDISCHE UND DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATEN UND DIE NEUE OSTPOLITIK (1961-1975)	
5.1	<i>EINLEITUNG</i> ZWISCHEN ANPASSUNG UND RADIKALISIERUNG: PVDA UND SPD IN DEN SECHZIGER JAHREN	148
5.2	VON AUßENPOLITISCHEN KRISENJAHREN ZUR INTERNATIONALEN ENTSPANNUNG (1961-1969)	
5.2.1	PHASE DER VERUNSICHERUNG: ZWISCHEN MAUERBAU UND DEN HINDERNISSEN IM EUROPÄISCHEN INTEGRATIONSPROZESS	164
5.2.2	DIE PVDA ENTDECKT DIE DDR	176
5.3	NACH DEM WECHSEL IM JAHRE 1969: DER FRIEDENSKANZLER, DIE VERSTÄNDIGUNG MIT DEM OSTEN UND DIE EUROPÄISCHE INTEGRATION (1969-1975)	
5.3.1	DIE OSTVERTRÄGE DER SOZIALLIBERALEN KOALITION	196
5.3.2	SOZIALDEMOKRATISCHES ENGAGEMENT FÜR EUROPA	211
5.4	<i>SCHLUSSBETRACHTUNG</i>	224
6.	TEIL IV: DAS ENDE DER ENTSPANNUNG? REAKTIONEN ZWEIER „FRIEDENSPARTEIEN“ AUF NACHRÜSTUNG UND NATO-DOPPELBESCHLUSS (1975-1982)	
6.1	<i>EINLEITUNG</i> DIE SPD, HELMUT SCHMIDT UND DAS KABINETT JOOP DEN UYL: EIN PARTEIENVERHÄLTNISS UNTER DEM EINDRUCK DEUTSCHER INNENPOLITIK IN DEN SIEBZIGER JAHREN	229
6.2	POLITISCHE HOCHSPANNUNG: DER WEG ZUM NATO-DOPPELBESCHLUSS (1975-1979)	

6.2.1	ZWISCHEN KONTINUITÄT UND WANDEL: SOZIALDEMOKRATISCHE AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK IN DER MITTE DER SIEBZIGER JAHRE	257
6.2.2	EINE AUSEINANDERSETZUNG BEGINNT: HELMUT SCHMIDTS REDE IN LONDON UND DIE DEBATTE UM DIE NEUTRONENBOMBE	269
6.3	DIE GROßE KONTROVERSE UM DIE NACHRÜSTUNG: ZWISCHEN MODERNISIERUNGSBESCHLUSS UND DEM DEUTSCHEN REGIERUNGSWECHSEL (1979-1982)	
6.3.1	DER SICHERHEITSPOLITISCHE ENTSCHEIDUNGSPROZESS IN BEIDEN PARTEIEN	283
6.3.2	SOZIALDEMOKRATIE UND FRIEDENSBEWEGUNG	299
6.4	<i>SCHLUSSBETRACHTUNG</i>	312
7.	TEIL V: ZWEITE OSTPOLITIK UND DEUTSCHE WIEDERVEREINIGUNG: AUßENPOLITIK ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT (1982-1990)	
7.1	<i>Einleitung</i> IN DER OPPOSITION: DIE GEWONNENE FREIHEIT ZWEIER PARTEIEN NACH DEN REGIERUNGSBÜRDEN	316
7.2	GEMEINSAME AUßENPOLITISCHE KURSRICHTUNG? SPD UND PVDÄ IN DEN ACHTZIGER JAHREN (1982-1989)	
7.2.1	DIE KEHRTWENDE DER SPD NACH DEM KANZLERSTURZ	333
7.2.2	DER POLITISCHE EINSATZ FÜR MENSCHENRECHTE IN OSTEUROPA UND DER UMGANG MIT DER DDR	343
7.3	DER WEG ZUR EINHEIT UND DIE FOLGEN: KONZEPTE UND KOMPLEXE DER SOZIALDEMOKRATIE (1989/90)	
7.3.1	„JETZT WÄCHST ZUSAMMEN, WAS ZUSAMMENGEHÖRT“: POLITISCHE ANTWORTEN AUF DEN MAUERFALL AM 9. NOVEMBER 1989	356
7.3.2	DIE AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE NATO-MITGLIEDSCHAFT EINES WIEDERVEREINIGTEN DEUTSCHLANDS	367
7.4	<i>SCHLUSSBETRACHTUNG</i>	381
8.	SCHLUSSBETRACHTUNG	388
9.	ANHANG	
9.1	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	412
9.2	LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS	414

1. EINLEITUNG

1.1 Erkenntnisinteresse und Fragestellung

Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die Völkergemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg war ein problematischer Prozess mit vielen Hindernissen. Zu tief gingen die Erinnerungen an die nationalsozialistischen Eroberungskriege und zu weit reichte der Schatten des Mordes an den Juden. Nichtsdestotrotz gab es bei den europäischen Nachbarn schon in den unmittelbaren Nachkriegsjahren Bestrebungen zur Kontaktsuche mit dem früheren Feind. Dies hing zweifellos mit dem unverzichtbaren deutschen Absatzmarkt zusammen, ohne den der europäische Wiederaufbau nicht möglich gewesen wäre. Vor allem aber machten der Kalte Krieg und die Angst vor einer Sowjetisierung Westdeutschlands die sicherheitspolitische Einbeziehung der Bundesrepublik notwendig.¹

Nahezu exemplarisch für den Gegensatz zwischen Misstrauen und Unbehagen auf der einen und dem Zwang zur Einbeziehung auf der anderen Seite steht das Verhältnis der Niederlande gegenüber der Bundesrepublik.² Über Jahrzehnte hinweg hat die deutsche Besatzungszeit zwischen 1940 und 1945 ihre Spuren in dem Nachbarland hinterlassen und das niederländische Deutschlandbild geprägt. Trotz der großen Abneigung sprach sich die Mehrheit der Niederländer für eine Wiederaufnahme des Handels mit dem deutschen ‚Hinterland‘ aus.³ Darüber hinaus ließ die in den Niederlanden vorhandene Befürchtung vor einer sowjetischen Expansion spätestens mit dem Ausbruch des Korea-Krieges 1950 die Einsicht reifen, dass eine militärische Sicherheit in Europa nur gemeinsam mit der Bundesrepublik vor der Sowjetunion zu erreichen sei. Diese ambivalente niederländische Haltung gegenüber dem größeren Nachbarn spiegelt sich in den Titeln verschiedener Studien wider, die sich mit den Beziehungen beider Länder nach 1945 beschäftigt haben: „Argwohn und Profit“, „Nachbarn zwischen Nähe und Distanz“, „Westdeutschland: Partner aus Notwendigkeit“. Dies sind nur wenige Überschriften, mit denen sich das kontrastreiche Verhältnis zwischen Deutschen und

¹ Vgl. hierzu grundlegend u.a. SOE, C./D. VERHEYEN (Hrsg.), *The Germans and their Neighbours*, Boulder/San Francisco/Oxford 1993; WINKLER, H.A., *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, Bd. 2, München 2000.

² Vgl. zum deutsch-niederländischen Verhältnis das umfassende Werk von WIELENGA, F., *Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und Deutschland seit 1945*, Münster 2000.

³ Dies ging aus Umfragen im Jahre 1947 hervor, in denen rund 77 Prozent der Befragten ihre antideutschen Gefühle zum Ausdruck brachten, gleichzeitig aber 53 Prozent für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik plädierten. Vgl. WIELENGA, F., *West-Duitsland. Partner uit noodzaak. Nederland en de Bondsrepubliek 1949-1955*, Utrecht 1989, S. 225.

Niederländern in seinem Grundtenor beschreiben lässt.⁴ Auf den ersten Blick liegt es nahe, diesen Umstand nur mit den Folgen aus Krieg und Besatzungszeit erklären zu wollen. Hinzu kommt aber eine grundsätzliche Verschiedenartigkeit beider Länder, die nicht nur in Größe und Lage, sondern auch hinsichtlich ihrer politischen Kultur deutlich wird. Hieraus erwuchs bereits viel früher eine offensichtliche Differenz, die sich ebenfalls auf die bilateralen Kontakte und das politisch-psychologische Befinden auswirkte.⁵

Die bereits umfassend beleuchteten deutsch-niederländischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich bisher überwiegend mit den Kontakten beider Nachbarn auf Regierungsebene und den niederländischen Aversionen gegenüber der Bundesrepublik auseinandergesetzt.⁶ Eine wissenschaftlich kaum beachtete Bedeutung in dieser seit 1945 stetig gewachsenen bilateralen Zusammenarbeit beider „ungleicher Nachbarn“⁷ nehmen die deutschen und niederländischen Sozialdemokraten ein. Ihre doppelte Identität – national als Niederländer und Deutsche und international als Solidarität bekundende Sozialdemokraten – bereichert und nuanciert den Blick auf das Verhältnis zwischen beiden Ländern. Die zwei Schwestern Partij van de Arbeid (PvdA) und Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) pflegten vor dem Hintergrund ihres eigenen Selbstverständnisses als international ausgerichtete Organisationen intensive Verbindungen zueinander. Beide Parteien waren bereit, ihre politische Verantwortung für die Zukunft Europas zu übernehmen. Dies zeigte sich nicht nur auf multilateraler Ebene im Rahmen der Sozialistischen Internationale und der Vorläuferorganisation COMISCO, sondern auch bilateral in eigenen, vielfältigen Kontakten, die unmittelbar nach Kriegsende aufgenommen wurden. Zugleich waren beide Parteien als politische Interessenvertretungen vor allem Repräsentanten ihrer Länder, deren nachgelagerte Anliegen und Traditionsbestände sie mit Blick auf die nationalen Prämissen abdeckten. Ausgehend von diesem jeweiligen Grundverständnis erschloss sich ein eigener, den Bedürfnissen des Landes angepasster Leitfadens in der

⁴ BEUNDERS, H.J.G./H.H. SELIER, *Argwaan en profijt. Nederland en West-Duitsland 1945-1981*, Amsterdam 1983; HESS, J.C./H. SCHISSLER (Hrsg.), *Nachbarn zwischen Nähe und Distanz. Deutschland und die Niederlande*, Frankfurt am Main 1988; WIELENGA, F., *West-Duitsland. Partner uit noodzaak*, a.a.O.; vgl. auch LADEMACHER, H., *Zwei ungleiche Nachbarn. Wege und Wandlungen der deutsch-niederländischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Darmstadt 1990.

⁵ Vgl. u.a. BEENING, A., *Onder de vleugels van de adelaar. De Duitse buitenlandse politiek ten aanzien van Nederland in de periode 1890-1914*, Diss. Univ. Amsterdam 1994; BOTERMAN, F., *Duitsland als Nederlands probleem. De Nederlands-Duitse betrekkingen tussen openheid en eigenheid*, Amsterdam 1999 (= *Duitsland Instituut Cahiers*, Bd. 4).

⁶ Vgl. neben den genannten Studien auch VIS, J./G. MOLDENHAUER (Hrsg.), *Die Niederlande und Deutschland. Einander kennen und verstehen*, Münster u.a. 2001.

⁷ LADEMACHER, *Zwei ungleiche Nachbarn*, a.a.O.

Außen- und Sicherheitspolitik, dem die zwei Parteien vorstanden. Freilich sind Größe, Geographie und die daraus resultierenden sicherheitspolitischen Erfordernisse der beiden Nachbarn entscheidend für die Meinungsbildung von PvdA und SPD und ihre gegenseitigen Kontakte gewesen. Die aus der Gegenüberstellung zwischen Deutschland und den Niederlanden herrührende Inkongruenz erfasste die beiden Parteien und bedingte den politischen Handlungsrahmen ihres Verhältnisses. Ein besonderes Augenmerk fällt daher auf die Anerkennung der Divergenz beider Länder und ihrer politischen Klasse, zu der die sozialdemokratischen Parteien mit möglicherweise differenten Positionen gehörten. Auf welche Weise begegneten PvdA und SPD diesem deutsch-niederländischen Kontrast – oder befanden sich beide aufgrund ihrer ideologischen Herkunft viel stärker auf einer gemeinsamen Wellenlänge, als es der erste Eindruck vermuten lässt?

In den Niederlanden bestand nach dem Scheitern der Neutralitätspolitik Konsens über die Unumgänglichkeit einer aktiven Rolle, die die Haager Regierung im Konzert der westlichen Staatengemeinschaft einzunehmen hatte. Im März 1948 gehörte man zu den Gründungsmitgliedern des Brüsseler Paktes und stand im April 1949 Pate bei der Entstehung des Nordatlantikpaktes. Die eingerichtete Benelux-Union mit Belgien und Luxemburgern, dem Experimentierfeld für künftige Kooperationsmodelle internationaler Zusammenarbeit, bildete die Folie für niederländische Pionierarbeit bei der Herausbildung integrativer Strukturen auf dem europäischen Kontinent. In einem Land, das im Norden und Westen vom Wasser umgeben ist und im Osten an Deutschland angrenzt, war die Einsicht nicht weit, dass die Beziehungen mit dem früheren Feind eine Schlüsselposition einnehmen würden. Dieser sollte an der westlichen Gemeinschaftsarbeit nicht nur beteiligt, sondern fest in sie eingebunden werden. Die PvdA stützte diesen vor dem Hintergrund des Kalten Krieges notwendig gewordenen Erkenntnisgewinn und bemühte sich nach kurzem Innehalten, die Deutschen beim Wiederaufbau demokratischer Strukturen zu unterstützen. Für die niederländische Sozialdemokratie war ein institutionalisiertes Europa ohne die Bundesrepublik nicht denkbar, was dazu führte, dass sie die Beziehungen mit der SPD in ein besonderes Licht stellte. Automatisch suchte die PvdA den Kontakt zu ihrer Schwesterpartei, polierte notgedrungen alte Bekanntschaften wieder auf und versuchte, über die SPD Einfluss auf deutsche Belange zu nehmen. Umso empörter zeigte man sich unmittelbar vor 1949 und erst recht in den Jahren danach, weil die Partei Kurt Schumachers nicht mit einer ähnlichen Quintessenz auf den verlorenen Krieg und die

internationale Lage reagierte und in erster Linie deutsche Wiedervereinigungshoffnungen vorantrieb, anstatt die atlantisch-europäische Integrationspolitik zu forcieren. Die niederländischen Parteifreunde mussten feststellen, dass es die konservative Regierung des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer war, die jene Politik der Westintegration umsetzte, die man ursprünglich von der SPD erwartet hatte. Die Meinungsbildung in der Bundesrepublik verlief in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik nicht so einhellig, wie es sich die PvdA mit Blick auf das niederländische Sicherheitsbedürfnis und die geordneten Verhältnisse im eigenen Land vorgestellt hatte. Zwangsläufig erwachsen aus dieser Konfliktlinie sehr viele Fragen praktischer Art für das politische Miteinander der beiden Schwesterparteien, die es näher zu betrachten gilt. Zu welchen Kontroversen kam es in der gegenseitigen Debatte über sich abzeichnende Folgen des Ost-West-Konfliktes und der darin eingebetteten ungelösten deutschen Frage? Welche Grundüberzeugung vertrat die niederländische Sozialdemokratie nach dem Krieg gegenüber dem gestrigen Feind Deutschland? Welche gegenüber den deutschen Sozialdemokraten, die vielfach Opfer des Nationalsozialismus geworden waren? Ging es der PvdA ausschließlich um eine politische und militärische Einbindung der Bundesrepublik in Europa und in die NATO, um auf diese Weise das niederländische Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen?

Die frühe Phase in den Beziehungen zwischen PvdA und SPD schält zudem wegweisende Merkmale heraus, die tiefgründiger und für die gesamte Untersuchung des Verhältnisses und den Stellenwert der Beziehungen zu beachten notwendig sind: die Frage der gegenseitigen Einflussnahme und der wechselseitigen Perzeption. Inwieweit gelang es der PvdA als Schwesterorganisation, auf die SPD einzuwirken und sie zu einer Veränderung ihrer außenpolitischen Fährte zu bewegen? In welchem Maß ließen sich die deutschen Parteifreunde vom Engagement der niederländischen Partei beeindruckt, und wie reagierte man in Bonn auf deren Anempfehlungen? Es muss ferner die Frage nach der Verhältnismäßigkeit gestattet sein: Inwieweit waren die Kontakte möglicherweise einseitig organisiert? Hatte die PvdA ein stärkeres Interesse an intensiven Verbindungen mit der SPD, oder verfolgte nicht gerade auch die deutsche Partei Absichten einer wünschenswerten Auseinandersetzung mit den niederländischen Partnern, um auf diese Weise zu Verständigung und Versöhnung beider Länder beizutragen und die drängenden außenpolitischen Fragen zu erörtern? Waren die Niederländer (und damit auch die PvdA) als feste Größe im europäischen Integrationsprozess und als treue Verbündete der Vereinigten Staaten nicht wertvolle

und unverzichtbare Partner? Die spezifischen Kriterien der beiderseitigen Wahrnehmung und der Gelegenheit der politischen Einwirkung auf die andere Schwesterpartei finden nicht nur bezogen auf die erste Dekade nach dem Zweiten Weltkrieg ihre herausragende Berücksichtigung, sondern strahlen modellhaft auf die darauffolgenden Jahrzehnte aus. Für den Fortgang des Verhältnisses ist daher ebenfalls zu fragen, ob und in welcher Form sich beide Parteien politisch bearbeiteten und wie sich ihre Standpunkte, aber auch ihr Beziehungsrhythmus im Verlauf der sechziger, siebziger und achtziger Jahre veränderten. Wie wirkten sich die Kontakte auf den innerparteilichen und den gegenseitigen Meinungsbildungsprozess aus? Die analytische Aufklärung der jeweiligen Motive beider Parteien erschließt sich aus der Untersuchung ihrer Antworten, die sie auf offene Fragen wie die Herausbildung deutscher Selbstbehauptung und Selbstentfaltung, die Teilung des Landes und den daraus entstandenen Konsequenzen für die Sicherheit und Stabilität Europas gegeben haben, und bildet die Voraussetzung für die Entschlüsselung des Verhältnisses.

Am Ende dieser Studie wird zu beantworten sein, inwieweit PvdA und SPD als feste Konstanten auf dem Feld der deutsch-niederländischen Beziehungen selbst ein paralleles Beziehungsgeflecht entwickelt haben, in dem insbesondere der außenpolitische Komplex eine herausragende Bedeutung einnahm. Die Ursachenforschung hat sich folglich in der Außen- und Sicherheitspolitik beider Parteien und ihren gegenseitigen Auseinandersetzungen hierüber zu manifestieren. Die Untersuchung beginnt im Jahre 1945, da sich PvdA und SPD mit den Vorbereitungen ihrer Wiedergründungen und vor dem Hintergrund der Großwetterlage des Kalten Krieges frühzeitig die Frage nach der Zukunft Deutschlands und der eigenen Sicherheit stellten. Von hier aus wird ein inhaltlicher Bogen bis zur Wiedervereinigung im Jahre 1990 geschlagen, die die Teilung Deutschlands und Europas beendete und auch der Sozialdemokratie eine Antwort auf die bis dahin intensiv begleitete offene deutsche Frage gab.⁸ Die Bezugsebene der Arbeit ist die Außen- und Sicherheitspolitik zweier sozialdemokratischer Parteien. Ihr Umgang mit der deutschen Frage, zwischen 1945/46 und 1990 die sicherheitspolitische Schlüsselfrage in Europa, wird eine vorherrschende Rolle einnehmen. Somit stehen alle jene ungelösten Unwägbarkeiten politischer, symbolischer und rechtlicher Art, mit denen sich PvdA und SPD und zugleich Niederländer und Deutsche als Nachbarn beschäftigt haben und denen sie verschiedene

⁸ Vgl. DRÖGEMÖLLER, M., *Projektskizze: Zwei Schwestern in Europa. Die deutsche und niederländische Sozialdemokratie zur Zeit der Teilung Deutschlands 1945-1990*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien 2002*, Münster 2003, S. 194-197, S. 194f.

Rezepte entgegenstellten, im Vordergrund. Sicherlich lag eine der wichtigsten Forderungen der niederländischen Sozialdemokratie zunächst darin begründet, einen erneuten deutschen Alleingang unter allen Umständen zu vermeiden. Dieser Grund war es, der die PvdA mit einem wachsamem Auge auf die Bundesrepublik und die dortige Schwesterorganisation SPD blicken ließ. Deren außenpolitischer Entwicklungsprozess – das zunächst mit Nachdruck verfolgte Ziel der Einheit der Nation, die später folgende Anerkennung der Westintegration und die in eigener Regierungsverantwortung selbst initiierte Versöhnung mit den Staaten Osteuropas in den siebziger und ihre Fortsetzung als Oppositionspartei in den achtziger Jahren – wurde seitens der PvdA sehr eng begleitet. Aber auch die SPD verfolgte einen engen Austausch mit der niederländischen Partei, weil diese über etablierte Außenpolitiker in internationalen Gremien verfügte und ihre Fortschrittlichkeit insbesondere auf europapolitischem Terrain unter Beweis stellte. Eine wünschenswerte Auseinandersetzung mit der PvdA wurde auf deutscher Seite über die Jahre als hilfreich empfunden, um in grenzüberschreitender Zusammenarbeit Initiativen vorzubringen und diesen dank der gemeinsamen Kooperation mehr Nachdruck auf internationaler Ebene zu verleihen.

Der längerfristige Prozess zwischen der Teilung Deutschlands und der deutschen Wiedervereinigung im Jahre 1990 nahm keineswegs in selbstverständlicher und kaum in logischer Abfolge seinen Lauf, so dass Motive und Reaktionen in beiden Parteien immer wieder neu angepasst werden mussten und sich je nach Bedürfnis mal weniger und mal stärker voneinander unterschieden. Daher wird vor allem zu fragen sein, wie ihre spezifischen Konzeptionen auf dem langen Weg zwischen den unmittelbaren Nachkriegsjahren, der Gründung der Bundesrepublik und der Wiedervereinigung Deutschlands angelegt waren und wie sie sich vor dem Hintergrund der europäischen und bilateralen Entwicklung veränderten. Die drängenden Fragen, die sich aus den verschiedenen Aufgaben und Anforderungen von Sicherheitspolitik für das Wirken von SPD und PvdA ergaben, sind vielfältig: Welche Vorstellungen hatten die zwei Schwesterparteien in den fünfziger Jahren von der neuen Rolle der Bundesrepublik und ihrer Einbettung in die westliche Staatengemeinschaft? Wie reagierte man auf die Einflüsse des Kalten Krieges in den fünfziger Jahren und zu Beginn des folgenden Jahrzehnts? Wie wurde die Neue Ostpolitik parteipolitisch begleitet und welche Reaktionen kamen auf, als die eingetretene Phase der Entspannung in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in Gefahr geriet? Wie entwickelte sich das Verhältnis beider Parteien gegenüber der DDR und den osteuropäischen Staaten in den achtziger Jahren?

Und schließlich: Welche Positionen nahmen SPD und ihre niederländischen Parteifreunde nach dem Mauerfall und im Einigungsprozess ein?

Konkret wird im Vordergrund stehen, die aus den Anliegen der Länder hergeleiteten Beweggründe beider Parteien gegenüberzustellen und der Frage nachzugehen, in welchen Abschnitten PvdA und SPD sehr ähnliche oder völlig verschiedene Standpunkte vertraten. Wie bewusst orientierten sich die zwei Organisationen an der Berücksichtigung des jeweiligen nationalen Hintergrundes, damit ihre Beziehungen als geeigneter Indikator für das Verhältnis der beiden Länder herangezogen werden können? Handelte es sich folglich um nationalstaatstreue Parteien oder wurde die staatliche Außenpolitik mit einer „Nebenaußenpolitik“⁹ überspielt? In Verbindung mit diesen und weiteren Fragen muss stets der oben besprochenen Inkongruenz, die Ungleichheit der zwei Nachbarn, als Konsequenz für das außenpolitische Wirken der Parteien Rechnung getragen werden. Aber auch ihre eigene politische Lage ist von besonderer Bedeutung. Als erfolgreiche Regierungspartei, die die PvdA in den fünfziger Jahren zu einer der wenigen sozialdemokratischen Ausnahmeerscheinungen in Westeuropa werden ließ, hatte sie gewiss einen größeren Spielraum inne als die bis 1966 recht erfolglose Oppositionspartei SPD. Umgekehrt gehörte die deutsche Partei nach 1969 zu den Schrittmachern einer neuen Ost- und Entspannungspolitik, die auf niederländischer Seite ihre Beachtung fand. Die SPD hatte mit Blick auf die Teilung ihres Landes zweifellos eine andere Rolle zu vertreten als die PvdA in den kleineren, zu den wichtigsten Pfeilern europäischer Zusammenarbeit gehörenden Niederlanden. Dennoch besaß die niederländische Sozialdemokratie gewiss mehr als nur einen reinen Beobachterstatus, auch wenn sich ihr Einfluss ohne Regierungstätigkeit in den sechziger und achtziger Jahren naturgemäß verringerte. Nicht anders erging es der SPD bis zur Bildung der Großen Koalition 1966 und nach dem Ende der sozialliberalen Ära 1982. Gerade aber die streckenweise fehlende Parallelität in den Entwicklungslinien beider Parteien, die Differenz in Größe, Bedeutung und Lage ihrer repräsentierten Länder und den daraus unabwendbar folgenden Diskrepanzen fordern eine genauere Betrachtung geradezu heraus. Mit der Einordnung der Intensität und der Qualität der Beziehungen zwischen PvdA und SPD können darüber hinaus Rückschlüsse auf ihre jeweiligen Kontakte zu anderen Schwesterparteien gezogen werden. Welchen Stellenwert nahm ihr gegenseitiges Verhältnis im Bezugsrahmen der Sozialistischen Internationale ein? Nicht

⁹ SEIDELMANN, R., *Parteien und Internationale Politik*, in: WOYKE, W. (Hrsg.), *Handwörterbuch Internationale Politik*, 7. Aufl., Opladen 1998, S. 342-345, S. 343.

minder bedeutsam ist die Betrachtung des Beziehungsgeflechts der zwei Parteien hinsichtlich des deutsch-niederländischen Verhältnisses mit der Problematik seiner wechselseitigen Wahrnehmungen. In welcher Form war das gemeinsame Arrangement von PvdA und SPD, ihr politisches Tagesgeschäft, betroffen, wenn die empfindsame deutsch-niederländische Nachbarschaft angegriffen oder zumindest gestört war? Funktionierten die Sozialdemokraten der zwei Länder als Seismographen der bilateralen Verbindung zwischen Den Haag und Bonn?

Für die umfassende Auflösung der unmittelbaren Kontakte zwischen PvdA und SPD steht eine Untersuchung ihrer zahlreichen Berührungen – zwischen Parteivorsitzenden, den internationalen Parteisekretären, den Parlamentariern – im Vordergrund. Auch wenn der Vergleich der außenpolitischen Positionen und der Motive für ihre Handlungsstränge im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen, darf die Einbeziehung innenpolitischer Prozesse nicht fehlen. Aus diesem Grund wird jedes Hauptkapitel mit einem Überblick eingeleitet, der die gesamtpolitischen Entwicklungslinien der zwei Schwesterparteien seit den vierziger und fünfziger Jahren hervorhebt und berücksichtigt. Wie veränderten sich die programmatischen und wahltaktischen Leitflanken, welche Auswirkungen hatten inner- und außerparteiliche Strömungen, wie entwickelten sich die zwei Parteien während und zwischen Regierungs- und Oppositionszeiten? Diese zu untersuchenden Merkmale dienen als entscheidende Voraussetzung für eine umfassende Auflösung des bilateralen Verhältnisses. Ein besseres Verständnis des inneren Gefüges der jeweiligen Partei, ihrer programmatischen Ausrichtung und der gesellschaftspolitischen Hintergründe, vor dem ihre Politik betrieben wurde, lassen Unterschiede in der politischen Kultur beider Länder deutlich werden. Diese herauszuarbeiten, ist wichtig, um die gegenseitigen Perzeptionen, die PvdA und SPD voneinander besaßen, nachzuvollziehen. Zugleich lassen sich Rückschlüsse zu den gemeinsamen Debatten in der Außen- und Sicherheitspolitik ziehen, weil deutlicher wird, aus welchem Anspruch heraus die Parteien ihre Politik betrieben haben. Die aus der Brisanz des deutsch-niederländischen Verhältnisses bedingten Ungleichheiten, die sich auf die Parteien übertrugen, finden hier ihren Raum für eine genauere Betrachtung. Ein wichtiger Ansatzpunkt ergibt sich in diesem Zusammenhang auch aus dem Umgang mit der Vergangenheit. Welche Schatten warfen die Erinnerungen an Krieg und Besatzungszeit auf die Parteibeziehungen in den ersten Nachkriegsjahrzehnten, oder herrschte mit Blick auf den gemeinsamen Wiederaufbau zwangsläufig eine schnelle Normalität in der politischen Kooperation vor? War das

atmosphärische Klima zwischen PvdA und SPD nachhaltig gestört, oder konnten deutsche und niederländische Sozialdemokraten an die traditionell enge Zusammenarbeit seit dem Ende des 19. Jahrhunderts anknüpfen? Ergänzend schließt sich die genauere Betrachtung ihrer Zusammenarbeit im Rahmen der Sozialistischen Internationale an. Welche außen- und sicherheitspolitischen Motive wurden hier von PvdA und SPD in Zusammenarbeit mit ihren weiteren europäischen Schwesterparteien vertreten? Deckten sich diese mit den Vorgaben aus eigenen Parteiprogrammen und denen im bilateralen Verhältnis geführten Gesprächen?

Da „als wirklich interessant für den historischen Vergleich häufig allein die Unterschiede“¹⁰ gelten, wie es der Berliner Historiker Hartmut Kaelble konstatiert hat, und die Verschiedenheit der beiden Parteien in ihren Grundvoraussetzungen als niederländische und deutsche Repräsentanten einen Vergleich durchaus herausfordert, wird das konzeptionelle Auftreten in den einzelnen Phasen zwischen Kaltem Krieg, Entspannung und deutscher Wiedervereinigung komparativ bearbeitet. Mit Blick auf die Vorgehensweise werden mehrere konkrete Schritte vollzogen. Zunächst richtet sich das Augenmerk darauf, anhand der umfangreichen Sekundärliteratur wie Monographien, Sammelbänden und Aufsätzen in den Publikationen der Parteien¹¹ die sicherheitspolitischen Grundlagen von PvdA und SPD zu klären. Danach geht es darum, ihre konkreten Vorhaben und Ziele in der Außen- und Sicherheitspolitik zu rekonstruieren. Dazu wurden verschiedene Sekundärquellen wie Parteiprogramme, Parteitagsprotokolle, Reden, Dokumente, Aufzeichnungen in Memoiren, diverse Zeitungsartikel aus der Feder beteiligter Politiker oder der damaligen Korrespondenten und außenpolitischen Berichtersteller sowie sonstige Parteiveröffentlichungen ausgewertet. Um die Auseinandersetzungen, Entscheidungsprozesse und Reaktionsmuster innerhalb beider Parteien und insbesondere im direkten Verhältnis zwischen ihnen durchschaubar zu machen, ist in dem anschließenden Schritt die Auswertung von bisher nicht veröffentlichten Primärquellen vorzunehmen. Zurückgegriffen worden ist auf die Bestände der jeweiligen Vorstände beider Parteien und die Archive, Nachlässe oder Deposita ehemaliger führender Politiker von PvdA und SPD seit 1945. Für die deutsche Seite kamen die Vorsitzenden Kurt Schumacher (1946-1952), Erich Ollenhauer (1952-1963) und Willy Brandt (1964-1987), zwischen 1969

¹⁰ KAELBLE, H., *Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 22.

¹¹ Dazu gehören insbesondere *Socialisme en Democratie*, *Het jaarboek voor het democratisch socialisme*, *Paraat*, *Neue Gesellschaft* und *Vorwärts*.

und 1974 zugleich Regierungschef, sowie Bundeskanzler Helmut Schmidt (1974-1982) und die Sicherheitsexperten Fritz Erler und Karsten Voigt in Betracht. In den Reihen der PvdA wurden die Schriftstücke der früheren Ministerpräsidenten und Parteiführer Willem Drees (1948-1958) und Joop den Uyl (1973-1977) sowie ferner der internationalen Parteisekretäre Alfred Mozer (1949-1958) und Maarten van Traa (1979-1987) und des Fraktionsvorsitzenden Marinus van der Goes van Naters (1946-1951) herangezogen. Die den SPD-Vorsitzenden unterstellte Auslandsabteilung ist für die Archivforschung von wesentlicher Bedeutung, da hier ebenso wie im internationalen Sekretariat der PvdA die Beziehungen zu den Schwesterparteien koordiniert worden sind. Der entsprechende Schriftverkehr sowie die Vorbereitung gemeinsamer Zusammenkünfte und die angelegten Protokolle sind daher von Belang. Hinzu kommen die Archive der Parteivorstände beider Parteien und der PvdA-Fraktion in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments, die Aufschluss über die zahlreichen Treffen von Parteidelegationen und Parlamentariern gegeben haben. An dieser Stelle sei auf die Tatsache hingewiesen, dass die Archive der SPD mit einer zwanzigjährigen Sperrfrist belegt sind. Dank einer Sondergenehmigung des SPD-Parteivorstandes in Berlin ist es möglich gewesen, die Archive der Partei bis 1990/91 einzusehen. Auch für die Sammlungen der PvdA war die Einsicht bis in die neunziger Jahre hinein möglich, da hier keine Sperrfrist besteht. Darüber hinaus war der Blick in das Archiv der deutschen Botschaft in Den Haag samt ihrer Berichte über die politischen Parteien lohnenswert, weil das Verhältnis zwischen PvdA und SPD phasenweise auch von diplomatischer Seite beobachtet worden ist. Für die Zusammenarbeit mit anderen Schwesterparteien auf europäischer Ebene stand das Archiv der Sozialistischen Internationale zur Verfügung. Als weitere Ergänzung dienten die Zeitungsarchive des Archivs der Sozialen Demokratie (AdSD) in Bonn sowie der Königlichen Botschaft (KB) in Den Haag, um nachzuprüfen, wie die verschiedenen Medien beider Länder das Parteienverhältnis bewertet und eingeordnet haben. Eine zusätzliche Informationsquelle bildeten Interviews und Hintergrundgespräche mit verschiedenen deutschen und niederländischen Zeitzeugen.

1.2 Forschungsstand

Das Forschungsinteresse für die Beziehungen zwischen PvdA und SPD und ihren sicherheitspolitischen Konzeptionen hat sich bisher nur in wenigen Aufsätzen niedergeschlagen oder ist im Rahmen größerer Monographien behandelt worden. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Parteibeziehungen beschränkte sich folglich auf punktuelle, in einzelne Phasen aufgeschlüsselte Untersuchungen, wobei eine umfassende und zusammenhängende Gesamtanalyse aussteht. Eines der wenigen Beispiele ist die Kontroverse der beiden Parteien um die Europapolitik in den frühen fünfziger Jahren.¹² Das Plädoyer der niederländischen Sozialdemokratie für die Einbeziehung der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft und ihre Unterstützung für Adenauers Westintegration vertrug sich kaum mit den Ansichten der auf Wiedervereinigungskurs befindlichen SPD und zog entsprechende Unstimmigkeiten nach sich. In diesem gespannten Klima gab vor allem die Person Alfred Mozers den schwierigen bilateralen Beziehungen ein Gesicht. Der in München geborene und vor den Nationalsozialisten 1933 in die Niederlande geflüchtete Deutsche unterhielt als internationaler Sekretär der PvdA (1949-1958), aber auch in späteren Jahren Kontakte zur SPD und erlebte die Differenzen als „Grenzgänger“ aus direkter Nähe mit.¹³ Offen zutage traten Meinungsverschiedenheiten auch am Ende der sechziger und in der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Diese machten sich konkret an zwei Vorgängen fest. Da war zunächst die „Entdeckung“ der DDR durch die PvdA am Ende der sechziger Jahre – hinzuweisen sei hier auf das Plädoyer für ihre Anerkennung 1969 und der spätere

¹² Vgl. hierzu WIELENGA, F., *Buitenlandse politiek als splijtzwam. PvdA en SPD in de vroege jaren vijftig*, in: *Socialisme en Democratie*, 44 (1987), S. 193-199. Daneben ist zum Thema Europapolitik 1993 in Münster auch eine Magisterarbeit angefertigt worden: NOTTEN, W., *Zur Wiederaufnahme bilateraler Beziehungen zwischen SPD und PvdA 1945-1955. Über die Auseinandersetzung zwischen deutschen und niederländischen Sozialdemokraten in der Europapolitik*, Magisterarbeit Univ. Münster 1993; vgl. auch NOTTEN, W., *Die niederländischen und deutschen Sozialdemokraten als Gegner und Partner in der Europapolitik 1945-1955*, in: BOSMANS, J. (Hrsg.), *Europagedanke, Europabewegung und Europagedanke in den Niederlanden und Deutschland*, Münster 1996, S. 149-172. Eine Studie aus den Niederlanden setzt sich mit den Bemühungen deutscher und niederländischer Christdemokraten um die Bildung einer Europäischen Volkspartei auseinander: KESSEL, A. VAN, *„Ruggen recht, heren!“ Hoe de Nederlandse christen-democraten het tegenover hun Duitse geestverwanten aflegden in het debat over het profiel van de Europese Volkspartij*, Hilversum 2003.

¹³ Vgl. WIELENGA, F., *Alfred Mozer. Europeaan en democraat*, in: KROP, M. u.a. (Hrsg.), *Het twaalfde jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1991, S. 132-164; WIELENGA, F., *Alfred Mozer. Ein deutsch-niederländischer Europäer*, in: DERS. (Hrsg.), *Niederländer und Deutsche und die europäische Einigung*, Bonn 1997 (= *Nachbarn*, 40), S. 26-30; WIELENGA, F., *Alfred Mozer und die deutsch-niederländischen Beziehungen*, in: MÜHLHAUSEN, W. u.a. (Hrsg.): *Grenzgänger. Persönlichkeiten des deutsch-niederländischen Verhältnisses. Horst Lademacher zum 65. Geburtstag*, Münster 1998, S. 215-229.

Besuch einer Parteidelegation in Ostberlin 1975.¹⁴ Nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal trafen hier Gesinnungs- und Verantwortungsethik im Verhältnis beider Parteien, ihre verschiedene Herangehensweise an die Politik, aufeinander. Ebenfalls in den siebziger Jahren nahm die niederländische Sozialdemokratie – durch eine polarisierende und einflussreiche Neue Linke nach links gerückt – Anstoß am Extremistenbeschluss, einem innenpolitischen Streitthema der Bundesrepublik. Die „Berufsverbote“, für die man die SPD mitverantwortlich machte, führten innerhalb der PvdA zur Gründung eines „Komitees gegen Berufsverbote“ und sorgten für schwere Komplikationen in den bilateralen Beziehungen zur deutschen Schwesterpartei.¹⁵ Die vorliegende Arbeit knüpft zudem an Vorarbeiten an, die im Rahmen der eigenen wissenschaftlichen Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades geleistet wurden. Die Arbeit mit dem Titel „Die zwei ungleichen Schwestern. PvdA und SPD und die internationale Sicherheit 1977-1983“¹⁶ beschäftigt sich ebenfalls mit einem Teilbereich, in dem nicht nur, aber vor allem Sozialdemokraten in große außenpolitische Debatten eintraten. Die mögliche Stationierung von Mittelstreckenraketen gleichsam vor der Haustür, der Protest einer öffentlichen Gegenbewegung und die zunehmenden Spannungen zwischen den beiden Weltmächten Sowjetunion und den Vereinigten Staaten bildeten zwischen 1977 und 1983 den Gegenstand schwerer Kontroversen innerhalb und außerhalb der Parteien. Und auch zwischen PvdA und SPD selbst nahm die Nachrüstungsdebatte beträchtlichen Raum ein, zumal Helmut Schmidt als führender

¹⁴ Vgl. PEKELDER, J., *Die Niederlande und die DDR. Bildformung und Beziehungen 1949-1989*, Münster 2002 (= *Deutsch-Niederländische Beziehungen*, Bd.2); vgl. hierzu auch GORTZAK, W., *Nieuw Links, de erkenning van de DDR en het SED-archief*, in: *Het dertiende jaarboek voor het democratisch socialisme*, 13 (1992), S. 69-87; ZUIJDAM, F.A., *Nieuw Links en de erkenning van de DDR*, Amsterdam 1995. Auch Friso Wielenga hat sich mit diesem Themenkomplex auseinandergesetzt. Vgl. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 146ff.

¹⁵ Vgl. hierzu die Aufsätze von BERG, M. VAN DEN/M. KROP/L. NAUTA, *De verkettering van links. Over de Berufsverbote in de Bondsrepubliek*, in: KROP, M. (Hrsg.), *Burengerucht. Opstellen over Duitsland*, Deventer 1978, S. 280-296; BERGH, H. VAN DEN, *De PvdA en de SPD. De ergernis, de twijfels en de betrokkenheid*, in: KROP, M. (Hrsg.), *Burengerucht. Opstellen over Duitsland*, Deventer 1978, S. 364-372; BEUNDERS, H.J.G., *De PvdA, de horzel van de SPD*, in: DERS./M.C. BRANDS/H.H. SELIER, *Denkend aan Duitsland. Een essay over moderne Duitse geschiedenis en enige hoofdstukken over de Nederlands-Duitse betrekkingen in de jaren zeventig*, Den Haag 1983, (= *Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid*, V 36), S. 119-144. Letzterer Aufsatz gibt einen kurzen Überblick der Beziehungen in den fünfziger und siebziger Jahren. Vgl. auch KNAPEN, B., *Staat, politieke cultuur en sociaal-democratie. Een Duits-Nederlandse vergelijking*, in: *Socialisme en Democratie*, 10 (1997), S. 419-424. Eine weitere Studie hat einen programmatischen Vergleich zwischen deutscher, französischer und niederländischer Sozialdemokratie angestellt: ORLOW, D., *Common destiny. A comparative history of the Dutch, French and German social democratic parties 1945-1969*, New York u.a. 2000.

¹⁶ Vgl. DRÖGEMÖLLER, M., *Die zwei ungleichen Schwestern. PvdA und SPD und die internationale Sicherheit 1977-1983*, Magisterarbeit Univ. Münster 2001.

Wegbereiter des Doppelbeschlusses die Niederlande als eines der Stationierungsländer neuer Raketen fest einplante.

In Anbetracht der wenigen erforschten Abschnitte, die vor allem aus der Perspektive der niederländischen Partei untersucht worden sind, wurde bisher der Eindruck erweckt, dass die Kontakte zwischen PvdA und SPD ganz offensichtlich durch das im Vordergrund stehende deutsch-niederländische Verhältnis überdeckt worden sind. Zudem fehlte der durchgängige rote Faden, der den Wirkungsgrad und die Debatten beider Parteien auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik aufgreift und einander gegenüberstellt. Wichtige außenpolitische Momente und Phasen wie der Umgang mit der Berlinkrise, die entspannungspolitischen Tendenzen nach dem Mauerbau und die gemeinsame Begleitung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts zwischen 1969 und 1974 sind ebenso wenig beleuchtet worden wie die sogenannte zweite Ostpolitik in den achtziger Jahren. Auch die Umwälzungen der Jahre 1989/90 und die Herausforderungen der deutschen Wiedervereinigung sind in dieser Form – einer präzisierten Untersuchung zu den unterschiedlichen Ansichten zwischen der deutschen und der niederländischen Sozialdemokratie – noch nicht betrachtet worden.

Eine große Anzahl verschiedener Arbeiten ist dagegen zur Außen- und Sicherheitspolitik entstanden, in denen die Konzepte von PvdA¹⁷ und SPD¹⁸ getrennt voneinander untersucht worden sind. Hierbei ist zwischen den einzelnen Phasen der

¹⁷ Für die PvdA sind zwei Untersuchungen heranzuziehen: ROVERS, F., *Voor recht en vrijheid. De Partij van de Arbeid en de Koude Oorlog 1946-1958*, Amsterdam 1994; ZUIJDAM, F.A., *Tussen wens en werkelijkheid. Het debat over vrede en veiligheid binnen de PvdA in de periode 1958-1977*, Amsterdam 2001. Darüber hinaus ist ein kurzer Überblick in Form eines Aufsatzes verfasst worden: BOSSCHER, D.F.J., *De Partij van de Arbeid en het buitenlands beleid 1945-1973*, in: *Bijdragen en Mededelingen betreffende de Geschiedenis der Nederlanden*, 101 (1986), S. 38-51; vgl. auch BRINKMAN, M., *De Partij van de Arbeid in de Koude Oorlog. De houding van de Nederlandse socialisten ten opzichte van de Sovjetunie 1946-1958*, in: ROHOLL, M.L./E. WAEGEMANS/C. WILLEMSSEN (Hrsg.), *De lage landen en de Sovjetunie. Beeldvorming en betrekkingen*, Amsterdam 1989, S. 42-59.

¹⁸ Für die SPD sind folgende Studien besonders hervorzuheben: LÖWKE, U.F., *Die SPD und die Wehrfrage 1949 bis 1955*, Bonn-Bad Godesberg 1976; WILKER, L., *Die Sicherheitspolitik der SPD 1956-1966. Zwischen Wiedervereinigungs- und Bündnisorientierung*, Bonn-Bad Godesberg 1977 (= *Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bd. 135); HÜTTER, J., *SPD und internationale Sicherheit. Internationale und innenpolitische Determinanten des Wandels der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik 1959-1961*, Meisenheim am Glan 1975; BOUVIER, B.W., *Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960-1966*, Bonn 1990; BLECKWEHL, U., *Die SPD dies- und jenseits der Nation. Sozialdemokratische Antworten auf die deutsche Teilung von 1961 bis 1980*, Diss. Univ. Bremen 1999; ENDERS, T., *Die SPD und die äußere Sicherheit. Zum Wandel der sicherheitspolitischen Konzeption der Partei in der Zeit der Regierungsverantwortung 1966-1982*, Melle 1987 (= *Forschungsbericht/Konrad-Adenauer-Stiftung*, Bd. 64); HOFMANN, R., *Die Sicherheitspolitik der SPD 1966-1977. Innerparteiliche Willensbildung und praktizierte Regierungspolitik im nationalen und internationalen Bezugsrahmen*, Puchheim 1987; BECHT, M., *SPD, Ost-West-Konflikt und europäische Sicherheit. Sozialdemokraten und sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Westeuropa*, Diss. Univ. Frankfurt am Main 1994; FISCHER, F., „Im deutschen Interesse.“ *Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989*, Husum 2001.

Nachkriegsgeschichte zu unterscheiden. Entsprechend umfangreich herausgearbeitet worden sind – zumindest für die SPD – das Verhältnis zur Friedensbewegung sowie ihr politisches Wirken in der Nachrüstungsdebatte am Ende der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre.¹⁹ Zu verweisen sei an dieser Stelle zudem auf die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Kontakten, die SPD und niederländische Friedensbewegung in die DDR und in weitere osteuropäische Staaten in den achtziger Jahren verfolgt haben, und auf die politischen Reaktionen der deutschen Sozialdemokratie im Wiedervereinigungsprozess 1989/90.²⁰ Darüber hinaus sind Arbeiten erschienen, die die Beziehungen der sozialdemokratischen respektive sozialistischen Parteien Europas im supranationalen Bezugsrahmen innerhalb der Sozialistischen Internationale und innerhalb der europäischen Zusammenarbeit beleuchten.²¹

¹⁹ Vgl. LONGERICH, M., *Die SPD als „Friedenspartei“ - mehr als nur Wahltaktik? Auswirkungen sozialdemokratischer Traditionen auf die friedenspolitischen Diskussionen 1959-1983*, Frankfurt am Main 1990; OBERMEYER, U., *Das Nein der SPD. Eine neue Ära? SPD und Raketen 1977-1983*, Marburg 1985 (= *Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung*, Bd. 45); NOTZ, A., *Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss. Abkehr von einer Sicherheitspolitik der Vernunft*, Baden-Baden 1990; SMITS, H., *De bom in de vuist. De Partij van de Arbeid tussen afschrikking en atoompacifisme*, Amsterdam 1984; BECKER, F., *De jaren 1970-1994*, in: PERRY, J. u.a., *Honderd jaar sociaal-democratie in Nederland 1894-1994*, Amsterdam 1994, S. 239-295.

²⁰ Vgl. u.a. DOWE, D. (Hrsg.), *Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982-1989*, Bonn 1993 (= *Reihe Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung*, H. 4); MOSELEIT, K., *Die „zweite“ Phase der Entspannungspolitik der SPD 1983-1989. Eine Analyse ihrer Entstehungsgeschichte, Entwicklung der konzeptionellen Ansätze*, Frankfurt am Main 1991; ASH, T.G., *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München/Wien 1998, S. 457-468.; BREDOW, W. VON/R.H. BROCKE, *Das deutschlandpolitische Konzept der SPD. Darstellung, Hintergründe und Problembereiche der Deutschlandpolitik der SPD Mitte der achtziger Jahre*, Erlangen 1988; HAHN, E., *SED und SPD. Ein Dialog*, Berlin 2002; REISSIG, R., *Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED*, Frankfurt am Main 2002; FAULENBACH, B./H. POTTHOFF (Hrsg.), *Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90*, Essen 2001; Anzuführen sei hier auch die Rede des damaligen niederländischen Finanzministers und Parteiführers der PvdA, Wim Kok, im Rahmen einer Vortragsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung im Mai 1990: KOK, W., *Die deutsche Entwicklung aus niederländischer Sicht. Rede im Rahmen der Vortragsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung „Wie sehen unsere Nachbarn den deutschen Vereinigungsprozess?“ am 3. Mai 1990 in Bonn*, Bonn 1990; vgl. zur niederländischen Friedensbewegung GRAAF, B. DE, *Over de muur. De DDR, de Nederlandse kerken en de vredesbeweging*, Amsterdam 2004; DIEPEN, R. VAN, *Hollanditis. Nederland en het kernwapendeбат 1977-1987*, Amsterdam 2004.

²¹ Vgl. u.a. STEININGER, R., *Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg. Darstellung und Dokumentation*, Bonn 1979; VIVANCO-LUYKEN, W. DE, *Die Sozialistische Internationale und der Weg zum Godesberger Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Berlin 1979; BANK, J. u.a. (Hrsg.), *In dienst van het gehele volk. De Westeuropese sociaal-democratie tussen aanpassing en vernieuwing 1945-1950*, Amsterdam 1987; COHEN, R., *Socialisten in Europa. De samenwerking van de socialistische partijen in het kader van de Europese Gemeenschap 1952-1972*, Amsterdam/Antwerpen 1974; vgl. auch COHEN, R., *De samenwerking van de socialistische partijen in de Europese Gemeenschap*, in: *Internationale Spectator*, 11 (1975), S. 670-678; COHEN, R., *Socialisten en Europese integratie. Ideologie en praktijk van internationalisme*, in: *Het tiende jaarboek voor het democratisch socialisme*, 10 (1989), S. 47-80; vgl. auch KÖHNEN, H., *Die Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 6 (1976), S. 511-516; MIROW, T., *Die Sozialistische Internationale heute. Chancen und Grenzen der internationalen Zusammenarbeit*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 8 (1977), S. 646-648; LOTH, W., *Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas*, Stuttgart 1977; SEIDELMANN, R., *Die Sozialistische Internationale als Parteienbewegung*

1.3 Aufbau der Arbeit

Die chronologische Gliederung der Arbeit lässt sich ohne die Berücksichtigung verschiedenartiger Vorgänge und Ereignisse auf der Ebene beider Parteien, ihrer Länder oder aber auf der internationalen Bühne nicht gestalten. Um eine umfassende Rekonstruktion dieses Parteienverhältnisses und einen Vergleich der sicherheitspolitischen Konzepte zu leisten, liegt es nahe, den Grundstein des Vorhabens in das Jahr 1945 zu legen. Unmittelbar nach Kriegsende begannen Parteivertreter mit den ersten Vorbereitungen für die Neu- und Reorganisation ihrer Parteien, zugleich zeichnete sich der Antagonismus zweier Weltmächte im Rahmen des folgenden Ost-West-Konfliktes ab. Der Wiederaufbau der niederländischen und deutschen Sozialdemokratie und die Wiederaufnahme ihrer Zusammenarbeit einerseits sowie die jeweilige Orientierung beider Parteien an den Tatsachen des Kalten Krieges andererseits erfordern für die unmittelbaren Nachkriegsjahre einen eigenständigen Teil der Gesamtarbeit, dem insgesamt vier weitere folgen werden.

Der zweite Teil setzt mit der Gründung der Bundesrepublik 1949 ein und umschließt mit den fünfziger Jahren eine Phase, in der durch die Westintegration die außenpolitischen Weichen für die Zukunft der jungen Bundesrepublik gestellt worden sind. Die Begleitung dieses Weges ist aus Sicht beider Parteien ebenso zu untersuchen wie ihre Reaktionen auf die Folgen des NATO-Beitrittes der Bundesrepublik und der damit einhergehenden Wiederbewaffnung. Zugleich ist der politische Kontrast zwischen der Regierungspartei PvdA unter ihrem Ministerpräsidenten Willem Drees (1948-1958) und der Oppositionspartei SPD unter ihren Oppositionsführern Kurt Schumacher (1949-1952) und Erich Ollenhauer (ab 1952) zu analysieren. Dieses Kapitel endet mit der direkten Gegenüberstellung der neuen Grundsatzprogramme, die 1959 von PvdA und

und politischer Wegbereiter, in: *Europa-Archiv*, 12 (1981), S. 659-668; KROP, M., *Een vreemde eend in de bijt. De Socialistische Internationale in de wereldpolitiek*, in: BANK, J. u.a. (Hrsg.), *Het derde jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1982, S. 12-46; NIEDERMAYER, O., *Europäische Parteien?*, Frankfurt am Main 1983; MISGELD, K., *Sozialdemokratie und Außenpolitik in Schweden. Sozialistische Internationale, Europapolitik und die Deutschlandfrage 1945-1955*, Frankfurt am Main/New York 1984; HABERL, N./L. NIETHAMMER (Hrsg.), *Der Marshall-Plan und die europäische Linke*, Frankfurt am Main 1986; GREBING, H. (Hrsg.), *Linksparteien und Gewerkschaften in Europa. Die Zukunft einer Partnerschaft*, Köln 1992; KNOPP, E., *Die Sozialistische Internationale. Herkunft, Aufbau und Ziele einer transnationalen Parteienorganisation*, Diss. Univ. Heidelberg 1992; BELL, D.S., *Conflict and cohesion in the Western European social democratic parties*, London 1994; MUJAL-LEON, E./A.-S. NILSSON, *Die Sozialistische Internationale in den achtziger Jahren. Dritte-Welt-Politik zwischen den Blöcken*, Paderborn u.a. 1995; MAYER, H., *Die internationale Sozialdemokratie und die beiden deutschen Staaten. Aspekte sozialdemokratischer Positionen zur europäischen Sicherheit und zur deutschen Frage*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 41 (1999), S. 29-48; LESSE, U., „A fully-fledged political party“? *Die Sozialdemokratische Partei Europas*, Magisterarbeit Univ. Marburg 2000; NIEDERMAYER, O., *Die europäischen Parteienbünde*, in: DERS./O.W. GABRIEL/R. STÖSS (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn 2001, S. 428-446.

SPD fast gleichzeitig verabschiedet worden sind. Das Godesberger Programm half der deutschen Partei bei der Überwindung des Widerspruchs zwischen Programmaussagen und politischer Praxis. Diese strategische Neuaufstellung der deutschen Schwesterorganisation bedeutete für die PvdA zusammen mit Herbert Wehners Bundestagsrede im Juni 1960, in der er die Westintegration als SPD-Vertreter anerkannte, ein wegweisendes Signal des Wandels.

Im dritten Teil stehen die Konsequenzen aus Berlinkrise und Mauerbau im Vordergrund. Die von Willy Brandt in seiner Zeit als Regierender Bürgermeister von Berlin angestoßene „Politik der kleinen Schritte“ und der „Wandel durch Annäherung“, welcher außenpolitisch in den Ostverträgen der siebziger Jahre mündete, sind im Zusammenhang mit den Reaktionen der Parteien zu untersuchen. Das Kapitel schließt mit dem Jahr 1975, als auf der KSZE-Konferenz in Helsinki der Höhepunkt und zugleich das vorläufige Ende jener Entspannungsrhetorik der siebziger Jahre erreicht wurde. Daran schließt sich im vierten Teil die Problematik der möglichen Nachrüstung und die Folgen des NATO-Doppelbeschlusses an, der die Parteien am Ausgang der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre aufwühlte und ihre sicherheitspolitischen Debatten bestimmte. Die unterschiedlichen Positionen zwischen der zum Pazifismus neigenden PvdA und einer zunächst zurückhaltenden SPD, die ihrem Kanzler Helmut Schmidt und seinem proatlantischen Kurs bis zum Kanzlersturz im Jahre 1982 folgte, werden hier aufgegriffen.

Der sicherheitspolitische Kurswechsel der deutschen Sozialdemokraten und ihr als „zweite Ostpolitik“ bezeichneter Umgang mit den Staaten Osteuropas und der DDR stehen im Mittelpunkt des fünften und letzten Kapitels. Hier wird vor allem zu fragen sein, welche Rückwirkungen dieser Prozess auf niederländischer Seite hatte und welche eigenen Bestrebungen die PvdA in Richtung der osteuropäischen Staaten besaß. Das Kapitel schließt mit einer Analyse der Reaktionen niederländischer und deutscher Sozialdemokraten auf den Mauerfall am 9. November 1989 und die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 ab. Mit der über vier Jahrzehnte unbeantworteten deutschen Frage, die durch die Wiedervereinigung gelöst wurde, endete für PvdA und SPD ein ebenso lang begleiteter außen- und sicherheitspolitischer Prozess.

Um die Bedeutung der langen politischen Zusammenarbeit zwischen deutscher und niederländischer Sozialdemokratie hervorzuheben und die Gründe für ihre enge Kooperation herzuleiten, beginnt die Arbeit zuerst mit einem kurzen Überblick der Parteibeziehungen vor 1945. Dieser setzt bei der Gründung der Sozialdemokratie in den

Niederlanden 1894 ein und beschreibt, ob und in welchem Ausmaß sich die neue politische Gruppierung in den folgenden Jahrzehnten an der deutschen Schwesterorganisation orientierte. Die einzelnen Phasen zwischen dem Ersten Weltkrieg, der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Verfolgung werden kurz skizziert.

2. PROLOG:

Die SPD als Vorbild? Deutsche und niederländische Sozialdemokraten seit 1894

Im Oktober 1995 eröffnete der damalige niederländische Ministerpräsident und Sozialdemokrat Wim Kok in Amsterdam eine Ausstellung mit dem Titel „Der rote Traum. Hundert Jahre Sozialdemokratie in den Niederlanden“.¹ Die Sammlung erinnerte mit ihrem Datum an die Parteigründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) im Jahre 1894 und würdigte das Jubiläum der Verabschiedung des ersten Grundsatzprogramms 1895. Der Laudator Kok legte gleich zu Beginn seiner Einführungsrede Wert auf die Feststellung, dass das verabschiedete Manifest der jungen Partei eine „Übersetzung“ des Erfurter Programms der SPD gewesen sei, „die damals und noch Jahre danach das große Vorbild war“. Seine bewusste Erinnerung an die deutsche Orientierungshilfe in der Geburtsstunde der niederländischen Sozialdemokratie zeigte, welche Bedeutung dem seinerzeit beschlossenen Grundriss einer eigenen Programmatik auch im Nachhinein beigemessen wurde. Die der deutschen Organisation dankbar entnommenen Leitlinien aus dem Oktober 1891 standen wegweisend für die anschließende Ausformung sozialdemokratischer Politik in den Niederlanden und wurden von der früheren Partei als „Streitprogramm“ verinnerlicht, in dem demokratische Forderungen an erster Stelle gestanden hätten, wie Kok hervorhob.²

Die politische Grundsteinlegung einer sozialdemokratischen Organisation fiel bei den niederländischen Nachbarn im 19. Jahrhundert nicht vom Himmel, sondern war das Resultat einer Abspaltung vom Sozialdemokratischen Bund (SDB), der unter ihrem Führer, dem Pfarrer Ferdinand Domela Nieuwenhuis (1846-1919), einen radikalen Kurs eingeschlagen und sich gegen die Fortentwicklung parlamentarischer Strukturen gestellt hatte. Die Gründung der SDAP war insofern eine reformistische Antwort auf den anarchischen Habitus der Vorgängerorganisation, zu der man mit der Ausrufung einer programmatischen Anleitung einen deutlichen Trennstrich zog.³ Tatsächlich war es die viel beachtete SPD, die bei der Etablierung einer neuen sozialdemokratischen Partei in

¹ Vgl. hierzu auch die Übersicht von ROOY, P. DE u.a., *De rode droom. Een eeuw sociaal-democratie in Nederland*, Nimwegen 1995.

² KOK, W., *De rode droom*, in: *Socialisme en Democratie*, 11 (1995), S. 495-497, S. 495.

³ Vgl. ausführlich bei TROMP, B., *Het sociaal-democratisch programma. De beginselprogramma's van SDB, SDAP en PvdA 1878-1977*, Amsterdam 2002; vgl. auch ALTENA, B., *Kritik wegen der Praxis. F. Domela Nieuwenhuis und der Marxismus*, in: LINDEN, M. VAN DER (Hrsg.), *Die Rezeption der Marxschen Theorie in den Niederlanden*, Trier 1992 (= *Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier*, Bd. 45), S. 47-83.

den Niederlanden Pate stand und ihre Hilfestellung anbot. In der deutschen Partei begrüßte man nach einem jahrelangen Zwist mit der Bewegung von Nieuwenhuis, dass sich im Nachbarland eine Trennung vollzogen hatte und sich mit der SDAP eine politische Kraft formierte, die in die Richtung einer klassischen Arbeiterpartei abzielte. Die SPD verstand als Bekundung internationaler Solidarität und als gleichzeitige Verpflichtung, der frisch gegründeten Schwesterpartei politisch und finanziell auf die Beine zu helfen. Eine der ersten Spenden erhielt die SDAP denn auch aus Berlin: Der dortige Parteivorstand hatte den niederländischen Geistesverwandten 1500 Mark als Startkapital für ihre politische Arbeit zur Verfügung gestellt.⁴

Auch wenn es mehr als nur den Anschein machte, dass die SPD die niederländische Partnergemeinschaft unter ihre Obhut genommen hatte, erwartete man in Berlin keine unmittelbare Gegenleistung für den politischen Freundschaftsdienst. In einen Brief an Henri Polak (1868-1943), einem der zwölf Mitbegründer der SDAP, schrieb der deutsche Parteiführer August Bebel (1840-1913) bereits im Februar 1894 ausdrücklich, die Niederländer dürften sich die deutsche Parteiorganisation nicht als „Muster“ nehmen. Im „Kampf mit einer starken Staatsgewalt“ sei man, so Bebel, „für möglichst stramme Centralisation, für das Zusammenfasen der Kräfte und gleichzeitiges gemeinsames Handeln von allen Punkten aus“. Aus einem „unfreien Lande“ Ratschläge zu geben, wie man sich in einem „freieren Lande“ am besten organisiere, sei schwer. Bebel gab der SDAP daher die Empfehlung, „sich ganz nach Bedürfnis“ zu organisieren.⁵ Die wohlmeinenden Aussagen enthüllten, dass sich die SPD trotz ihrer gönnerhaften Geste Zurückhaltung auferlegte und keinen Druck auf die niederländischen Genossen ausübte. Mit ihrer finanziellen Zuwendung unterstrich die deutsche Partei allerdings, welche politische Strömung man in den Niederlanden zu stärken gedachte. Der als anarchische Störenfried betrachtete Nieuwenhuis und seine Bewegung erfuhren aus Deutschland ganz bewusst keine Unterstützung, während die ‚abtrünnige‘ SDAP in finanzieller, ideologischer und programmatischer Hinsicht erheblich von der SPD profitierte. Nicht ohne Häme titulierte Nieuwenhuis die neue sozialdemokratische Partei als „Filiale“ der deutschen Bewegung. Der spätere, über die Grenzen seines Landes als niederländischer Sozialistenführer bekannt gewordene Pieter

⁴ Vgl. PERRY, J., *De jaren 1894-1919*, in: DERS. u.a., *Honderd jaar sociaal-democratie in Nederland 1894-1994*, Amsterdam 1994, S. 9-62, S. 25.

⁵ Internationales Institut für Sozialgeschichte (IISG), *SDAP-Archiv*, Nr. 3, Brief August Bebels an Henri Polak v. 2. Februar 1894. Siehe auch PERRY, J., *De jaren 1894-1919*, a.a.O., S. 26.

Jelles Troelstra (1860-1930) gab einige Jahre weiter ohne Umschweife zu: „Wir standen ganz unter deutschem Einfluss.“⁶

Die deutsche Sozialdemokratie wurde nicht nur in den Niederlanden als Vorbild herangezogen, sondern stand auch bei Bewegungen in anderen europäischen Staaten politisch „Modell“.⁷ Hervorgegangen war die SPD 1890 aus der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), die 1875 von Ferdinand Lassalle (1825-1864) auf der einen sowie August Bebel und Wilhelm Liebknecht (1826-1900) auf der anderen Seite gegründet worden war: Die drei Arbeiterführer hatten ihre Vorgängerbewegungen, den 1863 gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) aus dem Jahre 1869, zu einer Organisation zusammengeschlossen. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern wie den Niederlanden besaß Deutschland frühzeitig eine einheitliche und schlagkräftige sozialistische Organisation, die sich scharf vom Kaiserreich abtrennte und die Klassengesellschaft zu überwinden versuchte.⁸ Das von Reichskanzler Otto von Bismarck 1878 verhängte und bis 1890 andauernde Sozialistengesetz schärfte trotz des Parteiverbots das Profil der Organisation, die sich auf die Gründung von Geselligkeitsvereinen konzentrierte und das sozialdemokratische Milieu in einem aktivierenden Rahmen versammelte.⁹ Da im Kaiserreich keine Parteien, sondern ausschließlich Personen in den Reichstag gewählt wurden und einzelnen sozialdemokratischen Politikern eine Kandidatur erlaubt war, verdichtete die unterdrückte Partei ihre unmittelbare politische Arbeit auf die Reichstagsfraktion. Dieser Umstand verbesserte ihr Geschick für das erfolgreiche Bestreiten von Wahlen und Wahlkämpfen und erhöhte zugleich die Bereitschaft, sich ein Spezialwissen

⁶ Zit. n. ebd., S. 25.

⁷ Vgl. hierzu u.a. KELLER, K., *Modell SPD? Italienische Sozialisten und deutsche Sozialdemokratie bis zum Ersten Weltkrieg*, Bonn 1994 (= *Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe Politik und Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 34); vgl. in diesem Zusammenhang auch BERGER, S., *Ungleiche Schwestern? Die britische Labour Party und die deutsche Sozialdemokratie im Vergleich 1900-1931*, Bonn 1997 (= *Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe Politik und Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 46).

⁸ Siehe ausführlicher bei GREBING, H., *Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914*, 3. Aufl., München 1993; KOCKA, J., *Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert*, Bonn 1990 (= *Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts*, Bd. 2); POTTHOFF, H./S. MILLER, *Kleine Geschichte der SPD 1848-2002*, 8. Aufl., Bonn 2002; RITTER, G.A., *Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland. Beiträge zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, München 1996; RITTER, G.A./K. TENFELDE, *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914*, Bonn 1992 (= *Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts*, Bd. 5); WALTER, F., *Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, Berlin 2002.

⁹ Vgl. hierzu KUPFER, T., *Geheime Zirkel und Parteivereine. Die sozialdemokratische Organisation zwischen Sozialistengesetz und Jahrhundertwende*, Essen 2003.

anzueignen, mit dem die parlamentarische Arbeit kompetent ausgeführt werden konnte. Der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter hat zu Recht darauf hingewiesen, dass das Primat der Reichstagsfraktion zur Entradikalisierung der Sozialdemokratie beigetragen habe. Auch die Parteianhänger machten nicht mehr den Eindruck finster entschlossener Revolutionäre, sondern verbreiteten das Bild des Vereinsmeiers, der sich gemäß seiner sozialen und kulturellen Herkunft eingerichtet hatte. Auch wenn zur Zeit des Sozialistengesetzes eine Tendenz zu erkennen war, die ein stärkeres Abdriften der Sozialdemokratie an den linken Rand, zum Marxismus, verzeichnete, zeigte sich zugleich, dass auch die moderaten und reformistischen Stimmen in der Partei an Zulauf gewannen.¹⁰ Diese Zweiteilung spiegelte sich im Erfurter Programm wider, das 1891 verabschiedet wurde. Es bestand aus einem theoretischen Teil, für den sich der Ideologe Karl Kautsky verantwortlich zeigte, und einer praktisch-konkreten Abhandlung des gemäßigten Eduard Bernstein. Beide Politiker waren jene Protagonisten, die sich später, im Revisionismusstreit, als innerparteiliche Gegner bekämpften. Während der eine, Kautsky, als Hüter der marxistischen Grundsätze auftrat, focht der andere, Bernstein, für ihre Revidierung. Das Erfurter Programm nahm genau diesen Spannungszustand vorweg, weil der Impetus entsprechend der beiden Lager sowohl auf eine Revolution als auch auf Reformen gelegt worden war. Diese differenten Argumentationslinien entsprachen dem politischen Charakter der Sozialdemokratie in der Kaiserzeit, die einen revolutionären *und* reformistischen Anspruch verinnerlichte. Der Gegensatz zwischen programmatischer Theorie und politischer Praxis wurde bis in das 20. Jahrhundert hinein prägend für sozialdemokratische Politik in Deutschland.¹¹

Dies war eine Entwicklung, die auch an der niederländischen Sozialdemokratie nicht spurlos vorbeiging, da sie mit der Übernahme des Erfurter Programms das gleiche strategische und inhaltliche Handlungsmuster für ihre Organisation akzeptiert hatte. Die SDAP vertrat wie die SPD reformistische Ambitionen, die jedoch zunächst unter einem revolutionären Gewand verborgen blieben. Fast zwangsläufig wirkte sie in ihrer Gesamtausrichtung wie ein verlängerter Arm der SPD, wengleich sie durch die erforderliche Abstimmung mit individuellen niederländischen Strukturen in Staat und Gesellschaft eine andere Partei hervorbrachte. Im Gegensatz zu ihrem deutschen Paradebeispiel war die SDAP eine ‚verspätete‘ Partei, weil die Industrialisierung in den agrarisch und handelskapitalistisch geprägten Niederlanden später einsetzte als in

¹⁰ Vgl. WALTER, *Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, a.a.O., S. 22ff.

¹¹ Ebd., S. 29.

Deutschland und sich die Herausbildung einer Arbeiterbewegung und ihrer Organisation entsprechend verzögerte. War die SPD schnell der politische Hort für konfessionslose und protestantische Industriearbeiter und Handwerksleute geworden, so rekrutierte die SDAP aus der zunächst kleinen niederländischen Arbeiterklasse nur sehr zurückhaltend die klassische sozialistische Anhängerschaft. An der Partei haftete das Etikett einer „Herrenpartei“, die unter ihren Gründungsmitgliedern, den „zwölf Aposteln“, kaum über Arbeiter verfügte. Der friesische Anwalt Pieter Jelles Troelstra, der Eindhovener Ingenieur Henri van Knol oder der Amsterdamer Intellektuelle Franc van der Goes, später einer der Cheftheoretiker seiner Partei, übten Berufe aus, die dem gehobenen bürgerlichen Mittelstand entsprachen.¹² Erst langsam vergrößerte die SDAP ihren Radius in der Bevölkerung und erreichte einen stärkeren Zulauf aus der arbeitenden Klasse. Freilich erreichte sie nie den Status einer Partei wie der SPD, die in einem sehr viel größerem Land über eine höhere Organisationsdichte und mit ihrem sehr ausgeprägten Vereinswesen über eine erheblich stärkere Schlagkraft verfügte. Die deutsche Organisation war schlichtweg die große Schwester, in der man in den Niederlanden einen sozialdemokratischen Präzedenzfall erkannte, der – heruntergehoben auf die eigenen Strukturen – zwar als exemplarisch für die eigene Arbeit, wegen der offensichtlichen Unterschiedlichkeiten aber dennoch als unerreichbar galt. Der Hinweis Bebels im Brief an den niederländischen Sozialdemokraten Polak, die SPD nicht als Vorbild anzusehen, und der Fingerzeig auf die „stramme Centralisation“ waren Zeugnis für ein enges, aber ungleiches politisches Schwesterverhältnis. Dem Bollwerk der deutschen Sozialdemokratie mit seiner Berliner Zentrale, dem Steuerraum der Partei, stand eine ausbaufähige und insbesondere von jungen Intellektuellen getragene Gemeinschaft gegenüber, die sich in ihrem missionarischen Eifer zunächst auf das wachsende industrielle Proletariat der großen Städte im niederländischen Westen fixierte.

Trotz der Ähnlichkeit in der programmatischen Ausrichtung beider Parteien wäre es übertrieben, die SDAP als einfachen politischen Ableger der deutschen Sozialdemokratie zu bezeichnen. Dass man in den Niederlanden im Zuge der Gründungsphase großen Wert auf die Ratschläge der SPD legte und sich an ihrer programmatischen Reife orientierte, ist nicht zu bezweifeln; das Hineinwachsen in die niederländische Gesellschaft gelang der SDAP aber nur, weil sie sich an den nationalspezifischen Grundmustern orientierte und den Bedürfnissen des Landes

¹² Vgl. PERRY, *De jaren 1894-1919*, a.a.O., S. 17.

anpassen musste. Im Gegensatz zum deutschen Pendant entsprach die niederländische Organisation nicht dem Typus einer klassischen Massenpartei – ein Umstand, der in erster Linie mit den Eigenarten der politischen Kultur zusammenhing. Neben der später einsetzenden industriellen Hochphase stellte sich das niederländische Phänomen der Versäulung als wesentlich für die zurückhaltende Rekrutierung einer breiten Anhängerschaft von Seiten der SDAP heraus. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte sich eine Gesellschaftsstruktur herausgebildet, die sich aus drei ungefähr gleich großen, religiös und ideologisch voneinander gespaltenen Bevölkerungsgruppen konzipierte. Neben Katholiken und Protestanten bildeten die Sozialisten eine dieser Gruppen, während die Liberalen den Anspruch erhoben, die gesamte niederländische Gesellschaft zu repräsentieren. Der segmentierte Charakter des Gesellschaftssystems ordnete jeden Niederländer gemäß seines Milieus und seiner Herkunft einer bestimmten Säule zu, in der er sich von der Wiege bis zur Bahre organisierte. Der Sozialdemokrat las die Tageszeitung seiner Partei, der Katholik besuchte eine katholische Schule und der Calvinist betätigte sich in einem von seiner Kirchenführung gegründeten Sportverein. Das gesellschaftliche Leben war gemäß der Weltanschauung der jeweiligen Säule durchstrukturiert und verfügte über einen geordneten Handlungsrahmen, der sich auch in der Wahl einer bestimmten Partei widerspiegelte.¹³ Die festgefügte Anordnung wirkte sich allerdings vor allem für die SDAP nachteilig aus, weil es ihr fast unmöglich war, auch katholische Arbeiter als neue Anhänger zu gewinnen. Diese wählten in den Niederlanden ‚naturgemäß‘ die katholische Partei und auch die Unterstützung aus dem Lager der protestantischen Wählerschaft war anteilmäßig nicht mit den Erfolgen der SPD in Deutschland zu vergleichen.

Unter Berücksichtigung des sehr bürgerlich geprägten niederländischen Charakters erkannte die Führung der SDAP frühzeitig, dass eine realistische Politik abseits revolutionärer Pfade unbedingt vonnöten war, um überhaupt in die Nähe der Regierungsbänke zu gelangen. Diese Einsicht führte 1909 zur notwendig gewordenen Abstoßung eines linken Parteiflügels, der die Sozial-Demokratische Partei (SDP) ins Leben rief. Auch wenn der Vorfall zunächst den Eindruck hinterließ, als sei die niederländische Arbeiterbewegung empfindlich geschwächt worden, stellte sich die

¹³ Vgl. hierzu ausführlicher u.a. bei AERTS, R./H. DE LIAGRE BÖHL u.a. (Hrsg.), *Land van kleine gebaren. Een politieke geschiedenis van Nederland 1780-1990*, Nimwegen 1999; BECKER, U. (Hrsg.), *Maatschappij en Nederlandse politiek. Historisch en vergelijkend*, Amsterdam 1998; vgl. auch das Standardwerk zur niederländischen Versäulung von LIJPHART, A., *Verzuiling, pacificatie en kentering in de Nederlandse politiek*, 8. Aufl., Haarlem 1990.

Trennung von revolutionären Parteigängern als Ausgangspunkt für den politischen Durchbruch der SDAP heraus. Die niederländische Sozialdemokratie setzte sich in den Folgejahren massenwirksam für ein allgemeines Wahlrecht ein und erhöhte zwischen 1910 und 1913 ihre Mitgliederzahl von 10 000 auf 25 000. Als die Partei 1913 bei den Wahlen zur Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments ihre Sitze von sieben auf fünfzehn mehr als verdoppelte, lieferte sie den Beweis, dass die Sozialdemokraten ihre Lehrjahre beendet hatten und in Staat und Gesellschaft angekommen waren. Das erfolgreiche Wahlergebnis führte zum Angebot des progressiven Liberaldemokratischen Bundes (VDB), eine gemeinsame Regierung zu bilden und einen Gegenpol zu den konfessionellen Parteien zu schaffen, die ihre Mehrheit verloren hatten. Noch viele Jahre später führten die niederländische Sozialdemokraten Diskussionen, ob es die richtige Entscheidung gewesen war, diese Offerte abzulehnen und auf die Regierungsübernahme zu verzichten.¹⁴ Die SDAP musste notgedrungen bis 1939 warten, ehe sie auch im Kreis der konfessionellen Parteien so weit anerkannt war, dass eine Beteiligung an der Macht nicht mehr bloß eine besondere politische Ausnahmesituation darstellte. Nichtsdestotrotz hat der Druck von außen, die realistische Möglichkeit eines Überfalls durch das nationalsozialistische Deutschland, dazu beigetragen, dass zum ersten Mal auch zwei Sozialdemokraten mit Kabinettsaufgaben beauftragt wurden.

Dieser späte Akt symbolisierte nun ganz transparent die Anerkennung der SDAP als Teilbewegung im politischen System und war eine Bestätigung ihrer Daseinsberechtigung im niederländischen Konstrukt der Versäulung. Die Wertschätzung der politischen Konkurrenz folgte ganz unmittelbar aus der ideologischen Fortentwicklung der niederländischen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert. Ihr innovativer Arbeitsbeschaffungsplan *Het plan van de Arbeid* aus dem Jahr 1935 leitete diesen Umdenkungsprozess ein, weil es den Abschied von der traditionell geforderten Sozialisierung der Produktionsmittel bedeutete und dem Staat bei der Wirtschaftsplanung eine starke Rolle zuwies. Die Existenz selbständiger Unternehmer wurde nicht mehr kategorisch in Frage gestellt. Die viel beachteten Vorschläge zogen eine bewusste Annäherung an die bürgerlichen Parteien nach sich, weil die SDAP in diesen demokratische Verbündete im Kampf gegen Faschismus und

¹⁴ Vgl. ROOY, *De rode droom*, a.a.O., S. 26ff.

Kommunismus der dreißiger Jahre erkannte.¹⁵ Mit dem Vorstoß war die Voraussetzung für ein neues Grundsatzprogramm (1937) geschaffen, das sich als wegweisend herausstellte, indem es den reformistischen Anspruch der Partei endgültig festschrieb. Das Papier warf ideologischen Ballast über Bord und bekannte sich zu den Grundprinzipien der bürgerlichen Demokratie. Die neuen Leitlinien entwickelten sich für die Partei zu einer Art ‚Godesberg‘ – jene programmatische ‚Überarbeitung‘ aus dem Jahre 1959, die die zu diesem Zeitpunkt von den Nationalsozialisten bereits unterdrückte SPD noch lange vor sich hatte. Schritt für Schritt hatte sich die SDAP ihren zunehmenden Akzeptanzgewinn erarbeitet, wie auch schon 1930 – wenige Jahre vor der programmatischen Häutung – bei einer staatlichen Maßnahme deutlich geworden war, als die Partei für ihre eigene Rundfunkgesellschaft VARA das zustehende Budget an Sendezeit erhielt und sozialdemokratisches Gedankengut landesweit verlautbaren durfte.¹⁶ Die stärkere Einbeziehung der sozialdemokratischen Säule entsprach der Auffassung einer aufgeklärten Führungsschicht des Landes: Die Eliten der drei Säulen arbeiteten politisch stets enger zusammen, um entgegen aller Divergenzen in der niederländischen Gesellschaft das Dach des Staatswesens gemeinsam zu tragen. Während nämlich die Angehörigen der drei Säulen unter sich blieben und fast keine Verbindung zu einer der anderen Gruppen unterhielten, standen ihre politischen Eliten unmittelbar miteinander in Kontakt – mit der Einschränkung, dass sich die Spitze der Sozialdemokratie den Status eines gleichberechtigten Partners im Laufe der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erst erarbeiten musste. Endgültig war die Partei mit ihrer Anhängerschaft wohl erst nach dem Zweiten Weltkrieg in die niederländische Gesellschaft und die staatliche Ordnung integriert worden, als die neu gegründete Partei der Arbeit (PvdA) mit Willem Drees 1948 den Ministerpräsidenten stellte. Die eingespielte Kooperation unter den Führungsschichten wirkte sich nachhaltig auf die politische Kultur des Landes aus, das in seinen politischen Prozessen von einer gefestigten und zugleich institutionalisierten Konsensbereitschaft geprägt war und noch heute ist. In den Niederlanden spricht man in diesem Zusammenhang von „overlegdemocratie“, Verhandlungsdemokratie.

¹⁵ Vgl. WOLTJER, J.J., *Recent verleden. De geschiedenis van Nederland in de twintigste eeuw*, Amsterdam 1992, S. 157ff.

¹⁶ Vgl. BANK, J., *Sozialdemokratie und Staat in den Niederlanden*, in: NAUTZ, J.P./J.F.E. BLÄSING (Hrsg.), *Staatliche Intervention und gesellschaftliche Freiheit. Staat und Gesellschaft in den Niederlanden und Deutschland im 20. Jahrhundert*, Melsungen 1988 (= *Kasseler Forschungen zur Zeitgeschichte*, Bd. 5), S. 111-125.

Entscheidend für den Weg in die politisch erfolgreiche Nachkriegszeit, als die Sozialdemokratie in den Niederlanden zum ersten Mal den Regierungschef aus ihren eigenen Reihen hervorbrachte, war die angedeutete Optimierung des programmatischen Erscheinungsbildes. Trotz aller ideologischen Rhetorik legte die SDAP schon im ersten Gründungsjahrzehnt großen Wert darauf, einen reformistischen Anspruch herauszukehren und die Absicht einer praktischen Politik zu versichern. Vor dem Hintergrund ihrer parlamentarischen Orientierung und der Suche nach neuen Wählerschichten, den kleinen Bürgern und konfessionellen Arbeitern, strebte die Partei abweichend von revolutionär-marxistischen Programmen nach konkreten Verbesserungen für ihre Stammklientel.¹⁷ Der Spagat zwischen Reform und Revolution machte ihr wegen der zwar kleinen, aber präsenten linken Strömung dennoch innerparteilich zu schaffen, auch wenn dies in der Intensität nicht mit dem Parteiklima in der SPD vergleichbar war, die sich ideologisch stärker zweiteilte. In der deutschen Partei stritten sich Anhänger des linken Flügels, die wie Karl Kautsky, Rosa Luxemburg oder Clara Zetkin für einen revolutionären Aufstand des Proletariats schwärmten, mit den Revisionisten, deren führender Wegbereiter Eduard Bernstein eine theoretische Fundierung für den Reformismus suchte. In der niederländischen Sozialdemokratie endete der Richtungsstreit bekanntlich 1909 und führte zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei (SDP). Aus ihr ging 1918 die Kommunistische Partei Hollands (CPH) hervor, die sich 1935 in Kommunistische Partei der Niederlande (CPN) umbenannte.¹⁸

Der Ausschluss radikaler Parteigruppierungen erhielt in der niederländischen Sozialdemokratie fortan eine gewisse Tradition, wie sich bereits 1932 wieder zeigte, als ein sozialistischer Flügel die Partei verlassen musste und die Unabhängige Sozialistische Partei (OSP) ins politische Leben rief, welche allerdings nie einen Sitz im Parlament erhielt.¹⁹ Auch nach dem Zweiten Weltkrieg, als sich die gefestigten, aus der Vorkriegszeit bekannten politischen Strukturen wiederbelebten, kam es in den Niederlanden als Land der Minderheiten zu Absplitterungen und Neugründungen –

¹⁷ Vgl. BUITING, H., *Gedachten bij 100 jaar sociaal-democratie*, in: *Socialisme en Democratie*, 7/8 (1994), S. 365-369, S. 366.

¹⁸ Vgl. ausführlicher bei BUITING, H., *Richtingen- en partijstrijd in de SDAP. Het ontstaan van de Sociaal-Democratische Partij in Nederland (SDP)*, Amsterdam 1989; vgl. hierzu auch HARMSSEN, G., *Marx-Rezeption in der niederländischen Sozialdemokratie*, in: LINDEN, M. VAN DER (Hrsg.), *Die Rezeption der Marxschen Theorie in den Niederlanden*, Trier 1992 (= *Schriften aus dem Karl-Marx-Haus*, Bd. 45), S. 364-429.

¹⁹ Auch in der SPD war es zur Abspaltung eines linken Flügels gekommen – 1932 gründete dieser die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP).

nicht nur in der Sozialdemokratie, sondern auch bei anderen politischen Strömungen. In den fünfziger Jahren verbot die nach dem Krieg neu gegründete PvdA das Sozialdemokratische Zentrum (SDC), weil es als innerparteiliches Organ dem Marxismus zu nahe stand. In diesem Fall kam es zwar zu keiner Neugründung, allerdings fanden sich einige der früheren Anhänger des SDC in der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP) wieder, die ab 1957 das niederländische Parteiensystem um eine linke politische Organisation bereicherte. Als in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ein aufstrebender Parteinachwuchs unter der Chiffre der „Neuen Linken“ tonangebend seinen Platz in der PvdA suchte, führte dies zu einer Trennung in die Gegenrichtung: Einige konservative Parteigänger kehrten der PvdA den Rücken und riefen 1970 mit den Demokratischen Sozialisten '70 (DS'70) ebenfalls eine Neugründung hervor.²⁰ Auch wenn alle Abspaltungen mehr oder weniger bedeutungslos blieben, war ihre Häufung ein Indiz für die politische Dynamik innerhalb der niederländischen Sozialdemokratie und das Streben der Partei nach einer realistisch und pragmatisch ausgerichteten Politik, die sie möglichst an die Regierung führen sollte. Die Gründung der Partei DS'70 wurde dagegen aus einem anderen Impetus hervorgerufen: Die konservativen Mitglieder wollten ihre Neuformation rechts der alten Partei geradezu als Warnzeichen verstanden wissen, weil man den reformistischen Kurs der PvdA in Anbetracht einer zur Radikalität neigenden Gruppe Mittdreißiger in Gefahr sah. Auch in der deutschen Sozialdemokratie vollzog sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Spaltung der Partei – allerdings aus einer anderen Antriebskraft als in der niederländischen Organisation. Die handelnden Akteure waren vor ihrem ideologischen Hintergrund aber miteinander vergleichbar. Der revolutionär-sozialistische Parteiflügel, angetrieben von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, votierte nach anfänglicher Zustimmung im Reichstag gegen die weitere Bewilligung von Kriegskrediten für die deutsche Armee und stellte die Partei vor eine Zerreißprobe.²¹ Die SPD hatte sich im August 1914 trotz Einwänden ihrer Antimilitaristen und Pazifisten einstimmig für die Finanzierung des deutschen Kriegseinsatzes ausgesprochen, um nicht nur dem Vorwurf der „vaterlandslosen Gesellen“ zu entgehen, sondern als eine von nationalen und

²⁰ Vgl. LIPSCHITS, I., *Witte plekken in de geschiedschrijving van de Nederlandse sociaal-democratie*, in: *Socialisme en Democratie*, 7/8 (1994), S. 370-375, S. 373; vgl. zur Partei DS'70 die Studie von VINGERLING, H./C.C. SCHOUTEN, *Democratisch Socialisten'70. Nevenstroom in de sociaal-democratie?*, Diss. Univ. Rotterdam 2003.

²¹ Vgl. hierzu MILLER, S., *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1974; vgl. für die niederländische Sozialdemokratie die Studie von DONGEN, B. VAN, *Revolutie of integratie. De Sociaal-Democratische Arbeiders Partij (SDAP) tijdens de Eerste Wereldoorlog*, Amsterdam 1992.

bürgerlichen Schichten akzeptable Volkspartei anerkannt zu werden. Da sich rasch herausstellte, dass es im Ersten Weltkrieg nicht um die Verteidigung des Vaterlandes, sondern um die Eroberung neuer Gebiete ging, machte sich in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Unmut breit, die zu einem rigorosen Ausschluss einer kleinen Gruppe führte. Diese konstituierte sich 1915 unter Führung von Liebknecht und Luxemburg als „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ und rief im April 1917 eine neue Partei ins Leben – die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD). Das Zerwürfnis der deutschen Arbeiterbewegung war zunächst vor allem eine Konsequenz des Krieges, obwohl sich in der Summe herausstellte, dass sich die zwei Grundlinien der Partei mit ihrem revolutionären und reformistischen Ansatz neue Wege gesucht hatten.²² Die Mutterpartei gab sich fortan den Namen der Mehrheitssozialdemokratischen Partei (MSPD) und demonstrierte, dass sie die Entwicklung zu einer fortschrittlichen und regierungsfähigen Massenpartei fortsetzen wollte. Die USPD radikalisierte sich dagegen zunehmend und beschloss 1920 in der Begeisterung für die russische Revolution ihren Übergang zur 1918 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Diesen Parteiwechsel verweigerten jedoch einige der Vorkriegssozialdemokraten und kehrten 1922 in die Arme der MSPD zurück, die sich wieder in den bekannten Namen SPD umbenannte.²³ Die alte Sozialdemokratie aber war nicht mehr die gleiche geblieben. Die revolutionären Tage im November 1918, die Abdankung des Kaisers und sein Gang ins Exil nach Doorn in den Niederlanden und die Ausrufung einer demokratischen Republik spülte die deutsche Sozialdemokratie an die Spitze des neuen Staates. Mit der Bildung des Rates der Volksbeauftragten, die den Weg zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung pflasterte, erhielt die SPD in der jungen Weimarer Republik den Nimbus einer Staatsgründungspartei, die ab 1919 mit Philip Scheidemann nicht nur erstmals das Amt des Reichskanzlers, sondern mit Friedrich Ebert auch den des frei gewählten Reichspräsidenten bekleidete. Mit ihrer Machtübernahme war die deutsche Sozialdemokratie staatstragend geworden und zugleich verantwortlich für eine Republik, die von inneren und äußeren Einflüssen schwer unter Druck geraten sollte. Die Gegnerschaft linker wie rechter Feinde der Demokratie wirkte sich ebenso nachhaltig auf das Regieren der SPD und ihrer Partner in der Weimarer

²² Vgl. WALTER, *Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, a.a.O., S. 43ff.

²³ Ebd., S. 49ff.

Koalitionsregierung aus wie die Forderungen der Alliierten nach dem verlorenen Krieg.²⁴

Auch wenn die deutsche Partei früher politische Verantwortung übernehmen musste als die niederländische – in ihrer Annäherung an staatliche und gesellschaftliche Einflüsse war die SPD ähnlich intensiv und zeitlich etwa genauso lang gefordert wie die SDAP. Die deutsche Sozialdemokratie, 1912 erstmals zur stärksten Reichstagsfraktion aufgestiegen, musste sich ebenso um zunehmende Unterstützung aus der Bevölkerung und um die Tolerierung durch den politischen Gegner bemühen wie die niederländischen Parteifreunde. Die Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 war ein wichtiger Meilenstein in diesem schwierigen Prozess, der seinen vorläufigen Höhepunkt wenige Jahre später erlebte, als die SPD 1919 an die Regierung kam. Ihre endgültige Privilegierung erlebte die Partei analog zu ihrer niederländischen Schwesterorganisation erst nach dem Zweiten Weltkrieg – allerdings später: als Folge des Godesberger Programms 1959 und der Anerkennung der Westintegration durch Herbert Wehner 1960.

Mit der Übernahme von sozialdemokratischer Regierungsverantwortung 1919 in Berlin ließ sich jedoch nicht leugnen, dass zwischen deutscher und niederländischer Partei erneut ein Kontrast offensichtlich geworden war. Die SDAP schien weiter denn je von den Schalthebeln der Macht in Den Haag entfernt, weil sie 1918 mit der Ankündigung einer Revolution durch ihren Parteiführer Troelstra, der parallel zu den Ereignissen in Deutschland die revolutionäre Welle auch in die Niederlande überschwappen sah, einen Rückschlag in ihrem gesellschaftspolitischen Annäherungsprozess einsteckte. Auch wenn Troelstra mit seinem Vorgehen isoliert dastand und keine Unterstützung aus der eigenen Partei erhielt, kostete die SDAP die Fehleinschätzung ihres Führers Ansehen. Das Interesse der niederländischen Parteifreunde am Fortgang der Ereignisse in Deutschland blieb dennoch ungebrochen. Schon im Herbst 1918, als die ersten Anzeichen eines Umsturzes erkennbar wurden, entsandte die parteieigene Tageszeitung *Het Volk* postwendend einen eigenen Korrespondenten in die deutsche Reichshauptstadt, um schnell und ausführlich über die dortigen Ereignisse zu informieren. Mit dem Titel „Zu Besuch im republikanischen Deutschland“ überschrieb der niederländische Berichterstatter seine Artikel aus Berlin, die zu einer festen Rubrik

²⁴ Vgl. ausführlich u.a. bei WINKLER, H.A., *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*, Berlin 1985 (= *Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts*, Bd. 10).

in der sozialdemokratischen Hauspostille avancierten.²⁵ In diesem Zusammenhang fiel auch die Beachtung der sozialdemokratischen Regierungspolitik stärker ins Auge – im weiteren Verlauf der zwanziger Jahre berichtete die Redaktion von *Het Volk* ihren Anhängern intensiv über das politische Wirken der deutschen Schwesterpartei und ließ nicht nur zwischen den Zeilen ihr Wohlwollen für die geschätzte SPD durchblicken. Diese hatte – trotz aller vorhandenen Schwierigkeiten der Weimarer Republik – erreicht, was die SDAP politisch noch anstrebte: die Macht im Staate. Wenn das Hauptorgan *Het Volk* über die SPD und ihre Politik berichtete, schrieb sie nicht selten von „unseren Männern“ oder „unserer Partei“ und dokumentierte auf diese Weise ihren Lesern die enge Verbundenheit mit der Schwesterpartei des östlichen Nachbarlandes.²⁶ Aus Sicht der niederländischen Partei galt die SPD wegen der unter Beweis gestellten Regierungsfähigkeit umso mehr als moderne Organisation, der man mit Blick auf die eigenen Ambitionen nacheiferte. Das atmosphärische Klima zwischen den Führungen beider Parteien entsprach der Übereinstimmung in politischen wie programmatischen Fragen und übertrug sich auch auf die unteren Ebenen. Zwischen den Jugendorganisationen von SDAP und SPD bestand ein ausgezeichnetes Verhältnis – den deutschen und international engagierten Jugendfunktionär Erich Ollenhauer verband mit dem Leiter der niederländischen Arbeiterjugendzentrale (AJC), Koos Vorrink, ein enger Austausch und eine „innige Freundschaft“.²⁷ Der Niederländer hatte den Jugendverband 1920 nach deutschem Vorbild gegründet und daher unmittelbaren Kontakt zu den Kollegen in der SPD, insbesondere zu Ollenhauer, gesucht.²⁸ Die persönliche Zusammengehörigkeit sollte beiden Politikern zugute kommen, als sie nach dem Zweiten Weltkrieg in führenden Funktionen ihrer beiden Parteien die gegenseitigen Beziehungen wieder aufbauten.

²⁵ Die Hinweise sind einer umfassenden Studie des Amsterdamer Historikers Ries Roowaan entnommen, der sich mit den deutsch-niederländischen Beziehungen in der Weimarer Republik beschäftigt hat. Das Manuskript ist dem Verfasser vorab freundlicherweise zur Verfügung gestellt worden. Es erscheint in der Reihe *Deutsch-Niederländische Beziehungen* unter dem Titel: ROOWAAN, R., *Im Schatten der großen Politik. Deutsch-niederländische Beziehungen zur Zeit der Weimarer Republik 1918-1933*.

²⁶ Zit. n. ebd.

²⁷ Darauf wies der gemeinsame Freund Herman Molendijk in einem Nachruf in der niederländischen Parteizeitung *Paraat* anlässlich des Todes von Erich Ollenhauer im Dezember 1963 hin: MOLENDIJK, H., *Erich Ollenhauer. De jeugdleider*, in: *Paraat* v. 10. Januar 1964; vgl. zu Erich Ollenhauer und seiner Rolle als internationaler Jugendfunktionär auch den Beitrag von KLEIN, H.-D., *Erich Ollenhauer (1901-1963). Jugendfunktionär und Internationalist*, in: DANKELMANN, O. (Hrsg.), *Lebensbilder europäischer Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts*, Wien 1995, S. 403-414; vgl. zum Lebensweg von Koos Vorrink die Biographie von WIEDIJK, C.H., *Koos Vorrink. Gezindheid, Veralgemening, Integratie. Een biografische studie 1891-1940*, Groningen 1990.

²⁸ Vgl. WOLTJER, *Recent verleden*, a.a.O., S. 152f.

Mit großer Sorge betrachtete die niederländische Sozialdemokratie zu Beginn der dreißiger Jahre den Aufstieg des Nationalsozialismus und setzte sich in zahlreichen Zeitungsartikeln mit „Hitlers Chancen“ und der „Contrarevolution in Deutschland“ auseinander.²⁹ Kritisch fragte man sich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933, was die deutschen Geschehnisse der holländischen Sozialdemokratie bezüglich ihrer geistigen Einstellung zu sagen hätten und: „Wie haben wir die deutschen Geschehnisse zu verstehen?“³⁰ In den Reihen der SDAP hatte man Mitleid mit der deutschen Schwesterpartei, die – so der Eindruck in den Niederlanden – ohnmächtig schien, um die drohende Gefahr abzuwenden.³¹ Man machte sich ernsthafte Gedanken um das „Schicksal der deutschen Sozialdemokratie“³² und begann – erstmals in der seit dem 19. Jahrhundert andauernden freundschaftlichen Verbindung mit der Schwesterorganisation – auch kritische Fragen aufzuwerfen. Seit ihrem Bestehen hatte die SDAP gegenüber der SPD eine Politik der Bewunderung und der bewussten Zurückhaltung betrieben – Kritik aus den Niederlanden wurde in der Berliner Parteizentrale wenn überhaupt nur sehr selten vernommen. Stattdessen herrschte eine breite Unterstützung für den programmatischen und politischen Kurs der deutschen Partei vor, die man – umgemünzt auf niederländische Verhältnisse – einzubeziehen versuchte. Die Solidarität mit der SPD ging daher recht weit und setzte sich auch fort, als die deutsche Partei im August 1914 den Kriegskrediten zustimmte und die Zweite Internationale der europäischen Linke auseinander fiel. Der deutschen Sozialdemokratie wurde die Zustimmung zum Ersten Weltkrieg in den neutralen Niederlanden sehr rasch verziehen, weil sie aus „Notwehr“ gehandelt habe, wie es Parteiführer Pieter Jelles Troelstra entschuldigend kommentierte.³³ Nach 1933 aber veränderte sich bei aller

²⁹ O.A., *Hitler's kanssen. De grote deur is dicht*, in: *Het Volk* v. 11. April 1932; o..A., *Het derde rijk? De contra-revolutie in Duitsland*, in: *Het Volk* v. 21. Juli 1932.

³⁰ WIJK, J. VAN DER, *Wat hebben de Duitse gebeurtenissen aan de Hollandsche sociaal-democratie ten opzichte harer geestelijke instelling te zeggen? Praeadvies, uitgebracht op de jaarvergadering van de Socialistische Vereeniging tot bevordering van de studie van maatschappelijke vraagstukken, gehouden op zondag 29 October 1933 te Amsterdam*, Amsterdam 1933; BANNING, W., *Hoe hebben wij de Duitse gebeurtenissen te verstaan? Praeadvies, uitgebracht op de jaarvergadering van de Socialistische Vereeniging tot bevordering van de studie van maatschappelijke vraagstukken, gehouden op 29 October 1933 te Amsterdam*, Amsterdam 1933; siehe auch bei ROOWAAN, *Im Schatten der großen Politik*, a.a.O.

³¹ Vgl. KNEGTMANS, P.J., *Socialisme en Democratie. De SDAP tussen klasse en natie 1929-1939*, Amsterdam 1989, S. 248f.; vgl. hierzu auch KÖHLER, G., *De SDAP en het nazisme. Reacties van de Nederlandse sociaal-democratie op de gebeurtenissen in Duitsland 1924-1934*, Magisterarbeit Univ. Amsterdam 1986; vgl. für die deutsche Seite WINKLER, H.A., *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Berlin 1987 (= *Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts*, Bd. 11).

³² HESSEN, J., *Het lot der Duitse sociaal-democratie*, in: *De Socialistische Gids*, 18 (1933), S. 373-380.

³³ Zit. n. DONGEN, *Revolutie of integratie*, a.a.O., S. 153.

Anteilnahme an der schweren Situation der von den Nationalsozialisten verfolgten und unterdrückten Partei die grenzenlose politische Zuneigung zur SPD. Hätte sie den Aufstieg der rechten Bewegung nicht verhindern, sich ihr nicht zumindest stärker widersetzen können? In einer Sitzung Anfang Februar 1933 kam der SDAP-Vorstand zu der übereinstimmenden Haltung, dass die SPD versagt habe und einen Bürgerkrieg hätte riskieren müssen. Der Vorschlag des diplomatisch orientierten Fraktionsvorsitzenden Johan Willem Albarda, den deutschen Parteifreunden ein Sympathietelegramm zu schicken, wurde brüsk zurückgewiesen. Nicht Sympathie, sondern offene Kritik sei am Platze.³⁴ Auch der Parteitheoretiker und religiöse Sozialist Willem Banning ging mit der SPD hart ins Gericht, indem er ihre taktische Ausrichtung als schlechtes Beispiel darstellte. Die Partei habe auf die Arbeiterklasse gebaut, die im Grunde aber nicht mehr wachse; sie habe den Mittelstand und das Nationalbewusstsein vernachlässigt und sich zu wenig mit geistigen Werten beschäftigt, die dem Menschen im täglichen Leben als Leitfaden dienen würden.³⁵ Ohne die Bemerkungen aus der Führungsetage der niederländischen Sozialdemokraten überbewerten zu wollen, begann sich die SDAP programmatisch und taktisch mehr und mehr von ihrem einstigen Vorbild abzusetzen, um ihren Reformismus sowie den geschärften Antikommunismus gleichermaßen deutlich zur Schau zu stellen. Die SPD schien im Vergleich mit der niederländischen Schwesterorganisation zum ersten Mal zwangsläufig rückständig zu wirken, weil sie wegen des Verbots unter der politischen Einschränkung litt, während sich die Partei in den Niederlanden 1937 ein progressives und von ideologischen Tiefen befreites Programm verpasste. Als der deutsche Sozialdemokrat Friedrich Stampfer, Mitglied des Exilvorstandes, 1938 im „Neuen Vorwärts“ die Forderung erhob, man brauche ein Programm, sorgte der neue niederländische Parteivorsitzende Koos Vorrink für Abhilfe und übersandte ein Exemplar des neuen Manifests von 1937. Im Begleitschreiben schrieb er, dass hier „eine Orientierung [...] in Bezug auf die ideologische Fundierung unserer sozialdemokratischen Bewegung“ zu finden sei.³⁶ Der Vorgang an sich und die gewählten Worte Vorrinks sprachen für ein neues niederländisches Selbstbewusstsein

³⁴ Zit. n. LANGKAU-ALEX, U., *Die deutsche sozialdemokratische Emigration in den Niederlanden nach 1933. Ein Überblick am Beispiel der Stadt Amsterdam*, in: DITTRICH, K./H. WÜRZNER (Hrsg.), *Die Niederlande und das deutsche Exil 1933-1940*, Königstein/Taunus 1982, S. 91-106, S. 93; vgl. zur kritischen Haltung der SDAP auch ROOY, *De rode droom*, a.a.O., S. 41.

³⁵ Zit. n. EDZ JONG, F. DE, *Die Herausforderung der neuen Rechten. Die politischen Parteien der Niederlande im Verhältnis zum Nationalsozialismus*, in: DITTRICH, K./H. WÜRZNER (Hrsg.), *Die Niederlande und das deutsche Exil 1933-1940*, Königstein/Taunus 1982, S. 33-42, S. 39.

³⁶ Zit. n. LANGKAU-ALEX, *Die deutsche sozialdemokratische Emigration in den Niederlanden nach 1933*, a.a.O., S. 94.

im Umgang mit der deutschen Schwester. Die SDAP hinterließ als politische Organisation den Eindruck, dass sie ein moderneres Gesamtbild verkörperte, ehe sie 1939 an der Regierung beteiligt und 1940 von den deutschen Besatzern in den Niederlanden ebenfalls verboten wurde.

Auch wenn einzelne Vertreter der SDAP in einer Momentaufnahme bei der Machtübernahme Hitlers ihren Unmut über die Rolle der deutschen Sozialdemokratie artikulierten, fanden viele deutsche Sozialdemokraten einen Zufluchtsort in den Niederlanden und wurden hier von den Parteifreunden vor Ort unterstützt. Zu den deutschen Exilanten gehörten neben dem späteren sozialdemokratischen Senator Henk Wielek auch Alfred Mozer, der nach dem Krieg internationaler Parteisekretär der neu gegründeten PvdA wurde, und Herbert Kriedemann, der ab 1946 dem Büro des neuen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher angehörte.³⁷ Auch in die andere Richtung kam es zu Hilfsaktionen. So bemühten sich der spätere SPD-Vorsitzende Willy Brandt und andere deutsche Sozialdemokraten um den in deutschen Konzentrationslagern inhaftierten Koos Vorrink. Dazu schrieb der damalige Exilant Brandt später in einem seiner Erinnerungsbände: „In bescheidenem Umfang konnten wir uns – mit Hilfe politischer und kirchlicher Verbindungen im Gastland – darum bemühen, das Leben von Sozialistenführern in deutschen Lagern zu retten. Neben Einar Gerhardsen und Léon Blum konzentrierten wir uns auf den Holländer Koos Vorrink, mit dem Ernst Paul in der Jugendinternationale zusammengearbeitet hatte und der nach dem Krieg Vorsitzender der Partij van de Arbeid wurde; er war einer der Zeugen im Nürnberger Prozess gegen die Kriegsverbrecher.“³⁸ Bei aller gegenseitigen Unterstützung in einer Zeit der Verfolgung und des Krieges war der Abschnitt zwischen 1933 und 1945 zu Schreckensjahren für deutsche und niederländische Sozialdemokraten geworden, die ihre gegenseitigen Beziehungen auf eine harte Probe stellten. Der deutsche Überfall auf die Niederlande fiel hier besonders ins Gewicht und ließ das langjährige Parteienverhältnis auch nach dem Kriegsende unausweichlich beschäftigen.

³⁷ Vgl. hierzu u.a. LANGKAU-ALEX, U./H. WÜRZNER, *Niederlande*, in: KROHN, C.-D. u.a. (Hrsg.), *Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933-1945*, Darmstadt 1998, S. 321-333.

³⁸ BRANDT, W., *Links und frei. Mein Weg 1930-1950*, Hamburg 1982, S. 354f.

3. TEIL I:
Neuanfang im Kalten Krieg: Deutsche und niederländische Sozialdemokraten nach Unterdrückung und Verfolgung (1945-1949)

3.1 *Einleitung*

Wiederbelebung und Veränderung: PvdA und SPD formieren sich neu

Es war nicht mehr als ein Provisorium, das der niederländische Sozialdemokrat Zwart in den ersten Apriltagen des Jahres 1946 aufsuchte. Über Schutt und lose Bretter musste sich der Besucher in der Hannoveraner Jakobstraße 10 den Weg bahnen, um die bescheidenen Räumlichkeiten des „Büros der Westzonen“ im Hinterhof zu erreichen. Hier residierte die deutsche Schwesterpartei in den ersten Nachkriegsjahren unter Federführung Kurt Schumachers, der im September 1945 mit der Konstituierung des „Büros Dr. Schumacher“ die Reorganisation der SPD begonnen hatte. Zu seinen direkten Mitstreitern gehörten neben Herbert Kriedemann und Alfred Nau die im Februar 1946 aus ihrem Londoner Exil zurückgekehrten Fritz Heine und Erich Ollenhauer.¹

Letzterer war es, dem der Gast aus den Niederlanden seinen Besuch abstattete. Der Grund für das Kommen war lapidar, besaß in dieser Aufbauphase aber einen gestenreichen Hintergrund. Als eine Art Unterhändler übermittelte Zwart dem Gastgeber die Grüße des wenige Wochen zuvor, am 9. Februar, in Amsterdam zum Vorsitzenden der neu gegründeten Partei der Arbeit (PvdA) gewählten Koos Vorrink. Der frühere Weggefährte Ollenhauers aus der internationalen sozialistischen Jugendbewegung der zwanziger Jahre suchte vorsichtig durch die Hintertür Anschluss zur SPD. „Ich bin sehr froh, dass wir auf diese Weise wieder in einen direkten persönlichen Kontakt kommen“, schrieb ihm Ollenhauer erleichtert in einem dreiseitigen Brief.² Nach Krieg und Besatzungszeit, nach Verfolgung und Exilzeit, die deutsche und niederländische Sozialdemokraten unter oft schwersten Bedingungen durchleben mussten, war der erste Faden der ehemals befreundeten Parteien über zwei persönliche Freunde neu aufgenommen.

Zunächst beschäftigte Ollenhauer aber nicht die Sorge über die vor einem Neuanfang stehenden gegenseitigen Parteibeziehungen, sondern der Aufbau und die Organisation des eigenen Parteibetriebs in unübersichtlichen Zeiten. „Die Arbeit ist natürlich sehr

¹ Vgl. KLOTZBACH, K., *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965*, Bonn 1996 (= *Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945*, Bd. 1), S. 52f.; vgl. auch MERSEBURGER, P., *Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie*, Stuttgart 1995, S. 204.

² Archiv der Sozialen Demokratie (AdSD), *Archiv Kurt Schumacher*, Nr. 69, Brief Erich Ollenhauers an Koos Vorrink v. 5. April 1946.

schwer. Der allgemeine Mangel, Transportschwierigkeiten, Mangel an Papier und an allen anderen technischen Hilfsmitteln sind starke Hemmnisse.“³ Diese Bedürftigkeiten im täglichen Arbeitsablauf gaben nur einen kleinen Einblick in den enormen Kraftakt, den die deutsche Sozialdemokratie in programmatischer, struktureller und organisatorischer Art zu bewältigen hatte. In dieser Ausnahmesituation war eine ordnende Hand gefragt, die aus dem Provisorium der ersten Nachkriegsmonate eine starke und vor allem einheitliche Parteiorganisation formte. Diese Aufgabe fiel dem früheren Reichstagsabgeordneten Kurt Schumacher nicht zu – den Anspruch auf die Führung der SPD in den drei Westzonen riss er förmlich an sich. Von seinem Hannoveraner Stützpunkt sorgte er für die Neuwerdung der Partei und wurde bereits im Mai 1946 zu ihrem Vorsitzenden gewählt. „Nach Hitler – wir“, war für den von seiner langjährigen Haft in Konzentrationslagern gezeichneten Schumacher der selbstverständliche Auftrag, aus dem er eine herausragende Rolle der im Nationalsozialismus verfolgten Sozialdemokratie ableitete.⁴

In der beachtlichen Geschwindigkeit, mit der die SPD ihre Formation trotz zunächst vorhandener Auflagen der alliierten Besatzer zu Wege brachte, stand die niederländische Sozialdemokratie der deutschen Schwesterpartei nicht nach. Auch für sie gab es keine Stunde Null. Genau zwei Wochen nach der Befreiung des Landes traf am 19. Mai 1945 in Amsterdam der alte Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) zusammen, die im Sommer 1940 wie alle anderen niederländischen Parteien vom deutschen Aggressor faktisch verboten worden war.⁵ Als führender Vertreter des sozialdemokratischen Widerstands in den Niederlanden übernahm Willem Drees in dieser Stunde des Neuanfangs kommissarisch den Vorsitz. Er vertrat stellvertretend den abwesenden Parteiführer Koos Vorrink, der von seiner mehrjährigen Haft in Konzentrationslagern noch nicht zurückgekehrt war. Beide zusammen sollten bis in die fünfziger Jahre hinein das unangefochtene Führungsduo der niederländischen Sozialdemokratie bilden – der eine, Vorrink, als starker Vorsitzender (1945/46-1955) und der andere, Drees, als erster sozialdemokratischer Regierungschef in den Niederlanden überhaupt (1948-1958). Den zwei Politikern wurde wegen ihrer herausragenden Stellung in den dreißiger Jahren und der anschließenden Kriegszeit fast

³ Ebd.

⁴ Zit. n. KLOTZBACH, K., *Tussen ideaal en werkelijkheid. Sociaal-democraten in een verwoest Duitsland 1945-1950*, in: BANK, J. u.a. (Hrsg.), *In dienst van het gehele volk. De Westeuropese sociaal-democratie tussen aanpassing en vernieuwing 1945-1950*, Amsterdam 1987, S. 122-146, S. 124.

⁵ Vgl. KNEGTMANS, P.J., *De jaren 1919-1946*, in: PERRY, J. u.a., *Honderd jaar sociaal-democratie in Nederland 1894-1994*, Amsterdam 1994, S. 63-117, S. 116; vgl. hierzu auch HIRSCHFELD, G., *Bezetting en collaboratie. Nederland tijdens de oorlogsjaren 1940-1945*, Haarlem 1991, S. 78f.

automatisch die Funktion der Identifikationsfiguren zuteil – eine Stellung, die sich Schumacher in der SPD erfolgreich erarbeiten musste. Vorrink besaß einen maßgeblichen Anteil an der Erneuerung der Partei, die sich durch die Infragestellung marxistischer Theorien und die Abkehr vom Antimilitarismus schon in den dreißiger Jahren im Wandel von der Arbeiter- zur Volkspartei befand. Das neue Grundsatzprogramm von 1937 ebnete diesen reformistischen Kurs und bildete die Basis für die zwei Jahre später folgende, bis dato erstmalige Beteiligung der SDAP an einem niederländischen Kabinett. An der Exilregierung, die sich nach dem deutschen Überfall im Mai 1940 in London niedergelassen hatte, waren Sozialdemokraten mit Ministerämtern beteiligt.

Auch Willem Drees schaute auf eine intensive politische Karriere zurück, als er nach Kriegsende auf die öffentliche Bühne zurückkehrte.⁶ Sein Name erlangte zusätzliche Bedeutung, da er in der Besatzungszeit zu den Eckpfeilern des sozialdemokratischen Untergrundes gehört hatte. Anders als Vorrink oder Stuuf Wiardi Beckman⁷, einem ebenfalls bekannten Sozialdemokraten der Vorkriegszeit, die mehrere Jahre in Konzentrationslagern zubringen mussten, gelang es Drees, einer längeren Gefangenschaft zu entgehen.⁸ Als früherer Beigeordneter in der Den Haager Kommunalpolitik und Fraktionsvorsitzender in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments war er von jeher ein Mann mit klugem Sachverstand und dem richtigen Gespür für die politischen Notwendigkeiten.⁹ Seine Erfahrung und sein Pragmatismus entsprachen genau den Eigenschaften, die ihn in dieser Aufbauphase für eine leitende Besetzung empfahlen. Denn Verantwortung übernahm Drees nicht nur in seiner Partei, sondern im ganzen Land. In Zusammenarbeit mit Willem Schermerhorn, dem Vorsitzenden der während der Besatzungszeit entstandenen und gegen die deutsche Fremdherrschaft gerichteten Sammelorganisation Niederländische Volksbewegung¹⁰ (NVB), bildete er im Auftrag von Königin Wilhelmina das erste Nachkriegskabinett. In diesem bekleidete er den Posten des Sozialministers und überließ seinem Kollegen Schermerhorn, der sich 1946 der Sozialdemokratie anschloss, den Vortritt für das Amt

⁶ Vgl. den ersten Teil der Biographie über Willem Drees von DAALDER, H., *Gedreven en behoedzaam. Willem Drees 1886-1988. De jaren 1940-1948*, Amsterdam 2003.

⁷ Wiardi Beckman war seit 1942 in deutscher Gefangenschaft und starb im März 1945 im KZ Dachau. Zur Erinnerung benannte die PvdA 1946 ihr wissenschaftliches Büro nach seinem Namen. Vgl. WIJNE, J.S., *Stuuf Wiardi Beckman. Patricier en sociaal-democraat*, Amsterdam 1986.

⁸ Vgl. hierzu DREES, W., *Van mei tot mei. Persoonlijke herinneringen aan bezetting en verzet*, Assen 1958.

⁹ Vgl. BRINKMAN, M., *Willem Drees, de SDAP en de PvdA*, Amsterdam 1998, S. 69ff. u. 92ff.

¹⁰ Vgl. hierzu BANK, J., *Opkomst en ondergang van de Nederlandse Volks Beweging (NVB)*, Deventer 1978.

des Ministerpräsidenten.¹¹ Die niederländische Sozialdemokratie schwamm sich unter dem Einfluss von Drees endgültig von ihrer traditionellen Oppositionsrolle frei und legte den Nimbus ab, nur in äußersten Notfällen in die Regierungsgeschäfte einbezogen zu werden. Stattdessen war man in den Nachkriegsjahren nun an wegweisenden Entscheidungen beteiligt. Die Niederlande verabschiedeten sich von ihrer gescheiterten Neutralitätspolitik und betrieben als Gründungsmitglieder des Brüsseler Paktes im März 1948 und der NATO im April 1949 eine aktive Außenpolitik.¹² Zudem wurde das Netz sozialer Leistungen in Zusammenarbeit mit den verschiedenen konfessionellen Koalitionspartnern im Kabinett der „breiten Basis“ konsequent ausgebaut. Gepaart mit dieser ungekannten Regierungsverantwortung, zu der weitere Ministerposten zählten, setzte die Sozialdemokratie ihren in den dreißiger Jahren eingeschlagenen Erneuerungskurs konsequent fort. In diesem Prozess blieb sie als Programmpartei keine einfache Replik der Vorkriegszeit, sondern strebte einen echten Neuanfang ihrer Organisation an. Das Ziel war der „Durchbruch“ der zur Versäulung erstarrten Gesellschaftsstruktur, die aus Wahlen Volkszählungen werden ließ und die Stärke der politischen Parteien vorhersehbar machte. Mit der Überwindung dieses steifen Gefüges erhoffte man sich den Vorstoß in neue Wählerschichten und vor allem in die zwei anderen Säulen, um somit auch für die katholische und protestantische Arbeiterschaft eine politisch wählbare Alternative darzustellen. Vor diesem Hintergrund entstand im Februar 1946 die Partei der Arbeit: Ein Parteienkonglomerat, das sich neben der SDAP aus der progressiv-calvinistischen Christlich-Demokratischen Union (CDU) und dem progressiven Liberaldemokratischen Bund (VDB) zusammensetzte und sich vor allem infolge der Erneuerungsbestrebungen nach Krieg und Besatzungszeit zu einem solch besonderem politischem Wagnis bereit fand. Der neue Parteiname war kein Produkt des Zufalls, sondern hing eng mit der britischen Labour Party zusammen, die aufgrund ihres großen Wahlsieges im Juli 1945 unter Clement Attlee einen auffallenden Eindruck hinterlassen hatte und für die niederländische Sozialdemokratie in diesen Jahren einen gewissen Vorbildcharakter besaß.¹³ „Mache es wie der Tommy: Er wählte Partei der

¹¹ Vgl. ROOY, *De rode droom*, a.a.O., S. 48f.

¹² Vgl. HELLEMA, D., *Buitenlandse politiek van Nederland*, Utrecht 1995, S. 112ff.

¹³ Vgl. BANK, J., *De theorie van de vernieuwing en de praktijk van de wederopbouw. Het Nederlandse socialisme in de tweede helft van de jaren veertig*, in: DERS. u.a. (Hrsg.), *In dienst van het gehele volk. De Westeuropese sociaal-democratie tussen aanpassing en vernieuwing 1945-1950*, Amsterdam 1987, S. 98-121, S. 101f.; vgl. auch BERGER, S., *Die britische Labour Party 1945-2000*, in: DOWE, D. (Hrsg.), *Demokratischer Sozialismus in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg*, Bonn-Bad Godesberg 2001 (= *Reihe Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung*, H. 38), S. 87-115, S. 87f.

Arbeit“, hieß es folgerichtig auf den Parteiplakaten vor den ersten Parlamentswahlen im Mai 1946.¹⁴

Dass darüber hinaus das restliche marxistische Gedankengut komplett über Bord geworfen wurde, war nicht nur eine wesentliche Bedingung für die Parteienfusion gewesen, sondern zugleich ein Signal der eigenen Erneuerung an die niederländische Wählerschaft.¹⁵ Mit dieser ideologischen Überarbeitung ihrer eigenen Programmatik unterschied sich die PvdA nicht nur von der SPD, sondern von den meisten der anderen europäischen Schwesterparteien, für die der Marxismus zunächst ein wichtiger methodischer Fundus blieb. Dies machte die Partei als Folge ihrer Verschmelzung zwischen einer sozialdemokratischen Organisation und zwei kleineren Vertretungen des bürgerlichen Lagers zu einer Ausnahmeerscheinung, die unübersehbar mit der Vergangenheit gebrochen hatte.¹⁶ Ihre vorrangige Absicht war nicht die Umsetzung einer einheitlichen sozialistischen Weltanschauung, sondern einer pragmatischen und praktischen Politik auf dem Boden demokratischer Grundsätze. Vorherrschend sollte hierbei ein ideologischer Pluralismus sein, der eine gemeinschaftliche Parteipolitik nicht ausschloss.¹⁷ Im neuen Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1947 wurde daher explizit darauf hingewiesen, dass die Partei offen stehe für „Personen mit sehr verschiedenen Lebensüberzeugungen“. ¹⁸ Insofern war es konsequent, dass die PvdA auch die über Jahrzehnte gewachsenen, ideologisch organisierten Versäulungsstrukturen in den Niederlanden in Frage stellte. „Euer Versuch ist ein sehr wichtiges Experiment und von seinem Erfolg kann viel für die Entwicklung anderer sozialistischer Parteien auf dem Kontinent abhängen“, kommentierte Ollenhauer das niederländische Vorhaben in seinem Brief an Koos Vorrink positiv.¹⁹

Für Kurt Schumacher stand ebenfalls von Anfang an fest, dass die SPD ihr Gesicht im Gegensatz zur Weimarer Republik verändern musste. „Neubau – nicht Wiederaufbau“,

¹⁴ Eine Abbildung des Wahlplakats findet sich in der Zusammenstellung von ELZINGA, D.J./G. VOERMAN, *Om de stembus. Verkiezingsaffiches 1918-1998*, Amsterdam/Antwerpen 2002, S. 85.

¹⁵ Vgl. AERTS/DE LIAGRE BÖHL, *Land van kleine gebaren*, a.a.O., S. 267.

¹⁶ Das marxistische Gedankengut lebte in einer kleinen Gruppierung innerhalb der Partei fort, dem Sozialdemokratischen Zentrum (SDC). Es wurde allerdings nicht als selbständige Arbeitsgemeinschaft vom Parteivorstand anerkannt und die Mitgliedschaft ihrer Angehörigen in den fünfziger Jahren als nicht vereinbar mit der der PvdA erklärt. Vgl. WIJMANS, L., *De linkse stroming. Vleugelstrijd in de Nederlandse sociaal-democratie*, in: SCHAPER, B.W. u.a., *Het verbleekte ideaal. De linkse kritiek op de sociaal-democratie in Nederland*, Amsterdam 1982, S. 43-57, S. 49-53.

¹⁷ Vgl. TROMP, *Het sociaal-democratisch programma*, a.a.O., S. 284; vgl. auch BANK, *Sozialdemokratie und Staat in den Niederlanden*, a.a.O., S. 111; vgl. auch BRAUNTHAL, J., *Geschichte der Internationale*, Bd. 3, Berlin/Bonn 1978, S. 246. Der Österreicher Julius Braunthal (1896-1972) war von 1951 bis 1956 Generalsekretär der Sozialistischen Internationale (SI).

¹⁸ Zit. n. TROMP, *Het sociaal-democratisch programma*, a.a.O., S. 284.

¹⁹ AdSD, *Archiv Kurt Schumacher*, Nr. 69, Brief Erich Ollenhauers an Koos Vorrink v. 5. April 1946.

war daher eine Forderung, die er frühzeitig proklamierte.²⁰ Vorstellungen von einer Konstruktion mit bürgerlichen Komponenten gemäß dem Modell der siegreichen Labour Party, das die niederländische Partei wegen der Aura jener erfolgreichen Regierungspartei für sich in Anspruch nahm, lehnte Schumacher aber ebenso ab wie eine sozialistische Einheitspartei der deutschen Arbeiterbewegung. Die in der sowjetischen Besatzungszone vollzogene Zwangsvereinigung zwischen der SPD Otto Grotewohls und der KPD, die im April 1946 zur Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) führte, verurteilte er mit aller Schärfe. Der strikte Antikommunismus Schumachers war Gradmesser seines politischen Wirkens und begleitete ihn bis zu seinem Tod 1952.²¹ Ein Parameter, der im übrigen voll und ganz der Linie der PvdA entsprach, die mit ihrer Zielperspektive als moderner Partei der linken Mehrheit eine Kontaktaufnahme zur Kommunistischen Partei der Niederlande (CPN) völlig ausschloss. Schumacher entwickelte aus der SPD eine Organisation, die fest von der Fortexistenz der Klassengesellschaft ausging und sich zeitgleich den Mittelschichten zuwenden wollte. Ein Spannungszustand, der, wie sich zeigen sollte, kaum zu überwinden war. Vor diesem Hintergrund blieb der Marxismus als theoretische Grundlage kein Glaubenssatz, wohl aber Methodik bei der sozialen und wirtschaftlichen Gesamtanalyse.

So straff und rigoros, wie Schumacher die Partei zu einen wusste und frühere Abtrünnige aus sozialistischen Splitterparteien wie Willi Eichler, Willy Brandt und Fritz Erler in der SPD versammelte, führte er als Vorsitzender auch die politischen Geschicke. Selbständige Arbeitsgruppen, wie sie die PvdA nach ihrem Zusammenschluss für Katholiken, Protestanten und Humanisten einrichtete, um nach innen wie nach außen den Eindruck einer pluralistischen Partei zu vermitteln, wischte der von einer zentralisierten Parteiführung überzeugte Schumacher mit Vehemenz beiseite.²² Um sich herum scharte er mit dem Parteikassierer Alfred Nau, dem Pressechef Fritz Heine, der Frauenreferentin Herta Gotthelf und seinem Stellvertreter Erich Ollenhauer Persönlichkeiten, die auch in der sozialdemokratischen Traditionskompanie der Weimarer Republik an vorderer Stelle mitgewirkt hatten. Loyal

²⁰ Zit. aus der Rede Schumachers vor sozialdemokratischen Funktionären Hannovers am 6. Mai 1945, in: ALBRECHT, W. (Hrsg.), *Kurt Schumacher. Reden, Schriften, Korrespondenzen*, Berlin/Bonn 1985, S. 203-236, S. 203.

²¹ Vgl. GREBING, H., „Neubau“ statt „Wiederaufbau“ der SPD. *Die Lehren aus der Weimarer Republik*, in: DOWE, D. (Hrsg.), *Schumacher und der „Neubau“ der deutschen Sozialdemokratie nach 1945*, Bonn 1996 (= *Reihe Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung*, H. 13), S. 73-89, S. 74ff.; vgl. auch POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte der SPD*, a.a.O., S. 178.

²² Vgl. hierzu BOSSCHER, D., *De jaren 1946-1970*, in: PERRY, J. u.a., *Honderd jaar sociaal-democratie in Nederland 1894-1994*, Amsterdam 1994, S. 154-237, S. 161f.

unterstützen sie Schumacher beim Aufbau der Partei, die Ende 1946 mit rund 700 000 Mitgliedern in den Westzonen fast ein Fünftel mehr Anhänger in ihren Reihen zählte als im gleichen Gebiet zu Vorkriegszeiten.²³

Dass die SPD gewillt war, sich nach verschiedenen Seiten hin zu öffnen, bewiesen die Beitritte von Persönlichkeiten wie Herbert Wehner und Carlo Schmid. Wenn ein früherer kommunistischer Arbeiterführer und ein Repräsentant des bürgerlichen Lagers ein und derselben Partei beitraten, war das durchaus ein Zeichen veränderter Strukturen. „Eine solche Partei muss viele Wohnungen für viele Arten von Menschen sein“, kodifizierte Schumacher selbst bereits im Oktober 1945 eine breitere Neuaufstellung der deutschen Sozialdemokratie.²⁴ Das klang innovativ und es blieb unübersehbar, dass sowohl SPD als auch PvdA keine reinen Faksimiles ihrer Vorgängerbewegungen geworden waren. Der Wille zu Veränderungen war vorhanden und vor allem die niederländische Sozialdemokratie zeigte sich fortschrittlich, allein die politische Umsetzung erwies sich als schwierig.

Die Ernüchterung folgte schon bei den ersten niederländischen Nachkriegswahlen, die für die PvdA im Mai 1946 bei weitem nicht so erfolgreich verliefen wie für die angesehene Labour Party ein Jahr zuvor. Mit ihren 28,3 Prozent erreichte sie ein Ergebnis, das beinahe identisch war mit den Einzelresultaten der drei Fusionsparteien bei den letzten Vorkriegswahlen; dagegen wurde die mitregierende Katholische Volkspartei (KVP) stärkste Kraft (30,8 Prozent) und die Kommunisten erzielten mit ihren 10,6 Prozent ein unerwartet gutes Resultat.²⁵ Entgegengesetzt zu den gehegten Hoffnungen, gewann die PvdA keine neuen Wähler hinzu, sondern verlor einige ihrer nach der Fusion enttäuschten sozialistischen Anhänger, die zur kommunistischen Partei überliefen. Es zeigte sich offensichtlich, dass lang gewachsene Traditionsbestände der niederländischen Versäulung nicht ohne weiteres zu beseitigen waren und der Durchbruch-Gedanke vorzeitig als gescheitert erklärt werden musste. In dieser auch für die Niederlande schwierigen wirtschaftlichen Aufbauphase lag es nahe, dass die Menschen auf die ihnen bekannten Strukturen der Vorkriegszeit zurückgriffen und neuartigen Parteiexperimenten kein überhöhtes Vertrauen schenkten. Der Bruch des Zweiten Weltkrieges und der Besatzungszeit hielt sich für das politische System in den

²³ Vgl. WALTER, *Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, a.a.O., S. 125f.

²⁴ Zit. aus den „Programmatischen Erklärungen“ Schumachers auf den Konferenzen von Wennigsen und Hannover am 5./6. Oktober 1945, in: ALBRECHT, *Kurt Schumacher*, a.a.O., S. 301-319, S. 317.

²⁵ Vgl. LEPSZY, N., *Das politische System der Niederlande*, in: ISMAYR, W., *Die politischen Systeme Westeuropas*, Opladen 2003, S. 349-387, S. 366.

Niederlanden folglich in Grenzen.²⁶ Konsequenzen hatte das enttäuschende Wahlergebnis dagegen für die PvdA selbst. Einige der früheren Anhänger des liberalen VDB nahmen Abschied von einer Partei, in der sie sich während der kurzen Zeit ihres Bestehens nie richtig zu Hause gefühlt hatten, und riefen im Januar 1948 gemeinsam mit der Partei der Freiheit (PvdV) des späteren Außenministers Dirk Stikker die Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) ins Leben. Auch wenn der zahlenmäßige Abschwung für die 114.000 Mitglieder umfassende PvdA (1946) gering blieb, nährte der Austritt der liberalen Gruppierung die These der misslungenen Erneuerungsbestrebungen im Land und der Partei selbst.²⁷ Auch bei einer erneuten Stimmabgabe 1948 verharrte die PvdA in ihrem 30-Prozent-Turm, doch kostete sie diese Standortbestimmung keineswegs politischen Einfluss. Nach den Parlamentswahlen stellte sie trotz kleiner Verluste mit Willem Drees den Ministerpräsidenten – ein Zugeständnis der anderen Koalitionspartner für den Umstand, dass die Partei im neuen Kabinett nur noch fünf von insgesamt dreizehn Ministerämtern besetzte. Zugleich wurden mit der Entscheidung, Drees als neuen Regierungschef zu ernennen, dessen politische Führungsqualitäten parteiübergreifend anerkannt.²⁸

Auch die SPD fiel beim Gros der ersten Kommunal- und Landtagswahlen 1946/47 zumeist nur auf den zweiten Platz zurück und musste der CDU Konrad Adenauers den Vortritt lassen; Ausnahmen bildeten die Abstimmungen in den Großstädten Berlin, Hamburg oder Bremen, wo die Partei auch dank populärer Politiker wie Ernst Reuter, Max Brauer und Wilhelm Kaisen deutlich besser abschnitt.²⁹ Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt zeichnete sich ab, dass Schumachers Vorstellungen vom Sozialismus als Gegenwartsaufgabe in Westdeutschland nicht mehrheitsfähig waren. Das Fortwirken antiproletarischen Denkens unter den Mittelschichten auf der einen und die von den Sozialdemokraten als Realität betrachtete Klassengesellschaft auf der anderen Seite ergaben einen zunächst unauflösbaren Gegensatz, der der SPD keine neue Wählerschichten erschloss.³⁰ Mit seiner rhetorischen Schärfe und seinem kompromisslosen Eintreten in der Sache schreckte der Volkstribun Kurt Schumacher, der in der Bevölkerung zunächst bekannter war als der Kontrahent Adenauer,

²⁶ Vgl. BOSSCHER, D.F.J., *Die Rekonstruktion des Parteiensystems in den Niederlanden zwischen 1945 und 1952*, in: LADEMACHER, H./J. BOSMANS (Hrsg.), *Tradition und Neugestaltung. Zu Fragen des Wiederaufbaus in Deutschland und den Niederlanden in der frühen Nachkriegszeit*, Münster 1991 (= *Reihe Niederlande-Studien*, Bd. 1), S. 89-105, S. 91f.

²⁷ BOSSCHER, *De jaren 1946-1970*, a.a.O., S. 167f.; vgl. auch ROOY, *De rode droom*, a.a.O., S. 49.

²⁸ Vgl. BANK, *De theorie van de vernieuwing*, a.a.O., S. 106.

²⁹ Vgl. POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte der SPD*, a.a.O., S. 191.

³⁰ Vgl. KLOTZBACH, *Der Weg zur Staatspartei*, a.a.O., S. 597.

insbesondere bürgerliche Wähler ab. Darüber hinaus blieb die SPD trotz verschiedener Toleranzbekundungen ihres Vorsitzenden antikonfessionell und vor allem antikatholisch verhaftet, was zwar ihrer Tradition entsprach, dem Erneuerungswillen aber entgegenwirkte.³¹ Im Wahlkampf 1949 ließ sich Schumacher zu der Aussage hinreißen, die katholische Kirche als „fünfte Besatzungsmacht“ zu bezeichnen, weil diese die Wahl der CDU unterstützte.³² Im Umgang mit den Katholiken zeigte sich auch ein entscheidender Unterschied zur niederländischen Schwesterpartei, die mit ihrem Durchbruch-Gedanken ausdrücklichen Wert auf eine Annäherung an das katholische Milieu gelegt hatte und diesem Vorhaben mit Gründung der Arbeitsgemeinschaften auch Rechnung trug.

SPD und PvdA besaßen mit ihrem konsequenten Antikommunismus und dem Willen zur Erneuerung ihrer Organisationen durchaus übereinstimmende Elemente; letztendlich war es aber die niederländische Partei, die ein höheres Maß an Flexibilität und an tatsächlicher Veränderung unter Beweis stellte. Auch wenn sie auf dem Weg zu einer die drei Säulen umfassenden Volkspartei stecken blieb, hatte sie durch den definitiven Abschied vom Marxismus und der gewollten Zusammenarbeit mit konfessionellen Kreisen eine Fährte eingeschlagen, die die Klassenpartei SPD erst noch finden musste. Der am Ende der dreißiger Jahre einsetzende Veränderungsprozess der niederländischen Partei wurde beschleunigt durch die schlichte Tatsache, dass sie ab 1946 wiederum an der Regierung beteiligt war und erstmals zwischen 1948 und 1958 den Ministerpräsidenten stellte. Die deutsche Sozialdemokratie dagegen zeigte sich unter Kurt Schumacher zwar erneuerungsbereit, aber nicht wirklich Willens, einschneidende Veränderungen vorzunehmen. Es war unübersehbar, dass der Partei genau jene Zeit für die eigene programmatische Fortentwicklung fehlte, die sie nach dem Verbot und der Unterdrückung durch die Nationalsozialisten im Juni 1933 einbüßte. Die SPD war nach dem Krieg kurzfristig nicht in der Lage, die Zeitspanne aufzuholen, die die PvdA schon vor dem Beginn der Besatzungszeit 1940 für ihre programmatische Neujustierung genutzt hatte. Die niederländische Schwesterpartei war ihrer deutschen folglich einige bedeutende Schritte voraus, was der PvdA in den fünfziger Jahren durchaus Beachtung aus der Bundesrepublik entgegenbrachte. Die SPD war zwar vor allem durch Carlo

³¹ Vgl. LÖSCHE, P./F. WALTER, *Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Wiedervereinigung*, Darmstadt 1992, S. 300f.

³² Zit. aus der Erklärung Schumachers Mitte Juli 1949: „Die Sozialdemokratie und die Kirche“, in: ALBRECHT, *Kurt Schumacher*, a.a.O., S. 675-678, S. 677. Schumacher zitierte in diesen Ausführungen aus seiner Rede, die er am 18. Juni 1949 auf einer öffentlichen Kundgebung in Gelsenkirchen gehalten hatte: „Wir wollen den Frieden und die Zusammenarbeit mit allen kirchlichen Institutionen. Aber wir denken gar nicht daran, das deutsche Volk einer fünften Besatzungsmacht zu unterwerfen.“

Schmids Beitrag beim Zustandekommen des Grundgesetzes maßgeblich an der Staatswerdung der neuen Bundesrepublik beteiligt. Als Partei stützte sie neue politische Ordnung. Die erhoffte und erwartete Regierungsübernahme nach den ersten Bundestagswahlen im Sommer 1949 blieb ihr im Gegensatz zum niederländischen Pendant jedoch verwehrt. Erst am Ende des kommenden Jahrzehnts sollten jüngere und mit der SPD in der Weimarer Republik hadernde Politiker wie Willi Eichler und Willy Brandt ernsthaft in die Lage kommen, der Partei personell wie programmatisch ein neues Gesicht zu geben und sie auf erfolgreichere Pfade zu führen.

3.2 Ein Parteienverhältnis vor der schnellen Regeneration?

3.2.1 Mehr Vernunft als Vertrauen: Niederländischer Pragmatismus im Umgang mit der deutschen Schwester

Einer aus dieser nachrückenden Garde, der später eine bedeutende Rolle in seiner Partei spielen sollte, war Helmut Schmidt. Der gebürtige Hamburger trat 1946 der SPD bei und engagierte sich während seines Studiums der Volkswirtschaft und Staatswissenschaft im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), für den er zwischen 1947 und 1948 als Bundesvorsitzender amtierte. Im April 1948 organisierte der Hamburger Unterverband ein internationales Studententreffen, an dem auch zwei junge Niederländer teilnahmen. Einer von ihnen hieß Max van der Stoel, dessen spätere politische Arbeit als erster sozialdemokratischer Außenminister seines Landes (1973-1977, 1981/82) ebenfalls eine besondere Tragweite erhielt.³³ Wie Schmidt auf deutscher Seite organisierte sich Van der Stoel ab 1946 in der sozialistischen Studentenbewegung: Er wurde Vorstandsmitglied der PvdA-nahen Vereinigung *Politeia*. Dass der Leidener Jurastudent zu diesem frühen Zeitpunkt in das Land des ehemaligen Feindes reiste, war alles andere als selbstverständlich. Zu präsent waren auch der jüngeren niederländischen Generation die Erinnerungen an die Schrecken der deutschen Besatzungszeit. Nichtsdestotrotz folgte der 23-jährige dem offenen Motto, das Schmidt und seine Mitstreiter der Zusammenkunft in Barsbüttel bei Hamburg gegeben hatten: „Wir junge deutsche Sozialisten fragen unsere ausländischen Genossen und lernen ihre Meinung

³³ Vgl. SCHMIDT, H., *Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte*, Bd. 2, Berlin 1990, S. 394; vgl. auch CASTELIJN, L./M. KROP, *Rechtlijnig en tegendraads. Max van der Stoel, Nieuw Links en de buitenlandse politiek van de Partij van de Arbeid*, in: BECKER, F. u.a. (Hrsg.), *Van Troelstra tot Den Uyl. Het vijftiende jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1994, S. 270-314, S. 270f.

kennen.“³⁴ Was einen reinen Erfahrungsaustausch vermuten ließ, entwickelte sich nach der Leere vergangener Jahre zu einem wirklichen Neubeginn in der Kooperation zwischen jungen europäischen Sozialdemokraten und Sozialisten.

Der gastgebende Bundesvorsitzende Schmidt zeigte bei seiner Eröffnungsansprache Verständnis, wenn die Einladung im Ausland „mit großem Misstrauen“ betrachtet worden sei und dankte gleichzeitig allen, die trotz dieser Bedenken „in sozialistischer Solidarität“ gekommen waren. „Wir wissen, dass es in euren Ländern viele Menschen gibt, die schwer unter den Verbrechen und all dem Elend gelitten haben und heute noch leiden, die Hitlers Kriege über die ganze Welt gebracht haben [...]“.³⁵ Die anerkennenden Worte des Redners galten auch für das Kommen des Niederländers Van der Stoel, dessen „Unvoreingenommenheit“ bei Schmidt in prägender Erinnerung geblieben ist. Auf der anderen Seite besaß die Offenheit, mit der der SDS-Vorsitzende als junger Deutscher die nationalsozialistische Gewaltherrschaft verurteilte und Verständnis für die Opfer äußerte, eine enorme Signalwirkung auf einen jungen niederländischen Sozialdemokraten, der nicht vergessen, sich aber versöhnen wollte.³⁶ „Trotz aller Wut über das, was die Nationalsozialisten angerichtet hatten, sahen wir, dass es in der SPD Personen gab, die Anstand besaßen und eine neue Partei aufbauen wollten. Dies verdiente Unterstützung“, kommentiert er rückblickend seinen damaligen Deutschlandbesuch.³⁷ Für den Niederländer Van der Stoel (Jahrgang 1924) und den Deutschen Schmidt (1918) war die Begegnung in Barsbüttel nicht nur Ausgangspunkt einer engen politischen, sondern auch einer freundschaftlichen Beziehung, die vor allem in den siebziger Jahren auflebte, als beide in hohen Staatsämtern rege Kontakte zueinander unterhielten.³⁸ Die Wahrhaftigkeit des einen und die Solidarität des anderen war in diesen unmittelbaren Nachkriegsjahren das Verbindende der beiden, während die sozialdemokratische Grundeinstellung das Überwölbende darstellte.

Auf die offizielle Ebene ihrer beiden Parteien war diese unkomplizierte Tuchfühlung zweier Nachwuchspolitiker nicht in der gleichen Geschwindigkeit übertragbar. Die Wiederbelebung persönlicher Kontakte zwischen zwei der führenden Persönlichkeiten wie Ollenhauer und Vorrink, die ihre freundschaftliche Basis ebenfalls in der internationalen Jugendbewegung gelegt hatten, blieb zunächst eher die Ausnahme.

³⁴ Zit. n. SOELL, H., *Helmut Schmidt 1918-1969. Vernunft und Leidenschaft*, München 2003, S. 203.

³⁵ Ebd.

³⁶ SCHMIDT, *Die Deutschen und ihre Nachbarn*, a.a.O., S. 394f.; Zitat S. 394.

³⁷ Telefongespräch mit dem Verfasser am 3. September 2003.

³⁸ Zum ersten Mal begegneten sich Van der Stoel und Schmidt bei dessen Wahl zum SDS-Vorsitzenden im August 1947 in Bielefeld. Zum neuen Amt gratulierte der Niederländer seinem deutschen Kollegen per Handschlag, wie er sich im Telefongespräch mit dem Verfasser erinnerte.

„Was wir am dringendsten brauchen“, bat Ollenhauer in dem bereits erwähnten Brief seinen niederländischen Freund, „ist die moralische und politische Unterstützung der westeuropäischen Arbeiterbewegung und aller wirklich demokratischen Kräfte im Westen.“³⁹ Doch wie viel Solidarität konnte die deutsche Sozialdemokratie zu diesem Zeitpunkt überhaupt von der niederländischen Schwesterpartei erwarten? In einem Grußwort zum 1. Mai 1946 schrieb Vorrink der SPD von den „noch nicht vernarbten Wunden“ und von „Schmerz, Scham und Wut“: Der Weg zueinander werde durch die bittere Wahrheit erschwert, dass sich die Masse des deutschen Volkes nicht zu der Erkenntnis seiner Mitschuld an der Bestialität des Nationalsozialismus durchzuringen vermöge.⁴⁰ Zwar wurde der SPD keine direkte Mitschuld am Zustandekommen des Nationalsozialismus unterstellt; tiefes Misstrauen aber bestimmte die Haltung der niederländischen Sozialdemokraten gegenüber allem, was mit Deutschland zu tun hatte. Ein Stimmungsgefühl, das sich – wenn auch indirekt – auf die benachbarte Sozialdemokratie übertrug. Bei der SPD hinterließen derartige Aussagen den faden Beigeschmack, man werde stellvertretend für das Geschehene verantwortlich gemacht. Tatsächlich aber richteten sich die kritischen Passagen Vorrinks weniger an die Adresse der Schwesterpartei, sondern beschrieben eindrucksvoll den tiefen Argwohn, der innerhalb der niederländischen Bevölkerung gegenüber dem deutschen Nachbarn herrschte. Die PvdA steckte in einem Dilemma: Einerseits hatte sie als verfolgte niederländische Organisation allen Grund, das in deutschem Namen angerichtete Unrecht anzuprangern; auf der anderen Seite war man einer langsamen Wiederaufnahme vorsichtiger Beziehungen zur SPD nicht gänzlich abgeneigt, über dessen Rolle im Widerstand man sich in Amsterdam bewusst war. Um ein ohnehin kompliziertes Verhältnis nicht von Beginn an auf tönernen Füßen zu stellen, war es für Vorrink aber unumgänglich, auch der SPD kritische Anmerkungen entgegenzuhalten. So wies er in seinem Maigruß darauf hin, dass es auch Kommunisten und Sozialdemokraten gewesen seien, die in Konzentrationslagern „uns Ausländer angriffen und sogar mit Verrat drohten, wenn wir leidenschaftlich die deutsche Niederlage ersehnten“.⁴¹ Der niederländische Parteivorsitzende nutzte das ihm gebotene Forum

³⁹ AdSD, *Archiv Kurt Schumacher*, Nr. 69, Brief Erich Ollenhauers an Koos Vorrink v. 5. April 1946; siehe auch bei POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte der SPD*, a.a.O., S. 190.

⁴⁰ VORRINK, K., *Internationaler Maigruß 1946*, in: SPD (Hrsg.), *Die Internationale grüßt die neuerstandene Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, o.O. 1946, S. 3-5, S. 3. (Entnommen dem Zeitschriftenarchiv des *Archivs der Sozialen Demokratie*, ZASS, HB 7, 1946.) Der Text wurde auch in der Parteizeitung der PvdA veröffentlicht: VORRINK, K., *Groeten aan de Duitse Sociaaldemocraten op 1 mei 1946*, in: *Paraat* v. 26. April 1946.

⁴¹ Ebd., S. 3.

einer deutschen Parteipublikation, um sich einen Teil seiner negativen Erinnerungen von der Seele zu schreiben. Auch an anderen Stellen der niederländischen Partei äußerte sich der angestaute Unmut. In einem Artikel der Parteizeitung *Paraat* machte der frühere Deutschlandkorrespondent der sozialdemokratischen Tageszeitung *Het Volk* (ab 1945 *Het Vrije Volk*), Levinus van Looi, darauf aufmerksam, dass eigentlich nicht viele deutsche Sozialdemokraten aus Lagern befreit werden mussten, weil sich einige schon vor dem Krieg durch Duldung des Regimes und passiver Mitarbeit kompromittiert hätten.⁴² Ein solcher Vorwurf entsprach vielleicht nicht unbedingt der Mehrheitsmeinung der Partei, zeigte aber nachhaltig, welcher Unmut sich auch gegen die deutsche Sozialdemokratie richtete. Dass der Standpunkt im offiziellen Parteiblatt erschien, trug nicht dazu bei, vorhandenes Unbehagen unter den gewöhnlichen Mitgliedern abzubauen. Der PvdA fiel es in diesem ersten Nachkriegsjahr begreiflicherweise schwer, ihren Frieden mit der SPD zu machen. Doch trotz der Negativbeispiele und der zum Teil schlechten Erfahrungen, die in der niederländischen Sozialdemokratie kursierten, gab sich Vorrink in seinem Maigruß zum Schluss versöhnlich: „In unserem Geiste lebt auch die Erinnerung an die kleine tapfere Schar, die dem Elend und den Gefahren des Emigrantendaseins nicht aus dem Wege gegangen ist, um die mahnende Stimme des anderen, besseren Deutschlands über die Welt erschallen zu lassen.“ Man begrüße die Lebenden, die sich die unbeschreiblich schwere Aufgabe des Wiederaufbaus auf ihre Schultern geladen haben.⁴³ In Form dieser unmittelbaren Ansprache, die sich auf frühere sozialdemokratische Exilanten und Widerstandskämpfer bezog, bestätigte der niederländische Parteivorsitzende seinen Glauben an die ‚guten‘ Deutschen in der Schwesterpartei. Mit solchen Vertretern, die auch die neue SPD-Führung repräsentierten, hielt er eine geeignete Basis der gegenseitigen Zusammenarbeit für möglich.

Mit seiner Grußbotschaft zum 1. Mai 1946, die so etwas wie ein erstes reinigendes Gewitter auf dem Weg zu einer offiziellen Kontaktaufnahme zwischen PvdA und SPD darstellte, offenbarte der niederländische Parteivorsitzende zugleich einen Zustandsbericht zum damaligen Verhältnis beider Organisationen: Es handelte sich gleichermaßen um eine Beziehung zwischen Annäherung und Distanz. Kaum jemand symbolisierte diese Ambivalenz in der Relation zu Deutschland und zur SPD so stark wie Koos Vorrink selbst. In Erinnerung an die jahrelange Gefangenschaft in deutschen

⁴² LOOI, L.J., VAN, *Socialisten in Duitsland*, in: *Paraat* v. 26. April 1946.

⁴³ VORRINK, K., *Internationaler Maigruß 1946*, in: SPD (Hrsg.), *Die Internationale begrüßt die neuerstandene Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, o.O. 1946, S. 3-5, S. 4.

Lagern wären eine tiefe Abneigung und eine gleichzeitige Abkehr nachvollziehbar gewesen. Seine Erinnerungen an die traditionell guten Parteibeziehungen, die langjährige Freundschaft mit Erich Ollenhauer seit den zwanziger Jahren und an die Hilfe, die ihm in seiner Gefangenschaft unter anderem durch Willy Brandt zuteil wurde, waren aber gewichtige Argumente, auf Grundlage derer sich Vorrink für eine Fühlungnahme mit der SPD entschloss. Dass ihm die Zukunft Deutschlands alles andere als gleichgültig war und er insbesondere am Schicksal der Viermächtestadt Berlin Anteil nahm, bewies ein Wahlkampfauftritt, den Vorrink als erster ausländischer Sozialdemokrat nach dem Krieg bereits im Oktober 1946 im westlichen Berliner Bezirk Reinickendorf absolvierte. Neben Kurt Schumacher und den bekannten Lokalpolitikern Franz Neumann und Louise Schroeder sprach er zum Themenkomplex „Berliner – es geht um Deutschland“.⁴⁴ Die Beteiligung an der Kundgebung besaß symbolhaften Charakter und sandte der SPD das Signal, dass der niederländische Parteivorsitzende zu einer Mitwirkung am demokratischen Wiederaufbau Deutschlands bereit war.

Dagegen stellte sich Vorrinks Verhältnis zu seinem deutschem Vorsitzendenkollegen Kurt Schumacher in dieser zweifelsohne schwierigen Situation als eine zusätzliche Belastung heraus. Der SPD-Führer verfügte nicht über das nötige diplomatische Geschick, das in dieser Phase der Kontaktaufnahme und des Näherkommens vonnöten gewesen wäre. Schumacher lehnte eine Kollektivschuld für das gesamte deutsche Volk stets ab und stellte die verfolgte SPD als das Bollwerk gegen den Nationalsozialismus heraus: „Gegenüber manchen Vorwürfen in der internationalen Arbeiterbewegung erklärt die Sozialdemokratie, dass die deutsche Arbeiterklasse als Ganzes den Vergleich mit der Arbeiterklasse irgendeines anderen Landes nicht zu scheuen braucht. Ihre Verlustliste beweist es.“⁴⁵ Mit der Selbstverständlichkeit, in der Schumacher den Führungsanspruch für seine Partei reklamierte, hielt er sie auch für moralisch erhaben und verteidigte die SPD konsequent gegen Angriffe von außen. Das wirkte auf die niederländischen Genossen jedoch wenig geschickt und überhaupt nicht konsensorientiert. „Ich habe nie irgendwelche Sympathien für Schumacher festgestellt, aber wir respektierten ihn aufgrund seiner Vergangenheit“, erinnert sich Connie Patijn,

⁴⁴ Zit. n. STEININGER, *Deutschland und die Sozialistische Internationale*, a.a.O., S. 218.

Fünf Jahre später, am 3. August 1951, wurde Koos Vorrink erneut nach Berlin eingeladen. Als Vertreter der internationalen Widerstandsbewegung sprach er auf der Eröffnungsfeier der Gedenkstätte Plötzensee, die in Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur eingerichtet worden war. Vgl. HIRSCHFELD, H.E./J.J. REICHHARDT (Hrsg.), *Ernst Reuter. Schriften, Reden. 1949 bis 1953*, Bd. 4, Berlin 1975, S. 1009.

⁴⁵ Zit. aus der öffentlichen Stellungnahme Schumachers zum Führungsanspruch der Sozialdemokraten beim Neubau Deutschlands (Ende Oktober 1945/Januar 1946), in: ALBRECHT, *Kurt Schumacher*, a.a.O., S. 375-384, S. 376.

der nach dem Krieg einer der versierten Außenpolitiker der PvdA wurde.⁴⁶ Schumachers Standfestigkeit brachte ihm in den Niederlanden durchaus Anerkennung ein, seine Schärfe und seine Polemik aber ließen diesen kleinen Kredit schnell wieder aufbrauchen. Der in der Tradition der europäischen Sozialdemokratie herausgestellte Internationalismus, den Schumacher mit der Grundlage einer nationalen Autonomie eindeutig bejahte, blieb unter dem Deckmantel eines offen vorgetragenen Patriotismus verborgen.⁴⁷ Sein frühes Eintreten für die Einheit der Nation, die Verteidigung deutscher Interessen, war mit dem Ziel verbunden, die eigenen Landsleute wieder auf zu richten und der SPD den althergebrachten Vorwurf von den „vaterlandslosen Gesellen“ zu nehmen. Auf niederländischer Seite erfuhren diese Intention und dieser Anspruch jedoch keine besondere Beachtung. Man erwartete aus Deutschland in jener Phase gemäßigte Töne und störte sich an einem zu selbstbewusst auftretenden Parteiführer, der an die Selbstbestimmung seines Landes und den Führungsanspruch seiner Partei hohe Erwartungen knüpfte.

Dieser Vorwurf schimmerte auch beim späteren internationalen Sekretär der PvdA (1948-1958), Alfred Mozer, durch, der in einem Brief kritisierte, dass das Einfühlungsvermögen in die Psyche eines anderen Volkes weder im kaiserlichen noch im republikanischen und leider auch nicht im Zeitalter nach Hitler zu den imponierendsten deutschen Eigenschaften gehöre. Immer wieder trafen ihn Äußerungen der deutschen Parteigenossen, schrieb er im April 1947 an Erich Ollenhauer.⁴⁸ Vor allem störte er sich an der Aussage Schumachers, der in bezug auf die Niederlande und anderer kleiner Nationen von den „Auch-Siegern“ gesprochen hatte. „Diese oder ähnliche Äußerungen sind die zuverlässigste Methode, um alle jene, die sich hier um Verständnis für die deutsche Notlage bemühen, die Argumente aus den Händen zu schlagen und ihre Arbeit um jeden Erfolg zu bringen.“ Schließlich seien die Niederlande von den Folgen der Besatzungszeit, in der der Hass gezüchtet worden sei, ebenfalls stark betroffen.⁴⁹ Der in München geborene Mozer (1905-1979), Sohn einer deutschen Mutter und eines ungarischen Vaters, 1933 vor den Nationalsozialisten in die Niederlande geflüchtet, war in seiner Funktion bis weit in die fünfziger Jahre hinein

⁴⁶ Gespräch mit dem Verfasser am 26. Juni 2003 in Den Haag. Patijn, geb. 1908, war ein richtiger „Doorbraaker“ in seiner Partei: Nach dem Krieg wechselte er von der calvinistischen Christlich-Historischen Union (CHU) zur neugegründeten PvdA. Er war u.a. Mitarbeiter des niederländischen Außenministeriums (1950-1956) und Mitglied der Zweiten Kammer (1956-1978).

⁴⁷ Vgl. GROH, D./P. BRANDT, *Vaterlandslose Gesellen. Sozialdemokratie und Nation 1860-1990*, München 1992, S. 239f.

⁴⁸ IISG, *Archiv Alfred Mozer*, Nr. 11, Brief Alfred Mozers an Erich Ollenhauer v. 19. April 1947. Siehe auch bei WIELENGA, *Alfred Mozer und die deutsch-niederländischen Beziehungen*, a.a.O., S. 220f.

⁴⁹ Ebd.

eine der Schlüsselfiguren im Verhältnis beider Parteien. Ihre Differenzen erlebte er als deutsch-niederländischer „Grenzgänger“ nicht nur hautnah mit, er war gleichsam ein Teil von ihnen. Während er in den Niederlanden um Einsicht für die Schwierigkeiten Deutschlands warb und dazu auch seine Redakteurstätigkeit beim *Paraat* mit der Veröffentlichung zahlreicher Artikel nutzte, war er auf der anderen Seite der Grenze darum bemüht, den Blick für niederländische Anfälligkeiten zu schärfen. Diese Vermittlungsarbeit war nicht selten eine schwierige Gratwanderung und bildete zuweilen den Anlass für politische Streitigkeiten – insbesondere mit der SPD. Mozers Einsatz für ein vereintes Europa und seine zahlreichen Kontakte machten ihn zu einem anerkannten und bekannten Politiker.⁵⁰ „Er kam genauso einfach zum Papst wie zu Adenauer“, beschreibt Patijn Mozers unermüdlichen Reiseaktionismus, der ihn häufig in das deutsche Nachbarland führte: „Eine außergewöhnliche Figur, die nirgends zu Hause war.“⁵¹

Für Mozer und die niederländische Partei wurde der Stellvertreter Schumachers, Erich Ollenhauer, immer mehr zum eigentlichen Ansprechpartner. Das hing einerseits mit seinem direkten Draht zu Koos Vorrink zusammen; andererseits versuchte der zweite Mann der SPD im Gegensatz zum Vorsitzenden, einen verhalteneren Weg einzuschlagen und sich den Bedenken ausländischer Sozialdemokraten behutsamer anzunähern. Schon in seinem Brief an Vorrink vom April 1946 bemerkte Ollenhauer zum bevorstehenden ersten Nachkriegsparteitag: „Ich weiß nicht, ob es Euch aus psychologischen und technischen Gründen möglich ist, dieser Einladung zu folgen. Ich brauche dir nicht zu sagen, wir sehr wir uns freuen würden, Dich aus diesem Anlass hier zu sehen.“⁵² Der so Gebetene erschien allerdings nicht, als sich die SPD im Mai 1946 zu ihrem ersten Konvent in Hannover traf. Wiederum beorderte Vorrink seinen Parteifreund Zwart nach Westdeutschland und erfüllte einen Wunsch Ollenhauers, doch wenigstens ein Grußwort zu übermitteln. In diesem trat die Einstellung der niederländischen Sozialdemokraten noch einmal deutlich zutage. Zwar hob Zwart das Interesse des Auslandes an diesem Parteitag hervor und hegte die Hoffnung, dass die SPD „nicht nur gewillt, sondern fest entschlossen“ sei, für die demokratische Erneuerung Deutschlands zu kämpfen. Auf der anderen Seite betonte er allerdings, dass die SPD nicht mit allzu viel Hilfe aus dem Ausland rechnen könne, „denn für eine umfassende Hilfsaktion braucht man Vertrauen, und dieses Vertrauen, das Vertrauen,

⁵⁰ Vgl. WIELENGA, *Alfred Mozer und die deutsch-niederländischen Beziehungen*, a.a.O., S. 219.

⁵¹ Gespräch mit dem Verfasser am 26. Juni 2003 in Den Haag.

⁵² AdSD, *Archiv Kurt Schumacher*, Nr. 69, Brief Erich Ollenhauers an Koos Vorrink v. 5. April 1946.

das wir vor 1933 hatten, ist nicht mehr da“.⁵³ Der einzig richtige Lichtblick blieb aus Sicht der gastgebenden SPD die deutliche Zustimmung für ihren Kampf gegen den Kommunismus. Zwart betrachtete den Parteitag als die „Formierung eines Gegenstückes“ zum Berliner SED-Vereinigungskongress. „Die einzige Einheit, die von den Kommunisten angestrebt wird, ist die Einheit der Unterwerfung unter eine Diktatur. Und ich glaube, dass dem deutschen Volke eine Diktatur genügen sollte.“⁵⁴

Den niederländischen Sozialdemokraten war es in der unmittelbaren Nachkriegszeit kaum möglich, der großen Schwesterpartei einen Vertrauensvorschuss zu geben, auch wenn sie deren grundsätzlich positive Absichten durchaus anerkannte und unterstützte. Zu antideutsch war auch die Stimmung im Land selbst, als dass man sich problemlos auf die Seite der SPD hätte stellen können. Nach fünf Jahren Besatzungszeit voller Angst und Schrecken, 220 000 Toten und einem geschätzten Schaden von 25,75 Milliarden Gulden reichte die sozialdemokratische Solidarität nicht sehr weit. Die Nüchternheit von Willem Drees, der davor warnte, die gleichen Fehler wie nach 1918 zu begehen und die Deutschen mit zu hohen Bestrafungen zu überziehen, machte sich seine Partei nur vereinzelt und sehr verhalten zu eigen. Hier sprach auch der pflichtbewusste Politiker, dem vollkommen einsichtig war, dass der wirtschaftliche Aufbau des eigenen Landes nicht ohne den Handel mit einem gleichberechtigten Deutschland gelingen würde.⁵⁵ Der Sozialminister und Ministerpräsident war trotz seiner einjährigen Haft (1940/41) im KZ Buchenwald und im Gegensatz zu einigen seiner Parteikollegen schon frühzeitig sachlicher orientiert, wenn es um Deutschlands Zukunft ging. Eine Kollektivschuld aller Deutschen lehnte er wie Schumacher ab. „Wollen wir allen Europäern den Frieden garantieren und in Deutschland die Freiheit auch verehrt sehen, dann dürfen wir das deutsche Volk nicht ausschließen von jenen Lebensmöglichkeiten, die wir allen Völkern sichern wollen“, schrieb Drees noch während des Krieges über den künftigen Umgang mit dem deutschen Nachbarn.⁵⁶ Im August 1949 wurde dieser Text in der *Kölnischen Rundschau* erstmals veröffentlicht. An den Deutschlandkorrespondenten Kurt Wohldran-Arokay in Amsterdam schrieb er

⁵³ Grußwort der PvdA auf dem SPD-Parteitag vom 9. bis 11. Mai 1946 in Hannover, in: *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 9. bis 11. Mai 1946 in Hannover*, S. 152-156, S. 152. Siehe auch bei WIELENGA, *Buitenlandse politiek als splijtzwam*, a.a.O., S. 193.

⁵⁴ Grußwort der PvdA auf dem SPD-Parteitag vom 9. bis 11. Mai 1946 in Hannover, a.a.O., S. 155.

⁵⁵ WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 23f.

⁵⁶ DREES, W., *Wie muss Deutschland behandelt werden?*, in: *Kölnische Rundschau* v. 5. August 1949. Die Aufzeichnungen, die Drees in der Besatzungszeit angefertigt hatte, wurden später in Buchform veröffentlicht. Vgl. DREES, W., *Op de kentering. Een sociaal-democratische visie op Nederland en de wereld na de bevrijding*, Amsterdam 1996. Das hier verwendete Zitat befindet sich auf Seite 78.

bei der Übergabe seines Beitrages: „Sie können hieraus ersehen, welche Gedankengänge mich bereits während der Besatzungszeit bewegten.“⁵⁷ Während sich Drees mit seinem ihm eigenen Pragmatismus und Vorrück aus seinem politischen Verständnis heraus früh dazu durchgerungen hatten, dem früheren Feind die Hand zu reichen, taten sich Teile der PvdA mit diesem Durchbruch zunächst schwer. Skepsis und Unsicherheit vieler Bedenkensträger wogen schwerer als die tatsächliche Einsicht, dass das Nachbarland selbst zerstört am Boden lag. Man fürchte, so das Vorstandsmitglied Wim Thomassen bei seiner Ansprache auf dem SPD-Parteitag 1947 in Nürnberg, dass der deutsche Nationalismus noch lebe.⁵⁸ Besonders hinderlich empfand man zudem, dass sich die SPD nicht – wie von der SDAP in den Niederlanden vorgemacht – rundum erneuerte. Als langjährige Vorbildorganisation fiel die SPD daher in den ersten Nachkriegsjahren für die PvdA komplett aus, während stattdessen ausschließlich die britische Labour Party so etwas wie einen Modellcharakter besaß. „Warum hat man nicht 1945 oder 1946 versucht, das in Deutschland zu tun, was in Holland gelungen ist, eine neue Partei zu gründen?“, fragte Thomassen die Parteitagsdelegierten, um selbst die Antwort zu geben: „Wir haben öfter den Eindruck, dass der moderne Sozialismus nur dann gelingen wird, wie es in England gelungen ist, zur Mehrheitspartei zu werden, wenn wir neue Quellen des Sozialismus finden.“ Eine dieser neuen Quellen sei eine katholische Gruppe in der PvdA.⁵⁹ Trotz der geäußerten Kritik zeigte sich Thomassen bei seinem Auftritt in Franken ebenfalls versöhnlich, als er „unter anhaltendem stürmischem Beifall“ zwei alte Fahnen von SPD und der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) entrollte, die ein niederländischer Genosse in Zaandam bei Amsterdam vor den Nationalsozialisten bewahrt hatte.⁶⁰ Mit großem Dank schrieb Ollenhauer diesem wenige Tage später: „Diese Tat ist für uns alle eine große Stärkung in unserem Glauben an die Unzerstörbarkeit unserer gemeinsamen sozialistischen Ideale.“⁶¹

⁵⁷ DREES, *Wie muss Deutschland behandelt werden?*, a.a.O. In der Einleitung des Artikels zitierte Wohldran-Arokay aus dem Brief, den Drees ihm am 8. Juli 1949 zum Aufsatz mit gesandt hatte.

⁵⁸ Grußwort der PvdA auf dem SPD-Parteitag vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg, in: *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg*, S. 21-23, S. 23.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Ebd., S. 22; siehe auch bei WIELENGA, *Buitenlandse politiek als splijtzwam*, a.a.O., S. 193. Der frühere Deutschlandkorrespondent der sozialdemokratischen Tageszeitung *Het Volk*, Levinus van Looi, hatte die beiden Fahnen zunächst in Berlin aufbewahrt und sie nach seiner Ausweisung in die Niederlande dem Zaandamer Sozialdemokraten Hille übergeben.

⁶¹ AdSD, *Archiv Erich Ollenhauer*, Nr. 314, Brief Erich Ollenhauers an den niederländischen Genossen M.J. Hille in Zaandam v. 7. Juli 1947.

Der politischen Symbolik ließ die PvdA im Oktober 1947 eine Zusammenkunft mit SPD-Vertretern folgen, die bekräftigte, dass die niederländische Partei nun an einer offiziellen Kontaktaufnahme interessiert war. Schon im Frühjahr des gleichen Jahres hatte man in Amsterdam die Einladung zu einem gemeinsamen Treffen ausgesprochen, das aufgrund von Termenschwierigkeiten jedoch verschoben werden musste.⁶² Das von Nähe und Distanz begleitete Verhältnis zur deutschen Schwesterpartei wandelte sich unter den Vorzeichen des Kalten Krieges zu einer pragmatisch und solidarisch orientierten Interessengemeinschaft. Wohlmeinende Absichten hinsichtlich einer Unterstützung des deutschen Wiederaufbaus und der SPD hatte die PvdA bereits auf einer Konferenz der internationalen Sozialdemokratie im November 1946 deutlich gemacht (vgl. das folgende Kapitel 3.2.2). Zur Überraschung der SPD-Delegation unter Führung Erich Ollenhauers (Kurt Schumacher war wegen einer USA-Reise verhindert) hatte sich bei den niederländischen Gastgebern trotz mancher Unmutsäußerungen die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine Ausgrenzung der SPD und eine Isolation Westdeutschlands dem Frieden Europas und der eigenen niederländischen Sicherheit nicht zuträglich sein konnte. „Bemerkenswert war, dass fast alle Redner das deutsche Problem in europäischem Zusammenhang sahen und eine konstruktive europäische Politik der sozialdemokratischen Parteien, vor allem Westeuropas, für dringend notwendig hielten“, hieß es im deutschen Abschlussbericht zur Reise in die Niederlande Ende Oktober 1947: „Dabei betrachteten sie [die niederländischen Genossen, MD] es als eine selbstverständliche Voraussetzung, dass die SPD in eine solche engere Zusammenarbeit eingebaut wird.“⁶³

Dieser nun verstärkte Wunsch nach einer Zusammenarbeit trug unverkennbar die Handschriften von Willem Drees, Koos Vorrink und Alfred Mozer, die ihre Partei aus außen-, sicherheits- und europapolitischen Motiven zum Umdenken zwangen. Ihr Plädoyer für eine stärkere Kooperation mit dem schwierigen Nachbarn und die Einbeziehung der Schwesterpartei waren der Preis für die eigene niederländische und die gesamte westeuropäische Sicherheit, die nur mit aber nicht gegen Deutschland vorstellbar schien. Die Befürchtungen vor einer Sowjetisierung des westlichen Deutschlands unterstrichen die Kontaktsuche mit dem früheren Feind und verschoben die Erinnerungen an die leidvolle Besatzungszeit aus der Notwendigkeit heraus in den

⁶² Vgl. Einleitung von ALBRECHT, W. (Hrsg.), *Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946-1963. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien*, Bd. 1 (1946-1948), Bonn 2000, S. 49.

⁶³ AdSD, ZASS, HB7, Bericht zur Reise einer SPD-Delegation vom 21. bis 26. Oktober 1947 in die Niederlande.

Hintergrund. Diese Ambivalenz spiegelte sich auch in den Konzeptionen wieder, die sich in den ersten Nachkriegsjahren im niederländischen Außenministerium durchgesetzt hatten. Zwar keimte noch vor Gründung der Bundesrepublik die Frage auf, ob der Schwerpunkt auf die Sicherheit vor Deutschland oder aber auf den gemeinsamen Schutz vor der Sowjetunion gelegt werden sollte. Einer geschlossenen und in sich schlüssigen niederländischen Außenpolitik standen diese gegensätzlichen Ansichten jedoch nicht im Wege. Im Regierungslager existierten keineswegs Zweifel an der politischen Zwangsläufigkeit, dass das westliche Deutschland unter den Bedingungen des sich anbahnenden Kalten Krieges eine partnerschaftliche Rolle übernehmen würde.⁶⁴

Für die deutschen Gäste jedenfalls war diese erste offizielle Zusammenkunft mit den niederländischen Genossen nach den langen Jahren der Abstinenz – das letzte Treffen dieser Art fand im Oktober 1931 im Berliner Reichstagsgebäude statt – sehr zufriedenstellend verlaufen.⁶⁵ Die Zusage, die SPD bei der Wiedereingliederung in die internationale Gemeinschaft der Sozialdemokraten und Sozialisten zu unterstützen, und die Deutschen mit ihrem Schicksal der vagen Zukunftsaussichten nicht sich selbst zu überlassen, war eindeutig mehr, als im Vorfeld erwartet. „Wir sind von den Besprechungen in Holland mit dem Gefühl zurückgekehrt, dass sie uns auf dem Wege einer engen und freundschaftlichen Zusammenarbeit ein gutes Stück vorangebracht haben“, schrieb Ollenhauer in einem Dankesbrief an Wim Thomassen, bei dem er sich für die „freundliche Aufnahme“ bedankte.⁶⁶ Der Leiter der deutschen Delegation sah es aufgrund der erfreulichen Entwicklung der Parteibeziehungen auch nicht mehr für notwendig an, eine gesonderte „Holland-Vertretung der SPD“ ins Leben zu rufen. Eine vergleichbare, semioffizielle Institution hatten bisher die deutschen Exilgenossen Alfred Fossil und Ernst Hoche in der Amsterdamer Slaakstraat geführt. Letzteren schlug Ollenhauer im Einvernehmen mit den PvdA-Vertretern als Verbindungsmann zur niederländischen Partei und zu den in den Niederlanden lebenden sozialdemokratischen Emigranten vor, die über keine eigene Landesgruppe verfügten.⁶⁷

⁶⁴ WIELENGA, *Nederland en de Bondsrepubliek 1949-1955*, a.a.O., S. 185ff.

⁶⁵ Vgl. zur Zusammenkunft zwischen deutschen und niederländischen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsvertretern in der Vorkriegszeit Anfang Oktober 1931 die Aufzeichnungen des niederländischen Parteivertreters Willem Hubert Vliegen im IISG, *SDAP-Archiv*, Nr. 2121, Bericht zur Konferenz zwischen deutschen und niederländischen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsvertretern am 8. Oktober 1931 in Berlin.

⁶⁶ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1203, Brief Erich Ollenhauers an Wim Thomassen v. 7. November 1947.

⁶⁷ AdSD, ZASS, HB7, Bericht zur Reise einer SPD-Delegation vom 21. bis 26. Oktober 1947 in die Niederlande.

Die PvdA unterstrich mit dem gezeigten Kooperationswillen auch ihre moralischen Absichten: Statt die Beziehungen zur SPD zu blockieren, war man trotz eines gewissen Widerwillens geneigt, die Deutschen beim demokratischen Wiederaufbau ihres Landes zu unterstützen. Insofern lag es nahe, den abgeschnittenen Faden zur deutschen Schwesterpartei wieder aufzunehmen, da bilaterale Verbindungen hier vor dem Krieg ohnehin von traditioneller Natur waren. Zuvorderst ging es den niederländischen Parteifreunden auch um eine starke Verankerung des früheren Feindeslandes in das westliche Wertesystem. In diesen Anstrengungen und in dem Bemühen, eine freiheitliche und transparente politische Grundordnung in Deutschland zu forcieren, traf die PvdA im eigenen Land auch auf andere Gruppierungen mit sehr ähnlichen Grundabsichten. Die Katholiken gründeten bereits 1945 eine eigene Organisation (Katholische Gemeinschaft zur geistlichen Erneuerung), die das Ziel verfolgte, deutsche und niederländische Katholiken mit Blick auf die geistig-kulturelle Erneuerung Deutschlands zusammenzuführen. Auf protestantischer Seite kam es zur Bildung eines gemeinsamen „Ökonomischen Rates“, in dem die frühere niederländische Widerstandskämpferin Hebe Kohlbrugge eine herausragende Position einnahm. Zur Förderung der gewerkschaftlichen Kontakte beiderseits der Grenze übernahm Heinz Umrath, der 1936 von Deutschland in die Niederlande geflüchtet war, eine besondere Vermittlerrolle. In den Jahren 1947/48 etablierte sich in den Niederlanden zudem die Koordinationskommission für die kulturellen Beziehungen zu Deutschland (CCCD), die die Unterstützung der geistig-kulturellen und sozialen Bindungen zum deutschen Nachbarn ins Auge fasste. Hierbei handelte es sich um eine von staatlicher Seite geförderter Initiative, an der auch Alfred Mozer als einer der Organisatoren federführend beteiligt war.⁶⁸

Da die PvdA über ihren Schatten sprang, war es den beiden sozialdemokratischen Parteien trotz der schwierigen Umstände 1947 gelungen, einen geeigneten Modus vivendi für ihre Beziehungen zu finden. Diese halfen der SPD, international wieder Anschluss zu finden, und versetzten die PvdA in die Lage, über ihre Schwesterpartei in deutsche Belange eingeweiht zu werden. Der gemeinsame Blick richtete sich nach einer relativ schnellen Übergangszeit des Unmuts und der Unsicherheit nicht mehr zurück in die Vergangenheit, sondern nach vorn in die Zukunft. Daher war Erich Ollenhauer auf deutscher Seite vor allem darum bemüht, die gegenseitigen Kontakte nicht unnötig zu erschweren. Diese Maxime legte er auch an den Tag, als sich das Internationale Institut

⁶⁸ Vgl. WIELENGA, *Partner uit noodzaak*, a.a.O., S. 338f. u. S. 359ff.

für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam 1946 um die Rückführung des gesamten SPD-Archivs bemühte, das 1938 ihr Eigentum geworden war. Notgedrungen hatte die Exil-SPD (SOPADE) das Archiv- und Bibliotheksgut für 72 000 Gulden an die PvdA-nahe Einrichtung in den Niederlanden verkaufen müssen. Nach dem Krieg bemühte sich der sozialdemokratische Emigrant Werner Blumenberg, ab 1946 Leiter der Deutschlandabteilung des IISG in Amsterdam, um eine schnelle Rückführung der in nationalsozialistische Hände gefallenen Sammlung. Diese war auf mehreren Kähnen in der Nähe Hannovers von dortigen Sozialdemokraten entdeckt worden. Erich Ollenhauer meldete an Blumenberg, dass das Material in den vielen hundert Kisten unangetastet geblieben war, wie sich nach einer ersten Prüfung herausstellte. Bereits im Sommer 1946 begann die Überbringung der Bestände nach Amsterdam. Auch wenn die Prozedur der Rückgabe relativ rasch und ebenso geräuschlos vonstatten ging, gab die SPD den Gedanken eines Rückkaufes in den folgenden Jahren nicht auf. Die besoldeten Vorstandsmitglieder Alfred Nau und Fritz Heine nahmen sich dieses Vorhabens an, allerdings dauerte es bis 1961, ehe der SPD-Anwalt Herbert Allerdt nach Amsterdam reiste, um mit dem damaligen IISG-Direktor Adolf Rüter konkret über den Erwerb der Archivsammlung zu verhandeln. Trotz dessen klarer Verneinung verzichtete der SPD-Vorstand auf den Einsatz juristischer Mittel, da ein angeblich existierender Nebenvertrag über ein Rückkaufsrecht nicht auffindbar war. Dass keine entsprechenden Schritte gegen das IISG eingeleitet wurden, war auch ein politischer Wille des damaligen Vorsitzen Erich Ollenhauer, der mit Blick auf die PvdA zur Zurückhaltung mahnte. Das Verhältnis der beiden Schwesterparteien war wegen der entstandenen Schwierigkeiten auch in keiner Weise beeinträchtigt. Die Kontakte zwischen deutscher Sozialdemokratie und dem internationalen Wissenschaftsinstitut blieben dagegen sehr wohl über Jahre getrübt. Diese Anspannung löste sich erst nach 1966 allmählich auf, als der Vorsitzende der Historischen Kommission der Friedrich-Ebert-Stiftung, Georg Eckert, in den Beirat des IISG eintrat. Im Jahre 1978 kam es schließlich zum Abschluss eines Vertrages zwischen der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem IISG, das einer Verfilmung sämtlicher Archivbestände zustimmte. Auf die Möglichkeit der Anfertigung von Kopien, die ein Bestandteil des Kaufvertrages von 1938 gewesen war, hatte zuvor der damalige SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr in einem Brief an den IISG-Direktor Frits Edz. de Jong hingewiesen. Somit erhielt das 1969 gegründete Archiv der Sozialen Demokratie (AdSD) der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn Duplikate von den Nachlässen so wichtiger Persönlichkeiten wie August Bebel, Eduard Bernstein oder

Georg von Vollmar und weiterer Bestände wie der der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Nicht verfilmt wurde der Marx-Engels-Bestand.⁶⁹

3.2.2 Die Rückkehr der SPD in die internationale Gemeinschaft sozialdemokratischer Parteien

Im Vergleich zu anderen europäischen Schwesterparteien gehörte die PvdA zweifellos zu den ersten sozialdemokratischen Organisationen, die mit der SPD wieder in offizielle Beziehungen eintrat. Nur die Kontakte zu den skandinavischen Partnern wurden in der SPD als noch reibungsloser gewertet und von Anfang an als freundschaftlich bezeichnet.⁷⁰ Bereits Ende 1946 erhielt das Büro Schumacher eine Einladung zu einer Reise nach Schweden, die im November 1947 stattfand und anschließend in Norwegen ihre Fortsetzung nahm. Auch in den Reihen der französischen Sozialisten bestand frühzeitig kein Zweifel an der Unterstützung demokratischer Kräfte in Deutschland, wozu insbesondere die SPD gezählt wurde.⁷¹ Das Jahr 1947 bot der SPD-Vorstandsriege daher die Gelegenheit, um ihre Außenbeziehungen mit Hilfe verschiedener Auslandsreisen zu reaktivieren. Neben den Besuchen in den Niederlanden und Skandinavien besuchte eine Gruppe mit Herta Gotthelf und dem bayrischen SPD-Landesvorsitzenden Waldemar von Knoeringen an der Spitze im Herbst auch den Parteitag der SPÖ in Wien.

Kurt Schumacher suchte 1946 zunächst Anschluss bei der britischen Labour Party, die nicht nur im Kreis der niederländischen Sozialdemokratie, sondern auch für die SPD als alleinige Regierungspartei eine besondere Ausstrahlung besaß. Dies verstärkte sich durch die Tatsache, dass Großbritannien als eine der vier deutschen Besatzungsmächte eine herausragende politische Bedeutung einnahm. Die Gespräche, die Erich Ollenhauer und Fritz Heine als Mitglieder des Emigrationsvorstandes vor ihrer Rückkehr nach Deutschland in London geführt hatten, mögen ausschlaggebend gewesen sein, dass der Vorstand der britischen Arbeiterpartei bereits Ende März 1946 den Beschluss fasste, Schumacher als SPD-Sprecher nach England einzuladen. Die gegenüber Deutschland

⁶⁹ Vgl. BUNGERT, M., „Zu retten, was sonst unwiderruflich verloren geht.“ *Die Archive der deutschen Sozialdemokratie und ihre Geschichte*, Bonn 2002 (= *Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie*, Bd.4); vgl. hierzu auch ZIMMERMAN, R., *Das gedruckte Gedächtnis der Arbeiterbewegung. Die Geschichte der Bibliotheken der deutschen Sozialdemokratie*, Bonn 2001; HUNINK, M. (Hrsg.), *De papieren van de revolutie. Het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis 1935-1947*, Amsterdam 1986.

⁷⁰ Vgl. MISGELD, *Sozialdemokratie und Außenpolitik in Schweden*, a.a.O., S. 92.

⁷¹ Vgl. LOTH, *Sozialismus und Internationalismus*, a.a.O., S. 116.

sehr misstrauische Regierung unter Premierminister Clement R. Attlee und Außenminister Ernest Bevin schob diesem gut gemeinten Ansinnen der eigenen Parteiführung allerdings einen Riegel vor. Zu ihrer großen Enttäuschung wurde die SPD wieder ausgeladen, und es kam erst Ende November/Anfang Dezember 1946 zu einem Treffen beider Parteien.⁷²

„Ihre Liebe für deutsche Sozialisten“, bekundete Bevin am 3. Mai 1946 vielsagend in einer Kabinettsvorlage, „ist nicht größer als die für andere Deutsche.“⁷³ Seine Aussage, die auf die Einstellung der Belgier und der Niederländer im Allgemeinen abzielte, war im speziellen wohl vor allem die Beschreibung seiner eigenen Haltung zur deutschen Partei. Nichtsdestotrotz mag diese Charakterisierung für das Jahr 1946 – bis auf wenige Ausnahmen – auch für die Denkart innerhalb der PvdA nicht unpassend gewählt gewesen sein, wenngleich sich das Bild schon im Herbst zu ändern begann. Die Partei zeigte mit einem gewissen Abstand zum Kriegsende und unter Beachtung der internationalen Beziehungen ihr zweites Gesicht: Dies kündete hinsichtlich ihrer Deutschlandpolitik nicht mehr so sehr von Zweifeln und Zerrissenheit, sondern auch verstärkt von wohldurchdachter Zweckmäßigkeit. Neben der Bereitschaft, an der Entwicklung eines demokratischen Deutschlands mitzuwirken, setzte sich innerhalb der Führungsriege der PvdA ein solidarisches Grundverständnis gegenüber der Schwesterpartei durch, das ein politisches Miteinander ermöglichte. Dies sollte der niederländische Einsatz für die Wiedereingliederung der SPD in die internationale Gemeinschaft der Sozialdemokraten unter Beweis stellen.

Das Verhalten der PvdA besaß folglich fast überhaupt keinen Anteil an der Einschätzung des Historikers Rolf Steininger, dass die Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie zu ihren Partnerorganisationen in den ersten Jahren nach 1945 zu den „traurigsten Kapiteln der Nachkriegszeit“ zählten.⁷⁴ Die Ursachen lagen hier vielmehr in dem reservierten Verhalten der geschätzten Labour Party und in den vom Hass erfüllten Auffassungen der osteuropäischen Parteien, die zunächst noch im Socialist Information and Liaison Office (SILO) mitarbeiteten.⁷⁵ Dessen Gründung wurde im Mai 1946 in Clacton bei London von der weltweiten Sozialdemokratie beschlossen. Das

⁷² Vgl. zum Verhältnis der SPD zu ihren ausländischen Schwesterparteien die Einleitung von ALBRECHT, *Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer*, a.a.O., S. 44-50.

⁷³ Zit. n. STEININGER, *Deutschland und die Sozialistische Internationale*, a.a.O., S. 68.

⁷⁴ STEININGER, R., *Kurt Schumacher, die Sozialistische Internationale und die Ruhrfrage*, in: ALBRECHT, W., *Kurt Schumacher als deutscher und europäischer Sozialist*, Bonn 1988, S. 61-94, S. 61.

⁷⁵ Vgl. zu den Beziehungen zwischen west- und osteuropäischen Sozialisten und Sozialdemokraten die Quellenedition von HEUMOS, P., (Hrsg.), *Europäischer Sozialismus im Kalten Krieg. Briefe und Berichte 1944-1948*, Frankfurt am Main 2004.

erste große Treffen nach dem Krieg machte zugleich deutlich, wie sehr die deutsche Partei zu diesem Zeitpunkt noch im Abseits stand. An eine Einladung der SPD bei dieser internationalen Konferenz war nicht gedacht worden und ihre vom Hannoveraner Parteitag entsandte Grußbotschaft wurde nicht einmal zur Kenntnis genommen. Stattdessen rang der Konvent zunächst um die Frage, ob die SPD überhaupt zur nächsten Sitzung eingeladen werden sollte. Während sich am Anfang nur die kanadische Delegation positiv gegenüber einem Empfang von Vertretern der deutschen Sozialdemokratie äußerte, entschlossen sich im Zuge der Beratungen neben den Dänen, den Franzosen, den Schweden auch die Niederländer zu dieser Maßnahme. Die Teilnehmer der PvdA wiederholten – im Einklang mit den westeuropäischen Genossen der genannten Länder – ihren Hinweis vom Hannoveraner Parteitag, dass die SPD die einzige wirkliche Alternative zu den Kommunisten sei. Auch wenn sich am Ende keine Mehrheit für eine Teilnahme der SPD beim nächsten Treffen in Bournemouth fand, kristallisierte sich heraus, wer in diesem Verbund für eine Wiederaufnahme der SPD in die Gemeinschaft der internationalen Sozialdemokratie eintreten sollte.⁷⁶

Am deutlichsten war es künftig tatsächlich die niederländische Partei, die auf internationaler Ebene ihre positiven Grundabsichten gegenüber Deutschland und der SPD hervorhob. Als es im November 1946 im englischen Badeort Bournemouth zu der nächsten Begegnung der internationalen Sozialdemokraten kam, überraschte sie die anderen Delegationen mit weitreichenden Vorstellungen. Ihr Sprecher, der Fraktionsvorsitzende in der Zweiten Kammer (1946-1951), Marinus van der Goes van Naters, forderte von allen demokratischen Sozialisten weltweit ein „Gefühl des Vertrauens in die deutsche Regeneration“. Zu diesem Zweck plädierte er für eine Unterstützung beim Wiederaufbau Deutschlands und eine gleichzeitige Absicherung vor einer neuen, von deutschem Boden ausgehenden Gefahr. Für die SPD verlangte Van der Goes van Naters jedwede Unterstützung, so dass sie in die westliche Gemeinschaft und nicht in den Ostblock integriert werden könne. Zu den gegenwärtigen Führungspersonlichkeiten der deutschen Partei bekräftigte der niederländische Delegierte sein Vertrauen.⁷⁷ Ein in seiner Deutlichkeit durchaus auffälliges Bekenntnis, da der Parteikollege Wim Thomassen noch im September eine Vermittlerfunktion bei der Wiedereingliederung der SPD abgelehnt hatte. In einem Brief an den

⁷⁶ Vgl. STEININGER, *Kurt Schumacher, die Sozialistische Internationale und die Ruhrfrage*, a.a.O., S. 64f.

⁷⁷ Zit. aus dem Protokoll der internationalen sozialistischen Konferenz vom 8. bis 10. November 1946 in Bournemouth; hier: Die Diskussion über Deutschland am 10. November 1946 (Dokument Nr. 8), in: STEININGER, *Deutschland und die Sozialistische Internationale*, a.a.O., S. 217-222, S. 218.

Generalsekretär der britischen Labour Party, Denis Healey, schrieb er über die PvdA: „Eine Partei, die sich streng Richtung Westen orientiert und zu einem Land der alliierten Nationen gehört, sollte diese Rolle unserer Meinung nach nicht spielen.“⁷⁸ Während Thomassen den Briten einen engeren Kontakt mit der SPD empfahl, hinderte dies den Fürsprecher Van der Goes van Naters nicht daran, unter dem Hinweis auf außenpolitische Motive aus der Deckung zu kommen. Mit den vorgetragenen Forderungen zum Kampf gegen den Sowjetkommunismus und der Einbeziehung Deutschlands in das westliche Wertesystem waren wesentliche Grundzüge der niederländischen Außenpolitik umschrieben, die gleichzeitig vom Führungspersonal der PvdA verinnerlicht worden waren. Das offene Plädoyer bewies ganz offensichtlich, dass sich die Partei mit ihrer sich selbst verordneten Rationalität auch auf internationaler Ebene nicht scheute, die außenpolitischen Notwendigkeiten auf den Punkt zu bringen. Der offene Schulterschluss mit der SPD kam nicht unbedingt aus besonderer Zuneigung zur deutschen Schwesterpartei zustande, sondern unter Rücksichtnahme der internationalen Lage. „Mit Blick auf die Zukunft ist der demokratische Wille der SPD (die deutsche sozialistische Partei) die einzige Möglichkeit für Deutschland und die einzige Hoffnung für die Welt. Wer anderes könnte für Ordnung sorgen?“, schrieb Van der Goes van Naters Ende November 1946 in einem Beitrag für die Parteizeitung *Paraat*.⁷⁹ Ihre pragmatische Haltung im Kreise der internationalen Sozialdemokraten setzte die PvdA bilateral in Form der Einladung an die SPD im Frühjahr 1947 und beim eigentlichen Treffen im Herbst in den Niederlanden konsequent fort.

Trotz der besonderen Affinität mit der SPD kannte die PvdA auch keine Berührungängste, um mit der politischen Konkurrenz, der zweiten großen deutschen Partei CDU, ins Gespräch zu kommen. Dies zeigte eine Unterredung, die Alfred Mozer und Koos Vorrink im Mai 1948 mit Konrad Adenauer in Bonn führten. „Er [Koos Vorrink, MD] sagte mir, wesentlich sei für ihn, festzustellen, ob die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen den christlichen Parteien und den Sozialisten vorhanden sei“, notierte Adenauer nach der Unterredung in einem Vermerk: „Nach seiner Auffassung sei allein durch eine solche Zusammenarbeit Europa zu retten.“⁸⁰ Die

⁷⁸ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1195, Brief von Wim Thomassen an Denis Healey v. 24. September 1946.

⁷⁹ VAN DER GOES VAN NATERS, M., *Bournemouth. Sociaal-democraten bijeen*, in: *Paraat* v. 29. November 1946.

⁸⁰ Vermerk zu einem Gespräch Konrad Adenauers mit Koos Vorrink und Alfred Mozer v. 26. Mai 1948, in: MORSEY, R./H.-P. SCHWARZ (Hrsg.), *Adenauer. Briefe 1947-1949*, bearb. von H.P. MENSING, Bd. 2, Berlin 1984, S. 223-224, S. 224. Vorrink bezeichnete die SPD in dem Gespräch als „ziemlich intolerant“ gegenüber der CDU und hatte diese Kritik bei einer Unterredung mit Willi Eichler am Vortag in Köln auch deutlich gemacht.

niederländische Partei war folglich auch außerhalb der Niederlande nicht nur bereit, ideologische Hürden zu überwinden und den Kontakt zu einer christlich-konservativen Partei zu suchen, sondern die Fragen einer durchaus ernst gemeinten Kooperation auszuloten. Dennoch wollte die PvdA nicht so weit gehen, die CDU in den Kreis der sozialistischen Parteien aufzunehmen, wie es intern diskutiert wurde. „Bei ihnen lebt keine internationale Tradition [...]“, hieß es in einem internen Vermerk aus dem Jahre 1947 und schloss die christliche Mouvement Républicain Populaire (MRP) in Frankreich ein.⁸¹ Dass sich die PvdA überhaupt mit dieser Frage beschäftigte, hing neben ihren eigenen Europabemühungen wohl insbesondere mit dem im Zeichen des Arbeiterkatholizismus stehenden Ahlener Programm der CDU vom Februar 1947 zusammen, das nicht nur Kritik am Kapitalismus äußerte, sondern auch für eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien eintrat.⁸²

Die Beziehungen zur SPD behielten allerdings eine klare Priorität. Auch der niederländische Einsatz in Bournemouth hatte sich mit Unterstützung der einflussreichen Labour Party dahingehend gelohnt, dass eine Mehrheit der versammelten Parteiorganisationen für die Einladung eines deutschen Vertreters stimmte. Dem Vorhaben standen fast ausschließlich die osteuropäischen Vertreter abhaltend gegenüber, die mit dem Appell des Niederländers Van der Goes van Naters und seinem in die Diskussion eingeführten Begriff vom negativ besetzten „Ostblock“ keineswegs einverstanden waren. Für sie war die SPD eine nationalsozialistische Partei, deren Aufnahme es zu verhindern galt.⁸³ Derartig propagandistische Vorwürfe zeigten, dass die osteuropäischen Vertreter nicht mehr der Sozialdemokratie, sondern dem sowjetischen Einflussbereich zuzurechnen waren. Der Riss, der die Welt in zwei Machtblöcke zu teilen begann, erfasste auf diese Weise auch die Treffen der internationalen Sozialdemokraten. Dies zeigte sich umso mehr auf der folgenden Sitzung im Juni 1947 in Zürich, zu der mit Kurt Schumacher erstmals wieder ein deutscher Repräsentant in die Runde aufgenommen wurde. Für die osteuropäischen Teilnehmer war der SPD-Vorsitzende ein höchst ungebetener Gast, während sich die Vertreter der westlichen Parteien dem Besucher mit einer gewissen Objektivität annäherten. Gleichwohl entwickelte sich die Begegnung für Schumacher zu einer mit

⁸¹ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 557, Vermerk zur Internationale aus dem Jahre 1947.

⁸² In ihren Düsseldorfer Leitsätzen von 1949 schlug die CDU dagegen unter Führung Adenauers einen veränderten Kurs ein und machte die „soziale Marktwirtschaft“ zu einem ihrer Leitsätze. Vgl. ALEMANN, U. VON, *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2000, S. 49.

⁸³ Vgl. STEININGER, *Kurt Schumacher, die Sozialistische Internationale und die Ruhrfrage*, a.a.O., S. 64f.

kritischen Untertönen und Vorhaltungen gefütterten Anhörung, in der er versuchte, an die Solidarität der anderen Organisationen zu appellieren. In bezug auf das deutsche Volk polemisierte er: „Die Welt steht vor der Frage: Sollen diese 70 Millionen sterben? Wenn die Welt diese Frage bejahen wollte, dann wäre die Zeit dafür das Jahr 1945 gewesen. Jetzt aber ist 1947.“ Die Sozialisten der Welt stünden vor der Frage, ob sie die Existenz eines freiheitlichen, antiautoritären Sozialismus lebendig machen oder die deutsche Sozialdemokratie alleine lassen wollen.⁸⁴ Letzteres Szenario galt es in der niederländischen Schwesterpartei unter allen Umständen zu vermeiden. Doch auch wenn sich die PvdA im Rahmen der Internationale bisher für die Rückkehr der SPD eingesetzt hatte, gestattete sich ihr Sprecher Van der Goes van Naters, der sofort zu Beginn in die Debatte eingriff, eine ernste Frage zum Veränderungswillen der deutschen Organisation. „Warum ist keine neue Partei gegründet worden, die frei von der Bürde des Ersten Weltkriegs und der traurigen Weimarer Republik gewesen wäre?“, erkundigte er sich mit Hinweis auf die Neuorientierung der weltweiten Sozialdemokratie in den zurückliegenden 15 Jahren, von der die SPD ausgeklammert gewesen sei. Darüber hinaus interessierte den Niederländer, ob die Partei Verantwortung übernehmen könne für das, was anderen Völkern durch die Deutschen angetan worden sei und sie zu einer ehrlichen Erneuerung bereit sei.⁸⁵

Dieser niederländische Einwurf war charakteristisch für das Verhalten der PvdA in den ersten zwei Nachkriegsjahren: Einerseits war sie nach einer kurzen Übergangsphase bereit, einen Schritt auf die SPD zuzugehen; auf der anderen Seite verlangte sie als eine Art Gegenleistung ein deutliches Bekenntnis zum demokratischen Neubau Deutschlands und forderte die SPD dazu auf, ihre programmatischen Leitlinien zu überdenken. Kurt Schumacher gestand ein, dass Van der Goes van Naters die richtige und interessante Frage gestellt habe: „Warum eine neue Partei mit altem Namen?“ Dem offensichtlichen Wunsch der niederländischen Schwesterpartei nach einer Art Schlussstrich, den die deutsche Sozialdemokratie unter ihre bisherige Vergangenheit ziehen sollte, wollte Schumacher allerdings nicht stattgeben. Zwar gab er ohne Umschweife zu, dass die SPD personell und taktisch Fehler gemacht habe, „aber sie war die Partei, die für große Prinzipien gekämpft hat, die heute von der Welt verlangt werden“. Er selbst habe in der alten Partei zu den unzufriedenen Revolteuren gehört,

⁸⁴ Zit. aus dem Protokoll der internationalen sozialistischen Konferenz vom 6. bis 9. Juni 1947 in Zürich; hier: Die Debatte über die Wiederaufnahme der SPD in die Internationale am 8. Juni 1947 (Dokument Nr. 9), in: STEININGER, *Deutschland und die Sozialistische Internationale*, a.a.O., S. 223-266, S. 226.

⁸⁵ Ebd., S. 227.

entgegnete Schumacher Van der Goes, „aber deswegen die Partei verleugnen, aus der wir gekommen sind, das tun wir nicht“.⁸⁶ War innerhalb der niederländischen Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg der Erneuerungsdrang groß gewesen, so zeigte sich an den Aussagen Schumachers, dass die SPD sich stärker auf ihre langjährige Tradition als linke Klassenpartei berufen wollte. „Nun müssen Sie sehen“, sagte Schumacher, „dass es notwendig war, die vorhandenen Kräfte zu sammeln und dass dabei die Anziehungskraft einer alten Fahne stärker ist als eine neue Zweckkonstruktion.“⁸⁷ In den Niederlanden war es genau umgekehrt: Gerade in der Gelegenheit, die sich aus dem Bruch des Krieges und der Besatzungszeit ergab – neue Wege einzuschreiten, neue politische Partner zu suchen und ein neues inhaltliches Programm zu entwickeln –, sah die PvdA eine optimistische Zukunft. In der Frage, wie der Weg sozialdemokratischer Erneuerung zu verlaufen hatte, waren die Ansichten beider Parteien grundlegend verschieden und näherten sich erst wieder an, als die SPD mit dem Godesberger Programm 1959 ihr programmatisches Gesicht erheblich veränderte.

Während sich die PvdA bei dem Schweizer Treffen vor allem mit dem aktuellen Thema beschäftigte, ob die neue (alte) SPD als eine wirkliche sozialdemokratische Partei eingeordnet werden konnte, kreisten bei den osteuropäischen Delegationen die Beanstandungen um das Verhalten der SPD während der nationalsozialistischen Herrschaft.⁸⁸ Vor allem der polnische Vertreter Julian Hochfeld attackierte Schumacher mit 14 deutlichen Fragen, die auf eine Mitschuld der deutschen Sozialdemokratie abzielten: „Was hat die SPD im Kampf gegen das Hitlerregime in den Jahren 1933 bis 1945 unternommen? Was haben die Sozialisten in Deutschland während der 12 Jahre des Hitlerregimes gemacht?“⁸⁹ Der leidtragende SPD-Vorsitzende, der sich in ein Verhör verwickelt sehen musste, reagierte getroffen: „Machen Sie nicht den Fehler des zweierlei Rechts, Bewährungsfrist oder so“, rief Schumacher in den Saal: „Wir sind nicht hergekommen, um uns aufzudrängen.“ Den Teilnehmern gab er für die Abstimmung den Rat, ja zu sagen, dann würden sie eine große und gute Sache machen. „Sagen sie nein – dann versetzen Sie uns und vielleicht auch Ihnen einen Schlag, aber

⁸⁶ Ebd., S. 231.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ Vgl. NOTTEN, *Zur Wiederaufnahme bilateraler Beziehungen zwischen SPD und PvdA*, a.a.O., S. 14.

⁸⁹ Zit. aus dem Protokoll der internationalen sozialistischen Konferenz vom 6. bis 9. Juni 1947 in Zürich; hier: Die Debatte über die Wiederaufnahme der SPD in die Internationale am 8. Juni 1947 (Dokument Nr. 9), in: STEININGER, *Deutschland und die Sozialistische Internationale*, a.a.O., S. 223-266, S. 228.

wir werden ihn durchstehen.“⁹⁰ Am Ende votierten die internationalen Vertreter mehrheitlich weder mit Ja noch mit Nein. Das Plenum lehnte den norwegischen Antrag auf Zulassung der SPD ab; im Gegenzug setzte sich der Kompromissvorschlag des Belgiers Max Buset durch, der die Einsetzung einer Kommission gefordert hatte. Diese sollte den Kontakt zur deutschen Sozialdemokratie aufrechterhalten.

Vorausgegangen war eine in Abwesenheit Schumachers geführte Debatte mit schweren Dissonanzen über den künftigen Umgang mit der SPD.⁹¹ Der polnische Wortführer Hochfeld bezeichnete Schumacher als unheilvoll und gefährlich und warf der SPD eine Geringschätzung vor, die sich gegen alles richte, was mit einer wirklichen Demokratisierung Deutschlands zu tun habe.⁹² Unterstützung erhielt er von den Delegationen aus Rumänien, der Tschechoslowakei und Palästina. Gemeinsam mit den Ungarn lehnten diese Vertretungen eine Aufnahme der SPD ab, während sich die Teilnehmer aus Belgien, Italien, Griechenland, der Schweiz und Südafrika der Stimme enthielten. Die anderen sozialdemokratischen Parteien Westeuropas, die für eine Rückkehr gestimmt hatten, wiesen die Anschuldigungen Hochfelds auch in dieser Schärfe zurück. Van der Goes van Naters brachte es auf den Punkt: „Wir sprechen uns nicht ohne Ressentiments gegen eine Isolierung [der SPD, MD] aus. Kein Volk des Westens hat so unter den Deutschen gelitten wie die Niederlande. Aber es wäre ebenso unklug, die Verbrechen Hitlers und Himmlers Schumacher vorzuwerfen [...]“⁹³ Dass Van der Goes so deutlich für den SPD-Vorsitzenden in die Bresche sprang, war mehr als nur nüchterner niederländischer Pragmatismus und unterstrich, dass das Interesse der PvdA mit Blick auf die schwierige Lage Deutschlands ernst gemeint war. Diese Anwaltschaft stand einer Haltung der osteuropäischen Parteien gegenüber, die in zunehmender Abhängigkeit von Moskau nicht wegen seiner deutschen Nationalität gegen Schumacher stimmten, sondern weil er sich als antikommunistischer Sozialdemokrat präsentierte. Ein Verhalten, das im Lager der westeuropäischen Linken dagegen wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde und ein wesentliches Argument für eine neue Zusammenarbeit mit der deutschen Schwester bildete. Die Wiederaufnahme ließ auch offiziell nicht mehr lange auf sich warten. Nach verschiedenen Treffen der Kontaktgruppe (Liaison Committee appointed to keep touch

⁹⁰ Ebd., S. 234.

⁹¹ Vgl. STEININGER, *Deutschland und die Sozialistische Internationale*, a.a.O., S. 79-83.

⁹² Zit. n. ebd., S. 80.

⁹³ Zit. aus dem Protokoll der internationalen sozialistischen Konferenz vom 6. bis 9. Juni 1947 in Zürich; hier: Die Debatte über die Wiederaufnahme der SPD in die Internationale am 8. Juni 1947 (Dokument Nr. 9), in: STEININGER, *Deutschland und die Sozialistische Internationale*, a.a.O., S. 223-266, S. 260.

with the German Social Democratic Party), die auch am Nürnberger SPD-Parteitag 1947 teilnahm, stimmte im Dezember in Antwerpen bei einer weiteren internationalen Konferenz die westeuropäische Mehrheit für die Mitgliedschaft der deutschen Sozialdemokratie.⁹⁴

Gut zwei Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges ging die vorläufige Isolation der SPD von ihren Partnerorganisationen zu Ende. Gleichzeitig bedeutete der Vorgang ein Stück Integration des westlichen Deutschlands in das westliche Europa.⁹⁵ Dass es bei einer kurzen Durststrecke für die SPD blieb, war ein besonderer Verdienst der niederländischen Sozialdemokratie, die im Prozess der Wiedereingliederung eine Vorreiterrolle übernahm. Zwar setzte sich die PvdA im internationalen Rahmen mehr aus Vernunft als aus Vertrauen für die Rehabilitierung der deutschen Sozialdemokratie ein; der Schulterschluss mit der SPD kam aber nicht nur aus pragmatischen Gesichtspunkten zustande, sondern folgte der Auffassung, dass die deutschen Parteifreunde beim schwierigen Wiederaufbau nicht allein gelassen werden durften. Zudem waren die Führungspersonlichkeiten der SPD alles andere als dem Verdacht ausgesetzt, Verbindungen zum Nationalsozialismus betrieben zu haben. Dies erleichterte es den Niederländern, um bei den anderen Parteien für eine Rückkehr der deutschen Organisation zu werben. Die PvdA selbst benötigte das erste Nachkriegsjahr, um das gegenüber der SPD entstandene Misstrauen langsam abzubauen und der Partei solidarisch entgegenzutreten. Die Wende vollzog sich bereits im Herbst 1946 auf bilateraler und internationaler Ebene zugleich: Zunächst nahm Koos Vorrink im Oktober als erster ausländischer Sozialdemokrat nach dem Krieg an einer SPD-Wahlkampfveranstaltung in Berlin teil; einen Monat später nutzte Marinus van der Goes van Naters das Podium der Konferenz im englischen Bournemouth, um den konstruktiven Standpunkt seiner Partei hinsichtlich des Umganges mit der deutschen Sozialdemokratie kundzutun. Das Bemühen um die Wiederaufnahme der SPD in den Kreis der Internationale war ein symbolträchtiger Akt, da die PvdA ein Land vertrat, das besonders schwer unter dem Nationalsozialismus gelitten hatte. Dieser Versöhnungswillen besaß eine Signalwirkung auf andere Parteien.

Neben den Gemeinsamkeiten in der programmatischen Grundausrichtung zweier Schwesterparteien wie PvdA und SPD zeigte sich frühzeitig, dass der Kampf gegen den gefürchteten Sowjetkommunismus eine wichtige Parallele zwischen beiden Organisationen einnahm. Auch wenn sich die Beziehungen zum deutschen

⁹⁴ Vgl. ebd., S. 84-89.

⁹⁵ Vgl. LOTH, *Sozialismus und Internationalismus*, a.a.O., S. 117.

Vorsitzenden Kurt Schumacher selten reibungslos gestalteten, wusste die PvdA in ihm einen verlässlichen Mitstreiter gegen den Kommunismus an ihrer Seite. Ein vertrauensvoller Ansprechpartner war er allerdings nie – dies verhinderte sein autoritäres und kompromissloses Auftreten in der Sache. Es sei nicht viel los gewesen zwischen Schumacher und Vorrink, erinnert Max van der Stoel an das gestörte Verhältnis der beiden Parteivorsitzenden.⁹⁶ Der erste Mann der PvdA fühlte sich beim zweiten Vorsitzenden Erich Ollenhauer nicht nur wegen dessen gemäßigter und ausgleichender Art besser aufgehoben, sondern weil er ihn aus der internationalen Jugendbewegung kannte. Diese Freundschaft gab dem Parteienverhältnis in dieser Phase einen persönlichen Anstrich. Derartig kollegiale Gemeinsamkeiten waren auch später – zumal im Verhältnis von Helmut Schmidt zu Max van der Stoel – eine wichtige atmosphärische Komponente in den Beziehungen zwischen SPD und PvdA.

3.3 Sozialdemokratie, internationale Beziehungen und die Zukunft Deutschlands

3.3.1 Außenpolitische Standortbestimmung unter den Vorzeichen des Kalten Krieges

Für die niederländische Partei symbolisierte die Zusammenarbeit mit der SPD schon 1947 mehr als eine reine Vernunfttatsache. Neben der Übereinstimmung in sozialdemokratischen Grundzielen trafen sich die Interessen beider Parteien auch in der Forderung nach einer demokratischen Neubelebung Deutschlands. Dass die Interessengemeinschaft geschlossen wurde, war nicht zuletzt auch eine Reaktion auf die sich zuspitzende außenpolitische Großwetterlage. Der Graben zwischen den beiden Supermächten, den Vereinigten Staaten auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite, vertiefte sich im Laufe des Jahres 1947 zusehends. Das Ringen um die Zukunft Deutschlands mit seinen vier Besatzungszonen und der Viersektorenstadt Berlin schlug in einen diffizilen Ost-West-Konflikt um. Unüberbrückbare ideologische Gegensätze und zum Vorschein kommende Meinungsverschiedenheiten über den künftigen Weg des Landes in der Mitte Europas ließen eine deutsche Teilung nicht mehr aufhalten. Das Scheitern der Außenministerkonferenz in Moskau im Frühjahr 1947 offenbarte das Ende der Anti-Hitler-Koalition: Den von der Sowjetunion erhobenen Forderungen nach Bildung einer deutschen Zentralregierung, Mitkontrolle des Ruhrgebiets, einer erheblichen Summe an Reparationszahlungen und einer

⁹⁶ Telefongespräch mit dem Verfasser am 3. September 2003.

Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze entgegnete der Westen mit dem Anspruch auf freie Wahlen in ganz Deutschland.⁹⁷ Die USA schnürten darüber hinaus ein milliardenschweres Maßnahmenpaket, das dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und Deutschlands zugute kommen sollte. Der vom amerikanischen Außenminister im Juni 1947 verkündete und nach ihm benannte Marshallplan, von dem im nächsten Kapitel noch zu sprechen sein wird, war die Fortsetzung dessen, was Marshalls Vorgänger James Byrnes in seiner bekannten Stuttgarter Rede am 6. September 1946 angekündigt hatte: Dem deutschen Volk zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen zu verhelfen und den demokratischen, föderativen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zu unterstützen.⁹⁸ Die Sowjetunion lehnte nicht nur eine Beteiligung am Marshallplan ab, sondern bezichtigte die USA infolge des Zusammenschlusses der amerikanischen Besatzungszone mit der britischen zur sogenannten Bizone (1. Januar 1947), einen deutschen Weststaat errichten zu wollen. Als Konsequenz kündigte Moskau die Teilnahme im alliierten Kontrollrat und in der alliierten Kommandantur in Berlin auf und konzentrierte sich in ihrer Besatzungszone stattdessen auf die Gründung eines eigenen Staates. Die amerikanische Vorgehensweise schien als Folge der konzipierten „containment“-Strategie, einer antikommunistischen Eindämmungspolitik, ihr Ziel zu erreichen.⁹⁹

Kurt Schumacher und mit ihm große Teile der SPD erhofften sich bis ins Jahr 1947 hinein, dass die beiden Großmächte friedliche Abmachungen in der deutschen Frage erzielen würden. Der Parteivorsitzende war Verfechter eines wiedervereinigten Deutschlands in den Grenzen von 1937 und erbitterter Gegner einer Internationalisierung verschiedener Teile seines Landes. Ein gleichberechtigtes Deutschland wollte er in einen europäischen und möglichst sozialistischen Bezugsrahmen eingeordnet sehen.¹⁰⁰ „Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt die Vereinigten Staaten von Europa, eine demokratische und sozialistische Föderation europäischer Staaten, sie will ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen

⁹⁷ Vgl. HAFTENDORN, H., *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000*, Stuttgart/München 2001, S. 17f.

⁹⁸ Vgl. die Rede des amerikanischen Außenministers James Byrnes am 6. September 1946 in Stuttgart, in: STEININGER, R., *Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden*, Bd. 1 (1945-1947), Frankfurt am Main 2002, S. 264-266, S. 265f.

⁹⁹ Vgl. SCHÖLLGEN, G., *Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941-1991*, München 1996, S. 50.

¹⁰⁰ HACKE, C., *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?*, Frankfurt am Main/Berlin 1997, S. 47.

Europa“, ließ Schumacher in seinen Leitsätzen vom Mai 1946 verlautbaren.¹⁰¹ Dies war inhaltlich eine Anknüpfung an das Heidelberger Programm aus dem Jahre 1925. Eine Riege sozialistischer Staaten sollte aus Europa die „Dritte Kraft“ entwickeln, um zwischen den beiden Mächten einen dritten Weg gehen zu können.¹⁰² Dieses Denkmodell wurde von Schumacher und anderen nicht nur als außenpolitische Konzeption verstanden, sondern auch als Entwurf einer geeigneten Sozial- und Wirtschaftsform zwischen dem Kommunismus sowjetischer Prägung und dem amerikanischen Kapitalismus. Die Hoffnungen lasteten wie auch unter den niederländischen Sozialdemokraten auf der britischen Schwesterorganisation – die „große und starke“ Labour Party (Schumacher) sollte als Mehrheits- und Regierungspartei eine führende Rolle in Europa übernehmen.¹⁰³ Tatsächlich war Großbritannien aber viel stärker an einer direkten Mitarbeit an der Seite der Amerikaner interessiert, statt die Vorhut eines sozialistischen Europas zu bilden. Schumacher ahnte, dass das Schlagwort von der „Dritten Kraft“ viel mehr zu einem theoretischen Wunschdenken gehörte und eine wirkliche Umsetzung – wenn überhaupt – auf die lange Bank verschoben werden musste. „Es kann gut sein, dass der Ausdruck von der ‚Dritten Kraft‘ eine kurze zeitliche Bedingtheit darstellt“, vermutete er in einem Referat für den Düsseldorfer Parteitag 1948 nicht zu Unrecht: „Aber die Verbindung von Sozialismus, Demokratie und Freiheit in spezifisch europäischen Formen ist etwas, das nicht vorübergehend ist.“¹⁰⁴ Dabei besaß das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten für Schumacher selbstverständlich einen ganz anderen Stellenwert als das zum totalitären Herrschaftssystem in der Sowjetunion, die er mit tiefer Verachtung betrachtete.¹⁰⁵ Im Zuge der außenpolitischen Entwicklungen im Jahre 1947 und vor allem in Reaktion auf die Schaffung der Bizone entwarf der SPD-Vorsitzende seine Magnettheorie. Die Bestrebungen der westlichen Alliierten zur Gründung eines Staates lehnte Schumacher also keineswegs ab, sondern erkannte darin die Möglichkeit einer Sogwirkung auf dem Weg zu einer Vereinigung mit der sowjetischen Zone: „Wenn man Deutschland gesund machen will“, sagte er in einem Grundsatzreferat auf dem Nürnberger Parteitag 1947,

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Zit. aus dem Referat Schumachers für den SPD-Parteitag v. 11. bis 14. September 1948 in Düsseldorf („Die Sozialdemokratie im Kampf für Freiheit und Sozialismus“), in: ALBRECHT, *Kurt Schumacher*, a.a.O., S. 588-619, S. 618.

¹⁰³ Zit. aus der Rede Schumachers vor sozialdemokratischen Funktionären Hannovers am 6. Mai 1945, in: ALBRECHT, *Kurt Schumacher*, a.a.O., S. 203-236, S. 232.

¹⁰⁴ Zit. aus dem Referat Schumachers für den SPD-Parteitag v. 11. bis 14. September 1948 in Düsseldorf („Die Sozialdemokratie im Kampf für Freiheit und Sozialismus“), in: ALBRECHT, *Kurt Schumacher*, a.a.O., S. 588-619, S. 618.

¹⁰⁵ Vgl. ALBRECHT, *Kurt Schumacher*, a.a.O., S. 138.

„so ist es nach den realen Möglichkeiten heute nur auf dem Wege zu erreichen, dass man die Bizone ökonomisch so lebendig macht, dass von ihr ein unwiderstehlicher Magnetismus auf andere Zonen ausgeht.“¹⁰⁶ Dies bedeutete im Prinzip nichts anderes als das, was Konrad Adenauer später und unter anderen Voraussetzungen als „Politik der Stärke“ bezeichnete.¹⁰⁷

Die PvdA rief bereits 1946 eine eigene Fachgruppe „Deutschland“ ins Leben, um sich eigens mit allen außenpolitischen Zukunftsfragen des Nachbarlandes auseinander zu setzen. „Es sieht so aus, dass es unserer Unterkommission jedoch unmöglich ist, über Deutschland zu berichten, ohne der künftigen europäischen Ordnung genügend Aufmerksamkeit zu widmen“, schrieb der für die der außenpolitischen Kommissionen verantwortliche Parteisekretär, Evert Vermeer, an die Mitglieder.¹⁰⁸ Was sich hier zunächst als organisatorisches Problem entpuppte, unterstrich einmal mehr, dass für die niederländische Sozialdemokratie Deutschland und Europa zusammengehörten. In einem Grundsatzpapier der Deutschlandkommission vom Januar 1947 wurde kein Zweifel daran gelassen, dass der Nachbar in den europäischen Aufbau einbezogen werden müsse. Dies entsprach voll und ganz der Linie, die Marinus van der Goes van Naters auf internationaler Ebene in den Beratungen der internationalen Sozialdemokratie vertrat. Ein so stark wie mögliches dezentralisiertes, föderalistisches Deutschland sei, so die Einschätzung Vermeers, die beste Lösung.¹⁰⁹ Hieraus sprach noch die Zuversicht, dass sich die großen Mächte auf eine einheitliche Politik gegenüber dem ehemaligen Feind verständigen würden; eine deutsche Zweiteilung zog man im Januar 1947 nicht in Betracht. Notwendig sei es jedoch, darauf wurde in dem Bericht abermals hingewiesen, dass ein solches Deutschland in den Rahmen der europäischen Zusammenarbeit aufgenommen werde. Innerhalb der niederländischen Sozialdemokratie zeichnete sich frühzeitig ab, dass eine Aufteilung Deutschlands und eine von Schumacher gefürchtete Internationalisierung einzelner Bereiche wie des Ruhrgebiets nicht ernsthaft als diskussionswürdig betrachtet wurden. „Wenn man den Deutschen eine neue Perspektive geben will [...], wird man ihnen statt eines preußischen oder großdeutschen Traumes die Wirklichkeit eines Europas vor Augen führen, in dem

¹⁰⁶ Zit. aus dem Grundsatzreferat Schumachers auf dem SPD-Parteitag v. 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg („Deutschland und Europa“), in: ALBRECHT, Kurt Schumacher, a.a.O., S. 486-517, S. 493.

¹⁰⁷ Siehe das Zitat bei SCHWARZ, H.-P., *Adenauer. Der Staatsmann 1952-1967*, Stuttgart 1991, S. 424.

¹⁰⁸ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 557, Brief von Evert Vermeer (Sekretär der außenpolitischen Kommissionen) an die Mitglieder der außenpolitischen Kommissionen v. 24. Dezember 1946.

¹⁰⁹ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 557, Grundsatzpapier der Deutschlandkommission („Die deutsche Frage“) v. 23. Januar 1947.

auch für sie Platz ist – wenn auch vorläufig unter Kontrolle.“¹¹⁰ Von diesem – im Übergang zwischen 1946 und 1947 – festgelegten Kurs gegenüber dem deutschen Nachbarn ließ sich die Partei nicht mehr abbringen. Dies war zugleich einer der Gründe, warum die PvdA im Kreise ihre Schwesterparteien für eine Rehabilitation der SPD plädierte: Wenn Deutschland in Europa integriert werden sollte, galt dies auf unterer Ebene auch für die deutsche Sozialdemokratie.

Eckstein des außenpolitischen Handelns der PvdA war und blieb der Antikommunismus, der unter den niederländischen Sozialdemokraten eine längere Tradition besaß. Schon im November 1917 hatte eine übergroße Mehrheit der damaligen SDAP dem russischen Bolschewismus ablehnend gegenübergestanden. Aus dieser langjährigen, traditionellen Antipathie heraus ergab sich nach dem Krieg als fast logisches Pendant die Hinwendung zur atlantischen Zusammenarbeit. Diese Einsicht setzte sich in ihrer Deutlichkeit jedoch erst 1948 durch, als der gefürchtete sowjetische Expansionsdrang – die kommunistische Machtergreifung in der Tschechoslowakei im Februar und der Beginn der Berlin-Blockade im Juni – zur vollen Entfaltung kam.¹¹¹ Bis weit in das Jahr 1947 hinein hielt die PvdA wie ihre deutsche Schwesterpartei an den Vorstellungen eines Europas der „dritten Kraft“ fest, das eine Brückenfunktion zwischen den beiden großen Mächten übernehmen sollte. Diese Linie entsprach weitgehend der des parteilosen Außenministers Pim van Boetzelaer, der 1946 angekündigt hatte, die friedliche Ordnung der Welt möglichst mit einem System der kollektiven Sicherheit im Rahmen der Vereinten Nationen anzustreben. Dies hätte eine Zusammenarbeit mit Moskau vorausgesetzt, was zwei Jahre später – vor der Drohkulisse des Kalten Krieges – undenkbar war.¹¹²

Die volle Unterstützung seitens der PvdA für eine europäische und atlantische Integration der Niederlande, umgesetzt im Beitritt zum Brüsseler Pakt im März 1948 und in die NATO ein Jahr später, war die natürliche Konsequenz. Der Umstand, dass sich die Partei durch ihre langjährige Oppositionsrolle in den zwanziger und zunächst auch in den dreißiger Jahren nicht von der niederländischen Tradition der außenpolitischen Neutralität betroffen sah, erleichterte ihr die völlige Neuorientierung.¹¹³ Die frühere Unerfahrenheit in internationalen Fragen mag auch der Grund gewesen sein, dass kein sozialdemokratischer Vertreter für die Besetzung des

¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹ Vgl. BRINKMAN, *De Partij van de Arbeid in de Koude Oorlog*, a.a.O., S. 42ff.

¹¹² Vgl. ROVERS, *Voor recht en vrijheid*, a.a.O., S. 39.

¹¹³ Vgl. BOSSCHER, *De Partij van de Arbeid en het buitenlandse beleid*, a.a.O., S. 39ff.

niederländischen Außenministeriums in Frage kam, auch wenn die Partei 1948 den in die PvdA eingetretenen früheren Ministerpräsidenten Willem Schermerhorn gern auf diesen Posten geschoben hätte. Erst 1956 übernahm mit Ernst van der Beugel ein Sozialdemokrat Verantwortung an führender Regierungsstelle – für zwei Jahre wurde er Staatssekretär unter dem bis 1971 amtierenden Außenminister Joseph Luns (KVP). Die Leitung des Außenamtes blieb somit eine jahrzehntelange Domäne der Christdemokraten. Nichtsdestotrotz besaß die Partei mit Persönlichkeiten wie Connie Patijn, der als einer von wenigen sozialdemokratischen Ausnahmen ab 1950 im niederländischen Außenministerium tätig war, den ‚Europäern‘ Alfred Mozer und Marinus van der Goes van Naters sowie dem Außenexperten der Parlamentsfraktion, Jacques de Kadt, durchaus Politiker, die sich in internationalen Fragen Respekt verdienten. Letzterer machte sich vor allem durch seine deutliche Abgrenzung zum Kommunismus einen besonderen Namen, obwohl er selbst zwischen 1919 und 1924 der CPN angehört hatte.¹¹⁴

In der Nachkriegszeit waren es dagegen parteilose Vertreter und der Liberale Dirk Stikker, die den Kleinstaat in ihren Ministerämtern zu einem engen Verbündeten in der atlantischen Partnerschaft und der europäischen Integration formierten. Die Niederlande verließen 1948 eine außenpolitische Randposition, in der sie sich durch die Konzentration auf den eigenen Wiederaufbau und die Regelung der Kolonialfrage in Indonesien zunächst befunden hatten. Hinzu kam nach dem schon während der Besatzungszeit eingeleiteten Ende der Neutralität das ‚Neuland‘ der aktiven Außenpolitik, die zudem fast ausschließlich von den Großen Vier diktiert wurde. Erst als sich die Zweiteilung der Welt endgültig abzeichnete und der Westen 1948 auch institutionell auf diesen Prozess reagierte, war der Weg für einen engagierten niederländischen Beistand geebnet. Vor allem im Benelux-Verbund, der am 1. Januar 1948 in Kraft getretenen Zollunion mit Belgien und Luxemburg, wussten die Niederländer in Kooperation mit ihren beiden Partnern außenpolitische Vorstellungen der kleineren Länder geltend zu machen.¹¹⁵

¹¹⁴ Jacques de Kadt (1897-1988) erregte mit zwei Büchern besondere Aufmerksamkeit, die er in den ersten Nachkriegsjahren verfasste. Vgl. KADT, J. DE, *Rusland en wij. Hoe redder wij de vrede?*, Amsterdam 1947; KADT, J. DE, *De consequenties van Korea. Een pleidooi voor vrede door kracht*, Amsterdam 1950; vgl. auch die Publikation über den Politiker Jacques de Kadt von HAVENAAR, R., *De tocht naar het onbekende. Het politieke denken van Jacques de Kadt*, Amsterdam 1990.

¹¹⁵ Vgl. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 28f.; vgl. auch HELLEMA, *Buitenlandse politiek van Nederland*, a.a.O., S. 129f.; zur niederländischen Europapolitik und dem Benelux-Verbund vgl. KERSTEN, A.E., *Maken drie kleinen een grote? De politieke invloed van de Benelux 1945-1955*, Bussum 1982; BLOEMEN, E.S.A. (Hrsg.), *Het Benelux-effect. België, Nederland en Luxemburg in de Europese integratie 1945-1957*, Amsterdam 1992.

Dieser Entwicklung stand die PvdA als politischer Pate ohne Einschränkung bei. Zunächst verband jedoch auch die niederländische Sozialdemokratie – und darin ähnelte sie wie bereits angedeutet den anfänglichen Vorstellungen Kurt Schumachers – Hoffnungen mit der Idee eines sozialistisch orientierten Kontinents. Europa müsse versuchen, forderte Koos Vorrink 1947 auf einem Parteikongress, einen eigenen, selbständigen Platz in der Welt zu behalten – zwischen dem bolschewistischen, autoritären Russland und dem kapitalistischen, individualistischen Amerika.¹¹⁶ Das klang aus seinem Mund insgesamt noch eher gemäßigt und wäre dem Parteivorsitzenden ein Jahr später in dieser Form wohl nicht mehr über die Lippen gekommen. Spätestens 1948 war deutlich geworden, dass die PvdA den niederländischen Platz ganz eng an der Seite der Amerikaner sah und der „Dritte Weg“-Gedanke ausschließlich als Diskussionsgrundlage für ein sozialstaatliches Modell in Frage kam. Einer der Cheftheoretiker der Partei, Willem Banning, sah im „dritten Weg“ einen Entwurf für den demokratischen Sozialismus zwischen einem „kapitalistischen Amerika mit Demokratie ohne Sozialismus und einem kommunistischen Russland ohne Demokratie“.¹¹⁷ In Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik gab es in der Partei eine zunächst durchaus breite Strömung, die das freie Marktsystem in den Vereinigten Staaten kritisierte und eine Umsetzung auf Europa strikt ablehnte. Zwar hing die niederländische Sozialdemokratie keinen alten Forderungen nach einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel nach, sondern plädierte offen für einen Weg der geordneten Wirtschaft, einem Plansozialismus, der bei ihrem konzipierten „Plan der Arbeit“ und den Theorien des britischen Ökonoms John Keynes aus den dreißiger Jahren anschloss. Dies war der niederländische Beitrag zum oft und gern zitierten „Dritten Weg“, der kein Modewort seiner Zeit, sondern einen zweifelsohne ernst gemeinten Ansatz darstellte. Dies führte die PvdA auch nicht automatisch zu einer bedingungslosen Zustimmung, als der amerikanische Außenminister George Marshall im Juni 1947 den europäischen Wiederaufbauplan vorstellte.¹¹⁸

¹¹⁶ Zit. n. BRINKMAN, *De Partij van de Arbeid in de Koude Oorlog*, a.a.O., S. 43.

¹¹⁷ So formulierte es Banning auf dem PvdA-Parteitag in Utrecht (24.-26. April 1947) im Zuge der Beratungen des Grundsatzprogramms 1947. Zit. n. TROMP, *Het sociaal-democratisch programma*, a.a.O., S. 269.

¹¹⁸ Vgl. WIELENGA, F., *De Partij van de Arbeid en het Marshallplan*, in: BANK, J. u.a. (Hrsg.), *Het vijfde jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1984, S. 128-159, S. 128f. u. S. 140f.

3.3.2 Reaktionen auf Marshallplan, Brüsseler Pakt und Berlin-Blockade

Willem Drees, der ab 1948 Kraft seines Amtes als Ministerpräsident zu einem der Multiplikatoren eines sozialistischen Europas hätte werden können, konzentrierte seinen politischen Wirkungsradius fast ausschließlich auf den Bereich der Innenpolitik. Die Restaurierung der niederländischen Wirtschaft und eine fortschrittlichere Sozialgesetzgebung waren Felder, die er schon aus purer Notwendigkeit bestellen musste. Sein Verdienst war die Einführung einer Altersversicherung für alle Niederländer ab 65 Jahren, die er in seiner Obliegenheit als Sozialminister 1947 durchsetzte. Der Politikernamen Drees galt noch Jahre später als Synonym der neuen Grundrente: „Van Drees trekken“ („Von Drees beziehen“) war ein gängiger Ausdruck im täglichen Sprachgebrauch geworden und bedeutete zugleich nichts anderes als die Erinnerung an den Urheber dieser weitreichenden sozialpolitischen Maßnahme.¹¹⁹ Der Leitsatz vom demokratischen Sozialismus prägte das politische Handeln von Drees, wenngleich er die Planungstheorien der Partei nicht für entscheidend hielt. Zwar stimmte er der Einrichtung eines Zentralen Planbüros (CPB), einem in Wirtschaftsfragen beratenden Organ, 1947 zu. Die PvdA als Initiatorin erhoffte sich von der Gründung dieser öffentlich-rechtlichen Institution – geleitet von ihrem Wirtschaftstheoretiker und späteren Nobelpreisträger Jan Tinbergen – eine Vorbildfunktion für die Umsetzung dirigistischer Programme auf ökonomischem Gebiet. Eine praktische Übernahme dieser Art der staatlichen Intervention aber hatte Drees nicht vor Augen. Sie wäre vor ihrem sozialistischen Hintergrund bei den Christdemokraten auch kaum durchsetzbar gewesen. Stattdessen traf Drees – im Verhältnis zum größeren Koalitionspartner stets ausgleichend orientiert – mit seiner Zielsetzung, alle Niederländer in den ersten Nachkriegsjahren mit den wichtigsten Grundbedürfnissen zu versorgen, auch das soziale Gewissen der KVP. Es sollte sich zeigen, dass die wirtschaftliche Gesundung dank der amerikanischen Hilfe beschleunigt wurde und Drees mit seinem Vorhaben vollkommen richtig lag, die Niederlande am Marshallplan zu beteiligen.¹²⁰

Auch ein außenpolitischer Sonderweg ohne die Vereinigten Staaten war für ihn nicht denkbar. Der neue Premier, erster sozialdemokratischer Amtsinhaber in den Niederlanden überhaupt, wuchs – wenn auch nicht zu den großen Außenpolitikern der

¹¹⁹ Vgl. BRINKMAN, M., *Willem Drees*, in: CAMPFENS, M. u.a. (Hrsg.), *Biografisch Woordenboek van het democratisch Socialisme en de Arbeidersbeweging in Nederland*, Teil 5, Amsterdam 1992, S. 58-65, S. 62.

¹²⁰ Vgl. WIELENGA, *De Partij van de Arbeid en het Marshallplan*, a.a.O., S. 133 u. 150.

PvdA gehörend – in die Rolle des treuen Partners in der atlantischen Zusammenarbeit hinein. „Drees war sehr proamerikanisch eingestellt und scharte die PvdA und die Arbeiter hinter Marshallplan und NATO. Dies waren die zwei Haken, an denen wir aufgehängt wurden und an denen wir gern festhielten“, erinnert sich Connie Patijn rückblickend.¹²¹ Für Drees hatte die enge Partnerschaft mit Washington einen deutlichen Vorrang gegenüber den ambitionierten Europabemühungen von großen Teilen seiner Parteikollegen. Genau wie später auch Kurt Schumacher sah er in der europäischen Integration vor allem ein Projekt der Christdemokraten, das er als zu klerikal, katholisch und konservativ abtat. Sicco Mansholt (1908-1995), früherer Landwirtschaftsminister (1945-1958) und später als Mitglied der Europakommission zuständig für die Landwirtschaft (1958-1973), erinnerte sich als engerer Weggefährte des Regierungschefs: „Drees dachte: ‚Ihr lästigen Kerle [die Europabefürworter in der PvdA, MD], immer wieder das mit Europa. Eine Zollunion unterstütze ich noch, aber das politische Europa muss ich nicht haben.‘“¹²² Noch deutlicher brachte es der spätere Fraktionsvorsitzende (1952-1962), Jaap Burger, auf den Punkt: „Drees hat nichts ungetan gelassen, um die politische Entwicklung Europas aufzuhalten.“¹²³ Ein Europa des dritten Weges wirkte auf Drees folgerichtig auch schlichtweg zu abstrakt und zu unrealistisch, um es in den ersten Nachkriegsjahren in die Tat umzusetzen. Mit dem Versuch der Aufbauleistung des Wirtschaftslebens und dem Willen zum Ausbau eines gerechten Sozialstaats war er aber bereit, einen wichtigen Beitrag zu einem sozialdemokratisch orientierten Europa zu leisten. Drees legte somit den Ausgangspunkt für einen versorgenden Wohlfahrtsstaat, der mit markt- und nicht mit planwirtschaftlichen Grundsätzen arbeitete.¹²⁴ Dass sein Land auf diesem Weg in das European Recovery Program (ERP) einbezogen werden musste, war eine Selbstverständlichkeit. Große Worte benötigte er nicht, um die Notwendigkeit einer niederländischen Beteiligung an dem Aufbauprogramm unter Beweis zu stellen. Dass er in dieser Frage eine effektive Überzeugungsarbeit leistete, überliefert eine heitere Anekdote von einem Sonntagnachmittagsgespräch in Den Haag. Zu Gast war ein hoher amerikanischer Diplomat, den Drees in seinem einfachen Reihenhaus an der Beeklaan zu einer Tasse Tee empfing. Da der Besucher zuvor in Italien Station gemacht hatte und

¹²¹ Gespräch mit dem Verfasser am 26. Juni 2003 in Den Haag.

¹²² MANSHOLT, S.L., *Drees als minister en ministerpresident*, in: DAALDER, H./N. CRAMER (Hrsg.), *Willem Drees*, Houten 1988, S. 139-143, S. 141.

¹²³ Zit. n. ebd.

¹²⁴ Vgl. VISSER, J./A. HEMERIJCK, *Ein holländisches Wunder? Reform des Sozialstaats und Beschäftigungswachstum in den Niederlanden*, Frankfurt/New York 1998, S. 239.

von der dortigen Regierung in einer repräsentativen römischen Villa untergebracht worden war, überraschten ihn die Schlicht- und Nüchternheit des niederländischen Ministerpräsidenten.¹²⁵ Nach einer angenehmen Unterredung sagte der Gast später zum amerikanischen Botschafter: „Ich habe es schon gesehen. Ein Land, in dem der Premier in solcher Einfachheit lebt, hat unsere Hilfe verdient.“¹²⁶

Als jahrhundertealte Handels- und Exportnation waren die Niederlande nicht nur an der eigenen wirtschaftlichen Gesundung interessiert, sondern auch zuvorderst an der des großen westlichen Nachbarn Deutschland, der als traditionell wichtigster Wirtschaftspartner eine besondere Rolle spielte. In dieser Frage schien das unter seinem inoffiziellen Namen Marshallplan bekannt gewordene Aufbauprogramm die richtige und als notwendig erachtete Antwort zu sein. Es war die Folge der Neuorientierung in der amerikanischen Deutschland- und Europapolitik. Mit wachsender Ungewissheit registrierte man in Washington und London die Entwicklung in Osteuropa und im Mittelmeerraum, wo die Sowjetunion den einzelnen Staaten ihr kommunistisches Modell aufzwang. Nach gleichem Muster unterdrückte Moskau alle demokratische Bestrebungen in der sowjetischen Besatzungszone, was die Zwangsvereinigung zwischen KPD und SPD unter Beweis stellte. Aus diesen Belastungen heraus entstand die Doktrin des amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman, der im März 1947 vor dem amerikanischen Kongress erklärte, dass sich die Welt in einer ideologischen und politischen Auseinandersetzung zwischen der freien Welt und dem totalitären Lager befinde. Die USA sicherte den freien Völkern eine wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung zu, um die Welt vor einer Erschütterung des sowjetischen Totalitarismus zu bewahren. Auch die Sowjetunion trennte die Welt daraufhin in zwei Teile, eine imperialistische und eine antiimperialistische – der Kalte Krieg war Wirklichkeit geworden. Aus amerikanischer Sicht galt es nun, der drohenden Destabilisierung Westeuropas nach dem Hungerwinter 1946/47 entgegenzuwirken. Der Marshallplan – aus der Truman-Doktrin resultierend – sah daher nicht nur die Ausschüttung finanzieller Mittel vor, sondern forderte die Empfängerländer zur Schaffung einer Organisation auf, die ihre Wirtschaftspolitik gemeinsam regeln sollte.¹²⁷ Diese neue Organization of European Economic Cooperation (OEEC) setzte sich die Förderung der europäischen

¹²⁵ Vgl. GALEN, J.J. VAN/H. VUIJSJE, *Drees. Wethouder van Nederland*, Alphen aan den Rijn 1980, S. 11f.

¹²⁶ Zit. n. ebd., S. 12.

¹²⁷ Vgl. HAFTENDORN, *Deutsche Außenpolitik*, a.a.O., S. 19f.

Einigung zum Ziel und linderte die Befürchtung, das teilnehmende Deutschland könnte eine zu mächtige Rolle in der europäischen Wirtschaft spielen.

Die PvdA stellte ihre zu Beginn präsenten Vorbehalte zurück, die Vereinigten Staaten könnten mit der Marshallhilfe den ungezügeln Kapitalismus auf die Niederlande und Europa übertragen. Das Verhältnis zu den Amerikanern war zunächst eine durchaus doppeldeutige Angelegenheit. Einerseits würdigte die Partei den Einsatz für den Weltfrieden und baute spätestens ab 1948 auf die amerikanische Sicherheitspräsenz in Europa, auf der anderen Seite befürchtete sie eine Beeinflussung der wirtschaftlichen Strukturen, für die ein eigenes Konzept entwickelt worden war. Unter dem Druck der weltpolitischen Situation – der mit sowjetischer Unterstützung herbeigeführte Umsturz in der Tschechoslowakei im Februar 1948 bildete hier einen Wendepunkt – schwenkte die Partei auf einen durchgängig pro-amerikanischen Kurs um. Es hatte sich der politische Wille durchgesetzt, in der beginnenden Ost-West-Auseinandersetzung eindeutig Partei zu ergreifen. Bis zum November 1947 war die PvdA trotz aller Vorbehalte in Richtung Moskau bereit gewesen, den Kontakt zwischen Ost und West so lang wie möglich offen zu halten. Diese Haltung deckte sich mit der Ausrichtung des niederländischen Außenministeriums, das bis zum Herbst 1947 die Vorstellungen der sozialdemokratischen Regierungspartei von einer Brückenfunktion Europas stützte und ein kollektives Sicherheitssystem unter dem Dach der Vereinten Nationen vor Augen hatte.¹²⁸ Hierbei handelte es sich freilich um Konzeptionen, die im Übergang zwischen 1947 und 1948 unter dem Einfluss des Ost-West-Konfliktes der Vergangenheit angehörten und einer deutlich atlantischen Präferenz Platz machten.

Mit ihrer sicherheitspolitischen Orientierung verortete sich die PvdA positiv gegenüber den eigenen niederländischen Streitmächten, die ab 1949 Teil der NATO wurden. Auf diese Weise bestätigte die Partei das Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1937, in dem sie ihre antimilitaristische Tradition bereits über Bord geworfen hatte.¹²⁹ Dagegen wies Kurt Schumacher eine deutsche Wiederbewaffnung frühzeitig energisch zurück, auch wenn er sie nicht für alle Zeiten ausschließen wollte. Zum Schutz gegen die Sowjetunion warb er für eine „konsequente demokratische und soziale Politik in Westdeutschland“ und den „Ausbau einer demokratisch zuverlässigen Polizei“. Für eine fernere Zukunft machte er Ende 1948 die Aufstellung militärischer Einheiten von einem

¹²⁸ Vgl. WIELENGA, *De Partij van de Arbeid en het Marshallplan*, a.a.O., S. 114 u. 150.

¹²⁹ Vgl. TROMP, B., *Socialisme en Defensie. De PvdA en de problemen met oorlog en vrede*, in: BEUGEL, E.H. VAN DER (Hrsg.), *Te beginnen bij Nederland. Opstellen over oorlog en vrede*, Amsterdam 1983, S. 252-285, S. 264f.

System „internationaler kollektiver Sicherheit“ abhängig.¹³⁰ Im Zuge der zunehmenden Spannungen zwischen Moskau und Washington ahnte der SPD-Vorsitzende, dass die Entstehung eines westdeutschen Staates nicht mehr aufzuhalten war. Die Gründung der Bizone hatte dies zwar bereits angedeutet; sie wurde aufgrund ihrer möglichen wirtschaftlichen Anziehungskraft von der Sozialdemokratie aber unterstützt. Auch dem Marshallplan, eine „großmütige amerikanische Hilfe“ (Schumacher), stand man weitgehend positiv gegenüber, entsprach sie doch der Zielsetzung des Vorsitzenden in der von ihm konzipierten Magnettheorie. Die katastrophale Ernährungsversorgung veranlasste Schumacher zwangsläufig, kritische Stimmen gegenüber den Vereinigten Staaten vom „Dollar-Imperialismus“ und „Okkupationsdollar“ zurückzuweisen.¹³¹ Auch auf der Ebene der europäischen Sozialdemokraten lobte die SPD das Programm. Den Aufzeichnungen der PvdA von einer Konferenz im März 1948 zufolge sagte Ollenhauer, dass die deutschen Sozialdemokraten den Plan als einen konkreten und konstruktiven Beitrag zum ökonomischen Wiederaufbau begrüßt hätten. Zum ersten Mal sei dem Kommunismus eine eigenständige Idee entgegengesetzt geworden. Der zweite SPD-Vorsitzende wies daraufhin, dass die wirtschaftliche Kraft Deutschlands eine besondere Bedeutung für die Wiederherstellung der europäischen Wirtschaft habe.¹³² Die deutsche Sozialdemokratie deutete hiermit an, dass Deutschland im Rahmen der europäischen Integration eine wichtige Rolle würde spielen müssen und war selbst zur Übernahme von Verantwortung bereit.

Die Bildung eines westdeutschen Staatswesens lehnte sie allerdings ab, als diese tatsächlich in Sichtweite rückte. „Der Weststaat ist weder vom deutschen Volk der westlichen Zone, noch von den Westmächten geplant gewesen“, sagte der Parteivorsitzende Kurt Schumacher im Dezember 1947 im Kommunalwahlkampf in Stuttgart. „Der Weststaat rührt von der realen, seit 30 Monaten vorgenommenen Vorbereitung des Oststaates her. Wir wollen den Weststaat nicht.“¹³³ Schumacher, der von Beginn an für die Einheit der Nation als sein wichtigstes Ziel gekämpft hatte, war davon ausgegangen, dass sich dieser Wunsch nach einer absehbaren Übergangszeit erfüllen würde. Dabei waren die Anerkennung der Bizone und die Thesen von der Magnettheorie bereits Hinweise darauf, dass der Vorsitzende nicht von einer sofortigen

¹³⁰ Zit. n. ALBRECHT, *Kurt Schumacher*, a.a.O., S. 168.

¹³¹ Zit. aus dem Grundsatzreferat Schumachers auf dem SPD-Parteitag v. 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg („Deutschland und Europa“), in: Ebd., S. 486-517, S. 488 u. 489.

¹³² IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1105, Vertraulicher Bericht zur Sitzung der sozialistischen Parteien Europas am 21./22. März 1948 in Sanderstead (England).

¹³³ Zit. aus der Wahlkampfrede Schumachers am 6. Dezember 1947 in Stuttgart, in: ALBRECHT, *Kurt Schumacher*, a.a.O., S. 575-577, S. 577.

Lösung der deutschen Frage ausging. Wider Willen musste er die SPD auf die Bildung eines westdeutschen Kernstaates vorbereiten, bei dessen Konstituierung sich die deutsche Sozialdemokratie nicht verweigern wollte. Schumacher wurde jedoch nicht müde, auf den provisorischen Charakter dieses entstehenden triozonalen Gefüges – im April 1949 kam es zum Zusammenschluss der Bizone mit dem von den Franzosen verwalteten Einzugsbereich – hinzuweisen. Den Westmächten ihrerseits ging es bei der westlichen Separatstaatsgründung zuvorderst darum, ein Faustpfand in die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion in der Hand zu halten und den westlichen Teil Deutschlands vor dem kommunistischen Einflussbereich zu bewahren. Auch die ureigensten niederländischen Sicherheitsinteressen waren berührt, weil Den Haag unter allen Umständen vermeiden wollte, dass die Trennlinie des Kalten Krieges entlang ihrer Grenze mit dem östlichen Nachbarn verlief.

In Erkenntnis der außenpolitischen Gesamtsituation fand sich Schumacher damit ab, dass eine Teilung Deutschlands bevorstand, obwohl er sie nie akzeptierte.¹³⁴ In einem Referat für den Düsseldorfer Parteikonvent im Sommer 1948 formulierte er: „Die inneren deutschen Kräfte sind nicht stark genug, die Anerkennung der Welt für eine entgegengesetzte Politik zu erreichen. Wenn als Antwort darauf eine politische und administrative Reorganisation Westdeutschlands erfolgen soll, dann sind die Träger dieser Haltung die Westmächte, die die Entwicklung bis zu diesem Punkt haben gedeihen lassen.“¹³⁵ Dass er den westlichen Alliierten eine Mitschuld an der Entwicklung gab, ließ Schumacher auch in den Folgejahren immer wieder durchblicken. Kein anderer deutscher Politiker ging mit den Besatzungsmächten so hart ins Gericht, wie es der SPD-Politiker tat. Seine Kompromisslosigkeit und sein hemmungsloser Durchsetzungswille wirkten in diesem gegenseitigen Verhältnis allerdings eher hinderlich, als dass sie Schumachers Absichten gefördert hätten. Sie stärkten vielmehr seine politische Konkurrenz und hier vor allem Konrad Adenauer.

Auch die PvdA hatte nicht selten ihre Probleme mit dem zuweilen nationalistischen Sozialdemokraten Schumacher, der in ihren Augen den von einem Genossen zu erwartenden Internationalismus vermissen ließ. „Was Schumacher uns vorhält, ist das Schreckgespenst des neuen deutschen Nationalismus – was übrigens nichts anderes ist

¹³⁴ Vgl. KLESSMANN, C., *Wiedervereinigung und deutsche Nation. Der Kern der Politik Kurt Schumachers*, in: DOWE, D. (Hrsg.), *Schumacher und der „Neubau“ der deutschen Sozialdemokratie nach 1945*, Bonn 1996 (= *Reihe Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung*, H. 13), S. 113-130, S. 119; vgl. auch GROH/BRANDT, *Vaterlandslose Gesellen*, a.a.O., S. 244f.

¹³⁵ Zit. aus dem Referat Schumachers für den SPD-Parteitag v. 11. bis 14. September 1948 in Düsseldorf („Die Sozialdemokratie im Kampf für Freiheit und Sozialismus“), in: ALBRECHT, *Kurt Schumacher*, a.a.O., S. 588-619, S. 613.

als die alte deutsche Überheblichkeit, die stets in allerlei Form zum Vorschein kommt“, schrieb Levinus van Looi am 25. April 1947 im Parteiblatt *Paraat*.¹³⁶ Der frühere Deutschlandkorrespondent der sozialdemokratischen Tageszeitung *Het Volk* antwortete auf einen Beitrag Schumachers, den dieser eine Woche zuvor an gleicher Stelle publiziert hatte. Ganz offensichtlich nahm man dem SPD-Vorsitzenden nicht ab, wenn er schrieb: „Jede Nation muss sich von der Idee lösen können, die auserwählte zu sein. Wir haben in unserem Lande die Aufgabe, dem deutschen Volk klarzumachen, dass es in einem kommenden friedlichen Europa eine nützliche Funktion und keinerlei Mission hat.“¹³⁷ Auch wenn sich Van Looi mit dem Inhalt dieses einen Satzes einverstanden erklärte, wurde deutlich, dass er Schumacher nicht als Vertreter ansah, dem wirklich an einem vereinten Europa unter deutscher Beteiligung gelegen war. „Es ist dieser verfluchte Mangel an Bescheidenheit der Deutschen, der es so schwierig macht, um ihnen den kleinen Finger zu reichen, weil man immer damit rechnen muss, dass sie die ganze Hand nehmen“, kritisierte Van Looi, der an anderer Stelle seines Textes über die Kooperation mit der SPD notierte: „Mit einer deutschen Partei, die sich in der internationale Diskussion nur deutsch fühlt, ist schwerlich zusammenzuarbeiten.“¹³⁸ Auch wenn die PvdA ein neues Engagement mit der SPD längst eingegangen war, das sich unter dem Eindruck der außenpolitischen Großwetterlage verstärkte, und sich für dessen Belange einsetzte, zeigte dieser Standpunkt, welche Vorbehalte schon zu diesem Zeitpunkt gegenüber dem tonangebenden SPD-Vorsitzenden bestanden. Sicherlich vertrat Van Looi mit seiner Stellungnahme keine durchgängige Parteimeinung. Mit der reflexartigen Deutschlandkritik, die sich in der Person Schumachers kulminierte, gab er aber ein zeitgemäßes Stimmungsbild wieder. Für die Parteizeitung *Paraat*, in der der Artikel platziert worden war, trug bis 1948 kein geringerer als Alfred Mozer die Verantwortung. Gerade er war darum bemüht, sein Medium zu nutzen, um die niederländischen Sozialdemokraten stärker für die Probleme der Deutschen und der Schwesterpartei zu sensibilisieren. Ein Parteivorsitzender Kurt Schumacher machte ihm dies aber nicht selten schwer. Auch Koos Vorrink kritisierte auf dem Düsseldorfer SPD-Parteitag 1948, dass es ungeheuer viele Menschen gäbe, die internationale Gefühle

¹³⁶ LOOI, L.J. VAN, *Ja Schumacher, maar ...*, in: *Paraat* v. 25. April 1947.

¹³⁷ SCHUMACHER, K., *Was will die deutsche Sozialdemokratie? Ein in Holland erscheinender Artikel von Dr. Kurt Schumacher*, in: *Sopade Informationsdienst* v. 1. April 1947. In den Niederlanden wurde der Artikel knapp drei Wochen später veröffentlicht: SCHUMACHER, K., *Wat will de Duitse sociaaldemocratie?*, in: *Paraat* v. 18. April 1947.

¹³⁸ LOOI, L.J. VAN, *Ja Schumacher, maar ...*, in: *Paraat* v. 25. April 1947.

hätten, aber an die nationalen Gefühle dächten.¹³⁹ Seine Worte richteten sich zwar nicht direkt an die SPD und den erkrankten Schumacher, aber auffällig war, dass er diese Passage überhaupt erwähnte. Auf der anderen Seite zeigten sich Tendenzen, die durchaus von einer weiteren Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen zeugten. Als sich Vorrink im Sommer 1949 bei Heinz Putzrath, SPD-Mitarbeiter der Abteilung internationale Beziehungen, für die Zusendung von Erinnerungsfotos des Düsseldorfer Kongresses bedankte, schrieb er, dass er von dem vergangenen Parteitag mit den besten Eindrücken für die Zukunft der SPD nach Hause gefahren sei. „Mögen wir uns unserer gemeinsamen europäischen Aufgaben immer klarer und stärker bewusst sein!“¹⁴⁰ Auch Erich Ollenhauer erkannte nach der Visite eines PvdA-Kongresses 1949, „dass wir uns allmählich wieder näherkommen“.¹⁴¹ Ein Prozess, der in den fünfziger Jahren keine Fortsetzung nahm, wie sich zeigen sollte, sondern wegen unüberbrückbarer Unterschiede in der Außenpolitik zum Erlahmen kam.

3.4 *Schlussbetrachtung*

Erstaunlich schnell ging die PvdA nach dem Zweiten Weltkrieg auf ihre deutschen Parteifreunde zu. In der niederländischen Sozialdemokratie war man nach einer kurzen Übergangsphase bereit, Pionierarbeit bei der Reorganisation der SPD und dem demokratischen Wiederaufbau Deutschlands zu leisten. Dass in den gegenseitigen Beziehungen bereits binnen weniger Jahre ein Stück politischer Normalität erkennbar wurde, hing eng mit der niederländischen Erkenntnis zusammen, das Verhältnis nicht mehr vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs zu betrachten, sondern aus der Zielperspektive der deutschen Genesung und der europäischen Sicherheitslage. Es bildete sich eine pragmatisch und solidarisch orientierte Interessengemeinschaft heraus, die die PvdA mit ihrer offenen Unterstützung für die SPD im Kreis der internationalen Sozialdemokratie erheblich förderte. Der demonstrierte Schulterschluss kam allerdings nicht aus besonderer Zuneigung mit der SPD zustande – obwohl der PvdA die traditionellen Kontakte mit deutschen Parteifreunden aus den zwanziger und dreißiger Jahren in diesem Annäherungsprozess erheblich halfen –, sondern vor allem mit Blick auf die sich zuspitzende internationale Lage. Mehr und mehr setzte sich unter den

¹³⁹ Grußwort der PvdA auf dem SPD-Parteitag vom 11. bis 14. September 1948 in Düsseldorf, in: *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. September 1948 in Düsseldorf*, S. 18-20, S. 20.

¹⁴⁰ AdSD, *Archiv Erich Ollenhauer*, Nr. 316, Brief Koos Vorrinks an Heinz Putzrath v. 10. Juli 1949.

¹⁴¹ AdSD, *Archiv Erich Ollenhauer*, Nr. 316, Brief Erich Ollenhauers an Koos Vorrink v. 30. April 1949.

Vorzeichen des Kalten Krieges der Wille durch, dass der deutsche Nachbar in der Abwehr gegenüber der gefürchteten Sowjetunion eine partnerschaftliche Rolle übernehmen musste. Mit der SPD – als politischer Organisation der gleichen Parteienfamilie entstammend – glaubten die niederländischen Sozialdemokraten, eine strategische Partnerin gefunden zu haben. Die deutschen Parteifreunde waren zudem vom Vorwurf befreit, in Kontakt mit dem Nationalsozialismus gestanden zu haben, was der PvdA die Kooperation auch aus Gründen des innenpolitischen Klimas erleichterte. Neben den Gemeinsamkeiten in der programmatischen Grundausrichtung zweier Schwesterparteien zeigte sich jedoch, dass beide Organisationen nach dem Krieg inhaltlich und strategisch anders aufgestellt wurden. Die PvdA konterkarierte das Bild der Klassenpartei SPD, die statt großer Veränderungen an den Geist der Traditionskompanie aus Weimarer Zeiten anknüpfte. Auch wenn der Marxismus als theoretische Basis kein Glaubenssatz mehr war, blieb er zunächst ein methodischer Bestandteil für die soziale und wirtschaftliche Gesamtanalyse. In den Niederlanden signalisierte die Sozialdemokratie dagegen Erneuerungsbereitschaft und war infolge der Fusion mit zwei anderen Parteien bereit, langjährig gewachsene Strukturen der politischen Versäulungskultur aufzubrechen. Auch wenn es der PvdA nicht gelang, sich als eine die drei Säulen umfassende Volkspartei durchzusetzen, hatte sie mit dem definitiven Abschied vom Marxismus und dem Plädoyer für eine Kooperation mit konfessionellen Kreisen eine Neujustierung vorgenommen, die der SPD noch bevorstand. Der am Ende der dreißiger Jahre begonnene Veränderungsprozess der PvdA setzte sich nach 1945 in hoher Geschwindigkeit fort, weil die Partei ab 1946 wiederum an der Regierung beteiligt war und zwischen 1948 und 1958 zum ersten Mal überhaupt den niederländischen Ministerpräsidenten stellte. Die deutsche Sozialdemokratie büßte dagegen jenen Zeitraum für eine programmatische Neuaufstellung ein, der ihr nach dem Verbot und der Unterdrückung durch die Nationalsozialisten im Juni 1933 fehlte. Nach dem Krieg war die deutsche Sozialdemokratie zunächst nicht in der Lage und auch nicht wirklich Willens, den Verlust an Zeitspanne aufzuholen, die der PvdA vor dem Beginn der Besatzungszeit für ihre inhaltlichen Umbauarbeiten zur Verfügung stand. Die niederländische Partei störte sich an der als starr empfundenen Haltung der SPD und versuchte gemäß des eigenen Selbstverständnisses als inhaltliche Vorreiterin die Schwesterorganisation mit Appellen zu Veränderungen aufzufordern, ohne allerdings die gewünschte Einmütigkeit in herausragenden programmatischen Fragen herzustellen. Eine der wenigen wichtigen politischen Parallelen, die die beiden Organisationen eng

miteinander verband, bildete der Kampf gegen den Sowjetkommunismus. Auch wenn sich die Beziehungen zum deutschen Vorsitzenden Kurt Schumacher selten reibungslos gestalteten, wusste die PvdA in ihm einen verlässlichen Mitstreiter gegen den Kommunismus an ihrer Seite. Zu einem vertrauensvollen Ansprechpartner wurde er wegen seines autoritären und kompromisslosen Erscheinungsbildes allerdings nie.

Trotz aller Tendenzen, die die Entwicklung zu ‚normalen‘ Parteibeziehungen der beiden Schwesterparteien andeuteten, glich das bilaterale Verhältnis einer Gemengelage, die zwischen stellenweise vorhandenem Misstrauen und wachsendem Vertrauen von sehr unterschiedlicher Konsistenz war. Die Kontakte waren gekennzeichnet von der Ambivalenz, mit der die PvdA ihrer deutschen Schwesterorganisation entgegentrat. Einerseits wollte man an die traditionell guten Beziehungen zur SPD anknüpfen und legte viel Wert auf eine gegenseitige internationale Solidarität; auf der anderen Seite störte sich die von einer europäischen Integration überzeugte PvdA an der Tatsache, dass die SPD die Schaffung eines friedlichen und vereinten Europas nicht auf den ersten Platz ihrer politischen Agenda setzte. Der erbitterte Kampf Schumachers um die deutsche Wiedervereinigung hinterließ bei den niederländischen Genossen einen faden Nachgeschmack des Nationalismus, der nur schwer oder überhaupt nicht nachvollziehbar war. Dass sich die SPD so vehement für die Einheit der Nation einsetzte, um die Deutschen vor einem erneut falschen Nationalismus zu bewahren und nicht wieder in die alte Ecke der vaterlandslosen Gesellen gestellt zu werden, blieb auf niederländischer Seite unerkant. Stattdessen wirkte Kurt Schumacher als Störfaktor eines Parteiverhältnisses, das von Erich Ollenhauer und Koos Vorrink getragen und von Alfred Mozer eng begleitet wurde.

Auffällig blieb, dass sich auf niederländischer Seite zwar nur wenige Persönlichkeiten mit den Kontakten zur SPD beschäftigten, dieser Aufgabenkomplex aber nicht auf besoldete Mitarbeiter abgeschoben wurde. Stattdessen nahmen sich mit Vorrink, Mozer und auch Drees die wichtigsten Vertreter der Partei der Angelegenheit persönlich an und unterstrichen damit ihr Vorhaben, das Verhältnis zur SPD wieder auf ein tragbares Fundament zu stellen. Außenpolitisch entstand durch die Ablehnung des Sowjetkommunismus eine wichtige und gemeinsame Schnittmenge – hier wurde der Marshallplan von beiden Seiten als willkommenes Instrument angesehen. Zudem brachte die PvdA – auch aus dem eigenen Sicherheitsbedürfnis heraus – viel Verständnis für die sich abzeichnende deutsche Teilung auf. Zur Berlin-Blockade sagte Vorrink beim SPD-Parteitag im September 1948 in Düsseldorf, dass er seine

Bewunderung zum Ausdruck bringe über das, was die Genossen in Berlin leisten würden. „Wir sind uns dessen bewusst, dass sie auf einem Vorposten stehen und sie dort für uns alle in Westeuropa ein Banner hochhalten, dass sie Gefahren auf sich nehmen, was in dieser Stunde eine Notwendigkeit ist, soll nicht von neuem ganz Europa von Diktatur und Gewalt bedroht werden.“¹⁴²

In der Europapolitik gingen die Wege allerdings auseinander. Zwar gab es mit der „Dritten Weg“-Theorie sehr ähnliche Vorstellungen in Fragen der sozialpolitischen Ausgestaltung. In seinen außenpolitischen Konzeptionen vertrat Kurt Schumacher auch einen Europagedanken, der einem vereinigten Deutschland seine partnerschaftliche Rolle auf dem Kontinent zuwies. Diese Vorstellungen wirkten aber nicht vordergründig genug, als dass sie die niederländische Schwester in ihrem Gehalt tatsächlich überzeugt hätten. Das gradlinige Eintreten für die deutsche Einheit und Schumachers Angriffe auf die Alliierten überdeckten alles andere. Beide Parteien reagierten 1948 unterschiedlich auf die weltpolitischen Ereignisse und den Kalten Krieg. Während die SPD noch in den Denkstrukturen der Weimarer Republik verhaftet war und sich von ihrem Primat der Einheit der Nation nicht abbringen ließ, stellte sich die PvdA mit ihrer Unterstützung für die atlantische Zusammenarbeit und für ein integriertes Europa neu auf die Situation ein. Der außenpolitische Weg der niederländischen Sozialdemokratie war durch die Lage und die Bedürfnisse des Landes vorgezeichnet. Daher sah sie auch kein Problem, im Sinne ihres Anliegens mit Schumachers ärgstem Konkurrenten, Konrad Adenauer, zusammenzutreffen. Es sollte sich zeigen, dass die PvdA in den kommenden Jahren den Ansichten des neuen Bundeskanzlers oft näher sein sollte als deren ihrer Schwesterpartei.

¹⁴² Grußwort der PvdA auf dem SPD-Parteitag vom 11. bis 14. September 1948 in Düsseldorf, in: *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. September 1948 in Düsseldorf*, S. 18-20, S. 18.

**4. TEIL II:
*Ost-West-Konflikt und deutsche Frage: PvdA und SPD in den fünfziger Jahren (1949-1961)***

4.1 *Einleitung*

Zwei ungleiche Schwestern: die Parteien des Ministerpräsidenten Willem Drees und des Oppositionsführers Kurt Schumacher

Der erste deutsche Bundestagswahlkampf glich einem Zweikampf der beiden großen Parteien und vor allem ihrer Führungspersonen, Konrad Adenauer und Kurt Schumacher. Das Duell zwischen dem ehemaligen Kölner Oberbürgermeister, der mit seinen 73 Jahren über reichlich politische Erfahrung verfügte, und dem Arbeiterführer und Volkstribun, der seine Kraft aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus schöpfte, bestimmte die Frage, wer erster Bundeskanzler der Bundesrepublik werden sollte. Zugleich ging es um den Streit der besseren Konzepte für den wirtschaftlichen Wiederaufbau: Der eine trat unter besonderer Mithilfe des Ökonomen und späteren Wirtschaftsministers Ludwig Erhard für die soziale Marktwirtschaft ein, der andere kämpfte für die in seinen Augen sozial ausgewogene Planwirtschaft. Das Kräftemessen um die besseren Argumente und um die Vorherrschaft in der jungen Bundesrepublik entwickelte sich zu einem lebhaften Schlagabtausch um das Votum der Wähler. „Er wird mit ziemlicher Schärfe geführt“, bemerkte Erich Ollenhauer im August 1949 über den laufenden Wahlkampf in einem Brief an Koos Vorrink. Wenige Tage vor dem Plebiszit zeigte sich der zweite SPD-Vorsitzende aber optimistisch über die Aussichten seiner Partei: „Es ist schwer, die Resultate vorauszusagen, aber ich glaube, dass wir gut abschneiden.“¹

Am 14. August, dem Wahltag, zeigte sich, dass die Anstrengungen der beiden Führungskräfte zu einem wahren Kopf-an-Kopf-Rennen geworden waren. Mit ihren 31 Prozent lag die CDU gemeinsam mit der bayrischen Schwesterpartei CSU nur knapp vor der SPD, die auf 29,2 Prozent der Stimmen kam.² Ollenhauers Hoffnungen auf ein wirklich gutes Resultat trugen folglich nicht, denn auch das zweitbeste Wahlergebnis war eine große Enttäuschung für eine Partei, die schon aus moralischen Gründen davon ausgegangen war, von der Mehrheit der Westdeutschen an die Spitze des neuen Staates gewählt zu werden. Da half es wenig, wenn Alfred Mozer in einem Brief an Carlo Schmid wohlwollend feststellte, dass das Ergebnis sicherlich nicht unbefriedigend sei.³

¹ AdSD, *Archiv Erich Ollenhauer*, Nr. 316, Brief Erich Ollenhauers an Koos Vorrink v. 4. August 1949.

² Vgl. POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte der SPD*, a.a.O., S. 199.

³ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 558, Brief Alfred Mozers an Carlo Schmid v. 17. August 1949.

Die Auswahl seiner Worte gehörte auch mehr zu den üblichen Höflichkeitsfloskeln, denn in einem internen Bericht kritisierte der internationale Parteisekretär der PvdA die Wahlkampfstrategie Kurt Schumachers. Mit völligem Unverständnis kommentierte Mozer die abwertende Haltung des SPD-Vorsitzenden gegenüber dem katholischen Milieu und den Ausspruch von der „fünften Besatzungsmacht“. Hierzu bemerkte er: „Es gibt SPD-Mitglieder, die behaupten, dass der Partei diese Äußerung Schumachers eine Million Stimmen gekostet hat.“⁴ Ob die Einschätzung eine annähernd richtige war, mag dahingestellt sein; auffällig war erneut, dass sich die PvdA an der taktischen Ausrichtung ihrer Schwesterpartei störte und ihr vorhielt, sich neuen Klientelgruppen zu wenig oder überhaupt nicht geöffnet zu haben. Die PvdA fühlte sich nun bestätigt, dass ihr ständiges Nachfragen, warum sich die deutsche Schwesterpartei inhaltlich nicht komplett neu aufgestellt habe, berechtigt war.

Als besonderes Hindernis betrachtete man in der PvdA zudem das äußerst schwierige Verhältnis zwischen den beiden Konkurrenten Adenauer und Schumacher. Der CDU-Vorsitzende und neue Bundeskanzler, dessen eigene Stimme bei seiner Wahl durch den Bundestag den Ausschlag gab, bildete gemeinsam mit der künftigen ‚dritten Kraft‘ des deutschen Parteiensystems, der liberalen FDP, und der kleineren Deutschen Partei (DP) ein bürgerliches Bündnis – die SPD ging in die Opposition. Die PvdA-Führungsriege hätte es im niederländischen Sinne des konsensorientierten politischen Handelns vorgezogen, wenn sich auch in Bonn – analog zum eigenen Regierungsbündnis mit den Katholiken in Den Haag – eine Große Koalition gefunden hätte. Schließlich wurde die rot-römische Koalition, wie die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten übertitelt wurde, als niederländisches Eingangstor und zugleich als bestmögliche Voraussetzung für eine schnelle wirtschaftliche Regeneration und eine feste außenpolitische Verankerung im Westen verstanden. Der Pakt zwischen beiden Lagern galt daher trotz vorhandener Diskrepanzen als vorzeigbar und zukunftsweisend in einem Europa, das mehrheitlich von konservativen Parteien regiert wurde. In einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter Karl Du Mont bedauerte Drees im Juli 1951, dass ein Zusammengehen von CDU und SPD bisher nicht möglich gewesen sei. Er vertrete die Ansicht, dass sich jede Regierung auf möglichst viele Parteien stützen müsse, um auf breiter Basis einen größtmöglichen Aktionsradius zu besitzen.⁵ Die

⁴ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 614, Bericht Alfred Mozers zur Sitzung der außenpolitischen Kommission der PvdA v. 21. April 1950.

⁵ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA), Abt. II, *Bestand B 10 (Politische Abteilung)*, Nr. 257, Gespräch mit Ministerpräsident Willem Drees am 14. Juli 1951.

Gegnerschaft zwischen CDU und SPD begriff die PvdA daher zunächst als Barriere auf dem Weg des Wiederaufbaus der Bundesrepublik und bei den Fortschritten einer zu intensivierenden europäischen Zusammenarbeit. Mozer beanstandete Anfang 1950 in einem Papier zur Lage in Deutschland, dass sich Schumacher jahrelang geweigert habe, mit Adenauer zusammenzutreffen. Als Vorrink und er sich bei Carlo Schmid nach den Gründen erkundigt hätten, habe die Antwort gelautet: „Beide haben Angst, dass sich bei einem Treffen herausstellen könnte, dass der andere nicht der große Schurke ist, den er für seine Propaganda nötig hat.“⁶ Da er, Mozer, diese kleine Anekdote in Gesprächen weitergegeben habe, wie der internationale Parteisekretär in seinen Aufzeichnungen schrieb, habe er Post von Schumachers Assistenten erhalten, der ihn diesbezüglich um eine Stellungnahme bat. Mozer hatte für die Nachfrage der SPD allerdings nur Ironie übrig – in deutscher Sprache hielt er in seinem Papier fest: „Ordnung muss sein. Und Disziplin.“⁶ Diese Bemerkung war zweifellos ein Seitenhieb auf den autoritären Stil, mit dem Schumacher seine Partei führte und der in den Niederlanden an ein steifes Hierarchiedenken erinnerte, das man in dieser Form ablehnte.

Es war aber nicht nur die straffe Art und Weise der Führung, die der PvdA zu denken gab. Das Verhältnis zur SPD befand sich in einem rundum unbefriedigenden Zustand. Obwohl sich die direkten bilateralen Beziehungen in ihren Grundfesten bis 1949 revitalisiert hatten, störte man sich in der Amsterdamer Parteizentrale am Gesamtzustand der SPD. Die von der PvdA angemahnte und auch nach den Bundestagswahlen ausbleibende programmatische Fortentwicklung der Schwesterorganisation ließ die Niederländer sorgenvoll in die Bundesrepublik blicken. Dass sich die SPD als Wahlverliererin in einen politischen „Schmollwinkel“⁷ zurückzog und auf verschiedenen Feldern einen Konfrontationskurs gegen die neue Bundesregierung fuhr, machte sie für die PvdA nicht attraktiver. Vollends ins Wanken gerieten die gegenseitigen Kontakte im Laufe der fünfziger Jahre jedoch durch die völlig unterschiedlichen Blickwinkel auf die Außenpolitik. Was sich bereits vor Gründung der Bundesrepublik abzeichnete, wurde nach und nach offenbar: Im Fall von PvdA und SPD prallten zwei Konzeptionen aufeinander, die nicht miteinander in Einklang zu bringen waren. Während die Partei Kurt Schumachers ihr gesamtes außenpolitisches Wirken auf die Forderung nach einer Wiedervereinigung ausrichtete, erhielt für die niederländische Schwesterorganisation ein integriertes und

⁶ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 614, Bericht Alfred Mozers zur Sitzung der außenpolitischen Kommission der PvdA v. 21. April 1950.

⁷ WALTER, *Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, a.a.O., S. 126.

supranationales Europa, das freilich an die Sicherheitsallianz mit den Vereinigten Staaten gekoppelt war, den Vorrang. Die PvdA bemühte sich redlich, die SPD auf ihren Kurs herüberzuziehen und erweckte zwangsläufig den Eindruck eines gewissen Missionseifers. Dieser kam aus der besonderen Überzeugung zustande, dass nur eine solide und gemeinsame Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten dauerhaft Sicherheit und Stabilität würde etablieren können. Zu den außenpolitischen Motiven kamen selbstverständlich auch wirtschaftliche, da die Niederlande an einem freien Handel interessiert sein mussten. Das galt insbesondere für die Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik und insbesondere für das Ruhrgebiet, mit dem die Niederlande schon vor dem Krieg und über die Grenzen hinweg einen gemeinsamen Wirtschaftsraum gebildet hatten. Nach der jahrzehntelangen Vorbildfunktion, die die SPD mit ihrer programmatischen und organisatorischen Schlagkraft für die niederländische Partei darstellte, schien es, als wolle nun die PvdA eine Vorreiterrolle übernehmen, an der sich die deutsche Schwester orientieren sollte. Die nächsten Unterkapitel werden sich mit den angedeuteten Spannungen auseinandersetzen, die sich zwischen den zwei Parteien in den einzelnen Phasen der europäischen Integration und der atlantischen Zusammenarbeit ergaben. Die folgenden Seiten beleuchten dagegen zunächst ihre unterschiedlichen Entwicklungslinien als Parteien in den fünfziger Jahren. PvdA und SPD lassen sich in diesem Zeitraum nicht nur wegen ihrer unterschiedlichen außenpolitischen Ziele als zwei ungleiche Schwestern kennzeichnen, sondern auch aufgrund ihrer konträren Ausgangsbasis, die sich aus dem Gegensatz als Oppositions- und Regierungspartei ergab.

Das Sendungsbewusstsein und der Wille, der jungen deutschen Demokratie samt sozialdemokratischer Schwesterpartei auf die Sprünge zu helfen, unterstrichen, dass die PvdA von ihrem Kurs der parteipolitischen Neuorientierung und ihrer besonderen Rolle als Regierungsorganisation überzeugt war und ihn nahezu für modellhaft hielt. Auch wenn sie sich mit ihren Vorstellungen zur Planwirtschaft beim Koalitionspartner KVP und auch beim eigenen Premier nicht durchsetzte, erkannte man sie in der Bevölkerung als Wegbereiterin eines versorgenden Sozialstaats an. Bei den Wahlen 1952 und 1956 übertrumpfte sie den christdemokratischen Koalitionssrivalen knapp und wurde gleich zweimal hintereinander stärkste Kraft des niederländischen Parlaments.⁸ Parallel dazu stiegen auch die Mitgliederzahlen der Partei an, die von 114 000 Anhängern im Jahre

⁸ Bei den Wahlen 1952 erreichte die PvdA 29,0 Prozent (KVP: 28,7); vier Jahre später erzielte sie ein Ergebnis von 32,7 Prozent (KVP: 31,7). Vgl. LEPSZY, *Das politische System der Niederlande*, a.a.O., S. 366.

1946 auf 140 000 zu Beginn der sechziger Jahre kletterten. Dies war ein Zulauf in nie gekannter Höhe und zugleich Höchstgrenze für die niederländische Sozialdemokratie.⁹ Herausragenden Anteil an dieser erfolgreichen Ära, die aus der PvdA eine natürliche Regierungspartei formte, besaß neben den sozialpolitischen Maßnahmen vor allem der populäre Regierungschef selbst. „Väterchen Drees“ („Vadertje Drees“), wie ihn die sympathisierenden Menschen nannten, wurde zum Inbegriff der niederländischen Aufbauleistung mit seinen wirtschaftlichen Wachstumsraten und einer funktionierenden Sozialgesetzgebung. Dabei war diese Bezeichnung kein Ausdruck von persönlicher Intimität, die sich mit dem Ministerpräsidenten verband, sondern beschrieb seine Rolle als strenge und distanzierte, aber gerechte Vaterfigur.¹⁰ „Drees, Ihr Vertrauen wert“¹¹, war somit nicht umsonst ein bekanntes Parteiplakat, mit dem die PvdA in den fünfziger Jahren erfolgreich für sich und ihren Vordermann warb. Der „rote Adenauer“¹² vertrat mit seinen Eigenschaften den Idealtypus eines verantwortlichen Nachkriegspolitikers: Pragmatismus, Nüchternheit, Sparsamkeit prägten seinen Politikstil ebenso wie den Blick für das Wesentliche. Auch wenn er als oberster Repräsentant der niederländischen Regierung einen gewissen Abstand zur Partei hielt, fühlte sich Drees mit ihr eng verbunden und war in diesen Jahren gleichsam das personifizierte Symbol der niederländischen Sozialdemokratie.¹³

Wie praktisch orientiert seine Politik angelegt war, zeigte sich am Umgang mit dem deutschen Nachbarn. Als Ministerpräsident blieb für Willem Drees der Aufbau geordneter Kontakte mit dem westdeutschen Nachbarn ein wichtiges Anliegen, das insbesondere dem wirtschaftlichen Austausch mit dem ‚Hinterland‘ Bundesrepublik geschuldet war. „Die Berührung zwischen Deutschland und Holland war in früheren Zeiten immer eng. Der Krieg hat allerdings dazu geführt, das eine Zeit lang die Verbindungen abgeschnitten waren, aber schon allein die geographische Lage der beiden Länder ist ausschlaggebend für die Notwendigkeit, wieder zu einem regelmäßigen und lebhaften Verkehr untereinander zu kommen“, forderte Drees im

⁹ In der Folgezeit gingen die Zahlen kontinuierlich zurück, schnellten in den siebziger Jahren noch einmal herauf (120 000), um bis zum Beginn der neunziger Jahre auf 90 000 Mitglieder abzusacken. Vgl. ROOY, *De rode droom*, a.a.O., S. 59.

¹⁰ Vgl. VELDE, H. TE, *Van Thorbecke tot Den Uyl. Distantie en nabijheid in de Nederlandse politieke traditie*, in: DERS./D. PELS, *Politieke stijl. Over presentatie en optreden in de politiek*, Amsterdam 2000, S. 151-173, S. 164.

¹¹ Zit. n. ebd.

¹² SCHÜMER, D., *Triumph der Sozialdemokratie. Zum Lichte empor. Wo die alte Arbeiterpartei trotz aller Abnutzung immer noch Visionen hat*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 15. November 1995.

¹³ Vgl. BRINKMAN, M., *Drees en de Partij van de Arbeid. De betrekkingen van Drees als minister en ministerpresident met de partijorganen van de PvdA 1946-1958*, in: DAALDER, H./N. CRAMER (Hrsg.), *Willem Drees*, Houten 1988, S. 57-94, S. 94.

Oktober 1950 in einem Grußwort für eine Sonderbeilage in der Tageszeitung *Die Welt*.¹⁴ Darum war dem Premier auch an der Vernetzung zu den ihm bekannten Sozialdemokraten gelegen. Drees suchte den Kontakt zum Hamburger Max Brauer, der für ihn als Erster Bürgermeister der größten deutschen Hafenstadt ein wichtiger Gesprächspartner war. In einem Brief schrieb ihm der niederländische Regierungschef: „Die Wiederherstellung der guten Beziehungen wird erleichtert werden, weil auf führenden Stellen Menschen stehen wie Sie [...]“, bemerkte Drees im Juli 1949. „Ich spreche gerne den Wunsch aus, dass trotz allem wieder enge Verbindungen zwischen Deutschland und den Niederlanden entstehen werden [...]“.“¹⁵

Der Wille zur Versöhnung mit dem früheren Feind, den Drees schon in der Besatzungszeit vertreten hatte, konnte jedoch nicht davon abhalten, dass sich die Niederlande um einen Ausgleich für die erlittenen Schäden bemühten. In dieser Frage hielt sich der Regierungschef allerdings bedeckt im Hintergrund, während entsprechende Verhandlungen dem Außenministerium überlassen wurden. In schwierigen Konsultationen mit den großen westlichen Alliierten erreichte der zuständige Minister Stikker, dass die Niederlande im April 1949 vorläufig um 69 Quadratkilometer nach Osten erweitert wurden, was auf deutscher Seite scharfe Proteste hervorrief. Nur elf Jahre später, im April 1960, wurde diese Annexion westdeutschen Gebietes wieder zurückgenommen. In einem Ausgleichsvertrag verpflichteten sich die Niederlande zur Rückgabe der Ländereien und erhielten von deutscher Seite rund 280 Millionen Mark an Reparationszahlungen für die im Krieg entstandenen Verluste. Diese sogenannte Generalbereinigung bildete eine Art Schlussstrich, den beide Nachbarn unter die Vergangenheit zogen. Dabei gehörten die Niederlande nach Dänemark, Belgien und Luxemburg zu den letzten der kleineren Länder, mit denen die Bundesrepublik in ein politisch weitgehend normalisiertes Verhältnis eintrat.¹⁶ Der Pragmatismus eines Willem Drees konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Niederlande eine längere Phase benötigten, um nach den rasch wiederhergestellten diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen auch auf der politisch-psychologischen Ebene in ein geregeltes Verhältnis einzutreten. Es dauerte bis zum November 1969, ehe mit Gustav Heinemann erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg ein deutsches Staatsoberhaupt das westliche Nachbarland besuchte.

¹⁴ Grußwort des niederländischen Ministerpräsidenten Willem Drees, in: *Deutschland und die Welt. Holland 1950. Sonderbeilage der Tageszeitung Die Welt* v. 14. Oktober 1950.

¹⁵ Niederländisches Nationalarchiv (NA), Abteilung II, *Archiv Willem Drees*, Nr. 293, Brief Willem Drees an den Bürgermeister der Hansestadt Hamburg, Max Brauer (SPD), v. 7. Juli 1949.

¹⁶ Vgl. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 44 u. 261ff.

Auch die PvdA stimmte 1949 den Grenzkorrekturen zu und begründete dies mit der besonderen Protesthaltung auf deutscher Seite. Vom Grundsatz her stellte sich die sozialdemokratische Parlamentsfraktion dem östlichen Nachbarland in dieser Frage aber versöhnlich gegenüber. So erklärte der Abgeordnete Geert Ruygers vor dem Hintergrund der Mehrheitsmeinung seiner Partei, dass sich die niederländische Deutschlandpolitik nun auf den Aufbau eines demokratischen und wirtschaftlich gesunden Deutschlands und die Einschaltung Deutschlands in den Wiederaufbau Europas richten müsse. Dies sei viel wichtiger als die Frage, ob die Ostgrenze zehn Kilometer weiter im Osten liegen werde oder nicht.¹⁷ Sechs der insgesamt 27 Fraktionsmitglieder lehnten die Grenzkorrekturen sogar ganz ab. Einer von ihnen, Johannes Scheeps, begründete seine Entscheidung in der Wochenzeitung *Paraat* mit dem Hinweis, dass man Deutschland in einem neuen Europa seine Chance geben müsse: „Wir, die aus den Deutschen so gern gute Demokraten machen wollen, sollten nicht einen großen erzieherischen Fehler begehen, indem wir ihnen unseren Willen einseitig aufbürden.“¹⁸ Diese Stellungnahme zeugte ähnlich der des Wortführers Ruygers von einer durchaus gemäßigten und objektiven Position gegenüber dem deutschen Nachbarn, auch wenn die übergroße Mehrheit für die Annektierung stimmte. Die Worte der zwei Politiker unterstrichen abermals den Grundtenor auf der Funktionärebene der niederländischen Partei, die auf eine Unterstützung der Bundesrepublik bei ihrer demokratischen Fortentwicklung abzielte. Auffällig war, dass das Thema Grenzkorrekturen bei der ersten Zusammenkunft beider Parteien im Oktober 1947 nicht behandelt wurde, da die PvdA dies laut SPD-Bericht nicht als ein aktuelles Problem betrachtete.¹⁹

Auf deutscher Seite dachten die Menschen bezüglich der neu gewählten politischen Führung nicht anders und wussten das Land bei ihrem Regierungschef ebenfalls in guten Händen. Mit Konrad Adenauer, der bei den zweiten Wahlen 1953 mit 45,2 Prozent (SPD: 28,8) eindrucksvoll in seinem Amt bestätigt wurde, verband die westdeutsche Bevölkerung wachsenden Wohlstand und ein Gefühl der Sicherheit. Im Gegensatz zum zuweilen radikal auftretenden Schumacher erkannte der Bundeskanzler umso stärker, dass es den Menschen zunächst ausschließlich auf eine Wiederkehr ihrer Lebensnormalität ankam. Diese sollte in einem möglichst raschen aber konfliktfreien

¹⁷ Zit. n. ebd., S. 42.

¹⁸ SCHEEPS, J.H., *Voor en tegen grenscorrecties*, in: *Paraat* v. 22. April 1949.

¹⁹ AdSD, ZASS, HB7, Bericht zur Reise einer SPD-Delegation vom 21. bis 26. Oktober 1947 in die Niederlande.

Prozess einhergehen und verstand sich nicht mit den überhöhten Forderungen in der Außen- und Deutschlandpolitik, die die sozialdemokratische Opposition an die Alliierten richtete.²⁰ Mit ihrem kurzen, aber prägnanten Wahlauftritt im Jahre 1957, „Keine Experimente“, entsprach die Union sehr zutreffend der Einstellung weiter Teile der Bevölkerung, die ihr in großer Zufriedenheit treu blieb.²¹ Adenauers erfolgreiche Wirtschaftspolitik der sozialen Marktwirtschaft, die Ludwig Erhard konzipiert hatte, war zu einem Selbstläufer geworden und garantierte einen bis in die sechziger Jahre hinein andauernden Erfolg des ersten Bundeskanzlers. Die SPD blieb in dieser westdeutschen Erfolgsgeschichte des Wirtschaftswachstums und der erstaunlich schnellen Integration der Bundesrepublik in die westliche Zusammenarbeit im Abseits, weil sie den Kurs der Bundesregierung nicht unterstützte. Sein Wohlgefallen mit den politischen Verhältnissen projizierte der Wahlbürger in den fünfziger Jahren daher zwangsläufig nicht auf die Sozialdemokratie, sondern auf die regierenden Unionsparteien. Kurt Schumacher ließ grundsätzlich vermissen, was die niederländische Schwesterpartei stets angemahnt hatte und selbst vorexerzierte: Den Willen zu Austausch und Kompromiss. Auch der PvdA war der Brückenschlag zur christdemokratischen KVP nicht einfach gefallen, von ihr aber für notwendig erachtet worden, um als Regierungspartei an der Gesundung des Landes mitzuwirken. Für den SPD-Vorsitzenden zählte hingegen nur die ganze Macht, das Alles oder Nichts. Er war kein Mann des Ausgleichs, sondern verharrte kategorisch in einem Schwarz-Weiß-Denken, das die Gesellschaft in Gut und Böse aufteilte. Schumacher trennte die demokratische Arbeiterbewegung scharf gegenüber dem klerikal-reaktionären Bürgertum ab und mobilisierte mit dieser Polarisierungsstrategie zwar das eigene Lager, neue Wähler aber schreckte er ab. Die SPD manövrierte sich in eine politische Sackgasse, aus der sie ohne einen programmatischen Kurswechsel und einen notwendigen Koalitionspartner kaum herauskommen sollte. Auch nach dem Tod Kurt Schumachers im August 1952 blieb die Partei zunächst die alte – ihr neuer Vorsitzender Erich Ollenhauer, jahrelang einer der engsten Vertrauten seines Vorgängers, führte die SPD in dessen Sinne weiter. Zwar wirkte der neue Mann in seinem gesamten Auftreten viel gemäßigter und zugleich versöhnlicher als Schumacher. Dies sollte sich später auch im Umgang mit der niederländischen Schwesterpartei als Vorteil erweisen. An das rhetorische Geschick und die charismatischen Fähigkeiten des ersten

²⁰ Vgl. KLOTZBACH, *Der Weg zur Staatspartei*, a.a.O., S. 597f.

²¹ Zit. n. BIRKE, A.M., *Nation ohne Haus. Deutschland 1945-1961*, Berlin 1998, S. 372.

Nachkriegsvorsitzenden aber reichte der Nachfolger nicht heran. Der klassische Parteifunktionär hatte den traditionellen Arbeiterführer abgelöst.²²

Die niederländische Kritik an der mangelhaften Erschließung neuer Wählergruppen durch die SPD war in bezug auf die fehlende Annäherung an das katholische Milieu nicht unbegründet. Neben der unattraktiven Außendarstellung der Partei verhinderte die „Expansionsgrenze“ des Katholizismus, dass die Sozialdemokratie in der Bundesrepublik zur strukturellen Mehrheitspartei wurde.²³ Beide Seiten fanden trotz einzelner Toleranzbekundungen der SPD, die sich von ihrer atheistischen weltanschaulichen Sichtweise distanzierte, zunächst überhaupt nicht zueinander. Die fehlende Bereitschaft der katholischen Kirche, auch ihrerseits einen Schritt auf die SPD zuzugehen, rief bei Schumacher ein Aufschrei der Empörung hervor, die sich in der Aussage von der „fünften Besatzungsmacht“ am deutlichsten artikulierte. Ein derartiges Verhalten verstärkte im Gegenzug die Animositäten und verortete die katholische Kirche noch stärker an der Seite der christdemokratischen Parteien. Unmissverständlich wurde der katholischen Bevölkerung in den Hirtenbriefen der Bischöfe die Aufforderung zuteil, bei den Wahlen der CDU/CSU die Stimme zu geben. Ihren Priestern und Theologen untersagte das Episkopat darüber hinaus die Teilnahme an Veranstaltungen der Sozialdemokratie.

Auch in den Niederlanden sahen sich die Bischöfe 1954 dazu gezwungen, eine klare Trennlinie zu den Sozialdemokraten zu ziehen. Auslöser war deren Wahlsieg 1952, der den fast vergessenen Durchbruchgedanken erneut aufleben ließ.²⁴ In einem Mahnbrief („Der Katholik im öffentlichen Leben unserer Zeit“) nahm man zwar mit Freude zu Kenntnis, dass sich die PvdA mehr und mehr frei mache von den eigentlichen Postulaten des Marxismus und sich deutlich gegen den Kommunismus richte. Faktisch sei es aber so, dass die Partei nicht nach christlichen Prinzipien arbeite und es auch nicht könne. Stattdessen herrsche in ihr tatsächlich eine Weltanschauung vor, die von den Prinzipien und den Idealen, die dem Christen heilig seien, nichts wissen wolle.²⁵ „Diejenigen, die geglaubt haben, Mitglied dieser Partei werden zu dürfen, tun gut daran,

²² Vgl. WALTER, *Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, a.a.O., S. 132ff.; vgl. zum Politiker Erich Ollenhauer auch die Arbeit von SEEBACHER-BRANDT, B., *Ollenhauer. Biedermann und Patriot*, Berlin 1984.

²³ Vgl. LÖSCHE/WALTER, *Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei*, a.a.O., S. 298-301; Zitat S. 299.

²⁴ Vgl. BRINKMAN, *Drees en de Partij van de Arbeid*, a.a.O., S. 77.

²⁵ Zit. n. COUWENBERG, S.W., *Christentum und moderner Sozialismus in den Niederlanden*, in: LANGNER, A. (Hrsg.), *Katholizismus und freiheitlicher Sozialismus in Europa*, Köln 1965, S. 135-182, S. 155.

bei sich persönlich in ihrem Gewissen ernstlich zu erwägen, ob sie die Verantwortung für eine solche Unterstützung auf sich nehmen können.“ Ein Durchbruch zur Partei der Arbeit bedeute einen ebenso großen Abbruch der eigenen katholischen Partei.²⁶ Diesen mahnenden Worten folgte die Androhung von Sanktionsmaßnahmen für sämtliche Katholiken, die Mitglied von sozialistischen Organisationen wie der PvdA und dem Niederländischen Gewerkschaftsbund (NVV) waren. Ihnen wurden unter anderem der Ausschluss von den Sakramenten und die Verwehrung einer kirchlichen Beerdigung angedroht. Das tägliche Lesen der Parteiorgane wurde ebenso verboten wie das Hören des vereinigten sozialistischen Rundfunksenders (VARA). Diese rigiden Vorgaben waren der offensichtliche Beweis für das starre Festhalten der Kirche an der traditionell versäulten Gesellschaftsstruktur und ihre Furcht, im Zuge einer politisch-kulturellen Neuordnung an Einfluss auf den Staat verlieren zu können. Willi Eichler, der sich in der SPD für einen geordneten Umgang mit der katholischen Kirche einsetzte, zeigte sich entrüstet ob dieser Drohgebärden des niederländischen Episkopats. „Die katholischen Sozialisten wurden also in den härtesten Gewissenskonflikt getrieben, in den man sie überhaupt versetzen konnte“, kritisierte er in einem Beitrag für den *SPD-Pressedienst*. Ausdrücklich lobte Eichler den Beschluss der katholischen Arbeitsgemeinschaft, die Mitgliedschaft in der PvdA aufrechtzuerhalten: „Wir sind überzeugt, dass damit ein Weg beschritten wurde [...], der Sozialisten und allen konfessionell gebundenen Menschen von außerordentlicher Bedeutung sein kann, weil hier endlich ernst gemacht wird mit einer klaren Abgrenzung dessen, was in den säkularen und was in den sakralen Bereich gehört.“²⁷ Zugleich verschärfte das Beispiel aus dem Nachbarland den Eindruck, dass die Gründung eines katholischen Arbeitskreises – ähnlich dem der PvdA – mehr Probleme als Lösungen bereiten könnte.²⁸ Trotz dieser erkennbaren Schwierigkeiten gab es in der SPD auch neben Eichler Personen, die für ihr Vorhaben, die Annäherung an die katholische Kirche voranzutreiben, den Blick gern in die Niederlande warfen. Einer von ihnen war Heinz Kühn, der spätere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen (1966-1978). „Ihm imponierte sehr, wie die PvdA die Verbindungen zu den Kirchen gestaltete“, erinnert sich eine langjährige Weggefährtin, die SPD-Parteihistorikerin Susanne Miller, an den gebürtigen Kölner, der aus diesem

²⁶ Zit. n. ebd., S. 156.

²⁷ EICHLER, W., *Um die Gewissensfreiheit. Katholische Sozialisten bleiben in der Partei der Arbeit*, in: *SPD-Pressedienst* v. 26. Februar 1955.

²⁸ Vgl. BREHM, T., *SPD und Katholizismus 1957 bis 1966*, Frankfurt am Main 1989, S. 45f.; vgl. auch KLOTZBACH, K., *SPD und katholische Kirche nach 1945. Belastungen, Missverständnisse und Neuanfänge*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 29 (1989), S. 47-57, S. 51.

Grund viele Reisen in die Niederlande unternahm und als Vorstandsmitglied der deutschen Jungsozialisten (JUSOS) schon 1947 an einem Jahreskongress der PvdA-Parteijugend teilnahm.²⁹

Für die niederländische Sozialdemokratie wurde indes sichtbar, dass die Bemühungen, die Distanz zum katholischen Milieu zu verringern, in ihrem Land nicht nur auf fruchtbaren Boden fielen, sondern insgesamt gesehen auf ein geteiltes Echo stießen. An den traditionellen Aversionen der Kirchenführung änderte sich nur wenig; andererseits entschied sich nicht zuletzt infolge der sozialökonomischen Erfolge und aus eigenem politischem Antrieb eine Reihe von Angehörigen der katholischen Arbeiterschaft für eine sozialdemokratische Mitgliedschaft. Trotz aller mit diesem Prozess verbundenen Schwierigkeiten der öffentlichen und innerparteilichen Auseinandersetzung zahlte sich die Öffnungsstrategie für die PvdA aus, während die SPD mit ihrer Haltung zu unflexibel war und wirkte. Die deutsche Sozialdemokratie entwickelte dagegen in den fünfziger Jahren einen engeren Draht zur protestantischen Kirche. Die evangelisch geprägten Regionen galten wie zu Zeiten der Weimarer Republik als sozialdemokratische Hochburgen, in denen die Partei ein hohes Potential der Stimmenanteile auf sich zu vereinen imstande war. Die Kontakte waren erst nach dem Krieg von der einst deutschnationalen Kirchenseite initiiert worden und riefen in der SPD ein zunehmend stärker werdendes Interesse hervor. Dies führte zur Gründung eines protestantischen Parteizirkels, dem sich bekannte Politiker wie Herbert Wehner, Fritz Erler oder Helmut Schmidt anschlossen. Als sich die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) unter Gustav Heinemann 1957 zum SPD-Beitritt entschloss, gewann das Gremium nicht nur personell mit Vertretern wie Erhard Eppler, Johannes Rau oder Jürgen Schmude, sondern auch inhaltlich an Bedeutung. Die evangelische Kirche wurde zu dem, was die katholische für die CDU/CSU längst war: Eine Weggenossin an der Seite der SPD.³⁰

Die PvdA stand der protestantisch-calvinistischen Kirche mit deren beiden Ausrichtungen, reformiert („hervormd“) und evangelisch-reformiert („gereformeed“), ebenfalls näher, doch kam es der Partei mit den beiden gegründeten konfessionellen Arbeitsgemeinschaften darauf an, zu Calvinisten und Katholiken gleichermaßen ein

²⁹ Gespräch mit dem Verfasser am 20. April 2004 in Bonn; vgl. auch die Biographie über Heinz Kühn von DÜDING, D., *Heinz Kühn 1912-1992. Eine politische Biographie*, Essen 2002, S. 179ff.

³⁰ Vgl. LÖSCHE/WALTER, *Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei*, a.a.O., S. 333; vgl. zur parteipolitischen Ausdifferenzierung des protestantisch nationalen Lagers nach 1945 ROHE, K., *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 1992, S. 170ff.

gutes Verhältnis zu pflegen. Da die calvinistische Kirche im niederländischen Gefüge der Versäulung ebenfalls eine feste gesellschaftliche Größe darstellte und unter anderem von zwei größeren Parteien, der Antirevolutionären Partei (ARP) und der Christlich-Historischen Union (CHU), vertreten wurde, fiel der Sozialdemokratie ein durchschlagender Erfolg in dieser Bevölkerungsgruppe schwerer als der SPD. Bezeichnend war, dass zwei der führenden niederländischen Sozialdemokraten wie Willem Drees und sein späterer Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten (1973-1977), Joop den Uyl³¹, zunächst eine calvinistische Erziehung genossen und sich später in ihrer Jugendzeit dem Sozialismus angeschlossen hatten. Ihre Lebenswege gelten stellvertretend für eine Reihe anderer Mitglieder ihrer Partei und zeugen von einem engeren Zusammenhang zwischen protestantisch-calvinistischen und sozialistischen Gesinnungen. Der Sozialismus entwickelte sich auf diese Weise für viele zu einer Art Ersatzreligion. Im März 1953 fand im niederländischen Bentveld eine Konferenz der zwei Jahre zuvor in Frankfurt wiedergegründeten Sozialistischen Internationale (SI) statt, die sich mit dem Verhältnis zwischen Sozialismus und dem Christentum auseinandersetzte. Es sei nicht zufällig gewesen, so der damalige internationale Sekretär der PvdA, Alfred Mozer, in späteren Aufzeichnungen, dass diese Konferenz über Konfession und Sozialismus ausgerechnet in den Niederlanden stattgefunden habe.³²

Rückblickend auf das erste Nachkriegsjahrzehnt standen sich mit SPD und PvdA zwei ungleiche Schwestern gegenüber. Der jungen, aber schnell etablierten Regierungspartei auf niederländischer Seite begegnete eine weitgehend erfolglose und bis in die sechziger Jahre hinein natürliche Oppositionspartei auf deutscher Seite. Eine nicht unwichtige Ausnahme bildete die Länderebene, auf der unter anderem bekannte Politiker wie Ernst Reuter, Wilhelm Kaisen und Max Brauer in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg erfolgreich regierten. Während sich die PvdA außen- wie innenpolitisch recht bald an die neue Situation der internationalen Beziehungen und den Modernisierungsprozess der niederländischen Gesellschaft anpasste, fehlten der SPD

³¹ Den Uyl (1919-1987), studierter Ökonom, war zwischen 1949 und 1965 zunächst Direktor der Wiardi-Beckman-Stiftung (WBS), anschließend Wirtschaftsminister (1965-1966) und Ministerpräsident. Als Sozialminister kehrte er 1981/82 noch einmal in eine niederländische Regierung zurück und blieb danach bis 1986 Fraktionsvorsitzender.

³² MOZER, A., *De SPD. Erfgenaam van Lassalle, Marx en Bernstein*, in: KROP, M. (Hrsg.), *Burengerucht. Opstellen over Duitsland*, Deventer 1978, S. 297-335, S. 325. An dieser Konferenz nahm als SPD-Vertreter auch Willi Eichler teil, der sich für eine Annäherung zwischen Sozialdemokratie und Katholizismus einsetzte. Er hielt einen Vortrag mit dem Titel „Die ethischen Quellen des Sozialismus“. Vgl. EICHLER, W., *Sozialismus und Religion*, in: *SPD-Pressedienst* v. 3. März 1953.

das richtige Personal und die geeigneten Rezepte, um dem erfolgreichen „Kanzlerwahlverein“³³ Konrad Adenauers ein wegweisendes Signal entgegenzusetzen. Wie die CDU in der Bundesrepublik profitierte die PvdA von einem pragmatischen und bei der Bevölkerung zugleich beliebten Regierungschef, der die niederländischen Sozialdemokraten zu nie da gewesenen Wahlerfolgen führte. Adenauer und Drees verstanden es, dem Wahlvolk ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln und zudem unter Beweis zu stellen, dass der Wiederaufbau bei ihnen in guten Händen war. Die SPD mit Kurt Schumacher an der Spitze traf dagegen nicht den Lebensnerv der Zeit, in der es den Menschen auf stabile Verhältnisse und eine ausreichende Grundversorgung ankam. Der sozialdemokratische Parteivorsitzende wirkte darüber hinaus auf viele seiner Landsleute zu autoritär und zu fordernd, sein Nachfolger Erich Ollenhauer galt als führungsschwach und blass. Vor allem fehlte es Kurt Schumacher an politischem Feingefühl, das nötig gewesen wäre, um sich anderen Bevölkerungsschichten als Alternative zu empfehlen. Er rannte die Türen lieber ein, als sie in Ruhe zu öffnen. Im Kampf um die Wählerstimmen suchten beide Parteien die natürliche Nähe zu ihrer Stammklientel, der arbeitenden Bevölkerung, zeigten sich aber auch der protestantischen Bevölkerungsgruppe aufgeschlossen. Für die SPD wurde die evangelische Kirche zum natürlichen Partner. In der Annäherung an das katholische Milieu taten sich die zwei Organisationen schwer; doch während die PvdA nach innen und außen deutlich sichtbar versuchte, die Distanz zu verringern, blieb die SPD auf diesem Terrain viele Jahre ohne nennenswerte Fortschritte.

4.2 Die deutsche Teilung wird Realität: Uneinigkeiten der zwei Parteien in ihren außen- und sicherheitspolitischen Konzepten (1949-1955)

4.2.1 „Kanzler der Alliierten“: Adenauers Westintegration und die gegensätzlichen Bewertungen unter Sozialdemokraten

Bei einem seiner ersten Deutschlandbesuche nach dem Krieg traf Alfred Mozer 1946 auch mit Kurt Schumacher zusammen. Das Gespräch diente der Erörterung europäischer Grundsatzfragen. Von der Unterredung in Hannover ist dem niederländischen Besucher ein herausragender Satz des gastgebenden SPD-Vorsitzenden in Erinnerung geblieben: „Umso länger er über Europa spricht, desto schlechter wird sein deutscher Sprachgebrauch“, bemerkte dieser zum ebenfalls

³³ Zit. n. BIRKE, *Nation ohne Haus*, a.a.O., S. 373.

teilnehmenden Herbert Wehner.³⁴ Dass Mozer Schumachers ironische Worte so gut im Gedächtnis behielt, hing mit seinem besonderen Erkenntnisgewinn zusammen. Dem internationalen Parteisekretär war bei dem Treffen deutlich geworden, wie er später in der Rückschau berichtete, wo sein Gesprächspartner stand: „Schumacher wollte nichts von Europa wissen.“ Er sei völlig von der Furcht erfüllt gewesen, Deutschland könne nach allen Seiten hin geteilt werden. Dies charakterisiere auch die Einstellung zu seinen, Mozers, Thesen, der die europäische Integration unter deutscher Beteiligung nicht nur für wünschenswert, sondern für notwendig hielt.³⁵

Die Begebenheit wirkte prägend auf die Meinungsbildung Alfred Mozers und war als Vorlauf symptomatisch für das, was die Beziehungen der beiden Parteien in den fünfziger Jahren kennzeichnete: ständige Kommunikationsprobleme und vor allem scharfe Auseinandersetzungen in der Sache. Das Verhältnis litt selbstverständlich nicht unter sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten, sondern an deutlichen Meinungsverschiedenheiten, die den Komplex der Außenpolitik zu einem „Spaltpilz“³⁶ zwischen SPD und PvdA entwickeln ließen. Auch wenn Mozers Vorwurf, der SPD-Vorsitzende habe von Europa „nichts“ wissen wollen, übertrieben war, wurde deutlich, in welche Schublade ihn die PvdA einordnete. An Schumacher haftete das Etikett des die Integrationsbemühungen ablehnenden Politikers, der sich ausschließlich um nationale Interessen scherte. Der erste Mann der deutschen Sozialdemokratie bestätigte diesen Eindruck, indem er auch nach der Konstitution des westdeutschen Staates seine Vorbehalte erkennbar durchblicken ließ. Für ihn stand die Wiedervereinigung an erster Stelle seiner außenpolitischen Agenda, wohingegen die europäische Zusammenarbeit nur den zweiten Rang einnahm. Die deutsche Einheit war Hauptgegenstand und zugleich oberstes Ziel seiner Konzeptionen, der sich alles andere unterzuordnen hatte. Schumacher schimpfte Konrad Adenauer Ende 1949 einen „Kanzler der Alliierten“³⁷, dem er vorhielt, die deutschen Interessen an die Besatzungsmächte abzutreten. Den auf Initiative des französischen Außenministers Robert Schuman betriebenen Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat lehnte der SPD-Vorsitzende im Gegensatz zum Bundeskanzler 1950 ebenso ab wie eine Beteiligung an der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die nach Plänen der Franzosen Schuman und Jean Monnet entworfen wurde. Seine tiefe Abneigung bezog sich zum einen auf den Charakter des

³⁴ Zit. n. MOZER, *De SPD*, a.a.O., S. 321f.

³⁵ Zit. n. COHEN, R./A. MOZER-EBBINGE (Hrsg.), *Alfred Mozer. Porträt eines Europäers*, Bonn 1981, S. 42.

³⁶ WIELENGA, *Buitenlandse politiek als splijtzwam*, a.a.O.

³⁷ POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte der SPD*, a.a.O., S. 201.

sich abzeichnenden Europa der Sechs, das er als zu konservativ, klerikal, kapitalistisch und kartellistisch betitelte; zum anderen rührte seine strikte Ablehnung aus der bekannten Sorge, die Spaltung Deutschland könnte weiter und unwiderruflich vertieft werden.³⁸

Schumachers Widerstreben machte sich konkret auch an der Person des ‚Europäers‘ Alfred Mozer fest, der 1949 für die Besetzung des Sekretärs der internationalen Sozialdemokratie im Gespräch war, die seinerzeit noch unter dem Namen COMISCO (Committee of International Social Conferences) fungierte. Die österreichische Schwesterpartei hatte bei Mozer vorgefühlt, ob er diesen Posten übernehmen wolle. Der niederländische Kandidat tat sich schwer mit dem Angebot, weil er nicht überzeugt davon war, aus seiner Aufgabe mehr machen zu können als einen „Briefkasten“ nationaler Interessen.³⁹ Die eigenen Überlegungen und die Diskussionen im Parteivorstand der PvdA erwiesen sich allerdings schnell als überflüssig, weil die SPD eine Benennung Mozers mit Nachdruck ablehnte. Dieser vermutete hinter dem deutschen Nein wohl nicht ganz zu Unrecht einen Zusammenhang mit seinem intensiven Einsatz für die Ausgestaltung eines institutionalisierten Westeuropas. Dass sich der Ton zwischen den beiden Schwesterorganisation verschärfte, trat auch auf einer deutsch-niederländischen Konferenz („Die Niederlande und Deutschland in Europa“) offen zutage, die im Herbst 1950 in Oosterbeek bei Arnheim stattfand. Von sozialdemokratischer Seite nahmen die Berliner Bürgermeisterin Louise Schroeder und die beiden niederländischen Führungspersonen Alfred Mozer und Koos Vorrink teil. Letzterer sparte auf diesem Forum nicht mit deutlicher Kritik an seinem deutschen Vorsitzendenkollegen Schumacher. Im Konferenzbericht hieß es, dass der PvdA-Vertreter die Beschaffenheit der deutschen Demokratie zur Diskussion gestellt und das diktatorische Auftreten der Leitung der deutschen sozialdemokratischen Partei an den Pranger gestellt habe.⁴⁰ Louise Schroeder berichtete später in einem Zeitungsartikel für die Berliner Tageszeitung der SPD, *Der Telegraf*, von ihrem Aufenthalt in den Niederlanden. Auf die Anschuldigungen ging sie nicht ein, wohl aber auf niederländische Ressentiments, die sie bei einem Vortrag vor Sozialdemokraten in Den Haag festgestellt habe: „So stark in jedem einzelnen der Wille zur Verständigung ist, so ist doch immer noch ein Rest des Misstrauens übrig geblieben.“ Auf der anderen Seite

³⁸ Vgl. ebd., S. 202f.

³⁹ Vgl. MOZER, *De SPD*, a.a.O., S. 322.

⁴⁰ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1146, Bericht zur deutsch-niederländischen Studienkonferenz v. 27. bis 29. Oktober 1950 in Oosterbeek bei Arnheim („Die Niederlande und Deutschland in Europa“).

aber sei nicht nur das Interesse, sondern die starke, mitfühlende Anteilnahme an dem Berliner Schicksal und dem Berliner Freiheitskampf ein Moment, das manche anderen Schwierigkeiten überwinde.⁴¹

Während die Vertreterin Ernst Reuters in der Öffentlichkeit den deutsch-niederländischen Versöhnungswillen in den Vordergrund stellte, sah die Realität hinter den Kulissen des Verhältnisses zwischen SPD und PvdA anders aus. Es war bemerkenswert, dass Vorrink sich erstmals in einem halböffentlichen Rahmen, bei dem nicht nur Sozialdemokraten zugegen waren, derart kritisch über Schumacher und die SPD äußerte. Beim PvdA-Vorsitzenden war es allerdings weniger eine allgemeine Unvoreingenommenheit aufgrund der deutschen Vergangenheit, aus der seine abweisende Position resultierte, sondern der Unmut über Form und Inhalt, mit denen sich die deutsche Schwesterpartei zumal in der Außenpolitik präsentierte. Ein Gespräch, das Vorrink im Herbst 1951 mit dem deutschen Botschafter Karl Du Mont in Den Haag führte, zeigte endgültig, wie tief der Stern Schumachers gesunken war. Dieser wurde von Vorrink als „Unglück für Deutschland und Europa“ bezeichnet, der es der Sozialdemokratie unmöglich mache, ihre internationale Aufgabe zu erfüllen. „Der deutsche Nationalismus werde für das Ausland dadurch nicht sympathischer, dass der Sozialist Dr. Schumacher sein hervorragender Vertreter sei.“⁴² Diplomatischer, aber in die gleiche Richtung weisend drückte sich Ministerpräsident Drees aus, der ebenfalls in einer Unterredung mit Du Mont davon sprach, dass Schumacher manchmal wahre Interessen europäischer Zusammenarbeit zu verkennen scheine.⁴³

Diese Aussagen, die vor allem in der Deutlichkeit Vorrinks nichts zu wünschen übrig ließen, entsprachen letztendlich den Positionen, die auch bei einem Treffen von Parlamentariern beider Parteien im Januar 1950 in Bonn ausgetauscht wurden. Allerdings scheute sich die niederländische Seite bei dieser Zusammenkunft, die für die folgenden Jahre eine der letzten ihrer Art werden sollte, dem anwesenden Kurt Schumacher ihre Meinung deutlich kundzutun. Beide Parteien beschränkten sich stattdessen darauf, ihre Sicht der Dinge darzulegen. So erklärte Vorrink, dass er für die hundertprozentige Gleichberechtigung der Deutschen sei, aber gleichzeitig darauf aufmerksam mache, dass dies auch eine hundertprozentige Verpflichtung für die

⁴¹ SCHROEDER, L., *Das Gespräch auf dem Pietersberg. Holländisch-deutsche Beratungen in Freundschaft und Verständigung*, in: *Der Telegraf* v. 4. November 1950.

⁴² PA, Abt. II, B 11 (*Länderabteilung*), Nr. 182, Gespräch mit Koos Vorrink zur Haltung der PvdA gegenüber Kurt Schumacher (Vermerk angelegt am 6. November 1951); siehe auch bei WIELENGA, *Partner uit noodzaak*, a.a.O., S. 151.

⁴³ PA, Abt. II, Bestand B 10 (*Politische Abteilung*), Nr. 257, Gespräch mit Ministerpräsident Willem Drees am 14. Juli 1951.

Verteidigung Europas einschlieÙe.⁴⁴ Zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden Marinus van der Goes van Naters forderte er den deutschen Beitritt zum Europarat. Im Gespräch mit einem Redakteur der SPD-Parteizeitung *Neuer Vorwärts* wies Vorrink vor der Abreise daraufhin, dass das große Unglück Europas im nationalen Egoismus bestehe, der den Entschluss zur Bildung einer ökonomischen Einheit verhindere. „Wir haben den Eindruck gewonnen, dass unsere deutschen Freunde inmitten der ungeheuren Schwierigkeiten, die sie zu überwinden haben, diese Meinung teilen.“⁴⁵ Entweder war der niederländische Parteivorsitzende zu diesem Zeitpunkt wirklich kurzfristig der Meinung, die beiden Organisationen befänden sich zumindest in Ansätzen auf der gleichen politischen Wellenlänge, oder es war schlicht das Prinzip Hoffnung, das Vorrink zu dieser optimistischen Aussage gegenüber dem deutschen Parteiorgan veranlasste. Denn Kurt Schumacher zeigte keinerlei Bereitschaft, den niederländischen Forderungen entgegenzukommen. Der in seiner Funktion als damaliger Direktor der Wiardi-Beckman-Stiftung (dem wissenschaftlichen Büro der PvdA) mitgereiste Joop den Uyl erinnerte sich später an die klaren Stellungnahmen des SPD-Vorsitzenden zurück: „Mit der eingehenden Stimme, die er hatte, beschwor er uns Niederländer, dass sich die deutsche Sozialdemokratie nie mehr in die Ecke des Antinationalismus treiben lassen dürfe. Wenn etwas als Erfahrung diene, dann der Umstand, dass die Ausbeutung nationalistischer Gefühle niemals mehr rechten Parteien überlassen werden dürfe.“⁴⁶ Damit war die Zielrichtung sozialdemokratischer Außenpolitik der SPD noch einmal deutlich umschrieben. Das rigorose Eintreten für die deutsche Wiedervereinigung gehörte aufgrund der Erfahrungen der Weimarer Republik zu der zentralen Aufgabe in der Gegenwart der fünfziger Jahre, an der es für Schumacher nichts zu rütteln gab. Fast automatisch ergab sich heraus seine distanzierte Haltung zu allen Europabemühungen, wie sie denen Konrad Adenauers und der Mehrheit der niederländischen Schwesterpartei entsprachen. Ein gemeinsamer Konsens zwischen PvdA und SPD in dieser entscheidenden Frage der Zukunft Deutschlands und Europas war für mehrere Jahre ausgeschlossen. In der Bonner Parteibaracke wurde schlichtweg übersehen, dass das große Engagement der niederländischen Sozialdemokratie für die europäische Integration gerade auch aus dem Grund zu einer ihrer wichtigsten Triebfedern wurde, weil sie die Eingliederung des früheren Feindes hinter der östlichen Grenze

⁴⁴ Zit. n. BEHRISCH, A., *Mit anderen Augen gesehen*, in: *Fränkische Zeitung* v. 28. Januar 1950.

⁴⁵ O.A., *Sozialisten für ein vereintes Europa. André Philip und Koos Vorrink befürworten die Gleichberechtigung Europas*, in: *Neuer Vorwärts* v. 3. Februar 1950.

⁴⁶ IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Nr. 431, Einleitende Worte Joop den Uyls bei einem Treffen zwischen PvdA und SPD, das vermutlich im November 1978 stattfand.

ermöglichte. Für die PvdA war ein supranationales Europa, das die Interessen der kleineren Länder stärker beachtete, ohne eine feste Verankerung der Bundesrepublik unvorstellbar. Dass die SPD nicht gleichermaßen konsequent in dieselbe Richtung dachte, erzürnte die niederländischen Genossen auch deshalb, weil sie ihren natürlichen Partner auf deutscher Seite nicht für die Mobilisierung gewinnen konnte.

Gegenwind erhielt Schumacher aber nicht nur von den niederländischen Genossen, sondern auch aus dem eigenen Lager, das sich in der Ära dieses rigiden SPD-Vordermannes ansonsten sehr stromlinienförmig verhielt. Ausgerechnet im Parteiblatt der PvdA äußerte der Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen⁴⁷ im Dezember 1949 Kritik an seinem Parteivorsitzenden, der der Bundesregierung eine „Politik des nationalen Verzichts“ vorgeworfen hatte, welcher die SPD nicht zustimmen könne. „Eine bedenkliche These“, nannte Kaisen diese von Schumacher getätigten Aussagen, die aus Sicht des Bremers nicht mit der in der Partei geltenden Auffassung übereinstimmten und noch weniger mit den gegenwärtigen Umständen, „in denen wir leben“. Stattdessen mahnte er an, dass sich Nehmen und Geben nationaler Konzessionen miteinander decken können müssten. Schumacher glaube, die nationalistischen Bazillen am besten dadurch unschädlich zu machen, indem er selbst im Namen der Arbeiterschaft die nationalen Belange repräsentiere, und zwar auch gegen die Regierung Adenauer. „Die Schumachersche These entspricht einem verhängnisvollen Bestreben, den Patriotismus für die SPD zu monopolisieren.“⁴⁸ Dieser merkliche Vorstoß Kaisens sorgte für große Unruhe in der Vorstandsriege der deutschen Sozialdemokratie, die derartige Angriffe auf ihren Vorsitzenden von einem führenden Repräsentanten der Partei als Novum betrachtete. In der folgenden Sitzung des Parteivorstandes wurde der Angelegenheit ein eigener Tagesordnungspunkt („Fall Kaisen“) eingeräumt, zumal der Text unter der Überschrift „Nationaler Verzicht?“ zusätzlich in der konservativen Tageszeitung *Die Welt* erschienen war und auch in der Bundesrepublik Staub aufgewirbelt hatte.⁴⁹ Bei der Zusammenkunft des Parteigremiums Anfang Januar 1950 wies Ollenhauer daraufhin, dass der Artikel in der Presse Anlass zu Vermutungen über eine Krise in der SPD und einen bevorstehenden Kurswechsel gegeben habe. Es sei falsch und ungerechtfertigt zu behaupten, dass Kurt

⁴⁷ Vgl. zu Wilhelm Kaisen die Biographie von SOMMER, K.-L., *Wilhelm Kaisen. Eine politische Biographie*, Bonn 2000.

⁴⁸ KAISEN, W., *Een bedenkelijke stelling*, in: *Paraat* v. 23. Dezember 1949; vgl. hierzu auch WIELENGA, *Buitenlandse politiek als splijtzwam*, a.a.O., S. 196.

⁴⁹ KAISEN, W., „Nationaler Verzicht?“, in: *Die Welt* v. 28. Dezember 1949.

Schumacher autoritär die außenpolitische Linie festgelegt habe.⁵⁰ Daher schlug er als Stellungnahme des Parteivorstandes den folgenden Beschluss vor, der am Ende abgesehen wurde: „Der Vorstand lehnt die in diesem Artikel enthaltenen Auffassungen und die Form der Veröffentlichung ab. Die Auffassungen stehen im Widerspruch zu der vom PV [Parteivorstand, MD] beschlossenen Außenpolitik, die der PV erneut bestätigt.“⁵¹ Das Aufbegehren Kaisens, der noch einmal deutlich gemacht hatte, dass er die Äußerungen Schumachers nicht billigen könne, wurde somit in aller Klarheit zurückgewiesen. Die SPD bewies mit diesem Bekenntnis weiterhin ihre volle Unterstützung für den Kurs des Vorsitzenden, der seine Partei zwar klar festlegte, sie aber gleichzeitig in eine kompromisslose Randposition drängte.

Die Redaktion von *Paraat* verteidigte die Veröffentlichung des Artikels mit dem Hinweis, man habe vorab die Mitteilung erhalten, dass der Text auch in Zeitungen der deutschen Sozialdemokraten erscheinen würde.⁵² Zudem war nicht von der Hand zu weisen, dass man die Zuschrift in Amsterdam dankbar entgegengenommen hatte, da sie einerseits den gängigen Ansichten der PvdA entsprach und zugleich dem in den Niederlanden als stark autoritär empfunden Führungsstil Schumachers entgegentrat. Die unmissverständliche Reaktion des Parteivorstandes der SPD wurde daher auch entsprechend negativ kommentiert: „Die berühmte oder berüchtigte deutsche Parteidisziplin, die in Konflikt mit den Spielregeln der Demokratie kommt, hat verhindert, dass er [der Artikel, MD] in einer deutschen Parteizeitung erscheint.“ Der Versuch Kaisens, eine andere Ansicht als die Schumachers auf dem Gebiet der Außenpolitik aufzuzeigen, schein unmöglich.⁵³

Zu dem auch bei manchem niederländischen Sozialdemokraten hier und da noch latent vorhandenen Misstrauen gegenüber dem deutschen Nachbarn mischte sich ein immer stärker werdendes Unbehagen über die nationalbezogene Außenpolitik der deutschen Schwesterpartei. Für die PvdA betrieb die SPD eine „negative Politik“ – eine des „Neinsagens“.⁵⁴ Der Fraktionsvorsitzende in der Zweiten Kammer, Marinus van der Goes van Naters, fand Schumachers Nationalismus schlicht „abscheulich“.⁵⁵ Die

⁵⁰ Zit. aus der Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 5. und 6. Januar 1950 in Berlin, in: ALBRECHT, W. (Hrsg.), *Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946-1963. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien*, Bd. 2 (1948-1950), Bonn 2003, S. 308-323, S. 311.

⁵¹ Zit. n. ebd., S. 313.

⁵² O.A., *Wilhelm Kaisen, 'Paraat' en SPD*, in: *Paraat* v. 20. Januar 1950.

⁵³ Ebd.

⁵⁴ RUYGERS, G., *Socialistisch isolement*, in: *Paraat* v. 23. Juni 1950.

⁵⁵ GOES VAN NATERS, M. VAN DER, *Met en tegen de tijd. Herinneringen. Een tocht door de twintigste eeuw*, Amsterdam 1980, S. 196.

niederländische Organisation war enttäuscht ob der Positionierung der deutschen Partner und sah sich in eine Auseinandersetzung verwickelt, bei der es galt, nationale (SPD) und internationale (PvdA) Ansprüche gegeneinander auszufechten. Der Riss durch ein bis 1949 nahezu wiederhergestelltes Parteienverhältnisses vergrößerte sich in diesem Prozess zusehends. Längst besaß die niederländische Sozialdemokratie zu Konrad Adenauer ein viel größeres Vertrauen und fand sich damit in Einklang mit dem niederländischen Außenministerium. „Die einzige Garantie im heutigen Deutschland ist Adenauer“, meldete der niederländische Botschafter James Marnix de Booy im August 1951 nach Den Haag.⁵⁶ Die Furcht vor einer Schaukelpolitik, einem möglicherweise neutralen Deutschland als Findling zwischen Ost und West, war ein Schreckensszenario, das man in den Niederlanden unter allen Umständen ausschließen wollte.

Bei Kurt Schumacher war man sich auch in Regierungskreisen alles andere als sicher, ob es nicht genau zu einer solchen Situation kommen sollte, falls er die Macht in Bonn würde übernehmen können. Dabei stand man einer Wiederherstellung der deutschen Einheit in Den Haag keineswegs ablehnend gegenüber. Voraussetzung war eine demokratische Grundlage, auf welcher der Einigungsprozess zu einem „status quo plus“ führen sollte: Ein wiedervereinigtes Deutschland gehörte nach diesen Vorstellungen ebenfalls fest in den Westen verankert – die begonnenen Integrationsbemühungen durften auf keinen Fall gefährdet werden. Aus niederländischer Sicht gewann man der Wiedervereinigung auch insofern Vorteile ab, weil sie die Position des Westens gegenüber der Sowjetunion gestärkt hätte.⁵⁷ In einer Sitzung des Ministerrates sprach Willem Drees von der großen Bedeutung, die die Vereinigung Deutschlands für die Erhaltung des Weltfriedens haben könne.⁵⁸ Die Formel von der Sicherheit vor und mit der Bundesrepublik war Dreh- und Angelpunkt der niederländischen Außenpolitik der fünfziger Jahre und verstärkte sich unter dem Einfluss des Korea-Krieges so weit, dass eine deutsche Wiederbewaffnung im NATO-Verbund offen gefordert wurde. Die PvdA beherzigte dieses niederländische Sicherheitsbedürfnis und betrieb somit eine den nationalen Interessen des Landes folgende Politik, während die SPD glaubte, die deutsche Frage lösen zu können, indem man nur fest genug auf der Einheit als Nahziel beharrte.⁵⁹ Indirekt stärkte die deutsche Sozialdemokratie mit ihrem Auftreten die

⁵⁶ Zit. n. WIELENGA, *Partner uit noodzaak*, a.a.O., S. 149.

⁵⁷ WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 68ff.; Zitat S. 71.

⁵⁸ Zit. n. ebd., S. 71.

⁵⁹ Vgl. BEUNDERS, *De PvdA, de horzel van de SPD*, a.a.O., S. 122ff.

Politik Konrad Adenauers, der sich den Besatzungsmächten als bessere Alternative zu Kurt Schumacher empfahl. Sein vorrangiges Ziel war die rasche Wiedererlangung der Souveränität, die er mit der Einbindung der Bundesrepublik in die einzelnen Stationen der europäischen Zusammenarbeit – Europarat, EGKS, Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) und Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) – ebenso konsequent umzusetzen verstand wie – nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) – die Beteiligung am atlantischen Bündnis. Seine „Politik der Stärke“ ähnelte den Konzeptionen des niederländischen Außenministeriums und der PvdA: Nur auf Basis einer integrierten Bundesrepublik in einem starken Europa sah er die Möglichkeit, die deutsche Frage mittel- bis langfristig zu einer geeigneten Lösung führen zu können.

Die Folge für das Parteienverhältnis war eine Aneinanderreihung von gegenseitigen Vorwürfen und zwangsläufigen Missverständnissen, die damit begannen, dass die SPD im Februar 1951 von einem Besuch des PvdA-Parteitagess absah.⁶⁰ Vorrink reagierte auf diese Mitteilung tief gekränkt und teilte Erich Ollenhauer in einem Brief mit, dass sein Leben von Deutschland und der deutschen Sozialdemokratie ein anderes Verhalten verdient gehabt hätte.⁶¹ Die schweren Dissonanzen in den bilateralen Beziehungen zwischen PvdA und SPD übertrugen sich somit auch auf die persönliche Ebene der beiden Freunde Ollenhauer und Vorrink. „Es tut mir leid, dass Du aus den sachlichen Meinungsverschiedenheiten, die wir in der letzten Zeit gehabt haben, Rückschlüsse auf unser altes freundschaftliches Verhältnis gezogen hast“, schrieb ihm der zweite SPD-Vorsitzende mit dem Hinweis, „dass wir in den Fragen, in denen wir von Deiner Auffassung abweichen, gute Gründe für unser Verhalten haben“.⁶² Eine besonders negative Qualität erhielt das Verhältnis zu Alfred Mozer. Der internationale Parteisekretär war keineswegs gewillt, die Positionierung der SPD hinzunehmen und mischte sich bei verschiedenen Gelegenheiten im eigenen Land und auch in der Bundesrepublik immer wieder mit Kritik an der Schwesterpartei in die Debatten ein. Hinzukam auch sein Engagement in der länderübergreifend aktiven Europaunion, die für eine wachsende Zusammenarbeit unter den westlichen europäischen Staaten warb und Mozer häufig in die Bundesrepublik führte. Die weitere Entwicklung der SPD sei wenig hoffnungsvoll, notierte er im Frühjahr 1951 nach einem Besuch im deutschen

⁶⁰ Dies teilte Erich Ollenhauer in einem Brief vom 26. Januar 1951 an Koos Vorrink mit. Vgl. IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1203.

⁶¹ AdSD, *Archiv Erich Ollenhauer*, Nr. 340, Brief Koos Vorrinks an Erich Ollenhauer v. 27. März 1951.

⁶² AdSD, *Archiv Erich Ollenhauer*, Nr. 340, Brief Erich Ollenhauers an Koos Vorrink v. 4. Mai 1951.

Nachbarland.⁶³ Als er auf einem internationalen Treffen von Jungsozialisten im niederländischen Vierhouten im August des gleichen Jahres die Politik der deutschen Sozialdemokratie als „unheilvoll“ bezeichnete, die „jede Linie vermissen lasse“, sah sich die SPD zu Maßnahmen gezwungen.⁶⁴ In einem Brief an das Büro der Internationale in London wies der mit der Außendarstellung der Partei beauftragte Fritz Heine⁶⁵ daraufhin, dass man selbstverständlich das Recht jeder Partei respektiere, andere Meinungen über die Politik ihrer Bruderparteien zu haben. „Wenn diese Meinungsverschiedenheiten aber dazu führen, dass man keine Gelegenheit versäumt, um die Haltung der Bruderpartei öffentlich anzuprangern und in dem Land dieser Bruderpartei zu kritisieren, dann hat das natürlich Konsequenzen.“⁶⁶ Diese äußerten sich dergestalt, dass man Alfred Mozer mit einem Redeverbot auf Veranstaltungen der deutschen Sozialdemokratie belegte. Damit war ein vorläufiger Tiefpunkt in den Beziehungen beider Schwesterorganisationen erreicht. Einmütig habe der Vorstand sich zu dieser Maßnahme entschlossen, schrieb Heine im September an Mozer, dem er vorwarf, seit mehr als einem Jahr persönliche Attacken gegen die Partei, gegen die Politik und gegen die Parteiführung betrieben zu haben. „Wir sind überzeugt, dass jede andere sozialistische Partei, eingeschlossen die Partei von der Arbeit, in gleicher Weise vorgehen würde, wenn auf ihrem Organisationsgebiet durch ein Mitglied einer anderen Partei der Versuch gemacht würde, die Politik der Partei zu beeinflussen oder zu denunzieren.“⁶⁷

Zwar begleiteten auch andere Schwesterparteien die außenpolitische Verortung der SPD und ihren Vorsitzenden kritisch. Während die Labour Party die Politik der deutschen Organisation für „gefährlich“ hielt und der Meinung anhing, dass Konrad Adenauer mit Ausnahme von Robert Schuman der einzige europäische Politiker von Rang sei, zeigte sich Guy Mollet, Generalsekretär der französischen Sozialisten, schon 1949 „enttäuscht“ über die Haltung der SPD.⁶⁸ So schwierig und streitlustig aber, wie sich

⁶³ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr., Vertraulicher Bericht Alfred Mozers zu seiner Reise in die Bundesrepublik (28. März bis 2. April 1951) v. 5. April 1951.

⁶⁴ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1203, Brief Fritz Heines an das Büro der Internationale in London v. August 1952. Hierin listete Heine Punkt für Punkt die Begebenheiten auf, bei denen sich die PvdA kritisch gegenüber der SPD geäußert hatte.

⁶⁵ Vgl. zu seiner Person und seinen Funktionen in der SPD die Studie von APPELIUS, S., *Heine. Die SPD und der lange Weg zur Macht*, Essen 1999.

⁶⁶ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1203, Brief Fritz Heines an das Büro der Internationale in London v. August 1952.

⁶⁷ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1203, Brief Fritz Heines an Alfred Mozer v. 13. September 1951.

⁶⁸ IISG, *Archiv der Sozialistischen Internationale*, Vermerk „Labour-Führung hält Adenauer für einzigen kontinentalen Politiker mit Rang“ (ohne Datum); o.A., *Der Standpunkt der französischen Sozialisten. Interview mit Guy Mollet*, in: *Sozialdemokratischer Pressedienst* v. 5. Dezember 1949.

die Verbindungen zur PvdA entwickelten, war kein Schwesterverhältnis der deutschen Sozialdemokratie. „Der Konflikt mit der holländischen Partei war sehr viel heftiger als mit irgendeiner anderen Partei der Internationale, und ich bin ziemlich sicher, dass wir nur gegenüber den holländischen Genossen so weit gegangen sind, Einladungen zu Parteitag abzu lehnen“, resümierte Fritz Heine 1986 in der Rückschau. Die Hauptursache für die schlechten Beziehungen habe in dem Verhalten von Alfred Mozer und nicht so sehr beziehungsweise nicht in gleichem Maße von Koos Vorrink gelegen. „Wir hatten in der Tat das Gefühl, dass sich die holländische Partei anmaßte, uns so zu behandeln wie in früheren Zeiten ein Lehrer die im überantworteten Schüler behandelte.“⁶⁹

Der schon angedeutete Missionseifer war prägend für das Verhalten, mit dem sich die PvdA vor allem über die Person Mozers der SPD annäherte und wie sie sich ihr gegenüber in Stellung brachte. Der Wille, die deutsche Schwesterpartei in der Außenpolitik zu bekehren, resultierte aus dem ‚Tunnelblick‘ auf die europäisch-atlantische Zusammenarbeit, den die Partei Koos Vorrinks aufgrund des niederländischen Sicherheitsverständnisses einnahm. Diese Penetranz legte die PvdA zum einen aus der politischen und nationalen Überzeugung an den Tag, dass nur ein gemeinsames Europa unter deutscher Beteiligung und mit amerikanischer Sicherheitsgarantie dauerhaft Frieden und Stabilität würde bringen können, zum anderen aus der Enttäuschung, dass sich die SPD trotz ihrer langjährigen internationalen Tradition einem solchen Zukunftsprojekt wie der europäischen Integration verweigerte. Die Ernüchterung der Partei verstärkte sich zusätzlich, weil es gerade die PvdA gewesen war, die sich für eine Rückkehr der SPD in den Kreis der internationalen Sozialdemokratie mit Vehemenz eingesetzt und damit vereinigende Hoffnungen verbunden hatte. Zudem befürchtete man in den Niederlanden, und dies galt für PvdA und Regierung gleichermaßen, Schumachers stures Beharren auf einer Wiedervereinigung könne zu einem Stimmungswechsel innerhalb der bundesdeutschen Bevölkerung führen und falsche Hoffnungen erwecken. Der SPD-Vorsitzende wirkte aus niederländischer Sicht als Unruhestifter in einem Prozess, der zunächst als realistisches Maximalziel die Einbettung der Bundesrepublik in die westliche Zusammenarbeit vorsah. Dieser Weg erschien nicht nur als der sicherste, sondern war auch dazu gedacht, die Westdeutschen zu beruhigen und mit der Demokratie zu

⁶⁹ Brief Fritz Heines an Friso Wielenga v. 7. Oktober 1986. Das Schriftstück wurde dem Verfasser von Friso Wielenga freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

versöhnen. Die niederländische Sozialdemokratie sprach sich keineswegs gegen ein vereinigtes Deutschland aus, wollte aber nicht den zweiten vor dem ersten Schritt gehen: Ein Zusammenschluss mit der DDR konnte demzufolge nur auf eine fest in den Westen verankerte Bundesrepublik aufbauen.

Die SPD ihrerseits bemängelte die fehlende Solidarität von niederländischer Seite, die nicht um jeden Preis eine Bestätigung für ihre außenpolitische Linie von der PvdA einforderte, aber doch zumindest einen gewissen Respekt für den beschlossenen Kurs erwartete. So kam es, dass auch abseits der deutschen Parteiführung Stimmen laut wurden, die das zuweilen bevormundende Auftreten der niederländischen Partnerorganisation zurückwiesen. Vorrink und Van der Goes van Naters würden die deutschen Sozialdemokraten als Nationalisten beschimpfen, entrüstete sich der Hamburger SPD-Vorsitzende Klaus Meitmann, „aber sind sie selbst anders?“⁷⁰ Meitmann verwies auf die Haltung in der Indonesienfrage – die sogenannten niederländischen Polizeiaktionen gegen die dortige Bevölkerung wurden 1949 auch von der PvdA geduldet – und bei den Annektierungsplänen gegen Deutschland, der eine Mehrheit der Partei zugestimmt hatte. Dass dieser kritische Ausspruch des deutschen Politikers ausgerechnet in der linken niederländischen Wochenzeitung *De Vlam* erschien, war kein Zufall. Die Gruppe um den verantwortlichen Redakteur Fritz Kief gehörte dem linken Flügel der PvdA an und war mit der zuständigen Parteiführung selten einer Meinung. Infolgedessen suchte Kief auch den Kontakt zur SPD und schwärzte den PvdA-Vorstand bei den deutschen Genossen an. In einem Brief an Kurt Schumacher kritisierte er den Umstand, dass man über die außenpolitischen Auffassungen der SPD zu wenige Informationen aus erster Hand erhalte und machte dafür Vorrink und Mozer mitverantwortlich.⁷¹ Die SPD nahm diesen Hinweis entgegenkommend auf. In der internationalen Abteilung zeigte man sich sehr interessiert an der Zeitschrift und vor allem an der politischen Linie, die sie vertrat.⁷² Skepsis an der Außenpolitik Adenauers und der PvdA fanden sich ebenfalls in dem Wochenblatt wieder wie Sympathien für Schumachers Partei. So begrüßte das Medium 1949 die Entscheidung der SPD, auf den Oppositionsbänken Platz zu nehmen, anstatt an einer Regierung teilzunehmen, „in der sie [die deutschen Sozialdemokraten, MD] nicht

⁷⁰ Zit. n. KEMPERS, F., *Indrukken uit Westduitsland*, in: *De Vlam* v. 11. Februar 1950.

⁷¹ AdSD, *Archiv Kurt Schumacher*, Brief Fritz Kiefs an Kurt Schumacher v. 31. Mai 1950.

⁷² AdSD, *Archiv Kurt Schumacher*, Brief Heinz Putzraths an Fritz Kief v. 24. Juni 1950.

mehr machen können, als die Arbeiter im Zaum zu halten und Maßnahmen schön zu reden, an die sie selbst nicht glauben“.⁷³

4.2.2 „Ohne mich“? Die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik als Zankapfel zwischen PvdA und SPD

Die PvdA litt unter dem verschlechterten Verhältnis zu ihrer deutschen Schwesterpartei und an dem Umstand, dass die europäische Sozialdemokratie keinen einheitlichen außenpolitischen Kurs verfolgte. Zwar war sich die niederländische Partei in der grundsätzlichen Kritik an der SPD, die sich aufgrund ihrer unbeweglichen Haltung international weitgehend isolierte, mit einer Reihe anderer Partnerorganisationen einig und traf in diesem Kreis auch auf Unterstützer der befürworteten Adenauerschen Außenpolitik – wie dem Generalsekretär der französischen Partei, Guy Mollet, sowie insbesondere den Vertretern der norwegischen und der dänischen Sozialdemokratie. Dies täuschte die niederländische Partei jedoch nicht darüber hinweg, dass die Sozialistische Internationale durch die zurückhaltende Europapolitik der Labour Party und die Verweigerung der SPD gegenüber der EGKS und EVG in eine tiefe Krise geraten sei, wie es der Parteivorsitzende Koos Vorrink und der Fraktionsvorsitzende Marinus van der Goes van Naters auf einer Sitzung in Brüssel im Dezember 1951 anmahnten. Die Gegensätze zwischen SPD und der französischen Schwesterpartei, mit der sich die PvdA im Einklang befand, hielt Vorrink für so schwerwiegend, dass er die Existenz der Internationale gefährdet sah und eindringlich warnte, diese könne zum dritten Mal scheitern.⁷⁴ Zugleich stellte er mit dem nachdrücklichen Appell unter Beweis, dass seine Partei die SI fast ausschließlich als geeignetes Instrument auf dem Weg der europäischen Einigung und zur Forcierung der westlichen Verteidigungsbemühungen betrachtete. Dieses Mittel vermutete man wegen der großen Uneinigkeit nun in großer Gefahr. Zu ihrem großen Bedauern musste die PvdA einsehen, dass sie mit dem eigenen Enthusiasmus für das Projekt Europa – abgesehen von den Franzosen – ohne große Partner ziemlich allein auf weiter Flur stand. Neben der abwehrenden Position der SPD formierten sich eine ausschließlich in atlantischen Kategorien denkende Labour Party und distanzierte skandinavische Parteien, die zwar

⁷³ GERTH, K. VAN, *Duitsland. Somber perspectief*, in: *De Vlam* v. 17. September 1949; vgl. zur Europapolitik der SPD KIEF, F., *De Duitse sociaal-democratie en de Europese eenheid*, in: *De Vlam* v. 17. Mai 1952.

⁷⁴ Zit. n. MISGELD, *Sozialdemokratie und Außenpolitik in Schweden*, a.a.O., S. 373.

Adenauers Westintegration vom Grundsatz her unterstützten, den von der PvdA geforderten föderalen Strukturen und supranationalen Institutionen aber kritisch gegenüberstanden. Eine der wenigen Unterstützerinnen fand sich in der sozialdemokratischen Schwesterpartei des Nachbarlandes Belgien, das die Integrationsbemühungen gemeinsam mit den Niederländern und Luxemburgern im Benelux-Verbund ohnehin vorantrieb. Ein Wesenszug, der sich auf die politische Klasse der drei Länder übertragen hatte und von den Sozialdemokraten offen vertreten wurde.⁷⁵ Die 1951 in Frankfurt wiedergegründete Sozialistische Internationale war dagegen mehrheitlich nicht bereit, sich von den Niederländern einseitig deren Stempel aufdrücken zu lassen. Dem großen Teil der sozialdemokratischen Schwesterparteien fiel es schwer – am stärksten der SPD –, sich von nationalen Wurzeln zu trennen. Man zeigte sich misstrauisch gegenüber dem von der PvdA offen geforderten Internationalismus, da dieser im Grunde auch nur nationalen Interessen folgte: Die hartnäckig verfolgte Europa- und Sicherheitspolitik resultierte vor allem aus dem niederländischen Sicherheitsbedürfnis.⁷⁶

Aus Frust über den fehlenden Konsens in der sozialdemokratischen Europapolitik beteiligte sich die niederländische Partei demonstrativ in Person ihres internationalen Parteisekretärs Alfred Mozer an der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa (MSEUE).⁷⁷ Diese locker zusammengefügte Gruppierung blieb eine von ganz spärlichen Ausnahmen des sozialdemokratischen Lagers, die sich mit Nachdruck für das europäische Projekt einsetzte. Um der Zusammenarbeit eine möglichst breite Plattform zu geben, wurden auch bürgerliche Organisationen beteiligt, die das Unternehmen mehrheitlich dominierten. Dass von amerikanischer Seite zudem Finanzhilfen flossen, vergrößerte das Misstrauen in der SPD. In einer Sitzung des Parteivorstandes im Februar 1952 kritisierte Fritz Heine die Bewegung als „bürgerlich gemischt à la Partei der Arbeit in Holland“.⁷⁸ Rund zwei Jahre später untersagte die SPD ihren Mitgliedern eine Mitarbeit in der MSEUE – ein Vorgang, der deutlich machte, wie sehr sich die deutsche Sozialdemokratie von konservativen Kreisen abschottete und alte Grabenkämpfe fortführte. Die PvdA dachte völlig entgegengesetzt: Gerade wegen der für notwendig befundenen Integrationspläne bemühten sich die

⁷⁵ Vgl. in diesem Zusammenhang auch ROGOSCH, D., *Vorstellungen von Europa. Europabilder in der SPD und bei den belgischen Sozialisten 1945-1957*, Hamburg 1996 (= *Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte*, Bd. 14).

⁷⁶ Vgl. MISGELD, *Sozialdemokratie und Außenpolitik in Schweden*, a.a.O., S. 358f., S. 373, S. 388.

⁷⁷ Vgl. WIELENGA, *Buitenlandse politiek als splijtzam*, a.a.O., S. 194f.; vgl. auch NOTTEN, W., *Zur Wiederaufnahme bilateraler Beziehungen zwischen SPD und PvdA*, a.a.O., S. 21.

⁷⁸ Zit. WIELENGA, *Buitenlandse politiek als splijtzam*, a.a.O., S. 195.

Spitzenpolitiker der Partei um eine Kooperation mit dem bürgerlichen Lager. Dies geschah in dem Grundverständnis, mit dem man auch die eigene Koalition mit den Christdemokraten in Den Haag betrachtete. Nur durch eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten sei Europa zu retten, hatte Koos Vorrink schon im Mai 1948 in einem Gespräch mit Konrad Adenauer gesagt.⁷⁹ Das war und blieb die Grundlage, auf der die PvdA handelte und von der sie glaubte, ihre sozialdemokratischen Schwesterparteien – und besonders die SPD – mit aller Deutlichkeit überzeugen zu müssen. Ohne durchschlagenden Erfolg, wie sich herausstellte. Ernüchert konstatierte Koos Vorrink im Juni 1952: „Die deutschen Sozialisten haben sich so weit in ihre nationale Aufgabe verrannt, dass sie für ihre internationale Verantwortung nichts übrig haben. Auch auf internationale Ebene scheint ihre einzige Sorge zu sein, Dr. Adenauer den Wind aus den Segeln zu nehmen“, sagte der Parteivorsitzender gegenüber der christdemokratischen Tageszeitung *de Volkskrant*. Die führende Tageszeitung der katholischen Säule betitelte ihr Gespräch mit dem Vordermann der niederländischen Sozialdemokratie auch nicht zu Unrecht mit den Worten: „Vorrink machte die PvdA zu einer Propagandistin der europäischen Einheit.“⁸⁰

Nur zu gern hätten es auch die anderen Außenpolitiker der Partei um Marinus van der Goes van Naters und seinen Nachfolger im Amt des Fraktionsvorsitzenden (1952-1962), Jaap Burger, gesehen, wenn einer der ihnen das niederländische Außenministerium hätte übernehmen können. Die eigenen europapolitischen Vorstellungen wären auf diese Weise noch wirksamer zu propagieren gewesen. Unterstützung erhielten sie in diesem Bestreben von dem außenpolitisch versierten Landwirtschaftsminister Sicco Mansholt. Ihr gemeinsames Vorbild war der belgische Sozialdemokrat Paul Henri Spaak (1899-1972), der sich als früherer Außenminister und Ministerpräsident seines Landes insbesondere der europäischen Einigung gewidmet hatte. Der Wille auf die Leitung des Außenamtes scheiterte jedoch am europapolitisch reservierten Willem Drees selbst, der diesen Komplex auch aus machtpolitischen Erwägungen dem großen Koalitionspartner überließ.⁸¹ Daran änderte sich bis zum Ende seiner Amtszeit und des gemeinsamen Regierungsbündnisses 1958 auch kein Deut mehr, zumal sich der Christdemokrat Joseph Luns den Posten des Außenministers nicht

⁷⁹ Zit. aus dem Vermerk zu einem Gespräch Konrad Adenauers mit Koos Vorrink und Alfred Mozer v. 26. Mai 1948, in: MORSEY/SCHWARZ, *Adenauer*, a.a.O., S. 224.

⁸⁰ SMEDTS, M., *Vorrink maakte de PvdA propagandiste der Europese eenheid. Zeer vroeg zag hij het rode gevaar*, in: *de Volkskrant* v. 17. Juni 1952.

⁸¹ Vgl. MANSHOLT, *Drees als minister en ministerpresident*, a.a.O., S. 141.

nehmen lassen wollte. Trotz dieser unbeweglichen Situation versuchte die in außenpolitischen Fragen unerfahrene Partei, sich durch Vorschläge und Eingaben auch außerhalb des Landes einen Namen zu verschaffen. Herausragendes Beispiel ist in diesem Zusammenhang der Beitrag, den Van der Goes van Naters bei der Verständigung um die Zukunft des Saarlandes leistete. Das heutige Bundesland stand nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst unter französischer Verwaltung und wurde erst 1957 wieder der Bundesrepublik angegliedert, nachdem eine Zweidrittelmehrheit der saarländischen Bevölkerung das Saarstatut abgelehnt hatte. Dieses war nach den Vorstellungen von Van der Goes van Naters als Kompromisslösung konzipiert worden, da die Regierung in Paris zunächst auf einer endgültigen Autonomielösung und der wirtschaftlichen Verknüpfung mit den saarländischen Kohlerevieren beharrte, während die Bundesrepublik für eine vorübergehende Regelung eintrat, um einem künftigen Friedensvertrag nicht vorzugreifen. Das Konzept des Niederländers sah eine Europäisierung des Saarlandes und damit eine Verwaltung durch eine internationale Behörde vor. Adenauer war bereit, dem Vorschlag als Provisorium zuzustimmen, weil vom Ausgang der Saarfrage auch der Fortgang der deutschen Westintegration abhing. Da sich beide Seiten allerdings nicht einigen konnten, schlossen der französische Ministerpräsident Pierre Mendès-France und der deutsche Regierungschef ihrerseits den Kompromiss, die Entscheidung der saarländischen Bevölkerung zu überlassen, die sich schließlich eindeutig äußerte.⁸²

Zwischen Van der Goes van Naters und Konrad Adenauer entwickelte sich nicht zuletzt aufgrund der Bereitschaft des niederländischen Sozialdemokraten, die Saarfrage zu einer tragfähigen Lösung zu führen, ein herzliches Verhältnis. Wie seine Parteikollegen Alfred Mozer und Koos Vorrink pflegte der Außenpolitiker mit dem christdemokratischen Bundeskanzler bessere Kontakte als zu den deutschen Parteifreunden. Dies war vor allem auf die fast vollständige Einhelligkeit in internationalen Fragen zurückzuführen. Bei einem Treffen im Bonner Palais Schaumburg meinte der gastgebende Adenauer scherzhaft zu seinem niederländischen Gast: „Können Sie Ihre deutschen Genossen nicht mitnehmen ins holländische Sanatorium?“⁸³ In einem Brief an den deutschen Regierungschef anlässlich dessen 80. Geburtstages im Januar 1956 schrieb Van der Goes van Naters fast ehrfurchtsvoll: „Sie sind der erste Deutsche, dem wir Ausländer unser Vertrauen gegeben haben, wie wir es

⁸² Vgl. BIRKE, *Nation ohne Haus*, a.a.O., S. 337ff.; vgl. hierzu aus Sicht der PvdA den Artikel von RUYGERS, G., *Duitsland, de Saar, Straatsburg*, in: *Paraat* v. 10. März 1950.

⁸³ Zit. n. GOES VAN NATERS, *Herinneringen*, a.a.O., S. 205.

jetzt an sehr viele ihrer Landesgenossen geben. Aber Sie haben es uns ermöglicht, etwas zu überwinden, und dadurch haben Sie uns gewonnen – für immer.“⁸⁴ Die überaus gute Chemie zwischen den niederländischen Sozialdemokraten und dem Bonner Kanzler speiste sich nicht nur aus den politischen Gemeinsamkeiten, sondern auch aus der Wertschätzung, die die PvdA dem „Alten“ für seinen Regierungskurs entgegenbrachte. Die Konsequenz, mit der er sich um die Wiedererlangung der Souveränität für sein Land einsetzte, verlangte Respekt ab und erinnerte in seinem stringenten Vorgehen an den Charakter der eigenen Vaterfigur Willem Drees.

Zielstrebig und mit sicherem Auftreten steuerte Adenauer die Bundesrepublik in die europäische und atlantische Zusammenarbeit und wich nicht davor zurück, das Land aus diesem sicherheitspolitischen Nutzen einer Wiederbewaffnung zu unterziehen. Dies rief nicht nur im Ausland, sondern auch auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen im Inland einen Aufschrei des Protestes hervor. Dagegen seien die politischen Auseinandersetzungen um den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat und zur EGKS „Geplänkel“ gewesen, wie der Berliner Historiker Heinrich August Winkler die anhaltenden Debatten um einen deutschen Wehrbeitrag charakterisiert hat.⁸⁵ Zu den erklärten Gegnern gehörte auch die deutsche Sozialdemokratie, die ihre Position vor allem mit der pazifistischen und antimilitaristischen Grundhaltung ihrer Anhängerschaft begründete. Da Schumacher für ein gleichberechtigtes und wiedervereinigtes Deutschlands eintrat, prägte er die Formel, das Land müsse an der Oder und nicht an der Elbe verteidigt werden. Eine militärische Totalverweigerung schloss er zum Zweck der deutschen Einheit aus. Letztendlich verhielt sich die SPD nicht anders als bei den Kontroversen um den Beitritt zu den ersten europäischen Institutionen: Es durften keine unumkehrbaren Schritte eingeleitet werden, die das Primat der Wiedervereinigung einseitig gefährdeten.⁸⁶ Die Wendung des „Ohne mich“ entwickelte sich somit zu einem beflügelten Schlagruf, den sich Sozialdemokraten und Gewerkschaftler in ihrem Widerstand gegen die Wiederbewaffnung aneigneten. Initiiert und getragen wurde die Bewegung jedoch weniger von der SPD als vom Lager des Linksprotestantismus um den früheren CDU-Innenminister Gustav Heinemann und den Pastor Martin Niemöller. Beide gehörten zu den größten Gegnern eines deutschen Wehrbeitrages und teilten mit

⁸⁴ NA, Abteilung II, *Archiv Marinus van der Goes van Naters*, Nr. 1, Brief von Marinus van der Goes van Naters an Konrad Adenauer v. 5. Januar 1956. Der Bundeskanzler bedankte sich am 31. Januar 1956 mit einem Antwortbrief, in dem er unter anderem schrieb: „Ich bin überzeugt, dass das Vertrauen zwischen unseren beiden Völkern noch weiter wachsen und die sichere Grundlage ihrer fruchtbaren Zusammenarbeit bilden wird.“

⁸⁵ Vgl. WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, a.a.O., S. 144.

⁸⁶ Vgl. POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte der SPD*, a.a.O., S. 203f.

Kurt Schumacher ihre Skepsis über die Bereitschaft des Bundeskanzlers, das Ziel der deutschen Einheit voranzubringen. Vollauf bestätigt sah man sich in der gegenseitigen Einschätzung, als Adenauer im März 1952 die Stalin-Noten als Störmanöver zurückwies und die Alliierten nicht – wie von der SPD gefordert – dazu animierte, auf das sowjetische Angebot einzugehen, um die Möglichkeiten einer Wiedervereinigung auszuloten. Während der Bundeskanzler auf seinem eingeschlagenen Kurs der „Politik der Stärke“ beharrte, trauerte die Opposition ob einer „verpassten Chance“, um in dieser zwingenden Frage zu Fortschritten zu kommen.⁸⁷ Die von Heinemann gegründeten Oppositionsbewegungen gegen eine erneute Militarisierung Deutschlands – die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“ im November 1951 und die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) ein Jahr später – entwickelten sich allerdings zu keinen massenhaften Gruppierungen. Auch die SPD, die sich nach dem Tod Schumachers im August 1952 und der anschließenden Führungsübernahme durch Erich Ollenhauer im Partei- und Fraktionsvorsitz noch stärker diesem Gesinnungspazifismus annäherte, schlug aus ihrer antimilitaristischen Verortung kein nennenswertes Kapital.⁸⁸ Erstaunlich rasch und zudem problemlos war dagegen die PvdA bereit, eine Wiederbewaffnung des früheren Feindes zu akzeptieren. Der Überfall des kommunistischen Nordkoreas auf den südlichen Teil des Landes im Juni 1950, hinter dem man eine Initiative Stalins vermutete, weckte auch in den Niederlanden die Vorstellung, in Deutschland könne sich ein ähnliches Szenario wiederholen.⁸⁹ In den Reihen der Sozialdemokraten bedurfte es daher keines längeren Erörterungsprozesses, um aus elementaren nationalen Sicherheitsinteressen dazu überzugehen, den westdeutschen Nachbarn und damit den Kontinent selbst gegen eine mögliche Gefahr aus dem Osten abzusichern. Für die PvdA war die deutsche Frage immer zugleich auch eine europäische, die es im internationalen Kontext möglichst unter enger amerikanischer Begleitung zu lösen galt. Der Misserfolg der EVG stellte für die niederländische Partei zwar zunächst eine Enttäuschung dar, weil eine gemeinsame Europaarmee dem Integrationskonzept der PvdA entsprach. Im Nachhinein konnte sie dem Scheitern aber positive Seiten abgewinnen, weil eine wiederbewaffnete Bundesrepublik im NATO-Verbund unter Präsenz des großen Verbündeten in Europa

⁸⁷ Vgl. zu den Reaktionen in den Niederlanden auf das Verhandlungsangebot aus Moskau HESS, J.C./F. WIELENGA, *Die Niederlande und die Wiedervereinigung Deutschlands. Ein Beitrag zur Debatte um die „Verpassten Gelegenheiten“ im Jahr 1952*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 3 (1987), S. 349-384.

⁸⁸ Vgl. WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, a.a.O., S. 145f.

⁸⁹ Vgl. SCHÖLLGEN, *Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow*, a.a.O., S. 69ff.; vgl. aus Sicht der PvdA ROVERS, *Voor recht en vrijheid*, a.a.O., S. 120ff.

als bessere Alternative erschien. Willem Drees bezeichnete den deutschen Beitritt zum atlantischen Bündnis daher als „wirkliche Lösung“: „Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft habe ich letztendlich nur unterstützt, weil Frankreich sonst nicht bereit gewesen wäre, Deutschland an der Verteidigung Europas zu beteiligen [...]“.⁹⁰ Die geforderte Einbettung der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft durfte also nach dem Sicherheitsverständnis der PvdA auch vor einem deutschen Wehrbeitrag nicht halt machen und verantwortete bei der Partei jene Konsequenz, sich in Opposition zur SPD zu stellen. In den gegenseitigen Parteibeziehungen begannen sich die gleichen Reaktionsmuster zu häufen: Da die deutsche Sozialdemokratie ihre Zustimmung wie bei den europäischen Integrationsfragen verweigerte, rief dies im Umkehrschluss beim niederländischen Pendant völliges Unverständnis hervor. Der Außenexperte der PvdA, Jacques de Kadt, bezeichnete die Haltung der SPD als „skandalös“. In einem Brief an Koos Vorrink schrieb er im September 1950 völlig entrüstet: „Die Hauptsache ist, dass 1950 und 1951 mehr Truppen an der Elbe aufgestellt werden; und wenn sich die deutschen Sozialisten hieran nicht beteiligen wollen [...], dann lassen sie in einer Weise ihre wichtigsten Pflichten außer Acht, dass ich sie nur noch als fremde Feinde und nicht als deutsche Geistesverwandte betrachten kann.“⁹¹ Dies ließ in der Deutlichkeit der Aussagen aber auch in ihrem Ton nichts zu wünschen übrig und unterstrich, wie weit beide Parteien in ihren außenpolitischen Ansichten und ihren Bewertungen voneinander entfernt waren. Auch der Vorsitzende Koos Vorrink selbst machte 1952 in Aufzeichnungen zur Außen- und Europapolitik keinen Hehl aus der Erwartungshaltung seiner Partei, dass Deutschland so schnell wie möglich auch als NATO-Mitglied seinen „Anteil in einer koordinierten europäischen Verteidigung“ auf sich nehmen werde. Die PvdA sei der Meinung, dass ein Deutschland der bewaffneten oder unbewaffneten Neutralität eine Lebensgefahr für das gesamte demokratische Europa bedeute, einschließlich eines demokratischen Deutschlands. „Bezüglich der deutschen Frage ist die Partei der Arbeit seit langem der Meinung, dass die europäischen Probleme nicht gelöst werden können ohne völlige Liquidation der deutschen Ausnahmeposition.“⁹² Stellungnahmen, die durchaus von Konrad Adenauer hätten stammen können, der sich nach der Enttäuschung über das Scheitern der EVG darum bemühte, dass die Bundesrepublik Mitglied der als Ersatzlösung konzipierten

⁹⁰ NA, Abteilung II, *Archiv Willem Drees*, Nr. 503, Brief von Willem Drees an die Redaktion des niederländischen Wochenmagazins *Vrij Nederland* v. 9. Dezember 1952.

⁹¹ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 614, Brief von Jacques de Kadt an Koos Vorrink v. 1. September 1950.

⁹² IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1203, Koos Vorrink zur Außen- und Europapolitik der PvdA im Jahre 1952.

Westeuropäischen Union (WEU) und darüber hinaus des atlantischen Bündnisses wurde. Mit der Ratifizierung der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 war die Westintegration Westdeutschlands nahezu abgeschlossen. Durch die Koppelung an den Deutschlandvertrag aus dem Jahre 1952, der das Ende des Besatzungsstatuts vorsah und bei der Unterzeichnung im Oktober 1954 novelliert wurde, erhielt die Bundesrepublik ihre Souveränitätsrechte fast vollständig zurück. Bis zuletzt hatte die SPD – auch unter dem Einfluss sowjetischer Drohgebärden, nach einem westdeutschen NATO-Beitritt nicht mehr über die Wiedervereinigung zu verhandeln – versucht, den Regierungskurs zu verhindern oder doch wenigstens aufzuhalten. In einem Interview mit der liberalen Amsterdamer Tageszeitung *Het Parool* sagte Erich Ollenhauer schon 1952 zu den Beweggründen, dass sich die Kritik nicht gegen die Idee der europäischen Zusammenarbeit richte, sondern gegen die mangelhafte Form, in welche diese gegossen werde. „Die Einfügung der Bundesrepublik in das kleineuropäische System bedeutet in ihrer Auswirkung, dass die Möglichkeiten zur Wiederherstellung der deutschen Einheit geringer werden, weil die Kluft, welche die beiden Teile unseres Landes trennt, noch tiefer werden wird.“⁹³ Das waren die bekannten Argumente der SPD, die Ollenhauer auch nach dem Tod Kurt Schumachers am 20. August 1952 aufrechterhielt und gegen die Kritik der PvdA verteidigte. Für einen außenpolitischen Kurswechsel sah er keinen Grund. Die Streitigkeiten zwischen beiden Schwesterparteien blieben daher in ihrem Grundsatz bestehen und wurden nur kurz anlässlich des Ablebens Schumachers unterbrochen. In einem Trauerbrief schrieb Alfred Mozer an den SPD-Vorstand: „Männer seines Formates zwingen zum Nachdenken. Sie werfen ihr eigenes Licht auf die brennenden Probleme unserer Zeit. Sie wecken große und begeisterte Zustimmung. Sie wecken jedoch nicht selten Widerspruch und Widerstand, sowohl bei Freunden wie bei Gegnern.“⁹⁴ Mit Letzterem waren auch die Beziehungen zwischen PvdA und dem ersten Nachkriegsvorsitzenden und seiner Partei passend beschrieben worden – einem Verhältnis, in dem Meinungsverschiedenheiten die Regel waren und nicht die Ausnahme. „Schumacher kannte keinen Kompromiss“, resümierte die sozialdemokratische Tageszeitung *Het Vrije Volk* in der Überschrift ihres Rückblicks

⁹³ O.A., „*Bonn is nog geen echte partner van Westen*“, *zeggen Westduitse sociaal-democraten. Ollenhauer: „Wij zijn niet tegen Europese samenwerking*“, in: *Het Parool* v. 28. Mai 1952.

⁹⁴ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1203, Brief Alfred Mozers an den SPD-Vorstand v. 21. August 1952.

auf die Führungsperson der deutschen Sozialdemokratie und machte damit auf eine Eigenschaft aufmerksam, die auch die PvdA am stärksten bemängelte.⁹⁵

Mit Erich Ollenhauer übernahm ein Mann die Führung der deutschen Sozialdemokratie, zu dem die niederländische Organisation schon wegen dessen Freundschaft mit Koos Vorrink einen besseren Draht hatte. Der bisherige Stellvertreter des SPD-Vorsitzenden war nach dem Krieg zum wichtigsten Ansprechpartner für die PvdA geworden, auch weil er gemäßigter und kompromissorientierter arbeitete als der in seinem Stil zu schroff empfundene Vorgänger. Mit einer gewissen Genugtuung stellte Alfred Mozer in einem Beitrag für den *Paraat* fest, dass Ollenhauer kein „Kampfhahn“ wie Kurt Schumacher sei.⁹⁶ Dem Verhältnis zwischen den beiden Parteien, das sich nach dem Redeverbot für Mozer auf Veranstaltungen der SPD und ihrer Parteitagsabsage auf einem Tiefpunkt befand, brachte dieser Personalwechsel jedoch keinen Aufschwung. Es stand weiterhin unter dem völligen Eindruck der entgegengesetzten außenpolitischen Vorstellungen, die die gegenseitigen Beziehungen fast ganz zum Erlahmen brachten. Beide Seiten waren von ihren Festlegungen dermaßen überzeugt, dass eine Kompromisslösung, ein gemeinsamer Modus vivendi unter Schwesterparteien, nicht in Sicht war. Die PvdA trug mit ihrem nachvollziehbaren Überzeugungseifer nicht dazu dabei, die SPD zum Umdenken zu bewegen. Die gebetsmühlenartigen Versuche Alfred Mozers, die deutsche Sozialdemokratie von der Notwendigkeit der europäischen Integration zu überzeugen, und nur hierum ging es, wirkten sich in Bonn kontraproduktiv aus. Die SPD-Führung war nicht bereit, sich in dieser Form in ihr Grundkonzept hereinreden zu lassen. Aus tiefer Verärgerung über den anhaltenden Kurs der deutschen Schwesterorganisation ließ sich Mozer Anfang 1953 in einem Beitrag für das niederländische Wochenmagazin *Vrij Nederland* zu einer Aussage hinreißen, die in ihrer Kritik vor allem auf die Haltung der SPD abzielte: „Nicht das deutsche Volk in seiner Mehrheit ist nationalistisch, sondern die Parteiführungen, die diesen Nationalismus aus taktischen Erwägungen schüren, weil sie in Erinnerung an 1920 leben.“⁹⁷ Die Aussage unterstrich zum wiederholten Male das Unverständnis der niederländischen Sozialdemokratie über eine als übermäßig patriotisch empfundene SPD, die es an internationalem Feingefühl vermissen ließ. Zudem wurde erneut deutlich, dass die PvdA mit dem Weimar-Trauma, einem befürchteten Versailles-Effekt

⁹⁵ O.A., *Schumacher kende geen compromis. Man van uitzonderlijke persoonlijke moed*, in: *Het Vrije Volk* v. 21. August 1952.

⁹⁶ MOZER, A., *Uit Duitsland. Dr. Erich Ollenhauer*, in: *Paraat* v. 25. Dezember 1954.

⁹⁷ MOZER, A., *Niet nazi's, maar democratische partijen zijn gevaarlijk*, in: *Vrij Nederland* v. 31. Januar 1953.

der deutschen Schwester, wenig anfangen konnte und gar nicht erst versuchte zu ergründen, warum sich die Partei in dieser Form positionierte.⁹⁸ Stattdessen bezeichnete Mozer die Lage der SPD als tragisch und prophezeite ihr, den Wettlauf um den Nationalismus nie gewinnen zu können, weil man ihr diesen nicht abnehme.⁹⁹ In der Bonner SPD-Baracke reagierte man empört ob dieser Vorwürfe und unterstellte Mozer den „Versuch einer böswilligen Verleumdung“. Eine Anzahl holländischer Genossen habe offensichtlich sehr eindeutige Auffassungen über die deutsche Sozialdemokratie und ihre Führung, schrieb Fritz Heine am 4. Februar 1953 an den PvdA-Vorstand, und zweifellos gebe es auch in der deutschen Partei eine Anzahl Genossen, die eine sehr eindeutige Auffassung über die holländische Bruderpartei und einige ihrer führenden Vertreter hätten. „Der Unterschied scheint uns sehr wesentlich darin zu bestehen, dass die deutschen Sozialdemokraten es bisher vermieden haben, ihre Ansichten über die holländische Partei zu veröffentlichen, während verschiedene holländische und neu-holländische Genossen es offenbar für ihre Aufgabe halten, die SPD-Haltung bei jeder sich ihnen bietenden Gelegenheit zu kritisieren.“¹⁰⁰ Die Bemerkung vom neu-holländischen Genossen wirkte beleidigend und zielte eindeutig auf Alfred Mozer ab, in dessen Person sich die immensen Schwierigkeiten der gegenseitigen Kontakte stets stärker kristallisierten. Diese bekamen mehr und mehr den Charakter einer tieferen Auseinandersetzung zwischen dem Politiker Mozer und dem SPD-Vorstand, für den der internationale Parteisekretär zu einem ständigen Unruheherd wurde.

In der Führung der PvdA regte sich Ungemach über den schlechten Zustand der Beziehungen zur deutschen Sozialdemokratie, für den man Mozer mitverantwortlich machte. Offensichtlich zeigte sich dies in einem Vorstandsbeschluss aus dem Frühjahr 1953, der vorsah, die internationale Korrespondenz auch von Parteisekretär Frits Albrecht bearbeiten zu lassen.¹⁰¹ Die SPD ihrerseits legte, wohl auch um den Überblick zu behalten, einen 16-seitigen Bericht an („Der Konflikt mit der Partij van de Arbeid“), in der sie fein säuberlich alle Konfliktherde mit der niederländischen Schwesterpartei auflistete. Kritisch bemerkte der Autor, vermutlich Fritz Heine, in der Einleitung: „Wenn die Durchführung der Europaidee damit beginnt, dass die Sozialisten der verschiedenen Länder in die Nachbarstaaten reisen und dort Propaganda gegen die Politik der Bruderparteien betreiben, dann kann das Ergebnis sein, dass die einzige

⁹⁸ Vgl. BOSSCHER, *De jaren 1946-1970*, a.a.O., S. 179.

⁹⁹ MOZER, A., *Niet nazi's, maar democratische partijen zijn gevaarlijk*, in: *Vrij Nederland* v. 31. Januar 1953.

¹⁰⁰ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1203, Brief Fritz Heines an den PvdA-Vorstand v. 4. Februar 1953.

¹⁰¹ Vgl. WIELENGA, *Alfred Mozer. Europeaan en democraat*, a.a.O., S. 151f.

echte europäische Bewegung, die Sozialistische Internationale, durch die Aktivität der eigenen Führung vernichtet wird.“¹⁰² Erneut entschloss sich der SPD-Vorstand im Februar 1953, die Einladung der PvdA zu ihrem Parteitag nicht wahrzunehmen. Das hing sicherlich mit den Äußerungen und dem Verhalten Alfred Mozers zusammen, wurde aber mit kritischen Aussagen begründet, die wiederum Koos Vorrink getätigt hatte.¹⁰³ Verärgert zeigte man sich zudem über die Tatsache, dass der PvdA-Vordermann im Januar 1953 auf einer Kundgebung des Bundes für Freiheit und Recht in Berlin gesprochen hatte – einer Organisation, die der SPD nicht wohlgesonnen gegenüberstand. Wie schon im November 1951, als Vorrink auf einer Veranstaltung mit hochrangigen Vertretern des Krupp-Werke zusammentraf, wollte sich dieser aber aus Bonn nicht vorschreiben lassen, mit wem er zu reden habe und mit wem nicht. Enttäuscht schrieb Fritz Heine am 12. Februar 1953 nach Amsterdam: „Wir sind über dieses Verhalten führender holländischer Funktionäre außerordentlich betroffen und bitten Euch, selbst zu erkennen, was es bei den Mitgliedern der SPD für einen Eindruck macht, wenn holländische Sozialisten fortlaufend an Konferenzen und anderen Aktivitäten teilnehmen, die sich gegen die SPD in Deutschland richten.“¹⁰⁴ Zugleich zeigte die kritische Reaktion der SPD am früheren Auftritt Vorrinks mit Unternehmensvertretern, wie sehr die deutsche Sozialdemokratie im alten Klassendenken verhaftet blieb und sich anders als die PvdA dem Wirtschaftsleben kritisch und abweisend gegenüberstellte.

Um die gegenseitigen Verbindungen nicht gänzlich abreißen zu lassen, erhielt die SPD im Juli 1953 Post aus der PvdA-Zentrale in der Amsterdamer Tesselschadestraat. In dem Brief, den nicht Alfred Mozer, sondern der zweite Vorsitzende Hein Vos und Parteisekretär Frits Albrecht unterzeichnet hatten, wurden versöhnliche Töne angestimmt. Der Parteivorstand der SPD möge entschuldigen, dass man die Meinung zum Ausdruck bringe, dass in sozialistischen Parteien anderer Länder, vor allem auch in Deutschland und England, die nationale Situation bezüglich der internationalen und europäischen Fragen eine viel größere Rolle spiele und weit mehr im Vordergrund stehe als in den Niederlanden. Man rühme sich dessen nicht, weil es das Ergebnis der niederländischen politischen Situation sei, die ein großes Maß an Freiheit gestatte. Gemeinsam könne man versuchen, so schlugen die beiden vor, diese Gegensätze in so

¹⁰² AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 311, Dokumentation „Der Konflikt mit der Partij van de Arbeid“ (ohne Datum).

¹⁰³ Vgl. AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 2868, Kurzprotokoll zur SPD-Vorstandssitzung v. 18. Februar 1953.

¹⁰⁴ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1203, Brief Fritz Heines an den PvdA-Vorstand v. 12. Februar 1953.

bescheidenen Grenzen wie möglich zu halten. „Das ist jedoch nur durch starken Gedankenaustausch möglich, wobei sehr wahrscheinlich durch das wachsende Verständnis für die Schwierigkeiten des anderen und seine Bemühungen, ihrer Herr zu werden, die Würdigung für den Standpunkt des anderen wachsen kann und die Gegensätze überbrückt werden können.“¹⁰⁵ Schon einige Monate später, im November 1953, kam es zu diesem Gedankenaustausch bei einem Treffen beider Parteien in Bonn. Die Führungsriege von SPD und PvdA verstanden den Anlass als Möglichkeit, die Talsohle ihres schlechten Verhältnisses zu verlassen. In bezug auf die gegensätzlichen Standpunkte in der Außenpolitik einigten sich Erich Ollenhauer und Hein Vos, der den erkrankten Koos Vorrink vertrat, auf den schlichten Formelkompromiss, dass die Außenpolitik durch die innenpolitische Situation mitbestimmt werde.¹⁰⁶ Damit gestatteten sich beide Seiten, auf dem Feld der internationalen Beziehungen einen anderen Standpunkt einzunehmen, den man trotz der weiterhin vorhandenen Meinungsverschiedenheiten tolerierte. Die PvdA befreite sich somit von ihrem Zugzwang, die Außenpolitik der europäischen Sozialdemokratie müsse einheitlich gestaltet werden. Trotz der beiderseitig vorhandenen Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, waren die Gastgeber nicht bereit, dem niederländischen Vorschlag zu folgen und die Struktur der Schwesterpartei mit ihren verschiedenen Arbeitsgemeinschaften zu übernehmen. Die von ihrem zentralisierten Aufbau überzeugte SPD fürchtete, wie es der neue zweite Vorsitzende Wilhelm Mellies ausdrückte, es könne als stärkste Gruppierung die der „Freidenker“ entstehen, wodurch die innerparteilichen Gegensätze erneut aufgefrischt werden könnten.¹⁰⁷ Dieses Beispiel zeigte, wie sehr die SPD-Führung auch nach dem Tode Schumachers auf eine autoritäre und einheitliche Organisation der Parteistrukturen Wert legte und wie schwer sie sich damit tat, abweichende Meinungen überhaupt zu tolerieren. Der Fall Kaisen hatte dies eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Dass die Partei darüber hinaus den Gedanken ablehnte, Arbeitsgemeinschaften ähnlich der PvdA einzurichten, um eine pluralistische Entwicklung zu fördern, verdeutlichte nachdrücklich, dass die SPD im Gegensatz zur niederländischen Organisation eine fast monotone Arbeiterpartei geblieben war. Dieses Beharrungsvermögen auf dem gegenwärtigen Entwicklungsstand war für die Vertreter der PvdA nur schwer nachvollziehbar. Ihr blieb ein Rätsel, warum sich die früher so

¹⁰⁵ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1203, Brief von Hein Vos und Frits Albrecht an den SPD-Vorstand v. 3. Juli 1953.

¹⁰⁶ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1203, Bericht zum Treffen mit dem SPD-Vorstand in Bonn am 22./23. November 1953.

¹⁰⁷ Ebd.

geschätzte deutsche Schwesterpartei nicht auf zu neuen Ufern machte und stattdessen an alten Traditionsbeständen festhielt. Nichtsdestotrotz fanden beide Parteien mit der Bonner Zusammenkunft, bei der Missverständnisse ausgeräumt und die Organisation einer geregelten Kontaktpflege besprochen wurden, einen geeigneten Modus vivendi, auf dessen Basis die schweren Auseinandersetzungen zu den Akten gelegt werden konnten. Bezeichnenderweise stellten SPD und PvdA bei ihrem Bonner Treffen fest, dass auf sozialen und wirtschaftlichen Politikfeldern kaum Meinungsunterschiede bestanden, was noch einmal untermauerte, dass die Komplikationen ausschließlich der Außenpolitik entwachsen waren.

4.3 Nach den Pariser Verträgen: Rückwirkungen von Wiederbewaffnung und NATO-Beitritt der Bundesrepublik auf die Sozialdemokratie (1955-1961)

4.3.1 Vorstellungen à la SPD: Europäisches Sicherheitssystem und Deutschlandplan

Auch wenn sich das atmosphärische Klima der Beziehungen seit der Unterredung in Bonn verbessert hatte, bedeutete dies nicht, dass sich die Standpunkte in der Außenpolitik angeglichen hätten. Und obwohl Alfred Mozer beim Treffen 1953 fest zugesagt hatte, sich in Zukunft nicht mehr zu Themen zu äußern, die den Interessen der SPD zuwiderlaufen, ließ er während einer Deutschlandreise vier Jahre später nicht davon ab, die SPD für ihre Europapolitik erneut zu kritisieren. „Ich bedaure, sagen zu müssen, dass wir nach den bei uns vorliegenden Berichten unserer Vertrauensleute den Eindruck haben, dass Du dieses Versprechen nicht gehalten hast“, schrieb ihm Fritz Heine Anfang April 1957. Mozers Reden würden bei den Parteigeignern wegen der angespannten Atmosphäre zwischen SPD und CDU als „höchst willkommene Wahlbombe“ betrachtet und ausgewertet werden, mahnte Heine in seinen Zeilen an den niederländischen Parteikollegen.¹⁰⁸ Der deutschen Sozialdemokratie kam es mit Blick auf den bevorstehenden Wahlkampf – die nächste Abstimmung über die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages fand im September statt – höchst ungelegen, dass die eigene Politik noch dazu aus dem Kreis der eigenen Partefamilie mit Störfeuern traktiert wurde. Mozer selbst, der sich schon früher über die „Spitzelberichte“ beschwert hatte, mit denen er vom Genossen Heine seit langer Zeit

¹⁰⁸ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1204, Brief Fritz Heines an Alfred Mozer v. 4. April 1957.

verfolgt werde,¹⁰⁹ reagierte mit einem von polemischen Vorwürfen gespickten Antwortbrief an die SPD-Baracke. Er glaube, erwarten zu dürfen, „dass mir das unwürdige Benehmen erspart bleibt, das den Polizeispitzelmanieren roter oder brauner Diktaturen näher steht als der Tradition der deutschen Sozialdemokratie“. Seinem Gegenüber Fritz Heine warf Mozer ein „ingerostetes Urteil“ vor und verglich dessen Kritik mit der Kampagne, die die CDU gegen den früheren Kommunisten Herbert Wehner betrieb. Wörtlich schrieb er: „Trotzdem kann ich nicht verschweigen, dass Dein unermüdliches Bestreben, mich zum Feind der SPD zu stempeln, bei mir Assoziationen zu der Verleumdungswelle der CDU gegenüber dem Genossen Wehner weckt.“¹¹⁰ Fritz Heine, der die Vorwürfe in dieser Form keineswegs stehen lassen wollte, reagierte abermals mit einem Schreiben, in dem er die Anschuldigungen zurückwies. „Wie kannst Du es wagen, die infame Hetze gegen den Bundestagsabgeordneten Wehner, die von CDU-Seite entfesselt worden ist, mit meinen persönlichen Brief an Dich auf eine Stufe zu stellen. In einem Brief, in dem ich mich glaube mit Recht dagegen wehre, dass Du unfreiwillig unseren Wahlkampf schädigst.“ Heine warf Mozer weiter vor, von „Tarnorganisationen“ der Bundesregierung, die mit der SPD in Kampf stünde, und ihren befreundeten Organisationen als fast einziger ausländischer Journalist immer wieder eingeladen zu werden, um auf deren Kosten in Deutschland zu sprechen.¹¹¹ Das war nicht weniger polemisch und zeigte nachhaltig auf, dass es zwischen Heine und Mozer in der Art ihres Konfliktmanagements kaum einen Unterschied gab.

Was sich hier zu einer fast rein persönlichen Fehde der beiden entwickelte, tangierte die zwei Parteien nicht mehr in dem Maße, wie es noch vor einigen Jahren der Fall gewesen wäre. Zwar störte man sich im SPD-Führungsgremium an den wiederholten Belehrungen des internationalen Parteisekretärs, doch war man versucht, den Ärger über Mozer nicht gleich der gesamten Schwesterpartei anzulasten. Das reinigende Gewitter des Bonner Treffens Ende 1953 wurde von beiden Seiten keineswegs überbewertet; dennoch ebnete es – bei anhaltenden Uneinigkeiten in der politischen Sache – einen Weg des Neuanfangs, den SPD und PvdA beschritten. Als Koos Vorrink im Juli 1955 seiner längeren Krankheit erlag, war es Erich Ollenhauer, der bei dem Begräbnis als langjähriger Freund eine bewegende Abschiedsrede hielt. Für die warmen Worte über „meinen Streitmacher Koos Vorrink“ brachte man ihm in den Reihen der

¹⁰⁹ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1122, Brief Alfred Mozers an Erich Ollenhauer v. 23. Februar 1953.

¹¹⁰ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1204, Brief Fritz Heines an Alfred Mozer v. 27. Mai 1957. Die hier verwendeten Zitate Alfred Mozers wurden in dem Brief Heines wörtlich wiedergegeben, als dieser auf die Vorhaltungen des internationalen Parteisekretärs der PvdA reagierte.

¹¹¹ Ebd.

niederländischen Sozialdemokraten reichlich Wertschätzung entgegen.¹¹² Sehr positiv äußerte sich im Rückblick mit Carlo Schmid auch ein führender SPD-Außenpolitiker über Vorrink. Dieser habe zu seinen „häufigsten und liebsten“ Gesprächspartnern gehört, notierte Schmid in seinen „Erinnerungen“: „Er war ein aufrechter Mann, der sich nicht in Theorien verlor, sondern dort zugriff, wo etwas zu bereinigen war oder Voraussetzungen für weiteren sozialen und moralischen Fortschritt geschaffen werden konnten.“¹¹³ Diese wohlmeinenden Aussagen zeigten, dass aus den vorhandenen Schwierigkeiten, die die SPD neben Mozer auch in der Zusammenarbeit mit dem langjährigen PvdA-Vorsitzenden zu bewältigen hatte, nicht nur negative Schwarz-Weiß-Muster resultierten. Führungspersonen wie Ollenhauer und Schmid waren in der Lage, zwischen den verschiedenen Argumenten beider Parteien zu differenzieren und vor allem persönliche Angriffe zu vermeiden. Eine Verhaltensweise, die Fritz Heine und Alfred Mozer in ihrer beiderseitigen Funktion als Vermittler zwischen SPD und PvdA nur schwerlich oder überhaupt nicht verinnerlichten. Carlo Schmid besaß in den Reihen der niederländischen Sozialdemokraten nicht nur wegen seiner ruhigen und besonnenen Art, sondern auch wegen seiner positiveren Einstellung zur europäischen Zusammenarbeit einen guten Ruf. Er passte wie Wilhelm Kaisen und der frühere Berliner Bürgermeister Ernst Reuter nicht in das bei manchem niederländischen Sozialdemokraten geläufige Bild einer nationalistischen Schwesterpartei und gehörte innerhalb des Führungsgremiums der PvdA zum wichtigsten Kontaktmann nach Erich Ollenhauer. „Carlo Schmid war ein eindruckerweckender Mann, ein Großvater, der die Weisheit gepachtet hat“, charakterisiert Connie Patijn den im französischen Perpignan geborenen SPD-Politiker, mit dem er befreundet war.¹¹⁴

Wie drei Jahre zuvor die deutsche Schwesterpartei verlor die PvdA mit ihrem Vordermann Vorrink eine der wichtigsten Führungspersonen. Da der erste Mann einer politischen Partei in den Niederlanden in seiner Bedeutung nicht mit dem Pendant auf deutscher Seite vergleichbar ist, erscheint es kaum übertrieben, Vorrink als letzten großen Vorsitzenden der niederländischen Sozialdemokratie zu bezeichnen. Sein Einfluss auf die Neuwerdung der Partei und seine Machtfülle lassen diese Bemerkung zu. Dennoch wog der politische Verlust nicht gleichermaßen schwer wie der Kurt

¹¹² OLLENHAUER, E., *Mijn strijdmaker Koos Vorrink*, in: *Paraat. Sonderausgabe anlässlich des Todes von Koos Vorrink 1955*; vgl. auch O.A., *Westerveld. Ontroerend blijf van trouw en vriendschap. Duizenden begeleiden Koos Vorrink op zijn laatste gang*, in: *Het Vrije Volk* v. 25. Juli 1955.

¹¹³ SCHMID, C., *Erinnerungen*, Bern/München/Wien 1979, S. 298.

¹¹⁴ Gespräch mit dem Verfasser am 26. Juni 2003 in Den Haag. Vgl. zum Politiker Carlo Schmid die Biographie von WEBER, P., *Carlo Schmid 1896-1979. Eine Biographie*, München 1996.

Schumachers für die SPD, da die PvdA mit Willem Drees an der Spitze des niederländischen Staates über eine viel wichtigere Symbolfigur verfügte. Mit dem bisherigen Stellvertreter, dem 44-jährigen Evert Vermeer, als Nachfolger, verjüngte sich das Führungsgremium der Partei. Auch an der Spitze des internationalen Parteisekretariats kam es zu einem Generationenwechsel. Der bisherige Mitarbeiter des wissenschaftlichen Parteibüros, der Wiardi-Beckman-Stiftung, Max van der Stoel, löste Alfred Mozer zu Beginn des Jahres 1958 ab. Der bisherige Amtsinhaber wechselte als Kabinettschef von Sicco Mansholt, dem ersten Landwirtschaftskommissar der 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), nach Brüssel. Mozer verließ für die neue Aufgabe das ihm vertraute Terrain der Parteipolitik und widmete sich auf diese Weise noch stärker seinen Europainteressen, auch wenn es ihm an der notwendigen Verwaltungserfahrung mangelte. Aus der Konsequenz seines Wegganges folgte auch eine weitere Entkrampfung des bilateralen Verhältnisses zwischen PvdA und SPD. Die unmittelbaren Auseinandersetzungen zwischen Mozer und dem SPD-Vorstand hatten sich aber bereits im Laufe des Jahres 1957 merklich abgekühlt. Dem internationalen Parteisekretär, der noch einige Jahre zuvor ein Redeverbot auf SPD-Veranstaltungen erhalten hatte, wurde nun zumindest gestattet, sich mit einem Wortbeitrag im Parteiblatt *Vorwärts* zu äußern. Den Anlass bildete der Rückblick auf einen Besuch Erich Ollenhauers in den Niederlanden, der mit einem Vortrag vor Professoren und Studenten sowie einer Zusammenkunft mit Vertretern der PvdA verbunden war. Der Artikel warf ein äußerst positives Licht auf den deutschen Gast, dessen Auftritt Mozer als „persönliche[n] Gewinn“ für den SPD-Vorsitzenden wertete. Auch über das Verhältnis beider Parteien äußerte sich Mozer versöhnlich. Der Verlauf des Abends habe deutlich gezeigt, dass man sich beiderseits bewusst sei, dass es sich um eine differenzierte Methode bei der zu verfolgenden Politik handle und nicht um einen Gegensatz, der einerseits etwa der SPD eine Konzessionsbereitschaft gegenüber dem Kommunismus unterschiebe oder der Partij van de Arbeid ein mangelndes Interesse für die deutsche Sorge um die Wiedervereinigung.¹¹⁵ Das Verhältnis zur SPD schien für Mozer weitgehend gekittet, weshalb er zu deutschen Sozialdemokraten in der Folgezeit mehr als nur zurückhaltende Beziehungen unterhielt. Über seinen besonderen Kontakt zu Herbert Wehner, den er von einem Besuch bei Schumacher im Jahre 1946 her kannte, und später auch zu Willy Brandt und Helmut Schmidt, den er in dessen Zeit als Bundeskanzler (1974-1982) einmal im Jahr aufsuchte und ihn auch brieflich

¹¹⁵ MOZER, A., *Moralischer Gewinn für die Bundesrepublik*, in: *Vorwärts* v. 13. Dezember 1957.

regelmäßig über die niederländische Parteipolitik unterrichtete, blieb er mit SPD-Spitzenpolitikern verbunden.¹¹⁶ Bis zu seiner Pensionierung 1970 arbeitete Mozer an der Seite Mansholts, den die Niederlande 1958 für den Präsidentenposten der ersten Kommission der EWG ins Rennen schickten. Mozer nutzte seinen guten Draht zu Konrad Adenauer und versuchte, diesen von einer Kandidatur des niederländischen Sozialdemokraten zu überzeugen. Der deutsche Bundeskanzler, mit Mozer in den gegenseitigen Ansichten selten uneins, wies den Bittsteller allerdings in die Schranken. Kurz und knapp antwortete Adenauer bei einem Gespräch am Silvestertag 1957 in Bonn: „Wissen Sie, Herr Mozer, ein Bauer und ein Sozialist, das ist des Guten zuviel.“¹¹⁷ Stattdessen sorgte der deutsche Regierungschef dafür, dass mit Walter Hallstein ein Fachmann nach seinen persönlichen Vorstellungen das europäische Spitzenamt übernahm – Mansholt wurde Vizepräsident und besetzte wie in den Niederlanden das Agrarressort.

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre nutzten Politiker beider Parteien verschiedene Gelegenheiten, sich für das gegenseitige Verhältnis und die deutsch-niederländischen Beziehungen zu engagieren und ihre positiven Grundabsichten unter Beweis zu stellen. Im Oktober 1955 brach Willem Drees zu einer Reise nach Berlin auf, um sich über die Lage der Viersektorenstadt zu informieren.¹¹⁸ Vor der Ernst-Reuter-Gesellschaft hielt er im Auditorium Maximum der Freien Universität Berlin eine Rede, in der sich der Ministerpräsident positiv zu den Beziehungen beider Länder äußerte und erneut sein Verständnis für die Situation der Stadt untermauerte. In diesem Zusammenhang wies Drees daraufhin, dass er die Teilung Deutschlands und die Spaltung Berlins nicht nur für Berlin und Deutschland, sondern auch für Europa für verhängnisvoll halte. „Bereits während des Krieges habe ich mich, ungeachtet meines bedingungslosen Gegensatzes zum nationalsozialistischen Deutschland, in Diskussionen und später publizierten Artikeln gegen den Gedanken einer deutschen Teilung gerichtet.“¹¹⁹ Zuvor hatte ihn der Regierende Bürgermeister Westberlins, der Sozialdemokrat Otto Suhr, in seiner Einführung als guten Europäer bezeichnet, weil sich Drees trotz persönlicher bitterer Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus unmittelbar nach Beendigung der Besetzung

¹¹⁶ Vgl. hierzu MOZER, A., *Herbert Wehner und die europäische Politik*, in: JAHN, G. (Hrsg.), *Herbert Wehner. Beiträge zu einer Biographie*, Köln 1976, S. 212-222; vgl. auch SCHÜTZ, K./A. MOZER, *Gedenkworte für Ernst Reuter. Vorträge anlässlich der 15. Wiederkehr seines Todestages am 29. September 1968*, Berlin 1968.

¹¹⁷ Zit. n. COHEN/ MOZER-EBBINGE, *Alfred Mozer. Porträt eines Europäers*, a.a.O., S. 49.

¹¹⁸ Vgl. o.A., *Dr. W. Drees bezocht Berlin*, in: *Paraat* v. 29. Oktober 1955.

¹¹⁹ NA, Abteilung II, *Archiv Willem Drees*, Nr. 621, Rede von Willem Drees vor der *Ernst-Reuter-Gesellschaft* am 23. September 1955 in Berlin.

der Niederlande für eine gutnachbarliche Zusammenarbeit mit Deutschland eingesetzt habe.¹²⁰

Auf der anderen Seite erhielt Erich Ollenhauer 1956 die Gelegenheit, sich mit einem Grußwort zum 1. Mai im niederländischen Rundfunk an eine größere Zuhörergruppe zu wenden. Mit seiner sozialdemokratischen Rhetorik und dem Appell an das Gemeinschaftsgefühl traf er auch die Seele der niederländischen Schwesterpartei, die derartig solidarisierende Aussagen von der deutschen Schwesterpartei in der Vergangenheit vermisst hatte. Ollenhauer sagte, dass „die sozialistisch denkenden Menschen in Deutschland alle ihre Kräfte einsetzen werden für eine freie, demokratische und friedliche Entwicklung in unserem Lande und in unseren Beziehungen zu anderen Ländern“. Von den Dissonanzen in der Außen- und Europapolitik sprach der SPD-Vorsitzende in diesem Zusammenhang wohlweislich nicht und lobte stattdessen die „Gemeinschaft über die Grenzen hinweg“.¹²¹ Ein gutes Beispiel für die verbesserten Beziehungen beider Parteien war auch die Tatsache, dass eine SPD-Delegation während des niederländischen Wahlkampfes 1956 Anschauungsunterricht im Nachbarland unternahm. Als eine der wenigen erfolgreichen sozialdemokratischen Regierungsparteien in Europa besaß die PvdA eine gewisse Ausstrahlungskraft auf die deutsche Schwesterorganisation, der als mehrjähriger Oppositionspartei das niederländische Exempel durchaus Vorbild war. Nach den für die PvdA erfolgreich verlaufenen Wahlen zur Zweiten Kammer im Juni 1956 schrieb Fritz Heine nach Amsterdam, dass man sich außerordentlich über den Sieg der Partei gefreut habe: „Die Besichtigung Eurer Wahlkampfarbeit in Holland hat uns wertvolle Hinweise und Anregungen gebracht, die sich für unsere Wahlarbeit sicherlich nützlich auswirken werden.“¹²² Den in der PvdA für die Wahlpropaganda verantwortlichen Meijer Sluyser lud Heine nach Deutschland ein, um dem zuständigen SPD-Ausschuss über die eigenen Erfahrungswerte zu berichten. Nach den schweren Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre war es erstaunlich, dass die SPD bei der niederländischen Sozialdemokratie nun sogar Rat für die eigene Außendarstellung einholte. Der bis dahin beispiellose Vorgang zeigte, dass sich die Stimmung in der deutschen Vorstandsriege allmählich zu ändern begann und man sich dem eigenen Erscheinungsbild kritischer

¹²⁰ Zit. n. o.A., *Dr. Drees. Verständnis für Deutschland. „Die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Niederlande seit 1945“*, in: *Spandauer Volksblatt* v. 25. September 1955; vgl. auch WEISE, W., *Sozialer Wohlstand in Freiheit. Hollands Ministerpräsident Drees sprach im Auditorium Maximum der Freien Universität*, in: *Der Tagesspiegel* v. 27. September 1955.

¹²¹ AdSD, *Archiv Erich Ollenhauer*, Nr. 125, Grußwort Erich Ollenhauers für die internationale Maifeiersendung von Radio Hilversum am 1. Mai 1956.

¹²² IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1204, Brief Fritz Heines an Meijer Sluyser v. 21. Juni 1956.

gegenüberstellte. In diesem einsetzenden Findungsprozess war es notwendig, den Blick über die Grenze zu werfen und den Erkenntnisstand um neue Anregungen zu erweitern. Auf außenpolitischem Gebiet war das Neue in den Beziehungen beider Parteien, dass die jeweiligen Vertreter ohne Umschweife für ihre Positionen warben, ohne die andere Seite für ihre Standpunkte zu kritisieren. Einspruch wurde eher indirekt geübt und ohne die gewohnte Schärfe aus der ersten Hälfte der fünfziger Jahre. Auf dem SPD-Parteitag in München im Juli 1956 verteidigte PvdA-Parteisekretär Willem Mensink ganz offen die außenpolitische Präferenz seiner Partei für das atlantische Bündnis: „Wir sind Mitglied der NATO und wollen unsere Verpflichtungen erfüllen. Wer seine Freiheit will, soll diese Freiheit auch verteidigen“, rief der Vertreter Evert Vermeers ins Plenum.¹²³ Unter dem Dach des 1953 getroffenen Kompromisses, nach dem die Außenpolitik durch die nationalen Interessen bestimmt werde, entwickelte sich ein zunehmend entspannteres Verhältnis. Die SPD befand sich auf der Schwelle, ihre eigenen außenpolitischen Leitlinien genauer zu betrachten, weil offensichtlich wurde, dass die Westintegration unumkehrbar zur Staatsräson der Bundesrepublik geworden war. Die PvdA bemühte sich auf dem Münchener Parteitag dennoch darum, Verständnis für die Haltung der Schwesterpartei aufzubringen. Viele der sogenannten nationalen Probleme seien bei näherem Einblick gemeinsame Probleme, sagte Mensink in seiner Rede. „Dies gilt nicht zuletzt für Ihr großes Problem der Wiedervereinigung. Seien Sie davon überzeugt, dass wir allen Möglichkeiten in dieser Frage größte Aufmerksamkeit schenken. Die Grenze, die ihr Land schneidet, trennt gleichzeitig unser aller Heimat: Europa.“¹²⁴ Trotz der neuen Zurückhaltung barg Mensinks Ansprache gleichsam durch die Hintertür den erneuten Versuch seiner Partei, die SPD von der Schicksalsgemeinschaft zu überzeugen, in der sich die Bundesrepublik und die Niederlande aufgrund des geteilten Europas und des geteilten Deutschlands gemeinsam befanden. Die PvdA wurde folglich nicht müde, die Schwesterpartei auf die Vorzüge der europäischen Integration und der atlantischen Zusammenarbeit zu stoßen, auch wenn dies mittlerweile viel verhaltener und verstärkt nur noch zwischen den Zeilen geschah. Zu einer Umkehr war die SPD jedoch in dieser Phase noch nicht bereit. Die Partei begann zwar zu begreifen, dass ihre außenpolitische Gesamtkonzeption in absehbarer Zeit auf den Prüfstand gestellt werden musste. Zu deutlich aber hatte sie sich

¹²³ Grußwort der PvdA auf dem SPD-Parteitag vom 10. bis 14. Juli 1956 in München, in: *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. Juli 1956 in München*, S. 29-30, S. 29.

¹²⁴ Ebd.

unter Kurt Schumacher auf den Wiedervereinigungskurs festgelegt, um nun trotz oder wegen der gelungenen Integration der Bundesrepublik von ihrem Weg abzurücken. Erst durch die Zustimmung zu den Römischen Verträgen 1957 bewies die SPD, dass sie sich gegenüber dem Westen öffnen wollte.¹²⁵ In den Reihen der niederländischen Sozialdemokraten wurde dies als erfreuliches Signal verstanden, weil es betonte, dass die SPD ihre Vorstellungen nun wirklich zu überdenken begann. Dabei gab es auch innerhalb der PvdA durchaus Stimmen, die im Ansatz Verständnis für den Widerstand der Partei Ollenhauers aufbrachten. Als Reaktion auf ihren Besuch auf der „Insel“ Berlin schrieb die Frauenreferentin der PvdA, Rita Bruyn-Ouboter, 1954 über ihre gewonnenen Erkenntnisse in der geteilten Stadt: „Es macht den Widerstand, den die SPD noch immer gegen die europäische Zusammenarbeit hegt, verständlicher. Eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit dem Westen mindert ihrer Meinung nach die Möglichkeit, dass sich die Russen bereit erklären könnten, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen.“¹²⁶ Dies war die Wiedergabe der gängigen Argumentation, mit der die SPD selbst ihre grundsätzliche Opposition gegen die Westintegration begründete. Dieser Versuch von einer Vertreterin aus der zweiten Reihe der niederländischen Partei, den Kurs der deutschen Schwester nachzuvollziehen, blieb in den Reihen der PvdA allerdings die große Ausnahme und völlig unbeachtet. Dass sich die PvdA fast überhaupt nicht mit den Argumenten der SPD beschäftigte, war ein Umstand, der für die andere Seite fast genauso galt. In Bonn fehlte der Blick für das notwendige Sicherheitsbedürfnis, mit dem die niederländische Partei ihre Vorstellungen von der aktiven Außenpolitik in Europa und der NATO herleitete.

Als die SPD 1957 ihre Vorstellungen von einem europäischen Sicherheitssystem vorlegte, das eine schrittweise Abrüstung der Bündnissysteme in Mitteleuropa und eine atomwaffenfreie Entspannungszone vorsah, an der zumindest Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei als regionaler Kern teilnehmen sollten, stieß dies innerhalb der PvdA auf Ablehnung. Auch wenn der außenpolitische Experte der Bundestagsfraktion, Fritz Erler, den Fortbestand der NATO westlich von Deutschlands befürwortete, war dieses Konzept in den Niederlanden nicht akzeptabel, weil es die Bundesrepublik aus dem gemeinsamen Verteidigungsbündnis und damit aus dem bestehenden Einflussbereich herausgelöst hätte.¹²⁷ Nach der für die SPD erneut verlorenen

¹²⁵ Vgl. HACKE, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, a.a.O., S. 80.

¹²⁶ BRUYN-OUBOTER, R., DE, *Drie dagen op een eiland. Een geïsoleerde stad*, in: *Ons Werk. Leidstersblad van de Vrouwenbond van de Partij van de Arbeid*, 7 (1954), S. 1-6, S. 3.

¹²⁷ Vgl. GROH/BRANDT, *Vaterlandslose Gesellen*, a.a.O., S. 262.

Bundestagswahl im September 1957 schrieb Evert Vermeer mit vorsichtigen Worten an seinen deutschen Vorsitzendenkollegen Ollenhauer: „Du wirst mich gewiss nicht falsch verstehen. Ich bin ein Außenstehender, habe aber den Eindruck, dass in Eurer Wahlpropaganda vor allem die internationale Politik eine große Rolle gespielt hat, und dass die Wähler darauf nur wenig reagiert haben.“ Diese versteckte Kritik an der fehlenden Attraktivität der außenpolitischen Konzepte ließ Vermeer den Hinweis folgen, dass man das von der SPD propagierte Sicherheitssystem abgelehnt habe. Dagegen hätte man es begrüßt – und das war im Hinblick auf die breite Unterstützung für die Außenpolitik Adenauers ein etwas überraschendes Bekenntnis –, wenn die SPD an der Regierung hätte teilnehmen können.¹²⁸ Dies waren im Gegensatz zum CDU-Wahlerfolg 1953, als der PvdA-Abgeordnete Franz Goedhart im niederländischen Parlament von einem „Sieg für Europa“¹²⁹ sprach, schon ganz andere Töne. Dass sich das Klima der gegenseitigen Beziehungen weiter verbesserte, war auch das Verdienst von Fritz Erler. Der außen- und verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, nach den Bundestagswahlen im September 1957 auch ihr stellvertretender Vorsitzender, gehörte zu den Parteierneuerern und bemühte sich gemäß seiner Fachrichtung insbesondere um Veränderungen auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Aus diesem Grund suchte er auch den Kontakt zur PvdA. Im Dezember 1957 schrieb er an Alfred Mozer: „Erich Ollenhauer hat mir erzählt, dass bei seinem Besuch in Holland die Anregung gegeben wurde, ich sollte einmal mit Euren auf dem Verteidigungsgebiet tätigen Genossen an Ort und Stellung Fühlung nehmen und mir bei dieser Gelegenheit auch einige Einrichtungen der holländischen Armee ansehen. Ich halte den Gedanken für gut.“¹³⁰

Die Auseinandersetzung um das kollektive europäische Sicherheitssystem beschäftigte beide Parteien dagegen vor allem auf der Ebene der Sozialistischen Internationale. Mit jeweiligen Memoranden beteiligten SPD („Sicherheit durch Abrüstung“) und PvdA („Einwände gegen das Projekt eines ‚Europäischen Sicherheitssystems‘“) auch die anderen Mitgliedsparteien an der Diskussion ihrer gegensätzlichen Meinungen. Um erst gar keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, wies die PvdA in der Einleitung ihrer Aufzeichnungen darauf hin, dass auch sie die deutsche Wiedervereinigung als „ein wichtiges Ziel innerhalb der europäischen Politik“ betrachten würde. Ihre Einwände

¹²⁸ AdSD, *Archiv Erich Ollenhauer*, Nr. 327, Brief Evert Vermeers an Erich Ollenhauer v. 27. September 1957.

¹²⁹ Zit. n. HESS/WIELENGA, *Die Niederlande und die Wiedervereinigung Deutschlands*, a.a.O., S. 377.

¹³⁰ AdSD, *Nachlass Fritz Erler*, Nr. 180A, Brief Fritz Erlers an Alfred Mozer v. 3. Dezember 1957.

richteten sich daher auch nicht gegen dieses Vorhaben, sondern meinten das als „untauglich“ empfundene europäische Sicherheitssystem, das nicht zum Ziel der deutschen Einheit führe. Während die niederländische Partei eine „Auflockerung der heutigen Grenze des sowjetrussischen Einflusses und die Schaffung eines europäischen Niemandslandes mit der Gefahr für neue sowjetrussische Möglichkeiten“ befürchtete, war die SPD mit ihrer Initiative daran interessiert, das als Herzensangelegenheit betrachtete Primat der Wiedervereinigung voranzutreiben.¹³¹ Auch wenn die Partei keinen realistischen Vorschlag unterbreitet hatte, wurde dieser in den Reihen der PvdA trotz des formulierten Widerstandes mit gewissem Respekt aufgenommen, weil die SPD erstmals konkrete Vorstellungen präsentierte, die einen offenen Diskurs ermöglichten. Von der in den Niederlanden kritisierten Fundamentalopposition der vergangenen Jahre war daher keine Rede mehr. „Wir wissen, dass die Meinungen unserer Parteien in einigen Fragen immer noch auseinander gehen. Aber wir haben doch die Beweggründe der beiden Seiten besser verstehen gelernt und einige Missverständnisse ausräumen können“, schrieb Erlers nach einem gemeinsamen Treffen im März 1958 an den PvdA-Vorsitzenden Evert Vermeer. „Wir waren sehr von der freundschaftlichen Atmosphäre beeindruckt, mit der Ihr uns umgeben habt, und danken für den herzlichen Empfang in Eurem Land.“¹³² Die Gastgeber werteten das Treffen in Den Haag ebenfalls positiv, weil man trotz aller Widersprüche auch wichtige inhaltliche Ähnlichkeiten entdeckte. Der Unterschied, dass die SPD die Wiedervereinigung als erste und die PvdA als letzte Phase der Entspannung betrachte, sei mehr Schein als Wirklichkeit, hieß es im abschließenden Gesprächsprotokoll. Beide Organisationen stellten fest, dass sie nicht über das Ziel von Entspannung und Abrüstung sowie der darin eingebetteten deutschen Wiedervereinigung uneins waren, sondern über den richtigen Weg und die geeigneten Mittel. „Was PvdA und SPD trennt, ist in der Tat der Gedanke, dass man mit kommunistischen Staaten über eine Abrüstung verhandeln könnte.“ Selbstkritisch hieß es in bezug auf die eigene Haltung der PvdA: „Die Weltpolitik kann nicht erst darauf warten, bis der Kreml ‚ausgerottet‘ ist.“¹³³ Dieser Hinweis kam mit Blick auf die entspannungspolitischen Initiativen zustande, die neben der SPD auch international von Politikern wie dem Amerikaner George Kennan, dem polnischen Außenminister Adam

¹³¹ AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 2/PVBT 48, Memorandum der SPD („Sicherheit durch Abrüstung“) v. 23. Dezember 1957 und Memorandum der PvdA („Einwände gegen das Projekt eines Europäischen Sicherheitssystems“) v. 31. Dezember 1957.

¹³² IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1204, Brief Fritz Erlers an Evert Vermeer v. 13. März 1958.

¹³³ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 559, Gesprächsprotokoll zum Treffen mit Fritz Erlers und Hans Merten v. 18. Februar 1958.

Rapacki und selbst dem britischen Labour-Führer Hugh Gaitskell gemacht worden waren. Die frühere Begeisterung der Niederländer für die britische Schwesterpartei hatte im Laufe der fünfziger Jahre merklich nachgelassen, was nicht zuletzt auf die unterschiedlichen Ansichten in der Europapolitik zurückzuführen war. Dass sich die Internationale auch selbst auf keinen einheitlichen Kurs verständigte, war ein Umstand, den die niederländische Partei bei der europäischen Integrationspolitik bedauert hatte. Stattdessen schien es, dass sich PvdA und SPD auf dem außenpolitischen Gebiet langsam stärker annäherten, als es die noch vorhandenen Differenzen vermuten ließen. Den ständigen Vorwürfen früherer Jahre war der Austausch um die richtigen Argumente gewichen. Allerdings blieb es für die PvdA ein selbstverständlicher Grundsatz, dass sie über eine mögliche Neutralität Deutschlands nicht ernsthaft diskutierte, auch wenn dies bei der Haager Zusammenkunft nicht so deutlich durchdrang.

In der heiklen Frage, ob die Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet werden sollte, wie von Bundeskanzler Adenauer und seinem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß 1957 befürwortet, bestand zwar ebenfalls keine völlige Einigkeit beider Parteien, doch drangen die Gegensätze nicht mehr so deutlich durch. Die PvdA habe sich nie für die atomare Bewaffnung der Bundeswehr ausgesprochen, schrieb Evert Vermeer nach Bonn, aber „Art und Umfang der Bewaffnung sollten in unserem Gedankengange nie durch nationalpolitische Erwägungen vorgeschrieben werden, sondern sollten Gegenstand gemeinschaftlicher Überlegung im Zusammenhang der NATO sein“.¹³⁴ Damit wurde deutlich, dass die niederländische Partei eine atomare Aufrüstung der Bundesrepublik einerseits nicht kategorisch ausschloss, sich andererseits aber gegen nationale Alleingänge verwahrte. In diesen konsensorientierten Kategorien dachte die SPD nicht. Sie setzte sich – noch vehementer wie bei den Kontroversen um die deutsche Wiederbewaffnung – an die Spitze einer außerparlamentarischen Bewegung. Ihr „Kampf gegen den Atomtod“ mit der Absicht, eine atomwaffenfreie Zone zu errichten, führte zwar zu größeren Massenkundgebungen, ein breiter Stimmungswechsel gegen die Bundesregierung aber blieb aus. Die hohe Niederlage bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, bei denen die CDU im Juli 1958 die absolute Mehrheit der Stimmen errang, führte zu einer Beendigung der Antiatomkampagne. In der SPD kam ob dieser Niederlagen endgültig ein Prozess der Neuorientierung in Gang, an dem unter maßgeblichen Anteil von Fritz Erler, Herbert Wehner und dem Regierenden

¹³⁴ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1204, Brief Evert Vermeers an Fritz Heine v. 13. Juni 1957.

Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, die Neubewertung der Außenpolitik vorangetrieben wurde. Erste kleine Schritte in diese Richtung waren das Plädoyer Erlers für eine zahlenmäßig begrenzte Freiwilligenarmee, die er auf dem Stuttgarter Parteitag 1958 einforderte. Es folgten Gesetzesinitiativen, in denen sich die SPD für die Grundrechte der Soldaten und ihre soziale Position engagierte. In diesem Zusammenhang setzte die größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag das Amt eines Wehrbeauftragten durch.¹³⁵ Ein letztes, fast verzweifeltes Aufbäumen, dem Nahziel der deutschen Wiedervereinigung neue Nahrung zu geben, bildete der Deutschlandplan, den die SPD im März 1959 der Öffentlichkeit vorstellte. Er kam unter dem Eindruck des Berlin-Ultimatums zustande, mit dem Nikita Chruschtschow im Herbst 1958 die sowjetische Überlegenheit nach dem Sputnik-Flug nutzen wollte, um die deutsche Frage nach seinen Vorstellungen zu lösen. Es schien, als sei eine neue Bewegung in die festgefahrene Deutschlandpolitik gekommen, was hervorhob, dass Berlin nach der Blockade 1948/1949 erneut zum Nukleus der Auseinandersetzungen wurde. Die geteilte Stadt blieb der Ort, an dem der Kalte Krieg am spürbarsten und die westliche Position am anfälligsten war. In seinen Noten an die Westmächte forderte Chruschtschow im November 1958, Westberlin den Status einer entmilitarisierten freien Stadt zu geben, das Besatzungsregime aufzulösen und das westliche Militär abzuziehen. Für den Fall, dass sich nicht innerhalb von sechs Monaten eine Übereinkunft würde finden lassen, plante Moskau den Abschluss eines Friedensvertrages mit der DDR, der alle Berlin betreffenden Rechte übertragen werden sollten. Die Motive Chruschtschows lagen auf der Hand: Zum einen hoffte er, das neutralisierte Westberlin würde innerlich absterben, zum anderen wäre das Fluchtloch Berlin gestopft und die DDR aufgewertet worden.¹³⁶

Die SPD reagierte hierauf mit einem unter der Ägide Herbert Wehners entwickelten Konzept, das eine entmilitarisierte und aus der NATO und dem Warschauer Pakt herausgetrennte Zone in Mitteleuropa vorsah. Der Plan beinhaltete ferner eine politische und wirtschaftliche Zusammenführung zwischen der Bundesrepublik und der DDR, die in einzelnen Stufen vonstatten und gesamtdeutsche Wahlen vorbereiten sollte. Die Absicht war die Schaffung einer Konföderation, auf deren Basis man die Möglichkeit einer Verwirklichung der deutschen Wiedervereinigung vor Augen hatte. Auch wenn das Papier Wehners heftige Debatten hervorrief, war es nur von kurzer Verweildauer.

¹³⁵ Vgl. POTTHOFF/ MILLER, *Kleine Geschichte der SPD*, a.a.O., S. 206f.

¹³⁶ Vgl. BIRKE, *Nation ohne Haus*, a.a.O., S. 468; vgl. auch BENDER, P., *Berlinkrise. Geburtsstunde der neuen Ostpolitik*, in: *Deutschlandarchiv*, 6 (1997), S. 934-939, S. 934.

Die Westmächte waren nicht bereit, auf derart unrealistische Pläne einer deutschen Oppositionspartei überhaupt einzugehen. Nach kurzer Zeit distanzierte sich die SPD selbst von ihrem Konzept, das in der Bundesrepublik zu keinem Zeitpunkt mehrheitsfähig war. Ähnlich negativ fiel die Meinungsbildung in den Reihen der PvdA und der niederländischen Regierung aus, die mit dem Deutschlandplan gleichermaßen das Gespenst der Neutralität verbanden, welches man nach dem Scheitern nun endlich als vertrieben erhoffte.

4.3.2 Ende eines strategischen Umdenkungsprozesses: Godesberger Programm 1959 und Wehners Bundestagsrede im Juni 1960

Die SPD trat auf der Stelle. In der Außenpolitik kam die Partei mit ihrer Wiedervereinigungsrhetorik und den hochfliegenden Plänen keinen Schritt weiter, während sie es in der Innenpolitik mit einem Gegner zu tun hatte, der der Sozialdemokratie bei den Wahlen mittlerweile haushoch überlegen war. Spätestens die dramatisch verlorene Bundestagswahl im September 1957, bei der die Union die absolute Mehrheit der Stimmen errang, entfachte innerhalb der Partei einen Prozess des Umdenkens und der Neubewertung. Die reformorientierten Kräfte nutzten das erneute Wahldebakel als Aufbruchssignal, um der Partei programmatisch und personell ein neues Gesicht zu geben. Bei den nachrückenden Führungskräften um Herbert Wehner, Willy Brandt und Willi Eichler setzte sich die Erkenntnis durch, dass es nicht ausreichte, die SPD nur einer Politur ihrer bekannten programmatischen Inhalte zu unterziehen. Stattdessen hing man der Meinung an, die Partei nur mittels einer von oben verordneten Neujustierung voranzubringen, um auch für andere Schichten der Bevölkerung eine wählbare Alternative darzustellen. „Wir fragten uns, auf welche Weise politische, ökonomische, kulturelle Verhältnisse herbeigeführt werden konnten, die den Menschen unserer Zeit, auch unter den Bedingungen einer sich immer stärker akzentuierenden Industrialisierung und Technisierung der Arbeitswelt, Selbstverwirklichung und Lebensbejahung zu ermöglichen vermochten“, schrieb Carlo Schmid in seinem „Erinnerungen“ unter dem Kapitel „Vor Godesberg“: „Wir meinten, dass dies nur gelingen könnte, wenn wir möglichst viele Menschen, die bisher die SPD nicht für ihre Partei zu halten imstande gewesen waren, überzeugen konnten, dass die Sozialdemokraten die Lebensverhältnisse in unserem Lande auch für sie verbessern

werden.“¹³⁷ Schmid saß in einer 34-köpfigen, von Willi Eichler geleiteten Kommission, die der Berliner Parteitag bereits 1954 beauftragt hatte, ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Der Parteiumbau war folglich nicht über Nacht in Gang gesetzt worden, sondern Folge einer längeren Entwicklung, die nach der verlorenen Bundestagswahl 1953 begonnen war. Die weitaus schwerere Niederlage 1957 beschleunigte diesen Weg und war zugleich Auslöser für personelle Veränderungen. Die Bundestagsfraktion machte den Anfang und stellte dem wegen seiner Erfolglosigkeit längst nicht mehr unumstrittenen Fraktionsvorsitzenden Erich Ollenhauer mit Fritz Erler, Carlo Schmid und Herbert Wehner gleich drei Stellvertreter an die Seite. Auf dem Stuttgarter Parteitag im Mai 1958 zog die Partei nach, indem sie Reformer wie Willy Brandt und Helmut Schmidt in das Vorstandsgremium wählte. Zwar wurde Ollenhauer im Amt des Parteivorsitzenden bestätigt – gegen seinen Widerstand aber die Abschaffung des geschäftsführenden Vorstandes vollzogen, an deren Stelle ein aus elf Personen bestehendes Präsidium trat. Die bei vielen als Störfaktor empfundene Institution des „Büros“, gleichsam bekanntes Symbol der sozialdemokratischen Traditionskompanie, wurde somit beseitigt. Die Erneuerer räumten mit den althergebrachten Strukturen auf und hinterließen den Eindruck, als sei ihnen das Funktionärswesen peinlich, wie es der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter analysierte.¹³⁸ Opfer dieses innerparteilichen Wandels war der besoldete SPD-Pressechef Fritz Heine, der vielen als Negativbeispiel für den typischen Parteifunktionär galt und in Stuttgart seinen Sitz im Parteivorstand räumen musste. In seiner Person kulminierten nicht nur die grundsätzliche Kritik an dem als veraltet bezeichneten Funktionärswesen und damit an den inneren Parteistrukturen, sondern auch der angestaute Ärger über das schwache Erscheinungsbild der SPD nach außen. Der Unmut machte sich folglich weniger an der praktischen Politik als solcher fest, sondern an der Art und Weise, wie sie verkauft wurde. Im gleichen Jahr wie sein niederländischer Kollege Alfred Mozer verließ Heine den ihm angestammten und seit Jahren vertretenen Tätigkeitsbereich – mit dem Unterschied, dass Mozer eine hochrangige Aufgabe in Brüssel übernahm, während Heine auf den Geschäftsführerposten der Konzentration GmbH abgeschoben wurde, die die Medienunternehmen der SPD und ihre Beteiligungen verwaltete. Das Machtzentrum der Partei verlagerte sich durch die verschiedenen Wechsel auf dem personellen Tableau zunehmend in die Bundestagsfraktion, in der Herbert Wehner zum

¹³⁷ SCHMID, *Erinnerungen*, a.a.O., S. 657.

¹³⁸ Vgl. WALTER, *Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, a.a.O., S. 147-150.

starken Mann der Sozialdemokratie avancierte. Im Gegensatz zu Erich Ollenhauer verbanden viele Sozialdemokraten mit seiner Person die bisher vermisste politische Durchschlagskraft und eine genügende Ausstattung an Machtfülle. Mit dem unbedingten Willen, die SPD zu neuem Ansehen zu verhelfen, trieb er ihre innerparteiliche Reform mit den genannten Mitstreitern voran. Der Parteivorsitzende Ollenhauer verschloss sich dieser Entwicklung nicht, da für ihn zu seinem sozialdemokratischen Traditionsdenken auch die nötige Loyalität gegenüber der Partei gehörte. Auf dem Stuttgarter Parteitag sorgte er dafür, dass die erste Lesung des Entwurfs für das neue Grundsatzprogramms abgehalten und die „soziale Öffnung“¹³⁹ der SPD betrieben wurde. Ollenhauers Entscheidungsfreudigkeit war auch eine Reaktion auf das schlechte Wahlergebnis bei den Bundestagswahlen und bedeutete zugleich die Konsequenz, welche er persönlich aus dieser Niederlage zog. Hinsichtlich einer endgültigen Kanalisation der laufenden Diskussionen erkannte der Vorsitzende die Notwendigkeit, einen außerordentlichen Programmparteitag abzuhalten, der über die Verabschiedung eines neuen Grundsatzpapiers entscheiden sollte. Dieser tagte im November 1959 im Bonner Stadtteil Bad Godesberg und nahm den noch vor Ort an einigen Stellen abgeänderten Entwurf bei nur wenigen Gegenstimmen fast einstimmig an.¹⁴⁰ Quintessenz der von ideologischem Ballast entrümpelten Leitlinien war die Aufgabe jeglicher weltanschaulicher und theoriegeschichtlicher Bestimmungen. Stattdessen ging das neue Manifest von „Grundwerten“ und „Grundforderungen“ aus, die sich unterschiedlich religiös und philosophisch herleiten ließen und somit Hindernisse aus dem Weg räumten, die der SPD bisher vor allem in der katholischen Wählerschaft Zugewinne verwehrt hatten. Auch wenn der damalige internationale Parteisekretär der PvdA, Max van der Stoel, in der Rückschau keinen „signifikanten Einfluss“¹⁴¹ seiner Partei beim Zustandekommen des Godesberger Programms in Erinnerung hat, so war das niederländische Beispiel mit seiner frühzeitigen Öffnung zu den verschiedenen Konfessionen durchaus eines mit Vorbildcharakter. Auf Willi Eichler, einen der wichtigsten Wegbereiter des Godesberger Programms, machte der Kooperationswille, den die PvdA gegenüber der katholischen Kirche forcierte, durchaus Eindruck. Die Teilnahme an verschiedenen Konferenzen, die zu diesem Thema von der niederländischen Schwesterpartei organisiert worden waren, verstärkte seine positive

¹³⁹ WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, a.a.O., S. 199.

¹⁴⁰ Vgl. KLOTZBACH, *Der Weg zur Staatspartei*, a.a.O., S. 428f.; vgl. auch Vgl. POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte der SPD*, a.a.O., S. 209ff.

¹⁴¹ Telefongespräch mit dem Verfasser am 3. September 2003.

Haltung. Der ‚Einfluss‘ ging allerdings nicht so weit, dass die PvdA von Eichler rundum als „Musterbeispiel“ sozialdemokratischer Programmatik herangezogen worden wäre, wie sich seine Frau, die SPD-Parteihistorikerin Susanne Miller, erinnert. „Dafür war er mit den Niederlanden zu wenig vertraut.“¹⁴² Das Werben der PvdA um bürgerliche Schichten und das katholische Milieu, ein von der SPD in den fünfziger Jahren zunächst kritisch beäugter und von Eichler eng begleiteter Annäherungsprozess, galt aber auch bei den deutschen Sozialdemokraten als Voraussetzung, den 30-Prozent-Turm bei den kommenden Bundestagswahlen verlassen zu können. Es wurde offensichtlich, dass die SPD keine Scheu besaß, gelungene Entwicklungslinien bei einer Schwesterpartei wie der niederländischen ‚abzugucken‘.

Den Durchbruchgedanken, mit dem die PvdA nach dem Krieg ihr Interesse an einer größeren Stammwählerschaft bekundete, besiegelte die SPD fast 15 Jahre später in ihrem Godesberger Programm. Unter dem Kapitel „Religion und Kirche“ hieß es in den neuen Leitsätzen, dass der Sozialismus kein Religionsersatz sei: „Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freien Partnerschaft ist sie [die SPD, MD] stets bereit. Sie begrüßt es, dass Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft bejahen.“¹⁴³ Zum ersten Mal verzichtete ein Grundsatzprogramm der SPD auf eine dem Marxismus entstammende Analyse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die frühere Vorstellung eines sozialistischen Endzieles wurde zurückgewiesen und der Sozialismus als eine „dauernde Aufgabe – Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren“ definiert. Als geistige Wurzel eines „demokratischen Sozialismus“ stellte man in gleichberechtigter Weise dessen „Grundwerte“ – „christliche Ethik“, „Humanismus“ und „klassische Philosophie“ – nebeneinander: „Die Sozialdemokratische Partei erstrebt eine Lebensordnung im Geiste dieser Grundwerte.“ Aus der Entscheidung für den demokratischen Sozialismus folgte das Programm „Grundforderungen für eine menschenwürdige Gesellschaft“, zu denen als Kernpunkte das Bekenntnis zu einer internationalen Rechtsordnung, zur Chancengleichheit aller Völker, zur Demokratie und eine klare Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus zählten.¹⁴⁴ Am weitgehendsten verlief die Programmdebatte im Bereich der unmittelbaren Wirtschaftspolitik. Der

¹⁴² Gespräch mit dem Verfasser am 20. April 2004 in Bonn.

¹⁴³ Zit. aus SPD-PARTEIVORSTAND (Hrsg.), *Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom außerordentlichen Parteitag der SPD vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg*, in: POTTHOFF/ MILLER, *Kleine Geschichte der SPD*, a.a.O., S. 492-503, S. 500.

¹⁴⁴ Ebd., S. 493.

Begriff der „Sozialisierung“ fand in dem neuen Grundsatzpapier keinen Eingang mehr, stattdessen wurde die Bedeutung des Wettbewerbs stärker in den Vordergrund gestellt. Eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien galt nicht mehr als erstrebenswertes Ziel, vielmehr habe „das private Eigentum an Produktionsmitteln [...] Anspruch auf Schutz und Förderung“. Nur an der Stelle, wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden könne, sei Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig. Eine bekannte Losung, die die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokraten bis in die siebziger Jahre hinein prägte, wurde geboren: „Wettbewerb soweit wie möglich – Planung soweit wie nötig!“¹⁴⁵

Mit diesen ausdrücklichen Bekenntnissen zu bürgerlichen Wertvorstellungen und zu einer liberalkapitalistischen Wirtschaftsordnung unter Einbeziehung der Termini „Sozialstaatlichkeit“ und „Mitbestimmung“ vollzog die SPD den Schritt von der Klassen- zur linken Volkspartei. Sie bekannte sich im Nachhinein erneut zur Gründung, aber auch zur Fortentwicklung der Bundesrepublik und bejahte die als Erfolgsmodell etablierte soziale Marktwirtschaft. Das Godesberger Programm vollzog die Auflösung der durch die Geschichte der Sozialdemokratie ziehenden Theorie-Praxis-Spannung, weil es die theorienbeladenen Grundsätze der früheren Programmatik durch praxisbezogene Leitlinien ersetzte. Die gesteuerte Erneuerung als Überwindung störender Barrieren galt zugleich als Antwort auf den Beginn eines sozialen Wandels, der sich durch die Stärkung des Dienstleistungssektors und der gleichzeitigen Abnahme des Arbeitnehmeranteils in der Gesamtbevölkerung verzeichnen ließ. Das neue Manifest zog einen Gezeitenwechsel nach sich, bedeutete aber keineswegs einen radikalen und plötzlichen Bruch in der Parteigeschichte. Trotz ihrer jahrelangen Oppositionsrolle war die SPD schon seit 1949 gezwungen, eine erheblich reformistischere Alltagspolitik zu betreiben, als es das theoriebeladene Heidelberger Programm aus dem Jahre 1925 zuließ.¹⁴⁶ Tatsächlich aber besagte Godesberg den endgültigen Abschied von den Denkstrukturen und den Traditionen der Weimarer Republik.

In den Niederlanden wurde diese Neuaufstellung der deutschen Sozialdemokratie mit einer Mischung aus Überraschung und Zustimmung aufgenommen. Die PvdA beschäftigte sich schon im Vorfeld des Godesberger Parteitages ausführlich mit dem neuen Pogrammentwurf. Der Abgeordnete Theo van Lier schrieb in diesem

¹⁴⁵ Ebd., S. 496f.

¹⁴⁶ Vgl. KLOTZBACH, *Der Weg zur Staatspartei*, a.a.O., S. 453; vgl. auch WIELENGA, F., *De SPD en de macht in Bonn 1949-1993*, in: *Socialisme en Democratie*, 5 (1993), S. 211-218, S. 212.

Zusammenhang in einem Artikel für die Parteizeitung *Paraat*: „Die niederländischen Sozialisten haben in der Vergangenheit ihren Kurs selbständig bestimmt und ich glaube, dass es auch jetzt Gründe gibt, dabei zu bleiben. Die Entwicklung im Kreis der deutschen Sozialdemokratie ist aber zu auffällig, um nicht über sie zu berichten.“¹⁴⁷ Diese Aussagen deuteten an, dass trotz aller Schwierigkeiten mit der SPD in den fünfziger Jahren das Interesse an ihrer programmatischen Entwicklung ganz und gar nicht verlorengegangen war. Man hatte eine Erneuerung geradezu gefordert. Vor dem Krieg gehörte es zur Kontinuität der gegenseitigen Parteibeziehungen, dass sich die Niederländer inhaltlich eng an der SPD orientierten, die gleichsam als programmatischer Leuchtturm fungierte. Noch in den dreißiger Jahren brach dieser Traditionsbestand, und die politische Interaktion veränderte sich nach dem Krieg dahingehend, dass die PvdA ihre zügige Modernisierung als Vorbild anpries. Mit dem Godesberger Programm verband die niederländische Partei den Eintritt in eine neue Phase ihres Verhältnisses zur SPD, einen seit Jahren angestrebten Ausgangspunkt, von dem ab die gegenseitigen programmatischen Entwicklungslinien fortan wieder in der gleichen Spur verlaufen konnten. Da man in Amsterdam zu diesem Zeitpunkt ebenfalls an einer Überarbeitung des eigenen Grundsatzprogramms arbeitete, stellte Van Lier in seinem Beitrag mit Genugtuung fest: „Auffälliger als die Übereinstimmung des Termins ist die Übereinstimmung zwischen den Programmen selbst.“¹⁴⁸

Nach der Verabschiedung der Godesberger Beschlüsse feierte die sozialdemokratische Tageszeitung *Het Vrije Volk* die neue Grundsatzerklärung in einem Kommentar als „deutsche Erneuerung“: „In jedem Fall ist das Programm für Deutschland zweifellos wichtig genug, um neben Gotha und Erfurt genannt zu werden.“¹⁴⁹ Dieser Vergleich zu den beiden wichtigsten Manifesten in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zeugte von der großen Bedeutung, die die PvdA der programmatischen Umorientierung beimaß. Mit Zufriedenheit stellte der Kommentator fest, dass die SPD ihren Rückstand gegenüber anderen westeuropäischen Schwesterparteien, die bereits nach dem Krieg zu Veränderungen übergegangen seien, aufgeholt habe. Im Überschwang der Begeisterung sah die Zeitung auch das Ende der „unfruchtbaren Opposition gegen die nationale Verteidigung, Wehrpflicht und die westliche Verteidigungsgemeinschaft (NATO)“

¹⁴⁷ LIER, T.J.A.M., VAN, *Het ontwerp beginselprogramma van de Duitse socialisten*, in: *Paraat* v. 7. November 1959.

¹⁴⁸ Ebd.

¹⁴⁹ O.A., *Duitse vernieuwing*, in: *Het Vrije Volk* v. 17. November 1959.

gekommen.¹⁵⁰ In der Tat bekannte sich die SPD zur Bundeswehr und zu den Staatsbürgern in Uniform, von einer Bejahung des atlantischen Bündnisses aber konnte keine Rede sein. Stattdessen forderte das Programm die „Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung“.¹⁵¹ In der niederländischen Partei war hier mehr der Wunsch Vater des Gedankens, aber auch in der außenpolitischen Frage sollte die SPD kurze Zeit später mit einem Kurswechsel aufwarten.

Auch andere niederländische Medien beschäftigten sich mit der strategischen Überholung der deutschen Oppositionspartei. Während die katholische Tageszeitung *De Tijd/Maasbode* noch kritisch fragte, ob es sich um eine „Umkehr“ oder eine „Camouflage“ handele, begrüßte der linksliberale *Het Parool* den Wandel „von einer marxistischen Partei zu einer Volkspartei“ und berichtete von einem „SPD-Programm in Modernform“.¹⁵² Die Godesberger Beschlüsse bewirkten nicht nur bei der PvdA, sondern auch in der niederländischen Presselandschaft ein gewisses Aufatmen über den abgeschlossenen Orientierungsprozess, an dessen Ende sich nun auch die größte Oppositionspartei mit der Bundesrepublik identifizieren konnte und dem Marxismus als geistige Grundlage abschwor. Zugleich wertete man die ersten deutlichen Anzeichen einer außenpolitischen Kehrtwende als beruhigendes Signal. Nach den schweren Auseinandersetzungen in den fünfziger Jahren war auch der Klimawechsel in den Beziehungen zwischen SPD und PvdA endgültig vollzogen. Das Verhältnis befand sich wieder in ruhigen Fahrwassern, was insbesondere mit der inhaltlichen Annäherung zu tun hatte. Der Weggang der beiden Streithähne Heine und Mozer tat sein Übriges – allerdings ist fest davon auszugehen, dass der frühere internationale Parteisekretär der PvdA, wäre er noch im Amt gewesen, die Entwicklungen in der SPD zustimmend aufgenommen hätte, entstammten sie doch genau seinen Vorstellungen. Die Zeit, als in Bonn Einladungen abgelehnt und Redeverbote ausgesprochen wurden, gehörte nun der Vergangenheit an. Im Januar 1961 bat Max van der Stoel den Vorsitzenden Erich

¹⁵⁰ Ebd.

¹⁵¹ Zit. aus SPD-PARTEIVORSTAND, *Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom außerordentlichen Parteitag der SPD vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg*, a.a.O., S. 495.

¹⁵² O.A., *Ommeker of camouflage? Westduitse socialisten zwijgen over marxisme. Vrije democraten slaan ontwikkeling met welgevallen gade*, in: *De Tijd/Maasbode* v. 23. November 1959; o.A., *SPD aanvaardt nieuw program. Van marxistische naar een volkspartij*, in: *Het Parool* v. 16. November 1959; o.A., *SPD-program in moderne vorm. Voor groot deel afgestapt van het marxisme*, in: *Het Parool* v. 13. November 1959.

Ollenhauer stattdessen, auf dem nächsten PvdA-Parteitag die neue politische Linie der SPD zu präsentieren, „die bei uns außerordentlich viel Interesse geweckt hat“.¹⁵³ Beim Programmkongress in Amsterdam, der in jenen Novembertagen des Jahres 1959 stattfand, als auch die SPD ihren Konvent abhielt, musste Evert Vermeer in seiner Eröffnungsrede daran erinnern, dass wegen der Gleichzeitigkeit der Ereignisse kein deutscher Vertreter teilnehmen konnte. Für den niederländischen Parteivorsitzenden war dies ein Zeichen allgemeiner Veränderungen des westeuropäischen Sozialismus.¹⁵⁴ Diesem Prozess wollte sich die PvdA nicht verschließen. Ihr neues Grundsatzprogramm war zwar in seinem Inhaltsgehalt, nicht aber in seiner Bedeutung mit dem Pendant der SPD vergleichbar, weil die niederländische Partei ihr Godesberg schon 1937 weitgehend hinter sich gebracht hatte. Während die deutsche Schwester aufgrund des sichtbar werdenden Wirtschaftswunders eines besseren belehrt wurde und die Erfolge der Regierung Adenauer anerkennen musste, näherten sich die programmatischen Leitlinien der niederländischen Organisation ihrer aktiven Rolle als Regierungspartei weiter an.¹⁵⁵ Die zehn Amtsjahre unter Ministerpräsident Willem Drees hatten Spuren hinterlassen. Aus der Trägerin theoretischen Gedankenguts, als die sich die niederländische Sozialdemokratie bis in die dreißiger Jahre hinein auch verstanden hatte, war eine Hüterin der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung geworden. In einer Phase der Entideologisierung hatten sich die beiden großen Regierungspartner PvdA und KVP nicht zuletzt infolge der sozialdemokratischen Öffnungsstrategie aufeinander zu bewegt und waren sich in ihren Zielen politisch wohl noch nie so nah wie am Ende der fünfziger Jahre. Auch wenn die Koalition 1958 an deutlichen Meinungsverschiedenheiten in der Sozial- und Wirtschaftspolitik scheiterte und sich Drees mit seinen 72 Jahren aus der aktiven Politik zurückzog, war die rot-römische Zusammenarbeit zu einem Symbol des niederländischen Wiederaufbaus geworden.¹⁵⁶ Die angepasste Haltung, mit der sich der PvdA in ihrer Funktion als Regierungspartei etablierte, formte aus der einst abseits stehenden Sozialdemokratie einen wesentlichen Bestandteil des niederländischen Establishments. Dazu passten weder ideologische Abstraktionen noch programmatische Radikalitäten. Dass die niederländische Sozialdemokratie auch ohne diesen Ballast auskam, zeigte der folgende Ausspruch Anne Vondelings, zwischen 1946 und 1979 Mitglied der Zweiten Kammer

¹⁵³ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1140, Brief Max van der Stoeps an Erich Ollenhauer v. 12. Januar 1961.

¹⁵⁴ Vgl. TROMP, *Het sociaal-democratisch programma*, a.a.O., S. 326f.

¹⁵⁵ Vgl. ausführlich zum Grundsatzprogramm 1959 ebd., S. 291ff.

¹⁵⁶ Vgl. HEYTING, R., *Tussen nationalisme en internationalisme. De Britse en de Nederlandse sociaal-democratie, de nationale staat en de Europese integratie*, Deventer 1992, S. 317.

und in den sechziger Jahren einer der führenden Repräsentanten seiner Partei: „Ich habe verdammt wenige Prinzipien. Eine davon ist das Festhalten an der christlichen Moral. Ich persönlich verbinde wenig Bedeutung mit dem Wort Sozialismus.“¹⁵⁷ Was sich hier als Einzelstimme darstellte und nicht durchgehend dem künftigen Leitbild der PvdA entsprach, unterstrich dennoch, dass vieles an programmatischer Verzierung überflüssig geworden war. Nach den verlorenen Parlamentswahlen 1959¹⁵⁸ war die Partei keineswegs gewillt, sich auf den Oppositionsbänken mit kompromisslosen Positionen zu profilieren und den Weg zurück in die Regierung auf lange Zeit zu verbauen. Es galt, den über Jahre aufgebauten Ruf zu wahren und zwang die PvdA zu einer klaren innerparteilichen Linie. Neben einem Verbot des marxistischen Sozialdemokratischen Zentrums (SDC), das sich am linken Rand der Partei etabliert hatte, stellte man auch den Kontakt zu der sich radikalierenden parteinahen Studentenorganisation „Politeia“ ein, die in dieser Phase ihre Solidarität mit dem algerischen Freiheitskampf bekundete.¹⁵⁹ Joop den Uyl, als wichtigster Theoretiker der Partei am neuen Grundsatzprogramm maßgeblich beteiligt, rechnete 1959 mit den Grundsätzen des Marxismus regelrecht ab. In einem Aufsatz bemerkte er, dass die Sozialisten schon lange zu der Einsicht gekommen seien, dass man in einem postkapitalistischen Zeitalter der industriellen Gesellschaft leben würde. Was den Marxismus angehe – von Den Uyl mit „Gedanken aus vergangener Zeit“ umschrieben –, sei der Zeitpunkt einer definitiven Abrechnung gekommen. Hierzu bemerkte er: „Die Irrelevanz des marxistischen Klassenbegriffs für unsere heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse ist genug erörtert.“ Die Trennung zwischen Besitz und Verwaltung, der zunehmende Einfluss des Staates und das Wachstum gesellschaftlicher Organisation hätten der Gesellschaft den Klassencharakter genommen. „Die Aufgabe des Sozialismus wird dann die demokratische Verwaltung dieser öffentlichen Korporation sein, nicht die Enteignung der Eigentümer.“¹⁶⁰ Auf der Grundlage dieser Sichtweise spiegelte sich auch das neue Programm wieder, in dem auf Betreiben Den Uyls Abschied vom klassischen Streben nach einer Sozialisierung der Produktionsmittel genommen wurde. Nach den gleichen Maßstäben hatte die SPD auch ihrerseits die Formulierungen gewählt, behielt sich nur für Ausnahmesituationen ein anderes politisches Handeln vor. Dies klang im PvdA-

¹⁵⁷ Zit. n. ebd.

¹⁵⁸ Die PvdA sackte von 32,7 Prozent (1956) auf 30,4 Prozent ab, während die KVP ihr Stimmenanteil mit 31,6 Prozent (1956: 31,7 Prozent) fast genau beibehielt und mit Louis Beel den neuen Ministerpräsidenten stellte. Vgl. LEPSZY, *Das politische System der Niederlande*, a.a.O., S. 366.

¹⁵⁹ Vgl. HARMSSEN, *Marx-Rezeption in der niederländischen Sozialdemokratie*, a.a.O., S. 417.

¹⁶⁰ Zit. n. ebd., S. 418.

Grundsatzprogramm folgendermaßen: „Sozialisierung der wichtigsten Produktionsmittel in Industrie und Dienstleistung ist notwendig, falls es das effektive Mittel für den Erhalt von Arbeitsplätzen, die Zügelung wirtschaftlicher Machtpositionen und den Erhalt einer zielgerichteten Aufgabenerfüllung bestimmter Bereiche von Industrie und Dienstleistung darstellt.“ Während sich die niederländische Sozialdemokratie dem Kapitalismus in ihrem Programm aus dem Jahre 1947 noch kritisch gegenüberstellte, sprach man 1959 vorsichtiger vom Bekämpfen der „starken kapitalistischen Kräfte“ und implizierte damit, dass der Einfluss des Staates auf die nationale Wirtschaft gestiegen war.¹⁶¹ Das neue Programm las sich in vielen Punkten eher als liberaldemokratisches und weniger als sozialistisches Grundsatzpaket. Es war die Folge auf die von der PvdA verinnerlichte Rolle als natürliche Regierungspartei und zugleich Verdienst des „Revisionisten“ Joop den Uyl, der dafür sorgte, dass seine Organisation trotz des neuen Platzes in der Opposition auf einem pragmatischen Kurs verblieb.¹⁶²

Mit ihren überarbeiteten Programmpapieren erkannten beide Parteien das Ende der Nachkriegszeit an, aus dem für sie folgte, sich den veränderten politischen Gegebenheiten einer wohlstandsorientierten Gesellschaft anzupassen. Während die PvdA ein Gros ihrer politischen Neuprogrammierung bereits 1937 erledigt hatte und 1959 eher nüchtern Bilanz aus ihrer langen Regierungszeit zog, musste die SPD erheblich weiter ausholen, weil in programmatischer Hinsicht nach dem Krieg vieles liegen geblieben war. Die Godesberger Beschlüsse ließen sich in ihrer Tragweite und ihrer Prominenz kaum mit dem Programm der niederländischen Schwesterpartei vergleichen, auch wenn Inhalt und der Augenblick der Verabschiedung sehr nah beieinander lagen. Die gemeinsame Erkenntnis, sich nach zwölf Jahren in der Regierungsverantwortung und nach zehn Jahren in der Opposition von ideologischem Ballast zu trennen, verband sich mit den Ansichten, die SPD und PvdA über das Zusammenspiel von Wirtschaft und Gesellschaft vertraten. Beide Organisationen standen für einen geregelten Dirigismus auf Basis der Vorgaben des englischen Ökonomen Keynes. Die Vorstellung einer gesunden Mischung aus öffentlichem und privatem Sektor, einem starken Staat und einer realen Unternehmensfreiheit wurde prägend für das, was Godesberg mit einem möglichst weitgehenden freien Wettbewerb vorgab, in dem es nur bei Ausnahmen den Planungsgedanken zu aktivieren galt.

¹⁶¹ Zit. aus TROMP, *Het sociaal-democratisch programma*, a.a.O., S. 529f.

¹⁶² Vgl. KALMA, P., *Het revisionisme van J.M. den Uyl*, in: *Socialisme en Democratie*, 12 (1997), S. 507-529, S. 526.

Die SPD erkannte im Zuge ihrer programmatischen Neuaufstellung und der Bestätigung politischer Realitäten, dass auch in der Außenpolitik ein Kurswechsel vonnöten war. Zur vollständigen Identifizierung mit der Bundesrepublik und ihrer bestehenden Ordnung gehörte es, die politische und militärische Integration in die westliche Gemeinschaft, längst Staatsräson der jungen Republik, als Faktum anzukennen. Einen Schritt, den Herbert Wehner mit seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag im Juni 1960 vollzog. „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht davon aus, dass das europäische und atlantische Vertragssystem, dem die Bundesrepublik angehört, Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik ist“, verkündete der stellvertretende Fraktionsvorsitzende vor dem Plenum.¹⁶³ Die inhaltliche Häutung der SPD, welche in Godesberg ihren vorläufigen Endpunkt erreicht hatte, erfuhr nun auf außenpolitischem Gebiet eine weitere bedeutende Fortsetzung, zumal der gleiche Mann, der seine Partei nun hinter Adenauers Westintegration scharte, noch im März 1959 mit dem Deutschlandplan gänzlich andere Zielsetzungen verfolgte. Auf dieser Grundlage der strategischen Neujustierung war die SPD in der Lage, jenen politischen Umschwung einzuleiten, der 1960 auf so spektakulär wirkende Weise mit der Forderung nach „Gemeinsamkeit“ mit denen der Bundesregierung ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit rückte und insbesondere außenpolitische Fragen betraf.¹⁶⁴ Diese Öffnungsstrategie gegenüber bürgerlichen Bevölkerungskreisen und die inhaltliche Annäherung an die christdemokratischen Parteien durch die Bestätigung der Adenauerschen Außenpolitik entsprach – unter anderen Voraussetzungen – der Fährte, die die PvdA unmittelbar nach dem Krieg aufgenommen hatte und sie früh in die – für die SPD bisher verwehrte – Regierungsverantwortung führte. Die deutsche Sozialdemokratie war in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit angekommen und verabschiedete sich stillschweigend von der lange vertretenen These des provisorischen Charakters. Dies war zugleich eine Reaktion auf die gescheiterten Gipfelkonferenzen und der weiterhin ungeklärten Berlin-Frage, was in seiner Gesamtheit bei den Sozialdemokraten die Vermutung nährte, der Westen könne sich mit der deutschen Teilung auf Basis eines gesicherten Status quo abfinden. Die SPD setzte daher nun auf die Kraft des

¹⁶³ Zit. aus der Rede Herbert Wehners vor dem Deutschen Bundestag am 30. Juni 1960, in: *Stenographische Berichte der Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Dritte Wahlperiode. 122. Sitzung. Bd. 46, S. 7052-7061, S. 7056.*

¹⁶⁴ Vgl. BOUVIER, *Zwischen Godesberg und Großer Koalition*, a.a.O., S. 45; vgl. auch GREBING, H., *Von der „Traditionskompanie“ zur „Staatspartei“*. *Die Modernisierung der Sozialdemokratie in den 1950er und 1960er Jahren*, in: DIES., *„Wie weiter Genossen?“ Essays zur Sozialdemokratie im Epochenwechsel*, Essen 2000, S. 65-83, S. 66.

atlantischen Bündnisses, das sich gegenüber der sowjetischen Machtpolitik zu Wehr setzen und eine neue Dynamik für deutschlandpolitische Impulse entfachen sollte.¹⁶⁵ Dieses Einschwenken auf Adenauers Standbein der Politik der Stärke war für die PvdA nach Godesberg nun das zweite, noch wegweisendere Signal, dass sich die Schwesterpartei auf einem neuen Weg befand. Die Reformbemühungen wurden daher positiv gewertet und lösten letzte Unsicherheiten über die Position der SPD auf. Die sozialdemokratische Tageszeitung *Het Vrije Volk* schrieb im November 1960 zufriedenstellend, dass es in Deutschland keine Parteidogmen mehr gebe. Mit Blick auf die kommenden Bundestagswahlen im September 1961 habe die SPD Maßnahmen beschlossen, „die zu einem frischen und anziehenden Wahlprogramm führen werden“.¹⁶⁶

4.4 *Schlussbetrachtung*

Als der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Deutschen Bundestag, Herbert Wehner, im Juni 1960 eine seiner wichtigsten Parlamentsreden hielt und für die eigene Partei die Politik von Adenauers Westintegration anerkannte, rief dies in den Reihen der niederländischen Sozialdemokratie breite Zustimmung hervor. Sehr rasch nach Wehners Stellungnahme versorgte der internationale Sekretär Max van der Stoep die Vorstandsriege seiner Partei sowie die Mitglieder der außenpolitischen Kommission mit Zitaten aus der Rede und würdigte den Vorgang als „wichtige Kursänderung in der Außenpolitik der SPD“.¹⁶⁷ Mit Blick auf das Verhältnis der beiden Schwesterparteien erhielten die fünfziger Jahre somit einen versöhnlichen Abschluss, der zugleich die Perspektive auf eine reibungslosere Zusammenarbeit eröffnete.

Angefangen hatte das Jahrzehnt für die gegenseitigen Beziehungen mit einer außerordentlichen Disharmonie und schweren Auseinandersetzungen über den außenpolitischen Kurs der jungen Bundesrepublik. Für die PvdA war nicht nachvollziehbar, dass sich die SPD nur unzureichend zum westlichen ‚Wir-Gefühl‘ bekannte und den Westdeutschen stattdessen ein nationales ‚Wir-Gefühl‘ vorlebte. Unter den niederländischen Sozialdemokraten machte sich große Enttäuschung breit, als absehbar wurde, dass die deutschen Parteifreunde trotz ihrer langjährigen

¹⁶⁵ Vgl. GROH/BRANDT, *Vaterlandslose Gesellen*, a.a.O., S. 271ff.

¹⁶⁶ O.A., *In Duitsland geen partijdogma's meer*, in: *Het Vrije Volk* v. 26. November 1960.

¹⁶⁷ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 560, Unterrichtung des Vorstandes und der Mitglieder der außenpolitischen Kommission über Wehners Bundestagsrede (30. Juni 1960) v. 15. Juli 1960.

internationalen Tradition ein Zukunftsprojekt wie das der europäischen Integration und der atlantischen Zusammenarbeit zurückwiesen. Die Verweigerungshaltung der SPD war auch insofern ernüchternd, weil gerade die PvdA es gewesen war, die sich auf internationaler Ebene für eine Rehabilitierung der deutschen Schwesterpartei eingesetzt und mit ihrem Engagement eine strategische Zusammenarbeit verbunden hatte. Der Weg führte folglich nicht – wie von der PvdA angedacht – zu einer Partnerschaft beider Schwesterparteien, sondern blieb in heftigen Debatten stecken, die sich um die Frage des europäischen Integrationsprozesses, die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und die deutsche Wiedervereinigung rankten. An der SPD haftete alsbald das Etikett einer ‚Neinsager-Partei‘, die ihr gesamtes außenpolitisches Gewicht auf den Einsatz für die deutsche Einheit verlegte und scheinbar blind für andere Kursbestimmungen wurde. Der deutschen Schwesterpartei fehlten Eigenschaften, die die PvdA stets angemahnt hatte und selbst vorexerzierte: Den ausgeprägten Willen zu Austausch und Kompromiss. Stattdessen manövrierte Kurt Schumacher seine Partei in eine außenpolitische Sackgasse, die sie erst wieder richtig verließ, als sich Wehner zur Westintegration bekannte.

Ähnlich wie die niederländische Regierung fürchtete die PvdA in den fünfziger Jahren, dass das starre Festhalten Kurt Schumachers am Wiedervereinigungsziel zu einem Stimmungswechsel innerhalb der bundesdeutschen Bevölkerung führen könne und falsche Hoffnungen produziere. Der SPD-Vorsitzende wirkte daher aus niederländischer Sicht als Störenfried in einem Prozess, der zunächst schrittweise die Einbettung der Bundesrepublik in die westliche Zusammenarbeit vorsah. Diese Alternative erschien nicht nur als die sicherste, sondern hob auch darauf ab, die westdeutsche Bevölkerung zu beruhigen und mit der Demokratie zu versöhnen. Die niederländische Sozialdemokratie wurde daher nicht müde zu betonen, dass man sich keineswegs gegen ein vereinigtes Deutschland aussprach, sondern nur die richtige Reihenfolge einhalten wollte. Eine Wiedervereinigung sollte erst in einem zweiten Schritt vollzogen werden, nachdem die Bundesrepublik fest in den Westen verankert sein würde. Diese Sichtweise ähnelte der des Bundeskanzlers Konrad Adenauer und es war nicht überraschend, dass sich die PvdA auf außenpolitischem Terrain mit der größten deutschen Regierungspartei besser verstand als mit ihrer eigenen Schwesterpartei.

Dass die Beziehungen zwischen SPD und PvdA noch nicht so ‚normal‘ waren, wie es die schnelle Annäherung der beiden Parteien in den ersten Nachkriegsjahren ansatzweise den Anschein machte, zeigte der persönliche Umgang miteinander. Die

gegensätzlichen Ansichten in der Sache wurden mit persönlichen Beschuldigungen und Vorwürfen zusätzlich angeheizt und erreichten ein Niveau, das für beide Parteien und ihre jeweiligen Kontakte zu Schwesterorganisationen beispiellos negativ war. Zwischen Alfred Mozer und Fritz Heine, den beiden für die internationalen Beziehungen ihrer Parteien zuständigen Mitarbeitern, entwickelte sich eine über mehrere Jahre ausfallende Fehde, die für den Niederländer bis zum Redeverbot auf SPD-Veranstaltungen führte – der absolute Tiefpunkt einer jahrzehntelangen Parteienverbindung und in dieser Form ohne vergleichbares Exempel. Auslöser waren freilich die unüberbrückbaren Meinungsunterschiede, aber auffällig blieb, mit welcher Emotion und Polemik die Parteivertreter ihre Argumente verpackten. Während die PvdA voller Überzeugung versuchte, die SPD von einem Kurswechsel zu überzeugen und nicht davor zurückschreckte, dies öffentlich und kritisch zu vermitteln, reagierte man in Bonn getroffen und beleidigt. In der deutschen Sozialdemokratie bemängelte man die angeblich fehlende internationale Solidarität und die als stur empfundene Haltung der niederländischen Parteifreunde, mit der diese den Standpunkten der SPD entgegentraten.

Der Frust über die Blockadehaltung der deutschen Schwesterorganisation rief dagegen in den Reihen der PvdA aufblitzende Ressentiments gegenüber der SPD als deutscher Partei hervor, auch wenn die Animositäten schlussendlich auf den schroffen Vorsitzenden abzielten. Die niederländische Sozialdemokratie nahm die politische Reichweite der Forderungen Schumachers sehr irritierend zur Kenntnis, weil man aus Deutschland in dieser Phase bei aller Unterstützung für den Wiederaufbau viel gemäßigtere Töne erwartete. Mit ausgewiesener Geschäftigkeit trieb die niederländische Parteispitze daher ihre Auseinandersetzung mit der SPD voran, die den Nachdruck der Schwesterpartei vor allem durch den deutsch-niederländischen Grenzgänger Alfred Mozer zu spüren bekam. Es existierte der feste Anspruch, die deutschen Parteifreunde in zentralen Fragen der internationalen Politik zu bekehren. Dieser Vorsatz entsprang der Einsicht in die Notwendigkeit einer europäisch-atlantischen Zusammenarbeit, die die PvdA aufgrund des niederländischen Sicherheitsbedürfnisses beherzigte. Die Intensität ihres Engagements war einerseits das Ergebnis nationaler Überzeugung, dass nur ein gemeinsames Europa unter deutscher Beteiligung und mit amerikanischer Sicherheitsgarantie dauerhaft Frieden und Stabilität würde bringen können, andererseits die Konsequenz aus der Enttäuschung über die außenpolitische Verortung der SPD. Die nachvollziehbaren Bemühungen von niederländischer Seite wirkten sich auf die

Schwesterpartei in Bonn allerdings kontraproduktiv aus. Umso mehr sich die PvdA auf ihre Vorstellungen versteifte, desto resignierter zog sich die SPD in einen Schmollwinkel zurück. Auch nach dem Tod Kurt Schumachers blieben die Beziehungen anhaltend schlecht, die Gegensätze kontinuierlich bestehen. Das gemäßigte Auftreten des Nachfolgers Erich Ollenhauer, der den Volkstribun Schumacher abgelöst hatte, kam den Kontakten mit der PvdA aber zugute, zumal der neue SPD-Vorsitzende über einen besonderen Draht zu seinem niederländischen Kollegen und langjährigen Freund Koos Vorrink verfügte. Ihr positives Verhältnis täuschte allerdings nicht darüber hinweg, dass in der Außenpolitik zwei Welten aufeinander prallten, deren Gegensätze sich erst am Ende der fünfziger Jahre allmählich auflösten, als die SPD einen Kurswechsel einleitete.

Auch mit Blick auf die Gesamtentwicklung der beiden Parteien zeigten die fünfziger Jahre, dass sich mit PvdA und SPD zwei ungleiche Schwestern gegenüberstanden. Der erfolgreichen Regierungspartei PvdA, die 1952 und 1956 gleich zweimal hintereinander zur stärksten politischen Kraft des niederländischen Parlaments emporstieg, stand eine schwerfällige Oppositionspartei gegenüber, die ihren Platz noch nicht richtig gefunden hatte. Der SPD fiel es schwer zu akzeptieren, dass nicht sie die Regierung stellte und stattdessen immer weiter hinter die erfolgreichen Unionsparteien zurückfiel. Ihr fehlte ein politisches Zugpferd, das in der Lage gewesen wäre, den zum Erfolg verdammt Bundeskanzler abzulösen. Im Gegensatz zur SPD verfügte die PvdA mit Willem Drees über eine solche Galionsfigur, die ähnlich wie Adenauer als Idealtypus eines verantwortungsbewussten und bei der Bevölkerung zudem beliebten Nachkriegspolitiker angesehen wurde. Der erste sozialdemokratische Ministerpräsident in den Niederlanden unterschied sich vom deutschen Oppositionsführer durch einen völlig anderen Führungsstil. Dem konfrontativen, scharfen und autoritären Auftreten Schumachers stand sein konsensorientierter, pragmatischer und nüchterner Habitus gegenüber. Mit diesen ‚typisch‘ niederländischen Eigenschaften schuf der Regierungschef Vertrauen in der Bevölkerung und profitierte wie Adenauer von seinem väterlichen Eindruck, den er hinterließ. Die politische Öffnungsstrategie der Partei gegenüber den konfessionellen Parteien stützte den erfolgreichen Kurs des Premiers und formte aus der niederländischen Sozialdemokratie eine natürliche Regierungsorganisation. Die PvdA profitierte zudem von einer gelungenen Arbeitsteilung: Drees verfolgte von Den Haag aus eine erfolgreiche, unter sozialdemokratischen Vorzeichen orientierte Regierungspolitik; Vorrink organisierte in

Amsterdam als starker Vorsitzender das Parteigeschehen und schärfte das Profil nach außen.

Von einer gelungenen Fährte, wie sie die PvdA eingeschlagen hatte, blieb die SPD abgeschnitten. Abgesehen von erfolgreichen Landespolitikern wie dem Bremer Wilhelm Kaisen, dem Hamburger Max Brauer oder dem Berliner Willy Brandt sah die Partei auf der Bundesebene kein Land. Dieser Eindruck verstärkte sich, als die Union bei den Bundestagswahlen 1957 die absolute Mehrheit der Stimmen errang. Die SPD war inzwischen so weit abgeschlagen, dass sie diesen Tiefschlag in einen Befreiungsschlag umzuwandeln begann. Der bereits eingeleitete Veränderungsprozess wurde nun beschleunigt – in programmatischer und personeller Hinsicht. Reformen wie Willy Brandt und Helmut Schmidt rückten in den Parteivorstand auf, Fritz Erler, Carlo Schmid und Herbert Wehner unterstützten den Fraktionsvorsitzenden Erich Ollenhauer als seine Stellvertreter. Zusammen mit Willi Eichler sorgten diese aufstrebenden Politiker für die zügige Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms, das 1959 in Godesberg beschlossen wurde und die Partei aufgrund der Entrümpelung des ideologischen Ballasts stärker an den realpolitischen Gegebenheiten orientierte. In diesem Zusammenhang diente die niederländische Schwesterpartei durchaus als Beispiel mit Vorbildcharakter, auch wenn der Einfluss der PvdA beim Zustandekommen der neuen programmatischen Leitlinien gering blieb. Das Werben der niederländischen Sozialdemokratie um bürgerliche Schichten und das katholische Milieu war ein von der SPD zu Beginn der fünfziger Jahre zunächst kritisch beäugter, von Eichler aber eng begleiteter und später gelobter Annäherungsprozess. In der SPD setzte sich die Erkenntnis durch, dass eine politische Öffnung gegenüber christdemokratischen Wählerschichten als Voraussetzung galt, um dem 30-Prozent-Turm bei künftigen Bundestagswahlen zu entgehen. Die SPD zeigte keine Scheu, um gelungene Entwicklungslinien von einer Schwesterpartei wie der niederländischen als Vorgabe zu übernehmen, zumal man in Bonn trotz aller Unstimmigkeiten in außenpolitischen Fragen Respekt für den Versuch der niederländischen Sozialdemokratie hegte, gesellschaftliche Verkrustungen aufzubrechen.

In der PvdA betrachtete man die Entwicklung in der deutschen Schwesterpartei naturgemäß mit Wohlwollen. Eine inhaltliche Erneuerung war von Amsterdam aus immer wieder postuliert worden. Vor dem Krieg gehörte es zum Fluss der gegenseitigen Parteibeziehungen, dass die niederländische Partei bei der inhaltlichen Ausgestaltung ihrer Programmatik genauer auf die SPD schaute, die lange als sozialdemokratischer

Musterfall betrachtet wurde. Nachdem dieser Eindruck in den Niederlanden schon in den dreißiger Jahren verwischte, verlor er nach 1945 seine Existenz und mündete in dem Umkehrschluss, dass nun die PvdA ihre parteipolitische und programmatische Erneuerung als Vorbild ausgab. Ihre Wahlerfolge und die Tatsache, dass sie in dieser Phase als eine von wenigen sozialdemokratischen Parteien in Europa den Ministerpräsidenten stellte, untermauerte ihre stolze Argumentationslinie. Das Godesberger Programm verstand die niederländische Partei als Eingangstor zu einem neuen Abschnitt in den Beziehungen mit der SPD. Man hoffte, dass nun der jahrelang erwünschte Ausgangspunkt gekommen war, von dem ab die gegenseitigen programmatischen Entwicklungslinien wieder in der gleichen Spur verlaufen würden. Fast zum gleichen Zeitpunkt wie die SPD verabschiedete auch die PvdA ein neues Grundsatzprogramm. Es war zwar in seinem Inhaltsgehalt, nicht aber in seiner Bedeutung mit dem deutschen Gegenstück vergleichbar, weil die niederländische Partei ihr Godesberg schon in tiefgreifenden Leitlinien aus dem Jahre 1937 vollzogen hatte. Während die SPD mit Blick auf das Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft zu einer Umkehr gezwungen wurde und die Erfolge der Regierung Adenauer anerkennen musste, wurden die programmatischen Grundsätze der PvdA nur ihrer aktiven Rolle als Regierungspartei angepasst. Als die SPD 1960 schließlich die Westintegration anerkannte, stellte sich für die PvdA die Normalität in den Parteibeziehungen ein, nach der man sich jahrelang politisch gesehnt hatte. Mit der programmatischen Neuaufstellung der deutschen Sozialdemokratie waren Voraussetzungen geschaffen, die das Verhältnis in einen Zustand überführten, in dem das von der PvdA angestrebte Ziel einer strategischen Partnerschaft mit der SPD nicht länger eine Vision blieb.

**5. TEIL III:
„Politik der kleinen Schritte“ und „Wandel durch Annäherung“:
Niederländische und deutsche Sozialdemokraten und die Neue Ostpolitik
(1961-1975)**

5.1 *Einleitung*

Zwischen Anpassung und Radikalisierung: PvdA und SPD in den sechziger Jahren

Nach der inhaltlichen Neuaufstellung der deutschen Sozialdemokratie begegneten sich die beiden Parteien zu Beginn der sechziger Jahre auf der gleichen programmatischen Augenhöhe. In den Reihen der niederländischen Schwesterorganisation waren die Veränderungen insbesondere wegen der neuen Einstimmigkeit mit Zufriedenheit aufgenommen worden. Die PvdA sah in der SPD eine Kommilitonin zur Durchsetzung gemeinsamer Vorstellungen gerade auf internationalen Politikfeldern und wartete nun auf die Regierungsübernahme der deutschen Parteifreunde, deren politischen Einflussmöglichkeiten sich nach einem Bonner Machtwechsel automatisch vergrößern würden. Im Verlauf der sechziger Jahre zeigten beide Seiten, dass sie in außen- und vor allem in europapolitischen Fragen zielgerichtet miteinander kooperierten. Die Vorstellungen eines Fritz Erler oder eines Helmut Schmidt auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik und die Anfänge der Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr in Westberlin lieferten in den Niederlanden den Beweis, dass die SPD ihre Konzepte weiter optimierte und sich neuen Prozessen nicht verschloss.

Mit nicht minder bedeutender Zustimmung registrierte man in Amsterdam zudem, dass sich die SPD auch personell ein neues Gesicht zu geben begann. Auch wenn Erich Ollenhauer innerhalb der PvdA wegen seiner Persönlichkeit und seinen früheren Verbindungen zu Koos Vorrink hohes Ansehen genoss, wurde ihm nach den zwei deutlich verloren Bundestagswahlen kein bahnbrechender Erfolg mehr zugetraut. Die Entscheidung der SPD, den Berliner Bürgermeister Willy Brandt 1961 als Spitzenkandidat gegen Bundeskanzler Konrad Adenauer ins Rennen zu schicken, rief dagegen in der PvdA ein optimistisches Gesamturteil hervor. Erstmals nach den Wahlen von 1949 schien die SPD ernsthaft in eine Lage zu kommen, bei der sie sich den Regierungsbänken zumindest nähern konnte. Die Reaktionen fielen daher im Lager der niederländischen Sozialdemokraten sehr positiv aus. Die Tageszeitung *Het Vrije Volk* hob hervor, dass Brandt durch sein „unermüdliches Streben“, Westberlin für Westdeutschland und den freien Westen zu behaupten, zu einer „nationalen Figur“ geworden sei. „Er ist ein Sozialist, der wie kein anderer in Westdeutschland auch

außerhalb seiner Partei Autorität genießt und, was nicht weniger wichtig ist, Popularität besitzt.“¹ Der *Paraat* berichtete mit Blick auf den Hoffnungsträger ähnlich wohlmeinend und schrieb von einem „steigenden Stern am politischen Himmel“. Positiv seien seine große Popularität und die Tatsache, dass er einem alten Kanzler als junger Kandidat gegenüberstehe. „Ob das bei diesem Mal ausreichen wird, ist eine andere Frage; aber bei einem nächsten Mal würde Willy Brandt auch noch jung sein.“² Dass der 47-jährige Brandt von den sozialdemokratischen Medien nahezu als Idealkandidat mit ausreichender Perspektive charakterisiert wurde, hing zweifellos mit seiner besonderen und auch in den Niederlanden beachteten Rolle zusammen, die er als Regierender Bürgermeister Berlins unter den schwierigen Bedingungen meisterte; zum anderen war schon früher sorgsam konstatiert worden, dass sich Brandt deutlich vor seiner Partei zur Westintegration bekannt hatte. Lagen die Präferenzen der niederländischen Sozialdemokratie vor allem wegen seiner außenpolitischen Verortung lange Zeit verstärkt bei Konrad Adenauer, so wendete sich das Blatt nun langsam. Mehr und mehr setzte sich die Erkenntnis durch, dass die Bundesrepublik auch unter einem möglichen sozialdemokratischen Regierungschef Brandt ein verlässlicher Partner bleiben würde. Die PvdA war somit auch öffentlich bereit, ihre in den fünfziger Jahren zur Schau getragene Scheu gegenüber der Schwesterpartei abzulegen, deren damalige zum Neutralismus neigende Außenpolitik nicht im Geringsten als akzeptabel galt. Der Generationenwechsel, mit dem die SPD schon vor Godesberg begonnen hatte und der sich in der Auswahl Brandts fortsetzte, fand somit einhergehend mit der inhaltlichen Überarbeitung breite Zustimmung. „Unser Streben geht nun dahin“, sagte der PvdA-Fraktionsvorsitzende in der Zweiten Kammer, Jaap Burger, auf dem Hannoveraner SPD-Parteitag im November 1960, „dass alle von der wachsenden Wohlfahrt ihren gerechten Teil bekommen. Deswegen ringen wir um Macht; deswegen soll Europa auch die sozialistischen Kräfte anerkennen, und deswegen ist die Sache der Sozialisten Deutschlands – Ihre Sache – auch außerhalb Deutschlands entscheidend.“³ Dies war ein deutliches Bekenntnis in Richtung SPD und die mit ihr verbundene Hoffnung der baldigen Regierungsübernahme in Bonn.

Als der neue Spitzenmann Brandt am 25. Juni 1961 auf einem Fest des sozialdemokratischen Rundfunksenders VARA im niederländischen Apeldoorn sprach,

¹ O.A., *Nationale figuur*, in: *Het Vrije Volk* v. 23. Juli 1960.

² MONTAGNE, O., *Willy Brandt. Stijgende ster aan politieke hemel*, in: *Paraat* v. 24. Oktober 1960.

³ Grußwort der PvdA auf dem SPD-Parteitag vom 21. bis 25. November 1960 in Hannover, in: *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 21. bis 25. November 1960 in Hannover*, S. 534-535, S. 535.

ließen die vielen Tausend Besucher ihr Einvernehmen mit dem deutschen Gast deutlich erkennen. Der Umstand, dass Brandt die weiteste Anreise gehabt habe, um nach Apeldoorn zu kommen, schrieb die *Nieuwe Apeldoornse Courant*, sei wahrlich nicht der einzige Grund für den herzlich tosenden Applaus gewesen, mit dem der Bürgermeister eines Schlüsselpostens auf dieser Welt begrüßt worden sei.⁴ Für Brandt selbst bedeutete der Besuch die Rückkehr in ein Land, in dem er während der Zeit des Nationalsozialismus nur knapp einer Verhaftung entgangen war. Im Februar 1934 wohnte der nach Norwegen emigrierte Nachwuchspolitiker einer internationalen Jugendkonferenz in Laren in der Nähe Utrechts bei, die die Polizei bereits kurz nach ihrem Beginn auflöste. Die ausländischen Teilnehmer wurden unter Arrest gestellt; vier deutsche Flüchtlinge, wie Brandt Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), wurden an die Deutschen ausgeliefert – „de Duitschers over de grens gezet“, wie Brandt die niederländischen Pressemeldungen in seinen *Erinnerungen* zitierte. Dass er selbst vor einer solchen Überführung bewahrt wurde, verdankte er seiner norwegischen Aufenthaltserlaubnis. Diese führte ihn – trotz des gültigen deutschen Ausweises in der Tasche – ins Polizeigefängnis nach Amsterdam, von dem aus er mit anderen Mitstreitern über die Grenze nach Belgien abgeschoben wurde.⁵

In den Niederlanden der sechziger Jahre, wo die Beschäftigung mit der Vergangenheit als ein von den Deutschen besetztes Land wieder stärker in den Vordergrund rückte, sympathisierte man mit Brandt wegen seines aktiven Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Diese Einstellung festigte sich, als der SPD-Kandidat im bundesdeutschen Wahlkampf mit Angriffen traktiert wurde, die die CDU wegen seiner früheren Emigration nach Skandinavien auf Brandt richtete. Die bisherige Auseinandersetzung habe zu einer „bedenklichen Abwertung“ des Ansehens der CDU, aber auch des persönlichen Prestiges des Bundeskanzlers geführt, meldete der deutsche Botschafter Josef Löns im März 1961 alarmiert von Den Haag nach Bonn. „Brandt wird hier in politischen Kreisen als eine echte Alternative zu Adenauer betrachtet. Die Niederlande haben keine Angst mehr vor einer sozialdemokratischen Bundesregierung.“⁶ Neben den linken Zeitungen war es insbesondere die *Nieuwe Rotterdamse Courant*, die das Verhalten der deutschen Christdemokraten geißelte. In einem ihrer Artikel wies das Blatt mit deutlichem Unterton daraufhin, dass die

⁴ O.A., *Geslaagd VARA.-appèl met zeer vele medewerkers*, in: *Nieuwe Apeldoornse Courant* v. 26. Juni 1961.

⁵ Vgl. BRANDT, W., *Erinnerungen*, Frankfurt am Main/Berlin 1993, S. 101f.; Zitat S. 101.

⁶ PA, Abt. II, B 24 (*Länderreferat Niederlande*), Nr. 440, Bericht des deutschen Botschafters Josef Löns zur Auseinandersetzung um die Person Willy Brandts v. 14. März 1961.

Deutschen die Emigranten und Widerstandskämpfer anders beurteilen würden als die Niederländer. Während diese aus niederländischer Sicht auf der guten Seite gestanden und für Königin, Volk und Vaterland gekämpft hätten, sei die Angelegenheit auf deutscher Seite komplizierter. So könne es sein, dass ein Deutscher in der Emigration oder im Widerstand für den Feind und gegen die eigenen Landsleute gerungen hätte.⁷ Für Löns, der bereits eine „gefährliche Isolierung“ der Regierungspartei CDU am Horizont kommen sah, war mit Blick auf die öffentliche Meinung rasch klar geworden, dass in den Niederlanden nie ernsthafte Zweifel an der Beurteilung bestanden, die Brandt zu den ‚guten‘ Deutschen zählte. Die Tatsache, dass der gebürtige Lübecker 1933 vor der nationalsozialistischen Verfolgung nach Norwegen flüchtete und sich bis Kriegsende im sozialistischen Widerstand engagierte, reichte aus, um ihn gemäß der moralischen Kategorisierung des „gut und böse“ („goed en fout“) in die entsprechende Schublade einzuordnen. Vor allem während seiner späteren Kanzlerschaft sollte Brandt von diesem Nimbus der sauberen Vergangenheit profitieren und mit ihm das deutsch-niederländische Verhältnis.

Die SPD versuchte, derartige Anschuldigungen der Regierungsparteien auf die Rolle ihres Spitzenkandidaten während des Zweiten Weltkriegs zu parieren. Mit der neuen und von oben verordneten Öffnungsstrategie trieb sie ihr Hauptziel voran, die Bundesregierung möglichst schnell abzulösen, um selbst politische Verantwortung übernehmen zu können. Eine strategische Aufgabe, der sich insbesondere der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner annahm. Schon in seiner berühmt gewordenen Bundestagsrede hatte er Willy Brandt als neuen Kanzleranwärter indirekt auserkoren, indem er die Partei auf dessen seit langem geforderte gemeinsame Bestandsaufnahme in der Außenpolitik festlegte.⁸ Mit Brandt, der den Typus des charismatischen und populären Politikers vertrat und sich eng an seinem Vorbild, dem neuen amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy, orientierte, sah Wehner die Möglichkeit, die SPD zu neuen Mehrheiten zu führen. Als der Wahltag am 17. September 1961 gekommen war, zeigte sich allerdings, dass die niederländischen Kommentatoren mit ihrer Einschätzung weitgehend richtig lagen. Die Zeit für einen Bundeskanzler Brandt war trotz dessen Popularität noch nicht reif. Zwar erreichte die SPD einen Zuwachs von 4,4 Prozent und kam insgesamt auf 36,2 Prozent der Stimmen

⁷ O.A., *Socialisten negeren de campagne tegen Brandt. „Misschien bezint de CDU zich“*, in: *Nieuwe Rotterdamse Courant* v. 15. März 1961.

⁸ Vgl. MERSEBURGER, P., *Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist*, Stuttgart/München 2002, S. 381.

– ein Gewinn, den sich der Kanzlerkandidat durchaus auf seine Fahnen schreiben durfte; für die Regierungsübernahme oder wenigstens eine Beteiligung reichte es trotz Verlusten der CDU (45,3 Prozent) jedoch bei weitem nicht aus, zumal die FDP (12,8 Prozent) zu keinem Koalitionswechsel bereit war. Der internationale Parteisekretär der PvdA, Max van der Stoel, fand kurz nach dem Plebiszit die passende Bewertung, als er davon sprach, dass Herbert Wehner, „der starke Mann im Hintergrund“, nichts lieber wolle als eine Große Koalition mit der Union.⁹ Doch der 84-jährige Adenauer – längst nicht mehr im Besitz der überragenden Autorität jener erfolgreichen fünfziger Jahre – war zu einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten nicht bereit und setzte das routinierte Bündnis mit den Liberalen fort. Entscheidend für den Wahlausgang war eine verunsicherte Bevölkerung, die nach dem Mauerbau am 13. August ein Gefühl der Sicherheit und der Stabilität mit dem langjährigen Regierungschef verband und ihm erneut das Vertrauen schenkte. Die neue Wirklichkeit, in der der Bundeskanzler ohne die bewährt deutlichen Mehrheiten weiterregieren musste, läutete aber selbst für die katholische *De Volkskrant* das „Ende einer Epoche“ ein. Das Urteil der westdeutschen Wähler beinhalte vor allem eine persönliche Botschaft an Adenauer selbst.¹⁰ Der *Paraat* wertete den Ausgang ebenfalls als „bittere Pille“ für den Bundeskanzler, auch wenn die Sozialdemokraten ihr wichtigstes Ziel nicht erreicht hätten. „Diejenigen, die bei diesem Mal nicht in der Lage waren, den großen Vater Adenauer zu wählen, glaubten auch nicht absolut an Willy Brandt.“¹¹

Dieser begab sich enttäuscht zurück in das durch Mauer und Stacheldraht geteilte Berlin, wo er gemeinsam mit seinem Intimus Egon Bahr an einem Konzept feilte, das die Trennung für die Bevölkerung erträglicher machen sollte (siehe hierzu das folgende Kapitel 5.2.1). Brandts große Stunde aus parteipolitischer Sicht schlug im Februar 1964, als er nach dem Tod Erich Ollenhauers zum neuen SPD-Vorsitzenden gewählt wurde. Ein Amt, das er bis 1987 nicht weniger als 23 Jahre innehaben sollte. Neben Fritz Erler, der sich insbesondere als Außenpolitiker einen Namen gemacht hatte und nun den Fraktionsvorsitz übernahm, komplettierte Herbert Wehner das neue Triumvirat der deutschen Sozialdemokratie. Der stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende zog im Hintergrund die Strippen und erarbeitete sich eine Machtfülle, die ihn für die nächsten fast 20 Jahre zu einem unangefochtenen Kopf der SPD werden ließ. Mit

⁹ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1140, Bericht von Max van der Stoel zum Bürotreffen der Sozialistischen Internationale am 26. September 1961 in London.

¹⁰ O.A., *Einde van een tijdperk*, in: *De Volkskrant* v. 19. September 1961.

¹¹ MONTAGNE, O., *Westduitse verkiezing werd bittere pil voor Adenauer*, in: *Paraat* v. 23. September 1961.

Helmut Schmidt, der sich als Hamburger Innensenator durch sein umsichtiges Management der Flutkatastrophe 1962 ebenfalls bundesweit einen Namen gemacht hatte, stand ein weiterer potentieller Führungsaspirant im Hintergrund bereit.¹² Der Generationswechsel war somit Mitte der sechziger Jahre abgeschlossen und die SPD personell und programmatisch bereit, Regierungsämter zu bekleiden. Als die Partei 1964 bei der Wahl des Bundespräsidenten eine erneute Kandidatur des Christdemokraten Hermann Lübke unterstützte, zeigte dies nachhaltig, dass man zu einer weitergehenden Kooperation mit der Union bereit war.

In der taktischen Anpassungsstrategie an das konservative Lager ähnelte die deutsche Sozialdemokratie ihrer niederländischen Schwesterpartei, die in den sechziger Jahren zunächst ebenfalls eine konstruktive Opposition betrieb. Die Kluft zwischen den großen Parteien, zumal zwischen PvdA und den konfessionellen Regierungsparteien, blieb sehr gering, wie auch der Journalist Günter Vieten 1962 in einer Sonderbeilage für *Das Parlament* feststellte: „Drei große parteiliche Strömungen durchfluten das Land, die ihre Quellen im konfessionellen, konservativen und sozialistischen Denken finden. Die Grenzen sind nirgendwo scharf; in allen Parteien finden sich Zonen des Überganges der einen zur anderen Richtung. Katholiken und Sozialisten bilden die beiden größten Blöcke, aber keine Partei besitzt die absolute Mehrheit.“¹³ Das politische Leben in den Niederlanden gestaltete sich in der ersten Hälfte des Jahrzehnts relativ entspannt, entideologisiert und traditionell konsensorientiert. Die versäulten Strukturen waren noch sehr vital, um anschaulich zu beobachten, wie die politischen Eliten miteinander kooperierten, ihre jeweiligen Säulenangehörigen aber voneinander abschotteten. Ein Indiz für diese Zustandsbeschreibung waren die politischen Umgangsformen der größten Parteien miteinander. Obwohl die rot-römische Zusammenarbeit aus den gelungenen Regierungszeiten der fünfziger Jahre längst der Vergangenheit angehörte und die PvdA auf den Oppositionsbänken Platz nahm, ging sie mit den politischen Gegnern in den Kabinetten katholischer Ministerpräsidenten sachte um. Es gehörte zum guten parlamentarischen Ton, sich objektiv und ohne Polemik mit der Politik der Regierungsparteien auseinander zu setzen, zumal nicht ausgeschlossen war, dass die PvdA bald wieder selbst einem Kabinett angehören könnte. Nach der erfolgreichen Ära von Willem Drees war die PvdA in der Bevölkerung als eine Partei akzeptiert worden,

¹² Vgl. POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte der SPD*, a.a.O., S. 221.

¹³ VIETEN, G.C., „Krone“ und „Generalstaaten“ – die Spitzen des Staates. Die Königin und ihre Minister. Zwei Kammern bilden das Parlament. Kluge Verteilung der Macht, in: *Das Parlament. Spezialausgabe Niederlande* v. 15. August 1962.

der man die Führung des Landes zutraute. Ein Beweis, den die SPD bisher schuldig blieb und auf den sie im Gegensatz zu den niederländischen Parteifreunden noch hinarbeiten musste. Infolge der langjährigen Zusammenarbeit als Regierungsparteien waren zwischen PvdA und der katholischen Partei auch frühere Berührungspunkte abgefallen, die es den beiden stärksten politischen Organisationen des Landes erleichterte, sich gegenseitig die jeweilige Rolle zuzugestehen. Die Tatsache, dass im Jahre 1965 mit Jean Tans (1912-1993) erstmals ein Katholik zum Vorsitzenden der niederländischen Sozialdemokratie gewählt wurde, besaß durchaus symbolischen Charakter. Gleichzeitig bedeutete dieser Vorgang, dass sich die versäulte Sozialstruktur in den Niederlanden zu lockern begann.

In einer Gesellschaft der stetigen Prosperität setzte die PvdA dagegen programmatisch durchaus neue Akzente. So ging es ihr nicht mehr vorrangig um die Frage, auf welche Weise das Wirtschaftsleben staatlich geplant werden müsse, sondern um die politische Aufgabe einer angemessenen Verteilung des neuen Wohlstandes, an dem möglichst viele teilhaben sollten. In ihrem Strategiebeitrag „Um die Qualität der Existenz“ („Om de kwaliteit van het bestaan“) versuchte die Wiardi-Beckman-Stiftung 1963 unter der Leitung ihres Direktors Joop den Uyl, die Leitlinien der nächsten Jahre zu entwerfen. Der Bericht, zugleich sozialdemokratisches Wahlprogramm, forderte eine höhere Beteiligung des Staates am Sozialprodukt, um die Relation zwischen steigendem Privatvermögen und den Einkommen der breiten Bevölkerungsschichten gerechter zu gestalten. Die Prämisse der Partei lautete, den neu vorhandenen Reichtum zum Ausbau des Sozialstaats und der internationalen Entwicklungshilfe sinnvoll einzusetzen.¹⁴

Während sich die SPD auf Willy Brandt als neuen Vordermann festlegte, konzentrierte die PvdA das politische Gewicht voll und ganz auf Joop den Uyl. Der bisherige Leiter des wissenschaftlichen Parteibüros war als Wirtschaftstheoretiker seit den fünfziger Jahren bekannt geworden und fand auch das Zutrauen der Partei, sie als Spitzenkandidat in die kommenden Wahlkämpfe zu führen. Als die PvdA 1965 in das erprobte Zweckbündnis mit der katholischen Partei zurückkehrte, wurde Den Uyl Wirtschaftsminister. Die Allianz war aber bei diesem Mal nicht mehr als eine sehr kurze Etappe in der niederländischen Geschichte und schon nach gut zwölf Monaten beendet. Auslöser für das Scheitern der Regierung unter dem katholischen Ministerpräsidenten Jo Cals war ein Antrag, den der Fraktionsvorsitzende der KVP, Norbert Schmelzer, in

¹⁴ Vgl. ROOY, *De rode droom*, a.a.O., S. 61; vgl. auch BANK, *Sozialdemokratie und Staat in den Niederlanden*, a.a.O., S. 122f.

die Zweite Kammer eingebracht hatte. Dieser forderte die eigene Regierung auf, für ein gleichgewichtiges Wachstum zu sorgen und eine zunehmende Geldentwertung zu vermeiden. Da die Entschließung unter Mithilfe der liberalen VVD in der Nacht vom 13. auf den 14. Oktober 1966 eine Mehrheit fand, mit dem Premier aber nicht abgesprochen war, stürzte das Kabinett über diesen verhältnismäßig unwichtigen Vorgang. Die „Nacht von Schmelzer“ wurde zu einem gängigen Begriff in der Geschichte des niederländischen Parlamentarismus und zog für die PvdA wegen der verspürten Unzuverlässigkeit des Partners einen Bruch in ihrem Verhältnis zu der katholischen Partei nach sich.¹⁵

War die niederländische Sozialdemokratie 1965 zwar nur kurz, aber erneut an einer niederländischen Regierung beteiligt, so verpasste die SPD den großen Durchbruch im gleichen Jahr ein weiteres Mal. Ihr Gegner hieß indes nicht mehr Konrad Adenauer, dem die FDP schon bei den Koalitionsverhandlungen 1961 eine vorzeitige Aufgabe seines Amtes abgerungen hatte und der zwei Jahre später nach fortgeschrittenem Ansehensverlust infolge der *Spiegel*-Affäre zurücktreten musste. Gleichwohl war auch sein Nachfolger Ludwig Erhard als Vertreter des erfolgreichen Sozialstaatsmodells ein Mann, der die Massen für die Unionsparteien noch einmal mobilisierte. Es bestehe kein Zweifel, so analysierte der *Paraat* nach dem Kommandowechsel 1963, dass Erhard nicht deshalb Regierungschef geworden sei, weil die CDU in ihm den großen Kanzler sehe, sondern den großen Stimmenfänger bei den Wahlen 1965.¹⁶ Diese endeten für die Sozialdemokratie mit einer erneuten Steigerung und der Erkenntnis, dass 39,3 Prozent nicht ausreichten, um der CDU/CSU (47,6 Prozent) die Regierungsverantwortung streitig zu machen. „Die Westdeutschen haben logisch gewählt: Erhard – Symbol des Wirtschaftswunders in der Nachkriegszeit und des aktuellen Wohlstands“, kommentierte *de Volkskrant* kurz und bündig.¹⁷ Doch ausgerechnet der anerkannte Ökonom Erhard war es, der 1966 unter dem Eindruck einer wirtschaftlichen Rezession und der wachsenden Arbeitslosigkeit sein Scheitern eingestehen musste und vom Amt des Bundeskanzlers zurücktrat. Da der von Brandt in die Debatte eingebrachte Vorschlag nach Neuwahlen keinen Widerhall fand, begannen Konsultationen der drei im Parlament vertretenen Parteien über die künftige Regierungskoalition. Schnell zeichnete sich ab, dass die Anzeichen auf die Bildung eines Bündnisses zwischen Christ- und Sozialdemokraten deuteten. Herbert Wehner kam es darauf an, eine stabile

¹⁵ Vgl. WOLTJER, *Recent verleden*, a.a.O., S. 439f.

¹⁶ MONTAGNE, O., *Commandowisseling in Bonn*, in: *Paraat* v. 1. November 1963.

¹⁷ O.A., *Logische keuze*, in: *de Volkskrant* v. 20. September 1965.

Verbindung mit der CDU/CSU einzugehen, die es seiner Partei ermöglichen sollte, sich dem Wahlvolk neben einem starken Partner als zuverlässige Größe zu präsentieren. Eine erstmalige Allianz mit den Liberalen erschien der SPD als zu unsicher, weil die parlamentarische Mehrheit beider Parteien nur denkbar knapp ausfiel.¹⁸ Willy Brandt, der nach seiner zweiten Niederlage 1965 ursprünglich nicht mehr als Spitzenkandidat antreten wollte, übernahm das Außenministerium und wurde Stellvertreter des neuen Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger (CDU).¹⁹

Neben dem Parteivorsitzenden wurde aus sozialdemokratischer Sicht der Ökonom Karl Schiller zum wichtigsten Eckstein der neuen Bundesregierung. Er harmonierte als Ressortleiter des Wirtschaftsbereichs nicht nur mit dem CSU-Finanzminister Franz Josef Strauß, sondern stellte auf einem nicht unbedingt originär sozialdemokratischen Arbeitsfeld eine wichtige fachliche Kompetenz unter Beweis. Ähnlich wie Joop den Uyl in seiner kurzzeitigen Amtszeit als Wirtschaftsminister verdiente sich Schiller bei der Bevölkerung Meriten für eine Politik, die auch im bürgerlichen Lager das Vertrauen in die Sozialdemokratie stärkte. Mit Schillers Namen eng verbunden bleibt die „konzertierte Aktion“, mit der es der Regierung gelang, Gewerkschaften und Unternehmer an einen gemeinsamen Tisch zu holen, um sich mit den Tarifpartnern über die Grundlinien der Wirtschaftspolitik zu verständigen. Neben der Beliebtheit Brandts, der bei den Wahlen 1969 wieder als Kanzlerkandidat antrat, war es insbesondere der Schiller-Bonus, mit dem die SPD abseits ihrer traditionellen Stammklientel erfolgreich auf Stimmenfang ging. Auch wenn die Union nach dem Urnengang erneut die stärkste Bundestagsfraktion stellte (46,1 Prozent), vollzogen Sozialdemokratie (42,7 Prozent) und Liberale (5,8 Prozent) den Bonner „Machtwechsel“.²⁰ Erstmals seit dem Krieg wurde mit Willy Brandt ein Sozialdemokrat Bundeskanzler, während die CDU/CSU nach 20-jähriger Regierungszeit in die Opposition wechselte. Eingeleitet hatte diesen politischen Umschwung auf der Bonner Bühne die Wahl des Bundespräsidenten im März 1969, bei der die FDP den SPD-Kandidaten und früheren Justizminister der Großen Koalition, Gustav Heinemann, unterstützte.

Wegen seiner Zugehörigkeit zur Bekennenden Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus galt auch für das neu gewählte Staatsoberhaupt, was für Brandt in den Niederlanden schon länger feststand: Er gehörte zu den ‚guten‘ Deutschen. Auf die

¹⁸ Vgl. POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte der SPD*, a.a.O., S. 222f.

¹⁹ Vgl. zur Beteiligung der SPD an der Großen Koalition die Studie von SCHÖNHOFEN, K., *Wendjahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969*, Bonn 2004.

²⁰ Vgl. zur sozialliberalen Koalition BARING, A., *Machtwechsel. Die Ära Brandt/Scheel*, Berlin 1998.

Symbolik der lupenreinen Vergangenheit beider Akteure deutete die sozialdemokratisch geprägte Amsterdamer Tageszeitung *Het Parool* hin, als sie nach den Wahlen die Veränderung des Klimas innerhalb der deutschen Gesellschaft hervorhob.²¹ Der langjährige Außenminister und katholische Politiker Joseph Luns sprach in einem Interview davon, „dass die neue deutsche Regierung – der Bundespräsident, vor allem aber auch der Kanzler – in Holland volles Vertrauen genießen [sic!]“.²² Die von Heinemann selbst getätigte Aussage von einem „Stück Machtwechsel“²³ und der damit verbundene politische Wunsch nach einem Mehr an Demokratie, die auch Brandt in seiner Regierungserklärung propagierte, trafen im Nachbarland auf Zuspruch. Dies unterstrich die positive Berichterstattung in den niederländischen Medien, die ihrerseits einen wichtigen Anteil daran trugen, dass der deutsche Nachbar in einem positiveren Licht erschien.²⁴ Aufgrund des enormen Vertrauensvorschlusses, mit dem Heinemann als Persönlichkeit belegt wurde, setzte sich in Den Haag die Erkenntnis durch, dass nun der richtige Zeitpunkt für einen Staatsbesuch aus der Bundesrepublik gekommen schien. War die Visite eines deutschen Bundespräsidenten von der niederländischen Regierung wegen der Erinnerungen an die Besatzungszeit bisher ausgeschlossen worden, sah sie sich nun imstande, Heinemann für einen mehrtägigen Aufenthalt im November 1970 einzuladen.²⁵ Für die bilateralen Beziehungen der beiden Länder war dieser Staatsbesuch augenfällig ein wichtiger Meilenstein, wie das deutsche Konsulat in Rotterdam nach der Abfahrt Heinemanns zufriedenstellend konstatierte: „Das Neue im Verhältnis zu uns liegt darin, dass es nun gewissermaßen durch das niederländische Staatsoberhaupt sanktioniert ist, mit dem deutschen Nachbar Kontakte zu pflegen, die nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet liegen.“²⁶

Der personelle Wechsel in den zwei der wichtigsten politischen Ämter stieß ein neues Kapitel in der Geschichte des deutsch-niederländischen Verhältnisses auf, von dem aufgrund der politischen Integrität Brandts und Heinemanns auch die Kontakte der

²¹ Vgl. o.A., *De Westduitse wisseling*, in: *Het Parool* v. 23. Oktober 1969.

²² JACOB, E., „Die Anti-Gefühle sterben aus ...“. Interview mit Hollands Außenminister, in: *Kölner Stadt-Anzeiger* v. 7. November 1969.

²³ So äußerte sich Heinemann nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten am 5. März 1969 gegenüber dem Korrespondenten der *Stuttgarter Zeitung*, Reinhard Appel. Zit. n. KOCH, D. (Hrsg.), *Gustav W. Heinemann. Einspruch. Ermutigung für entschiedene Demokraten*, Bonn 1999, S. 29.

²⁴ Vgl. hierzu HESS, J.C./F. WIELENGA, *Duitsland in de Nederlandse pers – altijd een probleem? Drie dagbladen over de Bondsrepubliek 1969-1980*, Den Haag 1982.

²⁵ Vgl. DRÖGEMÖLLER, M., *Eine Reise in die Vergangenheit? Der Staatsbesuch von Gustav Heinemann in den Niederlanden 1969*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien 2003*, Münster 2004, S. 121-138; vgl. auch HESSELS, H., *Heinemann in Holland*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 4 (1994), S. 331-336.

²⁶ PA, Abt. II, B 8 (*Protokoll*), Nr. 1611, Vermerk zum Staatsbesuch des Bundespräsidenten v. 15. Dezember 1969.

beiden Parteien profitierten. Schon in der ersten Hälfte der sechziger Jahre verhielt es sich mit den gegenseitigen Beziehungen zwischen SPD und PvdA nicht anders wie mit der politischen Gesamtstimmung in beiden Ländern: Entspannte Sachlichkeit bestimmte ein Verhältnis, das sich in dieser Phase noch nie so angenehm gestaltete wie zu irgendeinem anderem Zeitpunkt nach dem Zweiten Weltkrieg. Dies lag nicht nur an der Übereinstimmung des politischen Fahrwassers beider Organisationen, sondern auch an der persönlichen Affinität zueinander. Was auf die Führungspersonen ohnehin zutraf, galt auch für diejenigen, die die Kontakte in den internationalen Abteilungen organisierten. Zwischen Hans-Eberhard Dingels, der das Außensekretariat der SPD zwischen 1961 und 1995 leitete, und seinem Gegenüber Max van der Stoel sowie ab 1965 zu dessen Nachfolger Piet Dankert bestand im Gegensatz zu ihren jeweiligen Vorgängern Heine und Mozer ein reibungsloser Anschluss. „Die Entwicklung der letzten Jahre hat die PvdA und die SPD ideell und politisch mehr zusammenrücken lassen“, schrieb der stellvertretende PvdA-Vorsitzende Geert Ruygers 1965 in einem Beitrag für den Band „Sozialdemokratie in Europa“, der anlässlich des 100-jährigen Bestehens der SPD von Herbert Wehner herausgegeben wurde. Es sei erfreulich, dass sich beide Parteien näher gekommen seien und dies vor allem auf ideologischem Gebiet. Ruygers hob in diesem Zusammenhang noch einmal die gleichzeitige Verabschiedung der neuen Grundsatzprogramme 1959 hervor. „Obwohl beide unabhängig voneinander zustande gekommen sind, gab der gemeinsame sozialistische Ausgangspunkt die Gewähr dafür, dass die Standpunkte viel Übereinstimmung aufweisen.“²⁷ In einer anschließend folgenden Rezension des Sammelbandes über die „Freunde in Europa“ ging der damalige Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt ausdrücklich auf die niederländische Schwesterpartei ein: „Bemerkenswert für deutsche Sozialdemokraten ist besonders die Tatsache, dass den holländischen Sozialisten schon in den fünfziger Jahren in dem traditionell so konfessionell orientierten Lande ein politischer Durchbruch gelungen war. Dort wurde vorweggenommen, was hierzulande erst seit 1959 intensiv begonnen hat.“²⁸ Die Wertschätzung, mit der die SPD den niederländischen Sozialdemokraten wegen ihrer erfolgreichen Ära unter Willem Drees begegnete, wurde an dieser Stelle erneut unterstrichen. In der Frage der Regierungsfähigkeit und der programmatischen Orientierung galt die PvdA für die Führungsriege der deutschen Schwesterpartei also durchaus als vorzeigbares Exempel.

²⁷ RUYGERS, G.J.M.N., *Niederlande*, in: WEHNER, H., *Sozialdemokratie in Europa*, Hannover 1966, S. 173-186, S. 178f.

²⁸ SCHMIDT, H., *Freunde in Europa*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 2 (1967), S. 159-160, S. 159.

Das Bild der Harmonie trübte sich im weiteren Verlauf eines rebellischen Jahrzehnts durch Differenzen in einer wichtigen außenpolitischen Frage. Eine junge Generation, die in außenparlamentarischen Massenbewegungen die überfällige politische Fortentwicklung der Gesellschaft einklagte, begann, die bestehende Ordnung auch in den politischen Parteien zu untergraben.²⁹ Vor allem die PvdA bekam die Auswirkungen dieser neuen Protestbewegung elementar zu spüren und stieß in diesem Zusammenhang auch auf Probleme mit ihrer deutschen Schwesterpartei. Ihre eigene Parteijugend, die sich unter dem Terminus der sich heranzubildenden „Neuen Linken“ („Nieuw Links“) eine eigene Richtungsweisung an die Hand gab, konfrontierte die Führungsriege mit weitgehenden Initiativen. Ein Kernpunkt des Forderungskataloges war 1966 das Plädoyer für die vorzeitige Anerkennung der DDR, was hinsichtlich der Verbindungen zur SPD reichlich Sprengstoff bedeutete (siehe hierzu das Kapitel 5.2.2). Im Zuge gesellschaftlicher Veränderungen musste sich die niederländische Sozialdemokratie vom eigenen Nachwuchs den Vorwurf gefallen lassen, Teil des von der Jugend generell angeprangerten politischen Establishments zu sein. Die PvdA wurde als eines der wesentlichen Elemente verstanden, gegen das sich die neue Generation richtete: ein traditionell versäultes Gebilde mit wenig Raum für eine aktive Partizipation des Bürgers. Die Sozialdemokraten, sich in ihrem Selbstbild gern als Reformmotor der bestehenden Gesellschaftsordnung verstehend, waren gezwungen, als Verteidiger des Status quo aufzutreten. In den Niederlanden waren ein linksliberales Klima und zugleich ein politisches Vakuum entstanden, das junge Gegner der regierenden politischen Klasse – man sprach in diesen Kreisen abfällig von der ‚Regentenmentalität‘ – zur Neugründung einer Partei nutzten. Als sich 1966 mit der Antiversäulungspartei Demokraten 66 (D’66) eine Organisation links der politischen Mitte formierte, verdeutlichte dies, dass die Sozialdemokratie nicht mehr automatisch als natürliche Vertreterin des gesellschaftlichen Erneuerungsdranges betrachtet wurde.³⁰ Die PvdA war in einer Zeit, als sich gesellschaftliche Verkrustungen lösten und die traditionellen Strukturen in der Politik von einer Versäulung in eine Entsäulung überführt wurden, in die Defensive geraten. Die aufkommende Neue Linke in der PvdA versuchte, den scheinbaren Modernisierungsdruck ihrer Organisation zu nutzen, um der Partei ihre linken Vorstellungen aufzudrängen und die Machtverhältnisse zu den

²⁹ Vgl. stellvertretend KENNEDY, J.C., *Nieuw Babylon in aanbouw. Nederland in de jaren zestig*, Amsterdam 1995; RIGHART, H., *De eindeloze jaren zestig. Geschiedenis van een generatieconflict*, Amsterdam 1995; FRESE, M. (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn u.a. 2003.

³⁰ Vgl. HEYTING, *Tussen nationalisme en internationalisme*, a.a.O., S. 333.

eigenen Gunsten umzulenken. Für den Ausbau der Einflussmöglichkeiten, dem wichtigsten Ziel der Gruppe, klammerte man sich an bestimmte inhaltliche Themen, die als politische ‚Brandherde‘ eingesetzt wurden, um die Parteiführung zu provozieren und den eigenen Machtanspruch deutlich zu machen. In dieser Hinsicht lag auch ein wichtiger Unterschied zu den deutschen Jungsozialisten, die im Verlauf der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre ihre Bestrebungen viel stärker marxistisch-theoretisch anlegten und den Anspruch einer praxisbezogenen Politik oft links liegen ließen. „In den letzten zehn Jahren hat sich durch die Jugend eine Revolution vollzogen. Auf zahlreichen Gebieten hat sie mehr oder weniger das Sagen bekommen. Die Politik läuft hier einem großen Rückstand hinterher, und es wird eine der ersten Aufgaben der PvdA sein, wieder Anschluss an die Gesellschaft zu finden.“³¹ Diese selbstbewussten Worte entstammten mit Jan Nagel einem passionierten Vertreter der Neuen Linken, die 1966 in einem kritischen Pamphlet einen Kurswechsel ihrer Partei einforderte. Das Papier bildete den Ausgangspunkt für einen innerparteilichen Generationenkonflikt und die Missbilligung der erstarrten Versäulungsstrukturen, denen die PvdA nach Meinung ihrer Kritiker zum Opfer gefallen war. Das Hauptanliegen bezog sich auf die Forderung nach mehr Deutlichkeit in der Politik und schuf damit zugleich eine Gegenposition zu dem von den traditionellen Parteien auf der Grundlage der Versäulung geschaffenen Harmoniemodell. In einem Zehn-Punkte-Programm („Tien over rood“)³², das ebenfalls 1966 vorgelegt wurde, konkretisierte die Gruppe ihre linken Anliegen, zu denen unter anderem auch der Hinweis auf eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR gehörte. Mit den völlig überzogenen und für großes Unverständnis sorgenden Ambitionen war das Ziel verbunden, Sympathisanten von den Vorstellungen zu überzeugen und insbesondere mehr Macht innerhalb der Partei zu erhalten.³³ Dies gelang erstaunlich rasch, denn bereits 1967 wurden die ersten Vertreter in den Parteivorstand gewählt. Die vorangegangene Niederlage der Partei bei den Parlamentswahlen beschleunigte diesen Umschwung in der niederländischen Sozialdemokratie und sorgte dafür, dass die PvdA auf Betreiben der Neuen Linken den Anschluss zur gesellschaftskritischen Erneuerungsbewegung herstellte.³⁴

³¹ NAGEL, J., *Ha, de PvdA!*, Amsterdam 1966, S. 37.

³² DOEL, H. VAN DEN u.a., *Tien over rood. Uitdaging van Nieuw Links aan de PvdA*, Amsterdam 1966.

³³ Vgl. hierzu PRAAG, P. VAN, *Strategie en illusie. Elf jaar intern debat in de PvdA 1966-1977*, Amsterdam 1990; vgl. auch KROES, R., *New Left, Nieuw Links, New Left. Verzet, beweging, verandering in Amerika, Nederland, Engeland*, Alphen aan den Rijn/Brüssel 1975; BOIVIN, B. u.a., *Een verjongingskuur voor de Partij van de Arbeid. Opkomst, ontwikkeling en betekenis van Nieuw Links*, Deventer 1978.

³⁴ Vgl. HEYTING, *Tussen nationalisme en internationalisme*, a.a.O., S. 339.

Das in der Ära Willem Drees erworbene Image einer typischen ‚Regentenpartei‘, die in den Hinterzimmern die Kompromisse mit den anderen politischen Partnern aushandelte, wie es der Parteienachwuchs kritisierte, sollte fortan der Vergangenheit angehören. Eine erneute Zusammenarbeit mit der katholischen Partei, die seit dem unrühmlichen Ende der Regierung Cals ohnehin in Ungnade gefallen war, wurde nur für den Fall in Aussicht gestellt, dass sich die KVP politisch nach links orientierte. In dem Tempo der Veränderungen war die Führungsriege der Partei streckenweise nicht mehr Herr des Verfahrens, obwohl sie nach außen gelassen reagierte. „Die Sache nehmen, wie sie ist“, kommentierte der Vorsitzende Tans nüchtern.³⁵ Die PvdA durchlebte zum Ende der sechziger Jahre eine Entwicklung, die aus ihr fast über Nacht eine nach außen polarisierende und opponierende Organisation formte, dessen Koordinaten sich zwar nach links verschoben, aber keinen tiefgründigen Linksruck nach sich zog. Auch wenn die Neue Linke am ‚Haus‘ der niederländischen Sozialdemokratie schnell Gerüste zur umfassenden Renovierung aufgebaut und mit den ersten Arbeiten angefangen hatte, blieb doch weit mehr als nur Fundament und Grundmauern bestehen. Die Führung der PvdA behielt die Zügel fest in der Hand, bekam es in den Folgejahren aber mit einer Partei zu tun, die an ihrer Basis zu expressiven Ausbrüchen und damit zu einer Radikalität neigte, die vor allem Parteitage ins Wanken brachten. Am besten verstand es Joop den Uyl nach einigem Zögern und mit leichtem Misstrauen, als Exponent der angestammten Parteielite auf die Neue Linke und ihre politischen Ziele zuzugehen. Dies tat er nicht zuletzt aus eigenem Machtkalkül, weil sich die Nachwuchspolitiker sehr schnell in die Partei integrierten und ab 1971 mit André van der Louw sogar für drei Jahre den Vorsitzenden aus ihren Reihen stellten. Anders als Den Uyl hegte der als Außenpolitiker etablierte Max van der Stoel eine tiefe Abneigung gegenüber dem neuen Machtfaktor innerhalb der Partei. In einem Brief an den Vorsitzenden Jean Tans schrieb er im Herbst 1966: „Wir werden nicht vermeiden können, uns zwischen dieser neuen Sekte und unserem Vorhaben zu entscheiden, die PvdA zu einer progressiven Volkspartei auszubauen. Geht man auf die Forderungen von ‚Nieuw Links‘ ein, dann isolieren wir uns von einer übergroßen Mehrheit des niederländischen Volkes.“³⁶

Die Vorgänge in der niederländischen Schwesterpartei wurden in der SPD mit großem Erstaunen aufgenommen. Eine zumindest im Ansatz zu vergleichende Parallelität der Entwicklung war zu diesem Zeitpunkt, so kurz nach dem Regierungsantritt in der

³⁵ Zit. n. BOSSCHER, *De jaren 1946-1970*, a.a.O., S. 233.

³⁶ IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Nr. 598, Brief von Max van der Stoel an Jean Tans v. 18. Oktober 1966.

Großen Koalition, nicht im Geringsten erkennbar. Die Partei musste ihren Godesberger Kurs in volksparteilicher Richtung, den sie unter dem Stichwort der „Gemeinsamkeits“-Politik auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik 1960 fortgesetzt hatte, noch zügiger vorantreiben. Von den sozialen Bewegungen blieb die SPD abgeschnitten: Sie legte keinen Wert auf eine Verbindung mit der Außerparlamentarischen Opposition (APO), die sich gegen das Bonner ‚Machtkartell‘ richtete, und hatte bereits im 1961 den Anschluss zum eigenen Studentenverband SDS wegen dessen Kampf gegen die reformistische Wende der Partei gekappt.³⁷ Auch ein rebellischer Parteinachwuchs, der die SPD wegen des Eintritts in die Große Koalition und die Unterstützung der Notstandsgesetze für eine bessere CDU hielt, passte nicht in das Konzept einer frischen Regierungspartei, die den Nachweis praktischer Politik schuldig war. Während sich die sozialdemokratischen Jungpolitiker in den Niederlanden zunehmend in ihre Partei integrierten und auch zwangsläufig integriert werden mussten, blieben die Jungsozialisten in der Bundesrepublik lange Zeit auf Konfrontationskurs zur eigenen Mutterpartei. Ihnen war die Rolle als innerparteiliche Opposition zugedacht, in der sie ähnliche, aber auch völlig andere Ziele verfolgten als das Pendant auf niederländischer Seite. Den jungen PvdA-Mitgliedern widerstrebte der Umstand, dass ihre Partei zu einem festen Bestandteil des gesellschaftlichen Nachkriegskonsenses gehörte und sich als eine Funktionsträgerin der Beliebtheit präsentierte, die mit jeder anderen Partei zu koalieren imstande war; die Parteijugend der deutschen Sozialdemokraten widersprach dem mit Godesberg einsetzenden und über die Bildung der Großen Koalition fortgesetzten Entwicklungsprozess der SPD hin zu einer Partei der Mitte, die sich hinsichtlich der Stabilisierung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und der staatlichen Ordnung in ihren Augen nicht mehr stark von den Konservativen unterschied. Erst nach dem Machtwechsel von 1969 gelang es der SPD – und zuvorderst Willy Brandt – überzeugender, viele junge und auch kritische Bürger zu einer aktiven Mitgliedschaft zu bewegen.

Für beide Parteien veränderte sich ihr jeweiliges Koordinatensystem in den sechziger Jahren beträchtlich. Die Vorgänge kamen fast einem strategischen Rollentausch der zwei Schwesterparteien gleich. Durchlief die PvdA den Prozess von einer natürlichen Regierungspartei unter Willem Drees zu einer Organisation, die sich in den sechziger Jahren weder an ihrer Oppositionsrolle störte, noch mit aller Macht an die Regierung zurückkehren wollte, so ging die SPD den umgekehrten Weg: Von einer ewigen

³⁷ Vgl. hierzu FICHTER, T., *SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei*, Opladen 1988.

Oppositionspartei entwickelte sie sich mit dem Eintritt in das Bündnis mit den Christdemokraten und der folgenden sozialliberalen Ära zu einer natürlichen Regierungspartei. Die SPD sollte sich als etablierte Regierungspartei einen Ruf erarbeiten, der bei der PvdA durch ihren Schwenk nach links verblasste. Während auf Seiten der deutschen Sozialdemokraten das Godesberger Programm und das anschließende Bekenntnis zur Westintegration dieser Entwicklung den Weg ebnete, gestaltete sich der Veränderungsprozess der PvdA durch eine von innen organisierte Willensbildung. Im Zuge der sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in den Niederlanden abzeichnenden gesellschaftlichen Erneuerung, der Entsäulung traditioneller Strukturen, war es der erfolgreiche Versuch von Nieuw Links, der Mutterpartei ein neues programmatisches Gesicht zu geben. Die „Gemeinsamkeits“-Politik der SPD war dagegen eine strategische Notwendigkeit und ebenso Ausdruck eines zeitbedingten Anpassungsprozesses. Diese Neuentwicklung war allerdings nicht wie in den Niederlanden von innen respektive von unten erwachsen, sondern wurde der Partei von oben verordnet. Gleiches galt für die Große Koalition, die trotz Unbehagen und Opposition zu einer festeren Einbindung der Partei und ihrer Anhänger in das politische System beitrug. Zusammen mit dem Machtwechsel von 1969 bildeten die Jahre der Regierung Kiesinger/Brandt eine entscheidende Etappe auf dem Weg der Bundesrepublik in die Normalität und Stabilität westlicher Demokratien.³⁸ „Wir sind von der konstruktiven Opposition zur konstruktiven Mitverantwortung übergegangen“, schrieb Herbert Wehner Ende Dezember 1966 seinem niederländischen Freund Alfred Mozer.³⁹

³⁸ Vgl. BOUVIER, *Zwischen Godesberg und Großer Koalition*, a.a.O., S. 332; vgl. zur Entwicklung der PvdA BERG, J.T.J. VAN DEN, *Het miskende tijdvak. De eerste twintig jaar van de Partij van de Arbeid*, in: KROP, M. u.a. (Hrsg.), *Het zevende jaarboek van het democratisch socialisme*, Amsterdam 1986, S. 14-42, S. 16; vgl. hierzu auch DRÖGEMÖLLER, M./R. ROOWAAN, *So tief stürzt die SPD nicht*, in: *Berliner Republik*, 6 (2003), S. 78-83, S. 82.

³⁹ IISG, *Archiv Alfred Mozer*, Nr. 11, Brief Herbert Wehners an Alfred Mozer v. 30. Dezember 1966.

5.2 Von außenpolitischen Krisenjahren zur internationalen Entspannung (1961-1969)

5.2.1 Phase der Verunsicherung: Zwischen Mauerbau und den Hindernissen im europäischen Integrationsprozess

Mit der von Herbert Wehner im Juni 1960 begründeten Kehrtwende ging die neue Außenpolitik der SPD zunehmend in Expertenhand über. In Fritz Erler und Helmut Schmidt verfügte die Partei über zwei Exponenten, die sich insbesondere auf sicherheitspolitischen Terrain mit wichtigen Anstößen hervortaten. Letzterer bekannte sich in seinem Buch „Verteidigung oder Vergeltung“, das zu Beginn des Jahres 1961 erschien, zu einem möglichst lückenlosen, abgestuften Verteidigungssystem im konventionellen Bereich als wirksamste militärische Abschreckung. Schmidt war der Meinung, dass die offiziell noch gültige Doktrin der massiven Vergeltung aufgrund der sowjetischen Modernisierung in der Raketentechnik nicht mehr glaubwürdig genug erschien.⁴⁰ Sein Standpunkt deckte sich mit der „flexible response“-Strategie, die nach dem Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Kennedy 1960 als wendiges und ebenso wirksames Verteidigungskonzept entworfen worden war. Schmidt und Erler verstanden das Programm als geeigneten Strategieansatz, um der Drohkulisse des Ost-West-Gegensatzes in Europa eine passende Antwort entgegenzuhalten.

Überhaupt entwickelte sich zwischen der deutschen Sozialdemokratie und den Vereinigten Staaten von Amerika eine neu dargebotene politische Zuneigung. Diese war durch Fritz Erler am Ende der fünfziger Jahre vorbereitet worden, indem er Kontakte zu amerikanischen Politikern, Wissenschaftlern und Publizisten herstellte. Der SPD versuchte nach 1960 nicht ohne Erfolg, sich als Partei des Atlantizismus und als Mahnerin der Einheit des Westens zu empfehlen. Indirekte Schützenhilfe erhielt sie in diesem Prozess von Bundeskanzler Adenauer, der in den letzten Amtsjahren mit seiner starken Anlehnung an Frankreich die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit vernachlässigte und in seiner eigenen Partei einen Streit zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ entfachte. Die SPD stellte dagegen auch ihre Europapolitik auf den proatlantischen Kurs ab und befürwortete Kennedys Vorschlag einer ökonomischen, politischen und atlantischen Partnerschaft zwischen den USA und einem vereinten Westeuropa. Der als nationalistisch und rückwärtsgewandt empfundene Politikansatz des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulles, der sein Veto gegen die

⁴⁰ Vgl. GROH/BRANDT, *Vaterlandslose Gesellen*, a.a.O., S. 275ff.; vgl. auch SCHMIDT, H., *Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO*, Stuttgart 1961.

Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft einlegte und damit die weitere westeuropäische Integration behinderte, galt unter den Sozialdemokraten als abschreckendes Beispiel. In der grundsätzlichen Frage des Fortganges europäischer Zusammenarbeit und in ihrer Abneigung gegenüber der Politik De Gaulles bestanden zwischen SPD und PvdA folglich nicht die geringsten Verständigungsschwierigkeiten. Max van der Stoel, zwischen 1958 und 1965 der internationale Sekretär der PvdA, bestätigt rückblickend, dass es in Fragen der europäischen Integration nun häufige Kontakte der beiden Parteien gegeben habe und ihre Beziehungen in diesen Jahren sehr gewachsen seien.⁴¹ Anders als zu Beginn der fünfziger Jahre startete das neue Jahrzehnt mit einer weitgehenden Einhelligkeit in außenpolitischen Fragen, was das gute atmosphärische Klima zwischen beiden Organisationen zusätzlich verstärkte.

Auf niederländischer Seite war der Argwohn gegenüber dem französischen Staatschef noch größer als in den Reihen der SPD, weil dieser mit der Forderung nach einem „Europa der Vaterländer“ genau jenen supranationalen Strukturen eine klare Absage erteilte, die die PvdA seit Jahren mit Nachdruck verfolgte. Die niederländische Partei übernahm eine führende Funktion, als es darum ging, den ins Stocken geratenen Integrationsprozess von sozialdemokratischer Warte wieder in Schwung zu bringen. Aus diesem Anlass organisierte die PvdA im Oktober 1965 im niederländischen Wassenaar eine Veranstaltung mit dem Thema „Großbritannien und die Fragen der europäischen Zusammenarbeit“, die darauf abzielte, für einen britischen EWG-Beitritt zu werben. In einem Brief an den SPD-Parteivorstand schrieb Max van der Stoel vorab, dass man „sehr viel Wert“ darauf lege, wenn auch die deutsche Partei eine starke Delegation entsenden würde.⁴² Wie sehr die beiden Parteien auf einer Linie lagen, machte sich auch auf internationaler Ebene, bei einem Treffen der sozialdemokratischen Parteien Europas im Oktober 1965 in Paris, bemerkbar. Bei dieser Zusammenkunft wies Fritz Erler auf die Durststrecke hin, die jeder der fünf Partner Frankreichs jetzt in der europäischen Integrationspolitik zu durchlaufen habe. Worauf es ankomme, sei vor allem, den Geist der Gemeinschaft nicht auslöschen zu lassen und das zu bewahren, was bislang an Integration in der EWG geschaffen worden sei. Der niederländische Fraktionsvorsitzende in der Zweiten Kammer (1965-1967), Gerard Nederhorst, erklärte, die fünf EWG-Partner sollten so handeln, als seien sie sechs. Er sei sich mit Wehner,

⁴¹ Telefongespräch mit dem Verfasser am 3. September 2003.

⁴² AdSD, *Willy-Brandt-Archiv*, Nr. 4 (SPD-Parteivorsitzender), Brief von Max van der Stoel an den SPD-Parteivorstand v. 14. Juli 1965.

der zuvor eindringlich vor einem Ende der Gemeinschaft gewarnt hatte, einig, dass die Krise ernsthaft sei. Die Fünf seien sich bewusst, dass mit De Gaulle keine echte Integration zu bewerkstelligen sei.⁴³

Die niederländische Sozialdemokratie hatte schon 1963 die als einseitig erachtete Frankreichpolitik des früher geschätzten Bundeskanzlers kritisiert und sich als Gegnerin des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages präsentiert. Hintergrund des geäußerten Unbehagens waren Befürchtungen, die besondere Annäherung beider Länder und die von De Gaulle und Adenauer geforderte Europäische Politische Union (EPU) könnten auf ein Direktorium hinauslaufen, dem sich die kleineren Staaten unterzuordnen hätten. Diese Bedenken äußerte nicht nur die PvdA, sondern belasteten das bilaterale Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden in seiner Gesamtheit. In Den Haag fürchtete man, das europäische Gleichgewicht könne im Falle einer deutsch-französischen Hegemonie aus den Fugen geraten. Die PvdA funktionierte daher in dieser Frage nicht nur als Seismograph, sondern auch als Gradmesser für die deutsch-niederländischen Beziehungen. Die Partei entpuppte sich als wachsames Auge gegenüber dem deutschen Nachbarn und bestätigte auf diese Weise kritische Stimmen, die in der niederländischen Gesellschaft gegenüber der Bundesrepublik existierten.⁴⁴ Zweifellos ist aber auch, dass die PvdA als sozialdemokratische Organisation ihr Unverständnis über eine gewichtige Kursveränderung der deutschen Außenpolitik äußerte, die von einem konservativen Bundeskanzler betrieben wurde. Damit stärkte sie indirekt auch die zu diesem Zeitpunkt noch oppositionelle SPD.

Für die außenpolitische Gesamtausrichtung der niederländischen Sozialdemokratie galt auch zu Beginn der sechziger Jahre, was die nationale Außenpolitik ohnehin charakterisierte: Sie diene nicht als ein Thema, über das man ernsthafte Debatten führen musste. Aus dem Sicherheitsbedürfnis heraus bestand ein breiter Konsens in der Frage, welche besondere Bedeutung die NATO als westliches Verteidigungsbündnis für die Niederlande besaß. Ein Konkurrenzverhältnis zur europäischen Zusammenarbeit bestand nicht, weil man – wie neuerdings die deutsche Schwesterpartei – von einer automatischen Koppelung beider außenpolitischen Grundrichtungen ausging.⁴⁵ Bis

⁴³ AdSD, *Willy-Brandt-Archiv*, Nr. 4 (SPD-Parteivorsitzender), Aufzeichnung vom Leiter der Abteilung internationale Beziehungen der SPD, Hans-Eberhard Dingels, zur Sitzung der sozialdemokratischen Parteien Europas am 24./25. Oktober 1965 in Paris.

⁴⁴ Vgl. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 109f.

⁴⁵ Vgl. ANDERSEN, O., *De verholde redelijkheid. Het buitenlands beleid van de Partij van de Arbeid in de periode 1966-1973 ten opzichte van Oost-Europa*, Magisterarbeit Univ. Leiden 1987, S. 12; vgl. auch BARNING, T., *De Europese dilemma's van de Partij van de Arbeid*, in: *Socialisme en Democratie*, 2 (1989), S. 58-63, S. 62.

Mitte der sechziger Jahre stand dieser gemeinsame Nenner innerhalb der PvdA zu keinem Zeitpunkt zur Diskussion – ein Umstand, der sich unter dem Eindruck von Nieuw Links verändern sollte. Die außenpolitische Handhabe in der Partei verhielt sich zwar nicht – wie es den Anschein erwecken mag – als einförmige Angelegenheit. Seit den vierziger und fünfziger Jahren bestanden innerhalb der PvdA durchaus verschiedene Akzentuierungen, die allerdings auf einem gemeinsamen Sockel aufbauten. So sei an die Gruppe um Marinus van der Goes van Naters erinnert, die die Perspektive eines föderalen Europas besonders stark hervorhob, oder an die beiden Außenpolitiker des rechten Flügels, Jacques de Kadt und Frans Goedhart, die ihren Antikommunismus ausdrücklicher artikulierten. Die Grundlinie jener außenpolitischen Mehrheitsmeinung, wie sie in der PvdA von Akteuren wie Max van der Stoel, Connie Patijn oder Joop den Uyl vertreten wurde, die für einen ausgeprägten Atlantizismus und einen Ausbau der europäischen Zusammenarbeit plädierten, war und blieb aber das Fundament allen außenpolitischen Handelns. Die niederländische Sozialdemokratie verinnerlichte die Rolle, die Den Haag als „treuer Verbündeter“⁴⁶ an der Seite der Amerikaner und in der Sicherheitsallianz übernommen hatte. Diese vom Grundsatz her völlig geschlossene Haltung der Partei verstärkte sich am Ende der fünfziger Jahre, als die Sowjetunion mit ihren Drohgebärden den Druck auf den Westen erhöhte.

Die Berlin-Krise, begonnen mit dem ersten Ultimatum des sowjetischen Regierungschef Chruschtschow im November 1958, lief im Sommer 1961 auf ihren Höhepunkt zu. Nach den gescheiterten Gipfelkonferenzen in Genf und Paris drohte Chruschtschow erneut damit, noch vor Jahresende einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abzuschließen, sollte sich der Westen den Forderungen des Kremls nach einem freien und entmilitarisierten Berlin weiterhin verweigern. Der neue amerikanische Präsident Kennedy reagierte entschlossener als sein Vorgänger Eisenhower und verkündete in einer Rede am 25. Juli 1961 „three essentials“, für die das atlantische Bündnis zum Risiko bereit sei. Gemeint waren die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Berlin, ein freier Zugang von der Bundesrepublik nach Berlin und die Sicherung der Lebensfähigkeit von Berlin. Fast automatisch reagierte Chruschtschow mit heftigen Angriffen auf diese Ankündigung, hatte das Warnzeichen aber durchaus richtig gewertet. In Moskau zog man den Schluss, dass die von Kennedy eingeforderten Garantien an der Sektorengrenze enden würden. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war

⁴⁶ Vgl. hierzu das Standardwerk von STADEN, A. VAN, *Een trouwe bondgenoot. Nederland en het Atlantisch Bondgenootschap 1960-1971*, Baarn 1974.

deutlich geworden, dass Westintegration und Wiedervereinigung zunächst unvereinbar bleiben würden und die „Politik der Stärke“ in der ungelösten deutschen Frage nicht als geeignete Lösungsstrategie taugte. Die Bonner Deutschlandpolitik war gescheitert, da das ritualisierte Bekenntnis des Westens zu einer Wiedervereinigung Minimalpositionen Platz machte.⁴⁷ Die „Beschränkung auf Westberlin“ bedeutete für den Regierenden Bürgermeister Brandt „die eigentliche westliche ‚Konzession‘“.⁴⁸

Mit dem Mauerbau am 13. August 1961 zementierte die Sowjetunion den Besitzstand von Ost und West – buchstäblich in Berlin und politisch in der ganzen Welt. Beide Machtblöcke hatten sich ihres Einflussbereiches versichert und suchten fortan Koexistenz auf der Grundlage des Status quo. Konkrete Ansätze zur Konfliktbegrenzung zeichneten sich jedoch erst nach dem Ende der Kuba-Krise ab, in der die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion im November 1962 vor einer unmittelbaren atomaren Auseinandersetzung standen. Ohne Erklärung und ohne Vertrag ging die Zuspitzung um Berlin zu Ende, die aus machtpolitischer Perspektive fast alles beim Alten zu belassen schien. Mit dem Mauerbau hatte der sowjetische Regierungschef zwar die Flucht aus der DDR unmöglich gemacht, alle anderen Ziele aber verfehlt. Die Bundesrepublik blieb Mitglied der NATO, Westberlin unangetastet und die DDR ohne Anerkennung. Und dennoch schufen die Krisen Klarheit. Chruschtschow habe so kräftig und nachhaltig am Gerüst der westlichen Deutschlandpolitik gerüttelt, wie es der Publizist Peter Bender beschrieb, dass es nicht mehr trug. Die machtpolitischen Realitäten verdrängten einen Restbestand an aussichtslosen politischen Zielen und hehren Versprechungen, die sich aus den fünfziger Jahren wirksam erhalten hatten. Die neue Gewissheit trug auch dazu bei, dass nach dem Ende der Berlin-Krise der Boden für eine Verständigung bereitet werden musste, die zwangsläufig auf der außenpolitischen Wirklichkeit gründete.⁴⁹

Der Mauerbau rief in den Niederlanden und vor allem in der PvdA heftige Reaktionen hervor.⁵⁰ Schnell wurde deutlich, dass man ein Einknicken des Westens nicht akzeptieren wollte. Wie ernst man das Thema nahm, unterstrich eine dreitägige Informationsreise, zu der Joop den Uyl Anfang September 1961 in die geteilte Stadt

⁴⁷ Vgl. KLESSMANN, C., *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970*, Göttingen 1988, S. 86ff.

⁴⁸ BRANDT, *Erinnerungen*, a.a.O., S. 59.

⁴⁹ Vgl. BENDER, *Berlinkrise*, a.a.O., S. 935ff.; Zitat S. 935; vgl. aus Sicht der Niederlande auch KLINKERT, W., *Het paradepaard van de vrije wereld. Nederland en de Berlijnse crisis 1958-1963*, in: SCHOENMAKER, B./J.A.M.M. JANSSEN (Hrsg.), *In de schaduw van de Muur. Maatschappij en krijgsmacht rond 1960*, Den Haag 1997, S. 9-33.

⁵⁰ Vgl. ZUIJDAM, *Tussen wens en werkelijkheid*, a.a.O., S. 80ff.

aufgebrochen war. Erneut machte die Partei deutlich, dass sie das Schicksal der Viersektorenstadt als eine wichtige Angelegenheit betrachtete, mit der man sich besonders beschäftigte. Nach seiner Rückkehr stellte Den Uyl in einem Bericht fest: „Genauso wenig wie die Mauer, die am 13. August in Berlin errichtet wurde, die Russen von der Anziehungskraft Westberlins befreit, kann sich der Westen dieser Wirkung entledigen, ohne sich selbst zu verleugnen.“⁵¹ Ähnlich mahnende Worte fand der Außenexperte Max van der Stoel, der sich in einem umfangreichen Bericht („Berlin – ein entscheidende Kraftprobe“) intensiv mit der Lage in der geteilten Stadt auseinander setzte: „Wenn wir die Berliner nicht zu überzeugen wissen, dass die Stadt ihre Lebenschancen auch in der nun entstandenen Situation erhalten kann, bedeutet eine Massenflucht in das erheblich sichere Westdeutschland eine reale Gefahr und Westberlin droht innerhalb einiger Jahre auf das Niveau einer unbedeutenden Provinzstadt zurückzufallen.“ An anderer Stelle seines Papiers konstatierte er ernüchert: „Berlin, das einzige Stückchen Deutschland, in dem sich die Teilung noch nicht vollzogen hatte, hielt sowohl die Erinnerung an das vereinigte Deutschland als auch die Hoffnung auf eine künftige Wiedervereinigung lebendig. Die Erinnerung bleibt, aber die Hoffnung ist weggefeht.“⁵²

Wie groß die außenpolitische Einmütigkeit innerhalb der niederländischen Sozialdemokratie in dieser Phase noch war, präziserte die Rede des Fraktionsvorsitzenden Jaap Burger, die dieser im Rahmen einer Generaldebatte der Zweiten Kammer zur Berlinkrise Anfang Oktober 1961 hielt. In einem Vermerk des deutschen Botschafters Josef Löns hieß es dazu: „Besonders eindrucksvoll waren die Ausführungen des sozialistischen Fraktionsführers Burger, der u.a. darauf hinwies, dass der Westen in Berlin nicht nur Rechte zu verteidigen, sondern auch Pflichten zu erfüllen habe. [...] Wenn man in Berlin nicht Widerstand leiste, gebe man der Sowjetunion freie Hand, und wie könne jemand noch das Vertrauen haben, dass der Westen an einem anderen Punkte Widerstand leisten werde, wenn er das in Berlin nicht getan habe. Die Westmächte, so folgerte Burger, hätten also in Wirklichkeit überhaupt keine Wahl,

⁵¹ IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Nr. 190, Informationsreise nach Berlin v. 2. bis 4. September 1961.

⁵² IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Nr. 190, Bericht von Max van der Stoel („Berlin – eine entscheidende Kraftprobe“) vom September 1961.

Das Papier wurde auch in der wissenschaftlichen Monatszeitschrift der Wiardi-Beckman-Stiftung abgedruckt: STOEL, M. VAN DER, *Berlijn – een beslissende krachtproef*, in: *Socialisme en Democratie*, 10 (1961), S. 684-696, S. 686ff.

schon um ihrer selbst Willen nicht.“⁵³ Anhand der Aussagen und Stellungnahmen in dieser Grundfrage der deutschen und zugleich europäischen Außen- und Sicherheitspolitik akzentuierte sich einmal mehr die Rolle, die die PvdA mit voller Überzeugung spielte. In der Deutlichkeit, wie sie als niederländische Partei die Sicherheitsallianz mit den Vereinigten Staaten unterstützte, forderte sie nun auch entsprechende Konsequenzen, mit denen der Westen auf den Berliner Mauerbau zu reagieren hätte. Die intensive Behandlung der Berlinkrise zeigte, wie sehr die PvdA die Geschehnisse in Berlin bewegten und wie sehr sie das niederländische Sicherheitsbedürfnis betroffen sah. Mit ihrem deutlich umrissenen Standpunkt unterschied sich die Partei in keiner Weise von der niederländischen Regierung, die in diesen Jahren ihr Wort noch unverdrossen für die deutsche Wiedervereinigung erhob. Zwar machte man sich in Den Haag mit dem Umstand vertraut, dass die deutsche Einheit in absehbarer Zeit nicht nach westlichen Vorstellungen in die Tat umzusetzen sein würde, ein Grund, sich von dieser Zielperspektive zu verabschieden, sah man aber nicht. Im Gegenteil: Die deutsche Teilung als Realität anzunehmen, hätte einerseits bedeutet, das sowjetische Herrschaftssystem in Osteuropa zu akzeptieren; andererseits wäre die Gefahr gewesen, dass sich die Bundesrepublik aus der westlichen Zusammenarbeit zurückgezogen und die Sicherheitsarchitektur ins Straucheln gebracht hätte.⁵⁴

Die enge Anbindung zwischen Frankreich und Deutschland, die Adenauer und De Gaulle zu Beginn der sechziger Jahre vollzogen, verstärkte die Unruhe in der niederländischen Regierung und unter den Sozialdemokraten zusätzlich. Im Januar 1963 schrieb der nun in Brüssel ansässige Alfred Mozer dem „Freund Brandt“ von seinen Sorgen über die kommende „Institutionalisierung einer deutsch-französischen Koalition“, die bei den EWG-Partnern von Bonn und Paris heftigen Widerstand hervorrufen werde. „Da ich noch immer glaube, dass Moskau für seine Niederlage in Kuba im Laufe dieses Jahres eine Rechnung präsentieren wird, bin ich besorgt über eine Politik, die sich so weit von Washington entfernt, dass es damit noch um so schwerer wird, das dauernde Verständnis Kennedys für die Berlin-Frage zu behalten.“⁵⁵ Der Adressat bekräftigte Mozers Standpunkt: „Deine Sorgen wegen der England-

⁵³ PA, Abt. II, *Bestand B 24 (Länderreferat Niederlande)*, Nr. 439, Vermerk des deutschen Botschafters Josef Löns zur Behandlung der Berlinkrise in der Generaldebatte der Zweiten Kammer v. 10. Oktober 1961.

⁵⁴ Vgl. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 181.

⁵⁵ IISG, *Archiv Alfred Mozer*, Nr. 11, Brief Alfred Mozers an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, v. 16. Januar 1963.

Verhandlungen sind unsere eigenen. Ich fürchte, dass ein schreckliches Unglück passiert, wenn der Zug nicht noch auf das richtige Gleis gebracht werden kann“, antwortete Brandt in einem Brief Ende Januar 1963.⁵⁶ Alfred Mozer erwies sich in diesen Jahren als wertvoller Weggefährte des Berliner Bürgermeisters, weil er viel Verständnis für dessen Sorgen in der geteilten Stadt aufbrachte. Wenige Wochen vor dem Staatsbesuch des amerikanischen Präsidenten im Juni 1963 in der Bundesrepublik und Westberlin schrieb Mozer an John F. Kennedy, dass es in Westdeutschland viele Menschen gäbe, die an die europäische und atlantische Partnerschaft glauben würden. „Ich glaube, Ihr Besuch ist von größter Wichtigkeit. Wenn ich Ihnen viel Erfolg wünsche, handelt es sich von meiner Seite nicht um Uneigennützigkeit. Sie werden nicht nur ihrem eigenen Land einen Dienst erweisen, sondern Europa und unserer gemeinsamen Zukunft.“⁵⁷

Die enge Korrespondenz zwischen Alfred Mozer und Willy Brandt und der Einsatz des Niederländers offenbarten, dass auch die Beziehungen des früheren internationalen Parteisekretärs mit der deutschen Schwesterpartei längst zum politischen Normalfall gehörten und sich die Kontakte zu den kommenden SPD-Granden Brandt und Wehner (später auch zu Helmut Schmidt) freundschaftlich entwickelten. Dass sich Mozer längst der Europapolitik in Brüssel verschrieben hatte und er keine zentrale Rolle mehr in der PvdA spielte, war für ihn kein Hinderungsgrund, die Parteipolitik weiter zu verfolgen und die Kontakte mit deutschen Sozialdemokraten aufrechtzuerhalten. Als er im November 1963 auf Einladung des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) über den Sozialismus in Europa sprach, setzte er Herbert Wehner von diesem Vorgang in Kenntnis – wohl in Erinnerung an die Konflikte der fünfziger Jahre, als es insbesondere durch verschiedene Auftritte in der Bundesrepublik zu herben Auseinandersetzungen mit der SPD gekommen war. Es sei merkwürdig, schrieb Mozer an Wehner, dass der BDI ausgerechnet ihn, Mozer, zu diesem Thema einladen würde. „Ich hoffe, dass Du mit dem Text im großem und ganzen einverstanden bist.“⁵⁸

Willy Brandt, der durch seine Funktion als Bürgermeister sehr unmittelbar mit der Teilung in Berlin zu tun hatte, reagierte nicht weniger irritiert auf die Tatenlosigkeit der

⁵⁶ IISG, *Archiv Alfred Mozer*, Nr. 11, Brief des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, an Alfred Mozer v. 28. Januar 1963.

⁵⁷ IISG, *Archiv Alfred Mozer*, Nr. 69, Brief Alfred Mozers an den amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy v. 13. Mai 1963.

⁵⁸ IISG, *Archiv Alfred Mozer*, Nr. 11, Brief Alfred Mozers an Herbert Wehner v. 21. November 1963.

Verbündeten nach dem 13. August 1961.⁵⁹ „Mit vielen meiner Mitbürger war ich enttäuscht, dass der ‚Westen‘ sich nicht als willens oder fähig erwies, es jedenfalls nicht vermocht hatte, gestützt auf den vielzitierten Viermächtestatus Initiativen abzuleiten, die Deutschland und Europa das Monstrum jener ‚Mauer der Schande‘ erspart hätten“, schrieb Brandt in seinen *Erinnerungen*.⁶⁰ Für den Regierenden Bürgermeister wurde die neu entstandene Situation in Berlin zu einer besonderen Bewährungsprobe – das im Bundestagswahlkampf 1961 herausgestellte Image eines offenen Sympathieträgers legte er ab, um stattdessen in die Rolle des verantwortungsbewussten Politikers zu schlüpfen. Auf seine Anregung hin schickte der amerikanische Präsident Kennedy zusätzliche Truppen nach Berlin und beauftragte den Vizepräsidenten Lyndon Johnson sowie den früheren Organisator der Berliner Luftbrücke 1948/49, Lucius Clay, der geteilten Stadt einen Besuch abzustatten. Diese Maßnahmen sollten das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stärken und nutzten zugleich der Beliebtheit Brandts, dem die Bevölkerung aufgrund seines Einsatzes zunehmendes Vertrauen entgegenbrachte.

Der Regierende Bürgermeister und seine Partei hatten ähnlich geschockt auf das Berliner Ereignis reagiert wie die PvdA und die niederländische Regierung. Der 13. August wurde in der deutschen Sozialdemokratie mit großer Empörung und Verurteilung aufgenommen. Doch trotz dieser schwierigen Umstände betrachteten die SPD und ihr späterer Vorsitzender Willy Brandt die Zeit nach dem Mauerbau auch als Gelegenheit, um das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten weiter auf eine feste und vertrauensvolle Basis zu stellen. Im Unterschied zu Konrad Adenauer und der Union bestand zwischen deutscher Sozialdemokratie und dem amerikanischen Partner ein stets größeres Einvernehmen über die Notwendigkeit einer Kursveränderung in der Deutschland- und Ost-West-Politik. Zu Recht hat der Historiker Heinrich Potthoff darauf hingewiesen, dass diese Grundkonstellation entscheidend dazu beitrug, die neue Ostpolitik überhaupt erst zu ermöglichen.⁶¹ Während sich die PvdA über die Untätigkeit des atlantischen Bündnisses erschrocken zeigte, nutzte die SPD die Krise als Chance, ihre Verlässlichkeit unter Beweis zu stellen, auch wenn sie keine Regierungsverantwortung trug. Die von Brandts Berliner Berater Egon Bahr im Juli 1963 vorgestellte Konzeption vom „Wandel durch Annäherung“ und die mit dem Passierscheinabkommen (Dezember 1963) verbundene „Politik der kleinen Schritte“,

⁵⁹ Vgl. ausführlich u.a. KÜSTERS, H.J., *Konrad Adenauer und Willy Brandt in der Berlinkrise 1958-1963*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 4 (1992), S. 483-542.

⁶⁰ BRANDT, *Erinnerungen*, a.a.O., S. 58.

⁶¹ Vgl. POTTHOFF, H., *Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990*, Berlin 1999, S. 27f.

das den Westberlinern Weihnachtsbesuche im Ostteil der Stadt ermöglichte, korrespondierten sehr passend mit den Détente-Vorstellungen der beiden Großmächte. Die Krisen von Berlin und Kuba hatten in Moskau und Washington den zwingenden Eindruck hinterlassen, zu einem Abbau der Spannungen und damit zu einer Tolerierung des gegenwärtigen Status quo überzugehen.⁶² Brandts ‚kleine Ostpolitik‘ in Berlin, die vor allem darauf abgestellt war, Erleichterungen für die Bürgerinnen und Bürger zu erwirken, ist als Ausgangspunkt anzusehen, mit dem sich die Bundesrepublik von ihrer festgefahrenen Wiedervereinigungspolitik zu lösen begann.

Für die PvdA begannen Jahre der außenpolitischen Unsicherheit, weil ihr nicht deutlich wurde, ob Frankreich und die Bundesrepublik an der Klammer zwischen atlantischer und europäischer Zusammenarbeit in der bisherigen Form festhalten würden. Man fürchtete, der amerikanische Partner – Garant für militärische Sicherheit und gleichgewichtige Stabilität – könnte sich nach und nach aus Europa zurückziehen. Das Misstrauen gegenüber dem französischen Staatspräsidenten De Gaulle steigerte sich, als dieser 1964 mit dem Rückzug der französischen Atlantikflotte aus dem NATO-Bündnis (1. Januar) und der gleichzeitigen Annäherung an die Sowjetunion und China den Abnabelungsprozess von den Vereinigten Staaten ganz offenkundig vorantrieb. Zwei Jahre später zog De Gaulle sein Land ganz aus der militärischen Integration der westlichen Sicherheitsallianz zurück. Die niederländische Sozialdemokratie verstand zudem die außenpolitische Welt des einst so angesehenen deutschen Bundeskanzlers nicht mehr, weshalb es der SPD umso stärker gelang, sich als Alternative zu profilieren. Mit den „Atlantikern“ Erler und Schmidt, die in der Partei an wachsendem Einfluss gewannen und mit Kompetenz in sicherheitspolitischen Fragen aufwarteten, verstärkte die SPD ihr positives Außenbild in den Niederlanden. „Bei den beiden handelte es sich um intelligente Persönlichkeiten und vor allem Schmidt wurde für seinen außerordentlich großen Kenntnisstand im Bereich der Verteidigungspolitik bewundert“, erinnert sich der Außenpolitiker Connie Patijn in der Rückschau.⁶³ Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg stand die PvdA ihrer deutschen Schwesterpartei in der Außenpolitik näher als der CDU – ein Prozess, der 1960 mit Wehners Bundestagsrede begonnen hatte.

Wie besorgniserregend die künftige Entwicklung der NATO unter den Außenpolitikern der PvdA eingeschätzt wurde, zeigten einige ihrer Aufsätze, die in der

⁶² Ebd., S. 31.

⁶³ Gespräch mit dem Verfasser am 26. Juni 2003 in Den Haag.

wissenschaftlichen Zeitschrift der Wiardi-Beckman-Stiftung, *Socialisme en Democratie*, erschienen: „Die Krise in der NATO“ (Dezember 1964), „Die NATO in der Diskussion“ (März 1966), „Politische Entspannung in Europa: Das Ende der NATO?“ (Mai 1968).⁶⁴ Vor diesem Hintergrund erscheint es kaum überraschend, dass das atlantische Bündnis ab 1966 – unter dem Einfluss der Neuen Linken – aus anderen Gründen auch parteiintern in Frage gestellt wurde, aber dazu später mehr (siehe das folgende Kapitel 5.2.2). Die Aufsätze gaben die Stimmung innerhalb der Partei sehr passend wieder: Die Verfechter des Nordatlantikpaktes in der PvdA wie Max van der Stoel oder der neue internationale Parteisekretär Piet Dankert machten sich ganz offensichtlich Sorgen um die Zukunft der atlantischen Partnerschaft, dem Fundament der niederländischen Außenpolitik. Zweifellos verbarg sich hinter dieser Unzufriedenheit auch eine kritische Reaktion auf das Ausbleiben einer passenden Antwort des Westens auf den Mauerbau in Berlin. Der Partei fiel es schwer zu akzeptieren, dass der 13. August 1961 einfach hingenommen wurde und eine Demonstration sichtbarer Stärke ausblieb. Stattdessen war nicht zu übersehen, wie stark sich die PvdA mit den Bürgern Westberlins und dem Regierenden Bürgermeister nach dem Bau der „Chinesischen Mauer“⁶⁵ (Max van der Stoel) solidarisierte.

Eine deutlich abweichende Meinung von der Grundposition der Partei vertrat zunächst nur Willem Schermerhorn. In einem Beitrag für den *Paraat* äußerte der erste Ministerpräsident nach dem Krieg (1945/1946), seit Gründung der PvdA auch ihr Mitglied, sein völliges Unverständnis über die Art und Weise, wie man sich in der Partei mit der deutschen Frage beschäftigte. Aus seiner Sicht waren die Deutschen aufgrund der Geschichte ganz allein für ihr Schicksal verantwortlich – daran änderte seiner Meinung auch der aktuelle Anlass des Mauerbaus nichts. „Das deutsche Volk (von Ost und West) hat die Welt im letzten Jahrhundert zwei Mal durch Kriege ins Elend gestürzt“, schrieb Schermerhorn, um anschließend darauf hinzuweisen, dass der letzte Krieg erst die Möglichkeit für eine erhebliche russische Expansion geschaffen habe.⁶⁶ In diesem Zusammenhang erinnerte er sich an ein Gespräch, das er – auf Einladung der DDR-Regierung – 1959 mit dem Präsidenten der Volkskammer (1949-1969), Johannes Dieckmann, in Ostberlin geführt hatte. Dort war man auch auf das Thema Wiedervereinigung zu sprechen gekommen, wobei der niederländische Gast

⁶⁴ Zit. n. KOCH, K., *De PvdA en de NAVO. De jaren zestig en daarna*, in: *Socialisme en Democratie*, 9 (1989), S. 275-281, S. 276.

⁶⁵ STOEL, M. VAN DER, *Ernstige crisis tussen Oost en West*, in: *Paraat* v. 9. September 1961.

⁶⁶ SCHERMERHORN, W., *Het Duitse vraagstuk*, in: *Paraat* v. 13. Oktober 1961.

darauf hinwies, dass man kein Interesse an einem Groß-Deutschland habe, das die Welt schon zweimal ins Unglück gestürzt habe. Als sein Gegenüber zur Antwort gab, dass ein Großdeutschland schon im Westen existiere [gemeint war die Bundesrepublik, MD], entgegnete Schermerhorn: „Leider, angekurbelt durch die Russenpolitik.“⁶⁷ Diese Episode stellte seine tiefe Abneigung gegenüber Deutschland heraus und unterstrich größte Befürchtungen vor einer Wiedervereinigung des Nachbarn.

Mit einer derartig misstrauischen Haltung stand Schermerhorn in der PvdA im Abseits. Der frühere Übergangspremier blieb ein Außenseiter, weil er die deutsche Teilung anders als seine Partei nicht in erster Linie als europäisches Sicherheitsproblem betrachtete, sondern den Eindruck erweckte, dass Deutschland aufgrund der Vergangenheit mit dem Zustand leben müsse. Dass Schermerhorn überhaupt mit einem führenden Repräsentanten der DDR zusammentraf, war für einen niederländischen Sozialdemokraten vor dem Hintergrund der antikommunistischen Haltung der PvdA ohnehin überraschend. Mit Unverständnis antwortete Max van der Stoel auf den Aufsatz des Parteikollegen, dem er vorwarf, die Tatsachen zu verkennen: „In Berlin verteidigen wir mehr als zwei Millionen Deutsche – wir verteidigen dort auch unsere Freiheit.“ Es stünden nicht nur die Interessen der Deutschen, sondern „von uns allen“ auf dem Spiel.⁶⁸ Besonders hart ging er mit Schermerhorns Forderung ins Gericht, die DDR als eigenständigen Staat anzuerkennen. Dem hielt der Außenpolitiker eine ganze Palette von Argumenten entgegen, die insbesondere auf die Folgen des definitiven Charakters einer Anerkennung abhoben. Die deutsche Einheit sei auf absehbare Zeit nicht über Verhandlungen zu erreichen, fürchtete Van der Stoel – und ebenso ein endgültiges Abfinden mit der deutschen Teilung und dem ostdeutschen Zwangregime.⁶⁹ Zu seiner eigenen Überraschung musste der inzwischen wichtigste Außenpolitiker der niederländischen Sozialdemokratie feststellen, dass Schermerhorns Forderung nach einer DDR-Anerkennung ab Mitte der sechziger Jahre von Nieuw Links zu neuem Leben verholfen wurde und in diesem Prozess zu einer der Schlüsselfragen sozialdemokratischer Außenpolitik avancierte.

⁶⁷ Zit. n. ebd.

⁶⁸ STOEL, M. VAN DER, *Het gaat om meer dan Berlijn*, in: *Paraat* v. 13. Oktober 1961.

⁶⁹ Ebd.

5.2.2 Die PvdA entdeckt die DDR

„Man kann diese eigenständigen und eigensinnigen Niederländer sowieso nicht daran hindern zu sagen, was sie für richtig halten. Das ist ja auch ein bisschen sympathisch.“ Aus der Distanz der Gegenwart kann Egon Bahr mit Ruhe und Gelassenheit auf die einzig wirklich große Auseinandersetzung zurückschauen, die die SPD am Ende der sechziger Jahre mit der PvdA auszufeuchten hatte. „Der Beschluss von der Partei der Arbeit ist sozusagen unbelastet, unvorbereitet, unaufgeklärt, ohne Kontakt mit uns passiert. Das kann ich nicht übel nehmen. Aber gestört hat es.“ Als im März 1969 die Mehrheit eines Parteitages der niederländischen Sozialdemokratie für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR plädierte, waren die Reaktionen auf deutscher Seite nicht so ruhig und abgeklärt ausgefallen wie im Abstand von über 30 Jahren. Willy Brandt habe richtig auf die Pauke hauen müssen, zumal in Bonn weder über die Teilung noch über die Einheit selbständig hätte entschieden werden können, so der damalige Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt in Erinnerung an jenen zweifelhaften Beschluss. „Die Bundesrepublik, geschweige denn die SPD, waren ja gar nicht souverän, die DDR völkerrechtlich anzukennen.“⁷⁰

Brandt erhielt als Außenminister der Großen Koalition ab 1966 die Gelegenheit, seine „kleinen Schritte“ aus der Berliner Zeit nun auf der Bonner Bühne fortzusetzen – allerdings mit nur sehr zurückhaltenden Anstrengungen. Der größere Regierungspartner CDU und ihr Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger taten sich mit entspannungspolitischen Initiativen gegenüber dem Ostblock schwer – hinsichtlich der DDR sprach der Regierungschef von einem „Phänomen“⁷¹. Erste Wegmarken waren dennoch erkennbar: So nutzte sich die Hallstein-Doktrin (1958) mit ihrer Vorgabe, nach der die Bundesrepublik zu keinem Staat diplomatischen Beziehungen unterhielt, der seinerseits Beziehungen zur DDR aufgenommen hatte, immer mehr ab, um sich faktisch ganz abzuschaffen. Die Aufnahme diplomatischer Kontakte zu Rumänien (1967) und Jugoslawien (1968) wies eindeutig in diese Richtung. Der SPD ging es um ein „qualifiziertes, geregeltes und zeitlich begrenztes Nebeneinander der beiden Gebiete Deutschlands“, wie ihr Vorsitzender Brandt den zu suchenden „Modus vivendi“ auf dem Parteitag im Juni 1966 in Dortmund beschrieb.⁷² Von einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR konnte im Gegensatz zu Forderungen von Kreisen der

⁷⁰ Gespräch mit dem Verfasser am 4. August 2003 in Berlin.

⁷¹ Zit. n. KLESSMANN, *Zwei Staaten, eine Nation*, a.a.O., S. 231.

⁷² Zit. n. WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, a.a.O., S. 258.

niederländischen Schwesterpartei keine Rede sein, weil die Teilung nicht zu einem Definitivum festgeschrieben werden sollte. Auf der Tagesordnung stünde nicht die Lösung der deutschen Frage, wie es Herbert Wehner Ende Dezember 1966 an seinen Freund Alfred Mozer schrieb, sondern die Erhaltung der Lebensfähigkeit der demokratischen Kräfte in Deutschland.⁷³ Die SPD war bemüht, die Kontakte zur DDR und den osteuropäischen Staaten zu intensivieren, also den Weg fortzusetzen, den Brandt in Berlin vorgegeben hatte, ohne dabei unwiderrufliche Entscheidungen zu forcieren. Der Weg zwischen dem ersten, zunächst verhallenden Appell einer Wertschätzung der PvdA für die DDR 1965 bis zu den Reaktionen der SPD nach dem legendären Parteikonvent in Den Haag im Frühjahr 1969 soll im folgenden nachgezeichnet werden.⁷⁴ Besonderes Augenmerk wird nicht nur auf die Frage zu richten sein, ob und inwieweit sich die Grundsätze der Außenpolitik der niederländischen Sozialdemokratie veränderten, sondern in welcher Form die PvdA ihre deutsche Schwesterpartei in diese schwerwiegenden Debatten einbezog. War das beschlossene Anerkennungsplädoyer des PvdA-Parteitages wirklich so unvorbereitet und unaufgeklärt zustande gekommen, wie es Egon Bahr in Erinnerung hat?

Mit Hans van den Doel schaltete sich im September 1965 erstmals ein Protagonist von Nieuw Links in die Debatte um die deutsche Frage ein. In einem Beitrag für *Socialisme en Democratie* forderte er: „Will der Westen der Freiheit Westberlins eine neue völkerrechtliche Grundlage geben, dann ist die einzige Lösung ein neuer Vertrag mit den Kommunisten, in dem die Position Berlins nicht nur eindeutig festgelegt wird, sondern auch auf Basis der gegenwärtigen Situation. So ein Vertrag ist ohne eine vorhergehende Anerkennung der DDR nicht möglich.“⁷⁵ Der Aufsatz offenbarte als verspätete Antwort auf Max van der Stoels Strategiepapier aus dem Herbst 1961 („Berlin – eine entscheidende Kraftprobe“) den beginnenden Generationenkonflikt zwischen der etablierten niederländischen Sozialdemokratie auf der einen und ihrem aufstrebenden Parteienachwuchs auf der anderen Seite. Die Jüngeren zogen offensichtlich gänzlich andere Schlüsse aus der Annäherung zwischen Moskau und Washington und nahmen Abstand von einer Politik, die ausschließlich in Kategorien der militärischen Stärke angelegt war. Eine Anerkennung der DDR sollte kein Tabuthema mehr sein. Diese Forderung war die Ausgangsbasis eines Prozesses, der mit einer Reise

⁷³ IISG, *Archiv Alfred Mozer*, Nr. 11, Brief Herbert Wehners an Alfred Mozer v. 30. Dezember 1966.

⁷⁴ Vgl. hierzu vor allem PEKELDER, *Die Niederlande und die DDR*, a.a.O., S. 163-247.

⁷⁵ DOEL, J. VAN DEN, *De overeenkomsten inzake Berlijn*, in: *Socialisme en Democratie*, 9 (1965), S. 644-661, S. 660f.

nach Ostberlin eine spektakuläre Fortsetzung nahm. Der gut einwöchige Besuch im Januar 1966 unterstrich frühzeitig, dass den jüngeren Vertretern der niederländischen Sozialdemokratie nicht nur an hochstrebenden Pamphleten gelegen war, sondern sie den großen Worten auch Taten folgen ließen, indem man sich dem Thema praktisch annäherte. Der internationale Parteisekretär der PvdA, Piet Dankert, hatte die Gruppe um das Vorstandsmitglied Jan Nagel vorab eindringlich darauf hingewiesen, dass sie – sollte der Kontakt in diesem Zusammenhang auch mit der SPD in Bonn gesucht werden – nur in ihrem eigenen Namen sprechen möge. Er begründete diese Ermahnung mit den „deutschen Empfindlichkeiten“ in der Anerkennungsfrage und empfahl der Gruppe, sich mit Stephan Thomas vom Ostbüro⁷⁶ der SPD in Verbindung zu setzen.⁷⁷ Die PvdA legte auch gegenüber der deutschen Schwesterorganisation ausdrücklichen Wert auf die Tatsache, dass der Besuch keinen offiziellen Charakter besaß. Formell habe man aber keine Möglichkeit, Parteimitglieder von einer solchen Reise abzuhalten, schrieb Dankert im Mai 1966 entschuldigend an seinen deutschen Kollegen Dingels. Die Partei habe alles versucht, um zu verhindern, dass die vier Vertreter als Delegation anreisen würden. „Aber natürlich sind sie in der DDR doch als eine Parteidelegation empfangen worden.“⁷⁸ Die Regierung in Ostberlin verstand die Visite der niederländischen Jungsozialisten als willkommenen Anlass. Der als Abordnung aufgefasste Besuch aus einem westeuropäischen Land und noch dazu einer Schwesterpartei der SPD war eine absolute Seltenheit, die es positiv zu nutzen galt. Die um eine Aufwertung ihres Staates bemühte DDR-Regierung organisierte eine Reihe von Gesprächen und Empfängen, die die Niederländer bis in das Außenministerium führten.

An diesen in der letzten Januar-Woche des Jahres 1966 gemachten Erfahrungen ließ die Gruppe nach ihrer Rückkehr in die Niederlande eine größere Öffentlichkeit teilhaben, indem sie in der Amsterdamer Tageszeitung *Het Parool* eine Artikelserie publizierte („Auf der anderen Seite der Berliner Mauer“). Auch wenn die Autoren durchaus verschiedene Kritikpunkte äußerten (unter anderem an der Mauer), kamen sie in ihrem letzten Artikel zu dem Schluss, dass eine Anerkennung der DDR unvermeidlich sei. „Die DDR ist eine Realität. Die Lösung der deutschen Frage und Entspannung in

⁷⁶ Vgl. hierzu BUSCHFORT, W., *Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlinkrise*, München 1991.

⁷⁷ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 1143, Brief Piet Dankerts an Jan Nagel v. 10. September 1965.

⁷⁸ AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 0926A, Brief Piet Dankerts an Hans-Eberhard Dingels v. 27. Mai 1966.

Europa sind ohne sie nicht möglich.“⁷⁹ Das ging den verantwortlichen Redakteuren der Tageszeitung deutlich zu weit und sie widersprachen dem Standpunkt noch auf der gleichen Seite in einem Kommentar. Die DDR könne als marionettenhaftes Regime ohne einen Hauch von Eigenständigkeit oder Freiheit nicht am internationalen Politik- und Rechtsverkehr teilnehmen.⁸⁰ Damit war in der Deutlichkeit auch die Meinung des PvdA-Parteivorstandes wiedergegeben, der sich alles andere als begeistert über die Tatsache zeigte, dass der als inoffiziell vorgesehene Privatbesuch vier jüngerer Mitglieder derart hohe Wellen schlug. Da man der deutschen Schwesterpartei bei einem Treffen der Sozialistischen Internationale das Versprechen gegeben hatte, Kontakte mit der DDR zu vermeiden, war die nun entstandene Situation ausgesprochen unangenehm.⁸¹ Ohne Umschweife stellte Dankert in dem bereits erwähnten Brief an Hans-Eberhard Dingels fest, dass die Auffassungen der Gruppe bezüglich der DDR-Anerkennung „naiv und illusionistisch“ seien. „Wir unterstützen noch immer im Großen und Ganzen die Deutschlandpolitik der SPD [...]“, versicherte der Leiter der Abteilung internationale Beziehungen.⁸² Tatsächlich aber war innerhalb der PvdA die Debatte um die Annerkennungsfrage nun richtig ins Rollen gekommen.

Die Gegensätze setzten sich einige Monate im Oktober 1966 umso offensiver fort, als Hans van den Doel in Zusammenarbeit mit Gesinnungsgenossen das berühmt gewordene Zehn-Punkte-Programm „Tien over rood“⁸³ auflegte, in dem außen- und sicherheitspolitische Fragen eine herausragende Stellung einnahmen. Das Aufbegehren der Jungpolitiker gegen das Establishment ihrer Organisation war nicht nur eine inhaltliche Kritik an den „Kalten Kriegern“⁸⁴ der PvdA, sondern zugleich als Kampfansage in der Auseinandersetzung um einen größeren politischen Einfluss innerhalb der niederländischen Sozialdemokratie gedacht. Unter dem Eindruck der internationalen Détente war im Umfeld der Neuen Linken ein Automatismus in Gang gesetzt worden, im Zuge dessen man eine weitergehende Entkrampfung des Ost-West-Gegensatzes einforderte und offen bereit war, über Jahre gewachsene Grundstrukturen der Partei in der Außenpolitik zu opfern. Die parteiinternen Streitigkeiten innerhalb der PvdA entfalteten sich mehr und mehr zu einem Spiegelbild der niederländischen

⁷⁹ O.A., *Conclusie bezoek aan Oost-Duitsland*. „Erkennung DDR onvermijdelijk“, in: *Het Parool* v. 20. April 1966.

⁸⁰ REDAKTION, *Niet erkennen*, in: *Het Parool* v. 20. April 1966.

⁸¹ Vgl. PEKELDER, *Die Niederlande und die DDR*, a.a.O., S. 177.

⁸² AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 0926A, Brief Piet Dankerts an Hans-Eberhard Dingels v. 27. Mai 1966.

⁸³ DOEL, H. VAN DEN u.a., *Tien over rood*, a.a.O.

⁸⁴ PEKELDER, *Die Niederlande und die DDR*, a.a.O., S. 179.

Gesellschaft, in der die junge Generation am Fundament der bestehenden politischen Ordnung rüttelte. Nieuw Links benutzte und besetzte populäre Themen, die der älteren Garde eine politische Herzensangelegenheit (wie dem Antikommunismus) waren, um sie stark zu revidieren oder völlig über den Haufen zu werfen. Ein gewichtiges Beispiel spielte neben dem neuen Umgang mit der DDR, deren Annerkennung noch einmal unüberhörbar gefordert wurde, die niederländische NATO-Mitgliedschaft. Diese stellten die Autoren in „Tien over rood“ in Frage, falls Portugal Verbündeter bleiben oder Spanien es werden sollte. Die vordergründige Begründung für diese Position erklärten sie mit dem Hinweis auf die autoritären Regime beider Länder. Der Großteil der vorgetragenen Zweifel an der aus niederländischer Sicht elementaren atlantischen Partnerschaft erschloss sich aber vielmehr aus der verstärkten Antipathie gegenüber den Vereinigten Staaten wegen deren Beteiligung am Vietnamkrieg. Die militärischen Auseinandersetzungen, in die Amerika im August 1964 mit Bombenangriffen erstmals eingriff, entwickelten sich zu einem doppelten Katalysator für das Verhalten von Nieuw Links. Zum einen nahm das generelle Interesse an außen- und sicherheitspolitischen Fragen enorm zu, zum anderen – und dies war der wichtigere Faktor – bekam das Bild der Amerikaner als moralische und militärische Schutzmacht der Niederländer beträchtliche Risse. In einem Beitrag für die kleine linke Wochenzeitung *De Groene Amsterdammer*, in der Nieuw Links die eigenen politischen Ziele in zahlreichen Artikeln und Kommentaren artikuliert, war von einem „amerikanischen Blutbad“ und vom „amerikanischen Imperialismus“ in Vietnam die Rede. An Kritik gegenüber dem PvdA-Vorstand für seine Zurückhaltung gegenüber den Vereinigten Staaten in dieser Frage mangelte es nicht: „Von wem, wenn nicht von den Sozialisten, sollte man wütende Proteste gegen diesen schmierigsten imperialistischen Krieg nach 1945 erwarten dürfen?“, hieß es in einer Betrachtung im Oktober 1965.⁸⁵

Der Vietnamkrieg war aber nicht das einzige Argument, mit dem das NATO-Bündnis in Frage gestellt wurde. Ein willkommener Anlass, den moralischen Zeigefinger zu erheben und die Sicherheitsallianz mit Vorwürfen zu konfrontieren, bot die Affäre um den deutschen General Johann Adolf Graf von Kielmansegg im Sommer 1966.⁸⁶ Der

⁸⁵ JONG, I. DE, *Vietnam en de PvdA. Wat van de Socialisten verwachten?*, in: *De Groene Amsterdammer* v. 23. Oktober 1965; vgl. auch ZUIJDAM, F.A., *Van stichtelijke fraseologie naar redlijkheid. De PvdA en de oorlog in Vietnam*, in: *Bijdragen en Mededelingen betreffende de Geschiedenis der Nederlanden*, 2 (2002), S. 168-185; vgl. hierzu auch EEKERT, P./D. HELLEMA/A. VAN HETEREN, *Johnson moordenaar! De kwestie Vietnam in de Nederlandse politiek 1965-1975*, Amsterdam 1986.

⁸⁶ Vgl. hierzu WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 350-358; vgl. auch BLEICH, H., *Niederländer gegen Kielmansegg. Vergangenheit des Generals gefährdet NATO-Kommando*, in:

frühere Wehrmachtsoffizier wurde am 1. Juli zum Oberbefehlshaber des neuen NATO-Hauptquartiers im limburgischen Brunssum ernannt. Dass ein uniformierter Deutscher in den Niederlanden mit dieser Funktion betraut wurde, rief bei vielen ein unterschwelliges Misstrauen hervor; dass Kielmansegg darüber hinaus 1941 als Wehrmachtsoffizier ein angeblich kriegsverherrlichendes Buch publiziert hatte („Panzer zwischen Warschau und Atlantik“), machte den Skandal perfekt. Es war in diesem Fall aber nicht nur die Neue Linke, die die Ernennung anprangerte, sondern ein Großteil der niederländischen Medien und einige Führungspersönlichkeiten der Sozialdemokratie. Obwohl der General im Umfeld der NATO und in der Bundesrepublik wegen seiner Beteiligung am gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 sowie am Aufbau einer modernen Bundeswehr alles andere als negativ aufgefallen war, setzten Teile der PvdA ihre Loyalität für die Bundesrepublik eine Weile aus. Für die Vorstandsriege der Partei wurde der Fall Kielmansegg zu einem richtigen Politikum, für das man aus dem Protest heraus sogar bereit war, die Neuauflage der Koalition mit der katholischen Partei platzen zu lassen, falls der Ernannte sein Amt tatsächlich antreten sollte. Das Verhalten der niederländischen Sozialdemokratie zeigte, dass man sich trotz des großen Verständnisses für deutsche Belange wie die Teilung des Landes empfindlich zeigte, wenn es um die Vergangenheit des Nachbarn und die Ernennung eines scheinbar zweifelhaften NATO-Generals ging. Insofern trennte die PvdA die Angelegenheit sauber zwischen ihrem aktiven Einsatz für einen NATO-Beitritt der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren und dem nun offen gezeigten Widerstand gegen die Berufung eines Deutschen auf einen der höchsten Posten des Bündnisses ab. Das eine hatte in ihren Augen nichts mit dem anderen zu tun.

In der Bonner SPD-Baracke hielt man die Situation für so ernsthaft, dass der Leiter der Abteilung internationalen Beziehungen, Hans-Eberhard Dingels, persönlich nach Amsterdam beordert wurde. Im Gepäck hatte der SPD-Unterhändler einen Brief des stellvertretenden Parteivorsitzenden Herbert Wehner sowie ein Memorandum über Kielmansegg, das der niederländischen Schwesterpartei und den Journalisten helfen könne, „objektiv“ über seine Person unterrichtet zu werden. „Unsere Partei hat seit Bestehen der Bundeswehr gute Beziehungen zu Kielmansegg, den wir als einen wahrhaftigen Mann und zuverlässigen Demokraten schätzen. An seiner Anti-Hitler-Gesinnung besteht in der Bundesrepublik Deutschland keinerlei Zweifel“, befestigte

Frankfurter Rundschau v. 31. August 1966; vgl. zu den kritischen Ansichten von Nieuw Links bezüglich der Person Kielmanseggs NAGEL, *Ha, die PvdA!*, a.a.O., S. 67ff.

Wehner den Standpunkt seiner Partei.⁸⁷ Die Wirkung des besonderen Engagements der deutschen Schwesterpartei schien erstaunlich rasch erzielt, wie Hans-Eberhard Dingels schon einen Tag später in einem Brief an Herbert Wehner und Helmut Schmidt⁸⁸, der sich ebenfalls für Kielmansegg eingesetzt hatte, zufriedenstellend vermeldete: „Pieter Dankert, der Leiter der dortigen Auslandsabteilung teilte mir mit, dass seiner Ansicht nach das Memorandum der SPD entscheidend dazu beitragen werde, die Mehrheit im Vorstand der PvdA zu einer moderierten Haltung im Falle Kielmansegg zu bewegen. Er sagte mir, dass man sich im Kabinett der holländischen Regierung schon auf einen Kompromiss in Richtung Tolerierung geeinigt habe.“⁸⁹ Beide Seiten übertrieben mit der Annahme, dass allein oder vor allem das Memorandum der SPD zum niederländischen Sinneswandel beigetragen habe. Viel entscheidender war die Ausstrahlung einer Fernsehdokumentation Anfang Oktober 1966 („Der wahre Von Kielmansegg“⁹⁰), in der unter anderem der frühere KZ-Häftling und Publizist Eugen Kogon als Entlastungszeuge auftrat. Erst hernach war die PvdA endgültig zum Rückzug bereit und zog ihre Vorbehalte gegen die Ernennung zurück. Damit war die Affäre relativ schnell behoben und blieb für das feste Fundament des Verhältnisses zwischen PvdA und NATO folgenlos.

Gegenwind erhielt dieses gewachsene Bündnis dagegen immer mehr aus dem Lager jüngerer Parteimitglieder, die starke Vorbehalte in Richtung Vereinigte Staaten äußerten. Im Vergleich zu den fünfziger Jahren und der ersten Hälfte der sechziger Jahre, in denen die PvdA als treue Verfechterin der Partnerschaft mit dem amerikanischen Verbündeten auftrat, war ein Ausgangspunkt erreicht, von dem an sich das enge Band mit der atlantischen Sicherheitspartnerschaft in seiner Bedeutung in bestimmten Kreisen der Partei zu relativieren begann. Dies galt insbesondere für den nach oben drängenden Parteienachwuchs, der Bestandteil des Führungsgremiums wurde und damit nach und nach selbst zum neuen Establishment der PvdA gehörte. Die etablierten Außenpolitiker wie Max van der Stoel und Connie Patijn blieben ihrer Linie dagegen treu und wurden als Vertreter des rechten Flügels abgestempelt. Auch wenn sie

⁸⁷ AdSD, *Helmut-Schmidt-Archiv*, Nr. 5508, Brief Herbert Wehners an den Parteivorstand der PvdA v. 21. September 1966.

⁸⁸ Helmut Schmidt stand mit Kielmansegg in brieflichem Kontakt. Vgl. AdSD, *Helmut-Schmidt-Archiv*, Nr. 5508, Brief von Johann Adolf Graf von Kielmansegg an Helmut Schmidt v. 6. September 1966; Brief von Helmut Schmidt an Johann Adolf Graf von Kielmansegg v. 11. Oktober 1966; Brief von Johann Adolf Graf von Kielmansegg an Helmut Schmidt v. 19. Oktober 1966.

⁸⁹ AdSD, *Helmut-Schmidt-Archiv*, Nr. 5508, Brief von Hans-Eberhard Dingels an Herbert Wehner u. Helmut Schmidt v. 22. September 1966.

⁹⁰ Zit. n. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 353.

nicht mehr unmittelbar zu den Meinungsführern ihrer Partei gehörten, waren es Persönlichkeiten wie Van der Stoel und der unangefochtene Spitzenmann Joop den Uyl, die in Den Haag das Politikgeschehen ihrer Partei organisierten und dafür sorgten, dass die NATO-Mitgliedschaft als feste Konstante der niederländischen Sozialdemokratie aufrechterhalten blieb. Der Umschlag, den die neue Bewegung in die Außenpolitik der PvdA brachte, war daher – auch auf längere Sicht – mit geringeren radikalen Auswirkungen verbunden, als es der erste Eindruck vermuten ließ. Nichtsdestotrotz verging in den siebziger Jahren kein Parteitag, auf dem sich die PvdA nicht kritisch mit der niederländischen NATO-Zugehörigkeit beschäftigte.⁹¹ Letztendlich handelte es sich hierbei um Scheindiskussionen, weil die Partei natürlich nicht in der Lage war, mit einem einfachen Parteitagsbeschluss den NATO-Austritt ihres Landes herbeizuführen. Insofern dürfen die Konvente der Partei und die streckenweise weitgehenden Resolutionen nicht überbewertet werden.

Infolge der Einwirkungen von Nieuw Links war zudem mehr als deutlich geworden, dass sich Teile der Partei zu einer moralischen Instanz verselbstständigten, die vor antideutschen Ressentiments nicht zurückschreckte. Gehörte es für Vertreter der Kriegsgeneration wie Koos Vorrink, Alfred Mozer und Marinus van der Goes van Naters zum parteipolitischen Kodex, dass man – auch mit Blick auf die demokratische Regeneration der Bundesrepublik – keine antideutschen Gefühle äußerte, so näherten sich ihre politischen ‚Enkel‘ dem großen Nachbarn ab Mitte der sechziger Jahre mit kritischen Blicken und einer unverhohlenen Ignoranz gegenüber den tatsächlichen Realitäten. Han Lammers, einer der passioniertesten Vertreter von Nieuw Links in der PvdA, bezeichnete die Bundesrepublik im April 1966 als „schlechten Nachbarn“. Nährboden seiner Argumentation waren nicht nur „eine immer stärker werdende NPD“⁹², sondern vor allem die aufkommenden Pläne der Bundesregierung hinsichtlich einer Notstandsgesetzgebung. „Immer deutlicher zeichnet sich in Westdeutschland eine Entwicklung ab, die, sollte sie nicht von einer starken Gegenbewegung verhindert werden, unwiderruflich zum Ende der Demokratie führen wird“, warnte Lammers in

⁹¹ ROVERS, F., *De geschiedenis van een misverstand*, in: *Socialisme en Democratie*, 1/2 (2003), S. 91-93, S. 92.

⁹² Die 1964 gegründete Partei erreichte ihren großen Durchbruch bei den Landtagswahlen in Hessen, wo sie am 6. November 1966 rund 7,9 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte, und zwei Wochen später in Bayern, als sie 7,4 Prozent für sich verbuchte und ebenfalls problemlos in den Landtag einzog. Zwei Jahre später im April 1968 schaffte die NPD bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg mit 9,8 Prozent ihr bestes Ergebnis bei einer Wahl überhaupt. Vgl. HOFFMANN, U., *Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur*, Frankfurt am Main u.a. 1999, S. 109ff.

einem Beitrag für das linke Blättchen *De Groene Amsterdammer*.⁹³ Der Untertitel seines Artikels, „Die Wiederholungsübungen der Antidemokraten“, zeigte nicht nur einen übertriebenen Argwohn, sondern unterstrich, welchen besonderen Einfluss die Vergangenheit und insbesondere eine aufkommende Debatte um die Erinnerung an den Nationalsozialismus auf das Deutschlandbild der jüngeren Sozialdemokraten besaßen. Die Mehrheit von Nieuw Links konnte sich nicht des Eindrucks erwehren, dass ehemalige Nationalsozialisten in der Bundesrepublik wieder zu Amt und Würden gekommen waren. Nach Bildung der Großen Koalition im Dezember 1966 versteifte sich dieser Kreis noch vehementer auf die Frage, wie es um die deutsche Demokratie bestellt war. „Die Sozialisten werden national“, rügte Lammers im Dezember 1966 die SPD für ihr Bündnis mit den Unionsparteien, um anschließend endgültig zu der Feststellung überzugehen, dass die Große Koalition den Untergang der deutschen Demokratie besiegeln würde.⁹⁴ Bei den Nachwuchspolitikern sorgte für Unverständnis und Enttäuschung zugleich, dass sich ein früherer Immigrant wie Willy Brandt mit dem einstigen NSDAP-Mitglied Kurt Georg Kiesinger an einen Tisch setzte und noch dazu eine gemeinsame Bundesregierung schmiedete. Die niederländischen Jungsozialisten verleiteten sich selbst immer mehr dazu, den deutschen Nachbarn fast ausschließlich durch die Brille des früheren antidemokratischen und herrschsüchtigen Regimes zu betrachten, das im Mai 1940 den Befehl zum Überfall auf die Niederlande gegeben hatte. Dieser Eindruck bestätigte sich vor allem im Laufe der siebziger Jahre, als Teile der PvdA mit der deutschen Innenpolitik hart ins Gericht gingen.

In diesem ab Mitte der sechziger Jahre zunehmend angespannteren Klima bewiesen die beiden Schwesterparteien jedoch, dass Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen nicht automatisch zu schweren Konflikten führen müssen. Ihr gegenseitiges Verhältnis ruhte auf gewachsenen Strukturen und bewegte sich über einem festen Fundament. Hans-Eberhard Dingels und sein Gegenüber auf niederländischer Seite, Piet Dankert, besaßen gute Sensoren, wenn es darum ging, politischen Gefechten zuvorzukommen oder sie zumindest zu entschärfen. Das umsichtige Management der beiden Vermittler hatte erstmals in der DDR-Anerkennungsfrage besondere Konturen bekommen und setzte sich im Fall Kielmansegg fort, der nicht nur Nieuw Links, sondern auch eine Mehrheit des

⁹³ LAMMERS, H., *De plannen van een slechte buur. De herhalings oefeningen der anti-democraten*, in: *De Groene Amsterdammer* v. 16. April 1966.

⁹⁴ LAMMERS, H., *De Duitsers hebben weer hun meerderheid. Socialisten worden nationaal*, in: *De Groene Amsterdammer* v. 3. Dezember 1966.

Führungszirkels aufwühlte und wochenlang beschäftigte. Dieser Kasus schuf insofern ein Exempel, weil Dankert nach der durch Wehner gestarteten Initiative der SPD geräuschlos und trotz bestehender Vorbehalte verschiedener Parteikollegen versuchte, die auf deutscher Seite entstandene Aufregung auf ein Normalmaß herunterzufahren und die Schwesterpartei zu beruhigen. Für die Lösung der Affäre in den Niederlanden und innerhalb der PvdA war sicherlich entscheidender, dass sich die gegen den neuen Oberbefehlshaber erbrachten Vorwürfe als haltlos erwiesen; dennoch war nicht zu übersehen, dass die niederländische Partei in ihren Beziehungen zur SPD um Schadensbegrenzung bemüht war, weil Dankert die Schwierigkeiten zügig aus der Welt schaffen wollte.

Die streckenweise stark missbilligende und zum Teil sehr polemische Haltung, mit der sich die jüngeren niederländischen Sozialdemokraten ab 1966 gegenüber verschiedenen innenpolitischen Angelegenheiten in der Bundesrepublik in Stellung brachten, beeinträchtigte die Ebene der Parteibeziehungen zunächst kaum. Dies zeigte sich auch im Zusammenhang mit dem Erstarken nationalkonservativer Kräfte und früherer Nationalsozialisten, die 1964 die NPD gründeten und mit ihrer neuen Organisation im November 1966 in die Landtage von Hessen und Bayern einzogen. Anstatt sich der herben Kritik der Neuen Linken anzuschließen, bat Dankert den stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden Fritz Erler, sich in einem Artikel für die Nachfolgezeitung des *Paraat, Opinie (Meinung)*, persönlich zu diesem Thema zu äußern. In einem Brief an Erler schrieb der internationale Parteisekretär im März 1966, dass es eine Dauerangelegenheit sei, das deutsch-niederländische Verhältnis zu verbessern. „Die Rückfälle, die es in der letzten Zeit gegeben hat, sollen dort – wo diese Rückfälle wenig mit der Wirklichkeit zu tun haben – überwunden werden.“⁹⁵ Dankerts umsichtiges Verhalten glich einem Frühwarnsystem: In dem vollen Bewusstsein, dass die Bundesrepublik unter besonderer Beobachtung einer Reihe seiner zumeist jüngeren Parteimitglieder stand, versuchte er, die SPD in die Aufklärungsarbeit einzubeziehen und ihr zu kritischen Fragen als ‚deutscher‘ Stimme ein Podium zu geben. Wie Alfred Mozer in den fünfziger Jahren mit seinen zahlreichen Beiträgen in dem von ihm

⁹⁵ AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 0926A, Brief Piet Dankerts an Fritz Erler v. 18. März 1966.

In einem Antwortbrief, den Hans-Eberhard Dingels für den in den Vereinigten Staaten weilenden Erler schrieb, warnte der Leiter der Abteilung internationale Beziehungen vor einer übertriebenen Darstellung rund um die NPD: „Allerdings möchte ich dir persönlich dazu sagen, dass in weiten Bereichen der ausländischen Presse ein Bild von dem sog. Wahlerfolg der NPD entworfen wird, das keineswegs der Wirklichkeit entspricht.“ Siehe AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 0767, Brief von Hans-Eberhard Dingels an Piet Dankert v. 25. März 1966.

verantworteten *Paraat* nutzte nun Dankert das durch ihn geleitete, im zweiwöchigen Rhythmus erscheinende Parteiblatt *Opinie*, um die niederländische Mitgliedschaft für deutsche Probleme zu sensibilisieren. Dies bedeutete nicht, dass er auf kritische Anmerkungen verzichtete, wenn ihm dies angebracht erschien. Im Zusammenhang mit der Bildung der Großen Koalition äußerte Dankert leise Bedenken, die sich in ihrer Argumentation aber klar von den mit großem Unmut hervorgebrachten Protesten der Neuen Linken unterschieden: „Auch 1966 ist das deutsche Staatssystem noch jung, hat eine starke Opposition nötig. Die FDP kann diese Funktion nicht erfüllen. Die SPD oder die CDU können das wohl“, empfahl er im Dezember 1966 und warnte in diesem Zusammenhang vor einem Erstarken der NPD.⁹⁶ Die PvdA steckte mit Blick auf die neue Koalition zwischen Sozial- und Christdemokraten in einer Zwickmühle. Einerseits gönnte sie ihrer Schwesterpartei die seit Jahren geforderte Regierungsbeteiligung in der Bundesrepublik; andererseits war sie als enge Begleiterin der demokratischen Entwicklung des deutschen Nachbarn an stabilen politischen Verhältnissen interessiert. Dankerts Anmerkungen waren daher im Gegensatz zu denen von Nieuw Links nicht antideutschen Ursprungs, sondern zielten auf die Festigkeit der Demokratie ab, die es zu bewahren galt.

Auf Seiten der deutschen Sozialdemokratie wusste man diesen Einsatz zu schätzen und Hans-Eberhard Dingels war bemüht, die guten Kontakte mit den Niederländern nicht unnötig zu komplizieren. „Brandt legte als Parteivorsitzender großen Wert auf ein rundum gutes Verhältnis zur PvdA und den dortigen Gesprächspartnern, zu denen insbesondere Max van der Stoel gehörte“, erinnert sich Dingels an den festen Willen der SPD-Führung, die bilaterale Zusammenarbeit mit den Niederländern in geordneten Bahnen verlaufen zu lassen. Grundlage dieser konstanten Einstellung bildete einerseits die gemeinsame Erinnerung an die Schwierigkeiten der fünfziger Jahre, die sowohl Brandt als auch Dingels am Rand mitbekommen hatten; zum anderen war man sich in der SPD bewusst, dass die PvdA als Europäer der ersten Stunde stets über wichtige Politiker in internationalen Gremien verfügte, mit denen es gute Kontakte zu pflegen galt. „Ich habe sehr früh gelernt, dass ich die niederländische Partei der Arbeit auf meiner Seite wusste, wenn man was bewegen wollte“, so Dingels in der Rückschau: „Zu meinen Kolleginnen und Kollegen habe ich daher gesagt: ‚Passt mir immer auf und beginnt nicht ohne Grund und ohne Not einen dummen Streit mit den Holländern.‘“⁹⁷

⁹⁶ DANKERT, P., *Regering zonder oppositie*, in: *Opinie* v. 9. Dezember 1966.

⁹⁷ Gespräch mit dem Verfasser am 20. August 2003 in Bonn.

Diese selbst ‚verordnete‘ Zurückhaltung zeigt einmal mehr, welche Bedeutung die SPD ihrer niederländischen Schwesterpartei beimaß und dass sie dessen Einfluss alles andere als gering einschätzte.

Die offiziellen Kontakte mit der PvdA waren daher zu diesem Zeitpunkt Mitte der sechziger Jahre nicht das Problem der SPD. Es sah so aus, als müsste sich Dingels in der Bonner Parteizentrale viel mehr Sorgen um die außenpolitische Positionierung der niederländischen Schwesterpartei machen. Denn während der Verbleib im atlantischen Bündnis von Nieuw Links noch an Bedingungen geknüpft wurde, zeigte sich in der deutschen Frage, wie rigoros man mit den bisherigen Grundsätzen der PvdA verfuhr. Nach dem Willen des Parteienwachstums sollte sich dieser Teil der sozialdemokratischen Außenpolitik ins Gegenteil verkehren. Das starre Festhalten an der vertretenen Nichtanerkennungspolitik gegenüber der DDR, die von der PvdA in den Niederlanden am stärksten verfochten worden war, hatte einer völkerrechtlichen Anerkennung Platz zu machen. Es war nicht mehr auszuklammern, dass die Neue Linke der zunehmenden Balance der beiden Großmächte mit anderen und vor allem weitergehenden Erkenntnissen begegnete als die ältere Generation, die vor ihrem Hintergrund der traumatischen Kriegserfahrungen am Bestand der atlantisch-europäischen Zusammenarbeit und vorerst auch an einer klaren Abgrenzung gegenüber dem Osten festhielt. Der jahrzehntelange Parteikonsens in außenpolitischen Fragen fiel wie ein Kartenhaus zusammen, weil Nieuw Links im Zuge der internationalen Entspannung nicht mehr von einem erhöhten Drohpotential der Sowjetunion ausging.⁹⁸ Die Zusicherung Dankerts, man würde an der Deutschlandpolitik der SPD festhalten, wirkte sich in Bonn aber zunächst beruhigend aus. „Nein, die DDR müssen wir nicht anerkennen“, schrieb der internationale Parteisekretär im Oktober 1966 im Parteiblatt *Opinie*. In seinem Beitrag legte er Wert auf den Hinweis, dass „wir als demokratische Sozialisten nicht das Recht haben, den Deutschen ihr Selbstbestimmungsrecht wegzunehmen“.⁹⁹ Nicht minder deutlich fiel sein Statement einen Monat später im November 1966 auf dem PvdA-Parteitag in Rotterdam aus, wo die Frage nach einer vorzeitigen Anerkennung der DDR breiten Raum einnahm. Dankert verurteilte die Pläne von Nieuw Links und nannte diese „einen regelrechten Schlag ins Gesicht der deutschen Sozialisten“, die sich um angemessene Kontakte mit der DDR und

⁹⁸ Vgl. BOSSCHER, *De Partij van de Arbeid en het buitenlands beleid*, a.a.O., S. 51; vgl. ZUIJDAM, F.A., *Tussen wens en werkelijkheid*, a.a.O., S. 14f.; vgl. auch PEKELDER, *Die Niederlande und die DDR*, a.a.O., S. 172.

⁹⁹ DANKERT, P., *Duitsland, Portugal, de NAVO en wij*, in: *Opinie* v. 28. Oktober 1966.

osteuropäischen Staaten bemühten. Zudem sah er in der Anerkennung Ostdeutschlands „eine Gefahr für die noch nicht so starke westdeutsche Demokratie“. Drastischer drückte sich Connie Patijn aus, der nicht akzeptieren wollte, dass man die Anerkennung als „eine moralisch gute Sache“ betrachten könne. Diese würde schließlich auf die formelle Erklärung hinauslaufen, dass 17 Millionen Menschen für immer das Recht auf Selbstbestimmung entzogen werde, was die Besiegelung einer unrechtmäßig zustande gekommenen Teilung Deutschlands bedeute.¹⁰⁰

Die deutlichen Bekenntnisse täuschten nicht darüber hinweg, dass sich das Plädoyer für eine DDR-Anerkennung in der niederländischen Sozialdemokratie verfestigte. Auch andere linke Parteien in den Niederlanden hatten das Thema inzwischen aufgegriffen und diskutierten es nicht weniger intensiv als die PvdA. Eine einwöchige Reise des linken Sozialdemokraten Han Lammers im Sommer 1967 hielt die Debatte zusätzlich lebendig. Der Redakteur der kleinen Wochenzeitung *De Groene Amsterdammer* berichtete nach seiner Wiederkehr ausführlich über den Besuch und benutzte seine journalistische Tätigkeit für einen politischen Werbeauftrag zugunsten der DDR. Er zeichnete das Bild eines besseren, weil sozialistischen Deutschlands, das sich auch wegen seiner angeblich antifaschistischen Grundhaltung als Gegenmodell zur Bundesrepublik geradezu ‚anbot‘. Bei Lammers fiel das von der DDR selbst verbreitete Eigenimage eines guten Deutschlands auf fruchtbaren Boden. „Ich bin erschrocken zurückgekehrt. Erschrocken, weil ich festgestellt habe, wie groß die Lücke zwischen der Wirklichkeit der DDR und dem Bild, das in unserem Land von ihr besteht, klafft“, behauptete er in seinem Beitrag im Juni 1967. Die DDR war in seinen Augen bisher viel zu negativ dargestellt worden. „Wir irren uns gewaltig, wenn wir annehmen, dass es in der DDR keine Demokratie gibt“, notierte Lammers, um an anderer Stelle festzuhalten: „Die Mauer. Sie sieht von hinten weniger bedrohlich aus, als man vermuten würde.“¹⁰¹ In derartig verniedlichenden Worten war die DDR bisher in den Niederlanden noch nicht öffentlich beschrieben worden und unterstrich einmal mehr die naive Art und Weise, wie sich die Neue Linke gegenüber Ostdeutschland positionierte. Es zeigte zugleich, wie sehr sich die Gruppe vom vertretenen Selbstbild der DDR als sozialistischem Modellstaat blenden ließ und Menschenrechtsverletzungen völlig übersah. Den Anhängern eines Anerkennungsplädoyers innerhalb der PvdA gab ein solcher Reisebericht aber zwangsläufig neue Nahrung.

¹⁰⁰ Zit. n. PEKELDER, *Die Niederlande und die DDR*, a.a.O., S. 200f.

¹⁰¹ LAMMERS, H., *Geschrokken terug uit de DDR*, in: *De Groene Amsterdammer* v. 24. Juni 1967.

In diese Phase platzte zudem ein Vorfall, der zunächst den Eindruck machte, als könnte sich der Fall Kielmansegg in ähnlicher Weise wiederholen. Der deutsche NATO-General war auch tatsächlich indirekt in die Angelegenheit involviert, weil es um seine Nachfolge als Leiter des militärischen Stützpunktes AFCENT (Allied Forces Central Europe) in der niederländischen Provinz Limburg ging. Mit dem General Alfred Schnez war wiederum ein Deutscher für die Aufgabe vorgesehen, und erneut lag angeblich belastendes Material über die Kriegsvergangenheit des Kandidaten vor.¹⁰² Um nicht eine Kopie der Affäre Kielmansegg mit ihren Missverständnissen und der öffentlichen Entrüstung zu produzieren, beauftragte die niederländische Regierung das wissenschaftliche Reichsinstitut für Kriegsdokumentation (RIOD) in Amsterdam, um die Vergangenheit des Anwärters zu untersuchen. Max van der Stoel schreckte die Ereignisse hoch, zumal sie Nieuw Links dankbare Argumente an die Hand gaben, mit denen sich die Kampagne gegen die Bundesrepublik und pro DDR weiter ausbreiten ließ. „Wie zu erwarten war, hat die Affäre Schnez in Holland sehr viel Erregung verursacht [...]“, schrieb Van der Stoel Anfang Juli 1967 an seinen Freund Helmut Schmidt. Diese Erregung werde von der immer stärker werdenden Gruppe benutzt, die eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR propagiere. Van der Stoel bat den SPD-Fraktionsvorsitzenden um die Darlegung seiner Meinung und vor allem um Informationen über Schnez. „Ich glaube, dass Du mich genügend kennst, um zu wissen, dass mich kein antideutsches Ressentiment treibt.“ Er sei aber sehr besorgt über die Auswirkungen dieser Affäre auf den NATO-Gedanken in den Niederlanden, auf die Agitation zugunsten der DDR und auf die deutsch-niederländischen Beziehungen.¹⁰³ Schmidt antwortete dem langjährigen Weggefährten in einem mehrseitigen Brief und versorgte ihn mit den zur Verfügung stehenden Hinweisen. Nach seinem Standpunkt gefragt, ließ Schmidt durchblicken, dass er nicht sehr von der Auswahl des Kandidaten überzeugt war: „Persönlich bin ich wegen der Reaktion der öffentlichen Meinung in Holland nicht allzu glücklich über die Nominierung von Generalleutnant Schnez als Nachfolger von Graf von Kielmansegg. Andererseits muss ich zugeben, dass es sehr schwer sein wird, einen anderen Offizier zu finden, der die gleiche Qualifikation besitzt und Gegner des Nationalsozialismus gewesen ist“, hieß es in einem Vorentwurf für den

¹⁰² Vgl. hierzu WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 354f.

¹⁰³ AdSD, *Helmut-Schmidt-Archiv*, Nr. 5331, Brief Max van der Stoels an Helmut Schmidt v. 4. Juli 1967.

Antwortbrief am 4. August 1967.¹⁰⁴ Im Herbst des gleichen Jahres erledigte sich die Affäre allerdings ganz von selbst. Schnez verzichtete auf seine Ernennung und verschonte eine in dieser Frage unschlüssige niederländische Regierung vor weiteren schwerwiegenden Debatten. Schmidt und Van der Stoel bewiesen dagegen erneut, dass sie auch in schwierigen Situationen einen Draht zueinander besaßen und im Hintergrund versuchten, öffentliche Probleme des deutsch-niederländischen Verhältnisses aus der Welt zu schaffen. Zugleich zeigte das Bemühen des niederländischen Außenpolitikers, wie groß bei ihm die Sorgen hinsichtlich der Anerkennungsfrage gewachsen waren: In dem Maß, wie sich das Misstrauen gegenüber der Bundesrepublik im Lager von Nieuw Links verstärkte, vergrößerte sich auch die Begeisterung für die sozialistische DDR. Eine geeignete Möglichkeit für Van der Stoel, außenpolitischen Handlungsspielraum innerhalb seiner Partei zurückzugewinnen, bot ihm die Leitung einer im Februar 1967 eingesetzten Kommission, die sich mit dem Ost-West-Verhältnis und der Funktion der NATO auseinander setzte. An seiner Seite standen bekannte Außenpolitiker der Partei wie Piet Dankert und Connie Patijn, während das linke Lager in Person von Han Lammers mit einem ausdrücklichen Befürworter der DDR-Anerkennung vertreten war. In dem im Herbst 1967 veröffentlichten Kommissionsbericht („Eine Politik für den Frieden“) zeigte sich, dass es Van der Stoel gelungen war, die Forderungen der Neuen Linken einzubeziehen, sich aber dennoch mit seinem Standpunkt durchzusetzen.¹⁰⁵ Zwar kam der frühere Außenstaatssekretär des Kabinetts Cals (1965/66) dem Parteinachwuchs entgegen, weil er eine Anerkennung der DDR nicht mehr kategorisch ausschloss, wollte diese aber an bestimmte Konditionen gekoppelt sehen. Maßgeblich waren für Van der Stoel nicht nur die Garantie der Freiheit, des freien Zuganges und der vollen Lebensfähigkeit Westberlins, sondern die unmissverständliche Feststellung, dass die DDR erst ab dem Zeitpunkt anerkannt werden konnte, nachdem die Bundesrepublik ihr Verhältnis zur DDR geregelt hatte. Im Fall einer definitiven Regelung der deutschen Frage sollte sich die Bundesrepublik allerdings bereit erklären, die Oder-Neiße-Grenze als Faktum zu bestätigen. Mit diesem Formelkompromiss wahrte Van der Stoel in der Partei und in der Öffentlichkeit sein Gesicht, ohne der Bundesrepublik und der SPD in die Parade zu fahren. Die Gegensätze, die sich in dieser außenpolitischen Frage in der PvdA manifestiert hatten, lösten sich jedoch – anders als gehofft – nicht auf. Stattdessen

¹⁰⁴ AdSD, *Helmut-Schmidt-Archiv*, Nr. 5331, Vorentwurf für einen Brief Helmut Schmidts an Max van der Stoel v. 4. August 1967.

¹⁰⁵ PVD A (Hrsg.), *Een politiek voor de vrede. De PvdA en het vredesvraagstuk*, Amsterdam 1967, S. 68-84; vgl. PEKELDER, *Die Niederlande und die DDR*, a.a.O., S. 356f.

war nun endgültig klar geworden, wer in welches Lager gehörte. Während Lammers und seine Gesinnungsgenossen von ihrer Forderung nach einer raschen und bedingungslosen Anerkennung der DDR nicht abzubringen waren, lehnten die Abgeordneten Connie Patijn („Keine Anerkennung der DDR im PvdA-Programm ohne enge Absprache mit der SPD“) und Frans Goedhart dieses Ziel kategorisch ab.¹⁰⁶ Zwischen beiden Gruppen positionierte sich der konsensorientierte Block um Max van der Stoel und den internationalen Parteisekretär Piet Dankert mit den genannten Forderungen.¹⁰⁷ Beiden Politikern war es trotz der anhaltenden Uneinigkeit zumindest gelungen, ihrer Partei eine neue Strategie zu vermitteln, die half, den Anschluss zu den entspannungspolitischen Initiativen nicht zu verpassen, die von den Großmächten vorgegeben und von der SPD verinnerlicht worden waren.

Diese neue Linie entsprach auch der niederländischen Regierung, welcher der Eintritt in eine neue Phase des Ost-West-Gegensatzes zunächst ebenfalls schwer fiel. Mit seinen Reisen in verschiedene mittel- und osteuropäische Staaten 1967/68 öffnete der Außenminister Joseph Luns (KVP) die Niederlande aber in diese Richtung. Zugleich wurde in Den Haag unter dem Eindruck der internationalen Détente mit wachsender Zufriedenheit festgestellt, dass die Bundesrepublik die deutsche Frage mit stärkerem Realitätssinn betrachtete und ihre Lösung mit geringerem Nachdruck verfolgte. Demonstrative Zustimmung erhielt die deutsche Sozialdemokratie für ihr beginnendes Engagement, sich dem gegenwärtigen Status quo des geteilten Deutschlands anzunähern. Mit der SPD verdiente sich in den Niederlanden nun genau die Partei Meriten für ihre Politik, die noch in den fünfziger Jahren für ihr kompromissloses Eintreten in der Wiedervereinigungsfrage heftig kritisiert worden war.

Nach Meinung von Nieuw Links verlief dieser Prozess jedoch bei weitem nicht schnell genug. Ihr erschien die Bundesrepublik eher als Bremsklotz auf dem Weg einer weiteren Entspannung anstatt eines Initiativnehmers mit Blick auf weitgehende Reformen. Hinzu kam das kritische Gesamtbild, welches man sich über die Bundesrepublik einseitig zusammengestellt hatte und zu dem die DDR als positives Gegenstück scheinbar optimal passte. Das ‚bessere‘ Deutschland war schnell entdeckt: Ein Land mit vergleichbarer Größe wie die Niederlande (und nicht so mächtig wie die Bundesrepublik), konzipiert nach einem sozialistischen Idealbild, in dem es wegen des

¹⁰⁶ Vgl. hierzu weitere Stellungnahmen der genannten Politiker: LAMMERS, H., *De erkenning van de DDR. Politiek van de goede hoop*, in: *Socialisme en Democratie*, 1 (1969), S. 4-10; PATIJN, C. L., *De erkenning van de DDR. Een schijnprobleem*, in: *Socialisme en Democratie*, 1 (1969), S. 1-3; Zitat S. 3.

¹⁰⁷ Vgl. hierzu DANKERT, P., *Even wachten met de DDR*, in: *Socialisme en Democratie*, 1 (1969), S. 11-14.

dort propagierten Antifaschismus angeblich keine ehemaligen Nationalsozialisten gab.¹⁰⁸ Offen zutage trat diese Verherrlichung vor dem anstehenden Staatsbesuch des neuen Bundespräsidenten Gustav Heinemann im November 1969. Anlässlich der Visite beschäftigte sich die Wochenzeitung *De Groene Amsterdammer* ausführlich mit der Frage, welche Personen das vom Nationalsozialismus unbefleckte Staatsoberhaupt in der Reisedelegation begleiten würden. Der Redakteur Sem Davids kam zu einem für sein Umfeld nicht untypischen Resümee: „Ein Staatsbesuch aus Ostdeutschland würde auf alle Fälle in einer Hinsicht problemloser sein und zu weniger Kontroversen führen als der kommende im November aus Bonn – man würde absolut sicher wissen, dass Menschen zu Besuch kommen, die nichts mit der Hitler-Bande zu tun gehabt haben und die vielmehr eine Widerstandsposition innehatten.“¹⁰⁹ Diese Aussage unterstrich ein weiteres Mal, dass die DDR mit dem von ihr übertragenen Image als antifaschistischer Staat auf Erfolg stieß und somit suggerierte, das bessere Deutschland zu vertreten.

Wegen der Penetranz der Forderungen in der DDR-Frage war es kaum überraschend, dass das Plädoyer für eine Anerkennung in absehbarer Zeit vor einem Parteitag zur Abstimmung gestellt werden würde. Im Frühjahr 1969 war dieser Zeitpunkt gekommen. Zwischen dem 6. und 8. März fand der entscheidende Konvent in Den Haag statt, auf dem es der Parteiführung nicht mehr gelang, eine Mehrheit für die völkerrechtliche Anerkennung zu verhindern. Nach der Bekanntgabe des Ergebnisses brach im Lager von Nieuw Links Jubel aus, der allerdings wohl mehr aus der Freude über den errungenen Sieg und dem Prestigegewinn gegenüber der Parteiführung resultierte als über die vorangetriebene Aufwertung der DDR. Die Anerkennung Ostdeutschlands hatte sich seit einigen Jahren „zur Sperrspitze progressiver Außenpolitik mit einem hohen Symbolwert im Machtkampf um die Erneuerung der Partei“¹¹⁰ (Wielenga) entwickelt und war nun im Sinne der linken Parteirebellen entschieden worden. Die etablierten Außenpolitiker reagierten in einer Mischung aus Ablehnung und Entrüstung – abhängig von der jeweiligen Positionierung. Connie Patijn warf der Gruppierung nach eigener Erinnerung vor, dass sie keine Sozialisten mehr seien. „Warum grätscht ihr Willy Brandt in die Füße, warum nimmt ihr einen anderen Standpunkt ein als er?“, rief er den Vertretern von Nieuw Links zu, dessen Verhalten er als „irrsinnig“ zurückwies.

¹⁰⁸ Vgl. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 143-150.

¹⁰⁹ DAVIDS, S., *Wie komt er mee met Heinemann? In november staatsbezoek uit Bonn*, in: *De Groene Amsterdammer* v. 30. August 1969; siehe auch bei PEKELDER, *Die Niederlande und die DDR*, a.a.O., S. 186.

¹¹⁰ WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 150.

„Brandt hatte einen sozialistischen Standpunkt, der für jedermann annehmbar war.“¹¹¹ Max van der Stoel, der den Beschluss insbesondere wegen der Berlinfrage für „gefährlich“ hielt, bemängelt aus heutiger Sicht die fehlende Solidarität für Willy Brandt, die die Entscheidung hervorbrachte.¹¹² Auch die Parteipresse ließ kein gutes Haar an dem getroffenen Plädoyer: „In der internationalen Politik ist dies ein Schlag in die Luft. In den europäischen Beziehungen ist dies ein Stock (nun ja, ein Stöckchen) zwischen den Beinen der westdeutschen sozialistischen Partei, die in der Person von Minister Brandt ja gerade eine neue Annäherung an die osteuropäische Problematik anstrebt.“¹¹³ Der frühere Ministerpräsident Willem Drees fürchtete, dass viele Mitglieder nun ihren Austritt erklären würden. „Nach meiner Meinung wird in absehbarer Zeit ein Parteitag notwendig sein, um Deutlichkeit in die Verhältnisse der PvdA zu bringen.“¹¹⁴ Der Neuen Linken in der PvdA war es gelungen, ein Thema, das international nicht auf der Tagesordnung stand, als Schalthebel innerparteilich so einzusetzen, dass es die Partei in eine ernste Krise führte. Die DDR-Anerkennung besaß daher hohe symbolische Bedeutung für den Parteienachwuchs, dem an höherem Einfluss gelegen war und den es nicht störte, auf dem linken Auge blind zu sein, indem man die Menschenrechtsverletzungen in der DDR bewusst oder unbewusst ausklammerte. Willy Brandt selbst reagierte in Bonn ausgesprochen wütend auf die Haager Ereignisse. Man müsse den Niederländern einen deutschen Alfred Mozer vorbeischicken, forderte der SPD-Vorsitzende aus seiner Entrüstung heraus gegenüber Hans-Eberhard Dingels und erinnerte an den intensiven Einsatz des früheren internationalen Parteisekretärs auf deutscher Seite. „Uns ist aber keiner eingefallen“, so der Leiter der Abteilung internationale Beziehungen. Brandt sei als deutscher Außenminister und Parteichef doppelt verärgert gewesen.¹¹⁵ Für die in den Anfängen steckenden entspannungspolitischen Initiativen, denen er einen nationalen Rahmen zu geben begann, kam diese Parteitagsentschließung aus der Mitte eines westeuropäischen Nachbarlandes und noch dazu aus einer befreundeten Schwesterpartei zur politischen Unzeit. „Der Beschluss wird den deutsch-niederländischen Beziehungen nicht

¹¹¹ Gespräch mit dem Verfasser am 26. Juni 2003 in Den Haag.

¹¹² Telefongespräch mit dem Verfasser am 3. September 2003.

¹¹³ O.A., *Nieuw en links*, in: *Het Vrije Volk* v. 10. März 1969.

¹¹⁴ Zit. n. NUMANS, P.O., *Dr. W. Drees: Velen willen nu voor PvdA gaan bedanken*, in: *Nieuwe Rotterdamse Courant* v. 11. März 1969; vgl. weitere Artikel rund um den PvdA-Parteitag BLEICH, H., *Für Anerkennung der DDR. Hollands Sozialisten wollen keine Bedingungen oder Gegenleistungen*, in: *Frankfurter Rundschau* v. 10. März 1969; o.A., *Drees: PvdA in impasse. „Nieuw Links zal als een gesloten groep blijven optreden“*, in: *Het Vrije Volk* v. 12. März 1969; TIJN, J. VAN, *Een gesprek na de chaos. Den Uyl: „Je kunt natuurlijk in het tapijt gaan bijten“*, in: *Vrij Nederland* v. 22. März 1969.

¹¹⁵ Gespräch mit dem Verfasser am 20. August 2003 in Bonn.

zuträglich sein. Er kann so aufgefasst werden, als setzte man sich über das Empfinden des deutschen Volkes hinweg und entlaste das Berliner Regime ausgerechnet in einem Augenblick, in dem dieses besonders entspannungsfeindlich auftritt“, sagte Brandt in einem wenige Tage nach dem Parteikonvent in der sozialliberalen Amsterdamer Tageszeitung *Het Parool* erschienenen Interview.¹¹⁶ Seinen Unmut machte Brandt aber nicht nur in diesem öffentlichen Rahmen, sondern auch in einem Brief an den Parteivorstand der PvdA deutlich: „Wir sind der Meinung, dass dieser Beschluss am eigentlichen Problem der Lage vorbeigeht und entscheidende Dinge außer Betracht lässt. Dieser Beschluss hilft beiden in keiner Weise, den Frieden in Europa zu festigen und die Entspannung auf unserem Kontinent zu fördern; das ist auch vom gesamteuropäischen Gesichtspunkt her bedauerlich.“¹¹⁷ Dass sowohl das Zeitungsinterview als auch der Brief von der SPD als Pressemitteilung veröffentlicht wurde, war ein Indiz für die entstandenen innenpolitischen Schwierigkeiten. Mit Blick auf die niederländische Schwesterpartei konfrontierte die CDU ihren Regierungspartner mit Vorwürfen, wie Hans-Eberhard Dingels sich zurückerinnert: „Sieht mal eure Genossen! Die sind schon auf dem Weg, auf den ihr auch wollt.“ Das niederländische Anerkennungsplädoyer entpuppte sich daher nicht nur als außenpolitisches, sondern zweifelsohne auch als innenpolitisches Störmanöver, weil es den Unionsparteien ein geeignetes Mittel zur Verfügung stellte, mit dem man den Kurs des Außenministers und seiner Partei kritisierte. Dingels, der für die SPD den Parteitag vor Ort beobachtete, machte zudem die Gesamtentwicklung der niederländischen Schwesterorganisation Sorgen: „Ob am Ende dieses Weges das dem Parteinamen immer wieder vorgesetzte Adjektiv sozialdemokratisch noch stimmt, wird die Zukunft lehren.“¹¹⁸

In der Bonner Parteizentrale war nun endgültig spürbar geworden, dass sich die PvdA in einem großen Veränderungsprozess befand. Diese programmatische Häutung wurde in den Vorjahren durch die fast optimale Zusammenarbeit mit wichtigen niederländischen Parteigrößen wie Max van der Stoel und Piet Dankert überdeckt. Diese symbolisierten die Stabilität, für die PvdA in der Bundesrepublik bekannt war. Die Vertreter von Nieuw Links machten dagegen mit ihren naiven, unrealistischen und von Unkenntnis

¹¹⁶ AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 0315, Interview des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt mit der niederländischen Tageszeitung *Het Parool* v. 12. März 1969 (*Pressemitteilungen und Informationen der SPD*); vgl. BLETZ, J.C.F., *Brandt laakt motie inzake DDR. Exclusief interview met SPD-voorzitter*, in: *Het Parool* v. 12. März 1969.

¹¹⁷ AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 0315, Brief Willy Brandts an den PvdA-Vorstand v. 21. März 1969 (*Pressemitteilungen und Informationen der SPD*).

¹¹⁸ DINGELS, H.-E., *Verwirrung in Den Haag. Bedenkliche Beschlüsse holländischer Sozialdemokraten*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 2 (1969), S. 137-138, S. 137.

geprägten Forderungen auf die SPD zunächst nicht den Eindruck, dass sie in einer gefestigten Partei wie der niederländischen Sozialdemokratie durchschlagende Erfolge erzielen könnten – und dies erst recht nicht auf dem lange versiegelten außenpolitischen Terrain. Der SPD brachte der Haager Parteitag die bittere Erkenntnis, dass sie die linke Bewegung in der PvdA unterschätzt hatte. Das Anerkennungsproblem war seit mindestens drei Jahren bekannt und brach nicht dermaßen „unvorbereitet“ auf die SPD herein, wie es Egon Bahr in Erinnerung hat. Nichtsdestotrotz ist es richtig, dass beide Parteien in den sechziger Jahren zu wenig über die deutsche Frage diskutiert haben, weil man von einer Einhelligkeit in den Standpunkten ausging. Diese war unter den Außen- und Sicherheitspolitikern durchaus vorhanden. Max van der Stoel und andere unterstützten den Entspannungswillen der SPD gegenüber den osteuropäischen Ländern nach einer Übergangsphase von Grund auf. Eine breite Debatte in den gegenseitigen Beziehungen fehlte allerdings, auch wenn Piet Dankert die SPD umgehend auf den neuesten Kenntnisstand brachte, falls in seiner Partei aktuelle Probleme zum Anerkennungsplädoyer auftauchten. Die Standfestigkeit der niederländischen Experten wie eines Max van der Stoel war schließlich auch in den Folgejahren entscheidend dafür, dass der Parteitagsbeschluss keine politische Wirklichkeit wurde. Die Fraktion in der zweiten Kammer, deren außenpolitischer Sprecher Van der Stoel war, lehnte es schlichtweg ab, eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR voranzutreiben. Hier lag auch einer der wichtigsten Vorteile der etablierten Außenpolitiker: Sie verfügten im Gegensatz zum linken Flügel nicht nur über erheblich mehr Sachkompetenz und Erfahrung, sondern waren zudem als Parlamentarier an der politischen Entscheidungsfindung beteiligt. Nieuw Links errang daher einen ‚verlorenen‘ Sieg, weil der Parteitag der Gruppierung zwar einen gewaltigen Auftrieb verschaffte, die Beschlüsse aber hehre politische Ziele blieben. Der Grundton in der Außenpolitik der niederländischen Sozialdemokratie blieb ein atlantischer – erweitert um eine ethische Komponente, die auf eine stärkere Auseinandersetzung mit den Menschenrechten abhob. An dieser kleinen Neuausrichtung mag Nieuw Links durchaus einen Anteil gehabt haben, auch wenn sie das Thema in Zusammenhang mit der DDR-Debatte völlig ignorierte; ansonsten blieb die Gruppierung mit fundierten und lösungsstarken Vorschlägen blass.¹¹⁹ In der SPD setzte man daher weiter wie gewohnt auf den „Freund Max van der Stoel“, wie Hans-Eberhard Dingels den niederländischen Kollegen in einem Bericht für das Parteipräsidium über den PvdA-Parteitag im März 1969 nicht

¹¹⁹ Vgl. ROVERS, *De geschiedenis van een misverstand*, a.a.O., S. 92.

ohne Grund titulierte.¹²⁰ Auch wenn die Haager Ereignisse das gegenseitige Parteienverhältnis stark beschäftigten und zu Verstimmungen auf deutscher Seite führten, blieb es in seinen Grundfesten unbelastet. Im Juni 1969 trafen sich Vertreter beider Parteien zu einem kontroversen Erfahrungsaustausch in Bonn und als Piet Dankert in der Mitte des gleichen Jahres eine Einladung der DDR-Regierung aus Ostberlin erreichte, suchte er Rat bei seinem deutschen Kollegen Dingels. Dieser riet ihm von einer Reise ab: „Ich bin der Meinung, dass es niemanden weder Euch noch uns nutzen würde, wenn Du diese offizielle Einladung annehmen würdest.“¹²¹ Eine Bitte, der der internationale Parteisekretär der PvdA entsprach.

5.3 Nach dem Wechsel im Jahre 1969: Der Friedenskanzler, die Verständigung mit dem Osten und die europäische Integration (1969-1975)

5.3.1 Die Ostverträge der sozialliberalen Koalition

Die sich über mehrere Jahre hinziehende Debatte der niederländischen Sozialdemokratie um eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR beschleunigte bei den Gegnern das generelle Verständnis für eine Neuausrichtung der Beziehungen gegenüber dem Ostblock. Wenn sich ein gewichtiger Teil oder sogar eine Mehrheit der Partei für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ostberlin aussprach, war es für die Opponenten naturgemäß schwer, schon kleine Annäherungsversuche an die Regierungen in der DDR und anderer osteuropäischen Staaten auf Dauer grundsätzlich abzulehnen. Einer der ersten, der dies erkannte, war Max van der Stoel. Der Druck, den ihn und seine Kollegen einholte, speiste sich allerdings nicht nur aus innerparteilichen Umständen, sondern verstärkt aus internationalen, weil die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion auf einen entspannungspolitischen Kurs eingeschwenkt waren. Daher lag es für die PvdA in dieser Phase am Ende der sechziger Jahre nahe, sich direkter an den Bemühungen der deutschen Schwesterpartei zu orientieren. Die SPD war mit der deutschen Frage viel näher vertraut und durch den Mauerbau in Berlin viel enger betroffen, verfügte gleichsam über den unmittelbareren Zugang zu diesem

¹²⁰ AdSD, *Helmut-Schmidt-Archiv*, Nr. 5217, Bericht von Hans-Eberhard Dingels über den PvdA-Parteitag v. 12. März 1969.

Zufriedenstellend schrieb Dingels ferner in seinen Aufzeichnungen: „Am Rande der Konferenz habe ich mit unseren alten Freunden lange und ausführlich gesprochen. Ihrer Meinung nach ist es absolut notwendig und dies nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern auch im Hinblick auf die Abstützung ihrer Position in der Partei, dass die SPD offiziell hinsichtlich der DDR-Entschließung hart protestiert.“

¹²¹ AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 2769, Brief von Hans-Eberhard Dingels an Piet Dankert v. 28. August 1969.

Themenkomplex. Ihr fiel das Umschalten auf den notwendig gewordenen Veränderungsprozess aus diesen Gründen auch leichter als der niederländischen Sozialdemokratie, der eine Überarbeitung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik trotz der Eile von Nieuw Links zunächst nur schwer von der Hand ging. Zu tief hatte sich in der Partei ein Traditionsbestand manifestiert, der eine Annäherung an Moskau und die unter dem sowjetischen Einflussbereich stehenden Staaten automatisch als Schwäche des atlantischen Bündnisses geißelte.

Beruhigend und herausfordernd zugleich wirkte auf die PvdA deshalb der Bericht des belgischen Außenministers Pierre Harmel, den die NATO auf einer Tagung im Dezember 1967 verabschiedete. Beruhigend, weil das Papier zur Stärkung der kriselnden Allianz gedacht war und herausfordernd, weil es den Versuch des westlichen Bündnisses darstellte, sich auf die veränderten Rahmenbedingungen der Ost-West-Entspannung einzustellen. Diese strategische Innovation konnte von der niederländischen Sozialdemokratie nicht ignoriert werden und verselbständigte innerhalb der Partei die Herausforderung, gewachsene Strukturen zu überdenken, um den Anschluss nicht zu verlieren. Gleichzeitig halfen der PvdA die politischen Umarbeitungen des Bündnisses zur Beweisführung ihrer eigenen Neuorientierung in den internationalen Beziehungen. Trotz der Einwände von Nieuw Links plädierte die kleine Schar der Außenpolitiker in der Partei für eine kontinuierliche Partnerschaft mit der NATO – jener Sicherheitsgarantie, der die PvdA seit 1949 vertraute und auf der sie ihr außenpolitisches Gesamtverständnis aufbaute. Mit dem Harmel-Bericht und seiner Klammer, der Gewährleistung militärischen Schutzes einerseits und der Fortführung der Entspannungspolitik andererseits, war eine geeignete Kompromissformel konzipiert worden, mit der die NATO den neuen politischen Gegebenheiten angepasst wurde. Die Anhänger der beiden militärischen Hauptfunktionen Verteidigung und Vergeltung waren auf diese Weise ebenso einbezogen worden wie diejenigen, die für einen stärkeren Akzent auf der Entspannungspolitik eintraten.¹²²

Diese Neujustierung ermöglichte es der neuen sozialliberalen Koalition in der Bundesrepublik ab 1969, ihre Ostpolitik auf einem Fundament zur Umsetzung zu bringen, das von den westlichen Partnern selbst geebnet worden war. Dies sparte jedoch nicht aus, dass die Bundesregierung eine enge Kooperation und Kommunikation als entscheidenden Ausgangspunkt ihrer Vorhaben betrachtete. „Unsere ostpolitischen Bemühungen mussten mit den westlichen Partnern gut abgestimmt werden und im

¹²² Vgl. HAFTENDORN, *Deutsche Außenpolitik*, a.a.O., S. 124-132.

politischen Gefüge der Atlantischen Allianz verankert sein. Noch einfacher: Unsere Ostpolitik hatte im Westen zu beginnen!“, schrieb Willy Brandt rückblickend in seinen *Erinnerungen*.¹²³ Diese Vorgehensweise der Rückversicherung schuf Vertrauen und garantierte eine breite Zustimmung auch aus den Reihen der niederländischen Sozialdemokratie. „Für die europäische Politik und die Fortsetzung der Ostpolitik von Brandt ist es von großer Wichtigkeit, dass die SPD an der Regierung bleibt. Für die Erneuerung Westdeutschlands ist zu hoffen, dass eine Regierung ohne die Partei von Kiesinger und Strauß eine Chance erhält.“¹²⁴ Deutlicher konnte ein Bekenntnis zu einer neuen, von der SPD geführten Bundesregierung kaum ausfallen als dieses von Joop den Uyl unmittelbar nach den Bundestagswahlen vom 28. September 1969 durchgehend positiv gefällte Urteil. Es beinhaltete nicht nur den frühzeitigen Hinweis, dass man sich in der PvdA auf eine umfassende Entspannungspolitik einstellte, falls Willy Brandt Bundeskanzler werden würde, sondern entsandte auch den Hinweis, dass diese in der Partei ihre volle Bestätigung finden werde. Die folgende Ankündigung des neuen Regierungschefs, seine Politik auf den Grundlagen der westlichen Zusammenarbeit aufzubauen, wirkte auf eine noch stets atlantisch orientierte Partei wie die der niederländischen Sozialdemokratie außerordentlich entspannend. Die Befürchtung, die Bundesrepublik könnte mit der Neuauflage einer Schaukelpolitik alte Ressentiments schüren, fand keine besonderen Entfaltungsmöglichkeiten. Es verfestigte sich der Eindruck, dass die SPD den richtigen Weg eingeschlagen hatte. Max van der Stoel erkannte dies an dem Willen der neuen Bundesregierung, den Status quo zu akzeptieren und alte Hoffnungen auf eine rasche Wiederherstellung der deutschen Einheit auszuklammern. In einem Artikel für das Parteiblatt *Opinie* stellte der Außenexperte im Dezember 1969 fest, dass sich in der Regierungserklärung des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers kein Wort über die deutsche Wiedervereinigung, wohl aber über zwei Staaten in Deutschland finden lassen würde. „In Bonn hat mit der neuen Koalition ein Neubeginn stattgefunden – auch in der Deutschlandpolitik. Man hat jahrelang gepflegte Doktrinen und Konzepte über Bord geworfen“, vermerkte Van der Stoel mit Genugtuung. „Bonn versucht nun, die Erstarrung um die deutsche Frage zu durchbrechen und den Weg zu bahnen, der eine Teilung akzeptiert, aber sie gleichzeitig erträglicher macht.“¹²⁵ In die gleiche Richtung orientierte sich die Fachzeitschrift der

¹²³ BRANDT, *Erinnerungen*, a.a.O., S. 187.

¹²⁴ O.A., *Den Uyl en Schmelzer tevreden over Duitse verkiezingen*, in: *Algemeen Handelsblad* v. 29. September 1969.

¹²⁵ STOEL, M. VAN DER, *Wel twee Duitslanden, nog geen erkenning*, in: *Opinie* v. 3. Dezember 1969.

Wiardi-Beckman-Stiftung, dem wissenschaftlichen Büro der PvdA, für die der Deutschlandkorrespondent der Wochenzeitung *Vrij Nederland*, Johan van Minnen, einen Gastbeitrag lieferte. In diesem begrüßte er den Wechsel an der Spitze des deutschen Staates, weil die neue Bundesregierung nach dem „Monsterverbund“ der Großen Koalition nun auf einen „Linkskurs“ setze. Die DDR-Anerkennung sei nicht länger eine Frage des Tabus, sondern eine der Zeit und der Methodik.¹²⁶

Aus anderen Motiven heraus befürwortete man den Bonner Machtwechsel auch im Kreise der zuweilen antideutschen Neuen Linken. Die Ablösung des bisherigen Amtsinhabers Kurt Georg Kiesinger, den man kurz vor dem Ende seiner Kanzlerschaft als Protagonisten einer „falschen Generation“ heftig kritisierte, wurde mit Erleichterung aufgenommen. In einem Artikel des Wochenblatts *De Groene Amsterdammer* hieß es im August 1969: „Man muss sich einmal vorstellen, Hitler hätte den Krieg gewonnen, und die Frage stellen, wo Menschen wie Kiesinger dann gewesen wären und was sie propagiert hätten. Wir können uns nicht vorstellen, dass sie sich bescheiden zurückgezogen hätten.“¹²⁷

Mit Willy Brandt hatte in Bonn ein Politiker das Ruder übernommen, den man wegen seiner Vergangenheit auch von Seiten der linken niederländischen Sozialdemokraten mit Zutrauen begegnete. Der skeptische, mit Ressentiments gespickte Blick auf die Bundesrepublik verwischte jedoch nicht völlig. Die ausgeprägte Neigung der bewussten Übertreibung und eine vorhandene Ignoranz waren weiterhin die wichtigsten Merkmale für die sehr subjektive Betrachtung der Bundesrepublik, auch wenn die neue Ostpolitik des Regierungschefs und seine hohen moralischen Maßstäbe ihre Anerkennung finden sollten. Die Intensität, mit der sich einzelne Vertreter von Nieuw Links dem deutschen Nachbarn kritisch und auch sorgenvoll annäherten, ging mit dem Regierungsantritt des sozialliberalen Bündnisses nur kurzfristig zurück und blühte wieder auf, als der Radikalenerlass und die mit ihm verbundenen „Berufsverbote“ im Laufe der siebziger Jahre auf die politische Tagesordnung kamen (siehe hierzu das Kapitel 6.1).

Die Grundlage für das Gelingen der Entspannungspolitik war neben den intensiven Absprachen mit den Partnern im Westen die Tatsache, dass der „Grundriss“ des Vorhabens, „den Status quo anzuerkennen, um ihn zu überwinden“, schon seit Jahren in

¹²⁶ MINNEN, J. VAN, *Na 100 dagen Brandt. Atmosfeer harder, maar helder*, in: *Socialisme en Democratie*, 2 (1970), S. 59-64, S. 59ff.

Der Deutschlandkorrespondent verschiedener niederländischer Medien hat sich in einer Monographie kritisch mit der Bundesrepublik beschäftigt: MINNEN, J. VAN, *Het onvermijdelijke Duitsland. Kanttekeningen bij een nieuw Europees krachtenveld*, Utrecht u.a. 1992.

¹²⁷ O.A., *De foute generatie*, in: *De Groene Amsterdammer* v. 9. August 1969.

der Schublade lag.¹²⁸ Dieser Entwurf Egon Bahrs, der für seine konzeptionelle Vorbereitung, die in Berlin begonnen hatte, den Beinamen des „Architekten“ erhielt, beschrieb das zentrale Motiv der Bundesregierung nach ihrem Amtsantritt 1969.¹²⁹ Nicht die endgültige Festschreibung der deutschen Teilung wurde als Zielrichtung ausgegeben, sondern ihre Hinnahme, um auf dieser Basis zu dem geregelten und zeitlich begrenzten Nebeneinander zu kommen, das Brandt 1966 auf einem SPD-Parteitag angekündigt hatte.¹³⁰ Auch wenn die deutsche Sozialdemokratie für den Oberbegriff der „Entspannung“ keine Urheberrechte beanspruchen konnte und wollte – ein „Wort [...], das nicht wir in die internationale Diskussion einführten“¹³¹ (Brandt) –, so ist dieser Terminus als Kennzeichnung einer Außen- und Sicherheitspolitik heranzuziehen, die Bahr als Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt 1967/68 federführend anlegte und die in den Folgejahren der sozialliberalen Koalition ihre praktische Bedeutung erlangte.¹³²

Für den „Prozess der europäischen Entspannung, Normalisierung, Zusammenarbeit“ hatte der Wegbereiter Egon Bahr drei Phasen vorgesehen. In einem ersten Abschnitt sollten Gewaltverzichtsvereinbarungen, die volle Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten sowie ein geregeltes Verhältnis zur DDR hergestellt werden. Die anschließende Phase sah eine Vereinbarung über Truppenabbau vor. Auf der dritten und letzten Stufe war die Schaffung einer europäischen Friedensordnung geplant, die die Basis für eine Wiedervereinigung Deutschlands legen sollte.¹³³ Die Konzentration der Regierung Brandts und des liberalen Außenministers Walter Scheel auf die erste Stufe, einen Modus vivendi in die Beziehungen zur DDR, zu den osteuropäischen Staaten und vor allem zu Moskau zu bringen, wurde überwölbt von bilateralen amerikanisch-sowjetischen Konsultationen. Diese führten im Mai 1972 zum SALT-I-Abkommen („Strategic Arms Limitation Talks“), in dem eine nuklearstrategische Parität vereinbart wurde. Inbegriffen war darüber hinaus eine Obergrenze der beiderseitigen Rüstung, die von den zwei Supermächten festgelegt wurde. Zusammen schufen beide Elemente, die Ostpolitik der Bundesrepublik und die

¹²⁸ BAHR, E., *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 247.

¹²⁹ Vgl. hierzu VOGTMEIER, A., *Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung*, Bonn 1996.

¹³⁰ Vgl. WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, a.a.O., S. 258.

¹³¹ BRANDT, W., *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975*, Hamburg 1976, S. 220.

¹³² Vgl. HOFMANN, *Die Sicherheitspolitik der SPD 1966-1977*, a.a.O., S. 26.

¹³³ BARING, *Machtwechsel*, a.a.O., S. 317f.; Zitat S. 317.

Annäherung zwischen Moskau und Washington, eine grundsätzliche Organisation des Ost-West-Verhältnisses, weil der territoriale und strategische Status geregelt wurde.¹³⁴ Willy Brandt erhielt in seinem neuen Amt als Bundeskanzler stärker denn zuvor die Gelegenheit, seine Vorstellungen durchzusetzen, zumal er einer Koalition vorstand, die eindeutige Absichten hegte. Schon als Außenminister sah er eine drohende Isolierung auf die Bundesrepublik zukommen, sollte sie nicht auf den längst in Gang gekommenen internationalen Entspannungszug springen. Es galt, die auf Basis der Hallstein-Doktrin lastende und nicht mehr zeitgemäße Annahme, nur eine Lösung der deutschen Frage könne Europa Sicherheit und Stabilität bringen, zu revidieren. Die Realität stellte sich – auch für die westeuropäischen Partner wie die Niederlande – längst ganz anders dar. Die Teilung Deutschlands wurde nicht mehr wie in den fünfziger Jahren als möglicher politischer Krisenherd verstanden, sondern als Ausdruck einer dauerhaften und soliden Ordnung des Kontinents betrachtet. Seit dem Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Kennedy 1960 war in den Vereinigten Staaten nicht mehr von einer deutschen Wiedervereinigung die Rede, sondern vom Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und von der Lösung der deutschen Frage. Dies deutete einen Paradigmenwechsel in der amerikanischen Deutschlandpolitik an. Brandt war daran gelegen, die Bundesrepublik in die von Kennedy nach Berlin- und Kubakrise vorgestellte „Friedensstrategie“ einzureihen. Zugleich verlieh der neue Regierungschef seinem Entspannungswillen einen staatspolitischen Anstrich, indem er die erfolgreich vollzogene Westpolitik, die Integration der Bundesrepublik in die europäische und atlantische Zusammenarbeit, nun um die Ostpolitik erweiterte. Diese leitete neben dem gefundenen Modus vivendi in den Beziehungen zur DDR einen Versöhnungsprozess mit den deutschen Nachbarländern Polen und Tschechoslowakei ein.¹³⁵

„Der Weg aus Berlin führte über Bonn nach Moskau“, bemerkt der britische Zeithistoriker Timothy Garton Ash über den Entwicklungsprozess der deutschen Ostpolitik und über diejenigen, die ihn bestimmten.¹³⁶ Egon Bahr führte in seiner Funktion als Staatssekretär im Bundeskanzleramt ab Ende Januar 1970 die Vorgespräche in der Sowjetunion, die den Schlüssel für eine umfassende Neubewertung des Verhältnisses der Bundesrepublik zur DDR und den osteuropäischen Staaten in der

¹³⁴ Vgl. THRÄNHARDT, D., *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt am Main 1996, S. 244.

¹³⁵ Vgl. hierzu auch die Ausführungen des damaligen Chefs des Bundeskanzleramtes (1969-1972), Horst Ehmke: EHMKE, H., *Mittendrin. Von der Großen Koalition zur deutschen Einheit*, Berlin 1994, S. 126ff.; vgl. auch SCHÖLLGEN, *Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow*, a.a.O., S. 156.

¹³⁶ ASH, *Im Namen Europas*, a.a.O., S. 104.

Hand behielt. Ehe die Regierungschefs Willy Brandt und Alexej Kossygin sowie die beiden Außenminister Walter Scheel und Andrej Gromyko am 12. August 1970 ihre Unterschrift unter den Moskauer Vertrag setzten, stand ein schwerer Verhandlungsmarathon bevor. Während die Bundesrepublik in erster Linie Wert auf ein Gewaltverzichtsabkommen legte, beharrte die sowjetische Seite auf einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR. Erst nach Rücksprache mit dem amerikanischen Präsidenten Richard Nixon erklärte sich die Bundesrepublik schließlich bereit, auf die von sowjetischer Seite postulierten Grenzgarantien einzugehen. Im Gegenzug zog Moskau die Forderung nach einer Anerkennung der DDR zurück. Das Vertragswerk beinhaltet somit sowohl die Forderung nach einem Gewaltverzicht als auch die Achtung der territorialen Integrität aller Staaten in Europa sowie die „Unverletzlichkeit der Grenzen“, einschließlich der Oder-Neiße-Linie. In einem „Brief zur deutschen Einheit“, den Scheel an seinen sowjetischen Kollegen Gromyko verfasste, wies der deutsche Außenminister daraufhin, „dass dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“.¹³⁷ Dieses Dokument, das in Moskau zwar kommentarlos, aber ohne Widerspruch entgegengenommen wurde, hielt das langfristige Staatsziel der Bundesrepublik nach einer Wiedervereinigung offen. „Mit diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war“, sagte Willy Brandt am Abend der Vertragsunterzeichnung in einer Fernsehansprache und warb für „Mut, ein neues Blatt in der Geschichte aufzuschlagen“.¹³⁸

Von Moskau führte der Weg direkt nach Warschau. Parallel zu den Konsultationen mit der Sowjetunion waren seit Beginn des Jahres 1970 Vorgespräche mit der polnischen Regierung begonnen worden. Schon vor der Vertragsunterzeichnung am 7. Dezember 1970 in Warschau zeigte sich, dass dieser zweite Meilenstein der „neuen Ostpolitik“ in der Bundesrepublik viel mehr Widerspruch erntete als das Abkommen mit der sowjetischen Seite. Die Einigkeit beider Staaten, die Oder-Neiße-Linie als westliche Staatsgrenze Polens festzulegen, rief insbesondere bei deutschen Heimatvertriebenen einen Aufschrei der Empörung hervor. Eine endgültige Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze sollte jedoch einem Friedensvertrag vorbehalten sein: Wie bei der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages machten Washington, London und Paris in

¹³⁷ Zit. n. WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, a.a.O., S. 287.

¹³⁸ Zit. n. MERSEBURGER, *Willy Brandt*, a.a.O., S. 610.

Noten darauf aufmerksam, dass sie die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Siegermächte nicht beeinträchtigt sahen und die Bundesregierung ausschließlich im Namen der Bundesrepublik handelte. Dennoch sorgte Bonn dafür, dass die Großen Vier eingebunden wurden: Die Verträge mit der Sowjetunion und Polen konnten erst in Kraft treten, wenn sich die vier Siegermächte auf eine hinreichende Regelung für Berlin geeinigt hatten. Eine solche Vereinbarung bildete wiederum die Bedingung für eine vertragliche Einigung zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Durch diese doppelte Koppelung wollte die Bundesregierung ihr Vertragswerk auf ein festes und gesichertes Fundament stellen. Nach Beratungen von fast anderthalb Jahren kam es am 3. September 1971 zur Unterzeichnung des Viermächteabkommens über Berlin. Die Sowjetunion akzeptierte die gewachsenen Bindungen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin und erhielt im Gegenzug die Zusicherung, dass die westliche Stadthälfte keinen konstitutiven Teil der Bundesrepublik darstellte und somit hoheitliche Akte wie Bundesversammlungen und Sitzungen von Bundestag oder Bundesregierung untersagt waren. Für die Lebensfähigkeit Westberlins waren die Vereinbarungen von großer Bedeutung, zumal die Wiederholung ähnlicher Bedrohungsszenarien wie die der Berlinkrise nun fast ausgeschlossen schien. Die im Viermächteabkommen getroffenen Vereinbarungen hinsichtlich des Verkehrs zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie Reiseerleichterungen der Westberliner konkretisierten die beiden deutschen Staaten in einem Transitabkommen vom 17. Dezember 1971 und in einem Verkehrsvertrag vom 26. Mai 1972. Im Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 einigten sich Bonn und Ostberlin schließlich darauf, auf Basis der Gleichberechtigung gutnachbarliche Beziehungen zueinander zu entwickeln und auf Androhung von Gewalt zu verzichten. Wie anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages überreichte die Bundesregierung einen „Brief zur deutschen Einheit“, in dem sie auf ihre langfristigen Motive hinwies. Mit dem Grundlagenvertrag war eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR vermieden und nur die Gründung ständiger Vertretungen in beiden Hauptstädten beschlossen worden. Der Abschluss des Prager Vertrages, der ähnlich dem Warschauer Abkommen angelegt war und den Gewaltverzicht sowie die Unverletzlichkeit der Grenzen proklamierte, bildete im Dezember 1973 den Endpunkt der Ostverträge.¹³⁹

In den Reihen der niederländischen Sozialdemokraten unterstützte man den Kurs der Bundesregierung in der Form, wie es der Fraktionsvorsitzende Joop den Uyl

¹³⁹ WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, a.a.O., S. 286-290.

unmittelbar nach den Bundestagswahlen 1969 angekündigt hatte. Im Dezember 1971, fast genau ein Jahr vor dem Abschluss des Grundlagenvortrages, brachte der außenpolitische Sprecher der Parlamentsfraktion, Max van der Stoel, in der Zweiten Kammer eine Resolution ein, in der er für die Entspannungspolitik der Bundesregierung warb: Die Ostpolitik des Bundeskanzlers und besonders dessen Bemühen, nach Inkrafttreten des Viermächteabkommens auf der Grundlage eines völkerrechtlich gültigen Vertrages zu einer Normalisierung und Vermenschlichung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu gelangen, sei weiterhin nachhaltig zu unterstützen.¹⁴⁰

Mit Zufriedenheit stellte der neue deutsche Botschafter in Den Haag, Hans Arnold, fest, dass sich eine Mehrheit der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion zum gegenwärtigen Zeitpunkt gegen die völkerrechtliche Anerkennung der DDR aussprach. Der frühere Leiter des Außenministerbüros Brandts und einer seiner engeren Weggefährten führte in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme Van der Stoels im niederländischen Parlament an. In dieser wies der Außenexperte der PvdA daraufhin, dass der begonnene Normalisierungsprozess durch eine Anerkennung der DDR zum gegenwärtigen Zeitpunkt verzögert werden könne, weil die Verhandlungsposition des Bundeskanzlers hierdurch erheblich geschwächt würde.¹⁴¹ Die Aussagen unterstrichen, dass Max van der Stoel sich und seiner Linie treu blieb. Gegen die Forderung von Nieuw Links setzte er nun auch in der Parlamentsfraktion seinen Standpunkt durch, der darauf abzielte, dass die DDR nicht völkerrechtlich anerkannt werden könne, ehe die Bundesrepublik ihr Verhältnis zu Ostdeutschland angemessen geregelt haben würde. „Die Linie Van der Stoels wird nicht zu einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen Fraktion und Parteivorstand beitragen“, prophezeite die sozialdemokratisch orientierte Tageszeitung *Het Parool* bereits Ende 1970. „Der Parteivorstand spricht sich als Folge des Haager PvdA-Parteitages für die bedingungslose offizielle Anerkennung der DDR aus.“¹⁴² Immer stärker kristallisierte sich in dieser Frage ein Gegensatz zwischen Den Haag und Amsterdam, zwischen Parlamentsfraktion und dem von Nieuw Links inzwischen dominierten Parteivorstand heraus. Der strategische Vorteil lag jedoch eindeutig bei den Abgeordneten. Sie verfügten in Max van der Stoel nicht nur über den wichtigsten Außenpolitiker der Partei, sondern waren als gewählte Volksvertreter an

¹⁴⁰ AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 2666A, Bericht des Botschafters Hans Arnold zu Ausführungen zur Frage der DDR-Anerkennung in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments v. 6. Dezember 1971.

¹⁴¹ Ebd.

¹⁴² WIJNEN, H.A. VAN, *Kamer achter Brandts DDR-lijn*, in: *Het Parool* v. 12. Dezember 1970.

den politischen Entscheidungen beteiligt. Die Parlamentsfraktion setzte sich über die Parteitagsbeschlüsse hinweg und folgte der Entspannungspolitik der deutschen Parteifreunde genauso unmittelbar, wie dies die niederländische Regierung tat. Man sah keinen Anlass, die sozialliberale Bundesregierung bei ihren politischen Anstrengungen noch zu überholen, indem man für eine vorzeitige Anerkennung Ostberlins plädierte.

Unterstützend in diese Richtung wirkte ein Gespräch, das Hans Arnold mit Abgeordneten der niederländischen Sozialdemokratie im Dezember 1971 über die Fragen der Deutschlandpolitik führte. Das als Vorbeugemaßnahme gedachte Treffen stand aus deutscher Sicht zweifellos in Zusammenhang mit den Erfahrungen des PvdA-Parteitages im März 1969, der sich in dieser Form nicht wiederholen sollte. Die Bedenken erwiesen sich mit Blick auf die politische Grundstimmung der meisten Kammermitglieder allerdings als haltlos. Viel Überzeugungsarbeit musste Arnold nicht leisten, auch wenn er seinen Einfluss höher bemaß: „Das Gespräch war nützlich und hat wohl nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass selbst die Regierungsparteien dem von Van der Stoel eingebrachten Entschließungsentwurf zustimmen konnten“, meldete er im Dezember 1971 an den internationalen Parteisekretär der SPD, Hans-Eberhard Dingels.¹⁴³

Aus dem gleichen Kalkül, dem Willen zur Aufklärung und der Information, besprach sich Egon Bahr mit Joop den Uyl. Eine solche Unterredung korrespondierte mit dem Grundgedanken der Bundesregierung, die westlichen Partner stets auf den neuesten Stand zu bringen. Auch wenn die niederländische Schwesterpartei nicht an der Regierung beteiligt war, galt es zu vermeiden, dass sie den entspannungspolitischen Initiativen der Bundesregierung in den Rücken fiel. „Den Uyl war mit dem Konzept voll einverstanden. Als ich ihm und anderen erklärt habe, dass die Anerkennung eines Staats nichts mit der staatsrechtlichen Anerkennung zu tun hat, hat ihn dies erst dann richtig überzeugt, als ihm gesagt habe, wie schwer ich es hatte, von diesem Unterschied Herrn Gromyko zu überzeugen. Und weniger Intelligenz als Herrn Gromyko wollte er sich auch nicht nachsagen lassen“, erinnert sich Egon Bahr in der Rückschau.¹⁴⁴

Die Sorgen der deutschen Schwesterpartei über eine unberechenbare niederländische Sozialdemokratie in der Frage der DDR-Anerkennung verringerten sich, auch wenn die allgemeine Skepsis über Nieuw Links vorhanden blieb. Mit Blick auf die Haltung der offiziellen Außenpolitiker der PvdA war die Besorgnis des Außenministers Walter

¹⁴³ AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 2666A, Brief des Botschafters Hans Arnold an Hans-Eberhard Dingels v. 10. Dezember 1971.

¹⁴⁴ Gespräch mit dem Verfasser am 4. August 2003 in Berlin.

Scheel zwar unbegründet, „dass in der Frage einer vorzeitigen Anerkennung der DDR insbesondere sozialdemokratische oder sozialistische Parteien immer wieder initiativ werden“, wie er am 2. Juni 1972 an Bundeskanzler Brandt schrieb.¹⁴⁵ Die Einschätzung Scheels stimmte in Übertragung auf die PvdA aber insofern, dass die Vertreter von Nieuw Links nicht bereit waren, ihre Argumentationslinie zu überdenken. Dies bewies eine Stellungnahme von Han Lammers, der in der kleinen linken Wochenzeitung *De Groene Amsterdammer* im Sommer 1970 forderte, man solle die DDR 1971 völkerrechtlich anerkennen und das Land von der Litanei der Schikanen befreien. Für die Zukunft der „Beziehungen der zwei Deutschlands“ entwarf das PvdA-Vorstandsmitglied ein übertrieben positives und zudem naives Gesamtbild: „Keine getrennten Familien mehr, kein Prestigekampf um Westberlin und, wenn möglich, eine gemeinsame Weihnachtssendung der zwei deutschen Fernsehanstalten, einer west- und einer ostdeutschen. Wenn man will, kann man weiter phantasieren: Schüleraustausch, Freundschaftsverträge zwischen Städten und Dörfern, wechselseitige Besuche von Landfrauen – kurzum all die Dinge, die das Verhältnis zwischen zwei Staaten ‚einer Nation‘ behaglich und gemütlich machen.“¹⁴⁶

Es war folglich nicht verwunderlich, dass Nieuw Links mit großer Kritik reagierte, als sich die Unionsparteien später im Deutschen Bundestag gegen die Ostpolitik stellten. In der bekannt kritischen und nicht selten unsachlichen Form opponierte *De Groene Amsterdammer* im März 1972 mit einer deutlichen Abrechnung. In dieser war vom „rechten Deutschland“ die Rede, das gegen die Ostverträge Sturm laufe.¹⁴⁷ In gemäßigter Weise drückte einen Monat später der Fraktionsvorsitzende Joop den Uyl seine Ablehnung aus, indem er der oppositionellen CDU/CSU vorwarf, mit dem Frieden zu spielen: „Sie mobilisiert Gefühle des Nationalismus und des Revanchismus. Sie wirft auf eine gefährliche Weise alles in die Waagschale, was Willy Brandt mit diesen Verträgen erreicht hat und weiter erreichen will: Fortschritte auf dem Weg der Entspannung, Sicherheit über den Status Westberlins, wie im Viermächteabkommen vom September 1971 geregelt und eine Normalisierung in den Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik.“ Die PvdA unterstützte die Politik Brandts mit großer

¹⁴⁵ AdSD, *Helmut-Schmidt-Archiv*, Nr. 5764, Brief des Außenministers Walter Scheel an Bundeskanzler Willy Brandt v. 2. Juni 1972.

¹⁴⁶ LAMMERS, H., *Duitsland 1971*, in: *De Groene Amsterdammer* v. 22. August 1970.

¹⁴⁷ GORTZAK, W., *Rechts Duitsland loopt storm tegen Ost-Verträge*, in: *De Groene Amsterdammer* v. 25. März 1972.

Überzeugung, weil man diese für Europa und Deutschland selbst von Bedeutung halte.¹⁴⁸

Die breite Zustimmung, mit der die niederländische Sozialdemokratie das Konzept der Bundesregierung begleitete, wurde der Bonner Regierungskoalition in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner nicht zuteil. Bereits im zeitlichen Umfeld des Warschauer Vertrages war deutlich geworden, dass die entspannungspolitischen Initiativen auf großen Widerstand bei Teilen der Bevölkerung stießen. Den Unmut der Heimatvertriebenen nahmen die Unionsparteien auf, um die neue Ostpolitik als ein zu weitgehendes politisches Konstrukt darzustellen, das den deutschen Interessen angeblich schaden und die Teilung endgültig zementieren würde. Wegen der ablehnenden Haltung kam es zwischen CDU/CSU und ihrer katholischen Schwesterpartei in den Niederlanden zum Streit. Als der Abgeordnete Kurt Birrenbach im März 1972 zu einem Gespräch mit dem neuen Außenminister Norbert Schmelzer (KVP) nach Den Haag reiste, um hier für eine Unterstützung in der Ablehnung gegen die Ostverträge zu werben, holte sich der deutsche Gast eine deutliche Abfuhr ab. Schmelzer ließ den Kollegen wissen, dass die niederländische Regierung das Vorgehen der sozialliberalen Koalition unterstütze und kündigte ein öffentliches Bedauern an, sollten die Verträge nicht ratifiziert werden.¹⁴⁹

Auch wenn sich die Union mit ihrem Standpunkt bei der niederländischen Schwesterorganisation nicht durchsetzte, erhielt sie daheim in Bonn zunächst Oberwasser. Die Opposition stärkte nicht nur der Rückenwind aus der Bevölkerung, sie profitierte zudem von Überläufern, die aus den Reihen der SPD und vor allem der FDP zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion stießen und die knappe Mehrheit der sozialliberalen Bundesregierung dahin schmelzen ließen. Ein konstruktives Misstrauensvotum zur Abwahl des Bundeskanzlers, das die Union am 27. April 1972 gegen Willy Brandt anstrebte, scheiterte jedoch wegen einer Bestechung zweier CDU-Bundestagsabgeordneter, wobei bis heute die genauen Umstände nicht endgültig geklärt sind.¹⁵⁰ Auch infolge dieser unerwarteten parlamentarischen Niederlage erklärten sich die Unionsparteien schließlich bereit, mittels ihrer Enthaltung im Bundestag und Bundesrat im Mai 1972 die Ratifizierung der Ostverträge durchzuwinken. Der sozialdemokratische Regierungschef stellte am 20. September 1972 die Vertrauensfrage und erzwang – in der Erwartung des Scheiterns – die Auflösung des Bundestages und

¹⁴⁸ Zit. aus o.A., *CDU/CSU speelt met vrede*, in: *Partijkrant van de Partij van de Arbeid*, 4 (1972), S. 1.

¹⁴⁹ Vgl. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 162.

¹⁵⁰ Vgl. MERSEBURGER, *Willy Brandt*, a.a.O., S. 689ff.

fortzeitige Neuwahlen. Diese machten die SPD am 19. November 1972 mit den erzielten 45,8 Prozent, dem besten Ergebnis ihrer Geschichte, nicht nur zur stärksten Bundestagsfraktion, sondern stellten die Regierung Brandt/Scheel auf ein gefestigtes Fundament. Die beiden Koalitionspartner betrachteten das Resultat dieser „Willy-Wahl“ als Plebiszit ihrer Entspannungspolitik und sahen sich in ihrem Vorhaben gestärkt.

„Da aufgrund des Wirkens von Bundeskanzler Brandt die Ostverträge in sichere Häfen gebracht worden sind und das Viermächteabkommen über Berlin in Kraft getreten ist, stehen wir am Vorabend eines intensiven Ost-West-Dialogs“, lobte Joop den Uyl als sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender 1972 im niederländischen Parlament die umgesetzten Initiativen der Bundesregierung und seinen deutschen Parteifreund.¹⁵¹ Auch der von Nieuw Links gelenkte PvdA-Parteivorstand ließ es sich nach der Ratifizierung der Ostverträge nicht nehmen, Willy Brandt zu seiner Politik zu gratulieren. Hans-Eberhard bedankte sich als internationaler Parteisekretär für die „guten Wünsche“ beim neuen PvdA-Vorsitzenden André van der Louw, einem ausgesprochenen Repräsentanten der Neuen Linken: „In diesen Stunden und Tagen sind Ihre Zeilen ein Beweis für die Verbundenheit all derer, die eine Politik des Ausgleichs und des Friedens in Europa anstreben.“¹⁵²

Willy Brandt hatte sich in den Niederlanden als Friedenskanzler, dem im Dezember 1971 der Nobelpreis zuteil wurde, ein Image erarbeitet, das nicht nur bei Sozialdemokraten den Eindruck des ‚guten‘ Deutschen aus den sechziger Jahren bestätigte. Sein Kniefall im Warschauer Ghetto im Dezember 1970 untermauerte dieses positive Gesamtbild und zeigte den Versöhnungswillen des neuen Regierungschefs nachhaltig auf. Der Vertrauensvorschuss, den er bei seinem Amtsantritt von der PvdA erhalten hatte, wurde nicht aufgebraucht – im Gegenteil: Auf der offiziellen Seite der parteipolitischen Außenexperten folgte man der Ostpolitik des neuen Bundeskanzlers und warb im niederländischen Parlament für ihre Umsetzung. Ein gewichtiger Teil der PvdA erwies sich somit als geeigneter Multiplikator einer Politik, die – wie von der Bundesregierung vorgegeben – nicht nur im Osten, sondern auch bei den westlichen Partnern Vertrauen schaffen sollte, indem sie sich den Realitäten der Teilung Europas stärker anpasste.

¹⁵¹ IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Nr. 244, Rede des sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Joop den Uyl vor dem niederländischen Parlament zur allgemeinen politischen Lage (1972).

¹⁵² IISG, *PvdA-Archiv*, B 2 (Ausländische Parteien) 1971/72, Brief von Hans-Eberhard Dingels an den PvdA-Vorsitzenden André van der Louw v. 12. Mai 1972.

Wie von Max van der Stoel stets gefordert, erkannte Den Haag die DDR erst an, im Januar 1973, nachdem die Bundesrepublik ihre Beziehungen zur DDR angemessen geregelt hatte und die Berlinfrage geklärt war. Van der Stoel zeigte sich sensibel für westdeutsche Interessen und stand diesen offen gegenüber. Seine Rolle in der PvdA glich fast der eines Anwalts, welcher die Bundesrepublik in außen- und sicherheitspolitischen Fragen angemessen vertrat. Trotz der versteiften Vorstellungen von Nieuw Links, die DDR mit einer völkerrechtlichen Anerkennung vorschnell zu internationalen Weihen zu verhelfen, erscheint die Feststellung nicht übertrieben, dass die niederländische Sozialdemokratie der deutschen Schwesterpartei hinsichtlich der Ostpolitik sehr dicht und in der gleichen Spur folgte. Die PvdA fühlte sich als eine zumal in der Außenpolitik von hohen moralischen Maßstäben geprägte Partei passend von der SPD vertreten. Im Vergleich zu den fünfziger Jahren, als die niederländische Sozialdemokratie im Zuge der Westintegration inhaltliche Vorreiterin gewesen war, gehörte nun die deutsche Schwesterpartei zu den Schrittmachern einer neuen Außenpolitik. Aber im Gegensatz zu den Auseinandersetzungen beider Parteien im ersten Nachkriegsjahrzehnt verlief die vollzogene Umwertung der internationalen Beziehungen weitgehend reibungslos, sieht man einmal vom Gerangel der durch Nieuw Links entfachten Frage um eine vorzeitige Anerkennung der DDR ab. Die SPD besaß in der Neuordnung und Neubewertung des Verhältnisses zur DDR und zu den osteuropäischen Staaten einschließlich der Sowjetunion einen gewissen Vorbildcharakter für die PvdA, weil sie durch den unmittelbaren Zugang das Thema stärker für sich gepachtet hatte.

Aus Sicht der SPD zahlte sich die enge Kooperation mit wichtigen niederländischen Parteifreunden aus, weil es mit ihrer Unterstützung gelungen war, in den Niederlanden für die deutsche Ostpolitik zu werben. Damit war in diesen Jahren auch ein wesentlicher Bestandteil sozialdemokratischer Auslandsarbeit beschrieben, wie Hans-Eberhard Dingels in einem Bericht über die internationalen Beziehungen der SPD feststellte: „War es in der Zeit der Opposition wichtig, mit Hilfe unserer internationalen Beziehungen den Faktor SPD in der deutschen Politik ins Ausland zu projizieren und im Rückspielverfahren aufgrund der erbrachten Leistungen für das nationale Interesse den innenpolitischen Stellenwert zu erhöhen, so ergeben sich jetzt für die SPD als die führende Regierungspartei in diesem Zusammenhang neue und weiterführende

Aufgaben: Dazu können die Hilfestellung für die sozialdemokratische Regierungspolitik wie auch ihre Absicherung gehören [...].“¹⁵³

Die niederländische Schwesterpartei fand sich in den sechziger Jahren in einem Interessenkonflikt, weil ihr bis zum Harmel-Bericht 1967 nicht endgültig deutlich geworden war, wie sich das atlantische Bündnis positionierte. Das Strategiepapier galt für die PvdA als wichtiges Aufbruchsignal, ihr eigenes Verhältnis gegenüber Osteuropa definitiv zu überdenken. Die Gruppierung um die Neue Linke zwang die Gesamtpartei zusätzlich in diese Richtung. Der deutschen Sozialdemokratie kam freilich entgegen, dass sie in Willy Brandt und Egon Bahr über zwei Politiker in ihren Reihen verfügte, die während der Berlinkrise am richtigen Ort saßen und somit frühzeitig strategische Planspiele entwickelten, die in der späteren Ostpolitik ihre Umsetzung fanden. Die neue Bundesregierung profitierte darüber hinaus vom ausgeprägten Entspannungswillen in Moskau und Washington. Zu Recht haben der Historiker Arnulf Baring und andere darauf hingewiesen, dass die entspannungspolitischen Aktivitäten in diesem Ausmaß vor 1969 nicht möglich gewesen wären, weil insbesondere die Sowjetunion noch nicht soweit gewesen sei.¹⁵⁴ Die Initiativen der sozialliberalen Koalition und der beiden Großmächte trafen sich in einem gleichen politischen Zeitfenster. Für den anhaltenden Gleichklang beider Schwesterparteien in der Außen- und Sicherheitspolitik verlief diese Entwicklung optimal, zumal sich die PvdA den Détente-Vorstellungen der beiden Großmächte nicht verschließen wollte und nach einem Umdenkungsprozess ebenfalls auf den Kurs einschwenkte, den die SPD bereits zur Zeit der Großen Koalition propagierte.

Die Einigkeit in den Fragen der Ostpolitik überdeckte allerdings, dass sich das unmittelbare bilaterale Verhältnis zwischen deutschen und niederländischen Sozialdemokraten seit 1969, dem Jahr des Durchbruchs von Nieuw Links, spürbar verschlechtert hatte. Der SPD erschien das innerparteiliche und innenpolitische Gebaren dieser linken Gruppierung suspekt. Es war nicht nur der Ärger in der Anerkennungsfrage, der in der Bonner Baracke stutzig machte, sondern die für niederländische Verhältnisse unbekannt Radikalität der Forderungen und die übertriebene Schelte an der Bundesrepublik. In dem Maß, wie sich die PvdA in zwei Lager spaltete, zwischen jungen sozialistischen Nachwuchspolitikern auf der einen und

¹⁵³ AdSD, *Archiv SPD-Parteivorstand*, Nr. 2791, Bericht von Hans-Eberhard Dingels („Die internationalen Beziehungen der SPD“) (ohne Datum).

¹⁵⁴ Vgl. BARING, *Machtwechsel*, a.a.O., S. 280; vgl. hierzu auch FISCHER, *Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989*, a.a.O., S. 386.

den etablierten Größen auf der anderen Seite, zwischen der Parteiführung in Amsterdam und der Kammerfraktion in Den Haag, so spaltete sich auch das Verhältnis zur SPD. Während die Kontakte mit bekannten niederländischen Sozialdemokraten wie Joop den Uyl, Max van der Stoep und Piet Dankert aus deutscher Sicht traditionell zufriedenstellend und geordnet verliefen, bestanden zum neuen PvdA-Vorstand mit Vertretern wie Han Lammers oder dem Vorsitzenden André van der Louw nicht mehr als unterkühlte Geschäftsbeziehungen. Aus diesem doppelschichtigen Verhältnis beider Organisationen folgte, dass die PvdA für die SPD nicht mehr zu den allerersten Ansprechpartnern in Europa zählte. Ein „besonders enger Meinungs-austausch und ein echtes Kooperationsverhältnis“, wie es Hans-Eberhard Dingels 1971 in einem Diskussionspapier ausdrückte, bestünde zur britischen Labour Party, zu den skandinavischen Schwesterparteien in Schweden, Norwegen und Finnland sowie zur SPÖ in Österreich. Neben der niederländischen Partei habe der Kontakt mit Belgiern, Dänen und Franzosen abgesehen von einigen persönlichen Bindungen und prominenten Persönlichkeiten dieser Organisationen nie mehr den über das Normale hinausgehenden Grad erreicht. Der PvdA warf Dingels ihre internen Entwicklungen mit einem „starken Rutsch ins Radikal-Emotionale“ vor, „die ein enges Verhältnis zu uns in bestimmten Fragen zumindest haben erkalten lassen“.¹⁵⁵ Was sich 1969 angekündigt hatte, war am Anfang der siebziger Jahre endgültige Realität geworden: Der Personal- und Kurswechsel an der Spitze der niederländischen Partei machte sich für das Klima der Beziehungen zur SPD negativ bemerkbar – ein Trend, der sich in den siebziger Jahren verstärkte und sich auch in der Europapolitik offenbarte, wie im folgenden Kapitel zu zeigen ist.

5.3.2 Sozialdemokratisches Engagement für Europa

Fast unbemerkt von den großen Entwicklungen auf dem Gebiet der Ost- und Entspannungspolitik blieben die Fortschritte auf dem europapolitischen Terrain. Im Dezember 1969 einigte sich ein EG-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Den Haag auf die Aufnahme von Verhandlungen mit beitriftswilligen Ländern, zu denen neben Irland, Dänemark und Norwegen auch Großbritannien gehörte. Darüber hinaus wurden konkrete Fortschritte in der Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen und

¹⁵⁵ AdSD, *Archiv SPD-Parteivorstand*, Nr. 2660, Bericht von Hans-Eberhard Dingels („Die SPD und die sozialdemokratischen Parteien in Europa“) v. 29. September 1971.

die Bedeutung der Institutionen ausgebaut. Eine „Union“ wurde von der SPD nachhaltig unterstützt, allerdings hatte sie ein lockeres Gebilde vor Augen, das sich problemlos erweitern ließ und auch auf die Länder des Ostblocks Anziehungskraft ausüben sollte. Im Gegensatz zu den Vorstellungen der PvdA, die als Partei eines kleineren Mitgliedslandes möglichst weitgehende supranationale Strukturen für ein integriertes Europa vorsah, blieb die deutsche Sozialdemokratie in ihren Gedankenspielen über einen Idealzustand der gemeinsamen Zusammenarbeit eher vage.¹⁵⁶ Bei aller Unterstützung für den Integrationsprozess der Erweiterung einerseits und der Vertiefung andererseits lehnte SPD die weitgehenden Pläne ihrer Schwesterpartei in dieser Form ab, auch wenn sie das zu diesem Zeitpunkt nicht deutlich artikulierte. Dass die Europäische Gemeinschaft nun auch mit Großbritannien in Beratungen über einen Beitritt eintreten konnte, hing eng mit dem Rücktritt des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle im April 1969 zusammen, der das auch von SPD und PvdA gleichermaßen unterstützte Ansinnen bisher blockiert hatte.

Die neue Bundesregierung präsentierte sich zu Beginn dieser neuen Phase als Verfechterin einer zu intensivierenden politischen Zusammenarbeit in Europa und sah in ihrem Engagement auch einen Vertrauensbeweis für die geplante Ostpolitik. Da der Prozess einer Vertiefung als längerfristige Angelegenheit verstanden wurde, lag es nahe, sich zunächst auf eine Erweiterung der europäischen Integration zu konzentrieren.¹⁵⁷ „Ich will nicht unterlassen [...], Dir meine Freude und Genugtuung auszusprechen zu Deinem persönlichen Erfolg in Den Haag“, schrieb im Dezember 1969 ein zufriedener Alfred Mozer aus Brüssel an Bundeskanzler Brandt, der mit seinem konsensorientierten Handeln und unter Mithilfe des neuen französischen Staatspräsidenten Georges Pompidou maßgeblich zur Entscheidungsfindung dieser wegweisenden Konferenz beigetragen hatte. „Auch weiß ich zu würdigen, wie sehr Du in Den Haag und in Bonn die wechselseitige Bindung zwischen Ost- und Westpolitik zu legen wusstest, obwohl damit ein ernstgemeinter Versuch solcher Ostpolitik erschwert wird durch jene – wo auch immer –, die einen bundesdeutschen Ostliberalismus als Instrument der westlichen Desintegration missbrauchen möchten.“¹⁵⁸ Der durch den französischen Störfaktor in unsicherere Fahrwasser gekommene europäische Integrationsprozess – eine längere Phase in den sechziger Jahren umfassend, als am

¹⁵⁶ Vgl. STROH, A., *Die SPD im europäischen Einigungsprozess. Organisation und innerparteiliche Willensbildung in der Europapolitik von 1979 bis 1998*, Hamburg 2004, S. 71ff.

¹⁵⁷ Vgl. HACKE, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, a.a.O., S. 188f.

¹⁵⁸ IISG, *Archiv Alfred Mozer*, Nr. 11, Brief Alfred Mozers an Bundeskanzler Willy Brandt v. 18. Dezember 1969.

Verhandlungstisch fünf Partner und ein Mitglied saßen, wie es Mozer im März 1966 in einem Brief an Herbert Wehner ausdrückte – gehörte der Vergangenheit an.¹⁵⁹

Die zwei Schwesterparteien stimmte diese Entwicklung optimistisch, weil sich nun der Einsatz auszuzahlen begann, den insbesondere die PvdA seit den sechziger Jahren in den internationalen Gremien der Sozialdemokratie und anderswo federführend investiert hatte. In der Frage des britischen Beitritts waren deutsche und niederländische Parteifreunde als Zweigespann aufgetreten, um ihr Vorhaben einer erweiterten Gemeinschaft auf ein festes Fundament zu stellen. Die in der Europapolitik verstärkte Kooperation beider Parteien ging auf die Initiative der PvdA zurück, die die britische Labour Party wegen ihrer Zurückhaltung gegenüber der europäischen Integration nicht als ernsthafte Partnerin betrachtete. Auch wenn die Regierungen des sozialdemokratischen Premiers Harold Wilson zwischen 1964 und 1970 für den EG-Beitritt Großbritanniens votierten und 1967 einen weiteren Aufnahmeantrag stellten, sahen sich Teile der niederländischen Sozialdemokraten 1971 in ihrem Misstrauen bestätigt, als die nun oppositionelle Labour Party den Eintritt im britischen Unterhaus mehrheitlich ablehnte.¹⁶⁰ „Die Labour Party lässt ihre Parlamentarier nicht nach Straßburg und gibt damit zu erkennen, dass für sie die Gemeinschaft des europäischen Sozialismus vorerst noch weniger bedeutet, als der nationale Kampf gegen die Konservativen“, kritisierte Joop den Uyl Anfang 1973 in einem Beitrag für *Die Neue Gesellschaft*.¹⁶¹ Nicht nur wegen der schwankenden Haltung der britischen Schwesterorganisation fühlte sich die PvdA in europapolitischen Fragen am stärksten zur SPD hingezogen; die deutsche Sozialdemokratie stand mit der Bundesrepublik dem größten Land Westeuropas und einem niederländischen Nachbarn vor, von dem sich die PvdA wegen der Lage und der Bedeutung besondere Initiativen zur Fortsetzung der europäischen Integration erwartete. Darüber hinaus verfügte die niederländische Sozialdemokratie zu ihren Parteifreunden in Frankreich, dem zweiten wichtigsten politischen Motor der europäischen Zusammenarbeit, auch wenn dieser unter De Gaulle ins Stocken geraten war, nicht über ähnlich gute und traditionelle enge Kontakte wie zur SPD.¹⁶²

¹⁵⁹ IISG, *Archiv Alfred Mozer*, Nr. 11, Brief Alfred Mozers an Herbert Wehner v. 29. März 1969.

¹⁶⁰ Vgl. BERGER, *Die britische Labour Party 1945-2000*, a.a.O., S. 114; vgl. hierzu auch COHEN, *Socialisten in Europa*, a.a.O., S. 143.

¹⁶¹ UYL, J. DEN, *Vom Wohlstand zur Qualität des Lebens*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 2 (1973), S. 140-143, S. 140.

¹⁶² Darauf wies Marnix Krop in einem Gespräch mit dem Verfasser am 4. September 2003 in Den Haag hin. Krop war zwischen 1977 und 1985 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Wiardi-Beckman-Stiftung, dem wissenschaftlichen Büro der PvdA.

Dieser durchschimmernde Nord-Süd-Gegensatz galt auch für die deutsche Sozialdemokratie selbst, die – politisch am stärksten im Norden und Westen der Bundesrepublik beheimatet – über vitalere Beziehungen zu den Parteien in Skandinavien, Großbritannien und den Niederlanden verfügte als zu französischen oder italienischen Sozialisten. Ein entscheidender Beweggrund für die leichten Trennlinien unter diesen europäischen Sozialdemokraten speiste sich aus einer gewissen politischen Nähe, die die italienische und französische Partei in ihren Ländern zu den Kommunisten pflegten. Ihr ungeklärtes Verhältnis zum linken politischen Rand widersprach der traditionell präsenten und reflexartig wiederkehrenden Ablehnung gegenüber kommunistischen Grundsätzen durch die deutsche und niederländische Sozialdemokratie, die auf andere historische Wahrnehmungsmuster und differenzierte nationale Bedingungskonstellationen zurückgriffen.¹⁶³ SPD und PvdA grenzten sich nicht nur zu Hochzeiten des Kalten Kriegs stark vom Kommunismus ab, den sie im Unterschied zu ihren Schwesterparteien im Süden Europas ausschließlich als eine von sowjetischer Seite beeinflusste Machtpolitik auffassten. Die zur Schau getragene Antipathie erschloss sich nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Teilung Deutschlands und Europas, für die man Moskau verantwortlich machte. Mit dem Aufkommen einer Neuen Linken verwischten in der PvdA allerdings die bisher deutlich gezogenen Grenzen zum Kommunismus, wengleich dies allein für den verjüngten Parteivorstand galt und nicht für die etablierten Parlamentarier der sozialdemokratischen Kammerfraktion. Die Neue Linke in der PvdA war allerdings viel weniger marxistisch als ihre Weggefährten bei den Jungsozialisten in der Bundesrepublik – das Aufbrechen des in der PvdA gebetsmühlenartig gepredigten Antikommunismus wurde eher als Druckmittel gegen das frühere Parteiestablishment eingesetzt und nicht so sehr aufgrund ideologischer Grundüberzeugungen.

Die SPD bemühte sich dagegen auch in den siebziger Jahren so vehement um eine sichtbare Abgrenzung, dass sie schon den Beinamen „sozialistisch“ für sich nicht akzeptierte. Der langjährige Deutschlandkorrespondent der sozialdemokratischen Tageszeitung *Het Vrije Volk*, Bert Stoop, schrieb hierzu 1977 in einem Themenband der Wiardi-Beckman-Stiftung: „Da sich die Kommunisten in den kommunistisch regierten Ländern Osteuropas als ‚sozialistisch‘ bezeichnen und das Wort ‚Sozialist‘ für viele Deutsche das Gleiche bedeutet wie Kommunist, wollte die CDU die SPD als eine Partei

¹⁶³ Vgl. COHEN, R., *De samenwerking van de socialistische partijen in de Europese Gemeenschap*, in: *Internationale Spectator*, 11 (1975), S. 670-678, S. 678; vgl. auch NIEDERMAYER, *Die europäischen Parteienbünde*, a.a.O., S. 435.

hinstellen, die eine Diktatur nach DDR-Vorbild im Sinn hat. Auch wenn eine solche Suggestion noch so lächerlich ist – dies umso mehr, weil die SPD keine besonders linke sozialdemokratische Partei ist – beweisen die CDU-Parolen, wie die Verhältnisse in Westdeutschland liegen.“¹⁶⁴ In der Ost- und Entspannungspolitik war die deutsche Sozialdemokratie als Regierungspartei allerdings gezwungen, ideologische Hürden zu überspringen, um die Neuregelung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Ostblock zu organisieren. Aus diesem Spannungsverhältnis heraus sah man sich deshalb innenpolitisch gefordert, anhand des Radikalenerlasses postwendend aufzuzeigen, dass mit Kommunisten unter verfassungsrechtlichen Aspekten kein Staat zu machen ist.

Die naheliegenden und vordergründig relativ guten Kontakte zwischen PvdA und SPD auf dem Gebiet der Europapolitik bestätigte Alfred Mozer 1972: „Unseren Parteien liegt die Forderung nach einer brauchbaren Antwort auf die Herausforderung des grenzüberschreitenden industriellen Systems mehr am Herzen als manchen anderen. Dennoch sind wir daran interessiert, dass auch jene erkennen, dass es – neben allen verbleibenden Aufgaben im nationalen Rahmen – grenzüberschreitende gesellschaftspolitische Fragen gibt, denen auch sie sich zu stellen haben.“¹⁶⁵ Mit Blick auf das zweigleisige Unternehmen einer Erweiterung und einer Vertiefung der europäischen Integration setzte sich allmählich auch bei anderen sozialdemokratischen Parteien die Erkenntnis durch, die Kooperation untereinander besser zu organisieren und stärker zu institutionalisieren. Es galt, auf die in Den Haag eingeleiteten Strukturveränderungen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Politikfeldern zu reagieren und auf Ebene der europäischen Sozialdemokraten eine gemeinsame politische Anlaufstelle zu schaffen. Dahinter verbarg sich der Gedanke, die räumlich eingegrenzte Europapolitik in einem kleineren Rahmen intensiver zu gestalten und die zu führenden Debatten nicht den zuweilen als entrückt empfundenen Konsultationen im Rahmen der Sozialistischen Internationale zu überlassen.¹⁶⁶ „Es ist nun einmal einfacher, mit der KVP die Niederlande zu regieren, als in der Sozialistischen Internationale mit der SPD, den schwedischen oder israelischen Sozialisten in allen Punkten einig zu werden“, so die Einschätzung Piet Dankerts über seine eigenen

¹⁶⁴ STOOP, B., *De SPD en de kommunisten*, in: WIARDI-BECKMAN-STIFTUNG (Hrsg.), *Europa tussen Brandt en Berlinguer. Een bundel opstellen over socialisten en kommunisten in Europa*, Amsterdam 1977, S. 67-70, S. 67.

¹⁶⁵ MOZER, A., *Europa und die Sozialdemokratie*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 19 (1972), S. 252-257, S. 257.

¹⁶⁶ Vgl. COHEN, *De samenwerking van de socialistische partijen in de Europese Gemeenschap*, a.a.O., S. 673.

Erfahrungen mit der schwach legitimierten Funktion jenes Gremiums und der komplizierten Entscheidungsfindung. „Und das auch nur deshalb, weil die nationale Politik mit klaren Rahmenbedingungen mehr Möglichkeiten bietet als der internationale Mangel an Umrandung.“¹⁶⁷ Einer seiner Vorgänger im Amt des internationalen Parteisekretärs der PvdA, Alfred Mozer, sah das Problem der fehlenden politischen Effizienz ähnlich. Er bezeichnete die Sozialistische Internationale als „Briefkasten für das Deponieren nationaler Standpunkte“: „Ihre Kongresse gebären Resolutionen, deren gewundene Formulierungen jeder der oft ironisierten Diplomatenkonferenzen alle Ehren erweisen würden.“¹⁶⁸

Das politische Vorhaben einer deutlichen Verankerung sozialdemokratischer Europapolitik in einem Parteienbund war zweifellos eine Antwort auf die fehlenden Handlungsmöglichkeiten im Rahmen der Sozialistischen Internationale, hing aber vor allem mit den Veränderungen auf der Regierungsebene zusammen, die mit der Fortentwicklung des europäischen Integrationsprozesses einhergingen. Auf dem Pariser EG-Gipfel im Oktober 1972 wurde unter der Mitwirkung Brandts der ambitionierte Beschluss gefasst, die Europäische Union bis 1980 Wirklichkeit werden zu lassen. Es war somit absehbar, dass sich der Geltungsbereich der Gemeinschaftspolitik nach und nach ausweiten und sich im Gegenzug der Nationalstaat als alleinige Wurzel parteipolitischen Handelns relativieren würde. Die Planungen für künftige Wahlen zum Europaparlament verstärkte diese Entwicklung und rief bei den verschiedenen Parteien einen zusätzlichen Aktionismus hervor.¹⁶⁹

Am deutlichsten und mit den weitreichendsten Vorschlägen hob sich die PvdA ab. Bereits 1968 hatte Henk Vredeling, seit 1956 Mitglied der Zweiten Kammer und seit 1958 Abgeordneter des Straßburger Europaparlaments, die Gründung einer Progressive European Party (PEP) als Vorschlag eingebracht. Während der Vizevorsitzende der Europäischen Kommission, der niederländische Sozialdemokrat Sicco Mansholt, das Vorhaben von Anfang an unterstützte, stand dem sein langjähriger Mitarbeiter Alfred Mozer kritisch gegenüber: „Ich bin zu realistisch für solche Plänchen. [...] Ich wusste schon von vornherein, dass wir kaum mit der Unterstützung der SPD – übrigens genauso wenig von Labour – rechnen konnten: In der Bundesrepublik und England, wo man ein Zweiparteiensystem kennt, fürchtet man eine zu große Konkurrenz einer neuen

¹⁶⁷ DANKERT, P., *De PvdA en de Socialistische Internationale*, in: *Socialisme en Democratie*, 3 (1971), S. 166-168, S. 166; vgl. hierzu aus Sicht der SPD DINGELS, H.-E., *Aufgaben der Sozialistischen Internationale*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 1 (1967), S. 48-50.

¹⁶⁸ MOZER, *Europa und die Sozialdemokratie*, a.a.O., S. 254.

¹⁶⁹ Vgl. NIEDERMAYER, *Die europäischen Parteienbünde*, a.a.O., S. 432f.

Partei“, sagte er im Januar 1972. Das Ansinnen von Vredeling und Mansholt, ihn zum Sekretär einer solchen europaweiten Organisation zu machen, lehnte er daher ab. Stattdessen bemühte sich Mozer innerhalb der PvdA um einen nüchterneren Umgang mit dem Thema. Auf einem Parteitag im Februar 1971 in Amsterdam forderte er in einem Antrag, die sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft und ihre Zusammenarbeit zu integrieren, während Vredeling in einer eigenen Resolution zusätzlich für die Kooperation mit anderen progressiven Parteien warb, um somit nicht-sozialdemokratischen Organisationen ebenfalls eine Mitgliedschaft zu ermöglichen.¹⁷⁰

Auch wenn sich der Parteikonvent für ein Kompromisspapier aus beiden Ansätzen aussprach, das mehr auf die gemäßigte Variante Mozers abhob, war die Idee zu Gründung einer neuen Partei nun durch die PvdA legitimiert. Dass sie die erste Organisation der sozialdemokratischen Parteienfamilie in Europa war, die sich zu diesem Schritt entschloss, zeigte ihre Fortschrittlichkeit. „Die Erfahrung aus bereits existierenden Föderationen zeigt, dass die Teilstaaten entscheidungsstark bei dem bleiben, was sich auf föderaler Ebene abspielt. Allerdings darf uns dies nicht darin hindern, schon heute die ersten Bausteine für eine Europäische Partei zu legen“, hieß es folgerichtig in einem Bericht des Koos-Vorrink-Instituts, das als wissenschaftliches ‚Think Tank‘ der PvdA die Perspektiven einer Neugründung forcierte.¹⁷¹

Die niederländische Sozialdemokratie stilisierte sich zu einer unangefochtenen Pionierin neuer Grundstrukturen im europäischen Rahmen hoch und suchte aus diesem Anliegen erneut enge Verbindungen zur SPD.¹⁷² Henk Vredeling hatte bereits 1968 Kontakte zum Jungsozialisten Heinz Kuby und dem schleswig-holsteinischen Landes- und Fraktionsvorsitzenden Jochen Steffen aufgenommen; im Winter des gleichen Jahres kam es zu einem mehrtägigen Erfahrungsaustausch im schleswig-holsteinischen Malente („Sozialistische Politik im europäischen Maßstab“).¹⁷³ An dieser Zusammenkunft nahm auch der PvdA-Vorsitzende André van der Louw teil, und es blieb unübersehbar, dass die niederländische Parteiführung eher den Kontakt zu den ihr politisch gleichgesinnten deutschen Sozialdemokraten suchte als zur SPD-Spitze in

¹⁷⁰ Vgl. TAMBOER, K., *Alleen de socialistische partijen zijn succesvol generationaliseerd*, in: *Haagse Post* v. 19. Januar 1972.

¹⁷¹ KOOS-VORRINK-INSTITUT (Hrsg.), *De Europese Gemeenschap in socialistisch perspectief. Een discussiebijdrage van de Partij van de Arbeid voor de herstructurering van de Europese Gemeenschap*, Amsterdam 1972, S. 67.

¹⁷² Vgl. BEEK, R. TER, *De noodzaak van een Europese aanpak*, in: WIARDI-ECKMAN-STIFTUNG (Hrsg.), *Europa tussen Brandt en Berlinguer. Een bundel opstellen over socialisten en kommunisten in Europa*, Amsterdam 1977, S. 31-35, S. 31.

¹⁷³ Vgl. zu diesem Treffen den Bericht von VOORTMAN, A.J., *Socialistische politiek op Europese schaal*, in: *Opinie* v. 14. Februar 1969.

Bonn. Auch wenn Vredeling schon aufgrund seines Alters nicht der Neuen Linke zugerechnet werden konnte, vertrat er mit der Gründung einer progressiven Partei Vorstellungen, die bei linken niederländischen und – wie sich zeigte – auch bei einer Minderheit deutscher Sozialdemokraten auf Zustimmung traf. Diese Entwicklung wurde in der Bonner Parteizentrale der SPD mit Sorge betrachtet. Zwar stellte der Kreis um den Initiativnehmer Vredeling bei einem weiteren Treffen im niederländischen Bemelen im Oktober 1969 ihr Vorhaben einer Parteigründung zunächst zurück; die Tatsache aber, dass sich die Arbeitsgemeinschaft dennoch als „Europäische Progressive Aktionsgruppe“ formierte, rief Hans-Eberhard Dingels im internationalen Parteisekretariat auf den Plan. „Die Gefahr möglicher Fraktionsbildungen kündigt sich in diesem Zusammenhang an“, fürchtete er in einem Vermerk für die Parteispitze und warnte insbesondere vor der „Schlüsselfigur“ Heinz Kuby: „Seine Ambitionen und sein Verhalten geben zu Besorgnis Anlass; dies umso mehr, da er in der Vergangenheit der offiziell formulierten Europapolitik der SPD stets äußerst kritisch gegenübergestanden hat.“¹⁷⁴ Kurze Zeit später forderte der Bundesgeschäftsführer der SPD (1968-1972), Hans-Jürgen Wischnewski, in einem Rundbrief an alle Parteibezirke dazu auf, sich von der Gruppe um Henk Vredeling fernzuhalten.

Mit seiner Skepsis an einer Beteiligung der deutschen Sozialdemokratie behielt Alfred Mozer also Recht. Die SPD-Führung formierte sich eindeutig gegen dieses als zu weitgehend empfundene Projekt einer konkurrierenden Partei, wie es der stellvertretende Parteivorsitzende Herbert Wehner kurz und bündig auf den Punkt brachte: „Wir sind nicht bereit, einen Schritt weiterzugehen.“ Dies rief wiederum beim neuen internationalen Sekretär der PvdA (1971-1975), Relus ter Beek, Kritik hervor, der Wehner als Mann titulierte, der ausschließlich in Machtkategorien denke und sich nur durch Machtworte äußere – ein Preuße, der nicht diskutiere.

Statt in vergangene Streitereien zu verfallen, zog Mozer mit Blick auf die Positionierung der SPD eine treffende Analyse: „Die Ostpolitik Brandts wird von der Opposition stark bekämpft: Ausverkauf deutscher Interessen heißt das. Wenn dann auch noch der Eindruck entsteht, dass die SPD bestimmte Entscheidungsbefugnisse an das eine oder andere vage Organ in Brüssel überträgt, dann kann Brandt ganz einpacken.“¹⁷⁵ Mozer erkannte als einer von wenigen in seiner Partei frühzeitig, warum

¹⁷⁴ AdSD, *Archiv SPD-Partei Vorstand*, Nr. 2791, Vermerk von Hans-Eberhard Dingels über die Aktivitäten der Bewegung „Europäische Progressive Aktionsgruppe“ v. 17. November 1969.

¹⁷⁵ Die hier verwendeten Zitate sind entnommen aus TAMBOER, K., *Alleen de socialistische partijen zijn succesvol genationaliseerd*, in: *Haagse Post* v. 19. Januar 1972.

sich die deutsche Sozialdemokratie gegen ein solches Unternehmen supranationaler Parteistrukturen sperrte. Zusammen mit Sicco Mansholt traf er im Mai 1971 in Bonn mit Willy Brandt und Herbert Wehner zusammen und erreichte zumindest, dass sich die SPD nicht zusätzlich gegen sein 1971 in einem Bericht präsentiertes Vorhaben aussprach, das eine Reform des Verbindungsbüros der sozialdemokratischen Parteien vorsah. Der im Juni 1971 folgende Kongress der aus den EG-Mitgliedsländern kommenden Sozialdemokraten in Brüssel einigte sich auf eine Neuformierung der seit 1957 bestehenden Einrichtung: „Büro der sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“. Auch wenn Alfred Mozer Verständnis für die gedämpften Interessen der SPD zeigte, war ihm dieser Formelkompromiss, der nicht viel mehr als eine Namensänderung hervorbrachte, eindeutig zu wenig: „Ein zum Lachen erregender Beschluss.“¹⁷⁶ Mozer forderte stattdessen umfassendere Befugnisse für die politische Arbeitsweise einer solchen Institution, um der drohenden Gefahr wirksam zu entgehen, erneut nur einen „Briefkasten nationaler Interessen“ vorzufinden.

Die hiermit verbundene Absicht einer Umwandlung des Verbindungsbüros in eine „Europäische Sozialistische Union“ und damit in eine europäische Partei, für die inzwischen nicht mehr nur die Gruppe um Vredeling, sondern eine große Mehrheit der PvdA eintrat, entpuppte sich für die die deutsche Schwesterpartei immer mehr zum Schreckgespenst. „Die Vertreter der SPD im Verbindungsbüro haben immer wieder darauf hingewiesen, dass uns allen an einer sachlichen Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Parteien innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sehr gelegen ist, dass wir jedoch andererseits nicht glauben, dass eine Umstrukturierung des Verbindungsbüros in ein Gremium, das an den Vorständen der nationalen Parteien vorbei die Zusammenarbeit intensivieren will, den Zielen dienlich ist“, berichtete der internationale Parteisekretär der SPD, Hans-Eberhard Dingels, nach dem Brüsseler Treffen im Juni 1971 in einer Aufzeichnung für das Parteipräsidium. „Die Holländer haben sich zum Schrittmacher einer solchen Lösung gemacht und dazu Papiere vorgelegt, die nicht nur auf unseren, sondern auch auf Widerstand anderer Parteien gestoßen sind.“¹⁷⁷

Unter dem Druck der konservativen Opposition, die die SPD im Zuge der Ostpolitik aufforderte, sich zur linken Seite stark abzugrenzen, war die Partei nicht bereit, Zugeständnisse in Richtung einer für unrealistisch gehaltenen europäischen Partei zu

¹⁷⁶ Ebd.

¹⁷⁷ AdSD, *Helmut-Schmidt-Archiv*, Nr. 5759, Aufzeichnung von Hans-Eberhard Dingels zum achten Kongress der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel v. 3. Juni 1971.

machen. Dieser Standpunkt ließ sich umso einfacher fassen, weil man den Protagonisten einer durch Nieuw Links dominierten PvdA nicht über den Weg traute – im Gegensatz zum kompromissorientierten Alfred Mozer und anderen Prominenten wie Joop den Uyl und Max van der Stoel, zu denen reibungslose Kontakte nicht abrissen. „Seit geraumer Zeit gibt es den Versuch, außerhalb der bestehenden Parteien in Europa eine Sozialistische Europapartei ins Leben zu rufen; die SPD steht diesem Versuch sehr, sehr kritisch gegenüber, da er nicht den Interessen der Zusammenarbeit in Europa dient, sondern zur Fraktionsbildung in den bestehenden Parteien führt“, notierte Hans-Eberhard Dingels schon im November 1969, um wenige Zeilen später auszuführen, dass man die Bemühungen um die Parteien in Italien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden fortsetze. „Allerdings sind dort die internen Entwicklungen besorgniserregend und schwierig.“¹⁷⁸ Die deutsche Sozialdemokratie war von Anfang an um ihren hart errungenen Status als Regierungspartei besorgt, den man für den Preis einer weit nach links driftenden Europapartei nicht aufzugeben bereit war. Von den linken Kreisen in der PvdA erhielt die SPD daher den Beinamen des Bremsers im Hinblick auf den weiteren Verlauf des europäischen Integrationsprozesses. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass eine sozialistische Europapartei in erster Linie das Ziel der Neuen Linken war – ihr europapolitisches ‚Wunschprojekt‘, das von den etablierten Parteipolitikern wie Den Uyl oder Van der Stoel nicht wesentlich unterstützt wurde und die gegenseitigen Beziehungen ihrerseits zu den SPD-Kollegen auch nicht weiter störte.¹⁷⁹

Die Umwandlung des Verbindungsbüros war jedoch ein Thema, das beide Parteien in den Folgejahren immer wieder beschäftigte. Im April 1973 bahnte sich eine Kompromisslösung an, als das Verbindungsbüro eine Arbeitsgruppe einrichtete, die sich mit der Neustrukturierung der Zusammenarbeit unter den beteiligten sozialdemokratischen Parteien beschäftigte. Ein Jahr später kam es tatsächlich zu einer Veränderung der bisherigen Strukturen, indem das Verbindungsbüro in den „Bund der Sozialdemokratischen Parteien in der EG“ umgewandelt wurde.¹⁸⁰ Die Initiativnehmer in der PvdA waren mit ihrer Forderung nach Gründung einer europäischen Sozialistenpartei zwar nicht durchgedrungen, hatten aber dennoch einen Schritt in diese Richtung gesetzt. Die SPD zeigte sich konsensbereit und wahrte ihr Gesicht, weil mit

¹⁷⁸ AdSD, *Archiv SPD-Parteivorstand*, Nr. 2791, Vermerk von Hans-Eberhard Dingels über das Netz an internationalen Beziehungen der SPD v. 20. November 1969.

¹⁷⁹ Vgl. RUTHMANN, P.F., *Wilhelm Dröscher. Die Sozialdemokraten auf dem Weg nach Europa*, Bonn 1979, S. 20f.

¹⁸⁰ Vgl. zur weiteren Entwicklung auch LESSE, *Die Sozialdemokratische Partei Europas*, a.a.O.

ihrem Präsidiumsmitglied Wilhelm Dröscher ein deutscher Sozialdemokrat erster Präsident des neugeschaffenen Bundes wurde.¹⁸¹ Im Vorfeld dieser Personalentscheidung tat die SPD alles, um eine Kandidatur des erfahrenen Niederländers Sicco Mansholt, der seine europäische Karriere 1958 in Brüssel als Landwirtschaftskommissar (1958-1973) begonnen hatte und bis zum EG-Kommissionspräsidenten (1972-1973) aufstieg, zu verhindern. Die großen Vorbehalte resultierten aus der starken Unterstützung, die Mansholt den Plänen zur Bildung einer sozialistischen Europapartei in der PvdA von Anfang an zugesprochen hatte. Er war aus Sicht der SPD zu sehr in den Dunstkreis der Neuen Linken geraten und galt daher für diesen Spitzenposten als nicht akzeptabel. Zudem wollte man für die Position in Brüssel mit Wilhelm Dröscher gern einen eigenen Kandidaten durchsetzen, der darauf achtete, dass deutsche Interessen gewahrt blieben und sich supranationale Strukturen auf europäischer Ebene nicht in dem Maß durchsetzten, wie sie von der PvdA und den Sozialdemokraten anderer kleinerer Staaten vorgeschlagen wurden.

Mansholt hätte das Amt als Krönung seiner Laufbahn gern angetreten, ließ seine Bereitschaft aber wegen der großen Widerstände in der SPD fallen. Ohne die Unterstützung der deutschen Schwesterpartei sah er keine Möglichkeit, mit Mehrheiten rechnen zu können. Er erklärte sich aber zur Übernahme des Stellvertreterpostens bereit. Ihre Abneigung gegen die Person Mansholts hegte die SPD bereits 1972, als Präsidiumswahlen der Sozialistischen Internationale anstanden. Der Wiederwahl des Österreicherers Bruno Pittermann zum Präsidenten stand nichts im Wege; für einen seiner Stellvertreterposten wollte die PvdA Sicco Mansholt nominieren. „Ich gehe völlig mit Deiner Auffassung überein“, schrieb Hans-Eberhard Dingels im Mai 1972 an den SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner, „dass Mansholt hofft, dass er nach einer gewissen Amtszeit als Vizepräsident der Internationale weitaus größere Chancen hat als heute, einmal Vorsitzender der SI zu werden. Dieses wäre für einige der sozialdemokratischen Parteien in Europa, in besonderem Maße aber für die SPD, keine gute Sache.“¹⁸² Diskrepanzen mit Mansholt gab es auch wegen einiger seiner Vorstellungen in der Wirtschafts- und Umweltpolitik. Als er vor einer gemeinsamen Sitzung von Fraktion und Verbindungsbüro der sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft im Mai 1972 um einen Meinungsaustausch über seine

¹⁸¹ Vgl. DRÖSCHER, W., *Europas Sozialdemokraten formieren sich*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 12 (1974), S. 978-981; DRÖSCHER, W., *Sozialdemokraten – die stärkste politische Kraft Europas*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 9 (1977), S. 761-764.

¹⁸² AdSD, *Archiv SPD-Parteivorstand*, Nr. 2656, Brief von Hans-Eberhard Dingels an den SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner v. 29. Mai 1972.

Ansichten bat, fürchtete Dingels, Mansholt werde und wolle versuchen, die europäischen Sozialdemokraten mit seinen Ideen zu überfahren.¹⁸³

Trotz der Meinungsverschiedenheiten zwischen Teilen der PvdA und den deutschen Parteifreunden konnte von einem Abbruch des Gesprächsfadens, geschweige denn von einer sichtbaren Entfremdung der zwei Schwesterparteien nicht die Rede sein. Schon im März 1972 waren Vorstandsmitglieder beider Seiten zu einem Treffen zusammengekommen, über das Hans-Eberhard Dingels im Vorfeld an den SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand schrieb: „Zweck und Ziel des Gespräches mit den holländischen Freunden ist die gegenseitige Information über die politische Entwicklung in den beiden Ländern, die Abklärung der gegenseitigen Standpunkte auch auf dem Gebiete der europäischen Politik und die Überlegung, wo in Zukunft Formen der sachlichen Zusammenarbeit erreicht und verwirklicht werden können.“¹⁸⁴ Ein Jahr später wurde Sicco Mansholt sogar ein eigenes Podium gegeben, als er seine europapolitischen Standpunkte in einem Aufsatz für die wissenschaftliche Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, *Die Neue Gesellschaft*, vorstellte.¹⁸⁵ Die bilateralen Parteibeziehungen waren von ihrem Sockel her zu fest, um wegen des Für oder Wider betreffs der Gründung einer sozialdemokratischen Europapartei in ernste Schwierigkeiten zu geraten, zumal in der Ostpolitik große Gemeinsamkeiten existierten. Deutliche Risse blieben dennoch unvermeidlich, weil die Parteivorstände von PvdA und SPD nicht nur in ihrer jeweiligen Art des politischen Managements und der Form des politischen Klimas voneinander abwichen, sondern auch keine persönliche Affinität zueinander besaßen oder aufbauen wollten. Der Generationenkonflikt, den die Neue Linke in der PvdA entfacht hatte, übertrug sich auch auf das Gesamtverhältnis zur deutschen Schwesterpartei. Die gegenseitigen Beziehungen waren daher vor allem von Einzelkontakten geprägt, die zwischen dem SPD-Vorstand und den üblichen Parteigrößen auf niederländischer Seite bestanden. Parallel zu den Schwierigkeiten in den fünfziger Jahren war es neben tiefen Störungen des atmosphärischen Klimas erneut die Europapolitik, die PvdA und SPD in ihren Vorstellungen entzweite. Die Harmonie in der ersten Hälfte der sechziger Jahre, als die zwei Parteien auf diesem Gebiet gut zusammenarbeiteten und die niederländische Sozialdemokratie die außenpolitische

¹⁸³ AdSD, *Archiv SPD-Parteivorstand*, Nr. 2656, Brief von Hans-Eberhard Dingels an den SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner v. 9. Mai 1972.

¹⁸⁴ AdSD, *Archiv SPD-Parteivorstand*, Nr. 2657, Brief von Hans-Eberhard Dingels an den SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand v. 16. März 1972.

¹⁸⁵ Vgl. MANSHOLT, S., *Über die Notwendigkeit eines sozialistischen Programms für Europa*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 2 (1973), S. 117-120.

Wende in Wehners Bundestagsrede zuvor ausdrücklich gelobt hatte, entwich fast völlig. Im Gegensatz zu den politischen Disputen früherer Jahre kam es aber nicht über das Ziel einer vertieften Europäischen Union als solcher zum Konflikt, sondern über die Form ihrer Organisation. Die deutsche Sozialdemokratie lehnte die von der PvdA geforderten supranationalen Strukturen ab, weil die Regierungspartei SPD darin eine Eingrenzung ihrer nationalen Politik befürchtete.¹⁸⁶ Nicht anders erging es ihr mit den Vorstellungen der niederländischen Parteifreunde, eine sozialistische Europapartei ins Leben zu rufen. Die SPD sah keinen Grund, sich eine linke Konkurrenzorganisation an die Seite zu stellen, von der zu erwarten war, dass sie eine Politik ähnlich des von Nieuw Links geprägten PvdA-Vorstandes betreiben würde. Zu dieser Riege besaß die SPD fast überhaupt kein Vertrauensverhältnis, was eine engere Zusammenarbeit von vornherein ausschloss. Die Personalbesetzung für den Bund der sozialdemokratischen Parteien mit dem eigenen ‚Statthalter‘ Wilhelm Dröscher unterstrich, dass man auf europäischer Ebene auch in Zukunft nicht an eine intensivere Kooperation dachte. Die verjüngte Parteiführung auf niederländischer Seite hielt die SPD dagegen trotz des Brandt-Bonus für eine verstaubte Organisation, die sich auf bestem Wege befand, eine konservative Regierungspartei zu werden. Der internationale Parteisekretär der PvdA, Relus ter Beek (1971-1975), zog daher eindeutige Schlüsse, als er 1974 erklärte, dass man im Kreise der sozialistischen EG-Parteien ein viel besseres Verhältnis mit der französischen Partei als mit der SPD habe. „Die niederländischen und französischen Auffassungen passen viel stärker überein als die niederländischen und deutschen, absolut.“¹⁸⁷ Unter tatkräftiger Hilfe erfahrener Politiker wie Henk Vredeling und Sicco Mansholt, die das Ziel einer sozialistischen Europapartei unterstützten, wusste sich Nieuw Links geschickt in Szene zu setzen und füllte damit ein europapolitisches Vakuum innerhalb der PvdA, die abgesehen von dem Sonderstatus eines Alfred Mozers hauptsächlich über Politiker verfügte, die sich wie Max van der Stoel der atlantischen Zusammenarbeit verschrieben hatten. Ob der vielen Nichtübereinstimmungen zwischen der niederländischen PvdA und der SPD kam daher im Juni 1975 die Feststellung von Hans-Eberhard Dingels überraschend, die Beziehungen seien „heute weitgehend spannungsfrei“. Dies habe sich besonders bei der Wahl Wilhelm Dröschers zum Vorsitzenden des Bundes der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft gezeigt. „Sicco Mansholt, der als Vertreter seiner Partei ursprünglich

¹⁸⁶ Vgl. NIEDERMAYER, *Die europäischen Parteienbünde*, a.a.O., S. 434.

¹⁸⁷ O.A., *PvdA-kamerlid Relus ter Beek: „Zelfstandiger Europa zoals Midderrand voorstelt is realistisch“*, in: *De Groene Amsterdammer* v. 1. Mai 1974.

Gegenkandidat war, hat von sich aus durch seine Wahl zum Stellvertreter Wilhelm Dröschers ein Zeichen gesetzt.“¹⁸⁸ Für das schwierige Parteiverhältnis in den siebziger Jahren sollte es allerdings nur ein kurzes Zeitfenster der relativen Ruhe sein, wie das folgende Kapitel zeigen wird.

5.4 *Schlussbetrachtung*

Die niederländische Sozialdemokratie begegnete der SPD in den sechziger Jahren als Partei der zwei Gesichter. Das erste Gesicht, die ‚etablierte und regierende‘ Partei mit Parlamentsfraktion und den bekannten Parteigrößen wie Joop den Uyl, Max van der Stoel und Piet Dankert, dominierte das Verhältnis zu den deutschen Parteifreunden in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts. Das zweite Gesicht, die ‚nachrückende und polarisierende‘ Partei, rückte zum Ende der sechziger Jahre in den Vordergrund, als sich eine rebellische Gruppe Mittdreißiger aufmachte, die Mentalität langjähriger PvdA-Politik zu verändern und dabei keine Rücksicht auf die Beziehungen zur deutschen Schwesterpartei nahm.

Für SPD und PvdA hatte das Jahrzehnt aus Sicht ihrer gemeinsamen Beziehungen entspannt begonnen. Die mit dem Godesberger Programm abgeschlossene programmatische Häutung der SPD und ihr 1960 vollzogener Kurswechsel in der Außenpolitik machte die deutsche Sozialdemokratie zu einem verlässlichen Partner für die PvdA, von dem man sich in den Niederlanden eine enge strategische Kooperation in außenpolitischen Fragen wie der europäischen Integration erwartete. Die niederländischen Parteifreunde zeigten sich nach dem inhaltlichen Wandel der SPD überzeugt, dass ein möglicher Machtwechsel in Bonn keine Sorgenfalten mehr bereiten würde. Im Gegenteil war man nun auch öffentlich bereit, die Scheu gegenüber der SPD abzulegen und lobte die Entscheidung der Schwesterpartei, mit dem geschätzten Berliner Bürgermeister Brandt in die Wahlkämpfe zu ziehen.

Zwischen den Politikern beider Parteien stimmte nicht nur die Chemie, es stimmten – im Kontrast zu den fünfziger Jahren – auch die außen-, sicherheits- und europapolitischen Grundeinschätzungen weitgehend überein. Die zwei Parteien teilten die gleichen Sorgen über die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses, nachdem Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de

¹⁸⁸ AdSD, *Depositum Karsten D. Voigt*, Nr. 145, Vorlage von Hans-Eberhard Dingels für die Sitzung des Parteivorstandes am 27. Juni 1975 („Internationalen Parteibeziehungen der SPD“).

Gaulle Spekulationen über ein europäisches Direktorium der beiden Staaten genährt und sich der Franzose dem Beitritt Großbritanniens verweigert hatte. Die PvdA zollte der SPD zudem Respekt für ihren internationalen Anpassungsprozess, der unter dem Zutun der beiden geschätzten Sicherheitspolitiker Fritz Erler und Helmut Schmidt in einem sehr eng am atlantischen Bündnis orientierten Kurs mündete. Die SPD war politisch endgültig im Westen angekommen und Wehners Bundestagsrede nicht nur ein Lippenbekenntnis geblieben. Daneben erkannte man in den Niederlanden an, dass die Partei in Person der beiden Berliner Politiker Willy Brandt und Egon Bahr erste Schritte einer Ostpolitik einleitete, die zu einem realistischen Umgang mit der deutschen Frage führte, ohne die Wiedervereinigung in Frage zu stellen. Für dieses Ziel war nicht nur die PvdA, sondern auch die niederländische Regierung in den Jahren nach dem Mauerbau noch offen eingetreten.

Die PvdA stand der SPD in dieser Phase außenpolitisch erstmals näher als den Unionsparteien. Aus der pragmatisch und solidarisch orientierten Interessengemeinschaft der vierziger und den konfliktreichen Beziehungen der fünfziger Jahre war eine strategisch-partnerschaftlich geprägte Kooperationsachse geworden. Beide Schwesterparteien erreichten eine Qualität ihrer Beziehungen, die es in dieser Festigkeit und in dieser Kontinuität noch zu keinem anderen Zeitpunkt nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben hatte. Einzige Ausnahme bildete 1966 die Affäre um den deutschen General von Kielmannsegg und seine geplante Ernennung zum NATO-Oberbefehlshaber in den Niederlanden. Hier zeigte sich, dass die niederländische Partei PvdA eine innenpolitische Debatte aus nachvollziehbaren Gründen weitaus höher ansiedelte als die Solidarität mit dem Bündnispartner Bundesrepublik und der SPD. Man zeigte sich sensibel gegenüber Themen, die die Vergangenheit betrafen und reagierte in diesem Fall besonders empfindsam, weil es um die Einsetzung eines deutschen Generals ging, der in den Niederlanden als uniformierter Deutscher und wegen seiner zunächst ungeklärten Vergangenheit Misstrauen und Unbehagen hervorrief. Dass die PvdA in Bezug auf die deutsch-niederländischen Beziehungen und vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs als Seismograph funktionierte, richtete für die Kontakte mit der SPD aber keinen Schaden an. Beide Parteien bemühten sich stattdessen in ihren Geschäftsbeziehungen, objektiv an den Vorgang heranzugehen und ihn zügig aus der Welt zu schaffen. In diesem Zusammenhang wurde deutlich, dass beide Organisationen als politische Vertreter auch eine Verantwortung für das

Verhältnis ihrer beiden Länder übernahmen, indem man sich unterhalb der Regierungsebene um die Aufklärungsarbeit bemühte.

Eine große Herausforderung wartete dagegen ab Ende der sechziger Jahre auf das Parteienverhältnis. Ein aufstrebender und expressiver Parteienwachstum drängte in der PvdA immer stärker in den Vordergrund und verpasste der Partei ein zusätzliches Gesicht, ohne die bisherigen Parteifunktionäre während dieses Wandlungsprozesses zu verdrängen. Die niederländische Sozialdemokratie lebte fortan bis weit in die siebziger Jahre hinein in zwei Strukturen als janusköpfiges Gebilde – geteilt in den von Nieuw Links nach und nach übernommenen Parteivorstand in Amsterdam und in die Parteilite samt Parlamentariern in Den Haag. Für die Beziehungen zur SPD hatte dies erhebliche Folgen, weil nun eine jüngere und überaus kritische Generation die Kontakte mit der deutschen Schwesterpartei organisierte. Die Auflösung gesellschaftlicher Verkrustungen in den Niederlanden benutzte Nieuw Links als Gelegenheit, um der Mutterpartei vor dem Hintergrund des aufgekommenen Modernisierungsdrucks eigene Vorstellungen aufzusetzen und den Einflussbereich der Gruppe im innerparteilichen Gefüge auszuweiten. Die Neue Linke, die sich in einer Wechselwirkung aus inszenierter Authentizität und tatsächlichem Veränderungswillen als frische Alternative präsentierte, forderte eine neue Deutlichkeit in der Politik und brach mit der alten ‚Regentenmentalität‘ versäulter niederländischer Strukturen, an denen auch die PvdA maßgeblich beteiligt war. Nieuw Links grenzte sich und ihre Partei mit der Polarisierungsstrategie nicht nur erheblich vom politischen Hauptgegner, der katholischen Partei, ab, sondern entfachte politische Brandherde, die man für die eigene Profilierungssucht und den Aufstieg als feste Parteigröße benötigte.

Eines dieser Themen, die eine erhebliche Sprengkraft entfachten, war das Plädoyer für eine vorzeitige Anerkennung der DDR. Es sorgte in einer antikommunistischen Partei wie der PvdA für das – von Nieuw Links provozierte – Unverständnis und wurde von etablierten Außenpolitikern wie Max van der Stoel schon wegen des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen brüsk zurückgewiesen. Als sich die Gruppe mit ihren Vorstellungen auf einem Parteitag 1969 durchsetzte, war der Beweis geliefert, dass ihr eine inzwischen zur Radikalität neigende Basis zu folgen bereit war und man sich nicht daran störte, dass Parteien keine Staaten anerkennen können. Die Neue Linke feierte den ‚Sieg‘ über das Parteiestablishment auch weniger wegen der Aufwertung der für das bessere Deutschland gehaltenen DDR, sondern wegen des Teilerfolgs im innerparteilichen Machtkampf.

Für die SPD, die geschockt und entrüstet zugleich auf diesen Vorgang reagierte, zeigte die Entwicklung in den Niederlanden, dass die Beziehungen zur PvdA nach einem erfolgreichen Abschnitt wieder in schwierigeres Fahrwasser gerieten. Die Neue Linke in der PvdA legte nicht viel Wert auf bewährte Konsensfähigkeit und gegenseitige Solidarität und ließ dies die deutschen Parteifreunde nicht zuletzt in der Anerkennungsforderung deutlich spüren. Der kritische Umgang, den die niederländischen Nachwuchspolitiker mit der Bundesrepublik pflegten und ihr allzu positiver Gesamteindruck von der DDR, übertrugen sich zwangsläufig auf die SPD, die irritiert und beleidigt konterte. Während man in Bonn mit den Vertretern der etablierten Sozialdemokratie in den Niederlanden weiter gut kooperierte und Sympathie für das erste Gesicht der Partei hegte, hatte man für das andere Lager schnell nur noch Antipathie übrig. Eine Entwicklung, die sich in den siebziger Jahren verstärken sollte. Aus Sicht der SPD-Führung wirkte es sich jedoch zunächst beruhigend aus, dass die Zusammenarbeit mit den langjährigen Funktionsträgern der PvdA in bewährter Manier funktionierte, weil diese es waren, die in Den Haag die parteioffizielle Politik betrieben und die hochfliegenden Pläne der Neuen Linken abfederten.

Große Einmütigkeit bestand dagegen – und dies galt für die gesamte PvdA – mit der Person und der Politik des neuen Bundeskanzlers Willy Brandt, der als ‚guter‘ Deutscher auch in linken niederländischen Kreisen ein hohes Ansehen genoss. Seine Bemühungen in Osteuropa wurden als Politik der Aussöhnung und des Ausgleichs unterstützt, sein Kniefall im Warschauer Ghetto als deutsches Schuldeingeständnis moralisch hoch eingeschätzt. Als Brandt im Mai 1974 vom Amt des Regierungschefs zurücktrat, sorgte dies in den Reihen der niederländischen Sozialdemokratie für große Enttäuschung, wie der Parteivorsitzende André van der Louw in einem Brief an den scheidenden Kanzler bekundete: Man wolle die Bewunderung und den Respekt für die Weise zum Ausdruck bringen, mit der Brandt der politischen Führung der Bundesrepublik Gestalt gegeben habe. Die auf Entspannung gerichtete Außenpolitik und die immer präsenten Versuche, in Deutschland selbst den Geist der Toleranz und der Demokratie zu schaffen, seien von tiefgreifender Bedeutung gewesen. Man freue sich über die Bereitschaft Brandts, der SPD als Vorsitzender zu dienen, was das Vertrauen in den Niederlanden und in der PvdA verstärke, dass die SPD diesen Weg

nicht verlassen werde.¹⁸⁹ Diese in einem wohlgemeinten Brief an den Tag gelegte Einigkeit überdeckte, dass beide Parteien – abgesehen von der Entspannungspolitik – in vielerlei Hinsicht politisch uneins waren und sich insbesondere ihre Auseinandersetzungen zu innenpolitischen Themen in der Bundesrepublik weiter verschärften, wie sich in den Folgejahren zeigen sollte.

¹⁸⁹ AdSD, *Willy-Brandt-Archiv*, Nr. 15 (Kontakte zu sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien), Brief des PvdA-Parteivorsitzenden André van der Louw an den zurückgetretenen Bundeskanzler Willy Brandt v. 17. Mai 1974.

6. TEIL IV:

Das Ende der Entspannung? Reaktionen zweier „Friedensparteien“ auf Nachrüstung und NATO-Doppelbeschluss (1975-1982)

6.1 *Einleitung*

Die SPD, Helmut Schmidt und das Kabinett Joop den Uyl: Ein Parteienverhältnis unter dem Eindruck deutscher Innenpolitik in den siebziger Jahren

Kaum ein Bundeskanzler ist mit derart zahlreichen Zuschreibungen belegt worden wie Helmut Schmidt. Vom kühlen Macher und Krisenmanager war ebenso die Rede wie vom Lotsen und dem Mann in der falschen Partei.¹ Die verschiedenen Benennungen wurden getragen von einem Politikstil, mit dem sich Schmidt stark von seinem Vorgänger unterschied, der im Mai 1974 infolge der Guillaume-Affäre zurückgetreten war. Stand Brandt mit seinen kühnen Visionen für einen Typus Regierungschef, der mit dem weit verbreiteten Leitmotiv, nach innen „mehr Demokratie“ zu wagen und nach außen die „neue Ostpolitik“ anzugehen, eine Aufbruchstimmung zu erzeugen wusste, so war insbesondere für die Anfangsjahre der Kanzlerschaft seines Nachfolgers das Krisenbewusstsein kennzeichnend.

Mit „Kontinuität und Konzentration“ umschrieb Schmidt in seiner ersten Regierungserklärung den politischen Weg seiner vor ihm liegenden Amtszeit, die zunächst durch den Umstand der Öl- und Wirtschaftskrise geprägt war. In dieser angespannten Situation war ein Regierungschef gefragt, der mit dem ökonomischen und sozialen Erbe vorsichtig umging und es gleichzeitig durch die Krisenzeit brachte. Ein Veränderungsprozess, in dem sich der Sozialdemokrat Schmidt in die Lage versetzt sah, den Blick abwendend von nicht eingelösten Reformversprechen der vorausgehenden Regierung hin zu Notwendigkeiten eines unausweichlichen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Krisenmanagements zu lenken.² Insofern betrieb er auch eine Außenpolitik mit völlig anderen Vorzeichen. Wirtschaftspolitische Sofortmaßnahmen waren im Zuge der Energiekrise ebenso erforderlich wie ein langfristiges Konzept zur Stabilisierung des Weltwährungssystems.³ Überlagernd aber entwickelten sich die Diskussionen um die Bewahrung des Friedens im Zusammenhang mit der Nachrüstungsdebatte, die Schmidt in seiner Londoner Rede im Oktober 1977 selbst ins

¹ Vgl. hierzu RUPPS, M., *Helmut Schmidt. Eine politische Biographie*, Leipzig/Stuttgart 2002; SCHWELIEN, M., *Helmut Schmidt. Ein Leben für den Frieden*, Hamburg 2003.

² Vgl. JÄGER, W., *Die Innenpolitik der sozialliberalen Koalition 1974-1982*, in: DERS./W. LINK, *Republik im Wandel 1974-1982. Die Ära Schmidt*, Stuttgart 1987 (= *Geschichte der Bundesrepublik in fünf Bänden*, hrsg. v. BRACHER, K.D./T. ESCHENBURG/J.C. FEST/E. JÄCKEL, Bd. 5/II), S. 9-272, S. 270f.

³ Vgl. HACKE, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, a.a.O., S. 199.

Rollen brachte. Die vertraglichen Beschränkungen im SALT I-Abkommen waren aus Sicht der beiden Supermächte kein Hinderungsgrund für eine weitere qualitative Verbesserung der zugelassenen Raketen und eine insbesondere durch die Sowjetunion betriebene Aufrüstung ab Mitte der siebziger Jahre.⁴ Neben dieser sicherheitspolitischen Herausforderung und den ökonomischen Zwängen erforderte die Innenpolitik Strategien für die Lösung ‚geistiger‘ Fragen wie dem Terrorismusproblem, das im „Deutschen Herbst“ 1977 seinen Höhepunkt erreichte. Helmut Schmidt war als „Zeuge und Akteur“, in bezug auf den NATO-Doppelbeschluss als „Initiator“, an den innen- und außenpolitischen Entwicklungen der Bundesrepublik im Laufe der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre maßgeblich beteiligt.⁵

Auf der anderen Seite gab es in den Niederlanden kein vergleichbares Kabinett, das sich seit dem Amtsantritt im Mai 1973 ähnlich viele Beinamen verdiente wie das unter Ministerpräsident Joop den Uyl. Zeitzeugen und beteiligte Akteure sprachen vom „Kampfkabinett“, von der „Phantasie an der Macht“ und vom „linksten Kabinett, das die Niederlande je hatten und vielleicht je haben werden“, wie es resümierend der damalige Außenminister Max van der Stoel ausdrückte.⁶ Dass es kaum Zwischentöne gibt, die sich im Rückblick der Mitwirkenden nachweisen lassen, bestätigt die Besonderheit einer Regierung, die, geprägt durch eine starke politische Linke, das Land an den Schalthebeln der Macht mit einer Polarisierungsstrategie und daraus folgendenden radikalen Programmen verändern wollte. „Wo es an Vision, an Perspektive mangelt, kommt das Volk um“, waren die letzten Worte der Regierungserklärung, mit denen Joop den Uyl als zweiter sozialdemokratischer Premier in den Niederlanden am 28. Mai 1973 seine vierjährige Ära einleitete. Nach fast vierzehn Jahren – mit kurzer Unterbrechung des Kabinetts Cals 1965/66 – führte er die PvdA in die Regierungsverantwortung zurück und bestimmte einen ausgebreiteten Reformwillen zu seiner obersten Maxime. Entgegen der ein Jahr später entworfenen politischen Statik eines Helmut Schmidt, der sich als Pragmatiker auf das Machbare und Wesentliche beschränkte, umfasste der vorhandene Wunsch nach Veränderung, die „Verteilung von Wissen, Macht und Einkommen“, den wegweisenden Leitgedanken des

⁴ Vgl. HAFTENDORN, H., *Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluss*, München 1986, S. 32.

⁵ Vgl. RUPPS, M., *Helmut Schmidt. Politikverständnis und geistige Grundlagen*, Bonn 1997, S. 16.

⁶ Zit. n. BOOTSMA, P./W. BREEDVELD, *De verbeelding aan de macht. Het kabinet-Den Uyl 1973-1977*, Den Haag 2000, S. 11, 23 u. 304; vgl. hierzu auch GORTZAK, W. (Hrsg.), *De kleine stappen van het kabinet-Den Uyl. Gesprekken met PvdA-bewindslieden*, Deventer 1978; BROEK, I. VAN DEN, *Heimwee naar de politiek. De herinnering aan het kabinet-Den Uyl*, Amsterdam 2002.

neuen Regierungschefs.⁷ Sein Auftreten und sein Gestaltungsanspruch erinnerten – zeitverschoben und als niederländische Variante – an den Politikstil Willy Brandts und an dessen beim Amtsantritt 1969 vorgetragene Ambition, einen gesellschaftspolitischen Wandel herbeizuführen. Die zwei Politiker einte nicht nur das Grundverständnis über Inhalt und Notwendigkeit einer Reformpolitik sowie die damit verbundenen hohen Erwartungen; beide überschätzten vor dem Hintergrund ihres stark ausgeprägten Veränderungswillens und der Fülle der angestrebten Umbaumaßnahmen das Lenkungsvermögen des Staates bei gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Neuentwicklungen. Erst später erfolgte die Erkenntnis, dass man trotz aller Reformeuphorie den Spielraum politischer Veränderungen bei den bestehenden und zugleich beharrlichen Strukturen überschätzt hatte.⁸

Die sich über Monate hinziehenden Koalitionsgespräche nach den Wahlen von 1972 waren für das politische System und die politische Kultur in den Niederlanden keine auffällige Eigenart, deuteten aber ein Bündnis an, dem das Regieren als Mehrparteienkabinett nicht immer einfach von der Hand ging. Da waren zum einen die gegensätzlichen Akteure. Den eng miteinander kooperierenden linken Parteien PvdA, D'66 und die Politische Partei der Radikalen (PPR), die gemeinsam den „progressiven Block“ bildeten und schon im Vorfeld der Wahl zur politischen Dokumentation ihrer Regierungsziele ein Schattenkabinett aufgestellt hatten, standen die konfessionellen Parteien KVP und ARP gegenüber, die der vorangegangenen Regierung des katholischen Politikers Barend Biesheuvel angehört hatten. Da waren zum anderen neben innenpolitischen Problemen die negativen wirtschaftlichen Folgen der Ölkrise und des Ölembargos, das die arabischen Länder den Niederlanden aufgrund ihrer gegenüber Israel freundlichen Haltung auferlegt hatten.⁹

Joop den Uyl, wie Schmidt studierter Ökonom, war vergleichbar mit seinem deutschen Amtskollegen ebenfalls zwangsläufig als Krisenmanager gefragt, wenn es darum ging, bei schwierigen Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition und den politischen Unwägbarkeiten der damaligen Zeit zu vermitteln. Die Politikentwürfe der beiden Akteure sollten in ihren Zielen jedoch deutlich voneinander abweichen. Die

⁷ Keesings Historisch Archief (KHA), Regierungserklärung von Joop den Uyl am 28. Mai 1973 in der Zweiten Kammer, S. 374 u. 392.

⁸ Vgl. WIELENGA, F., *Konsens im Polder? Politik und politische Kultur in den Niederlanden nach 1945*, in: DERS./I. TAUTE (Hrsg.), *Länderbericht Niederlande. Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft*, Bonn 2004 (= *Bundeszentrale für politische Bildung*, Bd. 399), S. 13-129, S. 79f.

⁹ Vgl. PEPER, A., *De verbeelding aan de macht 1970-1980*, in: BANK, J./S. TEMMING (Hrsg.), *Van brede visie tot smalle marge. Acht prominente socialisten over de SDAP en de PvdA*, Alphen aan den Rijn 1981, S. 201-232, S. 204f.; Zitat S. 204.

wirtschaftliche Krisenzeit blieb einer der wenigen Momente, mit dem sich die zuweilen völlig verschiedenen Interessenlagen der beiden Regierungschefs verbinden ließen. War dem einen (Schmidt) von Anfang an bewusst, dass seine Regierung die aufgekommene Reformeuphorie abbremsen musste, so begann der andere (Den Uyl) seine Amtszeit mit den genau entgegengesetzten Vorzeichen, hinter denen sich eine zur Radikalität neigende Partei verbarg, die mit jugendlich-frischem Elan an die politische Arbeit ging. Die gemeinsame Schnittmenge der ökonomischen Malaise führte im Sommer 1975 zu einem Treffen in Schmidts Urlaubsort am schleswig-holsteinischen Brahmsee, bei dem in Begleitung der Finanzminister Hans Apel und Wim Duisenberg (PvdA) gemeinsame Wirtschafts-, Konjunktur- und Energiefragen sowie die zwei Nachbarländer betreffende Themen erörtert wurden.¹⁰ Mit Blick auf das nachdrückliche Eintreten für die politischen Belange seiner Partei, der sich Den Uyl eng verbunden fühlte, dem starken demokratischen Veränderungswillen und seinen visionären Vorstellungen vom Umbau der niederländischen Gesellschaft hatte er mehr mit Willy Brandt gemein, der 1969 sein Amt als Bundeskanzler antrat und eine Zeitenwende in der Bundesrepublik einleitete. Brandts Wahlsieg von 1972 sei ein Ansporn für Den Uyl gewesen, schreibt der Groninger Politikwissenschaftler Henk te Velde. Der neue Ministerpräsident habe gern über „meinen Freund Willy“ gesprochen, der in vielerlei Hinsicht ein Politikertyp mit Vorbildcharakter gewesen sei.¹¹

Im Gegensatz zu Joop den Uyl blieb Helmut Schmidt fast ein Fremdling in seiner eigenen Partei. Als feststand, dass er das Regierungsamt von Brandt übernehmen würde, bat er diesen außerordentlich, Vorsitzender der SPD zu bleiben: „Du kannst die Partei zusammenhalten, ich nicht.“ Schmidt habe es als hilfreich empfunden, so zitiert ihn Brandt in seinen *Erinnerungen*, „sich nicht auch noch um die Partei und deren ‚Kindergärten‘ zu kümmern“.¹² An dem früheren Wirtschafts- und Finanzminister klebte der Verdacht, die Partei als bloße ‚Truppe‘, als Beiwerk, anzusehen. Vor allem aber war es ein anderes Politikverständnis, das ihn von vielen Sozialdemokraten unterschied, und das zu Reibungen und Auseinandersetzungen führen konnte. „Ich bin nicht vollkommen zufrieden mit meiner Partei und die nicht mit mir. Aber ich finde keine bessere Partei, und die haben keinen Ersatz für mich“, beschrieb Schmidt selbst

¹⁰ Vgl. AdSD, *Helmut-Schmidt-Archiv*, Nr. 1/HSAA007100, Vermerk zum Gespräch des Bundeskanzlers mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Joop den Uyl am 23. August 1975.

¹¹ VELDE, H. TE, *Stijlen van leiderschap. Persoon en politiek van Thorbecke tot Den Uyl*, Amsterdam 2002, S. 229.

¹² BRANDT, *Erinnerungen*, a.a.O., S. 331 u. 343.

einmal sein Verhältnis zur SPD und umgekehrt.¹³ Zu den wichtigsten Reformern von Godesberg gehörend, hatte er mit den Neomarxisten der sechziger Jahre wenig gemein und begegnete den jungen akademischen Neumitgliedern, die in den frühen siebziger Jahren in größerer Anzahl aus der Studentenbewegung zur SPD stießen, mit Misstrauen und Abneigung. In dieser Haltung befand er sich auf einer Wellenlänge mit seinem niederländischen Freund Max van der Stoel, der die aufstrebenden Jungmitglieder in der PvdA seit den sechziger Jahren verachtete. „Die Neue Linke ist eine fundamental antidemokratische Bewegung, mit der der demokratische Sozialismus brechen muss. [...] Wollen wir den Sozialismus in den Niederlanden noch retten, dann muss der Bruch kommen, jetzt“, schrieb Van der Stoel im Frühjahr 1969 appellierend, aber erfolglos an Joop den Uyl.¹⁴ Helmut Schmidt und sein niederländischer Weggefährte sahen die Zukunft der Sozialdemokratie in einer Unterwerfung ihrer Parteien gegenüber den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft. Unüberlegte Experimente und unverantwortliches Theoretisieren lagen ihnen im ökonomischen wie im außenpolitischen Bereich fern und linderten in ihren Augen die Einflussmöglichkeiten, die Gestaltung des Staates und der Gesellschaft tatkräftig und mehrheitsfähig voranzutreiben. Für Schmidt hatte Politik zuallererst mit Menschen, Situationen und Krisen zu tun. Da jede politische Herausforderung und jede Situation eine Einzigartigkeit darstellte, konnte auch deren Lösung nur einzigartig sein. Aufgrund dieser Sichtweise halfen in seinen Augen langfristig angelegte Manifeste nicht weiter, was einer klassischen Programmpartei wie der SPD, die sich in einer ständigen geistigen Fortentwicklung befand, diametral widersprach.¹⁵

Noch stärker als mit Teilen der eigenen Organisation fremdelte Schmidt mit der niederländischen Sozialdemokratie, zu dessen Parteivorstand er keinen Draht besaß. Als Verantwortungsethiker, der in Max Weber¹⁶ seinen „Kronzeugen“¹⁷ sah, fiel das Urteil des Kanzlers über die Sozialdemokraten des Nachbarlandes ernüchternd aus: „Das moralisch Richtige gewollt zu haben, war ihnen wichtiger, als etwa das Notwendige und Mögliche tatsächlich bewirkt zu haben. Ich glaube nicht, [...] Joop den Uyl, den ich sehr gut gekannt und unzählige Male getroffen habe [...], Unrecht zu tun, wenn ich sage, dass insbesondere unter seiner Führung die Partij van de Arbeid sich in höchstem

¹³ Zit. n. RUPPS, *Politikverständnis und geistige Grundlagen*, a.a.O., S. 151.

¹⁴ IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Nr. 598, Brief von Max van der Stoel an Joop den Uyl v. 10. April 1969.

¹⁵ Vgl. RUPPS, *Politikverständnis und geistige Grundlagen*, a.a.O., S. 153 u. 170f.

¹⁶ Vgl. zum Unterschied von Gesinnungs- und Verantwortungsethik nach Max Weber WEBER, M., *Politik als Beruf*, 7. Auflage, Berlin 1982, S. 51-67.

¹⁷ SOELL, *Helmut Schmidt 1918-1969*, a.a.O., S. 853.

Maße gesinnungsethisch orientierte.“¹⁸ Auf der anderen Seite war das Gesamtbild kaum freundlicher. Das Ziel Schmidts, sich im Stile eines modernen leitenden Angestellten – entscheidungsfreudig, nüchtern, pragmatisch und intelligent – neuen Schichten zu erschließen, war ein Trend, dem sich weite Kreise der niederländischen Parteifreunde nicht nur verschlossen zeigten, er erschien ihnen darüber hinaus auch völlig fremd. Die politische Wärme, die Willy Brandt als Kanzler ausgestrahlt hatte, war in der Perzeption vieler Niederländer in eine preußische Kälte umgeschlagen, nachdem der ‚kühle Macher‘ das Regierungsamt übernommen hatte. Von der nach links gerückten PvdA sollte allein die Ausstrahlung einer klassischen Reformpartei ausgehen, während die Schmidt nachgesagten Tugenden Verantwortungsbewusstsein, Pflichterfüllung und Disziplin als ‚typisch‘ deutsche Eigenschaften nicht zum politischen Repertoire gehörten. Dass die SPD in der Kanzlerschaft Schmidts deutliche Züge einer etablierten Regierungspartei erhielt, die die programmatischen Differenzen zur CDU verringerte, verstärkte diese Voreingenommenheit. Stand Brandt für den in den Niederlanden weit verbreiteten Nimbus eines ‚guten‘ Deutschen, der sich dank seines visionären Reformeifers in den Augen vieler PvdA-Mitglieder auch als guter Sozialdemokrat präsentiert hatte, so sah man in Schmidt nur den mächtigen Entscheidungsträger, der mit seinem politischen ‚Zeigefinger‘ nicht in das Bild eines modernen und auf soziale Erneuerung zusteuernenden Politikers passte. Sein pragmatischer Entwurf vom auch bei Teilen der SPD umstrittenen „Modell Deutschland“ wurde als deutsche Überheblichkeit aufgefasst, die alte Erinnerungen weckte und tiefes Misstrauen schuf.¹⁹ Es war kein Konzept, das man auf die Niederlande übertragen wissen wollte – im Gegensatz zu den Perspektiven, die Willy Brandt 1969 als neuer Regierungschef ausgegeben hatte.

Harry van den Bergh, von 1975 bis 1977 Leiter des internationalen Sekretariats der PvdA, analysierte 1978 nicht zu Unrecht, dass es vor allem antideutsche Gefühle seien, die eine objektive Analyse mit der Situation in der Bundesrepublik und den politischen Vorstellungen Schmidts unmöglich machten. Wurde das wirtschaftliche Krisenmanagement des Kanzlers in der Bundesrepublik rasch mit den Gütesiegeln Sicherheit und Stabilität belegt, herrschte in den Niederlanden und nachhaltig in den Reihen der Sozialdemokraten ein Deutschlandbild vor, das mit Vorstellungen von einer zu mächtigen Wirtschaft, einem übertriebenen Kapitalismus und einem enormen

¹⁸ SCHMIDT, *Die Deutschen und ihre Nachbarn*, a.a.O., S. 397.

¹⁹ Vgl. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 394.

Leistungsdruck ziemlich negativ geprägt war.²⁰ „Dass die SPD an diesem bösen und schlechten Deutschland einen maßgeblich Anteil hatte, schlimmer noch, dass die SPD in ihrer inneren Organisationsstruktur viele derjenigen Merkmale zu zeigen schien, denen man misstraute und die man als typisch deutsch empfand – zu viel Bürokratie, zu wenig Demokratie –, war für viele ein nur schwer nachvollziehbarer Zustand.“²¹ Unter den niederländischen Sozialdemokraten manifestierte sich ein Bild, das die SPD als eine ihrem Kanzler folgsame Regierungspartei ohne eigenen schlagkräftigen Reformwillen zeichnete. Die Bedenken einiger deutscher Sozialdemokraten, die SPD diene allein als Kanzlerwahlverein, schienen im Nachbarland nicht unbemerkt geblieben zu sein. Die Schwierigkeiten, die am Ende der sechziger Jahre im bilateralen Verhältnis zwischen deutschen und niederländischen Parteifreunden zutage getreten waren, beschleunigten sich durch den Kanzlerwechsel 1974.

Joop den Uyl verstand sich im Gegensatz zu Schmidt als Reformierender, der schon während seiner Amtsperiode ahnte, dass er in einer besonderen Zeit regierte, die nicht wiederkommen würde.²² Dies setzte den neuen Ministerpräsidenten unter Erfolgsdruck. Ihm schwante, dass seine Partei mit einem zu gewaltigen politischen Enthusiasmus an das Regierungswerk ging. Die von den linken Parteien vorgegebene Formel vom „roten Kabinett mit dem weißen Rand“²³ stand symbolisch für den großen Veränderungswillen, den PvdA und ihre kleineren Partner propagierten. Ihre gemeinsame ‚rote‘ Politik sollte den Kern der vier Amtsjahre bilden, während man die Vorstellungen der Konfessionellen als eine Randerscheinung, als „überflüssigen Ballast“²⁴ empfand. Der Ausspruch des Abgeordneten Stan Poppe, der mit Blick auf die Neuauflage der rot-römischen Zweckehe von „einem historischen Irrtum“²⁵ sprach, demonstrierte, wie weit die Distanz nicht nur im Lager der Neuen Linken zu den Christdemokraten reichte. Mit der Kabinettsmehrheit von zehn Ministern gegenüber sechs Vertretern aus dem Lager der konfessionellen Parteien galt es im Regierungsalltag, die festgeschriebenen Leitsätze des gemeinsamen Wahlprogramms mit dem gewählten Titel „Wendepunkt 1972“ („Keerpunt 1972“) in praktische Politik

²⁰ Vgl. BERGH, H. VAN DEN, *De PvdA en de SPD*, a.a.O., S. 365f.

²¹ Ebd., S. 366.

²² Zit. n. BREEDVELD, W., *Joop den Uyl. De tijd keert nooit weerom*, in: BECKER, F. u.a. (Hrsg.), *Van Troelstra tot Den Uyl. Het vijftiende jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1994, S. 143-196, S. 146.

²³ Zit. n. Heyting, *Tussen nationalisme en internationalisme*, a.a.O., S. 358.

²⁴ BOOTSMA/BREEDVELD, *De verbeelding aan de macht*, a.a.O., S. 15.

²⁵ Zit. n. KALMA, P./M. KROP, *Het program als fetisj. Twintig jaar oppositiecultuur in de Partij van de Arbeid*, in: *Socialisme en Democratie*, 43 (1986), S. 266-276, S. 269.

umzusetzen. Das Manifest der „Progressiven Drei“, die nach den Parlamentswahlen trotz eigener Stimmengewinne und hoher Verluste der Konfessionellen über keine eigene Mehrheit gegenüber KVP, CHU, ARP und der VVD verfügten, entsprach der politischen Stimmung breiter Bevölkerungsschichten in den siebziger Jahren.²⁶ Der gesellschaftliche Protest am Ende des vorangegangenen Jahrzehnts hatte zu einem verstärkten Selbstbewusstsein und größerer Unabhängigkeit des einzelnen Bürgers geführt und war in neuen sozialen Bewegungen gemündet, die sich in mehr oder weniger zusammenhängenden Gruppierungen verschiedenen sozialpolitischen Themen annahmen. Die PvdA zeigte sich offen für dieses gesellschaftliche Streben und knüpfte Verbindungen zu den sich herauskristallisierenden Frauen-, Umwelt-, Antikernenergie-, Dritte-Welt- und Friedensbewegungen.²⁷ Man verband mit der sozialen Erneuerung die Hoffnung, dass im Zuge der Dekonfessionalisierung ein goldenes Zeitalter vor der niederländischen Sozialdemokratie liegen würde.²⁸

In diesem Spannungsfeld – zwischen den unübersehbaren Gegensätzen innerhalb der Koalition und dem vom linken Parteiflügel weiterhin forcierten Um- und Ausbau der PvdA zu einer „aktionistischen Partei“, die nach innen und außen mehr Partizipationsmöglichkeiten für Mitglieder und Bürger bieten sollte –, war Joop den Uyl als Regierungschef und eigentlicher Parteiführer gefordert, die versprochenen Reformen in die Tat umzusetzen. Bezugnehmend auf das Motto des Leitprogramms von 1963, „Um Die Qualität der Existenz“, und orientierend an einer keynesianischen Wirtschaftspolitik wurden die Sozialausgaben und Mindestlöhne in den ersten zwei Regierungsjahren deutlich erhöht. Mit dieser Umverteilung des Volksvermögens bediente man anfänglich die klassische sozialdemokratische Klientel, ehe Finanzminister Duisenberg 1975 aufgrund der ungünstigen Entwicklung der niederländischen Wirtschaft gezwungen war, zu eingreifenden Sparmaßnahmen überzugehen.²⁹ Somit war es zwar zu einer Reihe von Verbesserungen für die Bedürfnisse des Arbeitnehmers gekommen, dessen Belange für Den Uyl im Vordergrund standen, der große Wurf bei den vollmundig angekündigten Reformen

²⁶ Die Wahlen im November 1972 führten zu erdrutschartigen Veränderungen der Parteienlandschaft in den Niederlanden, da die konfessionellen Parteien erheblich an Stimmen einbüßten. Im Jahre 1963 verfügten diese zusammen noch über die absolute Mehrheit (49,2 Prozent); 1972 kamen die drei konfessionellen Parteien zusammen nur noch auf 31,3 Prozent. Die drei progressiven Parteien erreichten 1972 36,4 Prozent (PvdA: 27,4; D'66: 4,2; PPR: 4,8). Vgl. LEPSZY, *Das politische System der Niederlande*, a.a.O., S. 366.

²⁷ Vgl. BECKER, *De jaren 1970-1994*, a.a.O., S. 241.

²⁸ Vgl. HEYTING, *Tussen nationalisme en internationalisme*, a.a.O., S. 352.

²⁹ Vgl. WOLTJER, *Recent verleden*, a.a.O., S. 598ff.

aber ausgeblieben. Dies bestätigte der Premier in späteren Jahren, als er 1984 in einem Interview bekannte, bereits nach seiner Amtsübernahme die Bedenken geäußert zu haben, dass das Kabinett eigentlich zu spät an die Macht gekommen sei: „Die Erneuerungswelle war bereits über ihren Höhepunkt hinweg.“³⁰ Vielmehr habe man gegen die ersten eintretenden Restaurationswellen ankämpfen müssen.³¹

Dieser Umstand verhinderte allerdings nicht, dass sich die PvdA in der Wählergunst 1977 („Kies de Ministerpresident, kies Den Uyl“, „Wähle den Ministerpräsidenten, wähle Den Uyl“³²) von 27,4 auf 33,8 Prozent steigerte, dem besten Ergebnis ihrer Geschichte. Die Reformbestrebungen und das für den Politikstil charakteristische Polarisieren stießen ganz offensichtlich auf fruchtbaren Boden, weil sie dem gesellschaftlichen Zeitgeist jener Jahre entsprachen. Die Polarisierungsstrategie – von der PvdA angedacht, um auf lange Sicht eine linke Mehrheit in den Niederlanden zu etablieren –, wurde von einem gewachsenen Teil der Bevölkerung goutiert, weil der Stil eine neue Deutlichkeit in das politische Tagesgeschäft brachte und eine Antwort auf die in Auflösung begriffenen Versäulungsstrukturen gab. Die jüngere PvdA-Garde lebte politisch vor, Gegensätze zu den dominierenden konfessionellen Parteien, insbesondere zu der katholischen KVP, herauszuschälen und als Abgesang auf Regentenmentalität und Konsensdenken ein klares Gegenangebot aufzuzeigen. Dies schien ohne den Zugriff auf politische Schärfe und eine gewisse Form der politischen Zuspitzung nicht möglich, wie sich auch im innerparteilichen Gefüge der PvdA zeigte.

Dass die niederländische Sozialdemokratie als stärkste Partei nach den Wahlen von 1977 nicht erneut die Regierungsmacht übernahm, zumal im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen von einem „zweiten Kabinett Den Uyl“ fast selbstverständlich ausgegangen wurde, war eine der negativen Folgen der Polarisierungsstrategie. Wie in den vergangenen vier Regierungsjahren des öfteren nachzuzeichnen, gingen die zugespitzten Forderungen in den Konsultationen über ein realistisches Maß hinaus und ließen einen echten Konsenswillen mit den Christdemokraten vermissen. Am Ende scheiterte die Partei wegen überhöhter Forderungen an sich selbst – CDA und VVD bildeten ein gemeinsames Bündnis ohne die Sozialdemokraten.³³ CDA stand für

³⁰ Zit. n. BREEDVELD, W., *Lubbers en De Vries hebben een slecht geweten*, in: *Trouw* v. 3. März 1984, in: BLOK, M. DE (Hrsg.), *Joop den Uyl. Een leven in interviews*, Amsterdam 1988, S. 162-166, S. 165.

³¹ Zit. n. BLEICH, A., *Een partij in de tijd. Veertig jaar Partij van de Arbeid 1946-1986*, Amsterdam 1986, S. 157.

³² Zit. n. KALMA, P./M. KROP, *De PvdA als „natuurlijke regeringspartij“*, in: *Socialisme en Democratie*, 5 (1983), S. 3-6, S. 4.

³³ In den Reihen der SPD herrschte aufgrund der langen Koalitionsverhandlungen in den Niederlanden Unsicherheit über Strategie und Ziele der Schwesterpartei. In einem Antwortbrief an Joop den Uyl

„Christen Democratisch Appèl“ und entsprang dem Zusammenschluss der drei größten konfessionellen Parteien KVP, ARP und CHU. Die Fusion war nicht nur eine Antwort auf das Ende der niederländischen Versäulung, sondern auch als Gegenpol zur Polarisierungsstrategie und zur Kooperation der progressiven Parteien angedacht, um die politische Schlagkraft der Christdemokraten nach den Verlusten der vergangenen Jahre in einem starken Verband aufzufangen und wieder zu erhöhen.

Joop den Uyl blieb der PvdA als politisches Aushängeschild treu – nun wieder im Amt des Fraktionsvorsitzenden – und sollte sie 1981 als Juniorpartnerin zurück an die Regierung seines Nachfolgers Dries van Agt (CDA) führen. Treu in einem anderen Sinn blieb sich auch die Partei. Fern der Regierungsbänke war sie noch stärker in der Lage, ihre hochgesteckten politischen Ziele offensiv und radikal zu vertreten. Einer Partei übrigens, der Willem Drees als ihr Gründungsmitglied und Alfred Mozer als langjähriges europäisches Aushängeschild 1971 respektive 1973 wegen der radikalen Veränderungen den Rücken kehrten. Gefragt, warum sich Mozer, der nach dem Austritt bis zu seinem Tod 1979 der norwegischen Sozialdemokratie angehörte, nicht für eine Mitgliedschaft in der SPD entschlossen habe, antwortete dieser im August 1973 in einem Interview: „Wenn ich SPD und PvdA vergleiche, dann haben sie miteinander gemein, dass es Strömungen der Neuen Linken gibt. Die Parteiführung der SPD ist sich ihrer Verantwortung jedoch bewusst, dass sie dagegen vorgehen muss; etwas, was die Parteiführung der PvdA nicht getan hat. In dieser Hinsicht hätte ich mich für die SPD entscheiden können. Umso mehr, weil ich mit Menschen wie Brandt, Wehner und anderen gut befreundet bin. Aber ich wollte meinen politischen ‚Freunden‘ nicht die Gelegenheit geben zu sagen: Er will wieder heim ins Reich.“³⁴ In seinen letzten Lebensjahren pflegte Mozer ein enges Verhältnis zu Helmut Schmidt. Regelmäßig berichtete der Pensionär dem deutschen Bundeskanzler bei Besuchen oder in längeren Abhandlungen über die politischen Verhältnisse in den Niederlanden und sparte nicht selten mit Kritik an seiner fortan ehemaligen Partei PvdA. Schmidt, der mit Mozer eine Verbundenheit in der politischen Gesamteinschätzung verspürte und ihn zuweilen um

bedankte sich der Vorsitzende Willy Brandt für den neuesten Informationsstand nach dem Regierungswechsel: „Deine Schilderung der Ereignisse in Deinem Land habe ich mit Interesse gelesen. Ich bin Dir für diese Hintergrundinformationen dankbar, denn es war für uns nicht immer ganz leicht, die Entwicklung bei Euch richtig einzuschätzen.“ Siehe IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Nr. 420, Brief Willy Brandts an Joop den Uyl vom 8. Februar 1978; vgl. auch THIJN, E. VAN, *Dagboek van een onderhandelaar 25 mei-11 november 1977*, Amsterdam 1978; vgl. auch LINDNER, J.J. VAN, *Het tweede kabinet-Den Uyl. Linkse idealen en mislukkingen 1966-1994*, Amsterdam 2003.

³⁴ ANDERSSON, L., *Alfred Mozer (nu Noors socialist): „Polarisatie binnen eigen kring zal zich ook aan de linker zijde voltrekken“*, in: *Accent* v. 11. August 1973.

Rat fragte, dankte dem deutsch-niederländischen Grenzgänger anlässlich dessen Todes am 12. August 1979 mit einem Nachruf in der *Neuen Gesellschaft*. Schmidt würdigte den Verstorbenen als „eine der markantesten Persönlichkeiten der europäischen Sozialdemokratie“ und sparte nicht aus, dass mit Blick auf frühere Zeiten „Meinungsverschiedenheiten und zeitweise sogar offener Streit mit dem Vorstand der SPD“ nicht ausgeblieben seien.³⁵

War die niederländische Sozialdemokratie 1977 zum wiederholten Mal stärkste politische Kraft in den Niederlanden geworden, so zeigte sich bei den deutschen Parteifreunden, dass ihre Organisation nicht zur strukturellen Mehrheitspartei der Bundesrepublik aufstieg. Bei den Bundestagswahlen 1976 fiel die SPD mit den errungenen 42,6 Prozent hinter das Ergebnis von 1972 (45,8 Prozent) zurück, und verlor den Nimbus als stärkste Partei wieder an die Unionsparteien, die mit ihrem Spitzenkandidaten Helmut Kohl auf 48,6 Prozent der Stimmen kamen und die absolute Mehrheit nur knapp verfehlten. Die deutsche Sozialdemokratie gewann während der Kanzlerschaft Schmidts kaum an Anziehungskraft und reichte nicht an die Beliebtheit ihres Vordermannes heran. Seinem pragmatischem Habitus stand eine scheinbar schwerfällige Organisation gegenüber, die sich in vermehrten Kämpfen zwischen dem rechten und linken Flügel nicht zuletzt über die Frage verzettelte, ob die SPD den von Godesberg gezeichneten Weg zu einer pluralistischen und reformistischen Partei weitergehen oder aber sich zu einer strategischen Partei der Neuen Linken mit dem Fernziel einer sozialistischen Gesellschaft entwickeln sollte.³⁶ Von niederländischen Verhältnissen war die SPD zwar insofern weit entfernt, weil der Jugendnachwuchs nicht auf bedeutendere Positionen des Parteivorstandes aufrückte und als innerparteilicher Antagonismus mehr oder weniger außen vor blieb. Nichtsdestotrotz machten sich die Jungsozialisten als linke Parteiopposition immer stärker bemerkbar, wenngleich ihr Politikstil einem marxistischen und sehr ideologischen Jargon glich, der von der Neuen Linken in der PvdA abwich. Den Niederländern ging es mehr um ihre eigene Macht und um einen größeren Einfluss ihrer Partei, den Jungsozialisten in der Bundesrepublik um eine völlig andere, sehr theoretisch beladene Politik. Nieuw Links betrieb daher trotz mancher Übertreibung und Naivität eine praktische, weil zielgerichtete Politik, während sich ihre deutschen Kollegen nicht selten in ideologischen Fragen verhedderten und

³⁵ SCHMIDT, H., *Zum Tode Alfred Mozers*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 10 (1979), S. 844-845, S. 844. Siehe auch bei WIELENGA, *Alfred Mozer und die deutsch-niederländischen Beziehungen*, a.a.O., S. 215 u. 227f.

³⁶ Vgl. JÄGER, *Die Innenpolitik der sozialliberalen Koalition*, a.a.O., S. 22.

kaum als ernste Alternative wahrgenommen wurden. Man kann auch sagen, dass Nieuw Links in ihrem Verhalten politisch spielerischer und phantasievoller agierte, die Neue Linke in der deutschen Sozialdemokratie ernster und verbissener.

Die Führungsspitze der SPD und vor allem der Kanzler bevorzugten dagegen einen Weg der politischen Mitte und unterschieden sich deutlich von der progressiven PvdA und vor allem von ihrem eigenen Parteinachwuchs. Die SPD verhinderte anders als die niederländische Schwesterpartei aber nicht, dass die Mitgliederzahlen stagnierten und zeitweise sogar zurückgingen. Auch die von außen angestoßene Unterstützung bei den Wahlkämpfen ließ im Vergleich mit der Situation aus den Jahren 1969 und 1972 spürbar nach. Die Tatsache, dass aus der SPD eine etablierte Regierungspartei geworden war, schuf zudem innerparteiliche Probleme. Bei vielen wuchs die Befürchtung, die SPD drohe sich zu einer reinen „Kanzlerpartei“ zu entwickeln und auch das Schlagwort vom „Modell Deutschland“ sorgte wegen seines Beigeschmacks der Überheblichkeit für Unbehagen.³⁷ Die SPD war in diesen Jahren von unübersehbaren Gegensätzen geprägt, die zu Zerreißproben führten, wie die innere Diskussion um den NATO-Doppelbeschluss zeigen wird. Dabei schälten sich die Zwänge der Entscheidung und des Machterhalts als Hauptproblem heraus.³⁸ Die Partei verlor im Gegensatz zur niederländischen Partnerorganisation den Anschluss zu gesellschaftlichen Erneuerungsbewegungen, deren Nähe Willy Brandt als Bundeskanzler gesucht hatte. Die PvdA war daher in den siebziger Jahren die schlagkräftigere der beiden Parteien, weil es ihr stärker als der SPD gelang, den Zeitgeist der Erneuerung und der Veränderung einzufangen. Die deutsche Schwesterorganisation fühlte sich nicht wohl in ihrer Haut als Regierungspartei, zumal einer Reihe von Parteimitgliedern das Auftreten und die politische Linie des neuen Regierungschefs nicht in ihr sozialdemokratisches Grundmuster passten.

Anders als die SPD profitierte die PvdA von einem engen Verhältnis zu ihrem Ministerpräsidenten, für den es sich auszahlte, dass er aus Gründen des Machtgewinns und -erhalts die Kooperation mit der von Nieuw Links dominierten Parteiführung suchte. Zusammen mit Außenminister Max van der Stoep sorgte Joop den Uyl dafür, dass die niederländische Regierungspolitik nach innen wie nach außen eine verlässliche blieb. Die bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden funktionierten daher im Unterschied zu denen der beiden sozialdemokratischen

³⁷ Vgl. POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte der SPD*, a.a.O., S. 253.

³⁸ Vgl. THRÄNHARDT, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, a.a.O., S. 230.

Schwesterparteien weitgehend reibungslos. Das Verhältnis zwischen SPD und PvdA war ab Mitte der siebziger Jahre auf einem neuen Tiefpunkt angelangt und erreichte ein Niveau, das nicht mehr weit von den schweren Auseinandersetzungen der fünfziger Jahre entfernt lag. Die Animositäten, die sich auf beiden Seiten anstauten, blieben unübersehbar: Die SPD beanstandete eine unberechenbare und deutschlandkritische Parteiführung in Amsterdam, die PvdA polemisierte gegen eine angepasste Regierungspartei und ihren angeblich leidenschaftslosen Bundeskanzler in Bonn. Es schien in der Sichtweise nicht übertrieben, wenn der Redakteur Kees Bastianen Ende Februar 1976 in der nunmehr sozialdemokratisch motivierten Tageszeitung *de Volkskrant* konstatierte, dass die niederländische Organisation ihre deutschen Parteifreunde als „rechts orientierte Brüder“ betrachten würde: „Zwischen PvdA und der deutschen Schwester klafft noch immer eine Lücke.“³⁹ Der Artikel erschien anlässlich des Besuches einer Reisedelegation der SPD in Amsterdam, die von Willy Brandt persönlich angeführt wurde, was den Ernst der Lage untermauerte. Der internationale Parteisekretär der deutschen Sozialdemokratie, Hans-Eberhard Dingels, hatte zuvor in einem Papier auf das „Auseinanderklaffen der Grundauffassungen“ hingewiesen, die auf beiden Seiten zu „gefühlsmäßigen Irritationen“ geführt hätten. Daher forderte er eine konkrete Verstärkung und eine substantielle Anreicherung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien.⁴⁰

Bei den guten Absichten blieb es zunächst. Die fundamentalen Unterschiede in inhaltlichen Fragen ließ trotz des guten Willens auf beiden Seiten der Führungsebene keine Annäherung zu. Harry van den Bergh, der niederländische Kollege von Dingels, schrieb im April 1976 im *NRC Handelsblad*, dass es für seine Partei von nicht geringer Bedeutung sei, mit der SPD ein gutes Verhältnis zu unterhalten: „Das machtpolitische Gewicht der deutschen Schwesterpartei kann auf allerhand Feldern nicht verneint werden, indes ist es für die sozialdemokratische Bewegung aus verschiedenen Gründen notwendig, auch eine ideologische Debatte miteinander zu führen.“⁴¹ Aber nicht nur

³⁹ BASTIANEN, K., *SPD kopschuw voor ideologische discussies. Tussen PvdA en Duitse zuster gaapt nog steeds een kloof*, in: *de Volkskrant* v. 27. Februar 1976.

⁴⁰ AdSD, *Willy-Brandt-Archiv*, Nr. 128 (SPD-Parteivorsitzender), Aufzeichnung von Hans-Eberhard Dingels zur bilateralen Zusammenarbeit zwischen SPD und PvdA anlässlich eines Spitzengesprächs am 27./28. Februar 1976 in Amsterdam.

⁴¹ BERGH, H. VAN DEN, *PvdA en SPD. Geen vrienden zonder kritiek*, in: *NRC Handelsblad* v. 17. April 1976. Einen Gegenstandspunkt nahm in der gleichen Ausgabe die Redakteurin An Salomonson ein, die die Haltung der PvdA gegenüber der SPD kritisierte: „Aber Bescheidenheit ist nicht eine der stärksten Eigenschaften in bestimmten Kreisen der PvdA (und links davon), wie die Mühelosigkeit und die Anmaßung beweisen, mit der man sich dort über echte oder vermeintliche Missstände (nicht nur in

wegen der grundsätzlichen Verschiedenheit zwischen einer verantwortungs- und einer gesinnungsethisch orientierten Partei gingen die Einstellungen meilenweit auseinander. Es war zudem das Unvermögen der deutschen Sozialdemokratie, ihrer Schwesterorganisation eine breite Angriffsfläche zu bieten, die vom verjüngten PvdA-Vorstand als Instrument der Abgrenzung und zur Herausstellung der eigenen Politik dankend benutzt wurde. „Polarisieren“, so definierte es einst der damalige PvdA-Vorsitzende André van der Louw, bedeute, „einen deutlichen Gegensatz in aller Schärfe zum Ausdruck zu bringen“. Als voraussetzend erschien ihm, dass „die Gegensätze unübersehbar sein müssen“.⁴²

Anlässe für gegensätzliche Meinungsverschiedenheiten im Kontrast zur SPD sah man in Amsterdam genug. Im Verhältnis zu den deutschen Sozialdemokraten zeigte sich, dass die niederländische Polarisierungsstrategie griff. Der PvdA-Nachwuchs verstand die Kritik an der Politik einer SPD-Regierung nicht nur als Hinweis auf eigene, für besser gehaltene politische Konzepte, sondern auch als innerparteilichen Hebel gegen die etablierten Parlamentarier in Den Haag, die sich mit den deutschen Parteifreunden traditionell gut verstanden. Die SPD diene in dieser Hinsicht als Mittel zum Zweck, als Werkzeug innerparteilichen Diskurses zwischen den zwei Parteilinien respektive den zwei politischen Gesichtern der PvdA. Umgekehrt waren es die deutschen Jungsozialisten, die in ihrer Auseinandersetzung mit dem eigenen Parteivorstand die PvdA als Organisation mit Vorbildcharakter ausgegeben haben – trotz aller Unterschiede mit Nieuw Links.

Ihren Widerstreit mit der deutschen Sozialdemokratie machte die PvdA in keiner Frage so dingfest wie im politischen Streit um den Extremistenbeschluss, der im öffentlichen Raum kritisch mit „Radikalenerlass“ oder „Berufsverboten“ übersetzt wurde. Die noch in der Regierungszeit Willy Brandts angestoßene Gesetzesinitiative (1972) untersagte Bewerbern für den öffentlichen Dienst und Beamten in der Bundesrepublik die Mitgliedschaft in einer extremistischen Organisation. Der Umstand, dass Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik, zumal links gesinnten, aufgrund ihrer politischen Überzeugung der Zugang zu staatlichen Behörden und Einrichtungen verwehrt bleiben sollte, rief in den Niederlanden große Empörung hervor. Die Entrüstung galt insbesondere für die neue Gesetzesvorgabe, nach der künftig Regelanfragen beim

Deutschland übrigens) ein Urteil bildet.“ Siehe SALOMONSON, A., *Conflict SPD-PvdA. Verschil in realiteitszin*, in: *NRC Handelsblad* v. 17. April 1976.

⁴² LOUW, A. VAN DER, *De roede hoed en andere verhalen*, Schoorl 1992, S. 157.

Verfassungsschutz automatisch möglich waren, berufliche Neueinsteiger in den öffentlichen Dienst folglich problemlos überprüft werden konnten.

Die anschließenden Auseinandersetzungen wurden bestimmend für die schwierigen Kontakte der beiden Schwesterparteien in den siebziger Jahren und prägten sie nachhaltig. Wer sich nicht deutlich und unverständlich von der SPD-Führung distanzieren konnte, forderten die niederländischen Sozialdemokraten Max van den Berg, Marnix Krop und Lolle Nauta 1978 in einem gemeinsamen Beitrag nicht ohne politische Schärfe, mache sich ebenfalls an der sich abzeichnenden Repression und Unterdrückung der Linken schuldig.⁴³ Die Warnung vor einem Mangel an Demokratie, den die Neue Linke schon am Ende der sechziger Jahre in ihrem Blick auf das gesellschaftlichen Leben des deutschen Nachbarn ausmachte, ließ sich anhand des Extremistenbeschlusses problemlos fortführen. Die Gruppierung genoss ihr Selbstbild als moralische Überinstanz, um mit dem erhobenen Zeigefinger auf Missstände und Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen. Waren bis zum Ende des Vietnamkriegs in der Mitte der siebziger Jahre vor allem die Vereinigten Staaten Zielscheibe besonderer Kritik gewesen, so rückte fortan die Bundesrepublik noch stärker als ein Land in den Vordergrund, das man aufgrund ehrlicher Sorgen zuweilen zu Recht, zumeist aber in völlig übertriebener Form traktierte.⁴⁴

Die Entrüstung über den Extremistenbeschluss, der von Bund und Ländern gemeinsam eingebracht worden war, ging in den Reihen der PvdA so weit, dass sie im Oktober 1976 die Gründung eines „Komitees gegen Berufsverbote“ vollzog.⁴⁵ Es sollte der dauerhaften Beobachtung der Situation in der Bundesrepublik dienen, den Kenntnisstand erweitern und nicht zuletzt die Opfer unterstützen. Die neue Parteivorsitzende Ien van den Heuvel (1974-1979), Nachfolgerin von André van der Louw, machte das Thema Berufsverbote zu einem politischen Hauptanliegen und suchte mehrmals persönlich oder in Briefen den Kontakt zu ihrem deutschen Kollegen Brandt. Auf SPD-Seite erhärtete sich der Eindruck, dass die PvdA auch nach dem Wechsel im Parteivorsitz eine unberechenbare Größe ohne politischen Tiefgang, aber mit

⁴³ BERG /KROP/NAUTA, *De verkettering van links*, a.a.O., S. 295.

⁴⁴ Darauf hat der niederländische Deutschlandexperte Maarten Brands in einem Gespräch mit dem Verfasser am 19. Mai 2003 in Berlin hingewiesen.

⁴⁵ Wenige Tage vor der Bundestagswahl im Oktober 1976 hatten rund 250 niederländische Parteimitglieder beschlossen, in der *Frankfurter Rundschau* eine Anzeige zu schalten. In dem Aufruf sollte es mit Blick auf den Extremistenbeschluss heißen: „Hallo Nachbarn! Schüttelt euren Maulkorb ab! Wenn ihr bereit seid, euch persönlich einzusetzen, ist es noch nicht zu spät! [...]“ Aufgrund juristischer Unsicherheiten, die nach einer Veröffentlichung drohten, sah man von dem geplanten Vorhaben allerdings ab. Zit. n. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 393; siehe vollständiges Zitat bei BEUNDERS/ SELIER, *De PvdA, de horzel van de SPD*, a.a.O., S. 85.

missionarischen Bestrebungen bleiben würde. Eine Aufzeichnung der deutschen Botschaft in Den Haag, die im Januar 1976 an den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt übergeben wurde, belegte die offenkundigen Zweifel an der Führungskraft der ersten PvdA-Vertreterin: „Im Urteil einiger maßgeblicher Parteigenossen fehlen ihr fundierte Kenntnisse. Sie sei, so sagt man, allzu oberflächlich, bisweilen opportunistisch, verstehe von Außenpolitik überhaupt nichts, sei aber menschlich zuverlässig, herzlich und ließe aus einer bisweilen falschen Solidarität niemanden im Stich.“⁴⁶ Dass sich in der Partei offenbar weite Kreise fragen würden, ob die Wahl Van den Heuvels zur Parteivorsitzenden glücklich gewesen sei, wie es in dem Bericht weiter hieß, festigte in Bonn die Bedenken am Unsicherheitsfaktor PvdA. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass die Bedeutung eines oder einer Parteivorsitzenden in den Niederlanden nicht mit der in der Bundesrepublik vergleichbar ist. Es gab keine Anzeichen, dass das gemeinsame Verhältnis mit den niederländischen Sozialdemokraten mittelfristig in ruhiges Fahrwasser vordringen würde.

Die gegenseitigen Beziehungen standen zwischen 1976 und 1979 fast ausschließlich unter dem Eindruck des niederländischen Protests gegen den Radikalenerlass. Im Januar 1977 führte dies zu einem ersten Treffen der beiden Parteivorsitzenden, bei dem Brandt zugab, sich bezüglich des Extremistenbeschlusses „geirrt“ zu haben. Dass später kolportiert wurde, der SPD-Chef sei weniger „gereizt“ gewesen als bei früheren Diskussionen zum gleichen Thema, bewies, dass man sich in Bonn durchaus kompromissorientiert zeigte.⁴⁷ Beide Seiten vereinbarten, dass die PvdA der deutschen Schwesterpartei ihr gesammeltes Material zur Verfügung stellen werde und die SPD hierzu Position beziehe. Bevor es dazu kam, stand jedoch bereits der nächste Ärger ins Haus. Im Februar 1977 veranstaltete das PvdA-Komitee gegen Berufsverbote eine Veranstaltung mit dem Thema „Fünf Jahre Berufsverbot“, auf der auch Van den Heuvel als Rednerin auftrat. Was die SPD allerdings viel stärker störte, war die Tatsache, dass mit dem Nürnberger Peter Weiss auch ein deutscher ‚Betroffener‘ eingeladen wurde, an dem sich in doppelter Hinsicht ein Exempel statuieren ließ. Die SPD hatte Weiss im November 1976 aus der Partei ausgeschlossen, weil er sich an einem auch von Kommunisten unterzeichneten Aufruf gegen das Wettrüsten beteiligt hatte. Zudem

⁴⁶ AdSD, *Willy-Brandt-Archiv*, Nr. 15 (SPD-Parteivorsitzender), Beschreibung der Persönlichkeit der PvdA-Vorsitzenden Ien van den Heuvel durch die deutsche Botschaft in Den Haag v. 5. Januar 1976 (überreicht durch das Außenministerium an Brandt am 15. Januar 1976).

⁴⁷ Zit. n. o.A., *PvdA-Führerin sprach mit Brandt über Berufsverbote*, in: *Berliner Extra-Dienst* v. 21. Januar 1977. Die ‚Quelle‘ des linksgerichteten *Berliner Extra-Dienst* ist insofern mit einer gewissen Vorsicht zu benutzen, weil er durch die DDR-Staatsicherheit in verschiedener Form unterwandert worden war. Vgl. KNABE, H., *Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien*, Berlin 2003, S. 325f.

wurde ihm durch die mittelfränkische Bezirksregierung in Bayern die Übernahme in den dortigen Schuldienst wegen seiner Mitarbeit im Sozialistischen Hochschulbund (SHB) verwehrt. Die PvdA sah die Meinungsfreiheit empfindlich gestört und verstand es als Solidaritätsmaßnahme, dem (ehemaligen) Sozialdemokraten ein Podium zu geben. In der Bonner Parteibaracke sah man daher von dem ursprünglichen Plan ab, einen offiziellen SPD-Vertreter zur Veranstaltung nach Utrecht zu entsenden. „In seiner heutigen Sitzung beschloss das Präsidium, dass die SPD sich nicht an einer Veranstaltung beteiligen wird, an der ein ausgeschlossenes Mitglied der SPD als Redner teilnimmt“, schrieb Hans-Eberhard Dingels am 15. Februar 1977 an Ien van den Heuvel.⁴⁸ Die PvdA reagierte auf diese Entscheidung mit Unverständnis. „Wir lassen uns nicht verbieten, dass Peter Weiss hier spricht“, sagte die PvdA-Vorsitzende auf dem Utrechter Treffen. Der stellvertretende Groninger Bürgermeister und spätere PvdA-Vorsitzende Max van den Berg klagte darüber, dass die SPD auf die PvdA-Dokumentation mit Berufsverbotsfällen „äußerst unzureichend“ geantwortet habe. Er habe den Eindruck, dass die SPD die niederländischen Aktivitäten eher als Einmischungssucht missdeute, anstatt das Angebot zum reellen Dialog anzunehmen.⁴⁹ In die gleiche Richtung zielte Ien van den Heuvel ab, als sie sich Anfang März 1977 schriftlich an Willy Brandt richtete: „Ich betone noch einmal, dass es keine Besserwisserei oder Einmischungssucht ist, die unsere Erregung begründen. [...] Du weißt doch selber, dass es intolerant ist, was da in manchen Winkeln der Bürokratie getrieben wird, und Du hast doch selber und öffentlich dazu Stellung genommen. Und wir, direkt benachbarte Schwesterparteien, sind einander doch viel zu nah, dass wir unsere scharfe Stellungnahme unterlassen könnten!“⁵⁰ Die PvdA fasste es als absolute Selbstverständlichkeit auf, dass sie in Anbetracht eines solchen Demokratiedefizits wie dem des Extremistenbeschlusses in der Bundesrepublik intervenieren musste. Selbstkritik an den formulierten Beanstandungen zu der aktuellen Debatte des Nachbarlandes lag ihr fern, zumal sie die deutsche Schwesterpartei als eine direkte Ansprechpartnerin betrachtete, von der sie sich schnelle Veränderungen erwartete. Da

⁴⁸ AdSD, *Willy-Brandt-Archiv*, Nr. 15 (Kontakte zu sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien), Brief von Hans-Eberhard Dingels an Ien van den Heuvel v. 15. Februar 1977. Siehe hierzu auch AdSD, *Willy-Brandt-Archiv*, Nr. 15 (Kontakte zu sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien), Vorlage von Hans-Eberhard Dingels für die Präsidiumssitzung am 15. Februar 1977 hinsichtlich der Kundgebung des PvdA-Komitees gegen Berufsverbote.

⁴⁹ Zit. n. o.A., *Berufsverbote. SPD-Vorstand wick niederländischen Genossen aus*, in: *Berliner Extra-Dienst* v. 22. Februar 1977; vgl. auch o.A., *SPD blijft weg van bijeenkomst. PvdA bespreekt Berufsverbote*, in: *de Volkskrant* v. 19. Februar 1977.

⁵⁰ AdSD, *Willy-Brandt-Archiv*, Nr. 15 (Kontakte zu sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien), Brief von Ien van den Heuvel an Willy Brandt v. 7. März 1977.

auch in der deutschen Sozialdemokratie die Bedenken wuchsen, spürte man auf niederländischer Seite, bei der SPD einen wunden Punkt getroffen zu haben. „Mit Blick auf die Neigung zur Liberalität in Holland war es das selbstverständlichste der Welt, dass die sagten: ‚Das hätten wir Willy Brandt gar nicht zugetraut, dass der Berufsverbote ausspricht.‘ Und er hat sich geärgert“, so Egon Bahr, zwischen 1976 und 1981 Bundesgeschäftsführer der SPD, in der Rückschau.⁵¹

Der Extremistenbeschluss kratzte am politischen Selbstverständnis Willy Brandts, der den Gegenwind nicht nur aus den Reihen der PvdA, sondern auch aus anderen sozialdemokratischen Parteien spürte. Anfang Juni 1977 stellte das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* in einem Artikel fest, dass die SPD in der Sozialistischen Internationale immer mehr an den rechten Rand und damit in die Isolierung gerate. Offen warf das Hamburger Medium die Frage auf, ob Brandt seine erst im November 1976 aufgenommene Arbeit als SI-Vorsitzender fortsetzen könne oder dem aufstrebenden französischen Sozialisten Francois Mitterrand Platz machen müsse. Den ‚Hauptverantwortlichen‘ für das schlechte Image der ansonsten vorbildhaften deutschen Sozialdemokratie sah der *Spiegel* in der Person des Bundeskanzlers gefunden: „Gleichviel, ob es um Wirtschaftspolitik geht, um Probleme des Nord-Süd-Konflikts oder um antikommunistische Sentenzen – der ökonomisch versierte und durch Erfolge legitimierte Schmidt ist stets zur Stelle, um die Genossen zu verprellen.“⁵² Zutreffender hätte diese Analyse auch für die Sichtweise nicht sein können, mit der die PvdA den deutschen Regierungschef musterte, weil er nicht ihrem Typus eines modernen Sozialdemokraten entsprach. Schmidt galt als konservativ, technokratisch, bürgerlich und keineswegs als links, reformorientiert, phantasievoll. Willy Brandt musste mit ansehen, dass das Verhältnis zu den niederländischen Sozialdemokraten nicht zur Ruhe kam, obwohl seine Partei bezüglich des Extremistenbeschlusses längst zurückgerudert war und mit ihrem Veränderungswillen im Bundesrat an der Unionsmehrheit scheiterte.⁵³

Im Juni 1977 waren schließlich der Höhepunkt der Debatte zwischen beiden Parteien und zugleich der absolute Tiefpunkt ihrer Beziehungen erreicht. Der Auslöser bildete der Parteiausschluss gegen den JUSO-Vorsitzenden Klaus Uwe Benneter, den die Führungsspitze am 2. Juni 1977 wegen seiner optimistischen Äußerungen zu einer möglichen Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in einem

⁵¹ Gespräch mit dem Verfasser am 4. August 2003 in Berlin.

⁵² O.A., *Neuer Stern*, in: *Der Spiegel* v. 6. Juni 1977.

⁵³ Vgl. hierzu KOSCHNICK, H. u.a. (Hrsg.), *Der Abschied vom Extremistenbeschluss*, Bonn 1979.

Konkret-Interview aus der SPD warf.⁵⁴ Wie im Fall Peter Weiss sah sich die PvdA erneut gezwungen, einem ‚betroffenen‘ und erheblich prominenteren deutschen Sozialdemokraten ihre Solidarität zu bekunden. Wenige Tage nach seiner Suspendierung aus der Partei lud der Vorstand der niederländischen Jungsozialisten, die Föderation der Jugendgruppen (FJG), Benneter für den 17. Juni zu einem Gespräch nach Amsterdam ein.⁵⁵ Die SPD-Spitze in Bonn war alarmiert. Eine derartige Solidaritätsbekundung hielt man für inakzeptabel und entsandte eine Woche vor dem geplanten Besuch des geschassten JUSO-Vorsitzenden Hans-Jürgen Wischnewski, Staatsminister im Bundeskanzleramt, und Hans-Eberhard Dingels persönlich in die niederländische Hauptstadt. Ihr Ziel war es, das Unverständnis des Parteivorstandes deutlich zu machen und den Empfang für „Benny Bürgerschreck“ zu verhindern. Ien van den Heuvel zeigte sich von diesem Auftritt allerdings wenig beeindruckt. Man müsse davon ausgehen, schrieb Dingels nach der Rückkehr am 13. Juni in einer Vorlage für das Parteipräsidium, dass die niederländischen Jungsozialisten Benneter empfangen werden. Van den Heuvel hatte in dem Gespräch mit den beiden deutschen Parteikollegen deutlich gemacht, dass die Organisation der Jungsozialisten kein Teil der PvdA darstelle und die Partei daher nicht in der Lage sei, eine Weisung ergehen zu lassen.⁵⁶ Die Intervention aus Bonn blieb erfolglos – und Wischnewski habe in jedem Fall einen „Gewinnpunkt“ erzielt, wie es die Wochenzeitung *Vrij Nederland* ironisch feststellte: „Benneter kommt“.⁵⁷ Aus heutiger Sicht sieht der mitgereiste Hans-Eberhard Dingels den damaligen Kurzbesuch nicht weniger missglückt: „Der Ben Wisch und ich – wir haben uns blamiert. Wir hätten uns das sparen können, getreu dem Motto: Außer Spesen nichts gewesen.“⁵⁸

Das unvermeidliche Zusammentreffen zwischen „Polit-Märtyrer“⁵⁹ Benneter (*Rheinischer Merkur*) und dem Vorstand der niederländischen Jungsozialisten wurde für die SPD aber nicht nur im Vorfeld, sondern auch im Anschluss an den Besuch zum Ärgernis. Obwohl Van den Heuvel das Treffen als Angelegenheit der

⁵⁴ Vgl. hierzu o.A., *SPD. Mit Ausschluss oder Ämterentzug zur Parteiräson*, in: *Der Spiegel* v. 1. August 1977. Ein weiterer Kritikpunkt an Benneter war seine Bereitschaft, mit dem von der kommunistischen DKP getragenen „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ zu kooperieren.

⁵⁵ Vgl. FJG-VORSTAND, *SPD begint op columbus te lijken. JUSOS-voorzitter Benneter bezocht FJG*, in: *Roos in de vuist* v. 20. Juni 1977.

⁵⁶ AdSD, *Helmut-Schmidt-Archiv*, Nr. 1/HSAA009444, Vermerk von Hans-Eberhard Dingels zum Gespräch mit dem Parteivorstand der PvdA in Amsterdam (10./11. Juni 1977) v. 13. Juni 1977.

⁵⁷ WEEZEL, M. VAN, *Ben Wisch. Een winstpunt in elk geval geboekt. Benneter komt. SPDer Wischnewski gaat met bijna lege handen terug naar West-Duitsland*, in: *Vrij Nederland* v. 18. Juni 1977.

⁵⁸ Gespräch mit dem Verfasser am 20. August 2003 in Bonn.

⁵⁹ BRUHN, K., *Benneter. Stunde der Euro-Jusos. Sie wollen eine „Strafexpedition“ gegen die SPD*, in: *Rheinischer Merkur* v. 24. Juni 1977.

Jugendorganisation abgetan hatte, nahm sie neben FJG-Chef Felix Rottenberg sowie sieben weiteren Vorstandsmitgliedern und drei Parlamentariern an der Unterredung teil. Die Veranstaltung erhielt somit jenen parteioffiziellen Charakter, den Wischnewski und Dingels zuvor gern vermieden hätten. Den Gedankenaustausch mit Benneter bezeichnete Van den Heuvel darüber hinaus als „positiv“ und ließ es sich nicht nehmen, der SPD in einem Brief vom 22. Juni ein weiteres Mal kritisch entgegenzutreten: „Wir fragen uns, ob die Art, in der Ihr mit technisch-verwaltungsmäßigen Maßnahmen darauf reagiert, zu einer Lösung der anstehenden Probleme führen kann.“⁶⁰ Der Fall Benneter war für die SPD inzwischen zum völligen Fehlschlag geworden, zumal deutsche und niederländische Medien mit ihren Berichten viel Staub aufwirbelten. Der WDR-Politsendung *Monitor* war Benneters Reise ebenso einen Beitrag wert wie dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*, der über das „Verständnis in Amsterdam“ berichtete.⁶¹ Anlässlich des öffentlichen Debakels und als Vorbeugemaßnahme gegen weitere Solidarierungen mit angeschlossenen Sozialisten schlug Brandt intern vor, künftig nicht mehr so „emotionsgeladene Buben“ mit Parteiordnungs- und Ausschlussverfahren zu belegen, sondern nur nachweislich von der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und der SED ferngesteuerte Junggenossen, wie ihn *Der Spiegel* zitierte. Bundeskanzler Schmidt habe dem schließlich mit dem Einwand zugestimmt, dass man die jungen Leute schon früher härter hätte anpacken müssen.⁶² Die angesprochene Hauptfigur Klaus Uwe Benneter blickt heute mit positiven Erinnerungen auf den Amsterdam-Besuch zurück, bei dem er als Deutscher geradezu hofiert worden sei: „Ich war damals dankbar dafür, dass sich eine Schwesterpartei mit mir solidarisch erklärt hatte, und es sich auch leisten konnte, sich mit mir solidarisch zu erklären.“ Er habe aber gemerkt, dass die PvdA ihn mit benutzt habe, um ihren Streit mit der SPD auszufechten.⁶³ Mit Blick auf die Qualität der Parteibeziehungen dieser Jahre ließ sich der gesamte Fall Benneter als typisches Fallbeispiel heranziehen. Er stand stellvertretend für die Wahrnehmung, mit der die niederländischen ihren deutschen Parteifreunden gegenübertraten: „Der Konflikt zwischen Benneter und der

⁶⁰ Zit. n. o.A., *SPD macht Hollands Sozialisten sorgen. Die Vorsitzende Ien van den Heuvel beklagt in einem Brief „gewisse Entwicklungen“*, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 8. Juli 1977.

⁶¹ O.A., *Benneter. Verständnis in Amsterdam*, in: *Der Spiegel* v. 20. Juni 1977; vgl. weitere Zeitungsartikel von BRUHN, K., *Sozialisten. Benneter. Ärger aus Holland*, in: *Rheinischer Merkur* v. 17. Juni 1977; SALOMONSON, A., *PvdA bezorgd over negatieve ontwikkelingen Duitse SPD*, in: *NRC Handelsblad* v. 20. Juni 1977; SALOMONSON, A., *SPD niet gebaat bij brief PvdA*, in: *NRC Handelsblad* v. 24. Juni 1977; o.A., *Beziehungen zur SPD weiter belastet*, in: *Berliner Extra-Dienst* v. 24. Juni 1977.

⁶² Zit. n. o.A., *Benneter. Verständnis in Amsterdam*, in: *Der Spiegel* v. 20. Juni 1977.

⁶³ Gespräch mit dem Verfasser am 8. August 2003 in Berlin.

SPD wird in PvdA-Vorstandskreisen als ein Symptom für den fortschreitenden Rechtsruck und die Verbürgerlichung des deutschen Sozialismus unter Bundeskanzler Schmidt gesehen“, schrieb die Redakteurin des *NRC Handelsblad*, An Salomonson, folgerichtig.⁶⁴

Auch in der zweiten Jahreshälfte 1977 nutzte die PvdA verschiedene Gelegenheiten, um der SPD ihr Unverständnis über angebliche Fehlentwicklungen beizubringen. Das Thema der „Berufsverbote“ beschäftigte beide Parteien (mit der PvdA als Antriebskraft) weiter so erheblich, dass die Debatte auch die unteren Organisationsebenen erreichte. Im September diskutierten im hessischen Bad Vilbel der dortige SPD-Ortsverein mit einer sozialdemokratischen Abordnung aus dem niederländischen Huizen: „Eure Berufsverbote bedrohen auch Holland.“⁶⁵ In einem weitaus größeren Rahmen meldete sich erneut die Parteivorsitzende Van den Heuvel zu Wort, als sie im November an einer „Konferenz gegen die Berufsverbote“ in Oldenburg teilnahm und dort als Rednerin auftrat.⁶⁶ Nach dem Symposium äußerte sie sich in einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau* in der bekannten Argumentation: „Ich hoffe, unsere Genossen in Bonn haben eingesehen, dass Fehler gemacht worden sind, und ich hoffe, dass sie die Sache jetzt mit mehr Ernst behandeln werden.“ Man wolle wachsam bleiben.⁶⁷

Bei ihrer gründlichen Beobachtung der politischen Landschaft in der Bundesrepublik wurde die niederländische Partei auf weitere Stolpersteine aufmerksam, über die sie nicht bereit war, wortlos hinwegzugehen. Der eine Brandherd in der Angelegenheit um den Radikalenerlass schien noch nicht ganz gelöscht, da war der nächste schon aufgetaucht. Der Terrorismus und der Umgang deutscher Politik mit dessen Auswüchsen war ein Thema, das in den Niederlanden und der PvdA heiß diskutiert wurde. Im Grundtenor kritisierte man die deutsche Politik für übertrieben gehaltene Schutzmaßnahmen des Staates, die ernsthafte Sorgen hervorriefen, in der Bundesrepublik könne ein Polizeistaat entstehen. Der Umgang mit verhafteten Terroristen, hervorzuheben sei an dieser Stelle das Vorgehen bei der Isolationshaft, führte zu Protesten in linken niederländischen Kreisen. Der „deutsche Herbst“ im Oktober 1977 und der Umgang der Bundesregierung mit dem Terrorismus setzten daher bei der PvdA einen Prozess in Gang, in dem sie offensiv ihre Stimme erhob. In einem

⁶⁴ SALOMONSON, A., *PvdA bezorgd over negatieve ontwikkelingen Duitse SPD*, in: *NRC Handelsblad* v. 20. Juni 1977.

⁶⁵ POWELEIT, K., „Eure Berufsverbote bedrohen auch Holland.“ *Erste öffentliche Diskussion von Sozialdemokraten aus Bad Vilbel und Huizen*, in: *Die Tat* v. 23. September 1977.

⁶⁶ Vgl. hierzu IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Rede der PvdA-Vorsitzenden Ien van den Heuvel auf der „Konferenz gegen Berufsverbote“ am 12. November 1977 in Oldenburg.

⁶⁷ SPOO, E., „Wir müssen zur Stelle sein“, in: *Frankfurter Rundschau* v. 14. November 1977.

Brief an den SPD-Vorstand aus dem Oktober 1977 übte man Kritik an der Behandlung der „RAF-Gefangenen“ und verlangte von der deutschen Schwesterpartei Widerstand gegen die „skandalösen Vorschläge der CDU/CSU“, die „die Normen des Rechtsstaates außer Kraft“ setzen würden. Noch deutlicher wurde eine Arbeitsgruppe der ansonsten gemäßigten Wiardi-Beckman-Stiftung, dem wissenschaftlichen Parteibüro, das die Terrorakte vor lauter antideutschen Ressentiments erschreckend verharmloste: „Wir wollen nicht dem Weg von Westdeutschland folgen, wo die Behörden gegenüber den gerechtfertigten Protesten einer Generation, die das grobe Unrecht des Kapitalismus angeprangert hat, nur immer mehr Gewalt entgegengesetzt haben. Wenn wir im Augenblick noch mit den Deutschen solidarisch sind, dann nicht mit den Herren des Bundeskriminalamtes [...]“⁶⁸ Auch wenn die Stiftungsleitung darauf aufmerksam machte, dass die Verfasser des Papiers nicht autorisiert gewesen seien, im Namen des wissenschaftlichen Büros zu handeln, warf der Vorgang ein schlechtes Bild auf die Parteiführung, weil sie das Dokument nicht aus der öffentlichen Debatte zurückzog. Derartige Aussagen sprachen keineswegs für Kompetenz und politischen Sachverstand und ließen Teile der Partei in einem Licht erscheinen, das die PvdA einerseits mit einem ausgeprägten Hang zur Naivität und andererseits mit der Neigung zur bewussten Übertreibung zeigte. Es klaffte eine unübersehbare Lücke zwischen dem für eine Mehrheit charakteristischen Willen, sich – auch aus berechtigten und nachvollziehbaren Sorgen – in innere und äußere Angelegenheiten anderer Länder und Parteien einzumischen (wie vor allem beim Radikalenerlass geschehen), und dem streckenweise fehlendem Kenntnisstand, der dadurch nicht selten an den Realitäten vorbeiging. Diese „bemoeizucht“⁶⁹, Einmischungssucht, machte sich auf deutscher Seite negativ bemerkbar und führte zu Spannungen und Fehldeutungen, die von PvdA und SPD öffentlich gern mit Kommunikationsproblemen begründet wurden, um dem Eingeständnis zu entgehen, dass man oft grundsätzlich anderer Meinung war. Die intensive Behandlung deutscher Themen und die kritische Begleitung der Schwesterpartei setzten in den Reihen der niederländischen Sozialdemokratie jedoch allmählich den Vorsatz durch, sich stärker mit den Hintergründen der SPD-Politik und der politischen Kultur in der Bundesrepublik zu beschäftigen. Der Parteivorstand sei sich bewusst geworden, so die Vorsitzende Ien van den Heuvel in der Rückschau, dass

⁶⁸ Zit. n. o.A., *Sozialdemokratie. Hohn aus Holland. Ein „solidarischer“ Brief an den SPD-Parteivorstand*, in: *Rheinischer Merkur* v. 21. Oktober 1977.

⁶⁹ ZAHN, E., *Das unbekanntes Holland. Regenten, Rebellen und Reformatoren*, München 1993, S. 270.

sich die kleine PvdA überhaupt keinen Dienst damit erwies, das Verhältnis mit der SPD zu stören.⁷⁰

Im Dezember 1977 widmete die Parteizeitung *Roos in de vuist* (*Rose in der Faust*) der benachbarten Sozialdemokratie ein ganzes Themenheft mit dem Titel „Die Besorgnis um die SPD“.⁷¹ In einem der verschiedenen Artikel machte Maarten van Traa, zwischen 1979 und 1987 internationaler Parteisekretär der PvdA, darauf aufmerksam, dass man – bezogen auf die Bundesrepublik – in der SPD die einzige Möglichkeit für Veränderungen sehe.⁷² Er versuchte, der deutschen Sozialdemokratie versöhnlicher und zugleich objektiver entgegen zu treten, und war in dieser Hinsicht später erfolgreicher als seine beiden unmittelbaren, nur kurz amtierenden Vorgänger Harry van den Bergh (1975-1977) und Wim Bogaard (1977-1979). Van Traa sollte in seinem Amt ab 1979 an die Tradition von Alfred Mozer, Max van der Stoel und Piet Dankert anknüpfen, die als Leiter der Abteilung internationale Beziehungen stets auf einen engen Bezug zur SPD gesetzt hatten, während sich bei Van den Bergh und Bogaard als Vertreter der Neuen Linken eine spezielle Voreingenommenheit nicht leugnen ließ.

Aufgrund dieser in der PvdA weit verbreiteten Einseitigkeit in der Perzeption auf die Politik der SPD und die Bundesrepublik im allgemeinen entschloss sich die Wiardi-Beckman-Stiftung 1978 zur Herausgabe eines Buches, das sich in verschiedenen historisch-politischen Zusammenhängen mit dem deutschen Nachbarn auseinandersetzte. Der Titel des Aufsatzbandes, an dem sich auch Alfred Mozer und der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Friedrich Schäfer, beteiligten, erinnerte an die Form des politischen Aktionismus, den die PvdA seit Mitte der sechziger Jahre betrieb: „Ruhestörung“ („Burengerucht“).⁷³ Der Themenband beinhaltete tatsächlich kritische Aufsätze zur Debatte um den Extremistenbeschluss und zum schwierigen Parteienverhältnis, verfügte aber auch über eine Reihe von Abhandlungen, die sich der SPD und der Bundesrepublik objektiv annäherten.⁷⁴ Aus diesem Grund war das Buch auch entstanden: „Es sollte das Wissen über Deutschland

⁷⁰ Brief von Ien van den Heuvel an den Verfasser v. 4. November 2003.

⁷¹ *De bezorgdheid om de SPD*. Titelthema von *Roos in de vuist* v. 15. Dezember 1977.

⁷² TRAA, M. VAN, *Moeilijke positie linkervleugel SPD, toch: SPD enige mogelijkheid voor veranderingen*, in: *Roos in de vuist* v. 15. Dezember 1977; vgl. auch TRAA, M. VAN, *Het gevaar van een om zich heen flitsend conformisme. Overgevoeligheid van de SPD*, in: *Roos in de vuist* v. 28. November 1977.

⁷³ KROP, M. (Hrsg.), *Burengerucht. Opstellen over Duitsland*, Deventer 1978.

⁷⁴ Vgl. BERG, M. VAN DEN/M. KROP/L. NAUTA, *De verkettering van links. Over de Berufsverbote in de Bondsrepubliek*, S. 280-296; BERGH, H. VAN DEN, *De PvdA en de SPD. De ergernis, de twijfels en de betrokkenheid*, S. 364-372; MOZER, A., *De SPD. Erfgenaam van Lassalle, Marx en Bernstein*, S. 297-335; ROON, G. VAN, *Keine Experimente. De politieke ontwikkeling van West-Duitsland*, S. 60-77.

erweitern und Vorurteile abbauen“, wie der damalige Herausgeber Marnix Krop, Mitarbeiter der Wiardi-Beckman-Stiftung, im Nachhinein bestätigt.⁷⁵

Die Veröffentlichung von „Burengrucht“ war mit einer Deutschlandkonferenz verbunden, die am 11. November 1978 in Amsterdam eine Palette von Themen des Nachbarlandes aufgriff. Der Titel des Symposiums, „Deutschland – wieder ein Problem?“, weckte zunächst negative Vergangenheitserinnerungen; tatsächlich aber waren die PvdA und die organisierende Wiardi-Beckman-Stiftung an einer ausgewogenen Behandlung des Themenspektrums und an einer Verbesserung der Beziehungen zur SPD interessiert. Dies verdeutlichte die Vorsitzende Van den Heuvel in ihrer Einführung: „Wir stellen unsere Vorurteile zur Diskussion, indem wir unser karikaturistisches Bild, das wir von unseren Nachbarn, insbesondere von unserem deutschen Nachbarn, haben, durch die Wirklichkeit ersetzen – nichts wollen wir lieber.“⁷⁶ Die Grundlage für eine objektive Auseinandersetzung war passend gelegt, da mit Teilnehmern wie dem niederländischen Deutschlandexperten Maarten Brands, dem persönlichen Referenten Willy Brandts, Klaus-Henning Rosen, dem Vorsitzenden des PvdA-Komitees gegen die Berufsverbote, Willem van de Zandschulp, sowie dem Bremer SPD-Bundestagsabgeordneten Ernst Waltemathe Vertreter aus verschiedenen Lagern anwesend waren. Als eine Art deutsch-niederländischer Grenzgänger war es insbesondere Waltemathe (1935-1997), der sich bei dieser Gelegenheit für eine Klimaveränderung in den deutsch-niederländischen Beziehungen und denen der beiden Schwesterparteien einsetzte. Aufgrund der nationalsozialistischen Verfolgung seiner jüdischen Mutter war er zwischen 1938 und 1948 in ihrer Heimatstadt Amsterdam aufgewachsen und wegen seiner Biographie geradezu prädestiniert, sich als gewählter Volksvertreter in der SPD für die Kontakte mit den Niederlanden einzusetzen.⁷⁷ Er könne einige Sorgen über das heutige Deutschland mit seinen eigenen Erfahrungen wohl begreifen, sagte Waltemathe in seinem Vortrag und war bemüht, Verständnis für die Kritik der PvdA aufzubringen und die Wogen zu glätten.⁷⁸

⁷⁵ Gespräch mit dem Verfasser am 4. September 2003 in Den Haag.

⁷⁶ Ansprache von Ien van den Heuvel, in: WIARDI-BECKMAN-STIFTUNG, *Duitsland weer een probleem? Verslag van de Duitslandkonferentie op 11 november 1978*, Amsterdam 1978, S. 7-8, S. 7.

⁷⁷ Vgl. hierzu GROBECKER, H. (Hrsg.), *Politorismen. Erinnerungen an Ernst Waltemathe*, Bassum 1997. In der Trauerrede anlässlich des Begräbnisses von Ernst Waltemathe am 13. Juni 1997 sagte der langjährige Bremer Bürgermeister Hans Koschnick, dass dieser durch eine niederländisch-pazifistische Grundposition geprägt gewesen sei. Siehe ebd., S. 3.

⁷⁸ Vortrag von Ernst Waltemathe auf der Deutschlandkonferenz am 11. November 1978 in Amsterdam („Die innere Situation in der Bundesrepublik“). Entnommen dem Zeitschriftenarchiv ZASS III des AdSD.

Nur wenige Wochen nach der Amsterdamer Konferenz kam es auch zu einer Zusammenkunft zwischen Vertretern von SPD und PvdA. Auf niederländischer Seite hatte man die Ausrichtung eines gemeinsamen Symposiums bereits seit 1977 vor Augen und die Initiative ergriffen, nachdem aus Bonn positive Signale zu hören waren. „Wenn es gute Themen behandelt und gut vorbereitet wird, finde ich das eine prima Idee“, unterstützte SPD-Vorstandsmitglied Karsten Voigt im Gespräch mit dem niederländischen Parteiblatt *Roos in de Vuist* ein gemeinsames Symposium. Da er im Verhältnis zur PvdA vor allem organisatorische Probleme sah, erschien ein Erfahrungsaustausch eine günstige Gelegenheit, vorhandene Unstimmigkeiten abzubauen.⁷⁹ Beim Treffen am 21. und 22. November 1978 in Bad Münstereifel galt es, der mit Joop den Uyl, Max van der Stoel und Ien van den Heuvel hochgradig besetzten PvdA-Delegation Informationen aus erster Hand zu vermitteln. Beide Seiten nutzten die Möglichkeit, ihre Standpunkte darzulegen und die verschiedenen Argumente auszutauschen. Joop den Uyl kam noch einmal auf das Dauerthema Extremistenbeschluss zurück und erklärte, dass die Überprüfung der Gesinnung zu Gesinnungsschnüffelei führe: „Ich verhehle nicht, dass ich den Begriff der Verfassungstreue widerlich finde.“⁸⁰ Der zweite Parteivorsitzende Hans Koschnick widersprach als Gesprächsleiter an anderer Stelle der Behauptung, die SPD habe die Protestbewegung nicht genügend integriert: Die deutsche Neue Linke sei nicht deckungsgleich mit der Neuen Linken in den Niederlanden oder anderen Ländern Westeuropas – und was die Integration der protestierenden akademischen Jugend der sechziger Jahre anbelange, sei ja ein Teil der Schwierigkeiten in der SPD eben durch diese Integration eingetreten.⁸¹ Nach einem insgesamt reinigenden Gewitter berichtete er dem SPD-Präsidium im Nachhinein, dass das Treffen „zur vollsten Zufriedenheit der Teilnehmer“ verlaufen sei.⁸² Auch wenn die Zusammenkunft in der Präsidiumssitzung eingehend analysiert wurde, war schon bemerkenswert, dass von der deutschen Parteispitze bis auf Brandts Stellvertreter Koschnick niemand in Bad Münstereifel teilnahm. Dies sprach nicht unbedingt dafür, dass die SPD die Probleme beider Parteien auf höchster Ebene einer Lösung zuführen wollte. Auf niederländischer Seite hinterließ dies allerdings keinen negativen Eindruck. Das Treffen wurde ebenfalls positiv

⁷⁹ O.A., *Gesprek met SPD-bestuurslid Karsten Voigt*. „*Ons probleem met jullie is organisatorisch*“, in: *Roos in de vuist* v. 24. April 1978.

⁸⁰ AdSD, *Helmut Schmidt-Archiv*, Nr. 6317, Aufzeichnung zum Treffen zwischen SPD und PvdA am 21./22. November 1978 in Bad Münstereifel.

⁸¹ Ebd.

⁸² AdSD, *Helmut Schmidt-Archiv*, Nr. 1/HSAA009451, Protokoll der SPD-Präsidiumssitzung am 5. Dezember 1978.

beurteilt, wie man in einem resümierenden Vermerk notierte: „Obwohl die Standpunkte beider Parteien in einer übrigens sehr freundschaftlichen Atmosphäre mehrmals attackiert wurden, führte dies zu keinem einzigen Zwischenfall.“⁸³ Der wissenschaftliche Mitarbeiter Marnix Krop ergänzte in einem Artikel für das eigene Parteiblatt, dass sich bei der PvdA-Delegation der Eindruck verfestigte, mit der SPD wieder etwas „Gemeinschaftliches“ gefunden zu haben. „Kritische Solidarität“ war das neue Schlagwort, mit dem die beiden Parteien ihren gegenseitigen Beziehungen gleichsam einen Arbeitstitel versahen, der auch für die kommenden Jahre charakteristisch sein sollte.⁸⁴

Eine Parallele zu den politischen Unwägbarkeiten der zwei Schwesterorganisationen in den fünfziger Jahren ließ sich trotz der völlig anderen Umstände und anderer beteiligter Akteure nicht ignorieren. Die PvdA störte sich über einen längeren Prozess am politischen Verhalten der SPD, machte sich innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik für Veränderungen stark und versöhnte sich mit der deutschen Sozialdemokratie, als das gegenseitige Verhältnis auf einem Tiefpunkt angelangt war. Aus der jeweiligen ‚Versöhnung‘ folgte nicht automatisch ein einhelliges Meinungsbild, wohl aber eine Akzeptanz für die verschiedenen Positionen des Partners und seinen politischen Zwängen. Diese von einer gegenseitigen kritischen Solidarität getragenen Parteikontakte befanden sich in den siebziger Jahren in einem ständigen Auf und Ab, abhängig von den verschiedenen Themen und den handelnden Akteuren, wie in den folgenden Kapiteln auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik zu zeigen sein wird.

Außerordentlich positiv hatten sich seit dem Empfang für Klaus Uwe Benneter im Juni 1977 die Beziehungen zwischen deutschen und niederländischen Jungsozialisten entwickelt. In den sechziger und siebziger Jahren bestanden zunächst keine engeren Kontakte zu Nieuw Links, wie Karsten Voigt als ehemaliger JUSO-Vorsitzender zwischen 1969 und 1972 bestätigt: „Die niederländische Neue Linke war in ihrer Grundanlage von einem sehr starken moralischen und ethischen Rigorismus geprägt,

⁸³ IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Nr. 420, Bericht zum Kolloquium von SPD und PvdA am 21./22. November 1978 in Bad Münstereifel.

⁸⁴ KROP, M., *Het colloquium met de SPD. Kritische solidariteit*, in: *Roos in de vuist* v. 4. Dezember 1978; vgl. zum Treffen auch o.A., *Hollands PvdA und SPD planen weitere Konsultationen*, in: *Parlamentarisch-Politischer Pressedienst* v. 23. November 1978. Im Zusammenhang mit dem Treffen erschienen weitere Presseartikel, die sich mit der SPD und ihrem Verhältnis zur PvdA beschäftigten. Vgl. o.A., *Zeigefinger aus Holland*, in: *Bayernkurier* v. 25. November 1978; KNOL, A., *Portret van de SPD. „Een socialistische partij, dat horen we niet meer zo graag“*, in: *Haagse Post* 1979 (Extraausgabe mit dem Thema *De PvdA-strategen*).

sehr stark anti-institutionell und libertär. Von uns unterschied sie, dass wir sehr stark von bestimmten neomarxistischen Grundlagen fasziniert waren. Das heißt, es gab bei uns die Fortwirkung bestimmter Traditionen in der Studentenbewegung und eine Wiederaufnahme von Traditionen der Weimarer Arbeiterbewegung und der theoretischen Diskussion von Gruppen am Rande der SPD und außerhalb.“⁸⁵ Die niederländischen Jungpolitiker verfolgten eine viel weniger theoretisch versierte Politik, die vor allem darauf angelegt war, das Partiestablishment in den Hintergrund zu drängen, was ihr nach 1969 streckenweise sehr gut gelang. Nach dem Schlüsselereignis des Benneter-Empfangs ergab sich eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den organisierten Jungsozialisten beider Parteien, die politische Themen zu einer gemeinsamen Schnittmenge zusammenfügten. Herausragendes Exempel ist der Extremistenbeschluss, gegen den der niederländische Jugendnachwuchs 1975 noch vor ihrer Mutterpartei ein „Initiativkomitee“ ins Leben gerufen hatte und gegen den auch die deutschen Nachwuchspolitiker gleichermaßen heftig stritten.⁸⁶

Mit der Solidaritätsbekundung für Benneter begannen neben den politischen Übereinstimmungen auch persönliche Kontakte zu wachsen. Benneters Nachfolger im Amt des JUSO-Vorsitzenden, Gerhard Schröder (1978-1980), reiste 1979 mehrmals in die Niederlande, um mit den dortigen Parteifreunden zusammenzutreffen. „Wir sahen uns in den Niederlanden eher vertreten, als das bei der eigenen Parteiführung der Fall war. Wir sahen dort sehr viel mehr Verständnis für unsere Anliegen als bei uns“, erinnert sich Schröder-Freund Benneter in der Rückschau. Ein Grund für Schröders Reisen in die Niederlande sei auch gewesen, auf diplomatischem Weg den Dank abzustatten, dass man sich mit ihm, Benneter, solidarisch erklärt habe.⁸⁷ Schröder suchte die Kooperation in politischen Fragen und schätzte den Einfluss der niederländischen Partei alles andere als gering ein. „Ohne die Aktivitäten der PvdA wäre in der SPD ein Durchbruch bei den Berufsverboten nicht möglich gewesen“, lobte er in einem Interview mit der niederländischen Parteizeitung *Roos in de Vuist* im Oktober 1979 den politischen Einsatz: „Die Einmischung ist gewünscht.“⁸⁸ Hinzukam das gängige und bekannte niederländische Bild der Toleranz und der Liberalität, das deutsche Jungsozialisten wie Gerhard Schröder anzog. Als ihm Marnix Krop, mit dem

⁸⁵ Gespräch mit dem Verfasser am 27. August 2003 in Berlin.

⁸⁶ Vgl. hierzu die Broschüre PVDA-INITIATIVKOMITEE TEGEN DE BERUSVERBOTE/POLITIEK JONGEREN KONTAKT (Hrsg.), *Berufsverbote. Politieke diskriminatie in West-Duitsland*, Amsterdam 1976.

⁸⁷ Gespräch mit dem Verfasser am 8. August 2003 in Berlin.

⁸⁸ KROP, M. *JUSO's voorzitter Gerhard Schröder: Helmut Schmidt heeft 1000 maal meer basis bij de arbeiders dan JUSO's*, in: *Roos in de vuist* v. 22. Oktober 1979.

er gut bekannt war, bei einem seiner Besuche in den Niederlanden das Den Haager Parlament aus nächster Nähe vorstellte und beide ohne Kontrollen bis in den Plenarsaal vordrangen, habe Schröder große Augen gemacht, so Krop in der Erinnerung. „Eine solche Freizügigkeit war er aus der Bundesrepublik, wo die Frage der Sicherheit infolge des Terrorismus eine wichtige Rolle spielte, nicht gewohnt.“⁸⁹

Abgesehen von den Beziehungen der jüngeren Generation beider Parteien fanden SPD und PvdA in den siebziger Jahren nur schwerlich zueinander. Die deutsche Sozialdemokratie distanzierte sich vom ‚zweiten Gesicht‘ der PvdA, dem linken und verjüngten Parteivorstand, der die bilateralen Beziehungen zur SPD in dieser Phase dominierte. Der Generationenkonflikt, den Nieuw Links im innerparteilichen Gefüge vorantrieb, übertrug sie auch auf das Verhältnis mit der SPD. Mehr noch: Die niederländische Schwesterpartei hegte nach der breiten persönlichen und politischen Zustimmung für Willy Brandt starke Aversionen gegen dessen Nachfolger Helmut Schmidt. Seine Politik ließ sich nicht in ihrem Gesamtbild moderner sozialdemokratischer Zukunftspolitik kategorisieren und wurde als konservativ, kühl und kalkuliert verurteilt. Das mit Schmidts Namen verbundene „Modell Deutschland“ war trotz des Hinweises auf Vorzüge wie die des sozialen Sicherungsnetzes schon wegen des Namens kein Angebot, das in den Reihen der PvdA freudestrahlend entgegengenommen wurde. Im Gegenteil: Das Misstrauen gegenüber dem deutschen Nachbarn und der von der Schwesterpartei betriebenen Politik wuchs und wurde durch politisch fragwürdige Entscheidungen wie dem Radikalenerlass immens beschleunigt. In diesem Prozess vermischten sich bei vielen niederländischen Sozialdemokraten tatsächliche Sorgen und eine offensiv vorgetragene Entrüstung mit antideutschen Ressentiments, die wegen des stellenweise vorhandenen Demokratiedefizits in der Bundesrepublik an die Oberfläche gespült wurden. Der PvdA-Vorstand wusste in seinem Engagement gegen deutsche ‚Fehlentwicklungen‘ eine Mehrheit der Partei hinter sich, was die Unterstützung einer zur Radikalität neigenden Basis für Projekte wie dem „Komitee gegen Berufsverbote“ zeigte. Die regierende PvdA in Den Haag war zwischen 1973 und 1977 gelegentlich gezwungen, die zuweilen expressiven Entscheidungen der Amsterdamer Führung und der Parteikonvente auszubügeln und in realistisch-diplomatische Politik umzuformulieren. Auch wenn die beiden Regierungschefs Schmidt und Den Uyl nicht die besten Freunde waren, organisierten sie das deutsch-niederländische Verhältnis auf bilateraler Ebene fast reibungslos.

⁸⁹ Gespräch mit dem Verfasser am 4. September 2003 in Den Haag.

Die SPD-Führung verstand es dagegen nicht, das Unverständnis der niederländischen Schwesterpartei aufzunehmen und zu filtern. Stattdessen sah man in der Kritik ausschließlich eine Einmischung in innerparteiliche und innerdeutsche Angelegenheiten, die als gesinnungsethischer Bekennermut abgetan wurde. War man in Bonn von Vertretern der traditionellen PvdA, dem ‚ersten Gesicht‘ der Partei, stets Solidarität gewohnt, so erwartete die SPD diese vom Vorstand der niederländischen Organisation vergebens. Nieuw Links übertrug ihre Polarisierungsstrategie auch auf das Verhältnis zur SPD und traf damit nicht zuletzt ihre eigenen etablierten Politiker, die – wie Max van der Stoel, Joop den Uyl oder Piet Dankert – über gute Kontakte mit den deutschen Parteifreunden verfügten. Der kritische Umgang mit der SPD nutzte dem PvdA-Vorstand nicht nur als innerparteilicher Hebel gegen die parlamentarische PvdA in Den Haag, sondern diente auch den linken Nachwuchspolitikern in der SPD als Ansporn, die in ihrem Streit gegen das eigene Parteiestablishment auf den niederländischen ‚Modellcharakter‘ verweisen konnten, um zu demonstrieren, wie man sich trotz einiger Differenzen moderne und linke Politik vorstellte. Die gesamten Beziehungen der zwei Parteien verbesserten sich erst, als man am Ende der siebziger Jahre feststellte, wie schlecht sie geworden waren. Beide Parteien versuchten fortan, Abstriche in ihren Vorstellungen zu machen und die andere Seite vor ihrem jeweiligen politischen Hintergrund zu akzeptieren. Das Schlagwort von der gegenseitigen ‚kritischen Solidarität‘ war eine Kompromissformel, mit der die Parteifreunde beider Länder in den folgenden Jahren verständnisvoll arbeiteten.

6.2 Politische Hochspannung: Der Weg zum NATO-Doppelbeschluss (1975-1979)

6.2.1 Zwischen Kontinuität und Wandel: Sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik in der Mitte der siebziger Jahre

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte besetzte die niederländische Sozialdemokratie das Amt des Außenministers, als sie im Mai 1973 die Regierung in Den Haag übernahm. Mit Max van der Stoel trat ein Politiker den Posten an, der über eine langjährige Erfahrung verfügte, von der eigenen Partei aber wegen seiner Haltung als überzeugter Anhänger der atlantischen Partnerschaft zum rechten Flügelmann abgestempelt wurde. Gegen den Willen des Vorsitzenden André van der Louw und der progressiven Parteiführung, für die mit dieser personellen Besetzung keine ‚Wendepunkt‘ in den internationalen Beziehungen vorstellbar war, setzte Joop den Uyl den wichtigsten

Außenpolitiker der PvdA als Kandidaten durch. Neben der Berufung Van der Stoels übernahmen mit Henk Vredeling (Verteidigungsminister – im Januar 1977 folgte Bram Stemerding) und Jan Pronk (Entwicklungshilfeminister) ebenfalls Sozialdemokraten die mit internationalen Fragen ausgestatteten Fachressorts.

Der Regierungswechsel brachte in der Außenpolitik jedoch nicht aufgrund der drei neuen Amtsträger und ihrer Parteizugehörigkeit, sondern wegen des Wahlprogramms einen Widerspruch mit dem außenpolitischen Nachkriegskonsens hervor, an dem in den Niederlanden nicht nur Christdemokraten und Liberale, sondern auch Sozialdemokraten bisher einen maßgeblichen Anteil besaßen.⁹⁰ Die Mitgliedschaft im atlantischen Bündnis, für die Niederlande und die PvdA gleichermaßen das Fundament ihrer Außenpolitik nach 1945, wurde im Programm „Wendepunkt 1972“ erstmals von der Partei massiv in Frage gestellt, indem man das Verbleiben an Bedingungen knüpfte: „Prüfstein für die niederländische Bereitschaft, die Zugehörigkeit in der NATO aufrechtzuerhalten, ist die anhaltende Forderung an das Bündnis, Sicherheit und Entspannung in Europa zu verfolgen. Sollte eine Situation entstehen, in der das nicht mehr der Fall ist, werden die Niederlande sich damit auseinandersetzen, ob Frieden und Sicherheit nicht besser durch einem Austritt verfolgt und in Zusammenarbeit mit geistesverwandten Ländern nach anderen Alternativen gesucht werden kann.“⁹¹ In dieser kritischen Haltung schwang die in der Partei präsente Missstimmung gegenüber den Vereinigten Staaten mit, die sich nicht zuletzt aus dem Vietnamkrieg rekrutiert hatte. Um nun den eigenen Ansprüchen von der Umsetzung einer „Friedenspolitik“⁹² (André van der Louw) gerecht zu werden, wurden einige Zielsetzungen formuliert, von denen das Plädoyer für atomwaffenfreie Niederlande in einem atomwaffenfreien Europa sowie die Forderung nach einer umfassenden Entspannungspolitik, mittels derer sich die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten auf ein kollektives Sicherheitssystem einigen sollten, als die wichtigsten zu kennzeichnen sind. Der ausgeprägte Wille nach Abrüstung und die kritische Auseinandersetzung mit den Menschenrechten in Osteuropa, zu der nicht zuletzt die KSZE-Konferenz 1975 und diverse bilaterale Kontakte dienten, waren zwei Seiten einer Medaille auf dem Weg zu einem sicherheits- und rüstungspolitisch entspannten Europa, wie es sich die niederländische Parteiführung

⁹⁰ Vgl. CASTELIJN/KROP, *Max van der Stoel, Nieuw Links en de buitenlandse politiek van de Partij van de Arbeid*, a.a.O., S. 270f.; vgl. auch MELKERT, A., *Van der Stoel in de herkansing*, in: *Socialisme en Democratie*, 10 (1981), S. 494-503, S. 494f. Einen größeren Überblick zur Außenpolitik des Kabinetts Den Uyl bietet eine niederländische Magisterarbeit von MELKERT, A., *Het Nederlands buitenlandse beleid onder het kabinet-Den Uyl. Continuïteit of keerpunt?*, Magisterarbeit Univ. Amsterdam 1983.

⁹¹ Zit. nach MELKERT, *Van der Stoel in de herkansing*, a.a.O., S. 495.

⁹² Zit. n. CASTELIJN/ KROP, *Rechtlijnig en tegendraads*, a.a.O., S. 282.

vorstellte. Ein neues außenpolitisches Betätigungsfeld entdeckte die Partei in Fragen der Dritten Welt und der Nord-Süd-Problematik, die insbesondere vom neuen Entwicklungshilfeminister Jan Pronk, einem Vertreter der Neuen Linken, engagiert vertreten wurden. Pronk war auf diesem Gebiet inhaltlicher Vorreiter und in dem Zusammenhang auch Willy Brandt aufgefallen, der sich in seiner Funktion als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale intensiv mit Nord-Süd-Fragen beschäftigte. Brandt bezeichnete Pronk als Politiker mit „beachtlichem Ruf“ und holte ihn 1980 und 1991 gleich zweimal in seine Kommission für Nord-Süd-Fragen.⁹³ Mit Blick auf das linke Klima in der PvdA war es daher nicht verwunderlich, dass man die NATO als Überbleibsel des Kalten Krieges betrachtete, während entwicklungspolitische Themen und der Gegensatz armer und reicher Länder als moderne Zukunftsfragen in den Vordergrund rückten.⁹⁴

Für Max van der Stoel, der sich aus eigenem Antrieb und mit Blick auf die Programmatik seiner Partei für Menschenrechtsfragen einsetzte, bestanden zu keinem Zeitpunkt Zweifel, dass er und Joop den Uyl am atlantischen Bündnis festhalten würden. Insofern kann auch von keinem Bruch des außenpolitischen Nachkriegskonsenses die Rede sein, weil das Wahlprogramm auf dem Weg nach Den Haag von den sozialdemokratischen Regierungspolitikern ‚gesiebt‘ wurde. Der Ministerpräsident bremste in seiner Regierungserklärung die hochgesteckten Erwartungen vieler Parteifreunde auf einen NATO-Austritt oder auf kernwaffenfreie Niederlande, als er vorsichtig dafür plädierte, die Rolle der Kernwaffen in den Niederlanden zunächst in einer Studie untersuchen zu lassen. Mit seinen am atlantischen Bündnis orientierten Aussagen deutete Den Uyl an, dass die Außenpolitik keinen großen Veränderungen unterzogen und stattdessen in der Kontinuität bisheriger Regierungen weitergeführt werden würde.⁹⁵ Sein Außenminister verfolgte aus persönlicher Überzeugung und unter dem verspürten Einfluss der linken Parteispitze eine kritische, aber loyale Partnerschaft mit der NATO als Mittelweg zwischen einer bedingungslosen, treuen Mitgliedschaft, die die konfessionellen Regierungsparteien einforderten, und einer ablehnenden Mitgliedschaft, die Nieuw Links in der PvdA vor Augen hatte.⁹⁶ „In einer Welt, die in vielerlei Hinsicht unübersichtlich und voller

⁹³ Zit. n. BRANDSMA, M./P. KLEIN, *Jan Pronk. Rebel met een missie*, Utrecht 1996, S. 151.

⁹⁴ Vgl. WIELENGA, *Konsens im Polder?*, a.a.O., S. 90.

⁹⁵ Vgl. HELLEMA, *Buitenlandse politiek van Nederland*, a.a.O., S. 257f.

⁹⁶ Vgl. KUITENBROUWER, M., *Een realistische idealist. Max van der Stoel (1973-1977, 1981-1982)*, in: HELLEMA, D. u.a. (Hrsg.), *De Nederlandse ministers van Buitenlandse Zaken in de twintigste eeuw*.

Risiken ist, müssen unsere Ziele Frieden und Sicherheit obenan stehen. [...] Darum sind wir sehr mit anderen verbunden, die um unseren Rat bitten und auf unsere Beteiligung angewiesen sind, hier denke ich vor allem an unsere Partner im atlantischen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft“, sagte Van der Stoel im November 1975 vor Vertretern des Vereinigten niederländischen Unternehmerverbandes (VNO) und nahm Anhängern eines möglichen niederländischen NATO-Austritts den Wind aus den Segeln.⁹⁷

Die PvdA-Fraktion in der Zweiten Kammer bekannte sich im Dezember 1976 in einer Note über „Frieden und Sicherheit in Europa“ ebenfalls zum Nordatlantikpakt. Nach einem niederländischen NATO-Austritt, analysierten der Sicherheitsexperte Piet Dankert und der Fraktionsmitarbeiter Lo Castelijm, werde das System der Abschreckung nicht aus Europa verschwinden. „Die Funktion des Abschreckungssystems wird sich auch weiterhin auf die Niederlande ausstrecken. Konkret: Rotterdam und Schiphol bleiben in den Computern der russischen Mittelstreckenraketen gespeichert, auch wenn wir kein NATO-Mitglied mehr sind. Deshalb fordern wir eine Beibehaltung der NATO-Mitgliedschaft [...].“⁹⁸ Diese Sichtweise des früheren internationalen Parteisekretärs Dankert und die der großen Mehrheit seiner Fraktion waren deckungsgleich mit der des Außenministers, nicht aber mit den Vorstellungen der linken Parteiführung. Die verschiedenen Ansätze in der Sicherheitspolitik förderten die Dissonanzen zwischen beiden Parteipolen in Den Haag und Amsterdam einmal mehr offen zutage. Die Neue Linke sprach selbst von einem „System des organisierten Misstrauens“⁹⁹ und lieferte eine passende Umschreibung für das konfliktreiche Beziehungsgeflecht innerer Strukturen der PvdA. Der offiziellen niederländischen Haltung gegenüber der NATO mangelte es nach Ansicht der Parteispitze an dem Willen zur Umsetzung des Wahlprogramms, da weder die angestrebte „no-first-use“-Erklärung, die NATO und Warschauer Pakt abgeben sollten, noch die Forderung nach einer kernwaffenfreien Zone vom Außenminister mit Nachdruck vorangetrieben wurden. Dieser knüpfte stattdessen am roten Faden der niederländischen Außenpolitik an, die für Van der Stoel hinsichtlich des Sicherheitsbedürfnisses seines Landes ohne eine feste Verankerung in

Vijfde jaarboek voor de geschiedenis van de Nederlandse buitenlandse politiek in de twintigste eeuw, Den Haag 1999, S. 243-255, S. 248.

⁹⁷ STOEL, M. VAN DER, *Nederland en de internationale samenleving*, in: *Socialisme en Democratie*, 1 (1976), S. 3-18, S. 4.

⁹⁸ DANKERT, P./L. CASTELIJM, *Vrede en Veiligheid in Europa*, in: *Socialisme en Democratie*, 1 (1977), S. 13-29, S. 18.

⁹⁹ Zit. n. BERG, J.T.J. VAN DEN, *Het dreigende isolement van de Partij van de Arbeid*, in: *Socialisme en Democratie*, 7/8 (1982), S. 311-323, S. 319.

der atlantischen Partnerschaft nicht diskutabel war. „Die Niederlande atomwaffenfrei zu machen [...], würde nur zu einer erhöhten Aufstellung von Atomwaffen irgendwo anders in Europa führen. Nicht zu einer größeren Sicherheit in den Niederlanden“, erklärte er nach seiner ersten Amtszeit 1978, um vielsagend hinzuzufügen: „Es wurden laufend Wünsche ausgesprochen, deren Realitätsgehalt nicht sehr groß waren.“¹⁰⁰

Dass Theorie und Praxis häufig sehr weit auseinander lagen, hatte nicht zuletzt mit dem Umstand zu tun, dass es der PvdA an effizienten Expertengruppen und fachkundigen Kommissionen mangelte, die in der Lage gewesen wären, politische Problemstellungen zu kanalisieren und tragfähige Lösungen herbeizuführen. Stattdessen schien in der sich herausgebildeten aktionistischen Partei ein jedes Mitglied sein eigener Experte mit höchst individuellen Ansichten zu sein.¹⁰¹ Das Moralisieren, Emotionalisieren und Theoretisieren einzelner oder ganzer Gruppen auf dem starken linken Flügel ließ vor allem Parteitage zu unsicheren und von den handelnden Ministern gefürchteten Terminen werden. Vor ihnen lag die Bürde, die Politik gewissenhaft und im Interesse des Landes zu gestalten, gleichzeitig aber die gefassten Parteitagebeschlüsse einzuhalten. Ein politischer Spagat, der nicht immer umsetzbar war, und mit Blick auf manche unrealistische und überzogene Forderung auch nicht unbedingt sinnvoll erschien. Als 1975 über den Kauf neuer F-16-Kampfflugzeuge debattiert wurde, die das Starfighter-Modell ersetzen sollten, und der PvdA-Kongress das Vorhaben ablehnte, erklärte der in die politische Mitte gerückte Verteidigungsminister Vredeling lapidar: „Parteitage kaufen keine Flugzeuge!“¹⁰² Seine Aussage war die eines Regierungshandelnden, der sich eng an der Formel orientierte, dem Land und erst danach der Partei zu dienen – eine Einstellung, die für Van der Stoel in der Außenpolitik gleichermaßen galt.

Genauso wenig, wie es einem Parteitag vorbehalten war, Flugzeuge zu kaufen, war ein solcher Konvent imstande, Staaten – wie im Fall der DDR im März 1969 impliziert – völkerrechtlich anzuerkennen: Ein diplomatischer Akt, der 1973 ausschließlich von der niederländischen Regierung vollzogen werden konnte. Das Thema DDR beschäftigte die PvdA und – als fast logische Konsequenz – auch die SPD 1975 allerdings ein

¹⁰⁰ Zit. n. TRAA, M. VAN, *Max van der Stoel*, in: GORTZAK, W. (Hrsg.), *De kleine stappen van het kabinet-Den Uyl. Gesprekken met PvdA-bewindslieden*, Deventer 1978, S. 80-95, S. 83.

¹⁰¹ Vgl. KALMA/KROP, *Het program als fetisj*, a.a.O., S. 272f; vgl. auch BLEICH, *Een partij in de tijd*, a.a.O., S. 147.

¹⁰² Zit. n. BECKER, *De jaren 1970-1994*, a.a.O., S. 253. Da sich auch die PvdA-Fraktion gegen das Unternehmen ausgesprochen hatte, setzte der Verteidigungsminister das Projekt in der Zweiten Kammer mit den Stimmen der konfessionellen Parteien und der VVD durch.

weiteres Mal. Erneut führte eine Reise zu Aufregung und unweigerlich zu Komplikationen im ohnehin schwierigen Verhältnis mit der deutschen Schwesterpartei. Ende September war eine Delegation der niederländischen Sozialdemokratie zu einem DDR-Besuch aufgebrochen und mit erstaunlich positiven Erkenntnissen zurückgekehrt: „Der ostdeutsche Parteichef Honecker und das Politbüro der SED haben uns die Notwendigkeit des Mauerbaus klargemacht“, erklärte Delegationssprecher Jan Nagel bei der Wiederankunft in den Niederlanden. Nagel, der bereits in den sechziger Jahren nach Ostdeutschland gereist war und sein überhöhtes Bild von der DDR als dem ‚besseren‘ Deutschland nun erneut bestätigte, erhielt Unterstützung von der Parteivorsitzenden Ien van den Heuvel, die ebenfalls zur Besuchergruppe gehörte: In den Niederlanden habe man „rückblickend betrachtet eine falsche Haltung gegenüber der DDR eingenommen“. Dies habe sie auch den Gesprächspartnern in Ostberlin mitgeteilt.¹⁰³ Nun war offensichtlich geworden, dass die großen Sympathien mancher niederländischer Sozialdemokraten auch nach dem politischen Ziel der DDR-Anerkennung nicht abrissen und die Zuneigung insgesamt so groß war, dass man den Makel der deutschen Teilung übersah oder bewusst übersehen wollte. Die Art und Weise der Verherrlichung und des bewussten Ausblendens von Menschenrechtsverletzungen glich einer Verklärung der DDR, die Nieuw Links bereits am Ende der sechziger Jahre zur Konstruktion eines sozialistischen Idealbildes benutzt hatte. Die Äußerungen wirkten auch deshalb widersprüchlich, weil sie nicht mit dem politischen Engagement in Einklang zu bringen waren, das die PvdA in diesen Jahren gegen die Regime in Portugal und Chile anstrebte. Stattdessen entstand der Eindruck, als würde politisch mit zweierlei Maß gemessen.

Helmut Schmidt, dem der in der Tageszeitung *Die Welt* erschienene Artikel über den niederländischen DDR-Besuch vorgelegt wurde, notierte am Rand, man möge an den SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Börner (1972-1976) einen Brief mit der Frage aufsetzen, ob nicht Erkundigungen bei der PvdA nötig seien.¹⁰⁴ Die Schwesterpartei machte in Bonn einmal mehr als unberechenbare Organisation von sich Reden, die das Normalmaß politischer Loyalität gegenüber der SPD und der Bundesrepublik überschritt. Joop den Uyl und Max van der Stoel reagierten als Regierungsspitzen mit Entrüstung auf diese Aussagen ihrer Parteivertreter und distanzieren sich umgehend.

¹⁰³ O.A., *Hollands Sozialisten: Mauer war notwendig*, in: *Die Welt* v. 1. Oktober 1975; siehe auch bei PEKELDER, *Die Niederlande und die DDR*, a.a.O., S. 311-314.

¹⁰⁴ AdSD, *Helmut Schmidt-Archiv*, Nr. 6241, Zeitungsartikel aus der Tageszeitung *Die Welt* mit Notizen des Bundeskanzlers v. 1. Oktober 1975.

Der niederländische Botschafter in der Bundesrepublik, Jacobus de Beus, drückte „in aller Form das Bedauern seiner Regierung“ aus und überreichte dem deutschen Außenministerium ein Papier, in dem Den Haag klarstellte, dass man unvermindert an den „hinsichtlich dieser Materie festgelegten Standpunkten der Bündnispartner“ festhalte und auf die öffentliche Erklärung des Außenministers verweise, dass eine Normalisierung in Europa erst dann vollzogen sein werde, wenn die Mauer in Berlin entfernt sei. Um die Vorkommnisse weiter herunterzuspielen, war De Beus im Gespräch mit dem deutschen Außenministerium darum bemüht, die Aussagen der Parteidelegation „mit Unerfahrenheit und mit gewissen Sprachschwierigkeiten“ zu begründen, die sich daraus ergäben, dass sich das Hochdeutsch der niederländischen Delegationsmitglieder und die Dialektik der ostdeutschen Gesprächspartner bei dem gemeinsamen Gebrauch von wichtigen Vokabeln nicht decken würden.¹⁰⁵ Dass die Äußerungen durch Sprachprobleme zustande gekommen seien, wirkte auf die Bundesregierung jedoch wenig glaubhaft, zumal Teile der PvdA für ihr optimistisches DDR-Bild spätestens seit 1969 bekannt waren.

Die Außenwirkung der Partei führte dazu, dass die niederländische Sozialdemokratie im Umfeld Helmut Schmidts äußerst kritisch beobachtet wurde, während der Kanzler mit den bewährten sicherheitspolitischen Vorstellungen Van der Stoels auf einer Linie lag. Als der niederländische Außenminister am 2. Februar 1976 zu einem Treffen mit dem Bundeskanzler nach Bonn reiste, hieß es in den zur Vorbereitung auf das Gespräch angefertigten Aufzeichnungen: „Als überzeugter Atlantiker und Europäer ist van der Stoel Angriffen aus der eigenen sozialistischen Partei (PvdA) ausgesetzt.“ Es gebe zunehmend Ansichten, „dass unsere und die niederländischen politischen Vorstellungen sich auseinander entwickeln: [...] Jährlich wiederholen sich die niederländischen Schritte, die einen Abbau der militärischen Verteidigungsanstrengungen zum Ziel haben. Im Gegensatz zu anderen NATO-Partnern liegt dem keine wirtschaftlich-finanzielle Zwangslage zugrunde.“ Die Ursachen dieser niederländischen Politik, so heißt es in dem Papier weiter, seien vor allem innenpolitischer Natur. „Im Innern bestimmen z. Zt. Kräfte die Politik des Landes, die auf den linken Flügeln des liberalen und sozialdemokratischen Parteienspektrums in Europa anzusiedeln sind und zu einer pazifistischen und neutralistischen Rückbesinnung der Niederlande tendieren. Von außen fördert die wachsende Bereitschaft größerer Staaten, durch Konsultationen und

¹⁰⁵ Die Zitate entstammen einem Bericht für den Bundeskanzler im AdSD, *Helmut Schmidt-Archiv*, Nr. 1/HSAA009362, Unterrichtung zu den Äußerungen der niederländischen Regierungspartei PvdA zur Berliner Mauer v. 17. Oktober 1975.

Konferenzen Entscheidungen vorwegzunehmen, das Gefühl mangelnder Mitwirkung und Mitverantwortung, was dazu beiträgt, dass die zum Teil extremen innenpolitischen Positionen stärker auf die Außenpolitik durchschlagen.“ Van der Stoel war sich dieser skeptischen Sichtweise bewusst und deshalb darum bemüht, die deutschen Bedenken in Grenzen zu halten und seinem Gegenüber die außenpolitische Linie der niederländischen Regierung zu vermitteln. Vor dem Hintergrund seines geplanten Reisezieles, die Niederlande in der Bundesrepublik als einen verlässlichen Partner zu präsentieren, hielt er am Abend seines Aufenthalts in Bonn einen Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Das Thema lautete: „Niederländische Außenpolitik: positive Partnerschaft“.¹⁰⁶

Sein Wirken als Außenminister war geprägt von der Kluft, die sich zwischen der für eine pazifistische Außenpolitik sensibilisierten linken Parteiführung und der traditionellen, von ihm befürworteten Kontinuität in den atlantischen Beziehungen auftrat. Er verstand sich als Wahrer des Vermächtnisses christdemokratischer Vorgänger und lag damit in Einklang mit den Partnern in der Allianz und der EG, zu denen insbesondere der Deutsche Schmidt als „wichtigster europäischer Regierungschef“¹⁰⁷ gehörte. In weitgehender Übereinstimmung mit Joop den Uyl und den beiden Ministerkollegen Vredeling und Stermerdink verteidigte er seine Außenpolitik und bewahrte das Land in der Praxis vor der möglichen Entwicklung hin zu einem unsicheren Faktor in den internationalen Beziehungen.

Auch die Partei war zwischenzeitlich bestrebt, ein durch radikale Vorschläge verlorengegangenes Terrain auf dem Feld der Außenpolitik zurückzugewinnen. Die PvdA wehrte sich gegen das Bild eines durch ihren Linksschwenk entstandenen Bedeutungsverlusts in internationalen Fragen und organisierte im November 1976 in Amsterdam eine zweitägige Konferenz unter dem Titel „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit“. An dem Treffen nahmen Vertreter fast aller westeuropäischen Sozialdemokraten teil, die in drei Arbeitsgruppen Fragen der internationalen Politik erörterten. Die PvdA begründete ihre Initiative mit dem Hinweis, es sei höchste Zeit, „dass die einzelnen Parteien und Politiker mit einem gemeinsamen ideologischen Hintergrund nach Methoden und Mitteln suchen, um ihren gemeinsamen Einfluss zu

¹⁰⁶ AdSD, *Helmut Schmidt-Archiv*, Nr. 1/HSAA007158, Vermerk zum Besuch des niederländischen Außenministers Max van der Stoel am 2. Februar 1976 in Bonn. In der Tat wurden die Ausgaben für den Verteidigungshaushalt in der vierjährigen Regierungszeit zurückgefahren. Auf der anderen Seite legte die Regierung Den Uyls Wert auf eine gute Ausstattung der eigenen Streitkräfte, wie der Kauf der F-16-Flugzeuge bewies. Vgl. WOLTJER, *Recent verleden*, a.a.O., S. 440.

¹⁰⁷ HAVENAAR, R., *Het ondankbare gelijk van Ernest Bevin en Helmut Schmidt. Koude Oorlog en sociaal-democratie. Een terugblik*, in: *Socialisme en democratie*, 10 (1996), S. 537-554, S. 537.

verstärken und auf diese Weise schneller Fortschritte zu erzielen“. Die niederländischen Gastgeber forderten von den europäischen Sozialdemokraten, ihren eigenen Beitrag zum Prozess der Entspannung, zur Garantie der Sicherheit und zur Eindämmung des Rüstungswettlaufs zu liefern.¹⁰⁸ Der internationale Parteisekretär der PvdA, Harry van den Bergh, schlug in diesem Zusammenhang vor, eine gemeinsame Einrichtung ins Leben zu rufen, die sich fortdauernd mit Fragen des Friedens und der Sicherheit in Europa beschäftigen solle und unter Umständen der Sozialistischen Internationale angegliedert werden könne.¹⁰⁹

Die PvdA präsentierte sich folglich durchaus innovativ, indem sie die Debatte über eine Fortsetzung des Entspannungsprozesses im Kreis ihrer Parteienfamilie intensivierte. Wie bei dem angestrebten Vorhaben zur Gründung einer sozialistischen Europapartei war die niederländische Sozialdemokratie durchaus daran interessiert, Initiativen ins Leben zu rufen und die internationale Zusammenarbeit der Sozialdemokratie dienlich voranzubringen. Der vermittelte Rahmen einer vorausschauenden und Denkanstöße gebenden Partei war aber fast ausschließlich das Werk der erfahreneren Außenpolitiker wie den beiden Ministern Max van der Stoel und Henk Vredeling sowie dem internationalen Parteisekretär Harry van den Bergh. Neben der Parteivorsitzenden Ien van den Heuvel waren es diese drei Fachexperten, die die PvdA auf ihrer Konferenz in Amsterdam nach außen repräsentierten. Die in internationalen Fragen unbekümmerte Parteiführung hielt sich mit ihren kühnen Vorschlägen bewusst im Hintergrund und überließ vor allem dem Außenminister das Feld. Dieser wies auf die Chancen und Probleme der Entspannungspolitik hin und unterstrich, dass bei der Folgekonferenz der KSZE im Frühsommer 1977 in Belgrad nicht nur ein Rückblick stattfinden dürfe, sondern der Westen auf Fortschritte drängen müsse, insbesondere im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen. Die Großmächte ermutigte Van der Stoel, die SALT-Verhandlungen erfolgreich abzuschließen, und regte an, sich in Wien zumindest auf einen gemeinsamen Plafond zu einigen, damit es bei den Truppenstärken keine weitere Ausweitung gebe. Die Entscheidung der Konferenzdelegierten, eine nukleare Option der Europäischen Gemeinschaft abzulehnen, wurde von Van der Stoel sehr begrüßt, da Europa einerseits noch keine gemeinsame Außenpolitik besitze, und andererseits die Entspannungspolitik gefährdet werden könne.

¹⁰⁸ PVDA, *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit am 5. und 6. November 1976 in Amsterdam*, Amsterdam 1976, S. 1.

¹⁰⁹ Darauf wird in einem Konferenzbericht für Bundeskanzler Helmut Schmidt hingewiesen. Siehe im AdSD, *Helmut Schmidt-Archiv*, Nr. 6420, Bericht über die „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit“ der PvdA am 5. und 6. November 1976 in Amsterdam.

Willy Brandt bestätigte als zweiter Hauptredner am Abschlusstag die Aussagen des niederländischen Gastgebers, indem er sich mit Nachdruck dafür einsetzte, dass der Westen die Chance von Belgrad richtig nutze und die Konferenz zum Ausgangspunkt für weitere Fortschritte auf dem Gebiet der Entspannung mache.¹¹⁰ Ausdrücklich stellte Brandt die Bedeutung des atlantischen Bündnisses in den Vordergrund und kritisierte indirekt die Vorstellungen der niederländischen Parteiführung: „Es gibt kein Gleichgewicht in Europa ohne die beiden Bündnissysteme. Es gibt keine NATO ohne Amerika. Zu den wenig bewusst gewordenen Veränderungen der letzten Jahre gehört auch, dass die Sowjetunion dies registriert hat und ihrer praktischen Politik zugrunde legt.“¹¹¹

Der niederländischen Partei war mit der Organisation eines solchen Symposiums eine dankbare Rolle zugefallen, weil es nicht schwer fiel, mit den anderen sozialdemokratischen Schwesterparteien einen Konsens über den Fortgang des europäischen Entspannungsprozess zu erzielen.¹¹² Dies einte auch PvdA und SPD, abgesehen von den zahlreichen Unwägbarkeiten ihres bilateralen Verhältnisses. Die Unterschiede in der Außen- und Sicherheitspolitik fielen folglich geringer aus, als es auf den ersten Blick wirkte. Erst als der Kurs der Entspannung zwischen den beiden Großmächten im weiteren Verlauf der siebziger Jahre ins Stocken geriet und die militärische Aufrüstung der Sowjetunion mehr und mehr offenbar wurde, brachte dies auch die sicherheitspolitische Debatte beider Parteien in eine schwierige Klemme.

Für Helmut Schmidt, der an der Amsterdamer Konferenz nicht teilnahm, sich in einem Bericht von der Konferenz aber auf den genauen Kenntnisstand bringen ließ, war Max van der Stoep der niederländische Bruder im Geiste. In der Außen- Sicherheitspolitik gab es zwischen beiden keine Differenzen und für den deutschen Bundeskanzler war es beruhigend, dass in Den Haag ein Freund das Außenministerium führte, der seinen Ansichten entsprach und die ‚Störenfriede‘ der PvdA-Spitze mit ihren überhöhten Ansprüchen weitgehend links liegen ließ. Mit Blick auf die noch anhaltende weltpolitische Entspannung schien 1974, beim Kanzlerwechsel, Schmidts Leitmotiv von der „Kontinuität und Konzentration“ auch für die deutsche Außenpolitik angemessen gewählt zu sein. Die Tatsache, dass Egon Bahr das Kabinett zunächst

¹¹⁰ Zit. n. ebd.

¹¹¹ AdSD, *Willy-Brandt-Archiv*, Nr. 12 (Präsident der Sozialistischen Internationale), Bemerkungen Willy Brandts zur Sicherheitspolitik in Europa auf der Konferenz der PvdA am 5. und 6. November 1976 in Amsterdam

¹¹² Vgl. zur Konferenz auch die Stellungnahme von VOIGT, K.D., *Zwischen Helsinki und Belgrad. Zur Konferenz sozialdemokratischer Parteien über Frieden und Sicherheit in Amsterdam*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 12 (1976), S. 1017-1018.

verließ, wurde zwar von verschiedenen Seiten als ostpolitische Kursänderung verstanden, in entspannungspolitischer Hinsicht war die Kontinuitätsaussage allerdings durchaus ernst gemeint.

Für Helmut Schmidt stand nie zur Disposition, dass die Fortführung der Entspannungspolitik in Bezug auf die Friedenssicherung und die Verfolgung deutscher Interessen eine Notwendigkeit darstellte. Es handelte sich allerdings um eine Entspannungspolitik, die er mit anderen Vorzeichen versah und als Gleichgewichtspolitik mit einer sowohl ergänzenden als auch unterstützenden wirtschaftlichen Kooperation verstand. Die Veränderungen durch den Übergang von Brandt zu Schmidt wurden also insbesondere in der Sicherheitspolitik spürbar, die vom neuen Regierungschef in den Vordergrund gerückt wurde.¹¹³ Der Nachfolger verlegte den außenpolitischen Schwerpunkt seines Vorgängers, der in der Ostpolitik seine vorrangige Aufgabe betrachte, auf die weitere Stabilisierung der europäischen und atlantischen Zusammenarbeit.¹¹⁴ Die „Strategie des Gleichgewichts“¹¹⁵, die Schmidt bereits 1969 formulierte, setzte er mehr oder weniger unbemerkt an die Stelle des mit „europäischer Friedensordnung“ beschriebenen Zielhorizonts der Vorgängerregierung. Demzufolge wurde Frieden nicht mehr als Ergebnis einer Veränderung der bestehenden Sicherheitsstrukturen verstanden, sondern in ihrer Stabilisierung. Diese Politik, die im Gegensatz zu Mut und Phantasie eher Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit bedurfte, entsprach den auf Dauer vom macht- und gesellschaftspolitischen Gegensatz geprägten Ost-West-Beziehungen. Schmidts Vorstellungen hatten den Vorzug, den Erfordernissen militärischer Sicherheit voll gerecht zu werden, da sich zweierlei einordnen ließ: einerseits die politische Forderung nach Erhaltung respektive Wiederherstellung eines ausgeglichenen militärischen Kräfteverhältnisses und andererseits die Strategie des Gegenschlages.¹¹⁶ „Ich war seit langem ein überzeugter Verfechter der doppelten Notwendigkeit, sowohl die weitere Expansion der Sowjetunion durch gemeinsame Verteidigungsfähigkeit des Westens einzudämmen als auch – auf der Basis der so hergestellten eigenen Sicherheit – mit der Sowjetunion zu kooperieren, und zwar nicht

¹¹³ Vgl. LINK, W., *Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt 1974-1982*, in: DERS./W. JÄGER, *Republik im Wandel 1974-1982. Die Ära Schmidt*, Stuttgart 1987 (= *Geschichte der Bundesrepublik in fünf Bänden*, hrsg. v. BRACHER, K.D./T. ESCHENBURG/J.C. FEST/E. JÄCKEL, Bd. 5/II), S. 275-432, S. 291; vgl. hierzu auch GROH/BRANDT, *Vaterlandslose Gesellen*, a.a.O., S. 304.

¹¹⁴ ENDERS, *Die SPD und die äußere Sicherheit*, a.a.O., S. 132.

¹¹⁵ SCHMIDT, H., *Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte*, Stuttgart 1969.

¹¹⁶ Vgl. HAFTENDORN, H., *Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982*, Baden-Baden 1986, S. 734.

nur auf dem Felde der Rüstungsbegrenzung und des wirtschaftlichen Austausches, sondern hoffentlich eines Tages auf der kulturellen Ebene“, hat Schmidt sein Konzept selbst zusammengefasst: „Ich vertrat eine Gesamtstrategie des Gleichgewichts und des Interessenausgleichs zwischen West und Ost.“¹¹⁷ Im atlantischen Bündnis sah er das Kerngebiet, den Anker aller außenpolitischen Gleichgewichtsüberlegungen der Bundesrepublik. Schmidt unterstützte die Initiativen zum Abbau globaler Gegensätze wie die Wiener MBFR-Verhandlungen zur Truppenreduzierung und die Schlussakte der KSZE-Konferenz von Helsinki 1975, dem „Höhepunkt internationaler Entspannungsrhetorik“¹¹⁸.

Die Gleichgewichtsüberlegungen der amerikanischen Regierungen von Richard Nixon und Gerald Ford entsprachen den Vorstellungen des deutschen Regierungschefs; gleichzeitig wies er die Überlegungen innerhalb der SPD zur Errichtung eines kollektives Sicherheitssystem ohne NATO und Warschauer Pakt als ebenso illusorisch zurück, wie dies Max van der Stoel in seiner Partei tat.¹¹⁹ Daher entsprach es nur bedingt der Meinung des Bundeskanzlers, wenn der Hamburger SPD-Parteitag im Jahre 1977 als „langfristiges Ziel“ die „Überwindung der Blöcke“ einforderte und diese mit der Entwicklung zu einem „Europa der sozialen Demokratie“ als „Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus“ in Relation setzte. Schmidt hatte dagegen bereits 1976 erklärt, der „nun in Gang gekommene Prozess der Entspannung in Europa [...] hat [...] nicht die Auflösung der Blöcke, der beiden militärischen Bündnissysteme zum Ziel. Im Gegenteil.“¹²⁰

Im Sinn des zweiten Leitworts seiner Regierungserklärung, der „Konzentration“, versuchte Schmidt in diesen Jahren gute diplomatische Kontakte zu den wichtigsten Regierungschefs beizubehalten. So pflegte er zum sowjetischen Generalsekretär Leonid Breschnew, den er auf den deutsch-sowjetischen, in der Ära Brandt eingerichteten Gipfeltreffen traf, ein besonderes Verhältnis. Jener Dialog auf höchster Ebene führte dazu, dass nach den USA und vor dem Hintergrund der dominierenden amerikanisch-sowjetischen Beziehungen die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Schmidt zum wichtigsten westlichen Gesprächspartner der Sowjetunion avancierte. Dies galt umso mehr für den Zeitraum, in dem die Krise der sowjetisch-amerikanischen Détente immer weiter in die internationale Politik hineinreichte, insbesondere nach dem Einmarsch der

¹¹⁷ SCHMIDT, H., *Menschen und Mchte*, Berlin 1987, S. 22.

¹¹⁸ BARING, *Machtwechsel*, a.a.O., S. 272f.

¹¹⁹ Vgl. HACKE, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, a.a.O., S. 230.

¹²⁰ Zit. n. GROH/BRANDT, *Vaterlandslose Gesellen*, a.a.O., S. 305.

Sowjetunion in Afghanistan 1979.¹²¹ Als „Juniorpartner der Supermacht USA“, in dessen Funktion der Bundesrepublik in der Person Schmidt eine „Mitführungsrolle“ zufiel, wie sich beim Zustandekommen des Doppelbeschlusses zeigen wird, blieb es auch hier bei traditionell guten diplomatischen Beziehungen, auch wenn der Bundeskanzler und der neue amerikanische Präsident Jimmy Carter nach dessen Amtsantritt im Jahre 1977 nicht immer im Gleichschritt gehen sollten.¹²² Seine ausgezeichneten Kontakte nach Moskau und Washington nutzte Schmidt, um frühzeitig auf die Gefahren der Nachrüstung aufmerksam zu machen. So scheute er nicht, bereits 1974 bei seinem ersten Besuch als Bundeskanzler in der Sowjetunion vor den unabsehbaren Folgen der Stationierung der zum damaligen Zeitpunkt noch in einer Probephase befindlichen neuen Mittelstreckenraketen¹²³ SS-20 zu warnen. Als Moskau 1976 mit der Aufrüstung begann, forderte er die USA auf, das Thema in den SALT-Verhandlungen zur Sprache zu bringen.

6.2.2 Eine Auseinandersetzung beginnt: Helmut Schmidts Rede in London und die Debatte um die Neutronenbombe

Ausgerechnet ein niederländischer Sozialdemokrat war es, auf dessen Einladung hin Helmut Schmidt am 28. Oktober 1977 eine Rede vor dem International Institute for Strategic Studies in London hielt. Ein denkwürdiger Vortrag, der eine Sicherheitsdebatte ins Rollen brachte, die in den nachfolgenden Jahren an erstaunlicher Dynamik gewann. Der frühere Staatssekretär im Haager Außenministerium (1957-1958), Ernst van der Beugel, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats dieses britischen Studienzentrums für internationale Sicherheitspolitik, fasste im Sommer 1977 mit seinem Gremium den Beschluss, den deutschen Bundeskanzler für die anstehende Alastair-Buchan-Gedenkrede zu gewinnen. Schmidts Referat bildete die Fortsetzung einer Gesprächsreihe zu Ehren des ersten Direktors der Londoner Einrichtung, die im

¹²¹ Vgl. LINK, *Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt*, a.a.O., S. 291f.

¹²² Vgl. HAFTENDORN, H., *Der gütige Hegemon und die unsichere Mittelmacht. Deutsch-amerikanische Beziehungen im Wandel*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29-30 (1999), S. 3-11, S. 4.

¹²³ Synonym für Mittelstreckenraketen wurden auch die Begriffe eurostrategische Waffen, „Grauzonen“-Waffen oder INF (Intermediate Nuclear Forces) benutzt. Unter diesen Begriffen verstand man sowohl Raketen (SS-20 und Pershing II) als auch Marschflugkörper, die sogenannten Cruise missiles. Bei der SS-20 handelte es sich um eine sowjetische nukleare Mittelstreckenrakete, die über drei Sprengköpfe verfügte. Im Gegensatz zu ihrem amerikanischen Gegenstück, der Pershing-II-Rakete, die nur über einen Sprengkopf und eine Reichweite von 1800 Kilometern verfügte, konnte sie mehr als 5000 Kilometer überbrücken. Vgl. SCHMIDT, *Menschen und Mächte*, a.a.O., S. 466; vgl. auch SCHÖLLGEN, *Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow*, a.a.O., S. 360.

Jahr zuvor mit einer Rede des amerikanischen Außenministers Henry Kissinger begonnen hatte.¹²⁴

Mit Blick auf die weitere Stationierung der SS-20-Mittelstreckenraketen in der Sowjetunion im Laufe des Jahres 1977 nutzte der Gastreferent das Forum, um seine Sorgen hinsichtlich einer „Grauzone“¹²⁵ verminderter Sicherheit zu skizzieren und für eine Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts in Europa zu plädieren. „Eine auf die Weltmächte USA und Sowjetunion begrenzte strategische Rüstungsbeschränkung muss das Sicherheitsbedürfnis der westeuropäischen Bündnispartner gegenüber der in Europa militärisch überlegenen Sowjetunion beeinträchtigen, wenn es nicht gelingt, die in Europa bestehenden Disparitäten parallel zu den SALT-Verhandlungen abzubauen. Solange dies nicht geschehen ist, müssen wir an der Ausgewogenheit aller Komponenten der Abschreckungsstrategie festhalten. Das bedeutet: Die Allianz muss bereit sein, für die gültige Strategie ausreichende und richtige Mittel bereitzustellen und allen Entwicklungen vorzubeugen, die unserer unverändert richtigen Strategie die Grundlage entziehen könnten.“¹²⁶ Auch wenn die letzte Aussage bereits eine andere Richtung andeutete, stand für Schmidt nicht die Forderung nach neuen Waffensystemen im Vordergrund, sondern die Rüstungskontrolle. Die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in den stockenden Wiener MBFR-Abrüstungsverhandlungen und insbesondere die Einbeziehung der eurostrategischen Nuklearsysteme in die SALT-II-Vereinbarungen zählte er zu den politischen Notwendigkeiten.¹²⁷ „Niemand kann bestreiten, dass das Prinzip der Parität vernünftig ist. Es muss jedoch Zielvorstellung aller Rüstungsbegrenzungs- und Rüstungskontrollverhandlungen sein und für alle Waffenarten gelten. Einseitige Einbußen an Sicherheit sind für keine Seite annehmbar“, lautete Schmidts Credo.¹²⁸

Der inhaltliche Rahmen dieser Kanzlerrede zeigte, dass sich Schmidt mit den getroffenen Aussagen durchaus auf Tuchfühlung zu Grundprinzipien sozialdemokratischer Entspannungspolitik befand. Seine vor dem Hintergrund des sowjetischen Bedrohungsszenarios gewählte Ausgangslage, nicht der Aufrüstung,

¹²⁴ Vgl. HAFTENDORN, *Sicherheit und Stabilität*, a.a.O., S. 16.

¹²⁵ Diesen Ausdruck definierte Schmidt als „jenen Rüstungsbereich, der weder von den seit Jahren in Wien laufenden MBFR-Verhandlungen noch von den bisherigen SALT-Verhandlungen abgedeckt wurde“. Siehe bei SCHMIDT, *Menschen und Mächte*, a.a.O., S. 231.

¹²⁶ SCHMIDT, H., *Politische und wirtschaftliche Aspekte der westlichen Sicherheit. Vortrag vor dem International Institute for Strategic Studies am 28. Oktober 1977 in London*, in: *Bulletin*, 112 (1977), S. 1013-1020, S. 1014f.

¹²⁷ Vgl. SCHMIDT, *Menschen und Mächte*, a.a.O., S. 230; vgl. auch HAFTENDORN, *Sicherheit und Entspannung*, a.a.O., S. 232f.

¹²⁸ SCHMIDT, *Politische und wirtschaftliche Aspekte der westlichen Sicherheit*, a.a.O., S. 1014.

sondern zunächst der Ausschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten oberste Priorität einzuräumen, entsprach vom Fundament her der „sozialdemokratischen Denktradition“¹²⁹. In möglichst aktiver Form – mit Initiativen und Vorschlägen wie in dem Beitrag unter Beweis gestellt – galt es, die unter Brandt begonnene Entspannung weiterzuführen.¹³⁰ Im Grunde aber gab Schmidt mit seinen Vorstellungen den Charakter des späteren Doppelbeschlusses bereits vor, indem er die Sowjetunion zur Zurücknahme ihrer mit atomaren Mittelstreckenraketen vorangetriebenen Aufrüstung aufforderte, um ein Nachziehen des Westens durch erhöhte Rüstungsanstrengungen ausschließen zu können.¹³¹ Bis auf wenige wohlmeinende Agenturmeldungen verhallten seine Aussagen in der Bundesrepublik und in den Niederlanden allerdings zunächst ohne große Wirkung, gleiches galt für die beiden Parteien. Erst allmählich sollte die Rede – auch auf dem diplomatischen Parkett – an Bedeutung gewinnen.¹³²

Bei Teilen von SPD und PvdA erweckte die angestoßene Debatte den Eindruck, die unter Willy Brandt begonnene Entspannungspolitik würde nicht fortgesetzt und könnte womöglich ihr vorläufiges Ende erreicht haben. Stellte Max van der Stoel in einer Notiz für Joop den Uyl im August 1979 noch nüchtern und urteilsfrei fest, dass „nicht die Amerikaner die Notwendigkeit einer Antwort auf die SS-20 gesehen haben, sondern Helmut Schmidt in einer Rede vor dem Londoner Institute for Strategic Studies Ende 1977“¹³³, sah Egon Bahr den Vorgang im Rückblick äußerst fragwürdig. Dieser – im Zeitraum von 1976 bis 1981 als Bundesgeschäftsführer der SPD tätig – schrieb Jahre später in seinen Erinnerungen: „Dass die Sowjetunion mit ihrer Raketenmodernisierung Europa bedrohte, war unbestreitbar; dass der deutsche Kanzler sich damit in das strategische Geschäft der beiden Supermächte einmischte, ein Fehler.“¹³⁴ Nach seinen Worten zu urteilen, hätte der Parteikollege Schmidt den Stein, den er ins Rollen brachte, besser ruhen lassen sollen.

Mit einem durchaus ähnlich kritischen Unterton reagierte in einer niederländischen Parlamentsdebatte im Dezember 1979 PvdA-Sicherheitsexperte Piet Dankert auf den Alleingang Schmidts. In Vorausschau auf die anstehende Entscheidung zum NATO-

¹²⁹ LINK, *Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt*, a.a.O., S. 296.

¹³⁰ Vgl. LONGERICH, *Die SPD als „Friedenspartei“*, a.a.O., S. 317.

¹³¹ Vgl. GERSTER, F., *NATO-Doppelbeschluss und Nachrüstung. Die neue Friedensbewegung*, in: DERS., *Zwischen Pazifismus und Verteidigung. Die Sicherheitspolitik der SPD*, Baden-Baden 1994, S. 53-59, S. 54f.

¹³² Vgl. HAFTENDORN, *Sicherheit und Stabilität*, a.a.O., S. 29f.

¹³³ IISG, Archiv Joop den Uyl, Nr. 479, Notiz (strikt persönlich) von Max van der Stoel für Joop den Uyl zur SS-20-Problematik v. 16. August 1979.

¹³⁴ BAHR, *Zu meiner Zeit*, a.a.O., S. 504.

Doppelbeschluss warnte er den deutschen Regierungschef: „Wenn der Bundeskanzler ohne Beratung ähnliche Äußerungen von sich gibt wie im Oktober 1977, muss er sie auch selbst verantworten.“¹³⁵ Trotz ihrer teilweise ablehnenden Haltung gegenüber Schmidts Vorgehen stützen die jeweiligen Aussagen die verbreitete These, nach der die Rede des Bundeskanzlers im Nachhinein als „Geburtsstunde“ des eigentlichen Doppelbeschlusses bezeichnet wurde.¹³⁶ Ihre im Laufe des Jahres 1978 entwickelte Triebkraft, nachzuweisen in den amerikanischen Reaktionen, zeugen von der erkennbaren Bedeutung. Die gewählten Zitate zeigen aber ferner erste vorhandene Meinungsverschiedenheiten zwischen Schmidt einerseits und seiner Partei und die der niederländischen Sozialdemokratie andererseits auf.

Diese kamen in deutlicher Form zum Vorschein, als die PvdA in den Oktobertagen des Jahres 1977 mit einem neuen Grundsatzprogramm neue inhaltliche Weichen stellte. Der Parteikongress, zwischen dem 13. und 15. Oktober in Amsterdam tagend, wurde in einem kurzen aber prägnanten Kapitel den Anforderungen der internationalen Beziehungen auf seine Weise gerecht. Die Diskrepanzen zu Schmidt, dessen Auftritt in der englischen Hauptstadt wenige Tage später bevorstand, blieben dabei unübersehbar. Sollte der Bundeskanzler in seiner Rede ausdrücklich davon sprechen, an allen „Komponenten“ der Abschreckungsstrategie festzuhalten, so wurde diese von der PvdA in aller Deutlichkeit verurteilt. Sie habe zu einem Waffenarsenal geführt, „das ausreicht, um die Menschheit mehrere Male zu vernichten. Vor allem nukleare, biologische und chemische Waffen sind dazu in der Lage. Aber weder bei einem Angriff, noch zur Verteidigung sind diese Waffen sinnvoll oder akzeptabel“, hieß es in dem Papier, das maßgeblich durch die linken Vorstandsmitglieder wie Ien van den Heuvel und Jan Nagel verfasst wurde. Darum habe sich, so die Fortsetzung, die Strategie der Abschreckung schon seit Jahren „überlebt“.¹³⁷ Der Parteitag verabschiedete die Zielsetzung, einen stabilen Zustand in Frieden und Freiheit herbeizuführen und das beiderseitige System der militärischen Abschreckung durch ein System zu ersetzen, in dem man auf Grundlage der Gleichwertigkeit zusammenarbeiten und zu einer Abrüstung übergehen könne. Die „Entbindung der militärischen Machtblöcke wie NATO und Warschauer Pakt“, an deren Stelle ein „allumfassendes Sicherheitssystem

¹³⁵ Zit. n. EENENNAAM, B.J. VAN, *Achtenveertig kruisraketten. Hoogspanning in de lage landen*, Den Haag 1988, S. 66.

¹³⁶ THRÄNERT, O., *Helmut Schmidt '77. In der nuklearen Grauzone: Londoner Rede tritt Nachrüstung los*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 1-2 (2001), S. 57-60. Der Beitrag entstand gemeinsam mit anderen Aufsätzen zum Themenkomplex „Reden, die Geschichte machten“. Vgl. hierzu u.a. auch APEL, H., *Der Abstieg. Politisches Tagebuch 1978-1988*, Stuttgart 1990, S. 69.

¹³⁷ PVDA, *beingselprogramma 1977*, Amsterdam 1977, S. 27.

ohne nukleare, biologische und chemische Waffen“ treten sollte, folgte als fast logische Hauptforderung.¹³⁸

Was sehr perspektivisch anmutete, blieb in der Realität nicht mehr als ein theoretischer Ansatz, der in der fernen Zukunft zum Tragen hätte kommen können. Als „zu wenig handfest für politisches Handeln“ nannte Maarten van Traa diesen außenpolitischen Komplex des Programms. Der langjährige internationale Sekretär seiner Partei (1979-1987) übte später vor allem Kritik an der Tatsache, dass es an einer eindeutigen Antwort auf die Frage gefehlt habe, mit welchen Machtsmitteln die Außenpolitik zu gestalten sei: „Wie verhindern wir die Stationierung neuer Atomwaffen?“¹³⁹ Die Gefahr, dass aus der „Grauzone“ schnell eine „Sicherheitslücke“ zu werden drohte,¹⁴⁰ wollte die Mehrheit der niederländischen Sozialdemokratie bewusst oder unbewusst nicht in dem Maße erkennen, wie es in der Bundesrepublik bei Schmidt der Fall war. Der Unterschied zwischen PvdA und dem deutschen Bundeskanzler lag darin, dass die Partei nur den Zustand der Rüstung und Aufrüstung als solchen kritisierte, Schmidt sich aber vor allem über die Auswirkungen Gedanken machte und in seinem Handlungsdrang um Lösungen rang. Die PvdA machte in ihrem für die achtziger Jahre entworfenen Grundsatzpapier zwar deutlich, eine Vorstellung darüber zu haben, wie das zukünftige Europa unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten auszusehen hatte. Ihr Entwurf eines idealen ‚Endzustandes‘, ein kollektives Sicherheitssystem mit einer Entwaffnung der aufgelösten Blöcke, hinterließ allerdings den Eindruck, dass sich die Partei nur an einem langfristig angelegten Leitbild und weniger an der machtpolitischen Wirklichkeit orientierte, die sich vom Kurs der Entspannung absonderte. Auch wenn derartige Grundsatzprogramme so konzipiert sind, um für einen grob gefassten Zeitraum umfassende Forderungen aufzustellen und politisch-gesellschaftliche Visionen zu entwickeln, war die Kluft, die sich zwischen den PvdA-Forderungen und den realen außenpolitischen Gegebenheiten auftat, offensichtlich.¹⁴¹

Wirft man in diesem Zusammenhang den Blick auf die deutsche Schwesterpartei und fokussiert ihn auf ihre Entspannungskonzeptionen und nicht auf die sicherheitspolitischen Vorstellungen des Kanzlers, so lassen sich auffällige

¹³⁸ Ebd., S. 28.

¹³⁹ TRAA, M. VAN, *Sociaal-democratie en gedeelde veiligheid*, in: *Socialisme en Democratie*, 1 (1984), S. 24-34, S. 29. Ähnlich wurde das Programm auch vom langjährigen Vorstandsmitglied Bart Tromp gesehen. Er sprach von einer „neuen Flucht aus der Wirklichkeit“. Siehe TROMP, B., *Socialisme en Defensie*, a.a.O., S. 270.

¹⁴⁰ Vgl. GÖRTEMAKER, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 590.

¹⁴¹ Vgl. DRÖGEMÖLLER, *Die zwei ungleichen Schwestern*, a.a.O., S. 47f.

Gemeinsamkeiten zwischen PvdA und SPD nachvollziehen. Die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik, die in diesem Herbst ebenfalls einen Parteitag abhielten und vom 15. bis zum 19. November 1977 in Hamburg zusammenkamen, sprachen sich wie wenige Wochen zuvor die niederländischen Parteifreunde für die Überwindung der Blöcke als langfristigem Ziel aus.¹⁴² Das entsprach vom Grundsatz her den strategischen Planungen Egon Bahrs, dessen Handschrift als SPD-Rüstungsexperte im Leitantrag des Vorstands zur Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik sichtbar wurde.¹⁴³ In ihm hieß es mit Blick auf die den Konvent prägende Frage nach einer Stationierung der amerikanischen Neutronenbombe, aber auch mit Rücksicht auf Bundeskanzler Schmidt: „Die Bundesregierung sollte im Rahmen der Bündniskonsultationen ihren Einfluss geltend machen, um zu verhindern, dass technische Weiterentwicklungen bei den Atomwaffen zu einer Senkung der atomaren Schwelle führen.“¹⁴⁴ Dieser Rüstungskontrollaspekt war ein Kompromiss zwischen den Standpunkten des Bundeskanzlers, der einen offenen Dissens mit den amerikanischen Partnern vermeiden wollte, und den parteiinternen Gegnern einer Stationierung. Bahr, der für die Annahme votierte, war somit derjenige, der dank seines besonderen Ansehens auf sicherheitspolitischem Terrain eine kompromisslose Ablehnung der kritischen Parteibasis zu vermeiden imstande war.¹⁴⁵

Die deutschen Sozialdemokraten waren gewillt, den Spielraum des Kanzlers nicht zu sehr einzuengen und ihm Platz für eigene Vorstellungen zu lassen, die sich durchaus von der Partei unterschieden. Ein kollektives Sicherheitssystem, das am Ende einer langen Kette von Verhandlungen stehen sollte, zeugte davon, denn Schmidt lehnte es mit Entschiedenheit ab. Sein außenpolitisches Fernziel war und blieb ein militärisches Gleichgewicht zwischen den sich eingerichteten Blöcken. Wie innerhalb der PvdA mit dem ehemaligen Außenminister Max van der Stoel und dem Sicherheitsexperten Piet Dankert zwei gemäßigte Akteure für Kontinuität in den atlantischen Beziehungen standen und die Abschreckungsstrategie verteidigten, so erhielt auch Schmidt für seine Politik Unterstützung des rechten Parteiflügels. Die Verteidigungsminister Georg Leber (1972-1978) und in besonderem Maße dessen Nachfolger Hans Apel (1978-1982) sind hier stellvertretend als Gleichgewichtsbefürworter anzuführen.¹⁴⁶

¹⁴² Zit. n. GROH/BRANDT, *Vaterlandslose Gesellen*, a.a.O., S. 305.

¹⁴³ NOTZ, *Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss*, a.a.O., S. 19.

¹⁴⁴ Zit. n. ebd., S. 19f.

¹⁴⁵ Vgl. HEINLEIN, S.A., *Gemeinsame Sicherheit. Egon Bahrs sicherheitspolitische Konzeption und die Kontinuität sozialdemokratischer Entspannungsvorstellungen*, Münster/New York 1993, S. 99.

¹⁴⁶ Vgl. BECHT, *SPD, Ost-West-Konflikt und europäische Sicherheit*, a.a.O., S. 105.

Einen anderen Blick hatte – wie bereits angezeigt – Egon Bahr. Sein Verhalten bewegte sich in politischen Zwängen zwischen Loyalität und Überzeugung. Zwar unterstütze er die offizielle Haltung der Bundesregierung, die Einführung neuer Waffensysteme oder ihre Stationierung zum Gegenstand der Abrüstungsgespräche zu machen; andererseits machte er in der Debatte um die amerikanische Neutronenbombe seine Vorbehalte gegen ihre Produktion mehr als deutlich und düpierte damit zur Unfreude des Kanzlers den wichtigsten Verbündeten.¹⁴⁷ Unter dem Titel „Ist die Menschheit dabei, verrückt zu werden?“ brandmarkte Bahr in einem Artikel für die Parteizeitung *Vorwärts* im Juli 1977 die Neutronenwaffe als „eine Perversion des Denkens“. Mit seiner emotional vorgetragenen Kritik nahm er Anstoß an der Tatsache, dass dieses Einsatzmittel keinen oder nur geringe Sachschäden anrichte, aber Menschen „sauber“ töte.¹⁴⁸ Vorausgegangen war der Antrag des US-Präsidenten Jimmy Carter an den amerikanischen Kongress, Gelder für die Produktion dieser Strahlenwaffen bereitzustellen. Gleichzeitig forderte er die westlichen Partner auf, Vorkehrungen zu Lagerung und taktischem Einsatz der Waffen zu beschließen. Bahr, dem es auf kurze und lange Sicht darauf ankam, den unter Brandt begonnenen Entspannungsprozess aufrechtzuerhalten, verlangte, darauf hinzuwirken, „dass eine derartige Waffe die Verhandlungen in Wien nicht stört, sondern fördert“, wie er im November 1977 in einem Beitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* bemerkte.¹⁴⁹ Neben den entscheidenden Strategiezielen Abrüstung und Truppenreduzierung blieb auch die amerikanische Sicherheitsgarantie eine der zentralen Prämissen in seinem Konzept. Eine Waffe, die jedoch die atomare Schwelle absenken und damit tendenziell zu einer Entkoppelung von amerikanischen und europäischen Sicherheitsinteressen führen könnte, wurde von Bahr als Gefährdung dieser Garantie aufgefasst.¹⁵⁰

Für die Auseinandersetzung in seiner Partei und gleichermaßen in der politisch interessierten Öffentlichkeit entfachte Bahrs Beitrag zur Neutronenbombe eine Diskussion, in der zumindest ansatzweise alle jene Ängste und Bedenken zum Vorschein kamen, die schon in den fünfziger Jahren die Kontroversen um die Atombewaffnung bestimmt hatten. Die verschiedenen Berichte über die Wirkungsweise der Waffe sensibilisierten die Bevölkerung und formten die Grundlage für eine sich intensivierende Auseinandersetzung über die komplizierte Vernunftmäßigkeit von

¹⁴⁷ Vgl. VOGTMEIER, *Egon Bahr und die deutsche Frage*, a.a.O., S. 228f.

¹⁴⁸ Zit. n. HEINLEIN, *Gemeinsame Sicherheit*, a.a.O., S. 97.

¹⁴⁹ Zit. n. NOTZ, *Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss*, a.a.O., S. 20f.

¹⁵⁰ Vgl. VOGTMEIER, *Egon Bahr und die deutsche Frage*, a.a.O., S. 224f.

Abschreckung und Verteidigung im Atomzeitalter.¹⁵¹ Bahr nutzte die Gelegenheit, die stagnierende Debatte rund um die Entspannungspolitik zu beleben und ihr gleichzeitig den eigenen Stempel aufzudrücken, wie auf dem Hamburger Parteitag unter Beweis gestellt. Im Vergleich zur PvdA, in der sich die kritischen Stimmen gegenüber der NATO mehrten, präsentierte sich die große Mehrheit der SPD-Politiker bis zuletzt als treue und berechenbare Verbündete der Allianz. Die Belebung der innerparteilichen Diskussionen zur Sicherheitspolitik, die auf Parteitagen bis 1977 kaum thematisiert wurde und erst beim Konvent in Hamburg richtig erwachte, sollte die Rolle der Bundesrepublik im Bündnis stärker in den Vordergrund stellen und dazu führen, dass die Stimmen innerhalb der Partei skeptischer wurden. In den folgenden Jahren erhielt die Nachrüstungsproblematik erhebliche konfrontative Züge.¹⁵²

Eine Entwicklung, die sich bei den niederländischen Sozialdemokraten bereits mit Beginn der Kontroverse um die Neutronenwaffe verstärkte. „Was wahr ist“, hieß es Anfang November 1977 in der linken Wochenzeitung *De Groene Amsterdammer*, „muss gesagt werden: Die Neutronenbombe hat auch ihre positiven Seiten.“ Die linken Parteien seien nicht nur gegenüber dem christdemokratischen CDA (der neuen Fusionspartei aus KVP, ARP und CHU) gemeinsam in Stellung gebracht worden, auch die Debatte um die militärische Strategie der NATO werde nun eingeleitet. „Für eine entsprechende Diskussion bestand in den Niederlanden immer besonders wenig Interesse.“¹⁵³ Ähnlich wie in der Bundesrepublik vergrößerte sich die Sensibilität für das Thema, als im Zuge einer enormen Mobilisierung die niederländische Bevölkerung auf Gefahren der Strahlenwaffen aufmerksam gemacht wurde. Eingeläutet durch einen offenen Brief an die noch durch die PvdA geführte Regierung vom 19. August 1977, setzte die von der kommunistischen Partei CPN gegründete Initiative „Stopp die Neutronenbombe“ den Protest durch die Sommermonate öffentlichkeitswirksam fort. Die zu mehreren hunderttausend gesammelten Unterschriften gegen die Einführung zeugten von einer breiten Anteilnahme und einer offensichtlichen Ablehnung innerhalb weiter Teile der Bevölkerung. In dieser Phase formulierte der IKV, ein für pazifistische Politik engagierter Interkirchlicher Friedensrat, die über Jahre prägende Leitformel der niederländischen Friedensbewegung, „Helft, die Kernwaffen auf der Welt zu beseitigen und lasst uns in den Niederlanden beginnen“, und unterstütze den formierten

¹⁵¹ Vgl. HAFTENDORN, *Sicherheit und Entspannung*, a.a.O., S. 235f.

¹⁵² Vgl. HOFMANN, *Die Sicherheitspolitik der SPD*, a.a.O., S. 382f.; vgl. auch ENDERS, *Die SPD und die äußere Sicherheit*, a.a.O., S. 216.

¹⁵³ DANKBAAR, B., *Neutronenbom verenigt links Nederland. NAVO moet kiezen tussen „konventionalisten“ en „nuklearisten“*, in: *De Groene Amsterdammer* v. 2. November 1977.

Widerstand gegen das amerikanische Projekt.¹⁵⁴ Mit seinen Äußerungen und der hervorgehobenen Aussage von der „Perversion des Denkens“ traf Bahr auch die Stimmung der niederländischen Rüstungsgegner.

Die PvdA, von den erfolgreichen außerparlamentarischen Aktionen unter Zugzwang gesetzt, ließ mit einer deutlichen Ablehnung nicht lange auf sich warten. Der Parteivorstand sah keinen einzigen Grund, der darauf hindeutete, dass die Waffe ein geeignetes Mittel für die europäische Sicherheit darstellte und machte dies Anfang September 1977 in einer Stellungnahme deutlich. Darin äußerte der internationale Sekretär Harry van den Bergh die Bedenken der Parteispitze und nannte sechs Argumente, die er gegen die Neutronenbombe ins Feld führte: die Absenkung der Atomschwelle, die Verstärkung des atomaren Rüstungswettlaufs, die Verzögerung der Wiener MBFR-Verhandlungen, die Verschlechterung der Chancen einer quantitativen Abrüstung, das Verrücken des nuklearen Kräfteverhältnisses und die Untergrabung des Vertrauensverhältnisses zwischen Ost und West. In ähnlicher Form brachte kurze Zeit später auch die Fraktion in der Zweiten Kammer ihre Bedenken vor.¹⁵⁵ Mit dem Unmut über die amerikanischen Pläne einher gingen bei Piet Dankert Zweifel an den Glauben in die Sicherheitsgarantie des atlantischen Verbündeten. Seine Besorgnis ließ er in einer deutlichen Aussage durchblicken, als er davon sprach, dass die „Sicherheit Amerikas nicht die unsere ist“.¹⁵⁶ In vergleichbarer Weise wie Egon Bahr meldete der Sicherheitsexperte der PvdA Bedenken am Vorgehen der USA an und nahm mit seinem Hinweis die Sorgen Schmidts um eine mögliche Sicherheitslücke in Europa auf.

Zurückhaltender klangen die Stimmen von der Regierungsbank. In einer Stellungnahme vom 22. Oktober 1977 machten die beiden Minister Van der Stoel und Stemerdink zwar deutlich, dass eine Ausbreitung des nuklearen Waffenarsenals in Europa dem Ziel des Kabinetts Den Uyl, die Rolle der Kernwaffen in ihrer Gesamtheit zurückzudrängen, absolut widersprach. Mit dem Hinweis auf den fehlenden Einblick in die tatsächlichen Kräfteverhältnisse zwischen Ost und West wollte man eine Einführung der Neutronenwaffe allerdings auch nicht um jeden Preis ausschließen und lavierte sich so geschickt an einer endgültigen Entscheidung vorbei. In Zeiten des Übergangs – bereits seit Mai 1977 liefen die Koalitionsverhandlungen zwischen PvdA, CDA und den

¹⁵⁴ Der IKV verfügte auch über zahlreiche Kontakte in osteuropäische Staaten und engagierte sich in der DDR. Vgl. hierzu GRAAF, *Over de muur*, a.a.O.

¹⁵⁵ Vgl. VERKUIL, I.D., *De grote illusie. De Nederlandse vredesbeweging na 1945*, Utrecht 1988, S. 79; vgl. auch SMITS, *De bom in de vuist*, a.a.O., S. 168.

¹⁵⁶ Zit. n. SCHAPER, B.W., *Het buitenlandse beleid van de PvdA. Een historische verkenningstocht*, in: *Socialisme en Democratie*, 4 (1983), S. 17-23, S. 21.

anderen Parteien – sah man zudem von einer allzu deutlichen Stellungnahme ab.¹⁵⁷ Die defensive Haltung der beiden Minister orientierte sich weitgehend an der taktischen Marschroute, die die Verteidigungsminister in der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) Anfang Oktober 1977 im italienischen Bari beschlossen. Das höchste Beratungsgremium der NATO in nuklearen Fragen kam überein, dass die Waffe zwar durchaus militärische Vorteile biete, der Beschluss über ihre Einführung aber in Anbetracht der starken Unruhe innerhalb der Bevölkerung auf unbestimmte Zeit verschoben werden müsse. Daher ließ man sich auch nicht vom Hinweis des auf eine schnelle Entscheidung drängenden amerikanischen Verteidigungsministers Harald Brown beeindrucken, die Neutronenbombe sei insbesondere für die Sicherheit Westeuropas entworfen worden.¹⁵⁸

Um sich als Partei offensiv in den Aktionismus der Friedensbewegungen einzuschalten und diesen politischen Bereich nicht nur anderen Organisationen zu überlassen, führte die PvdA am 6. November 1977 gemeinsam mit weiteren linken Parteien, dem IKV und der katholischen Friedensbewegung Pax Christi in Utrecht eine Kundgebung durch, auf der man sich gegen die Einführung der Neutronenbombe aussprach. Vor rund 3000 Teilnehmern warnte Harry van den Bergh im Namen seiner Partei vor dem Einsatz der Waffe und der Gefahr eines möglichen Nuklearkrieges in Europa.¹⁵⁹ Während die Sozialdemokraten in den Niederlanden mit ihrer öffentlichen Veranstaltung begannen, sich frühzeitig als Aktivposten der Friedensbewegung herauszubilden, die mit Gruppierungen der verschiedenen Kirchen und Beteiligungen anderer Parteien auf mehreren Schultern verteilt war, blieb die SPD in ihrem friedenspolitischen Aktionsradius in der Wirkung nach außen erstaunlich passiv. Wenn es Bahr auch zweifellos gelungen war, die öffentliche Debatte mit seinen kritischen Einwänden auf das Thema Nachrüstung und damit indirekt auf seine Partei zu lenken, so war Helmut Schmidt als Regierungschef bemüht, die SPD in einer Zeit, in der die internationale Entspannung ins Wanken geriet, auf sich selbst zu beschwören: Die „Idee des Friedens“, so sagte er bereits auf dem Hamburger Parteitag im Herbst 1977, sei „die einzige Ideologie [...], von der wir uns in unserer Außenpolitik leiten lassen dürfen“.¹⁶⁰ Der PvdA fiel es als Oppositionspartei einfacher, sich an die Spitze gesellschaftlicher Bewegungen zu setzen als der Regierungspartei SPD. Schmidts Wirken als zweiter

¹⁵⁷ Vgl. HELLEMA, *Buitenlandse politiek van Nederland*, a.a.O., S. 291.

¹⁵⁸ Vgl. SMITS, *De bom in de vuist*, a.a.O., S. 168f.

¹⁵⁹ Vgl. VERKUIL, *De grote illusie*, S. 79; vgl. auch ebd., S. 169.

¹⁶⁰ Zit. n. LONGERICH, *Die SPD als „Friedenspartei“*, a.a.O., S. 327f.

Vorsitzender war daher in dieser Phase durch die Gratwanderung geprägt, der SPD in ihrem Selbstverständnis als Partei der Entspannung und des Friedens eine Perspektive zu bieten, die ihr half, auch abseits der Zwänge des Regierens den rüstungspolitischen Initiativen des Bundeskanzlers folgen zu können: „Die ganze Welt weiß sehr genau, dass die Entspannungspolitik zu einem wichtigen Teil den deutschen Sozialdemokraten und unserem Koalitionspartner verdankt wird. Ost und West rechnen auf ihre Fortsetzung. Ohne sozialdemokratische Führung wäre dies aber undenkbar“, warnte er und machte zugleich unterschwellig deutlich, dass diese Politik nur unter seinem Kurs fortgesetzt werden könnte.¹⁶¹ So erhielt er die Rückendeckung der SPD-Bundestagsfraktion für den Plan des amerikanischen Präsidenten Carter, der Ende November 1977 auch als Reaktion auf Schmidts Londoner Rede vorgeschlagen hatte, auf die Aufstellung der Neutronenbombe zu verzichten, falls die Sowjetunion im Gegenzug bereit wäre, die Stationierung der eurostrategischen SS-20-Raketen aufzugeben. Schmidt kostete die Zustimmung in den eigenen Reihen Mühe und Überzeugungskraft, die sich auszuzahlen begann, als er Anfang Februar 1978 das amerikanische Junktim bejahen konnte.¹⁶²

Im Verlauf dieser rüstungspolitischen Debatte zeichnete sich ab, dass die SPD als Regierungspartei dem inneren Druck ausgeliefert war, sich aus Gründen des Machterhalts hinter die Politik ihres Kanzlers zu scharen, indes die PvdA imstande war, ihre nach der Rückkehr auf die Oppositionsbänke im Dezember 1977 gewonnene Flexibilität als politische Gunst zu nutzen. So forderte der ehemalige Verteidigungsminister und nun einfache Abgeordnete Stemerding gemeinsam mit Vertretern der progressiven Parteien D'66 und PPR in einem parlamentarischen Antrag im Februar 1978, die Regierung möge sich gegen die Einführung der Neutronenbombe in den Niederlanden aussprechen und diesen Beschluss den NATO-Partnern in aller Deutlichkeit kundtun. Was Stemerding selbst im Kabinett Den Uyl in den letzten Regierungsmonaten nicht mehr zu erreichen gewillt war, wurde jetzt dank eigener Ungebundenheit und mit Blick auf die Stimmung innerhalb der Bevölkerung vom neuen Ministerpräsidenten Dries van Agt (CDA) und seiner Koalition mit der VVD gefordert. Zwei Monate später, Anfang April 1978, zog Präsident Carter jedoch selbst einen Schlussstrich unter das Streitthema. Er stellte die Entscheidung zur Einführung und Produktion der Neutronenwaffe auf unbestimmte Zeit aus und nahm ein Thema von der

¹⁶¹ Zit. n. ebd., S. 327.

¹⁶² Vgl. WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, a.a.O., S. 353.

politischen Agenda, das die westeuropäische Gesellschaft für ein knappes Jahr wesentlich aufgewühlt hatte.¹⁶³

Auch in den beiden Parteien hatte die Sicherheitspolitik auf diese Weise einen ganz neuen Stellenwert erhalten und ihre inneren Strukturen unausbleiblich beschäftigt. Ein Prozess, in dem die niederländischen Sozialdemokraten schnell Bande zu einer aktiven, auf breiten Säulen stehenden Friedensbewegung knüpften, während sich die SPD als deutsche Regierungspartei defensiver verhielt und zu einem Vakuum beitrug, das die sich herausbildenden Grünen mit ihrem impulsiven Eintreten für eine aktive Friedenspolitik nutzen sollten. Nur langsam setzte sich insbesondere bei der deutschen Sozialdemokratie die Erkenntnis durch, dass in der unter Willy Brandt begonnenen Entspannungspolitik kein selbstverständlicher Automatismus lag. Helmut Schmidt war mit der Londoner Rede der Zeit aber auch den beiden Parteien voraus, stieß mit seinem Vorpreschen aber keineswegs auf ungeteilten Beifall. Der international angesehene Regierungschef bewies mit seinem nachdrücklichen Einsatz, dass für ihn die Sicherheit des Landes vor der Parteiräson lag. Der SPD, die sich selbst traditionell als „Friedenspartei“ begriff, konnte diese Entwicklung nur missfallen. Notgedrungen folgte sie aufgrund der für notwendig erachteten Unterstützung der Linie des Bundeskanzlers.¹⁶⁴

Die PvdA war dagegen als neue Oppositionspartei befließigt, ihr außenpolitisches Profil nach innen und außen zu schärfen und eindeutig Stellung zu beziehen. Nach der breiten Übereinstimmung in der ablehnenden Haltung gegenüber den Neutronenwaffen galt es, Partei und Fraktion in ihren jeweiligen Grundansichten möglichst auf einer Wellenlänge zu halten. Ein Parteikongress am 10. und 11. Februar 1978 in Den Haag hinterließ beim Beobachter allerdings nicht den Eindruck, dass die Partei an einem Strang ziehen würde. Peter Ruthmann, der als Referent der Abteilung internationale Beziehungen für den SPD-Vorstand vor Ort weilte, berichtete von „chaotischen Zustände[n]“ auf einem Parteitag, der „in seinem Ablauf eher einem Universitätsseminar“ ähnele. Auf den deutschen Besucher wirkte befremdend, dass sich die extrem linken Flügel aus den Städten Amsterdam und Groningen „stramm anti-europäisch, anti-deutsch“ präsentierten und die EG als „kapitalistisch“ charakterisierten. Auch auf außenpolitischem Terrain brachte der Beobachter keine neuen Erkenntnisse mit nach Bonn: „Die linken Parteibeirke stellten abwechslungsweise die weitgehendsten

¹⁶³ Vgl. SMITS, *De bom in de vuist*, a.a.O., S. 172f.

¹⁶⁴ Vgl. DRÖGEMÖLLER, *Die zwei ungleichen Schwestern*, a.a.O., S. 104.

Änderungsanträge mit dem Ergebnis, dass der Kongress in allen Fällen wenigstens die Minimalpositionen der Linken billigte, in einigen Fällen aber auch extreme Beschlüsse fasste (einseitige Abrüstung, Auflösung des NATO-Militärbündnisses).“ Die PvdA hinterließ im Gesamteindruck das Bild einer Partei, der eine ordnende, wegweisende Hand zu fehlen schien, und die insbesondere den realen außenpolitischen Anforderungen nicht gerecht wurde: „Es ist sicherlich nicht übertrieben zu behaupten, dass der Parteivorstand keine erkennbare Strategie [...] hatte“, notierte Ruthmann in seinen Aufzeichnungen.¹⁶⁵ In dieses unter deutschen Sozialdemokraten bekannte Schema einer radikal wirkenden Schwesterpartei passte die bereits auf früheren Veranstaltungen geäußerte und in Den Haag erneut beanstandete Kritik, die SPD setze sich zu wenig für die demokratischen Grundrechte in der Bundesrepublik ein und betreibe zudem eine falsche Außen- und Wirtschaftspolitik.¹⁶⁶

Die von der niederländischen Parteiführung ins Auge gefasste Konzentration auf ein zu präzisierendes außenpolitisches Erscheinungsbild und die offensichtlichen Unstimmigkeiten zwischen den linken Parteigliederungen und den Eliten der Partei wie Fraktionsmitgliedern und ehemaligen Ministern sollten in einer Kommission aufgegriffen werden. Diese setzte sich zum einen aus den bekannten Strategen wie den erfahrenen Ex-Ministern Max van der Stoep und Bram Stemerink, andererseits aus Vertretern der Linken wie dem neuen internationalen Parteisekretär Wim Bogaard (1977-1979) und der Außenpolitikerin Sonja van der Gaast zusammen. Die Leitung dieser Expertengruppe übernahm nach der Formierung Mitte des Jahres Relus ter Beek, der sich als Mitglied der Zweiten Kammer ebenfalls auf die Sicherheitspolitik konzentrierte. In der Konsequenz völlig verschiedener, zum Teil gegensätzlicher Meinungen und Ansichten wurden dem Parteivorstand seitens dieses Gremiums gleich zwei Konzeptionen zukünftiger sozialdemokratischer Friedens- und Verteidigungspolitik vorgelegt. Als die beiden ausgearbeiteten Alternativen im November 1978 in die öffentliche Debatte kamen, zeigte sich einmal mehr, dass die Partei außenpolitisch gespalten blieb. Vertraten die Befürworter der ersten Version bekannte Standpunkte der Neuen Linken – die Forderung nach kernwaffenfreien Niederlanden, eine *no-first-use*-Erklärung der NATO und eine generelle Ablehnung der Modernisierung taktischer Atomwaffen in Europa –, so sprach sich die zweite Gruppe ebenso traditionell für die Kontinuität in den atlantischen Beziehungen und für die

¹⁶⁵ AdSD, *Willy-Brandt-Archiv*, Nr. 30 (SPD-Parteivorsitzender), Aufzeichnung von Peter Ruthmann zum Parteitag der PvdA am 10./11. Februar 1978 in Den Haag.

¹⁶⁶ Ebd.

Beibehaltung der Abschreckungsstrategie aus. Die beiden ehemaligen Ministerkollegen Van der Stoel und Stemerding blieben – als Anhänger der zweiten Option – ihrer Linie weitgehend treu und kritisierten am Alternativvorschlag das versteckte Plädoyer für einen NATO-Austritt.¹⁶⁷ Damit wiesen sie nachträglich die im Frühjahr getroffenen Parteitagsbeschlüsse zurück. Ihr Verständnis speiste sich ähnlich wie bei Schmidt aus den Sorgen um eine mögliche Sicherheitslücke, die in Europa und für das eigene Land drohte: „Für viele westeuropäische Länder, ganz sicher für die Bundesrepublik und Frankreich, würde ein einseitiger Rückzug [...] [der] taktischen Atomwaffen aus Westeuropa als faktische Beendigung der amerikanischen nuklearen Garantie für Westeuropa angesehen“, hieß es in dieser Variante des Kommissionsberichtes. Auf den Punkt gebracht, bedeutete dies: „Die Gefahr einer europäischen Atombombe wird dann zweifellos zunehmen – mit allen Konsequenzen, die dazu gehören.“¹⁶⁸

Die Warnung vor den möglichen Folgen nach einem Ausscheren der Amerikaner diente dazu, die *flexible-response*-Strategie im NATO-Verbund als geeignetstes Mittel zum Wohl bisheriger und künftiger europäischer Sicherheit hervorzuheben und für sie zu werben. Gleichzeitig stellte ein Außenpolitiker wie Max van der Stoel erneut unter Beweis, dass er Verständnis für deutsche Sicherheitsinteressen zeigte und als einer von wenigen Ausnahmen seiner Partei den Bundeskanzler unterstützte. Standen weite Kreise der PvdA den Sicherheitsstrategien Schmidts – die Fachexperten Van der Stoel, Dankert und Stemerding einmal ausgenommen – ablehnend gegenüber, so sympathisierten sie mit Standpunkten der SPD-Linken um die späteren Nachrüstungsgegner Erhard Eppler und Oskar Lafontaine und der Jungsozialisten in der Debatte um die Neutronenwaffen. Hier war eine Verbundenheit in der gemeinsamen Ablehnung festzustellen, die sich im Zuge der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss zementierte.

¹⁶⁷ Vgl. SMITS, *De bom in de vuist*, a.a.O., S. 170f.

¹⁶⁸ Zit. n. ebd., S. 171.

6.3 Die große Kontroverse um die Nachrüstung: Zwischen Modernisierungsbeschluss und dem deutschen Regierungswechsel (1979-1982)

6.3.1 Der sicherheitspolitische Entscheidungsprozess in beiden Parteien

Zu den wachsenden Sorgen, die sich Helmut Schmidt um die innere Meinungsbildung der SPD machte, kam die ernüchternde weltpolitische Gesamtentwicklung. Der Quell seines Unbehagens resultierte aus dem Umstand, dass die Mittelstreckenraketen in den Gesprächen zwischen Moskau und Washington nicht zur Verhandlungsmasse gehörten und die Wiener MBFR-Verhandlungen zu einer vollständigen Stagnation führten. Die sowjetische Aufrüstung ging unaufhörlich weiter, indes die Amerikaner bei den laufenden SALT II-Konsultationen keine ernsthaften Anstalten unternahmen, an diesem Zustand Veränderungen vorzunehmen. „Meine Besorgnis nahm zu, und ich lag beiden Weltmächten mit diesem Problem in den Ohren, ohne wirklich Gehör zu finden“, schrieb Schmidt in seinen Memoiren.¹⁶⁹

Aus der Sicht des Bundeskanzlers war ein zügiger Handlungsbedarf der westeuropäischen Partner erforderlich, die nach seinen Vorstellungen aus eigenem Antrieb tätig werden mussten.¹⁷⁰ Ein erneutes Debakel wie bei der Diskussion um die Strahlenwaffen sollte unter allen Umständen vermieden werden. Aus dem Weg zu räumen galt es vor allem die erheblichen Diskrepanzen, die im Rahmen dieses Entscheidungsprozesses zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Partnern zum Vorschein gekommen waren. Denn Präsident Carter hegte insgeheim die stille Hoffnung, sich im Fall einer ablehnenden Haltung der Europäer gegenüber der Neutronenwaffe eines für ihn auch innenpolitisch lästig gewordenen Themas zu entledigen und die Partner für das Scheitern verantwortlich zu machen. Diese Strategie versuchte der deutsche Bundeskanzler mit allen Kräften zu verhindern, um sich des möglichen Eindrucks zu erwehren, der Bundesrepublik könne die Entscheidung über die Neutronenwaffen zugeschoben werden. Entscheidend für die folgenden rüstungspolitischen Diskussionen rund um den Doppelbeschluss blieb Schmidts Standpunkt, den er in der Debatte um die Neutronenwaffen 1977/78 eingenommen hatte. Sein Plädoyer für eine kollektive Entscheidung des NATO-Bündnisses über die Stationierung in mindestens einem weiteren Land überwachte als oberster Grundsatz und spielte auf Bündnisebene eine wesentliche Rolle. Denn der Kanzler hatte mit seinen

¹⁶⁹ SCHMIDT, *Menschen und Mächte*, a.a.O., S. 99.

¹⁷⁰ Vgl. SCHÖLLGEN, *Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow*, a.a.O., S. 361.

Vorstellungen frühzeitig deutlich gemacht, dass die Bundesrepublik weder eine nukleare Achse mit den USA bilden, noch in eine singuläre Rolle geraten wollte.¹⁷¹ Um den Gedankenaustausch zu strategischen und politischen Grundfragen zu fördern und ähnliche Missverständnisse wie in der Neutronenwaffendiskussion zu vermeiden, kam es im Januar 1979 zu einem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik. Das bisherige Zögern des amerikanischen Präsidenten und sein lapidarer Verweis, die SS-20-Raketen stellten keine neue qualitative Gefahr dar, sollten im Rahmen dieses internen Gesprächszirkels aufgegriffen werden, um die nukleare Überlegenheit der Sowjets in Europa möglicherweise doch in den laufenden SALT-Verhandlungen zu klären.¹⁷² Das angenehme Umfeld des Tagungsorts auf der französischen Karibikinsel Guadeloupe schien der richtige Ort, wie es sich der Gastgeber, Frankreichs Präsident Valéry Giscard d'Estaing, erhoffte, um gemeinsam mit dem amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter, dem britischen Premierminister James Callaghan und dem deutschen Regierungschef eine Gesamtstrategie des Westens zu entwerfen. Carters taktische Vorgehensweise auf dieser Zusammenkunft Anfang Januar 1979 ähnelte in starken Zügen seinem Verhalten in der Neutronenwaffendiskussion. Er verfolgte das Ziel, den deutschen Regierungschef vorab darauf zu verpflichten, der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zuzustimmen, da nur auf diese Weise die Sowjetunion dazu bewegt werden könne, in ernste Verhandlungen über die eurostrategischen Waffen einzutreten. Schließlich sei es auch der Bundeskanzler gewesen, der als erster in öffentlicher Form auf das gefährliche Ungleichgewicht aufmerksam gemacht habe. Schmidt, der laut seinen Aufzeichnungen in den Memoiren angab, auf diesen Vorschlag nicht vorbereitet gewesen zu sein, reichte die Frage mit dem Hinweis weiter, er wolle zunächst die Stellungnahmen der beiden anderen europäischen Regierungschefs als Vertreter von Nuklearmächten abwarten.¹⁷³ Als erster verwies Callaghan darauf, dass man um eine Stationierung wohl nicht umhin kommen werde, diese aber erst bei einem negativen Ergebnis amerikanisch-sowjetischer Verhandlungen über die Begrenzung der Waffen in der Grauzone erfolgen könne. D'Estaing pflichtete seinem britischen Kollegen bei, nicht ohne auf einen für den späteren Verlauf entscheidenden Zusatz zu verzichten: Die Sowjetunion sei durch ihren Vorsprung bei der SS-20-Rüstung in der besseren Ausgangsposition und könne etwaige Verhandlungen endlos in die Länge ziehen. Daher

¹⁷¹ Vgl. LINK, *Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt*, a.a.O., S. 314f.

¹⁷² Vgl. HACKE, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, a.a.O., S. 235ff.

¹⁷³ SCHMIDT, *Menschen und Mächte*, a.a.O., S. 231.

forderte er eine zeitliche Begrenzung der Konsultationen mit Moskau, um von Anfang an die Entschlossenheit deutlich zu machen. Falls nach der abgelaufenen Frist kein positives Verhandlungsergebnis stehe, müssten die amerikanischen Mittelstreckenraketen stationiert werden. Diesem Vorschlag stimmte Helmut Schmidt zu, wie er in seinen *Erinnerungen* festhielt: „Mir war klar, das ein solcher Schritt zu Hause in Europa und in meiner eigenen Partei nicht auf ungeteilte Zustimmung stoßen würde. Ich war aber von der Notwendigkeit eines Gleichgewichtes gerade in der Grauzone seit langem überzeugt; ich wollte seit langem, dass darüber zwischen West und Ost verhandelt werde.“¹⁷⁴ Er war ebenfalls sicher, dass derartige Verhandlungen ohne ein „westliches Faustpfand“ erfolglos bleiben würden, sah aber gleichzeitig auch die Gefahr der sowjetischen „Propagandamaschine“, die ihre Anstrengungen wohl vor allem auf Deutschland konzentrieren würde. Deshalb hob der Kanzler wie bei früheren Diskussionen erneut hervor, dass die Bundesrepublik nicht das einzige Land für eine Stationierung bleiben dürfe, sondern auch andere europäische Bündnispartner zur Verfügung stehen müssten.¹⁷⁵

Ein Appell, der sich auch an die Niederlande richtete und den Ursprung für das Interesse bildete, mit dem Schmidt künftig die dortige nationale Sicherheitspolitik und die der Schwesterpartei PvdA noch genauer verfolgte. Obwohl die Richtung nun vorgegeben war, ging das Gipfeltreffen ohne einen endgültigen Beschluss zu Ende. Während Präsident Carter bei seiner Bedingung blieb, die Bundesrepublik müsse zunächst eine definitive Zusage geben, ehe Gespräche mit der Sowjetunion beginnen sollten, sah Schmidt noch erheblichen Klärungsbedarf für die politischen Voraussetzungen eines derartigen Stationierungsbeschlusses. Neben der Vorgabe, sein Land dürfe nicht das einzige Stationierungsland bleiben, legte der deutsche Regierungschef Wert auf eine rüstungskontrollpolitische Lösung des Gleichgewichtsproblems. Auf diese Weise hoffte Schmidt, nicht nur die Unterstützung des Parteivorsitzenden Brandt und des Fraktionsvorsitzenden Wehner zu gewinnen, sondern auch die Mehrheit seiner Partei. Um das künftige Prozedere abzustecken, legten die vier Regierungschefs an ihrem Verhandlungsort fest, die noch nicht eindeutig gelösten Fragen in bilateralen Gesprächen zu klären. In diesen sollte es darum gehen, neben der Bundesrepublik und Großbritannien weitere NATO-Staaten – in Frage kamen vor allem Italien, Belgien und die Niederlande – von einer Stationierung zu überzeugen.

¹⁷⁴ Ebd., S. 232.

¹⁷⁵ Vgl. ebd., S. 231f.

Dass sich Frankreich in Anbetracht der weiterhin existierenden Doktrin De Gaulles hinsichtlich seiner nuklearen Autonomie nicht beteiligen würde, stand im Grunde von vornherein fest.¹⁷⁶

Auch wenn die definitive Entscheidung in Guadeloupe ausblieb, war am späteren NATO-Doppelbeschluss mit einer zeitlichen Begrenzung der Verhandlungen nicht mehr zu rütteln. Diese zweite Geburtsstunde nach Schmidts Londoner Initiative wirkte sich weltpolitisch nicht nur erheblich auf die Beziehungen zur Sowjetunion aus, sondern besaß weitreichende Folgen für den Meinungsbildungsprozess innerhalb der beiden Parteien. Die für die Sicherheitspolitik und das militärische Ungleichgewicht inzwischen sensibilisierte SPD schaute mit wachsamem Blick, wie sich ihr Bundeskanzler auf dem internationalen Parkett verhielt. Auch in den Reihen der PvdA wurde der Blick auf das Ausmaß von Guadeloupe gerichtet, zumal nun die Möglichkeit, die Niederlande könnten eines der Länder sein, in dem die neuen Waffen in Stellung gebracht würden, noch stärker ins Bewusstsein rückte.

Die vorhandene Schnittmenge ob der Sorgen über die folgenden sicherheitspolitischen Herausforderungen und der gewünschte Austausch gemeinsamer und unterschiedlicher Standpunkte führten am 21. Januar 1979 – nur knapp drei Wochen nach dem Vierertreffen auf der französischen Karibikinsel – zu einer Zusammenkunft von Parlamentariern beider Parteien in Den Haag. Auf deutscher Seite nahm fast die gesamte Sicherheitsgruppe der Bundestagsfraktion mit ihrem rüstungspolitischen Sprecher Alfons Pawelczyk an der Spitze teil; die niederländischen Gastgeber boten mit Max van der Stoep, Piet Dankert, Bram Stemerding und Harry van den Bergh ein Gremium ihrer wichtigsten Experten auf. In dieser Runde exponierter Außenpolitiker zeichnete sich schnell ab, dass beide Delegationen trotz ihrer gemeinsamen politischen Grundrichtung als Sozialdemokraten vor allem zwei unterschiedliche Länder und damit auch unterschiedliche Positionen vertraten. „Auf deutscher Seite wurde der Nachdruck mehr auf die fortschreitende Rüstung des Warschauer Paktes gelegt als auf niederländischer Seite. [...] Dabei wurde auch deutlich, dass sich Westdeutschland als ‚Frontstaat‘ stärker bedroht fühlt als zum Beispiel die Niederlande“, hieß es im Abschlussbericht der niederländischen Gastgeber.¹⁷⁷ Pawelczyk betonte als Wortführer der deutschen Gäste, dass man in keinem Fall einer niederländischen Initiative zum

¹⁷⁶ Vgl. LINK, *Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt*, a.a.O., S. 317f; vgl. auch HAFTENDORN, *Sicherheit und Entspannung*, a.a.O., S. 244.

¹⁷⁷ IISG, *Archiv der PvdA-Fraktion in der Zweiten Kammer*, Nr. 342, Abschlussbericht zum Treffen mit der SPD am 21. Januar 1979 in Den Haag.

einseitigen Abbau von Nuklearwaffen folgen würde, und es ebenso unannehmbar sei, dass sich die Bundesrepublik zu einem Waffenarsenal der USA entwickelt. An dieser Stelle wiederholte der SPD-Vertreter eines der Hauptanliegen Schmidts, wonach bei einer Modernisierung nicht alle Waffen auf deutschem Grundgebiet stationiert werden könnten. Vor dem Hintergrund ihrer Stellungnahmen präsentierten sich die deutschen Sozialdemokraten auf Regierungslinie und stützten im Ausland den Kurs des Bundeskanzlers, ohne direkten Anstoß an den Ereignissen von Guadeloupe zu nehmen. Im Gegenzug war die PvdA ebenfalls bestrebt, ihre bekannte Skepsis an den Nachrüstungsbestrebungen deutlich zu machen.

Der für sein Verständnis bezüglich deutscher Sicherheitsinteressen bekannte Max van der Stoel erkannte zwar das Problem der Sicherheitslücke, hielt sich mit zustimmenden Worten aber bedeckt. Im Kielsog der SALT-II-Konsultationen sah er zwei mögliche Entwicklungen auf den Entspannungsprozess zukommen: „Entweder beginnt der Westen mit der Modernisierung des Nukleararsenals, oder er beginnt mit Verhandlungen über einen Folgevertrag (SALT III) und wartet mit der Modernisierung.“ Der ehemalige Außenminister plädierte in diesem Kreis mit Nachdruck für die Fortführung weiterer Gespräche und wollte die mögliche Notwendigkeit einer Nachrüstung zunächst einmal einer kritischen Analyse unterziehen. Für Van der Stoel war das Verhandlungspotential schlichtweg noch nicht ausgereizt. Dem entgegnete Pawelczyk, dass die Bundesrepublik den SALT-II-Gesprächen positiv gegenüberstehe, der Westen sich aber mehrere Optionen offen halten müsse. „Die Realität ist doch, dass die Sowjetunion [...] die Mittelstreckenrakete SS-20 entworfen und in Produktion genommen hat, und der Westen dem noch nichts gegenüber gestellt hat.“¹⁷⁸

Die zwischenparteilichen Fronten waren mit diesem Gespräch weitgehend geklärt: Präsentierte sich Van der Stoel – auch in inhaltlicher Anlehnung an seine Partei – als distanzierter Beobachter der Nachrüstooption, so vertrat Pawelczyk im Namen der SPD die Regierungspolitik Helmut Schmidts, dessen Sorgen vor einer europäischen Grauzone er in Den Haag kundtat. Setzte Van der Stoel vor allem auf zu intensivierende Verhandlungen mit der Sowjetunion und auf eine Art Verzögerungstaktik gegenüber einer endgültigen Entscheidung für oder gegen die Nachrüstung, sprach sich Pawelczyk für eine Reaktion des Westens und insofern für eine schnellere Lösung des militärischen Ungleichgewichts aus. Auf diese Weise unterstützte er die sich seit Guadeloupe

¹⁷⁸ Ebd.

abzeichnende Marschroute des atlantischen Bündnisses auf dem Weg zu einem Modernisierungsbeschluss.

Das Verhalten von Max van der Stoel war allerdings kein Indiz dafür, dass er nicht wie bisher Verständnis für die deutschen Sicherheitsfragen aufbrachte.¹⁷⁹ Wie nah er trotz seiner abwartenden Haltung den Grundansichten Helmut Schmidts war, stellte er auf einer Konferenz der Niederländischen Gesellschaft für Internationale Angelegenheiten (NGIZ) im Januar 1979 unter Beweis: „Hinsichtlich der NATO fällt auf, dass in der niederländischen Diskussion über die Sicherheitsproblematik deutsche Aspekte zumeist völlig übersehen werden. So verlangt der Interkirchliche Friedensrat, dass die Niederlande die Kernwaffen von ihrem eigenem Boden beseitigen – in der Hoffnung, dass andere Länder diesem Beispiel folgen werden“, so Van der Stoel: „Man vergisst aber, dass bei unseren östlichen Nachbarn die Drohung aus dem Osten auf viel ernstere Weise erfahren wird als in den Niederlanden, und dass der einzige Effekt eines niederländischen Beschlusses in diesem Sinn vermutlich dazu führen wird, dass sich in der Bundesrepublik noch mehr Kernwaffen auftürmen werden.“¹⁸⁰ Der Außenexperte der PvdA sah das eigene niederländische Sicherheitsbedürfnis beeinträchtigt, falls die Bundesrepublik militärisch aufgerüstet werden sollte.

Einen geschärften Blick auf das Nachbarland warf einige Wochen später auch Piet Dankert, als er sich im gleichen Kreis Gedanken über die deutsche Teilung und die westdeutsche Sicherheit machte. Die Bundesrepublik habe mehr als jemals zuvor ihren Platz in der Welt gefunden und Guadeloupe sei hierfür ein gutes Beispiel. „Es gibt also nach meiner Auffassung in der Bundesrepublik augenblicklich keinen Bedarf für einen Alleingang – es ist vielmehr der Wille an einer verstärkten Zusammenarbeit mit anderen, einem Ausbau der Zusammenarbeit auf Gebieten der internationalen Politik außerhalb des direkten Ost-West-Verhältnisses, festzustellen [...]“¹⁸¹ Diese positive Einschätzung hing mit dem politischen Wirken Helmut Schmidts zusammen, dem

¹⁷⁹ In einem Interview mit dem sozialdemokratischen Rundfunksender VARA sagte Max van der Stoel am 21. Januar 1979 über das Treffen mit den SPD-Parlamentariern: „Ich habe eine Reihe von Punkten feststellen können, bei denen unsere Meinungen sich decken.“ Ihm sei aufgefallen, dass beide Seiten der Ansicht waren, es müsse jetzt so schnell wie möglich mit der Sowjetunion verhandelt werden, um einem neuerlichen atomaren Wettrüsten in Europa vorzubauen. Entnommen dem AdSD, ZASS III.

¹⁸⁰ STOEL, M. VAN DER, *Duitsland – een lastig vaderland*, in: NEDERLANDS GENOOTSCHAP VOOR INTERNATIONALE ZAKEN (Hrsg.), *In de schaduw van Duitsland*, Baarn 1979, S. 73-83, S. 82.

¹⁸¹ DANKERT, P., *De Duitse deling en de Westduitse veiligheid*, in: NEDERLANDS GENOOTSCHAP VOOR INTERNATIONALE ZAKEN (Hrsg.), *In de schaduw van Duitsland*, Baarn 1979, S. 112-119, S. 114; Zitat S. 116. Dieser Vortrag wurde im März 1979 ebenfalls auf einer Konferenz der NGIZ in Den Haag gehalten. Vgl. auch DANKERT, P., *De Duitse deling en de Westduitse veiligheid*, in: *Socialisme en Democratie*, 6 (1979), S. 284-290.

Dankert einen festen Entspannungswillen abnahm und ihm somit einen niederländischen Vertrauensbeweis ausstellte. Allerdings zeigte sich das Mitglied der Zweiten Kammer ähnlich wie der Parteikollege Max van der Stoel skeptisch, ob die Nachrüstung das richtige Mittel auf diesem Weg sei. Er, Dankert, teile die Befürchtungen keines geringeren als Herbert Wehners, der vor den Folgen einer Raketenstationierung strategischer Reichweite für die westdeutschen Verträge mit Osteuropa gewarnt hatte: Die Nachrüstung, so Wehner, würde das Ende der Ostpolitik bedeuten.¹⁸² Dankert nahm Bezug auf einen Artikel in der *Neuen Gesellschaft*, in dem ausgerechnet der mächtige SPD-Fraktionsvorsitzende seinem Unmut Luft machte: „Es entspricht nicht der realen Lage der Bundesrepublik, mit der vorgeblichen Notwendigkeit zusätzlicher Waffensysteme zu argumentieren und dabei die Gefahr heraufzubeschwören, dass die Bundesrepublik zum Träger solcher zusätzlicher Waffen gemacht würde, statt die Kräfte des Bündnisses in die Waagschale von Rüstungsbegrenzung und Rüstungsabbau zu bringen“, schrieb Wehner im Februar 1979.¹⁸³ Richteten sich seine kritischen Worte vor allem in Richtung des CDU-Verteidigungsexperten Manfred Wörner, der sich dafür aussprach, Nuklearwaffen „möglichst“ in allen NATO-Staaten zu stationieren, weil die Bundesrepublik sonst Gefahr laufe, „isoliert zu werden“, so konnten sie auch als Seitenhieb auf den Bundeskanzler verstanden werden.¹⁸⁴ Eine erste Krise zwischen SPD und Bundesregierung, in der Verteidigungsminister Apel und Außenminister Genscher den Kurs Schmidts unterstützten, stand bevor.

Das unmissverständliche Auftreten der SPD-Delegation bei ihrem Besuch in den Niederlanden ließ sich im Nachhinein so lesen, dass es viel mit tatsächlicher Überzeugung, aber auch einiges mit der nötigen Loyalität für den Regierungschef zu tun hatte. Denn so eindeutig, wie sich die deutschen Vertreter in Den Haag präsentiert haben mögen, war die Lage der eigenen Partei daheim nicht. In einem Interview mit dem Deutschland-Korrespondenten des *NRC Handelsblad*, Ben Knapen, legte Wehner Anfang Februar 1979 nach: „Verhandeln statt sich immer wieder Zahlen vorzuhalten“, forderte er in Richtung atlantisches Bündnis: „Es gibt in den letzten zwei Jahren keine einzige Rede von Breschnew, in der dieser nicht über das Gleichgewicht der Kräfteverhältnisse gesprochen hat und dass man dieses Gleichgewicht auch herstellen

¹⁸² Zit. n. ebd., S. 116.

¹⁸³ WEHNER, H., *Deutsche Politik auf dem Prüfstand*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 2 (1979), S. 92-94, S. 93.

¹⁸⁴ Zit. n. ebd.

müsse.“¹⁸⁵ Das waren in ihrem Kern Aussagen, die in den Reihen der niederländischen Sozialdemokraten alles andere als auf taube Ohren stießen. Die Tatsache, dass eine gewichtige Persönlichkeit innerhalb der SPD wie Herbert Wehner auf Verhandlungen mit Moskau setzte und die Nachrüstung wenn möglich vermeiden wollte, entsprach vom Grundsatz der Riege etablierter PvdA-Außenpolitiker. Diese zollten dem rüstungskontrollpolitischen Ansatz Helmut Schmidts und seinem Eintreten für deutsche Belange zwar Respekt, sahen aber die in Guadeloupe angesprochene und dem eigenen Land womöglich drohende Raketenstationierung als Gefahr ihrer politischen Prinzipien und als Aufhänger für schwere Proteste der PvdA-Führung.

Das gemeinsame Treffen in Den Haag, die außenpolitischen Konferenzen mit den eigenen Vertretern und nicht zuletzt Wehners Äußerungen zumal in einer der renommierten niederländischen Tageszeitungen erzeugten vor dem Hintergrund der aufgekommenen Modernisierungsdebatte unter den niederländischen Sozialdemokraten ein Klima, in dem man sich noch stärker mit der Schwesterpartei SPD und ihren sicherheitspolitischen Ansichten auseinandersetzen wollte. An diesem in Gang gekommenen Prozess beider Parteien beteiligte sich nun auch der in sicherheitspolitischen Belangen eher zurückhaltendere Joop den Uyl. In einem Brief an den SPD-Vorsitzenden Brandt sprach sich der Vordermann der PvdA für eine Fortsetzung des Dialogs mit den deutschen Parteifreunden aus. Gerne würde er einmal mit dem SPD-Vorsitzenden und eventuell auch mit Herbert Wehner über dessen Aussagen in Sachen Atomwaffen sprechen, schrieb er am 22. Februar 1979.¹⁸⁶ Brandt, der sich zu einem Kuraufenthalt in Südfrankreich aufhielt, verwies in seiner Antwort auf den Bundesgeschäftsführer als geeignetem Gesprächspartner: „Was die sicherheitspolitischen Aspekte angeht, so meine ich, dass Du – von der Regierung abgesehen (insofern man von einer Regierung absehen darf) – Dich neben mir und dem Fraktionsvorsitzenden, falls dieser zur Verfügung steht, vor allem an Egon Bahr halten solltest.“¹⁸⁷ Seine vornehme Zurückhaltung und sein süffisanter Hinweis auf die Bedeutung der Regierung zeigte, dass es ihm in dieser schwierigen Frage angebracht erschien, nicht mit der Politik des Bundeskanzlers in Konflikt zu geraten und sich im Hintergrund zu halten. Auch wenn Brandt Verständnis für die Sorgen Schmidts zeigte, schrieb er Jahre später: „Ich hegte allerdings große Bedenken, dass in unserer Zeit ein

¹⁸⁵ KNAPEN, B., *Herbert Wehner en de bewapening in Duitsland*, in: *NRC Handelsblad* v. 3. Februar 1979.

¹⁸⁶ AdSD, *Willy-Brandt-Archiv*, Nr. 15 (SPD-Parteivorsitzender), Brief Joop den Uyls an Willy Brandt v. 22. Februar 1979.

¹⁸⁷ IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Nr. 420, Brief Willy Brandts an Joop den Uyl v. 25. Februar 1979.

deutscher Regierungschef zu hoch greife, wenn er sich in einer strategischen Ost-West-Frage die Führung zutraute.“¹⁸⁸

Für die SPD-Führung galt im Laufe des Jahres 1979, die eigenen Reihen zu schließen und die Partei auf Kurs zu bringen. Das war ohne die feste Unterstützung Herbert Wehners kaum möglich. Entscheidend für den Zusammenhalt an der Parteispitze und die erneute Einbindung des Fraktionsvorsitzenden war ein Treffen am 19. Mai 1979, für das Schmidt mehrere Führungspersönlichkeiten der Partei aus Regierung und Fraktion ins Kanzleramt lud. Im Verlauf dieser Aussprache waren es die wichtigsten Vertreter des Rüstungskontrollflügels, Horst Ehmke, Egon Bahr und Alfons Pawelczyk, die den Kanzler bedrängten, er möge sich beim amerikanischen Präsidenten Carter für eine mehrjährige Verhandlungsrunde mit der Sowjetunion einsetzen, ehe mit einer westlichen Nachrüstung begonnen werden könnte. Ein Vorschlag, den Schmidt dankbar aufnahm, da er diesen Gedanken neben seinem französischen Kollegen D’Estaing schon in Guadeloupe ins Gespräch gebracht hatte. Für die Akzeptanz der Parteispitze gegenüber dem NATO-Doppelbeschluss waren drei Gründe entscheidend: Zum einen sah man die neuen Mittelstreckenraketen als Trumpfkarte des westlichen Bündnisses, zum zweiten setzte man großes Vertrauen in das Vorgehen des Bundeskanzlers bei seinem Einsatz für die Rüstungskontrolle und drittens stand der Erhalt der Regierungsfähigkeit zentral im Vordergrund. In diesem Sinne rückte Herbert Wehner von seinen im Februar getätigten Äußerungen ab, wonach die sowjetische Rüstung defensiv sei.¹⁸⁹ In einem Artikel für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* bemerkte er am 21. Mai 1979: „Ich bin für Verteidigung. Ich bin für das Bündnis. [...] Natürlich dürfen wir keine Lücke im System der Abschreckung einfach verniedlichen oder hinnehmen, die zu einer Fehlkalkulation auf der anderen Seite führen könnte.“¹⁹⁰

Zeichnete sich in den Reihen der SPD zumindest an der Spitze eine zunächst äußerlich weitgehend einhellige Meinung für den Doppelbeschluss ab, so machte sich bei den etablierten Außenpolitikern der niederländischen Sozialdemokratie Unsicherheit über den künftigen sicherheitspolitischen Kurs der Partei breit. Es seien „Zweifel an der Richtigkeit der NATO-Strategie“ aufgekommen, analysierte der internationale Sekretär Maarten van Traa rückblickend.¹⁹¹ Seine These wird von einer Aufzeichnung Piet Dankerts für die Mitglieder der Fraktionskommissionen Auswärtiges und Verteidigung

¹⁸⁸ BRANDT, *Erinnerungen*, a.a.O., S. 355.

¹⁸⁹ Vgl. NOTZ, *Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss*, a.a.O., S. 39f.

¹⁹⁰ Zit. n. ebd., S. 40.

¹⁹¹ TRAA, *Sociaal-democratie en gedeelde veiligheid*, a.a.O., S. 30.

gestützt. In diesem, vermutlich 1979 angefertigten Bericht, bemerkte er: „Ich gehe nicht davon aus, dass innerhalb der Fraktion Einstimmigkeit über eine Strategie gegen Kernwaffen herrscht. Über die Funktion von Kernwaffen als Abschreckungswaffen (Kriegsvermeidung) gibt es große Meinungsunterschiede; zum Teil basierend aufgrund von Wissenslücken.“¹⁹² Das Verhältnis zwischen den verschiedenen Flügeln der Fraktion und der klar positionierten Parteiführung produzierte sich als Beziehungsgeflecht von ähnlichen und zum Teil völlig unterschiedlichen Ansichten. Den Vorsitzenden der Verteidigungskommission, Bram Stemerink, veranlassten die differenten Positionen zwischen den wichtigsten Außenpolitikern der Partei in Den Haag und den höchsten PvdA-Gremien in Amsterdam zu der grundsätzlichen Frage, welche Politik die PvdA in einem möglichen Kabinett aber auch gegenüber ihren ausländischen Schwesterparteien führen müsse. „Wie ist die Beseitigung aller nuklearen Funktionen mit der angestrebten Verbesserung der europäischen Sicherheit zu vereinbaren? Wird die Situation mit einem noch stärkeren Akzent auf die Bundesrepublik und der Konzentration nuklearer Funktionen [...] in deutschen Händen wirklich verbessert?“, spekulierte der ehemalige Verteidigungsminister sorgenvoll.¹⁹³

Auch der folgende Parteitag im April 1979 brachte keinen Aufschluss über den künftigen Kurs. Die starke linke Größe innerhalb der PvdA war zwar nicht in der Lage, wiederum eine Mehrheit für ihren Antrag zum niederländischen NATO-Austritt durchzusetzen, erreichte allerdings, dass der Konvent sich hinter das Vorhaben des IKV stellte.¹⁹⁴ Der Leitsatz „Helft, die Kernwaffen auf der Welt zu beseitigen und lasst uns in den Niederlanden beginnen“ war nun auch offiziell seitens der PvdA auf die politische Agenda gesetzt worden. Dies widersprach den Expertenmeinungen eines Max van der Stoel, der den Beschluss in dieser Form ebenso zurückwies wie Joop den Uyl. Es war kaum zu ignorieren, dass die Schere in der Frage nach Beibehaltung der niederländischen NATO-Mitgliedschaft zwischen den wenigen Außenpolitikern und der großen Masse der Partei immer weiter auseinander ging. Besaßen eine Reihe von Fraktionsmitgliedern samt der ehemaligen Minister einen guten außen- und sicherheitspolitischen Kenntnisstand, mit dem man sich an den Realitäten der internationalen Beziehungen orientierte, fielen weite Teile der Partei und fast der gesamte Vorstand mit dem neu gewählten Vorsitzenden Max van den Berg (1979-1986)

¹⁹² IISG, *Archiv der PvdA-Fraktion in der Zweiten Kammer*, Nr. 375, Aufzeichnung Piet Dankerts für die Mitglieder der Fraktionskommissionen Auswärtiges und Verteidigung (ohne Datum, vermutlich 1979).

¹⁹³ IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 32, Kommentar der Verteidigungskommission der PvdA zum Entwurf des Beschlusses „NATO-Evaluation“ des Parteivorstandes v. 27. März 1979.

¹⁹⁴ Vgl. SMITS, *De bom in de vuist*, a.a.O., S. 176.

vor allem dadurch auf, häufig ‚dagegen‘ sein zu wollen: Gegen die nuklearen Funktionen des Landes und gegen eine mögliche Nachrüstung. Hinzu traten die immer größeren Vorbehalte gegen die NATO insgesamt. Der auch von der PvdA über Jahrzehnte forcierte Grundsatz, was für das atlantische Bündnis gut ist, kann für die Niederlande nicht schlecht sein, war obsolet geworden. Am Ende einigte sich der Parteikonvent auf eine Kompromissformel, die vorsah, eine „kritische NATO-Mitgliedschaft“ zu verfolgen.¹⁹⁵ Tatsächlich aber bröckelte auch in den Reihen der Fraktion die Akzeptanz für das Vorgehen des Bündnisses. Das hing zum einen mit der ablehnenden Haltung weiter Parteikreise, zum anderen mit dem formierten Widerstand der Bevölkerung gegen eine Raketenstationierung zusammen. Eine Entwicklung, die die Sorgen des SPD-Vorstandes bezüglich der Position ihrer niederländischen Parteifreunde wachsen ließen.

Unglücklich wirkten im Mai 1979 zudem Äußerungen, die Joop den Uyl im Rahmen des Europawahlkampfes auf einer Veranstaltung in Amsterdam tätigte. „Wer verhindern will, dass Deutschland erneut zur Brutstätte des Krieges wird, muss die Europäische Gemeinschaft intakt halten“, warnte er vor einer zu großen Handlungsfreiheit der Bundesrepublik. Die Entrüstung beim sozialdemokratischen Koalitionspartner FDP in Bonn war groß. Außenminister Hans-Dietrich Genscher sprach von einer „peinlichen Entgleisung“. Den Uyls und der Abgeordnete Jürgen Möllemann forderte SPD-Chef Brandt auf, eine Klarstellung über diese „ungeheuerliche Behauptung“ herbeizuführen.¹⁹⁶ In einem Gespräch mit dem *Parlamentarisch-Politischen Pressedienst* wies der gescholtene Den Uyl den Verdacht als „Blödsinn“ zurück, er habe Vorurteile gegenüber Deutschland. Vielmehr habe er auf der Veranstaltung jungen kritischen Zuhörern verdeutlichen wollen, „welche politische Bedeutung diese Europäische Gemeinschaft hat, weil sie diese Integration Deutschlands in Europa bewerkstelligt hat“.¹⁹⁷ Handelte es sich folglich nur um ein ärgerliches Missverständnis? Untergegangen war im Zuge der Empörung die positive Botschaft, die der ehemalige Ministerpräsident in seiner Wahlkampfrede an die Adresse der deutschen Schwesterpartei richtete. So trat er nicht nur der Auffassung entgegen, die SPD sei nach

¹⁹⁵ KHA, PvdA-Parteitag 26.-28. April 1979, S. 732.

¹⁹⁶ Zit. n. o.A., „EG verhindert Kriegsgefahr“. Für Joop den Uyl geht sie immer noch von Deutschland aus, in: *Frankfurter Rundschau* v. 28. Mai 1979.

¹⁹⁷ CARL, W., *Joop den Uyl warnt vor Desintegration durch Habsburg-Politik*, in: *Parlamentarisch-Politischer Pressedienst* v. 28. Mai 1979.

rechts gerückt („Ihre Politik unterscheidet sich kaum von der meiner Partei“¹⁹⁸), sondern bedachte die deutsche Friedenspolitik der Bundesregierung ausdrücklich mit Lob. Die Solidarität füreinander war trotz antideutscher Ressentiments des niederländischen Parteivorstandes und trotz des sicherheitspolitischen Vorpreschens des Bundeskanzlers weiterhin vorhanden. Die SPD-Führungsriege hielt sich bewusst mit Kritik an Den Uyl zurück. Willy Brandt nahm den niederländischen Parteichef in einer SPD-Präsidiumssitzung sogar in Schutz, als er Kritik an Genschers Aussagen äußerte und ein Gespräch mit dem Außenminister ankündigte.¹⁹⁹

In den Mittelpunkt der Beziehungen rückte schnell wieder der aktualitätsbezogene Dialog im Bereich sicherheits- und außenpolitischer Grundfragen. Auf Seiten der deutschen Sozialdemokraten herrschte ein besonderes Interesse vor, die konfrontative Haltung der Mehrzahl niederländischer Parteiliebe gegenüber dem Doppelbeschluss in neue Bahnen zu lenken, um als Sozialdemokraten sicherheitspolitisch in die gleiche Richtung zu denken. Im Unterschied zu den fünfziger Jahren, als sich die PvdA in Fragen der Westintegration um die SPD bemühte, war es nun umgekehrt. Die deutsche Schwesterorganisation war bestrebt, die Parteiliebe von der Notwendigkeit einer einheitlichen Strategie des Westens zu überzeugen, an der auch die Niederländer als überzeugte Verbündete ihren Anteil übernehmen sollten. Die regierenden Christdemokraten waren hierzu aufgrund der atlantischen Grundüberzeugung in den Niederlanden auch bereit und sollten dem NATO-Doppelbeschluss mit dem Hinweis zustimmen, erst 1981 über eine tatsächliche Stationierung von 48 Marschflugkörpern zu entscheiden. Es wurde nicht der einzige Zeitaufschub, den eine niederländische Regierung in dieser Frage wegen großer Widerstände für notwendig hielt und damit unter den Partnern des NATO-Bündnisses erstmals seit dessen Gründung als wankelmütiger Verbündeter gehandelt wurde. Die Friedensbewegung und der Einfluss der Sozialdemokratie in den Niederlanden hatten hieran wesentlichen Anteil.²⁰⁰

Auch Willy Brandt sah in den niederländischen Partnern einen möglichen Unsicherheitsfaktor und schaltete sich als SPD-Vorsitzender konkret in das Verhältnis mit der PvdA ein. Am Rande einer Konferenz des Rates der Europäischen Gemeinden im Mai 1979 warnte er in Den Haag die niederländischen Sozialdemokraten Anne Vondeling, Max van den Berg und Maarten van Traa, dass die NATO kein

¹⁹⁸ Zit. n. o.A., „EG verhindert Kriegsgefahr“. Für Joop den Uyl geht sie immer noch von Deutschland aus, in: *Frankfurter Rundschau* v. 28. Mai 1979.

¹⁹⁹ AdSD, *Helmut-Schmidt-Archiv*, Nr. 6017, Protokoll der SPD-Präsidiumssitzung v. 28. Mai 1979.

²⁰⁰ Vgl. WIELENGA, *Konsens im Polder?*, a.a.O., S. 112f.

Gesangverein sei, aus dem man mal so eben austrete.²⁰¹ Für die SPD blieb die aufgeflammete Anti-NATO-Stimmung der Amsterdamer Parteiführung und der großen Mehrheit der schwesterlichen Parteibasis ein Rätsel, weil es gerade die PvdA gewesen war, die jahrzehntelang auf die große Bedeutung des Nordatlantikpaktes hinwies. Im September 1979 unternahmen mehrere hochrangige SPD-Politiker den Versuch, eine nicht weniger renommierte PvdA-Delegation in Bonn von ihren Standpunkten zu überzeugen. Der Wunsch an einer solchen Aussprache wurde in den Niederlanden dankbar aufgenommen: „Selbstverständlich nehme ich diese Einladung mit beiden Händen an. Du weißt, wie wichtig für uns gute Beziehungen mit der SPD sind“, signalisierte Maarten van Traa seinem Gegenüber Hans-Eberhard Dingels in einem Brief vom 6. Juli 1979.²⁰² Die niederländischen Gäste mit Joop den Uyl und Bram Stemerdink an der Spitze erfuhren bei ihrem Besuch allerdings keine besonderen Neuigkeiten. Die SPD-Vertreter Egon Bahr, Horst Ehmke, Hans Apel, Alfons Pawelczyk und Hans-Jürgen Wischnewski, der stellvertretend für den Bundeskanzler teilnahm, machten ihren Standpunkt pro Doppelbeschluss deutlich und stellten heraus, dass bei einer ausbleibenden Reaktion auf die sowjetische SS-20-Aufrüstung die politische Glaubwürdigkeit der NATO gefährdet sei. Der Hinweis der deutschen Gastgeber, dass eine Antwort nicht strikt militärisch ausfallen dürfe, politisch aber von entscheidendem Interesse sei, überzeugte die Niederländer nicht. „Natürlich darf man das Problem der SS 20 nicht bagatellisieren; [...] Aber ein Mitgehen mit der SPD würde der Parteilinie, die auch einseitige Schritte vorsieht und die Rüstungsspirale durchbrechen will, diametral widersprechen“, schrieb Maarten van Traa in einem Vermerk. Positiv verbucht wurde die Ankündigung der SPD, bei einer negativen Entscheidung der NATO keinen unilateralen Beschluss herbeizuführen, um so in einem Alleingang mit den Vereinigten Staaten neue Waffen stationieren zu können.²⁰³

Die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten in den Positionen beider Schwesterparteien, die sich schon beim ersten Treffen am Jahresanfang zeigten, blieben bestehen. Die SPD sprach sich für den doppelten Beschluss, zunächst zu verhandeln und, wenn nötig, auch nachzurüsten, aus; die PvdA lehnte eine derartige Koppelung ab und plädierte in erster Linie für ein Verhandlungsangebot an die Sowjetunion. Zudem hing man der Überzeugung an, dass eine mögliche Entscheidung ohnehin erst nach

²⁰¹ Zit. n. BEUNDERS/ SELIER, *De PvdA, de horzel van de SPD*, a.a.O., S. 91.

²⁰² IISG, *PvdA-Archiv*, Nr. 29, Brief Maarten van Traas an Hans-Eberhard Dingels v. 6. Juli 1979.

²⁰³ IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Nr. 479, Vermerk Maarten van Traas zum Besuch einer PvdA-Delegation am 28. September 1979 in Bonn.

einer Ratifizierung des SALT-II-Vertrages durch den amerikanischen Senat fallen könne. Das Ansinnen der deutschen Sozialdemokraten, die PvdA in dieser Entscheidungsphase vor dem NATO-Doppelbeschluss wenigstens in Ansätzen umzustimmen, war fehlgeschlagen. Einer insgesamt sehr guten atmosphärischen Stimmung taten die Unstimmigkeiten auf außenpolitischem Terrain aber keinen Abbruch. Im Gegenteil, denn die Präsentation der eigenen Standpunkte sorgte bei den Gästen für klare Verhältnisse. „Die holländischen Freunde haben sich nach Abschluss des Gesprächs mir gegenüber zutiefst befriedigt über Klima und Inhalt geäußert. Alle ihre Fragen seien vollauf beantwortet worden und für sie sei es nun leichter, sowohl unsere Überlegungen als auch die Debatte bei uns im Lande zu verstehen“, berichtete Hans-Eberhard Dingels später an Willy Brandt. Der Leiter der Auslandsabteilung wies zudem daraufhin, dass sein niederländischer Kollege Maarten van Traa die Entwicklung der Beziehungen beider Parteien in den letzten anderthalb Jahren sehr positiv sehe.²⁰⁴

Trotz oder gerade wegen ihrer kritischen Haltung war auch Helmut Schmidt in dieser entscheidenden Planungsphase sehr daran interessiert, die PvdA am deutschen Denkprozess teilhaben zu lassen, weil er die Niederlande als eines der Stationierungsländer im Auge hatte. Um selbst stets auf dem neuesten Stand zu bleiben, schickte er bei eigener Abwesenheit seinen Kanzleramtsminister Wischniewski zu den Parteitreffen mit der niederländischen Schwesterorganisation.²⁰⁵ Im November 1979 – gut einen Monat vor der endgültigen Brüsseler NATO-Entscheidung – hielt es der Bundeskanzler für nötig, allein mit Joop den Uyl zusammentreffen, um sich auf diese Weise einen letzten Eindruck über die niederländische Sichtweise zu verschaffen. Es dürfte kein einfaches Gespräch werden, vermutete PvdA-Fraktionsmitarbeiter Lo Castelijns wenige Tage vorher nicht zu Unrecht. In seinen vorbereitenden Aufzeichnungen riet er Den Uyl, auf die Verbundenheit mit der SPD zu verweisen und deutlich zu machen, dass man im NATO-Verbund auch weiterhin bereit sei, eine Mitverantwortlichkeit für die nukleare Verteidigung zu tragen.²⁰⁶

Viel mehr als gute Worte konnte der niederländische Gast dem deutschen Gesprächspartner nicht anbieten. Denn seine Partei war mittlerweile auf dem festen Weg, den Doppelbeschluss komplett abzuweisen. Zwar sprach sich die Fraktion bei einer ersten großen parlamentarischen Debatte am 10. Oktober 1979 noch nicht

²⁰⁴ AdSD, *Willy-Brandt-Archiv*, Nr. 33 (SPD-Parteivorsitzender), Vermerk Hans-Eberhard Dingels für Willy Brandt über ein Gespräch mit der PvdA-Delegation am 25. September 1979 in Bonn.

²⁰⁵ Vgl. DRÖGEMÖLLER, *Die zwei ungleichen Schwestern*, a.a.O., S. 80.

²⁰⁶ IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Nr. 432, Vermerk Lo Castelijns zur Vorbereitung auf das Gespräch Joop den Uyls mit Bundeskanzler Helmut Schmidt am 9. November 1979 in Bonn.

kategorisch gegen eine Stationierung aus, und Piet Dankert fragte in einer Rede vor der Zweiten Kammer am 7. November sehr realistisch, ob die westliche Welt noch von einer Antwort absehen könne, wo doch der Bundeskanzler als Vertreter der Bundesrepublik gesagt habe, dass eine Antwort kommen müsse. Die anfänglich skeptische Haltung der sozialdemokratischen Fraktion schlug aber, umso näher der Entscheidungstermin rückte, in ein unmissverständliches Nein um. Ein Antrag von PvdA und D'66 Anfang Dezember 1979 führte schließlich dazu, dass das Parlament die Stationierung neuer Kernwaffen auf niederländischem Boden ablehnte.²⁰⁷ Mit Unterstützung von zehn Abgeordneten der schwankenden CDA-Fraktion und gemeinsam mit anderen linken Parlamentsparteien erhielt die PvdA die Mehrheit für eine Vorlage, die die Produktion von Pershing II und Marschflugkörpern ebenso zurückwies wie ihre Stationierung in den Niederlanden.

Den christdemokratischen Ministerpräsidenten Dries van Agt brachte diese Entscheidung in große innen- und vor allem außenpolitische Schwierigkeiten. Im atlantischen Bündnis vergrößerten sich die Zweifel, ob die Niederlande in Zukunft an der engen militärischen Partnerschaft festhalten würden.²⁰⁸ Der deutsche Verteidigungsminister Hans Apel, der sich in der entscheidenden Phase mehrere Male mit parlamentarischen Gruppierungen und seinem Ministerkollegen Willem Scholten (CDA) zusammensetzte, vermerkte in seinen Tagebuchaufzeichnungen: „Andererseits können wir es nicht zulassen, dass sich europäische Willensbildung durch politische Chaotik in den Niederlanden so entwickelt, dass nichts zustande kommt und sich das Bündnis als Papiertiger entpuppt.“²⁰⁹ Helmut Schmidt war daher einerseits beruhigt, dass er in Dries van Agt einen niederländischen Partner besaß, mit dem er nicht nur persönlich befreundet war, sondern der die Meinung des Bundeskanzlers trotz aller innenpolitischen Widerstände teilte. Andererseits war sich Schmidt bewusst, dass die Situation in den Niederlanden alles andere als entspannend aussah. „Zumindest die niederländischen Spitzenpolitiker wussten, dass Holland (ebenso wie Belgien) in die westlichen Stationierungspläne deshalb einbezogen worden war, weil ich eine ‚Singularisierung‘ meines Landes aus außen- und innenpolitischen Gründen verhindern

²⁰⁷ Vgl. EENENNAAM, *Achtenveertig kruisraketten*, a.a.O., S. 66.

²⁰⁸ Zum niederländischen Entscheidungsprozess auf dem Weg zum NATO-Doppelbeschluss siehe auch u.a. bei: LEURDIJK, J.H., *Nederland en de rol van de kernwapens*, Den Haag 1981; NEUMAN, H.J., *Het voorbehoud*, in: *Internationale Spectator*, 12 (1984), S. 720-731; REEF, J., *Die Niederlande im internationalen System. Fallstudien zum Einfluss eines Kleinstaates*, Münster 1995 (= *Reihe Niederlande-Studien*, Bd. 15), S. 157-184.

²⁰⁹ APEL, *Der Abstieg*, a.a.O., S. 90.

wollte“, schrieb er in der Rückschau in seinen Memoiren.²¹⁰ Eine Ansicht, die die Mehrheit PvdA in dieser Form nicht teilte, weil sie die Nachrüstung komplett ablehnte. Schmidt wusste um die Widerstandskraft, die die sozialdemokratischen Parteifreunde in den Niederlanden aufbrachten, weshalb er sich bei verschiedenen Gelegenheiten – vergeblich – um eine Kursänderung bemühte.

Die SPD ging im Vergleich zur PvdA zunächst den entgegengesetzten Weg. Die Einstimmigkeit an der Spitze wurde so weit wie möglich auf die Partei übertragen. Die augenscheinliche Überzeugung der SPD entspross nicht der Basis, sondern wurde aus sicherheitspolitischen Notwendigkeiten und den Gründen des Machterhalts von oben verfügt. Nachdem die Delegierten dem Bundeskanzler auf dem Berliner Parteitag Anfang Dezember 1979 ein klares Ergebnis mit auf den Weg gaben (fast 90 Prozent stimmten für den Doppelbeschluss) und dieser seiner Partei ein ehrliches Anliegen entgegenbrachte („Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen“²¹¹), setzte sich Schmidt endgültig durch. „Der Kongress hat sich manchmal demütig, aber immer bewundernd hinter den Kanzler gestellt“, beobachtete der internationale Sekretär der PvdA, Maarten van Traa, der die „Funktion“ seiner Partei als „kritisch-solidarische Schwesterpartei“ auch in Berlin erfüllt sah: „Unsere Standpunkte sind erwähnt worden und wurden durch viele Parteitagsdelegierte – nicht nur im linken Lager – eingebracht.“ Van Traa wehrte sich daher in einem Artikel für das Parteiblatt *Roos in de Vuist* gegen den Vorwurf der konservativen Presse in den Niederlanden, die PvdA werde von der SPD nicht mehr ernst genommen. „Und vielleicht hatte Brandt ein klein wenig die PvdA im Kopf, als er bemerkte, dass er für den Doppelbeschluss (modernisieren und verhandeln) wahrscheinlich nicht den ‚zweiten Friedensnobelpreis‘ erhalten würde.“²¹² Tatsächlich waren es vor allem Vertreter des linken Parteiflügels der SPD, die die niederländischen Argumente als geeignete Vorlage gegen die eigene Führungsspitze einsetzten. So fragte das Parteirats-Mitglied Heidi Wieczorek-Zeul in Berlin skeptisch, ob es wirklich so sei, dass man sich mit den Nachbarländern bezüglich eines Einsatzes in der Bundesrepublik abgesprochen habe. „Haben wir denn mit unseren Brüderparteien in dieser Frage mal diskutiert, und wenn ja, was haben sie denn gesagt? Die Partei der Arbeit hat eine andere Position in dieser Frage, und auch das müssen wir doch

²¹⁰ SCHMIDT, H., *Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte II*, Berlin 1990, S. 401.

²¹¹ SPD-PARTEIVORSTAND (Hrsg.), *SPD-Parteitag vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin. Bd. I Protokolle der Verhandlungen/Anlagen*, Bonn 1980, S. 260.

²¹² TRAA, M. VAN, *Duitse marges*, in: *Roos in de Vuist* v. 17. Dezember 1979.

berücksichtigen und respektieren“, sagte sie mit großem Verständnis in Richtung PvdA.²¹³

Wenige Tage nach dem SPD-Parteitag, am 12. Dezember 1979, brachten die Außen- und Verteidigungsminister der am Nordatlantikpakt beteiligten Staaten in Brüssel den Doppelbeschluss unter Dach und Fach. Die Bundesregierung rang den Partnern vorab vier Bedingungen ab, die schon im Rahmen der Neutronenwaffendiskussion eine Rolle spielten. Erstens sollte die NATO nur einstimmig und ohne Enthaltungen über die neuen Mittelstreckenraketen beschließen. Zum zweiten sollte die Bundesrepublik nicht das einzige europäische Stationierungsland sein. Der dritte Punkt betraf die Kontrolle der Nuklearsysteme auf deutschem Boden, die ausschließlich unter amerikanischer Obhut stehen sollten. Außerdem waren die Vereinigten Staaten – viertens – als politische Führungskraft in allen atomaren Fragen vorgesehen.²¹⁴ Im Verhandlungsteil des Doppelbeschlusses sagten die einzelnen Bündnispartner den USA ihre Unterstützung für das Vorhaben zu, mit der Sowjetunion über die Begrenzung der eurostrategischen Waffen zu verhandeln. Die Frist wurde auf einen Zeitraum von vier Jahren festgelegt, da die neuen amerikanischen Waffen nach ihrer Produktion erst im Jahre 1983 zur Verfügung stehen würden. Stationiert werden sollten die neuen Systeme zunächst nur in der Bundesrepublik, Großbritannien und Italien. Belgien und die Niederlande verschoben aufgrund der großen innenpolitischen Unstimmigkeiten den Zeitpunkt ihrer endgültigen Entscheidung zunächst auf das Jahr 1981 – eine Zwangmaßnahme, die die PvdA maßgeblich beförderte und vor dem Hintergrund ihrer eigenen politischen Vorstellungen als politischen Erfolg feierte.²¹⁵

6.3.2 Sozialdemokratie und Friedensbewegung

Die Brüsseler Beschlüsse schufen geordnete Rahmenbedingungen und auch in den beiden Parteien war das Pendel der Meinungsbildung in eine bestimmte Richtung ausgeschlagen. Die SPD folgte pflichtschuldigst dem Kurs des Bundeskanzlers, während sich die PvdA als politische Gegenkraft zu einer möglichen Nachrüstung positionierte. Diese Haltung legte sie nicht nur im parlamentarischen Rahmen an den

²¹³ SPD-PARTEIVORSTAND, *SPD-Parteitag vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin*, a.a.O., S. 287.

²¹⁴ Vgl. NOTZ, *Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss*, a.a.O., S. 46f.

²¹⁵ Vgl. ebd., S. 61; vgl. auch WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, a.a.O., S. 356f.

Tag, sondern vertrat sie als Aktivposten in einer breiten Öffentlichkeit.²¹⁶ In Kooperation mit anderen linksgerichteten Parteien organisierte die PvdA Ende November 1979 eine weitere Veranstaltung in Utrecht, auf der man gegen die Modernisierungspläne der NATO, aber auch gegen die Stationierung der SS-20-Raketen in der Sowjetunion Stellung bezog. Mit der ausgerufenen Losung „Keine neuen Kernwaffen, verhandeln ja, modernisieren nein“ schaltete sich die Partei nach einem Abschnitt der Entscheidungsfindung wieder offensiv in die Arbeit der Friedensbewegung ein.²¹⁷ Die Unterstützung für den IKV und seine Grundidee, der weltweiten Vernichtung aller Waffen, hatte bereits der Parteitag im April 1979 eingeleitet. Nach außen sollte erkennbar bleiben, auf welcher Seite die PvdA stand.

Die niederländischen Sozialdemokraten profitierten als Oppositionspartei in dieser Phase davon, im Gegensatz zu ihren Parteifreunden in der Bundesrepublik nicht in bestimmte Entscheidungszwänge eingebunden zu sein. Die PvdA war daher in der Lage, die Stimmung der öffentlichen Meinung mit Blick auf den 1980 beginnenden Wahlkampf zu bedienen. „Dem ohnehin zum Pazifismus neigenden Volk sind nukleare Waffensysteme zunehmend schwieriger plausibel zu machen“, beobachtete der Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Wolfgang Heyen, und vermittelte einen richtigen Einblick in die politische Stimmung des Landes.²¹⁸ Der Widerstand gegen die Nachrüstung war zum Zeitpunkt des Beschlusses dank des großen Engagements der Kirchen ausreichend organisiert, die Welle der Entrüstung wurde nach der NATO-Entscheidung in der ersten Jahreshälfte 1980 nur noch größer.²¹⁹ Für das innerparteiliche Gefüge zeigte diese Entwicklung, dass zwei etablierte Außenpolitiker wie Max van der Stoel und Piet Dankert mit ihrer gemäßigten Haltung gegenüber der Kernwaffenfrage fast völlig isoliert dastanden. Ihr Hinweis, die durch den Bundeskanzler erbetene Rückendeckung der Benelux-Staaten korrespondiere bestens mit dem deutsch-niederländischen Verhältnis, nämlich Alleingänge zu vermeiden, und passe außerdem zur niederländischen NATO-Haltung, fand in der PvdA kein Gehör

²¹⁶ Vgl. KROP, M., *Niederlande. Sozialisten und Friedensbewegung*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 11 (1980), S. 1000-1001.

²¹⁷ In einem Brief vom 8. November 1979 machte Maarten van Traa die verschiedenen Abteilungen der Partei auf diese Veranstaltung aufmerksam. Ferner schrieb er: „Nur durch Verhandlungen können wir einen wirklichen Durchbruch erzielen und mit einseitigen Schritten unsererseits den Rüstungswettlauf stoppen.“ Siehe IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Nr. 479.

²¹⁸ HEYEN, W., *Nicht durch die deutsche Brille sehen. Niederländischer Widerstand gegen die Modernisierung der NATO-Kernwaffen in Europa*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 22. September 1979.

²¹⁹ Vgl. TEUNISSEN, P.J., *Die Friedens- und Antikernkraftbewegungen in den Niederlanden. Bewegungen der Verhältnisse?*, in: WAGENLEHNER, G. (Hrsg.), *Die Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluss*, Koblenz 1985, S. 92-124, S. 97.

mehr.²²⁰ Der Leidener Politikwissenschaftler Bart Tromp sieht im Rückblick vor allem das „Schwarz-Weiß-Denken“ seiner Partei betont kritisch: „Ich habe sechs Jahre im Vorstand der PvdA gesessen, und es ist nicht einmal über die Kernwaffen diskutiert worden. Auch nicht in der Fraktion. Der Standpunkt der PvdA war ‚Nein‘ und mehr nicht.“²²¹ Mag diese Einschätzung ein wenig überzogen klingen, so blieb zweifelsohne auffällig, dass die Partei über das Für und Wider der Modernisierung in der Tat kaum debattierte. Diskussionsbedarf bestand – wenn überhaupt – hinsichtlich der Tragweite künftiger außenpolitischer Programmatik. Eine große Mehrheit der Partei versteifte sich auf die Hauptforderung des IKV, alle nuklearen Funktionen des Landes abzustoßen.²²² Ein Anspruch, der auch in den Vorbereitungen für das Wahlkampfprogramm 1981, „*Weerwerk*“ („*Reaktion*“), eine zentrale Rolle einnahm. „Die PvdA beziehungsweise eine progressive niederländische Regierung kann nicht die Möglichkeit vorbeiziehen lassen, innerhalb der NATO ein kräftiges Nein gegen die Stationierung der neuen Marschflugkörper und Pershing II auf europäischem Boden zum Ausdruck zu bringen“, protokollierte Maarten van Traa nach einer Besprechung des Parteivorstandes im Oktober 1980.²²³

Joop den Uyl, der sich erneut als Spitzenkandidat seiner Partei zur Verfügung stellen wollte, gingen die Pläne der Amsterdamer Zentrale zu weit. Die völlige Denuklearisierung der Niederlande lehnte er ab und knüpfte diese Bedingung an seine Bereitschaft, bei den Wahlen im Mai 1981 wiederum für die PvdA anzutreten. Der internationale Sekretär versuchte, den Parteichef zu beruhigen: „Ich kann verstehen, dass Du mit Deinem Standpunkt und Deiner Erfahrung auf Regierungsebene dieses Programm vielleicht reichlich übertrieben findest. Aber es nicht von Verrückten gemacht“, schrieb ihm Van Traa am 24. September 1980, um zugleich darauf hinzuweisen, dass es auch in den Reihen der SPD Unsicherheiten und Meinungsverschiedenheiten geben könne: „Willy Brandt wird über manche Dinge schließlich auch anders denken, und wer weiß, ob Helmut Schmidt sich im Hinterzimmer nicht noch Gedanken darüber macht, ob es 1977 richtig war, das

²²⁰ Vgl. BIK, J.M., *Die Außen- und Sicherheitspolitik der Niederlande nach dem NATO-Doppelbeschluss*, in: *Europa-Archiv*, 11 (1986), S. 303-310, S. 308.

²²¹ Zit. n. RENSMAN, E., „*Kernwapens waren een heilige zaak geworden.*“ *De jaren tachtig van Mient Jan Faber*, in: *Historisch Nieuwsblad*, 4 (2001), S. 12-19, S. 17.

²²² Es handelt sich um insgesamt sechs Kernaufgaben. Hierzu gehören u.a. die in der Bundesrepublik stationierten „Lance“-Raketen, die „Nike“-Luftabwehrraketen und die F-16-Kampfflugzeuge. Vgl. TRAA, M. VAN, *Kernwapens*, Amsterdam 1981 (= *Actuele Politiek Bd. 4. Stichting Vormingswerk Partij van de Arbeid*), S. 19.

²²³ IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Nr. 480, Vermerk Maarten van Traas zur Besprechung des Parteivorstandes über die Themen NATO und Frieden und Sicherheit am 20. Oktober 1980.

eurostrategische Gleichgewicht zu einem politischen Hauptanliegen zu machen.“²²⁴ Zwischen den Zeilen las sich erneut versteckte Kritik am Vorpreschen des Bundeskanzlers in seiner Londoner Rede, die auch von Piet Dankert und später noch in deutlicherer Form von Egon Bahr geäußert wurde.

Den Uyl gelang es, sich mit seiner Partei auf einen Kompromiss zu einigen, nachdem er öffentlich schon als „Joop Atoom“ gebrandmarkt worden war.²²⁵ Der Mittelweg sah vor, dass die nuklearen Funktionen des Landes „auf ein, höchstens zwei“ zu verringern seien, wie es schließlich im Programm geschrieben stand.²²⁶ Den Uyl machte keinen Hehl daraus, dass er sich als einen Gegner der Nachrüstung betrachtete, legte aber Wert darauf, sich programmatisch nicht zu weit von den Standpunkten der sozialdemokratischen Schwesterparteien zu entfernen.²²⁷ Dem Wahlleitfaden der niederländischen Sozialdemokraten mangelte es zwar nicht an deutlichen Absichtserklärungen und Forderungen an die NATO, blieb an den Stellen, wo es um das zukünftige Europa unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten ging, aber sehr vage. Auffällig war, dass den zunehmenden Spannungen zwischen Moskau und Washington, die sich nach dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan Ende Dezember 1979 verdichteten, keine Rechnung getragen wurde. Fraglich blieben zudem Umsetzung und Wirkungskraft der erhobenen Forderung, die Niederlande könnten oder müssten durch die eigene Denuklearisierung ein kernwaffenfreies Europa voranbringen.²²⁸

Steckte die PvdA mitten in ihren Wahlkampf vorbereitungen, so hatte die SPD diese Anstrengungen im Oktober 1980 bereits erfolgreich hinter sich gebracht. Aus einem sehr polarisierenden Wahlkampf, der vor allem durch die beiden Spitzenkandidaten, dem bayrischen Herausforderer, Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CDU/CSU), und dem Amtsinhaber Helmut Schmidt geprägt war, ging die SPD mit stabilen 42,9 Prozent (1976: 42,6 Prozent) bei deutlichen Verlusten der Christdemokraten (von 48,6 auf 44,5 Prozent) einigermaßen gestärkt hervor. Den Sozialdemokraten war es offensichtlich gelungen, die Wahl als Plebiszit für oder gegen Strauß umzufunktionieren und ihren populären Bundeskanzler mit seiner Entspannungs- und Friedenspolitik

²²⁴ IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Nr. 480, Brief Maarten van Traas an Joop den Uyl v. 24. September 1980.

²²⁵ Vgl. BENSCHOP, D./F. TEN CATE, *De dans om de kruisraket. Hoe het ‚nee‘ van 1979 het ‚ja‘ van 1985 werd*, Haarlem 1986, S. 14.

²²⁶ PVDA, *verkiezingsprogramma Weerwerk 1981-1985*, Amsterdam 1981, S. 24.

²²⁷ Vgl. VERKUIL, *De grote illusie*, a.a.O., S.95.

²²⁸ PVDA, *verkiezingsprogramma Weerwerk*, a.a.O., S. 23f.

erfolgsversprechend herauszustellen.²²⁹ Mit dem Hauptslogan „Sicherheit für Deutschland“ war die Partei in den Kampf um Wähler und Stimmen gezogen und ließ keinen Zweifel aufkommen, für welches Anliegen man eintrat: „Die SPD ist die Partei des Friedens.“ Wenige Tage vor der Wahl erging in Zeitungsanzeigen die Aufforderung an die stimmberechtigte Bevölkerung: „Gehen Sie am Sonntag ganz sicher: Den Frieden wählen. Statt Strauß.“²³⁰ In der Partei war nicht unbemerkt geblieben, dass sich mit den pazifistischen Grünen am linken Rand eine neue Organisation heranbildete, die in Zukunft als ernstzunehmende Konkurrenz gefürchtet werden musste. Umso selbstbewusster ging die SPD mit der ihr positiv zugeschriebenen Entspannungspolitik um, zumal Helmut Schmidt in seiner Eigenschaft als westlicher Regierungschef darum bemüht war, den Gesprächsfaden zur Sowjetunion nicht abreißen zu lassen. Sein Moskaubesuch im Juni 1980, bei dem die sowjetische Führung erstmals wieder ihre Bereitschaft erklärte, mit den Vereinigten Staaten in Verhandlungen einzutreten, zeugte davon. Zustimmung für seinen Gesprächserfolg erhielt der Regierungschef aus den Reihen der PvdA-Fraktion: „Es ist die Reise von Bundeskanzler Schmidt nach Moskau gewesen, die erste vorbereitende Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion hierüber [über die Abrüstung, MD] möglich gemacht hat“, schrieb der Außenpolitiker Relus ter Beek im November 1980 in der Tageszeitung *de Volkskrant*.²³¹

Die innerparteiliche Ruhe ob des gelungenen Wahlkampfes und der akzeptablen Bestätigung der Bonner Koalition hielt in der SPD jedoch nicht lange an. Nach der erneuten Wahl Schmidts zum Bundeskanzler im November 1980 und dem folgenden Jahreswechsel flammte die Nachrüstungsdebatte wieder auf. Der Widerstand einer sich in der Bundesrepublik stärker formierenden Friedensbewegung rief bei den Sozialdemokraten Nervosität hervor. Zugleich stärkte der außerparlamentarische Protest den linken Abrüstungsflügel der Partei und förderte Diskussionen zutage, die sich um die Frage rankten, ob die Friedenspolitik – ein traditionelles Anliegen der europäischen Linke – in die falschen Hände geraten sei. In diesem Zusammenhang machte sich auch die Befürchtung breit, die Entspannungspolitik des ‚Friedenskanzlers‘ Brandt könnte durch seinen Nachfolger gefährdet werden und die Nachrüstung eine neue Eiszeit in den

²²⁹ Vgl. JÄGER, *Die Innenpolitik der sozialliberalen Koalition*, a.a.O., S. 168. u. 170; vgl. hierzu aus niederländischer Sicht KNAPEN, B., *Het duel-Schmidt-Strauss*, in: *Internationale Spectator*, 9 (1980), S. 539-548.

²³⁰ Zit. n. LONGERICH, *Die SPD als „Friedenspartei“*, a.a.O., S. 342 u. 343.

²³¹ BEEK, R. TER, *Nederland kan beter wat kerntaken behouden*, in: *de Volkskrant* v. 14. November 1980.

Ost-West-Beziehungen heraufbeschwören.²³² „Es geht bei der SPD nicht um das allgemeine Abstoßen von nuklearen Funktionen wie bei der PvdA, aber die Diskussion über die Mittelstreckenraketen könnten noch zu ebenso großen Problemen in der Partei führen“, prognostizierte die Korrespondentin der PvdA-nahen Tageszeitung *Het Vrije Volk*, Aly Knol, im Januar 1981 vorausschauend.²³³

Tatsächlich verstärkte sich im Laufe des Jahres der negative Gesamteindruck bei den deutschen Sozialdemokraten, da sich zum einen im Verhältnis der beiden Mächte bis zum Herbst keine Fortschritte abzeichneten, zum anderen die Friedensbewegung mit öffentlichen Appellen und ersten Demonstrationen auf Sorgen aufmerksam machte, die viele Menschen offenkundig bewegten. Im Gegensatz zu den Protestbewegungen der sechziger und siebziger Jahre gelang es den Friedensaktivisten der frühen achtziger Jahre, erhebliche Segmente der westdeutschen Gesellschaft, vor allem die evangelische Kirche, aber auch weite Kreise der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Basis zu erfassen. Aus der SPD kam Unterstützung von den innerparteilichen Kritikern des Doppelbeschlusses, allen voran Erhard Eppler und Oskar Lafontaine, und von Arbeitsgemeinschaften der Frauen und der Jungsozialisten. Im sogenannten „Bielefelder Appell“ (1981) warnten einige der widerstrebenden Sozialdemokraten, dass das Festhalten der Bundesregierung am „Brüsseler NATO-Raketenbeschluss“ die SPD in Gefahr bringe, „ihre Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung zu verlieren“.²³⁴ Die beiden Mitunterzeichner Dieter Begemann (Ortsvereinsvorsitzender im ostwestfälischen Herford) und der Bezirksvorsitzende der Jungsozialisten Ostwestfalen-Lippe, Peter Pahmeyer, wiederholten in einem zusätzlichen Artikel ihre Ansichten von einer außenpolitischen „Fehlentscheidung“ des Doppelbeschlusses und forderten eine „Kurskorrektur“, für die „trotz aller zu erwartenden Schwierigkeiten durchaus reelle Möglichkeiten“ bestünden.²³⁵ Begründet wurde diese Vorstellung mit dem Hinweis, dass Sozialdemokraten in anderen europäischen Nachbarstaaten das gleiche Ziel verfolgen würden, zum anderen mit der von Helmut Schmidt im April 1980 selbst getätigten Aussage: „Wenn wir es abgelehnt hätten [das Konzept des NATO-Doppelbeschlusses, MD], wäre die Annahme durch Holland, Belgien und Italien

²³² Vgl. BECHT, *SPD, Ost-West-Konflikt und europäische Sicherheit*, a.a.O., S. 132; vgl. auch JÄGER, *Die Innenpolitik der sozialliberalen Koalition*, a.a.O., S. 201.

²³³ KNOL, A., *IKV-leus dringt ook SPD binnen*, in: *Het Vrije Volk* v. 17. Januar 1981.

²³⁴ Zit. n. BEGEMANN, D./P. PAHMEYER, *Sicherheit für Deutschland? Der „Doppelbeschluss“ der NATO und die Glaubwürdigkeit der SPD*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 26 (1981), S. 270-286, S. 270.

²³⁵ Ebd., S. 281.

sicherlich nicht in Betracht gekommen.“²³⁶ Die Anspielung dieser zwei von der Basis kommenden Nachrüstungsgegner auf die ebenfalls ablehnende Haltung anderer europäischer Sozialdemokraten zeigte, dass die niederländische PvdA – wenn auch mittelbar – durchaus als begrüßenswertes Vorbild herangezogen wurde.

Bei Schmidt und den Sozialdemokraten des rechten Flügels riefen derartige Stellungnahmen eigener Mitglieder, vor allem aber die Friedensbewegung im allgemeinen, Kritik hervor. Einen Mittelweg suchten neben dem Vorsitzenden Brandt die Vertreter der linken Mitte wie Egon Bahr, Horst Ehmke, der neue Bundesgeschäftsführer Peter Glotz (ab 1981) und der Sicherheitsexperte Karsten Voigt. Sie setzten sich für einen Dialog mit der Friedensbewegung ein, verteidigten allerdings den sozialdemokratischen Parteitagbeschluss von 1979 mit dem Hinweis auf die eingebaute Verhandlungskomponente als erfolgversprechendste Möglichkeit für eine Nulllösung im Mittelstreckenbereich.²³⁷ Nichtsdestotrotz stand die SPD dem Engagement der Friedensbewegung vor allem aus Loyalität zum Bundeskanzler und seiner Regierung bis auf die wenigen Ausnahmen fast tatenlos gegenüber, während die PvdA mit ihren deutlichen Bekenntnissen zu einem Teil des öffentlichen Protests in den Niederlanden gehörte.

Der mit dieser Positionsbestimmung verbundene und erhoffte Stimmenzuwachs bei den Wahlen im Mai 1981 blieb für die Partei von Joop den Uyl allerdings aus. Ganz im Gegenteil, denn die Partei gab ihre 1977 errungenen Gewinne wieder ab und erreichte 28,3 Prozent der Stimmen (1977: 33,8).²³⁸ Die Sozialdemokraten verloren zwar am stärksten, blieben mit dieser politischen Niederlage allerdings nicht allein, da auch die beiden Koalitionsparteien CDA und VVD nach leichten Verlusten ihre Mehrheit einbüßten. Somit entstand eine Situation, die der PvdA den Sprung zurück an die Regierung ermöglichte – gemeinsam mit dem CDA und den Wahlgewinnern D’66 bildete sie das zweite Kabinett des alten und neuen Ministerpräsidenten Dries van Agt. Dessen Stellvertreter wurde der neue Arbeits- und Sozialminister Joop den Uyl, der sich fortan mit seiner Rolle als Vizepremier begnügen musste. Die weitere Ressortverteilung wollte es, dass Helmut Schmidt in Fragen der internationalen Beziehungen erneut auf einen alten Freund traf: Max van der Stoel wurde zum zweiten Mal niederländischer Außenminister. Noch zu Oppositionszeiten war es neben Dankert vor allem Van der

²³⁶ Zit. n. ebd.

²³⁷ GROH/BRANDT, *Vaterlandslose Gesellen*, a.a.O., S. 316f.

²³⁸ Vgl. LEPSZY, *Das politische System der Niederlande*, a.a.O., S. 366; vgl. auch WOLTJER, *Recent verleden*, a.a.O., S. 444f.

Stoel gewesen, der in Fraktion und Partei bis zuletzt Verständnis für den deutschen Regierungschef aufbrachte. Im Oktober 1979 hatte er im vorausschauenden Blick auf NATO-Entscheidung und Bundestagswahlen an die Fraktionskollegen appelliert: „Ein Bankrott seiner Politik [der von Schmidt, MD] würde im Wahlkampf durch Strauß dankbar aufgenommen. Die Sorge in der SPD hierüber ist groß. Es ist sehr wichtig, das Kabinett Van Agt zu stürzen, aber wir dürfen auch nicht versäumen, die Machtübernahme von Strauß verhindern zu helfen.“²³⁹ Auch in seiner Partei zeigte sich, dass der Ton gegenüber der deutschen Schwesterpartei längst erheblich gemäßigter ausfiel als noch in den siebziger Jahren. Dies unterstrich die Zusage des Vorsitzenden Max van den Berg und des internationalen Parteisekretärs Maarten van Traa, die in einem Brief vom 15. April 1980 zu den bevorstehenden Bundestagswahlen an den SPD-Vorstand schrieben: „In diesem Kampf sind wir 100 Prozent solidarisch mit Euch. Darüber soll kein Zweifel bestehen.“ Hans-Eberhard Dingels antwortete am 4. Juli 1980 mit einer optimistischen Bewertung: „Wir alle sind der Auffassung, dass ein möglichst enger Meinungs-austausch zwischen unseren beiden Parteien von großer Nützlichkeit ist. Ich selbst habe mit Genugtuung feststellen können, wie sehr viel die in den letzten Jahren geführten Gespräche dazu beigetragen haben, das Verständnis für die Probleme der jeweils anderen Partei zu vertiefen.“ Wie elementar gerade für die SPD in der Wahlkampfphase geregelte Beziehungen mit der PvdA waren, um mittels eines Frühwarnsystems der Rück- und Absprache Komplikationen zu vermeiden, zeigte im Mai 1980 auch ein Vermerk von Brandts persönlichen Referenten Klaus-Henning Rosen, in dem dieser auf eine Anfrage der PvdA reagierte: „Ich halte Gespräche mit der Partij van de Arbeid für sinnvoll, nicht zuletzt, um im Vorfeld des BT-Wahlkampfes zu verhindern, dass von niederländischen Genossen Diskussionen zu Themen geführt werden, die uns nicht willkommen sein können.“²⁴⁰

Willkommen war in Bonn der Umstand, dass nach den niederländischen Parlamentswahlen mit Max van der Stoel wiederum ein alter Bekannter zu einer gewichtigen Persönlichkeit des neuen Kabinetts wurde, zu dem ein traditionell gutes Verhältnis existierte. Für den Minister begann dagegen erneut eine Zeit der schwierigen Gratwanderung zwischen der außenpolitisch festgelegten PvdA und den Anforderungen, die das atlantische Bündnis an die Niederlande als Partner herantrug.

²³⁹ IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Nr. 479, Aufzeichnung von Max van der Stoel zur Vorbereitung der Besprechungen der PvdA-Fraktionskommissionen Auswärtiges und Verteidigung v. 10. Oktober 1979.

²⁴⁰ Die beiden Briefe vom 15. April und 4. Juli 1980 sowie der Vermerk vom 5. Mai 1980 sind entnommen dem AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 10773.

Van der Stoel war sich bewusst, dass Partei und Regierung durch ihre zum Teil unterschiedlichen Standpunkte ein verwirrendes Bild abgaben, das den Verbündeten manche Sorgenfalten bereitete. Einerseits lehnte die PvdA die Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluss ab, auf der anderen Seite tolerierte sie stillschweigend die Regierungserklärung des alten und neuen Ministerpräsidenten vom 16. November 1981, in der dieser die Brüsseler Entscheidung akzeptierte. Tatsache aber war, dass sich die Regierung trotz der Zustimmung Van Agts erneut nicht zu einer endgültigen Entscheidung für den Modernisierungsbeschluss und die mögliche Stationierung von 48 Cruise Missiles auf niederländischem Boden durchrang. Erst sollte der Verhandlungsbeginn zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten abgewartet werden.²⁴¹ Die Unstimmigkeiten in der Außenpolitik deuteten frühzeitig an, dass vor der Regierung eine schwierige Amtszeit liegen würde. Nur acht Monate nach dem Dienstantritt, im Mai 1982, sollte dieses „Streitkabinett“ scheitern, allerdings nicht, wie es Schmidt in seinen Memoiren festgehalten hat, an der ungelösten Nachrüstungsfrage, sondern aufgrund unausweichlicher Differenzen im finanzpolitischen Bereich.²⁴²

Die eine Wellenlänge, die Van der Stoel aus früheren Regierungszeiten mit dem deutschen Bundeskanzler verband, war es, die ihn in seiner kurzen Amtszeit relativ schnell wieder zu Gesprächen nach Bonn führte. Bis er jedoch einen Termin beim beschäftigten Regierungschef bekam, musste der neue niederländische Außenminister gleich mehrere Anfragen in die deutsche Hauptstadt senden. „Wir haben grundsätzliches Interesse daran, über den Meinungs austausch in den Niederlanden zur Frage der Implementierung des Doppelbeschlusses unterrichtet zu werden“, bemerkte der Leiter des Kanzlerbüros, Klaus Zeller, in einer Notiz für seinen Chef: „Andererseits dürfte das Gespräch nur geringe ‚operative‘ Bedeutung haben.“²⁴³ Für Schmidt als Empfänger dieses Hinweises war es jedoch eine Selbstverständlichkeit, dass es zu einem Treffen kommen würde: „Max v.d. Stoel ist ein persönlicher Freund seit über 30 Jahren! T suchen!“, forderte er am Ende der Seite mit einer handschriftlichen Anweisung. „T“ stand ganz offensichtlich für Termin, und der kam am 7. Dezember 1981 in Bonn zustande. Die zur Vorbereitung auf das Gespräch angefertigten Aufzeichnungen bestätigten Helmut Schmidt in seiner Überzeugung, einer

²⁴¹ Vgl. VERKUIL, *De grote illusie*, a.a.O., S. 96.

²⁴² Vgl. SCHMIDT, *Die Deutschen und ihre Nachbarn*, a.a.O., S. 394; vgl. auch WOLTJER, *Recent verleden*, a.a.O., S. 445.

²⁴³ AdSD, *Helmut-Schmidt-Archiv*, Nr. 1/HSAA008971, Notiz des Leiters des Kanzlerbüros, Klaus Zeller, zu den Anfragen des niederländischen Außenministers Max van der Stoel für einen Gesprächstermin beim Bundeskanzler.

entsprechenden Zusammenkunft Bedeutung beigemessen zu haben, zumal sich die Niederlande in der Raketenfrage noch immer nicht abschließend äußerten. „Van der Stoel ist der einzige prominente Vertreter der PvdA, der sich nachdrücklich, wenn auch in letzter Zeit verbal etwas zurückhaltender, zu beiden Teilen des Doppelbeschlusses bekennt.“ Ihm liege an dem Gespräch vor allem aus innenpolitischen Gründen, da er sichtbare Unterstützung seiner sicherheitspolitischen Vorstellungen brauche, mit denen er in seiner Partei nur eine Minderheitenmeinung vertrete, hieß es weiter.²⁴⁴ Zu diesem Zeitpunkt ahnte noch niemand, dass keine zwei Jahre später auch Helmut Schmidt in seiner Partei in entscheidenden sicherheitspolitischen Fragen auf verlorenem Posten stehen würde. Eine weitere Parallele, die die beiden langjährigen Freunde miteinander verbinden sollte. Zunächst aber erhielten die zwei Politiker Rückenwind durch die Ankündigung des neuen amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan, der als Ziel der im November 1981 mit der Sowjetunion begonnenen Genfer INF-Verhandlungen die Nulllösung ausgab. Nach der inzwischen zwei Jahre zurückliegenden Brüsseler NATO-Entscheidung aus dem Dezember 1979 sorgte der lang erwartete Beginn der Konsultationen vor allem in jenen SPD-Kreisen für Bestätigung, die stets auf die Verhandlungskomponente gesetzt hatten.

Dennoch verschlechterte sich die Stimmung in der Partei langsam aber sicher. Vor dem Hintergrund des verschärften öffentlichen Protests und unter dem Eindruck der ersten großen Massendemonstration mit rund 300 000 Teilnehmern am 10. Oktober 1981 in Bonn, die in vergleichbarer Form und Größe einen Monat später auch in Amsterdam stattfand, fiel es vielen in der SPD immer schwerer, sich hinter die Politik des Bundeskanzlers zu stellen. Dass sich eine Reihe von Sozialdemokraten durch ihre Teilnahme offen mit der Friedensbewegung solidarisierten und Erhard Eppler gar als prominenter Redner auftrat, wurde von Schmidt, der sein politisches Schicksal mit dem Doppelbeschluss verknüpfte, als Opposition gegen seine eigene Politik aufgefasst. Willy Brandt unterstützte nach außen die Politik des Bundeskanzlers, zeigte aber Gespür für die Proteste gegen das Wettrüsten. Obwohl sich Schmidt im Parteipräsidium gegen eine Teilnahme von Sozialdemokraten an der Großkundgebung im Bonner Hofgarten aussprach, ermunterte Brandt das Präsidiumsmitglied Eppler ausdrücklich, als Redner aufzutreten.²⁴⁵ Die Demission der Regierung Schmidt hatte begonnen. Der Koalitionspartner FDP registrierte die aufkommende Uneinigkeit beim großen

²⁴⁴ AdSD, *Helmut-Schmidt-Archiv*, Nr. 1/HSAA008971, Vermerk zum Besuch des niederländischen Außenministers Max van der Stoel am 7. Dezember 1981 in Bonn.

²⁴⁵ Vgl. POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte der SPD*, a.a.O., S. 261.

Koalitionspartner, die hinzutretenden Auseinandersetzungen des Regierungsbündnisses über Arbeitslosigkeit und eine schlechte Wirtschaftslage taten im Laufe des Jahres 1982 ihr übriges.

Dass der SPD-Parteitag im April in München Helmut Schmidt ein letztes Mal zähneknirschend folgte, hing mit dem Schulterschluss führender Politiker des Rüstungskontrollflügels zusammen. Ein gemeinsamer Tenor war dahingehend hörbar geworden, zunächst die Abrüstungsverhandlungen zwischen Moskau und Washington abwarten zu wollen. „Wir müssen Ende 1983 noch einmal Bilanz ziehen. Aber wenn wir jetzt schon sagen, dass wir auf keinen Fall stationieren, dann muss man ein enormes Vertrauen in die Abrüstungsbereitschaft der Sowjetunion haben [...]“, mahnte Karsten Voigt in seiner Parteitagsrede an.²⁴⁶ In dem unter Vorsitz Egon Bahrs erarbeiteten Leitantrag wurde folgerichtig darauf hingewiesen, dass die Genfer Konsultationen zu einer Verminderung der Europa bedrohenden Mittelstreckenwaffen führen müssten. Dieser Entwurf, der am Ende eine stabile Mehrheit erhielt, wurde durch die Antragskommission um traditionelle sozialdemokratische Programmpunkte erweitert, die in Anträgen einzelner Parteigliederungen gestellt worden waren. Herausragend war die Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa – einem Ziel, das sich mit den schon seit Jahren von der PvdA angestrebten Plänen deckte und eine inhaltliche Annäherung beider Parteien bedeutete.²⁴⁷

Für die Position des Kanzlers und dem Bild der Partei in der Öffentlichkeit war in dieser Phase nicht unerheblich, dass sich der SPD-Chef äußerlich weiterhin hinter Helmut Schmidt stellte. „Keine vierzehn Tage wäre ein Sozialdemokrat Regierungschef geblieben, hätte ich als Parteivorsitzender ihn für untragbar gehalten“, schreibt Brandt in seinen *Erinnerungen*. Woher der Ruf gekommen sei, in der Raketenfrage ein Gegenspieler Helmut Schmidts gewesen zu sein, sei ihm ein Rätsel geblieben.²⁴⁸ Dagegen vermutet der Historiker Gregor Schöllgen wohl nicht ganz zu Unrecht, dass ihn, Brandt, vorerst die Parteiräson gezwungen habe, sich in dieser Frage öffentlich zurückzuhalten und dem sozialdemokratischen Bundeskanzler nicht in den Rücken zu fallen.²⁴⁹

Zwischen innerparteilichen und innenpolitischen Schwierigkeiten setzte Helmut Schmidt den Dialog auch mit einem vermeintlich kleineren Partner wie den

²⁴⁶ Zit. n. NOTZ, *Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss*, a.a.O., S. 136.

²⁴⁷ Vgl. GROH/BRANDT, *Vaterlandslose Gesellen*, a.a.O., S. 317.

²⁴⁸ BRANDT, *Erinnerungen*, a.a.O., S. 363.

²⁴⁹ Vgl. SCHÖLLGEN, G., *Willy Brandt. Die Biographie*, Berlin/München 2001, S. 243.

Niederlanden fort. Im März 1982 empfing er Königin Beatrix, Prinz Claus und Außenminister Max van der Stoel zu einem einstündigen Gespräch im Bundeskanzleramt. Der Gastgeber brachte mit Blick auf die Nachrüstungsdebatte seine Sorge über die radikalmoralistische Haltung zum Ausdruck, die vor allem in den sozialdemokratischen Parteien beider Länder um sich greife. Der Außenminister, stets bemüht, ein verlässliches Bild seines Landes abzugeben, entgegnete mit der Bemerkung, dass in den Niederlanden jetzt auch der Neorealismus entdeckt werde. Prinz Claus fügte hinzu, dass dieser von den Vertretern der Neuen Linken propagiert werde, die sich in der politischen Verantwortung inzwischen mit den Realitäten auseinander setzen müssten.²⁵⁰ Ein gezeichnetes Bild, das doch ein wenig zu positiv dargestellt erschien, denn von Realismus war bei einer Mehrheit der Basis und des Parteivorstandes der PvdA zumindest auf außenpolitischem Terrain nicht viel zu spüren. Die Partei stand der Aufstellung der Marschflugkörper auch nach dem Auszug aus der Regierung weiterhin ablehnend gegenüber und verweigerte in diesem Zusammenhang jedwede Verantwortung. Längst handelte es sich bei ihrem ‚Nein‘ nicht mehr nur um einen politischen Standpunkt, sondern erhielt im System niederländischer Wertmaßstäbe fast die Stellung eines unerschütterlichen „Glaubensgrundsatzes“, wie es Van der Stoel selbst einmal auf den Punkt brachte.²⁵¹ Der *NRC*-Korrespondent Ben Knapen hatte es sich vor dem Hintergrund der Radikalität sozialdemokratischer Programmatik schon 1981 nicht nehmen lassen, in einem Interview mit dem Direktor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Karl Kaiser, die Frage aufzuwerfen, ob im Vergleich zwischen SPD und PvdA nicht eine Lücke klaffe und die niederländische Partei mit den deutschen JUSOS zu vergleichen sei. Der Befragte vermied, eine genaue Antwort zu geben, sagte dennoch ohne Umschweife: „Es ist etwas mit den Niederlanden passiert. [...] Ihr hattet stets eine hervorragende und effektive Diplomatie mit Einfluss auf die Entwicklungen. Aber dieser Eindruck scheint nicht

²⁵⁰ AdSD, *Helmut-Schmidt-Archiv*, Nr. 1/HSAA008978, Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit der niederländischen Königin am 2. März 1982 in Bonn. In der Unterredung wurde auch das deutsch-niederländische Verhältnis offen zur Sprache gebracht. Der Bundeskanzler bemerkte, dass in diesen Beziehungen noch viel Distanz und manches Unausgesprochene auf niederländischer Seite mitschwängen. Daraufhin erklärte die Königin, dass diese Dinge gelegentlich wieder hochkämen. Die Emotionen der Kriegsgeneration würden im Alter eher stärker, dagegen sei die junge Generation viel gelöster und ohne Komplexe gegenüber Deutschland. Die Demonstrationen auch jüngerer Niederländer, z.B. bei ihrer Hochzeit, führe sie darauf zurück, dass die Jungen bis dahin keine Gelegenheit hatten, ihre von der älteren Generation übermittelten Emotionen abzureagieren.

²⁵¹ Vgl. BIK, *Außen- und Sicherheitspolitik der Niederlande nach dem NATO-Doppelbeschluss*, a.a.O., S. 304.

mehr vorhanden und ganz Europa leidet unter den Folgen. Es ist etwas passiert, was viele nicht begreifen.“²⁵²

Auch für Schmidt blieb vieles nicht nachvollziehbar; müde, seinen sicherheitspolitischen Kurs offen und gegenüber den Niederländern zu vertreten, wurde er jedoch nicht. Eine der letzten Auslandsreisen seiner Kanzlerschaft führte ihn auf Einladung des Ministerpräsidenten Dries van Agt im Juli 1982 in das westliche Nachbarland. „Eine gute Gelegenheit“, wie es im Vorfeld im Kanzleramt hieß, „verantwortlichen niederländischen Politikern unsere Argumentation, insbesondere im Hinblick auf den Doppelbeschluss, nahe zu bringen.“²⁵³ Neben dem Besuch der Städte Amsterdam, Delft und der Blumenauktion in Aalsmeer war in dem zweitägigen Besuchsprogramm auch ein Gespräch mit den Mitgliedern der Auswärtigen Ausschüsse beider Kammern des niederländischen Parlaments fest eingeplant. Ruhig und empfindsam legte der deutsche Gast in seiner Ansprache vor den Parlamentariern seinen Standpunkt dar. So brach er indirekt eine Lanze für die Friedensbewegung, als er erklärte, dass er es „sehr verständlich, sehr natürlich und übrigens auch notwendig“ fände, dass junge Menschen Ängste vor einem möglichen Krieg empfinden würden. „Auf der anderen Seite denke ich, dass man in der Politik sein Handeln, seine eigenen Zielsetzungen, das, was man tut, das, was man unterlässt, nicht diktieren lassen darf von Angst, sondern dass man der Ratio dringend bedarf.“²⁵⁴ Hier sprach der Verantwortungsethiker Helmut Schmidt. Er betonte höfliches Verständnis für den Protest auf der einen Seite, war aber eindeutig bei der Rechtfertigung des von ihm als notwendig erachteten Doppelbeschlusses auf der anderen. Dieser Linie blieb er treu – auch, nachdem ihn die Mehrheit des Deutschen Bundestages am 1. Oktober 1982 mit dem Konstruktiven Misstrauensvotum als Kanzler abwählte, und auch, nachdem

²⁵² KNAPEN, B., *Voor het buitenland is Nederland een raadsel*, in: *NRC Handelsblad* v. 20. März 1981.

²⁵³ AdSD, *Helmut-Schmidt-Archiv*, Nr. 6787, Vorbereitende Aufzeichnungen zum Besuch des Bundeskanzlers in den Niederlanden am 8. und 9. Juli 1982.

²⁵⁴ SCHMIDT, H., *Gemeinsame Werte europäischer Geschichte und Kultur. Statement des Bundeskanzlers am 9. Juli 1982 vor dem niederländischen Parlament in Den Haag*, in: *Bulletin*, 74 (1982), S. 665-667, S. 665. Eine Woche nach seinem Besuch in den Niederlanden erschien in der *Bergedorfer Zeitung* eine Kolumne, in der sich Schmidt positiv über den niederländischen Nachbarn äußerte: „Unsere historischen Erfahrungen und unsere geographische Lage haben dazu geführt, dass wir manche europäische Zusammenhänge besser als unsere amerikanischen Verbündeten auf der anderen Seite des Atlantiks erkennen. [...] Die Sehnsucht nach Frieden ist in Holland und in der Bundesrepublik gleich groß; denn beide Völker wissen, was Krieg bedeutet.“ Siehe SCHMIDT, H., *Beim Nachbarn in Europa*, in: *Bergedorfer Zeitung* v. 17./18. Juli 1982.

endgültig klar wurde, dass sich seine Partei in der Nachrüstungsfrage für einen anderen Weg entscheiden würde.²⁵⁵

6.4 *Schlussbetrachtung*

Betrachtet man das politische Verhältnis zwischen beiden Schwesterparteien in den siebziger Jahren, so fällt auf, dass ihre Beziehungen von unüberbrückbaren Gegensätzen geprägt waren, die häufig zu Unwägbarkeiten und Missdeutungen führten. Die zur Radikalität neigende Art und Weise, mit der sich der von Nieuw Links dominierte niederländische Parteivorstand zu verschiedenen Themen der deutschen Innenpolitik positionierte, und die nicht nur unterschwellig zum Vorschein gekommenen antideutschen Ressentiments erschütterten ein Verhältnis, das noch in der ersten Hälfte der sechziger Jahre reibungslos funktioniert hatte. Aus der strategisch und partnerschaftlich orientierten Kooperationsachse war eine kritische Parteienverbindung geworden, die trotz aller Schwierigkeiten über konstruktive Anätze verfügte.

In der PvdA verbanden sich wirkliche Sorgen über zum Vorschein gekommene Demokratiedefizite in der Bundesrepublik mit der Entrüstung, dass die deutsche Schwesterpartei an dieser Politik wesentlich beteiligt war, aber keine gravierenden Änderungen vornahm. Als niederländische Partei zeigte man sich empfindlich gegenüber den Entwicklungen im Nachbarland. Nicht nur das „Modell Deutschland“ rief wegen der Wortwahl negative Erinnerungen hervor, auch die aktuelle Tagespolitik wie der Radikalenerlass und der Umgang mit dem Terrorismusproblem schürte starke Vorbehalte. Zum Ausdruck kam der Unmut ganz unmittelbar in der Person Helmut Schmidts, den man im Vergleich zu seinem beliebten Vorgänger mit Distanz begegnete, die im Laufe der siebziger Jahre in offene Antipathie umschlug. Sein „Modell Deutschland“ stand symbolisch für alle jene Kritikpunkte, die man am Bundeskanzler persönlich auszusetzen hatte: Das als unterkühlt empfundene, bürgerliche und zudem arrogante Auftreten. Das Gedeihen eines in dieser Phase angemessenen bilateralen Verhältnisses war somit hauptsächlich das Ergebnis einzelner Personen – ihrer Freundschaften oder ihrer guten Kooperation – und nicht gemeinsamer Ansichten. Zwischen dem ‚zweiten Gesicht‘ der PvdA, dem in Amsterdam operierenden und expressiven Parteivorstand, und dem Pendant in Bonn stimmte die Chemie nicht, auch

²⁵⁵ Vgl. u.a. SCHMIDT, H., *Der Doppelbeschluss ist nach wie vor richtig*, in: *Die Zeit* v. 3. Juni 1983; vgl. auch SCHMIDT, H., *Eine Strategie für den Westen*, Berlin 1986.

wenn sich der Ton am Ende der siebziger Jahre mit der stillschweigenden Einigung auf eine „kritische Solidarität“ verbesserte. Allerdings fiel auf, dass die SPD in ihrer Wahrnehmung bezüglich der niederländischen Partei zuweilen wenig differenzierte und diese ausschließlich als Organisation der Neuen Linken einstufte – die gute, wenn auch in den Hintergrund geratene Kooperation mit den bekannten Größen der PvdA also übersah.

Der Macher Helmut Schmidt scharte nach dem Kanzlerwechsel 1974 seine Partei hinter sich, um in großer Geschlossenheit das politisch Machbare konzentriert angehen zu können; Joop den Uyl dagegen fügte sich wie später in der Nachrüstungsfrage einer linksorientierten Partei, die auf teure Reformen und den Umbau des Staates setzte. Die PvdA hatte 1973 noch vor sich, was die SPD schon hinter sich brachte: Den Willen, als regierende Partei den Staat voller Tatkraft zu erneuern. Die großen Ziele der PvdA im Kabinett Den Uyl deckten sich folgerichtig in keiner Weise mit dem Konsolidierungskurs des Bundeskanzlers, erinnerten eher an den Regierungsantritt Willy Brandts und seine Leitvorstellung, mehr Demokratie wagen zu wollen. Helmut Schmidt passte dagegen nicht in die politischen Kategorien, die man in den Niederlanden von einem ‚richtigen‘ Sozialdemokraten erwartete: Linkes, reformorientiertes und soziales Handeln. Seine als preußisch charakterisierten Tugenden wie Verantwortungsbewusstsein und Pflichterfüllung wurden skeptisch betrachtet, und dass er später schließlich einer der Initiatoren der Nachrüstung wurde, bestärkte eine größere Anzahl niederländischer Sozialdemokraten in ihrem verhaltenen Eindruck. Umgekehrt war es nicht anders. Es bleibt die Frage, bei wem die gegenseitigen Animositäten größer waren – beim niederländischen Parteivorstand oder beim deutschen Bundeskanzler.

Die aus der Sicht Schmidts gesinnungsethisch empfundene Haltung der PvdA entsprach nicht seinem Weltbild eines verantwortungsbewussten Politikers. Mit den Theoretikern der Neuen Linken konnte er nichts anfangen und ließ sie – wie im übrigen auch in seiner eigenen Partei – links liegen. Mit völligem Unverständnis kommentierte er, dass Teile der PvdA das niederländische Bild des treuen NATO-Verbündeten in heftiges Wanken brachten und den Grundkurs der atlantischen Zusammenarbeit nicht mehr uneingeschränkt verfolgten. Dass Joop den Uyl nicht energischer gegen diese Entwicklung eintrat, hielt insbesondere der Bundeskanzler für unbegreiflich und unvernünftig. Schmidt arbeitete daher lieber – auch mit Blick auf die Nachrüstungsfrage – mit dem christdemokratischen Ministerpräsidenten Dries van Agt zusammen und war

beruhigt, dass in diesen Jahren nicht die PvdA den Regierungschef stellte. Zum langjährigen Parteiführer Joop den Uyl baute Schmidt nie ein engeres Verhältnis auf, was vor allem damit zusammenhing, dass ihre Vorstellungen über Inhalt und Stil der Politik zu weit auseinander lagen.

Dankbar war Schmidt dagegen seinem langjährigen Freund Max van der Stoel, auf dessen Solidarität sich der Bundeskanzler in der Nachrüstungsfrage – als einer von wenigen Ausnahmen – verlassen konnte. Auch wenn es keine operative Bedeutung besaß, wenn die radikale Oppositionspartei PvdA für eine Aufkündigung der niederländischen NATO-Mitgliedschaft stimmte, wie unter anderem auf dem Parteitag 1978 geschehen, war Schmidt ausdrücklich daran interessiert, Kontakte zu oppositionellen Schwesterparteien aufrechtzuerhalten. Trotz aller Diskrepanzen galt dies auch für die PvdA, die durch ihre schon 1977 geknüpften Bande zur Friedensbewegung die Stimmung im Land wesentlich mitbestimmte. Hinter dem tonangebenden Interkirchlichen Friedensrat bildete die Partei neben anderen linken Gruppierungen eine feste politische Stütze gegen die Nachrüstung. Da die Niederlande als Stationierungsland ein für Schmidt strategisch wichtiger Partner waren, und er die Singularisierung der Bundesrepublik vermeiden wollte, sah der Kanzler folglich nicht nur notwendigen Gesprächsbedarf mit Ministerpräsident Dries van Agt, sondern auch mit den dortigen Parteifreunden. Zwar erschien es sehr schnell als ausweglos, in der PvdA die Front gegen das Projekt des NATO-Doppelbeschlusses zu durchbrechen; aber den Dialog zu suchen, stand für Schmidt außer Frage. Wenn er sich nicht in Gesprächen wie mit Joop den Uyl und Max van der Stoel persönlich informierte, schickte Schmidt seinen Intimus, Kanzleramtsminister Hans-Jürgen Wischnewski, als direkten Vertreter zu den Parteitreffen.²⁵⁶

Willy Brandt reagierte anders als Helmut Schmidt nicht gleichermaßen ablehnend auf die programmatischen Auswüchse der niederländischen Parteifreunde, auch wenn er diese eindringlich vor einem NATO-Austritt warnte. Er brachte mehr Verständnis für den Linksschwenk der PvdA auf, die ihn nach Erinnerung seines Weggefährten Egon Bahr und des Sicherheitsexperten Karsten Voigt auf die eigene Lübecker Jugendzeit und die Mitgliedschaft in der sozialistischen SAP hinwies.²⁵⁷ Im Gegensatz zu Helmut Schmidt hatte man innerhalb der PvdA auch eine andere Wahrnehmung von Willy Brandt. Mit dem ‚guten‘ Deutschen, der als Reform- und Friedenskanzler in den

²⁵⁶ Vgl. DRÖGEMÖLLER, *Die zwei ungleichen Schwestern*, a.a.O., S. 102f.

²⁵⁷ Darauf wies Egon Bahr im Gespräch mit dem Verfasser am 4. August 2003 in Berlin hin. Zur Stellungnahme von Karsten Voigt vgl. ebd., S. 103.

Niederlanden viel Aufmerksamkeit erhielt, fühlte sich fast ein jeder politisch und solidarisch verbunden. Der SPD-Vorsitzende entschädigte für präsenten Missmut, der mit Blick auf politische Vorgänge in der Bundesrepublik oder das Verhalten der Schwesterpartei aufgekommen war und stellte einen wichtigen Vertrauensfaktor dar. Auf den Punkt bringt dies im Rückblick die frühere PvdA-Vorsitzende Ien van den Heuvel: „Es wird Sie nicht überraschen, dass die Ostpolitik, wie sie von Willy Brandt gemacht worden ist, in der PvdA mit Zustimmung rechnen konnte. Sicher war es so, dass Helmut Schmidt – der Kopf hinter dem sogenannten NATO-Doppelbeschluss – in den Kreisen der PvdA weniger beliebt war.“²⁵⁸

Hinter beiden Parteien lag zu Beginn der achtziger Jahre eine Phase wechselvoller Beziehungen, die erheblich an der Auseinandersetzung über innerdeutsche Themen und weniger an den Diskrepanzen in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses gelitten hatten. Beide Seiten akzeptierten in Bezug auf die Nachrüstung den Standpunkt der anderen Seite, wobei es vor allem der SPD sichtlich schwer fiel, die distanzierte Haltung der niederländischen Parteifreunde gegenüber dem atlantischen Bündnis nachzuvollziehen. Erst ab Mitte der achtziger Jahre sollte sich das gegenseitige Verhältnis – infolge neuer Politikansätze in der PvdA und Veränderungen in der SPD – auf einem Niveau einpendeln, das den guten Beziehungen in der erste Hälfte der sechziger Jahre entsprach, wie im folgenden Kapitel zu zeigen sein wird.

²⁵⁸ Brief an den Verfasser v. 4. November 2003.

7. TEIL V:

Zweite Ostpolitik und deutsche Wiedervereinigung: Außenpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit (1982-1990)

7.1 *Einleitung*

In der Opposition: Die gewonnene Freiheit zweier Parteien nach den Regierungsbürden

„Eine Partei in der Opposition, sagt man, könnte sich leicht der Wirklichkeit entfremden. Ich glaube, das ist nicht die größte Gefahr, die die SPD heute bedroht. Sie ist eine wirklichkeitsnahe Partei.“¹ Aus den Worten, die Joop den Uyl als niederländischer Vertreter auf dem SPD-Parteitag im Mai 1984 in Essen sprach, klang Zufriedenheit. War die PvdA zu Beginn der sechziger Jahre nachhaltig daran interessiert, dass die deutsche Schwesterpartei endlich Regierungsverantwortung übernehmen würde, stellte sich nach 1982 die Erleichterung darüber ein, dass die SPD der Lähmung als langjähriger Regierungspartei entging. In den Reihen der PvdA manifestierte sich der Eindruck, dass die SPD als „wirklichkeitsnahe Partei“ gesellschaftlichen Bewegungen in der Bundesrepublik wieder offener gegenübertrat – der Friedensbewegung im Besonderen – und auf einen Kurs einschwenkte, den man in den Niederlanden schon seit einigen Jahren verfolgte. Kurzum: SPD und PvdA schwammen weitgehend wieder auf der gleichen Wellenlänge.

Der entscheidende Grund für die entspannte Sichtweise des sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden aus den Niederlanden resultierte aus der inhaltlichen Annäherung beider Organisationen, die sich insbesondere auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik vollzog (siehe hierzu das folgende Kapitel 7.2). Die Wende der SPD optimierte nicht nur die unmittelbaren Beziehungen zwischen deutschen und niederländischen Parteifreunden, die sich politisch entkrampften, weil komplizierte Debatten der Vergangenheit angehörten; die neue Einmütigkeit vereinfachte die gegenseitige Kooperation im internationalen Rahmen und stärkte die Rolle als gemeinsame Verbündete. Für PvdA und SPD hatte es strategische Bedeutung, mit anderen Schwesterparteien möglichst im politischen Einklang zu stehen, weil derartige Verbindungen auch als Rückversicherung für die im Inland betriebene Politik herangezogen werden können. Insbesondere der SPD kam es in der bundesdeutschen Kontroverse um den Doppelbeschluss gelegen, inhaltlich ähnlich eingestellte

¹ Grußwort von Joop den Uyl auf dem SPD-Parteitag vom 17. bis 21. Mai 1984 in Essen, in: SPD-PARTEIVORSTAND (Hrsg.), *SPD-Parteitag v. 17. bis 21. Mai 1984 in Essen. Protokoll des ersten Tages*, Bonn 1984, S. 31-33, S. 31.

Schwesterparteien aus anderen westeuropäischen NATO-Staaten wie die PvdA ins Feld zu führen, um dem eigenen, ablehnenden Standpunkt mit diesem Hinweis mehr Bedeutung zu verleihen. Auch die niederländische Partei profitierte von dieser Form ihrer politischen Instrumentalisierung, weil man in den Niederlanden daran interessiert war, dass auch die Bundesrepublik gegen das Nachrüstungsprojekt votierte und man in der SPD nun eine deutsche Multiplikatorin der seit einigen Jahren vertretenen Ansichten gefunden hatte.

Nach der Endlosschleife von Problemen und Vorwürfen, die sich im Verhältnis deutscher und niederländischer Parteifreunde in den siebziger Jahren aneinander reihten, schien sich das Beziehungsgeflecht nach 1982 zunächst wieder auf einem Normalmaß einzupendeln, um nach und nach zu einer guten und ebenso gefestigten Verbindung aufzublühen. Sprach die SPD-Auslandsreferentin Veronika Isenberg im Februar 1984 noch davon, dass die Beziehungen zwischen deutscher und niederländischer Sozialdemokratie problemlos, aber nicht besonders eng seien, so kam ihr Chef Hans-Eberhard Dingels bereits zwei Jahre später zu einer viel optimistischeren Einschätzung: „Der derzeitige Stand unserer Parteibeziehungen zu den niederländischen Freunden kann als sehr herzlich bezeichnet werden, sowohl die Substanz in den außenpolitischen Bereichen als auch die Atmosphäre in den persönlichen Beziehungen ist im Vergleich zu früher stark angereichert.“ Verstimmungen, Irritationen und ein Auseinanderklaffen bei wesentlichen Zielvorstellungen wie es zur Zeit der Diskussionen um die Berufsverbote der Fall gewesen sei, würden der Vergangenheit angehören.² Einen wesentlichen Beitrag zur Entspannung des Klimas lieferte auch die PvdA selbst. Die Protagonisten der ehemaligen Neuen Linken waren längst politisch erwachsen geworden und vertraten einen Politikstil, der sich genauer an den realistischen Gegebenheiten orientierte als noch in den siebziger Jahren. Dieser Wandel entsprach auch der optimistischen Einschätzung, die Max van der Stoel und das niederländische Königspaar während ihres Deutschlandbesuches beim seinerzeit noch amtierenden Bundeskanzler Helmut Schmidt im März 1982 vertreten hatten. Ihre Bewertung lief darauf hinaus, dass sich die Gruppe um die früheren Jungpolitiker in der politischen Verantwortung stärker mit den Realitäten auseinandersetzen müsse.³

² AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 11156, Brief von Veronika Isenberg an den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke v. 10. Februar 1984; AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 1965 (Länder u. ausländische Parteien), Vermerk von Hans-Eberhard Dingels zu den Beziehungen zwischen SPD und PvdA v. 13. Februar 1986.

³ Vgl. AdSD, *Helmut-Schmidt-Archiv*, Nr. 1/HSAA008978, Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit der niederländischen Königin am 2. März 1982 in Bonn.

Der wichtigste Quell für die Akklimatisierung der Parteibeziehungen, die es im Folgenden auszuarbeiten gilt, aber waren zweifellos jene Schritte, die die SPD in ihrer neuen Rolle fern der natürlichen Regierungspartei nach links rücken ließen. Einen bemerkenswerten Beitrag auf dem Weg jener Angleichung der beiden Parteien bedeutete somit der rapide Veränderungsprozess, den die SPD im Übergang von der Regierungs- zur Oppositionspartei durchlebte. Die neue Einmütigkeit beider Schwesterparteien bestätigte Joop den Uyl 1986 in einem Interview mit der wissenschaftlichen Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, als er über das gegenseitige Verhältnis von SPD und PvdA konstatierte: „Sie sind näher zueinandergekommen. In ganz schlichten Worten gesagt: Die Partei der Arbeit hat sich stark international, europäisch orientiert und hat vielleicht auch einige Realitäten anerkannt, die in den 60er Jahren kaum akzeptiert wurden. Umgekehrt, glaube ich, stellt sich die SPD heute sehr viel aufgelockerter dar, und in den Fragen der nuklearen Abrüstung hat es natürlich eine gewisse Wende gegeben. [...] Man kann dies auch ein bisschen flapsig ausdrücken: Die SPD ist etwas nach links verschoben, die Partei der Arbeit nach rechts, da ist man sich begegnet.“⁴ Nur ein Mal blitzte bei der PvdA im Juni 1986 ein alter Reflex der siebziger Jahre auf, als sie sich über ein Berufsverbotsverfahren gegen den Lehrer Gerhard Bitterwolf mokierte und ihr Unverständnis in einem Brief persönlich an Willy Brandt weiterleitete. Dessen persönlicher Referent, Klaus-Henning Rosen, kommentierte das Verhalten der niederländischen Schwesterpartei in einem Vermerk für Hans-Eberhard Dingels verblüfft: „Überrascht hat mich, dass es ein PvdA-Komitee ‚tegen de Berufsverbote‘ immer noch gibt. Aus Gründen des Klimas wäre es u. U. angezeigt – auch um Fehlreaktionen zu vermeiden – mit denen mal wieder zu reden.“⁵

Nach dem Kanzlersturz vom Oktober 1982, den sich die neue CDU/FDP-geführte Bundesregierung im März 1983 durch vorgezogene Bundestagswahlen bestätigen ließ, atmete die deutsche Sozialdemokratie tief durch.⁶ Die Erleichterung über die scheinbare Unabhängigkeit in der Opposition wog deutlich schwerer als die Trauer über den

⁴ DIEHL, R./F. WIELENGA, *Die Richtung ist die gleiche, aber die Wege sind noch sehr verschieden. NG/FH-Interview mit Joop den Uyl*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 5 (1986), S. 448-453, S. 453.

⁵ AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 1965, Vermerk von Klaus-Henning Rosen für Hans-Eberhard Dingels v. 9. Juli 1986. Die PvdA hatte sich in Person ihres Vorsitzenden Max van den Berg brieflich (30. Juni 1986) an Willy Brandt gewandt.

⁶ Bei den Bundestagswahlen am 6. März 1983 verpassten die Unionsparteien die absolute Mehrheit mit 48,8 Prozent nur knapp. Die SPD fiel auf 38,2 Prozent zurück, die FDP kam auf 7 Prozent. Erstmals waren die Grünen im Deutschen Bundestag vertreten (5,6 Prozent). Vgl. WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, a.a.O., S. 409.

Verlust der Regierungsverantwortung nach insgesamt 16 Jahren unter dem CDU-Kanzler Kurt Georg Kiesinger in der Großen Koalition (1966-1969) und den beiden sozialdemokratischen Regierungschefs Willy Brandt (1969-1974) und Helmut Schmidt (1974-1982). Von der SPD fiel die Last der ständigen Verantwortung ab, gleichzeitig legte sie das verinnerlichte Muss der zwanghaften Unterstützung für den Bundeskanzler und seine Regierung beiseite. In den letzten Regierungsjahren war die Partei Helmut Schmidt mehr wider- als freiwillig gefolgt, weil sie den Hauptinteressen des Kanzlers in der Nachrüstungsdebatte und in Fragen der Kernenergie nur verhalten bis ablehnend gegenüberstand. Hinter der SPD lag eine wichtige Ära an der Spitze der Bundesrepublik mit einer Reihe maßgeblicher Veränderungen in der Innen- und vor allem der Außenpolitik, vor ihr eine ebenso lange Phase in der Opposition. Mit seiner Einschätzung, nun könne es 15 Jahre dauern, ehe seine Partei wieder Regierungsverantwortung übernehmen würde, traf Herbert Wehner 1982 in einem Interview mit dem Saarländischen Rundfunk den Kern.⁷ Bis 1998 wurden mit Hans-Jochen Vogel (1983), Johannes Rau (1987), Oskar Lafontaine (1990) und Rudolf Scharping (1994) vier Kanzlerkandidaten verschlissen, ehe der „Brandt-Enkel“ Gerhard Schröder 1998 den Bonner Machtwechsel schaffte und Helmut Kohl nach 16 Jahren Amtszeit ablöste.

Auf jenem Essener Parteitag 1984, als Joop den Uyl zwischen den Zeilen eine neue Gemeinsamkeit zwischen PvdA und SPD ausmachte, schied Helmut Schmidt komplett aus dem Vorstand seiner Partei aus. Der Rückzug auf Raten hatte bereits im Vorjahr begonnen, als er auf dem Parteikonvent in Köln den Stellvertreterposten niederlegte. Dass der niederländische Parteiführer eine neue Nähe zur deutschen Schwesterpartei entdeckte und Helmut Schmidt zeitgleich seinen Abschied bekannt gab, war natürlich purer Zufall, passte aber ins Bild.⁸ Der Mann, mit dem sich die PvdA in den siebziger Jahren schwer tat und er mit ihr, trat von der politischen Bühne ab. Zwar blieb Schmidt bis 1987 Mitglied des Bundestages, zog sich als neuer Herausgeber der Wochenzeitung *Die Zeit* (1983) aber immer mehr aus dem Parteileben zurück und fügte sich in die neue Rolle des „elder statesman“. Da der langjährige Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner bereits Anfang 1983 aus Altersgründen der aktiven Politik gewichen war, blieb mit dem SPD-Parteivorsitzenden der letzte Vertreter der ehemals erfolgreichen Troika Brandt, Schmidt, Wehner zurück. Der erste sozialdemokratische Bundeskanzler nach dem

⁷ Zit. n. POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte der SPD*, a.a.O., S. 287.

⁸ Vgl. RUPPS, M., *Troika wider Willen. Wie Brandt, Wehner und Schmidt die Republik regierten*, Berlin 2004, S. 303ff.

Zweiten Weltkrieg verharnte als einziger aus dem Führungszentrum auf seinem Posten und erlebte einen „zweiten Frühling“.⁹ Brandt wirkte ähnlich wie seine Partei gelöst ob der abgeschlossenen Regierungsära und machte auch deshalb einen befreiten Eindruck, weil er die Zwänge des Dreigespanns mit Schmidt und Wehner, das stellenweise von Misstrauen und Reserviertheiten geprägt war, hinter sich ließ. Der Parteivorsitzende fühlte sich nun geradezu herausgefordert, die SPD auf ein neues Gleis zu setzen und sie zu einer Bündnispartnerin gesellschaftlicher Interessen zu machen, wie von Joop den Uyl angesprochen. Daher schaute Brandt auch stärker auf die Politik der niederländischen Schwesterpartei, die mit ihrer vorgemachten Annäherung an soziale Bewegungen durchaus Ansporn zur Nachahmung gab. Wie groß die Bedeutung der PvdA gewesen sein mag, ist kaum politisch messbar; durch die enge Kooperation zwischen den Parteien und ihren Vorderleuten war man sich aber gerade in dieser Phase, wo beide gleichzeitig in der Opposition saßen, gegenseitig ein Beispiel. Den Vorsprung, den die PvdA in ihrer Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppierungen und insbesondere mit der Friedensbewegung besaß, wirkte sich – zumindest andeutungsweise – auf das politische Bewusstsein der SPD aus.

Der vollzogene Kurswechsel speiste sich aus den Sorgen Brandts, die SPD könnte vor dem Hintergrund der Nachrüstung politisch auseinanderfallen, und war zudem eine Antwort auf die Etablierung der Grünen, die der SPD nach 1983 auch im Parlament Konkurrenz machten. Die niederländischen Parteifreunde zollten der Neuaufstellung der SPD ihr Lob, weil sie eine veränderte Positionierung mit Blick auf den Wettbewerb am linken politischen Rand in der Bundesrepublik für notwendig hielten. Vor allem erklärten sie sich mit den personellen Veränderungen einverstanden, die Willy Brandt zum alleinigen Aushängeschild der deutschen Sozialdemokratie machten. Überdeutlich brachte dies der ehemalige Verteidigungsminister Bram Stemerding (1977) vor einigen Jahren in einem Aufsatz auf den Punkt, als er Brandt zum „Herz der Sozialdemokratie“ hochstilisierte: „Schmidt versucht, sich einen Platz in der Geschichte zu schreiben, Brandt hat diesen Platz. Brandt vertrat das Herz der Sozialdemokratie, Schmidt manchmal den Verstand. Brandt verlor den Kontakt zur ‚Bewegung‘ nie, Schmidt wohl.“¹⁰

Zeichnete sich nach dem Regierungswechsel zwischen Schmidt und Brandt eine zunehmende persönliche und politische Entfremdung aufgrund ihrer

⁹ Vgl. WALTER, *Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, a.a.O., S. 217.

¹⁰ Vgl. STEMERDINK, B., *Koude Oorlog en sociaal-democratie. Willy Brandt als hart van de sociaal-democratie*, in: *Socialisme en Democratie*, 11 (1996), S. 629-631, S. 631.

Meinungsverschiedenheiten über die Nachrüstung ab, so war im Verhältnis zweier Spitzenpolitiker auf niederländischer Seite eine zumindest vergleichbare Entwicklung feststellbar. Joop den Uyl und Max van der Stoel gingen ab 1983 ebenfalls getrennte Wege. Der Parteichef nahm Abstand von einem Mann, der ihm fast zwanzig Jahre als versierter Außenpolitiker beratend zur Seite gestanden hatte. Bei den vorgezogenen Wahlen¹¹ im September 1982, die der PvdA die Rückkehr an die Regierung trotz Gewinnen verwehrt, war der ‚starre‘ Atlantiker nicht mehr angetreten und Den Uyl hatte seinerzeit keinen Versuch unternommen, diesem Schritt zuvorzukommen.¹² Die jeweiligen Parallelen zwischen Schmidt und Van der Stoel einerseits sowie Brandt und Den Uyl waren auffällig: Die beiden Verantwortungsethiker zogen sich aus dem politischen Geschehen weitgehend zurück, ohne sich aufs Altenteil zu begeben, und überließen den beiden langjährigen Parteiführern das weite Feld, welches sich politisch aus der Oppositionsrolle erschloss. Fern der Regierungsbänke reizte Brandt und Den Uyl die Gelegenheit gleichermaßen, sich an vorderster Stelle für die programmatische Fortentwicklung von SPD und PvdA einzusetzen und den Generationenwechsel zunächst zu verschieben. Der PvdA fiel die Umstellung trotz ihrer Rolle als natürlicher Regierungspartei im Kabinett Den Uyl (1973-1977) und als Juniorpartnerin im Kabinett Van Agt (1981-1982) nicht besonders schwer, weil ihr die für niederländische Politik typischen Regierungskoalitionen über kurz oder lang wieder eine Perspektive als Bündnispartnerin bieten würden. Das politische System wirkte sich in den Niederlanden dynamischer aus als in der Bundesrepublik und ließ eine Partei wie die PvdA profitieren, die zwischen 1945 und 1990 häufiger und länger regierte als die SPD. Die deutsche Partei hatte sich daher in den siebziger Jahren wegen der längeren Zeitspanne noch stärker zu einer natürlichen Regierungspartei entwickelt; ihr ging der Positionswechsel aber ebenfalls leicht von der Hand, weil sie den Abschied von der Macht 1982 als politische Befreiung verstand.

Brandt und Den Uyl arbeiteten in den achtziger Jahren auch auf internationaler Ebene eng zusammen. Der niederländische Parteiführer war zwischen 1980 und 1986 Präsident des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der EG und daher von Amtswegen mit den europäischen Schwesterparteien, der SPD im Besonderen, unmittelbar verbunden. Darüber hinaus wurde Den Uyl 1986 Stellvertreter Brandts als

¹¹ Die PvdA wurde mit 30,4 Prozent der Stimmen stärkste Partei in der Zweiten Kammer, hatte aber vor dem CDA (29,3 Prozent) und der VVD (23,1 Prozent) das Nachsehen, die gemeinsam unter dem neuen Ministerpräsidenten Ruud Lubbers (CDA) eine Koalition bildeten. Vgl. LEPSZY, *Das politische System der Niederlande*, a.a.O., S. 366.

¹² Vgl. HAVENAAR, *Koude Oorlog en sociaal-democratie*, a.a.O., S. 548.

Präsident der Sozialistischen Internationale, was beide politisch noch stärker zusammenrücken ließ. Während der Niederländer der Kooperation und der persönlichen Freundschaft mit dem deutschen SPD-Vorsitzenden hohe Bedeutung beimaß, sah Willy Brandt das Verhältnis zum Parteiführer der PvdA gelassener. „Persönlich gab es zwischen beiden keine Probleme, aber Den Uyls Sturheit konnte Brandt auf die Palme bringen“, erinnert sich Brandts Referent und Büroleiter in der Bonner SPD-Zentrale (1983-1992), Klaus Lindenberg, rückblickend: „Wenn man Den Uyl in einer Angelegenheit anrief, wurden die Probleme nur noch größer.“ Der PvdA habe es an Flexibilität gefehlt, was sich vor allem während Konferenzen bemerkbar machte, auf denen nach Formulierungen für die Kommuniqués gesucht werden musste. „Dies gefiel Brandt nicht, weil er auf Kompromisslösungen aus war. Er und Den Uyl besaßen unterschiedliche Persönlichkeitsstrukturen. Brandt dachte: ‚Was ist machbar und was nicht.‘“¹³ In die gleiche Richtung hob die leicht kritische Bewertung des internationalen Parteisekretärs der SPD, Hans-Eberhard Dingels, ab, als er sich im November 1982 über eine bevorstehende Bürositzung des Bundes der europäischen Sozialdemokraten direkt zu Den Uyl äußerte: „Außerdem wird er, so wie ich ihn kenne, in langatmigen Ausführungen zur gegenwärtigen Krise der Gemeinschaft und Europas Stellung nehmen.“¹⁴

Der aus den siebziger Jahren bekannten Besserwisserei, die die eigenwillige PvdA zuweilen an den Tag legte, stand der positive Eindruck gegenüber, den Brandt von den „Jungtieren“ (Lindenberg) der niederländischen Sozialdemokratie besaß, namentlich Maarten van Traa und sein späterer Nachfolger im Amt des internationalen Parteisekretärs, Jan Marinus Wiersma (1987-1999). Der SPD-Vorsitzende schätzte insbesondere die pragmatische Arbeit Van Traas, den er 1983 für das Amt des Generalsekretärs der Sozialistischen Internationale ins Gespräch brachte. Dem SI-Vorsitzenden gelang es wegen Meinungsverschiedenheiten des Gremiums allerdings nicht, den Niederländer als Kandidaten durchzusetzen. In einem Brief vom 18. März 1983 schrieb Brandt an Van Traa: „Du wirst von manchen unserer Freunde stark mit einer Position identifiziert, die bei unseren französischen Genossen, aber auch bei einigen anderen, mit Skepsis gesehen wird. Insofern würde eine Kandidatur von Dir nicht so unumstritten sein, wie es für einen Neuanfang wünschenswert und für Dich

¹³ Gespräch mit dem Verfasser am 23. Juni 2003 in Berlin.

¹⁴ AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 10830, Vermerk von Hans-Eberhard Dingels zur bevorstehenden Bürositzung des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der EG v. 10. November 1982.

persönlich notwendig sein müsste. [...] Du weißt von mir, dass ich sehr gern mit Dir zusammengearbeitet hätte. Es tut mir leid, dass sich dies offensichtlich nicht realisieren lässt.“¹⁵

Gleichwohl achtete Brandt Den Uyl als politischen Charakterkopf und würdigte dessen Leistung für die Fortschritte in der europäischen Integration ausdrücklich. Im Gegensatz zur Situation im Jahr 1973, als Sicco Mansholt das Amt des Präsidenten des Bundes der sozialdemokratischen Parteien anstrebte und die SPD dies mit aller Macht verhinderte, hatte sie 1980 keine Probleme mit der Kandidatur eines Niederländers wie Joop den Uyl.¹⁶ „Durch seine Zielstrebigkeit, europäischen Fragen Vorrang zu geben, hat er es weder sich selbst noch seinen Freunden einfach gemacht“, schrieb Brandt im August 1984 in einem Beitrag für die Festschrift anlässlich des 65. Geburtstages von Den Uyl: „Er war nie gern zu Kompromissen auf Kosten der europäischen Sache bereit; denn zu oft stellte er fest, dass dadurch fundamentale Grundsätze einer progressiven Europapolitik verleugnet werden mussten.“¹⁷ In einem persönlichen Brief schrieb Brandt Den Uyl ähnlich lobende Worte: „Ich möchte die Gelegenheit benutzen, Dir für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren zu danken. Lebhaft habe ich auch in Erinnerung, wie oft Du uns in Wahlkampfveranstaltungen zur Seite gestanden hast, mit welchem persönlichen Engagement Du Dich für ein tieferes Verständnis zwischen unseren beiden Staaten eingesetzt hast. Und nicht zuletzt, wie viel Du für die europäische Einigung auf Dich genommen hast. Wenn die PvdA als Partei und die Niederlande als Staat heute in der schwierigen internationalen Lage in besonderem Maße gehört werden, wenn ihren Entscheidungen so großes Gewicht beigemessen wird, dann ist dies auch Dein Verdienst.“¹⁸

¹⁵ IISG, *Archiv Maarten van Traa*, Nr. 223, Brief Willy Brandts an Maarten van Traa v. 18. März 1983; vgl. zum gleichen Thema auch IISG, *Archiv Maarten van Traa*, Nr. 223, Brief Willy Brandts an Maarten van Traa v. 20. April 1983.

¹⁶ Die Kooperation innerhalb dieses Gremiums der europäischen Sozialdemokratie verlief zu Beginn der achtziger Jahre weitgehend reibungslos, wie der SPD-Vorsitzende Willy Brandt 1980 in einer Präsidiumssitzung erklärte. Laut Protokoll hieß es: „Die Zusammenarbeit innerhalb des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der EG unter der Leitung von Joop den Uyl sei, so betonte Willy Brandt, erheblich verbessert worden.“ Siehe AdSD, *Helmut-Schmidt-Archiv*, Nr. 6320. Hans-Eberhard Dingels bestätigte diese Einschätzung nach einer Bürositzung des Bundes am 11./12. September 1980 in Brüssel: „Joop den Uyl zeigte sich über die bisherige Zusammenarbeit befriedigt, und ich hatte den Eindruck, dass er jetzt eher bereit zu sein scheint, die im Bund herrschenden Realitäten positiv anzuerkennen.“ Siehe AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 10773.

¹⁷ BRANDT, W., *Europa. Zelfbehoud door zelfbezinning*, in: CASTELIJN, L. u.a. (Hrsg.), *Tekens in de tijd. 65 jaar Joop den Uyl*, Amsterdam 1984, S. 18-27, S.18.

¹⁸ IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Nr. 62, Brief Willy Brandts an Joop den Uyl anlässlich dessen 65. Geburtstages v. 6. August 1984. Weitere deutsche Sozialdemokraten nutzten das persönliche Jubiläum des niederländischen Parteiführers als Gelegenheit, um Joop den Uyl für die gute Zusammenarbeit zu danken. Der Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel schrieb ihm in einem Brief v. 8. August 1984: „Gerne nehme ich diesen Tag zum Anlass, Dir unsere Verbundenheit zum Ausdruck zu bringen. Ich bin

Neben dem breiten Lob für Den Uyl war aus der SPD heraus aber auch Kritik an seiner Tätigkeit als Präsident des Bundes hörbar geworden. Unter den sozialdemokratischen Parteien der EG herrsche weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem Funktionieren des Bundes, vermerkte die Referentin aus der Abteilung internationale Beziehungen, Veronika Isenberg, im Sommer 1984 und führte in diesem Zusammenhang personelle Gründe an. Joop den Uyl habe sich als Präsident instrumentalisieren lassen und auf diese Weise bei anderen Parteien eine allgemeine Abwehrhaltung gegenüber Presseerklärungen des Bundes hervorgerufen. Die Folge sei gewesen, dass Den Uyl fortan weitgehend darauf verzichtete, allein Erklärungen abzugeben, was die Öffentlichkeitsarbeit des Bundes fast auf Null reduziert habe. In einem ihrer drei Lösungsvorschläge zur Behebung der Probleme ging Isenberg so weit, die Wahl eines neuen Präsidenten für „absolut unerlässlich“ zu halten, sollte der Bund in seiner bisherigen Form weiterbestehen.¹⁹ Einen solchen Schritt war Willy Brandt aber nicht gewillt zu gehen. Zum einen, weil er in Joop den Uyl nicht das Hauptproblem für die Schwierigkeiten des Bundes sah, sondern in der Schwerfälligkeit einer solchen Organisation und den Meinungsverschiedenheiten der ihr angehörenden Parteien; zum anderen, weil er seinem langjährigen Partner und der niederländischen Partei nicht vor den Kopf stoßen wollte. Die gegenseitige Verbundenheit und die Loyalität füreinander waren zu ausgeprägt, um dem anderen in den Rücken zu fallen. Als Joop den Uyl am 24. Dezember 1987 im Alter von 68 Jahren einer schweren Krankheit erlag, nahm Brandt als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale persönlich am Begräbnis teil und würdigte seinen langjährigen Weggefährten als „engagierten Internationalisten, verlässlichen Kameraden und echten Freund“, den er als „Pionier eines fortschrittlichen Europas“ bezeichnete. „Es war ein Vergnügen, mit Dir zusammenzuarbeiten. Es half

überzeugt, dass die gemeinsamen politischen Ziele und der enge Kontakt zwischen unseren Parteien auch in Zukunft unsere Zusammenarbeit fördern werden. Dankbar bin ich für die persönlichen Begegnungen und den fruchtbaren Gedankenaustausch, den sie ermöglichen.“ Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau richtete sich in einem Brief v. 6. August an Den Uyl: „Du hast in Deinen Begegnungen mit deutschen Sozialdemokraten den politischen Gedanken- und Erfahrungsaustausch und das menschliche Verständnis füreinander gefördert. Die freundlichen Beziehungen unserer Parteien sind ein Teil der guten Nachbarschaft unserer Völker. Ich denke mit Freude an unsere Gespräche, aus denen ich Dich als weitsichtigen Politiker kenne, dessen maßvolles Urteil ich schätze. Ich fühle mich Dir vor allem in Deinen sozialpolitischen Zielen verbunden, für die Du so nachdrücklich in Deinem Heimatland und in der Europäischen Gemeinschaft eintrittst.“ Der SPD-Schatzmeister Hans-Jürgen Wischniewski schrieb in einer Grußbotschaft v. 7. August 1984: „Ich danke für die gute Zusammenarbeit und ich danke für alles, was ich von Dir lernen durfte.“ Siehe IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Nr. 62.

¹⁹ AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 10833, Vermerk von Veronika Isenberg zum Bund der sozialdemokratischen Parteien der EG v. 26. Juni 1984.

uns, Dir zuzuhören.“²⁰ Wie im Sommer 1955, als der damalige SPD-Chef Erich Ollenhauer die Grabesrede für seinen langjährigen Freund, den PvdA-Vorsitzenden Koos Vorrink hielt, war es nun Willy Brandt, der diese Aufgabe beim Abschied von Joop den Uyl übernahm. Dies unterstrich die Zusammengehörigkeit zwischen deutschen und niederländischen Sozialdemokraten und ihren beiden Parteien.

Im Jahr 1987 war für Willy Brandt der definitive Zeitpunkt gekommen, einem Amt den Rücken zu kehren, das er seit seiner Wahl 1964 als Nachfolger Erich Ollenhauers fast ein Vierteljahrhundert innehatte. Die großen niederländischen Tageszeitungen berichteten in umfangreichen Artikeln und Kommentaren über den Abtritt im Frühjahr, der durch den gescheiterten Versuch Brandts hervorgerufen wurde, die parteilose Griechin Margarita Mathiopoulos an den Gremien vorbei zur neuen SPD-Sprecherin zu berufen.²¹ Das Symbol des „anderen Deutschlands“ sei weg, schrieb die sozialdemokratisch orientierte Tageszeitung *de Volkskrant* am Tag nach dem Rücktritt in einer Anmerkung, die einem Nachruf gleichkam: „Brandt machte als Bundeskanzler nach außen viel weniger einen förmlichen und angespannten Eindruck als seine Vorgänger und Nachfolger.“ Er sei nicht mit dem sehr teutonischen Begriff vom „tierischen Ernst“ identifiziert worden. „Und er hatte die Gabe für überzeugende Gesten: der Kniefall in Polen.“²² Kritischer betrachtete das *NRC Handelsblad* den politischen Abschied Brandts, welchen ihr Deutschlandkorrespondent Rob Meines mit Blick auf Mathiopoulos als „griechische Tragödie“ kennzeichnete.²³ In einem Kommentar wies das Blatt daraufhin, dass sich das Ende des langjährigen SPD-Vorsitzenden wie 13 Jahre zuvor beim Rücktritt vom Bundeskanzleramt vollzogen habe – in einer Mischung aus Tumult und Emotion. Brandt sei es in den letzten Jahren seines Vorsitzes nicht mehr gelungen, dem Sozialismus eine neue Perspektive für die neunziger Jahre und danach zu geben. „Die SPD ist eine Partei von gestern geblieben.“ Besonders angekreidet wurde dem scheidenden Parteichef die jüngste Niederlage bei den Bundestagswahlen im Januar 1987. „Brandt und Rau führten die Kampagne nicht mit-, sondern gegeneinander.“²⁴

Das Wahlergebnis 1987 zog für die SPD den schwersten Misserfolg seit 1961 nach sich, da die Partei unter dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau als

²⁰ BRANDT, W., *Joop den Uyl was een pionier van een vooruitstrevend Europa*, in: WIJNE, J.S. (Hrsg.), *Joop den Uyl*, Amsterdam 1987, S. 41; vgl. auch BRANDT, W., *Joop den Uyl. Tussen droom en daad*, in: *NRC Handelsblad* v. 28. Dezember 1987.

²¹ Vgl. MERSEBURGER, *Willy Brandt*, a.a.O., S. 799.

²² O.A., *Symbol weg*, in: *de Volkskrant* v. 24. März 1987.

²³ MEINES, R., *Aftreden Brandt – een Griekse tragedie*, in: *NRC Handelsblad* v. 24. März 1987.

²⁴ O.A., *Brandt gaat*, in: *NRC Handelsblad* v. 24. März 1987.

Spitzenkandidaten auf 37 Prozent abrutschte, während CDU/CSU trotz Verlusten (44,3 Prozent) und FDP bei deutlichen Zugewinnen (9,1 Prozent) entspannt weiterregierten.²⁵ Die anhaltende Erfolglosigkeit der deutschen Sozialdemokratie war ein Umstand, den auch *de Volkskrant* aufgriff und im Rahmen der Berichterstattung über den Brandt-Rücktritt bemängelte. Der Parteivorsitzende habe Rau bei dessen Feldzug gegen Amtsinhaber Helmut Kohl keine Rückendeckung gegeben, kritisierte Korrespondent Jos Klaassen. Raus Totalverweigerung, mit den Grünen zu kooperieren, müsse Brandt zu weit gegangen sein. „Wahrscheinlich stand Brandt doch ambivalent gegenüber Rau.“²⁶ Die Art und Weise, wie in den Niederlanden über das Ende der politischen Karriere des SPD-Vorsitzenden berichtet wurde, blieb eindeutig zweigleisig. Einerseits lobte man Brandt für seine Verdienste in der Außenpolitik und die Entspannung mit dem Osten, bestätigte das bewährte niederländische Bild des ‚guten‘ Deutschen; andererseits war unübersehbar geblieben, dass sich die SPD unter Brandt auf einem Abstieg befand. Man traute ihm nicht mehr zu, die Partei mit der nötigen Durchschlagskraft zu neuen Mehrheiten zu führen. Das ‚Denkmal‘ Brandt bröckelte auch in den Niederlanden. Die Sichtweise der niederländischen Medien glich der Stimmung, die auch in der deutschen Partei selbst vorherrschte. Für viele war Willy Brandt seit den siebziger Jahren der politische ‚Held‘ und das unangefochtene Anushängeschild der deutschen Sozialdemokratie; einer stets größer werdenden Gruppe und insbesondere der Mehrheit des Parteipräsidiums aber wurde deutlich, dass mit Brandt nach der erneuten Wahlniederlage kein Neuanfang möglich war. Die PvdA hielt sich mit Kommentaren dagegen weitgehend zurück. Auf der einen Seite tat sie dies wegen ihrer Bewunderung für Willy Brandt, den man aus einer befreundeten Schwesterpartei heraus nicht persönlich und öffentlich kritisieren wollte; auf der anderen Seite konnte die niederländische Schwesterpartei kaum Stellung für Brandt oder die neue Parteiführung mit dem im Juni 1987 gewählten Nachfolger Hans-Jochen Vogel beziehen, um es sich weder mit dem langjährigen politischen Freund, noch mit den neuen Partnern im SPD-Vorstand zu verderben.²⁷ Der Kommandowechsel an der Spitze der deutschen

²⁵ Vgl. WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, a.a.O., S. 450.

²⁶ KLAASSEN, J., *Optreden Brandt leidde tot versplintering in SPD*, in: *de Volkskrant* v. 24. März.

²⁷ Vgl. die niederländische Berichterstattung zum SPD-Sonderparteitag im Juni 1987: MEINES, R., *Emotioneel afscheid van SPD-voorzitter*, in: *NRC Handelsblad* v. 15. Juni 1987; KLAASSEN, J., *SPD-voorzitter beëindigt politieke carrière. Brandt acht vergroting vrijheid taak voor sociaal-democratie*, in: *de Volkskrant* v. 15. Juni 1987; vgl auch das Interview mit dem neuen SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel, das die sozialdemokratische Tageszeitung *Het Vrije Volk* veröffentlichte: BOXMEER, A., *Hans-Jochen Vogel. Een merkwaardig mens. „Men zal mij meten aan maatstaven van Brandt“*, in: *Het Vrije Volk* v. 15. Juni 1987.

Schwesterpartei wurde als interne Angelegenheit der SPD betrachtet, aus der man sich heraushielt.²⁸ Welch hohen politischen und persönlichen Stellenwert Brandt bei einer Reihe niederländischer Sozialdemokraten weiterhin besaß, zeigte sich an der Haltung Maarten van Traas. Der Sicherheitspolitiker und Deutschlandexperte bezeichnete den langjährigen SPD-Vorsitzenden zu Beginn der neunziger Jahre als eine seiner „Vaterfiguren“ – neben Joop den Uyl und dem schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme.²⁹ Und aus Anlass der Verleihung des Großen Verdienstordens der Bundesrepublik an Van Traa sagte dieser im April 1996 in Den Haag, dass sein politischer Werdegang neben Den Uyl von Brandt und Egon Bahr geprägt worden sei. Das habe viel bedeutet.³⁰

Während Willy Brandt in Anbetracht seines abrupten Rücktritts den richtigen Zeitpunkt für eine Stabübergabe verpasste, verlief der Generationswechsel an der Spitze der niederländischen Sozialdemokratie in geordneteren Bahnen. Mit dem früheren Gewerkschaftsführer Wim Kok übergab Joop den Uyl das Zepter bereits 1986 an einen Seiteneinsteiger, der die Belange der niederländischen Sozialdemokratie bis weit in die neunziger Jahre hinein bestimmen sollte. Erstmals rückte in der Hierarchie der PvdA ein Politiker weit nach oben, der über keine ausgeprägten Erfahrungen mit dem Innenleben der PvdA und daher über keine lange Parteikarriere verfügte wie Willem Drees, Koos Vorrink und Joop den Uyl. Dies war ein erster Hinweis darauf, dass auch in der niederländischen Politik Personen – Kok besaß infolge seines Vorsitzes des Gewerkschaftsbundes FNV (1976-1985) wahrlich kein unbekanntes Gesicht – eine bedeutendere Stellung erhielten als ihre jeweiligen Parteien. Kok fiel folgerichtig stärker als Führungs- denn als Parteipolitiker auf, der mit seinem beständigen Auftreten und den charismatischen Fähigkeiten an den pragmatischen Stil eines Willem Drees erinnerte und auch bewusst an ihn erinnern wollte.³¹ Während die PvdA bei den

²⁸ Der frühere EG-Kommissionspräsident Sicco Mansholt fühlte sich dagegen als Vertreter der älteren Garde herausgefordert, Willy Brandt persönlich in einem Brief zu kontaktieren und ihm beiseite zu springen: „Dein Rücktritt vom Amt des SPD-Vorsitzenden hat uns alle tief erschüttert! Die Politik ist hart. Und vor allem, wenn man bemerkt, dass nicht mit offenem Visier gekämpft wird und man mit einem Seitenhieb gefällt wird. [...] Ich hatte es für unmöglich gehalten, dass Du auf diese Weise gezwungen würdest zurückzutreten. Was sind das für Kräfte in der SPD?“ Siehe IISG, *Archiv Sicco Mansholt*, Brief Sicco Mansholts an Willy Brandt anlässlich dessen Rücktritts vom SPD-Parteivorsitz v. 3. April 1987.

²⁹ TRAA, M. VAN, *Brandt verzoende hele generatie met Duitsland*, in: *NRC Handelsblad* v. 12. Oktober 1992. Wörtlich schrieb der Niederländer anlässlich des Todes von Brandt (8. Oktober 1992): „Willy Brandt ist gestorben. Olof Palme und Joop den Uyl sind ihm vorausgegangen. Nun habe ich alle Vaterfiguren verloren.“

³⁰ IISG, *Archiv Maarten van Traa*, Nr. 177, Erklärung von Maarten van Traa während der Verleihung des Großen Verdienstordens der Bundesrepublik am 16. April 1996 in Den Haag.

³¹ Vgl. VELDE, H. TE, *Drees und Fortuyn. Der Stil politischer Führerschaft in den Niederlanden seit 1945*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien 2003*, Münster 2004, S. 11-25, S. 18; vgl. zu

Parlamentswahlen 1986 den Sprung an die Regierung verfehlte, führte Kok sie drei Jahre später zurück an die Macht und bildete als neuer Finanzminister mit dem christdemokratischen Ministerpräsidenten Ruud Lubbers ein Mitte-Links-Bündnis bestehend aus seiner Partei und dem CDA.³² Im Jahre 1994 wurde Wim Kok nach Willem Drees und Joop den Uyl dritter sozialdemokratischer Premier in den Niederlanden, der zwischen 1994 und 2002 zwar zwei Jahre kürzer amtierte als das Urgestein Drees, aber doppelt so lang wie sein Vorgänger Joop den Uyl.

Mit dem Wechsel von Den Uyl zu Kok war die Partei nicht nur personell, sondern auch inhaltlich und taktisch endgültig auf einen neuen Kurs eingeschwenkt, infolgedessen das unter Willem Drees bewährte politische Handwerk des Konsenses und der Kompromissfindung wieder hervorgeholt wurde.³³ Statt wie früher von der Neuen Linken wurde nun von den „Neuen Realisten“ in der PvdA geschrieben und gesprochen, die mit ihrer Partei Regierungsverantwortung übernehmen wollten.³⁴ Dieser Richtungswechsel bezog sich auch auf die Außen- und Sicherheitspolitik, die schon dadurch einen neuen Anstrich erhielt, dass die PvdA das atlantische Bündnis nach 1986 nicht mehr kategorisch in Frage stellte. Sich den Christdemokraten wieder als stabiler Koalitionspartner zu empfehlen, wurde als einer der wichtigsten Gründe für die politische Kehrtwende verstanden.³⁵ Mit anspruchsvollen Programmpapieren wie „Sich verschiebende Felder“ (1987) und „Bewegte Bewegung“ (1988) versuchte die Partei, ihre Rückkehr an die Schalthebel der Macht zu ebnen.³⁶ In der Bundesrepublik war man bei aller Wertschätzung für Joop den Uyl äußerst zufrieden mit der Nachfolgeregelung der niederländischen Schwesterpartei, weil der SPD der Pragmatismus von Wim Kok entgegenkam. Für die deutsche Sozialdemokratie wurde 1987 ein neuer „Abschnitt der politischen Kultur der PvdA“ eingeläutet, die mit Marjanne Sint auch eine neue und ebenso pragmatische Parteivorsitzende erhielt. Optimistisch hieß es über das

Wim Kok auch KLEIN, P./R. KOOISTRA, *Wim Kok. Het taaie gevecht van een polderjongen*, Amsterdam 1998.

³² Obwohl die PvdA bei den Parlamentswahlen 1986 von 30,4 auf 33,3 Prozent zulegte, wurde der CDA mit 34,6 Prozent (1982: 29,3 Prozent) wieder stärkste politische Kraft in der Zweiten Kammer. Trotz der Verluste des Koalitionspartners VVD (17,4 Prozent), konnte der christdemokratische Ministerpräsident Ruud Lubbers mit den Liberalen weiterregieren. Bei den Wahlen 1989 erlitt die PvdA kleine Verluste und erreichte 31,9 Prozent der Stimmen. Während sich der CDA erneut leicht steigerte (35,3 Prozent), rutschte die VVD (14,6 Prozent) weiter ab und verlor ihren Regierungsstatus an die PvdA. Vgl. LEPSZY, *Das politische System der Niederlande*, a.a.O., S. 366; vgl. zur Regierungsbeteiligung der PvdA im Kabinett des Christdemokraten Ruud Lubbers auch das Buch von REHWINKEL, P./J. NEKKERS, *Regerenderwijs. De PvdA in het kabinet-Lubbers/Kok*, Amsterdam 1994.

³³ Vgl. ROOY, *De rode droom*, a.a.O., S. 68f.

³⁴ Vgl. LINDNER, *Het tweede kabinet-Den Uyl*, a.a.O., S. 243.

³⁵ Vgl. WIELENGA, F., *Niederlande. PvdA im Wartezimmer der Regierungsmacht*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 3 (1985), S. 478-479.

³⁶ Zit. n. WIELENGA, *Konsens im Polder?*, a.a.O., S. 100.

Führungsduo in einem Vermerk: Weder der traditionell orientierte Sozialist wie Joop den Uyl, noch der idealistisch-charismatische Führer wie der ehemalige Vorsitzende Max van den Berg seien gefragt, sondern der kühl-realistische Pragmatiker mit Kompromissbereitschaft und Machtinstinkt.³⁷ „Kok und Brandt haben sich sehr gut verstanden. Brandt schätzte dessen Auftreten und seine persönliche Ausstrahlung“, erinnert sich Brandts Büroleiter Klaus Lindenberg in der Rückschau: „Wenn man Kok anrief, war das Problem schnell gelöst.“³⁸ Bei Joop den Uyl hatte man es in der SPD-Zentrale genau umgekehrt empfunden: Die Schwierigkeiten wurden eher größer, wenn man den niederländischen Parteiführer kontaktierte.

Da Willy Brandt trotz seines Rückzugs vom Parteivorsitz bis zu seinem Tod im Oktober 1992 Ehrenvorsitzender der SPD und bis September 1992 Präsident der Sozialistischen Internationale blieb, hielt er auch die Kontakte zur PvdA aufrecht. War Den Uyl zwischen 1986 und seinem Ableben 1987 Brandts Stellvertreter als SI-Chef, so folgte im Juni 1989 mit Wim Kok erneut ein niederländischer Sozialdemokrat dem Ruf als Vize-Vorsitzender dieses internationalen Gremiums. Dies sprach nicht nur für die Beständigkeit in der Zusammenarbeit zwischen deutschen und niederländischen Parteifreunden, sondern insbesondere für die Tatsache, dass Brandt und Kok gut miteinander kooperierten. Kaum vorstellbar, dass jemand Brandts Stellvertreter geworden wäre, dem er persönlich wie politisch nicht vertraut hätte. Bereits im Mai 1988 wurde Kok von der Sozialistischen Internationale die Leitung einer Südafrika-Kommission übergeben.

Auch Helmut Schmidt kommentierte den Wechsel an der niederländischen Parteispitze im übrigen positiv – in seinen *Erinnerungen* war es ihm ein besonderer Hinweis wert, dass die PvdA „erst 1989 unter Führung des pragmatischen ehemaligen Gewerkschaftsführers Wim Kok in ‚großer Koalition‘ mit der CDA wieder in die Regierung zurückkehren“ konnte.³⁹ Da Schmidt aus seiner Abneigung gegenüber der Neuen Linken und der gesinnungsethisch veranlagten PvdA der siebziger Jahre nie einen Hehl gemacht hatte, goutierte er den Kurswechsel hin zu einem stärker

³⁷ AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 862 (Länder u. ausländische Parteien), Vermerk zum Parteitag der PvdA in Amsterdam (2.-4. April 1987). Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Waltemathe nahm als Beobachter an diesem Konvent teil und bestätigte den positiven Eindruck, den die SPD von Sint und Kok besaß: „Sie verkörpern die pragmatische, auf Machtteilnahme fixierte Zukunft der Partei der Arbeit.“ Siehe WALTEMATHE, E., *Zum zweiten Mal ist eine Frau Vorsitzende der niederländischen Sozialdemokraten. Der 21. Kongress der PvdA auf der Suche nach Regierungsbeteiligung*, in: *Sozialdemokratischer Pressedienst* v. 7. April 1987.

³⁸ Gespräch mit dem Verfasser am 23. Juni 2003 in Berlin.

³⁹ SCHMIDT, *Die deutschen und ihre Nachbarn*, a.a.O., S. 397.

sachbezogenen Politikstil mit Genugtuung. Die Bemerkung des ehemaligen christdemokratischen Landwirtschafts- und Finanzministers Fons van der Stee, der frühere Ministerpräsident Dries van Agt (CDA) und Helmut Schmidt hätten sich „tausend Mal besser“ verstanden als Joop den Uyl und der ehemalige deutsche Regierungschef, war in dieser Form zwar übertrieben, von der Grundtendenz aber vollkommen richtig.⁴⁰ Während Schmidt mit Van Agt, der die Niederlande zwischen 1977 und 1982 regierte, eine langjährige Freundschaft verband, gingen seine Beziehungen zu Den Uyl nicht weit über ein reines Arbeitsverhältnis hinaus.⁴¹

Bessere Beziehungen pflegte der neue Parteiführer Wim Kok zu den deutschen Parteifreunden, als er 1986 das Ruder in der PvdA übernahm – zunächst als Spitzenkandidat bei den Parlamentswahlen im Mai und anschließend als Fraktionsvorsitzender in der Zweiten Kammer. Bereits im August 1986 besuchte der neue sozialdemokratische Oppositionsführer den SPD-Parteitag in Nürnberg und bekundete als Redner, dass unter seiner Führung der enge Draht zur deutschen Sozialdemokratie beibehalten würde. „Jedenfalls möchte ich Ihnen sagen: Sie haben Freunde, vermutlich mehr, als Sie ahnen, in der ganzen europäischen Linken, der Sozialdemokratie. Und wir in Holland gehören dazu.“⁴² Hans-Eberhard Dingels lobte später Koks Grundsatzrede, in der dieser die PvdA als „zukunftsorientierte pragmatische Partei“ dargestellt habe.⁴³ Folgerichtig funktionierten die Beziehungen zwischen PvdA und SPD auch unter den neuen Führungen von Wim Kok und Hans-Jochen Vogel gut und weitgehend reibungslos.⁴⁴

⁴⁰ Zit. n. TROMP, J./P. WITTEMAN, *Voor de duvel niet bang. Dries van Agt. Van weerzin tot wellust*, Bussum 1980, S. 157.

⁴¹ Versöhnlich zeigte sich Schmidt aber unmittelbar nach dem Ende seiner Kanzlerschaft im Oktober 1982, als er Joop den Uyl für die langjährige Zusammenarbeit dankte: „Die vor uns liegenden Jahre werden schwierig sein, politisch wie wirtschaftlich. Ich glaube, dass gerade die sozialdemokratischen Parteien, gleich ob in der Regierungsverantwortung oder in der Opposition, hier eine besondere Verantwortung tragen für die Erhaltung des Friedens nach innen und außen, für die Sicherung der Freiheitsrechte der Bürger, für den gerechten Ausgleich zwischen arm und reich. [...] Ich würde mich freuen, Dich bald wiederzusehen.“ Siehe IISG, *Archiv Joop den Uyl*, Nr. 250, Brief Helmut Schmidts an Joop den Uyl v. 4. Oktober 1982.

⁴² Rede von Wim Kok („Das wirtschaftliche, das technologische, das geistige Europa. Über die Zukunft Europas und der Europäischen Gemeinschaft“) auf dem SPD-Parteitag vom 25. bis 29. August 1986 in Nürnberg, in: SPD-PARTEIVORSTAND (Hrsg.), *SPD-Parteitag v. 25. bis 29. August 1986 in Nürnberg. Protokoll des ersten Tages*, Bonn 1986, S. 59-68, S. 60.

⁴³ AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 1965 (Länder u. ausländische Parteien), Vermerk von Hans-Eberhard Dingels für das Büro des Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi v. 8. Oktober 1987. Die Informationen waren für bevorstehende Gespräche von Dohnanyis in den Niederlanden gedacht.

⁴⁴ In einer Grußadresse anlässlich des 50. Geburtstags sandte der deutsche Partei- und Fraktionsvorsitzende im September 1988 dem niederländischen Parteichef folgende Worte: „Die deutschen Sozialdemokraten messen der Zusammenarbeit mit den niederländischen Freunden große Bedeutung bei. Beide Parteien sind einig im Willen, die Einigung Europas zu fördern und die

Auch wenn der Niederländer den Parteitagsdelegierten in Nürnberg zugerufen hatte, er gönne Helmut Kohl „einen langen, langen Urlaub vom Bundeskanzleramt“⁴⁵, zeigten die nächsten Jahre für die SPD, dass es genau umgekehrt kam: Die deutsche Sozialdemokratie machte einen langen Urlaub von der Bonner Regierungszentrale. Während die PvdA einen neuen politischen Kurs gefunden hatte und mit Wim Kok auch in personeller Hinsicht Kontinuität beweisen sollte, tat sich die SPD mit der Oppositionsrolle zunehmend schwerer. Nach der Erleichterung über den Verlust der Regierungsverantwortung 1982 stellte sich im Laufe der achtziger Jahre Ernüchterung über die eingegrenzten politischen Handlungsspielräume ein. Allerdings gelang es ihr im Gegensatz zur PvdA nicht, in der Öffentlichkeit den Eindruck einer regierungsfähigen Partei zu hinterlassen. Auffällig waren die Auseinandersetzungen über die künftige politische Fährte der Partei, die das Bild einer lethargischen und uneinigen Organisation abgab. Hinzukamen die ständigen Wechsel in der Frage, wen die SPD als Kanzlerkandidat in das Rennen gegen Amtsinhaber Helmut Kohl schickte. Ähnlich wie Kok für die PvdA war Johannes Rau ein Vordermann seiner Partei, der insbesondere die politische Mitte vertrat. Seine klare Absage an ein gemeinsames Regierungsbündnis mit den Grünen im Vorfeld der Bundestagswahl 1987 zeigte dies an. Allerdings war der erfolgreiche Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu Kok nicht der Hoffnungsträger, auf den die SPD gewartet hatte. Die Einschätzung des internationalen Parteisekretärs der PvdA, Maarten van Traa, und des Parteiführers Wim Kok, Johannes Rau habe die „alte Tante SPD“ bei den Bundestagswahlen 1987 gut verteidigt – „daraus wird noch vieles, auch für uns in Holland“ – trug in dieser Form nicht.⁴⁶ Nach dem Abschied Willy Brandts, der die deutsche Sozialdemokratie 23 Jahre lang als ihr Vorsitzender führte, zeigte sich, dass die Partei trotz des notwendig gewordenen Stabwechsels Schwierigkeiten mit dem Vakuum besaß, das er hinterließ. Dem Charismatiker Brandt folgte mit Hans-Jochen Vogel ein Politiker im Amt des Parteichefs, der sich eher als nüchterner Sachverwalter einen Namen machte. Es finden sich vergleichbare Anknüpfungspunkte mit der Situation aus dem Jahre 1952, als der „Biedermann“⁴⁷ Erich Ollenhauer den verstorbenen Volkstribun Kurt Schumacher ablöste. Hans-Jochen Vogel und nach ihm

Möglichkeiten für einen dauerhaften Frieden sowohl auf unserem Kontinent wie auch in der Welt zu verbessern.“ Siehe AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 1965, Brief von Hans-Jochen Vogel an Wim Kok v. 26. September 1988.

⁴⁵ Rede von Wim Kok auf dem SPD-Parteitag vom 25. bis 29. August 1986 in Nürnberg, a.a.O., S. 60.

⁴⁶ Dies schrieben die beiden niederländischen Sozialdemokraten in einem Brief v. 26. Januar 1987 an den SPD-Parteivorstand in Bonn. Siehe AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 862.

⁴⁷ SEEBACHER-BRANDT, *Biedermann und Patriot*, a.a.O.

Johannes Rau bemühten sich mit ihren Spitzenkandidaturen, an vergangene Erfolge der SPD anzuknüpfen, fielen mit den jeweiligen Wahlergebnissen aber auf ein Niveau der frühen sechziger Jahre zurück. Schnell wurde deutlich, dass beide als Vertreter des Übergangs nur eine Art ‚Durchlauferhitzer‘ für die Generation der Brandt-Enkel waren, die am Ende der achtziger Jahre und insbesondere in den neunziger Jahren nach vorn drängten.⁴⁸ Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine, der bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen im Dezember 1990 als erster der jüngeren Garde sein Glück versuchte und von Willy Brandt mit den meisten Vorschusslorbeeren bedacht worden war, scheiterte im Dezember 1990 kläglich: Die SPD fiel mit nur 33,5 Prozent der Stimmen auf ein Ergebnis zurück, das nur geringfügig besser war als das von 1957. Die Wiedervereinigung vom 3. Oktober 1990 machte der Partei einen Strich durch die Rechnung, dem 1989 noch wankenden, später als Einheitskanzler gefeierten Helmut Kohl das Amt streitig zu machen. Nach dem erfolglosen Versuch Rudolf Scharpings 1994 dauerte es weitere vier Jahre, ehe Gerhard Schröder den Bonner Machtwechsel vollzog – zu einem Zeitpunkt, als die PvdA schon vier Jahre unter ihrem Ministerpräsidenten Wim Kok regierte und erneut eine Art Vorreiterrolle übernahm. Als die niederländische Sozialdemokratie 1989 in die Regierung zurückgekehrt war, warteten mit dem Umbau des Sozialstaats weitreichende Herausforderungen auf die PvdA, die sie ähnlich überraschend trafen wie die ‚verspätete‘ SPD 1998, als sie in einer Koalition mit den Grünen das Ruder in Bonn übernahm. Mit den notwendig gewordenen Sanierungs- und Sparmaßnahmen begannen in beiden Parteien zeitversetzt Diskussionen über das sozialdemokratische Profil, die Frage der Gerechtigkeit und die Zukunft als Programmpartei.⁴⁹ Trotz der langen Zeit auf den Oppositionsbänken waren beide Parteien und insbesondere die SPD nicht optimal genug auf die Regierungsübernahme vorbereitet, obwohl sie nach einer Übergangsphase in den achtziger Jahren sehr rasch wieder nach einer Beteiligung an der Macht strebten. Hier war es allerdings vor allem die niederländische Organisation, die nach außen den Beweis der Regierungsfähigkeit vermittelte und sich nicht in uneinheitlichen Debatten verzettelte wie die deutsche Schwesterpartei.

⁴⁸ Vgl. WALTER, *Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, a.a.O., S. 218ff.

⁴⁹ Vgl. WIELENGA, *Konsens im Polder?*, a.a.O., S. 100.

7.2 Gemeinsame außenpolitische Kursrichtung? SPD und PvdA in den achtziger Jahren (1982-1989)

7.2.1 Die Kehrtwende der SPD nach dem Kanzlersturz

Als im Oktober 1981 die erste große Friedensdemonstration gegen die Nachrüstung in Bonn stattfand, hütete sich der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, persönlich an dieser Massenkundgebung teilzunehmen. Bundeskanzler Schmidt hätte einen solchen Vorgang als Angriff auf seine Politik gewertet und wäre möglicherweise von seinem Amt zurückgetreten. Trotz des Widerwillens von Schmidt sah Brandt aber kein Problem darin, das SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler als ausgesprochenen Gegner der Nachrüstung zu einer Teilnahme zu ermuntern. Genau zwei Jahre später im Oktober 1983 – die SPD war wieder Oppositionspartei und die Genfer Verhandlungen zwischen Moskau und Washington wurden für gescheitert erklärt – trat Willy Brandt nun selbst als Redner auf. Mit seiner Teilnahme an einer erneuten Großkundgebung im Bonner Hofgarten, die sich wiederum gegen die bevorstehende Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik richtete, nahm er das Nein der SPD zum NATO-Doppelbeschluss vorweg.⁵⁰ Auch wenn Brandt von den Friedensaktivisten Unverständnis für sein Bekenntnis zur NATO und zur Bundeswehr erntete, vertrat er ein eindeutiges Anliegen: „Wir stehen hier für die Mehrheit unseres Volkes. Über 70 Prozent der Menschen in der Bundesrepublik – und das ist gut so – halten nichts davon, dass Deutschland noch immer mehr vollgepackt wird mit dem atomaren Teufelszeug.“⁵¹ In den Reihen der PvdA zeichnete sich vergleichend mit der SPD eine wenig erstaunliche Parallelität der Ereignisse ab. Während es die sozialdemokratischen Minister im Kabinett des Christdemokraten Dries van Agt (1981-1982) nicht wagten, sich an der ersten großen Veranstaltung der niederländischen Friedensbewegung im November 1981 in Amsterdam zu beteiligen, lockerten sich auch hier die politischen Spielräume wieder erheblich. Man musste keine Rücksicht mehr auf die christdemokratischen Kabinettskollegen, allesamt Befürworter des NATO-Doppelbeschlusses, nehmen, weil die Zwänge des Regierens der Vergangenheit angehörten. Bei einer neuerlichen Kundgebung im Oktober 1983 gehörte Joop den Uyl zu den prominentesten Rednern und unterschied sich nicht von Willy Brandt, der wenige Tage vor ihm in Bonn Stellung bezogen hatte.⁵² Der Auftritt des SPD-

⁵⁰ Vgl. GROH/BRANDT, *Vaterlandslose Gesellen*, a.a.O., S. 317.

⁵¹ Zit. n. NOTZ, *Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss*, a.a.O., S. 230.

⁵² Vgl. ZUIJDAM, *Tussen wens en werkelijkheid*, a.a.O., S. 354.

Vorsitzenden war freilich eingreifender, weil er einen außen- und sicherheitspolitischen Kurswechsel zementierte, während die PvdA bei ihrer Meinung geblieben war und sich als Regierungspartei zuvor nur eine kurzfristige Zurückhaltung auferlegt hatte.

Brandts Rede, vom Präsidium der Partei vorab „zustimmend zur Kenntnis genommen“, zeigte, dass von der SPD nach dem Regierungswechsel die Last der unbedingten Solidarität für den Bundeskanzler abgefallen war.⁵³ Die vergangene Funktion als regierende ‚Gefolgsparterie‘, wie sich verschiedene Gliederungen der SPD zuletzt nur noch verstanden, und die die innere Entwicklung insbesondere in der Sicherheitspolitik gehemmt hatte, legte man nun völlig ab.⁵⁴ Die missglückten Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten in Genf lieferten der Partei zudem das passende Argument, den vier Jahre getragenen NATO-Doppelbeschluss in seiner bisherigen Form für überholt zu erklären. „Sie [die SPD, MD] widersprach der voreiligen Nachrüstung und drängte durchaus im Sinne des Doppelbeschlusses auf seriöse Verhandlungen“, begründete Brandt die Umkehr in späteren Jahren: „Wir wollten nicht von Raketen bedroht sein, die andere vom Osten auf uns richten. Wir wollten auch nicht, dass andere von unserem Boden aus mit Raketen bedroht würden.“⁵⁵ Die Folge war nicht nur eine deutliche Mehrheit auf dem entscheidenden Kölner SPD-Parteitag am 19. und 20. November 1983, bei dem nur noch 14 von 400 Delegierten für beide Teile des Doppelbeschlusses votierten – unter anderem waren dies neben Helmut Schmidt seine alten Weggefährten, der frühere Kanzleramtschef Hans-Jürgen Wischniewski und die ehemaligen Verteidigungsminister Georg Leber und Hans Apel; auch zwei Tage später, bei der endgültigen Entscheidung im Deutschen Bundestag, lehnte die SPD die Stationierung der Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik rundweg ab. Ohne die Sozialdemokraten und den seit 1983 im Bundestag vertretenen Grünen, aber mit der Kanzlermehrheit des neuen Regierungschefs Helmut Kohl wurde die Nachrüstung am 22. November schließlich beschlossen.⁵⁶

Der Richtungswechsel war ohne Zweifel ein Signal an die niederländische Schwesterpartei. Hatte die PvdA im Kreise anderer sozialdemokratischer Parteien in Europa mit ihrem radikalen Standpunkt gegen die Nachrüstung streckenweise isoliert gestanden, so erhielt sie mit der SPD jetzt prominente Unterstützung.⁵⁷ Plötzlich war Willy Brandt auch bei den

⁵³ Zit. n. NOTZ, *Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss*, a.a.O., S. 230.

⁵⁴ Vgl. MOSELEIT, *Die „zweite“ Phase der Entspannungspolitik der SPD*, a.a.O., S. 38.

⁵⁵ BRANDT, *Erinnerungen*, a.a.O., S. 365.

⁵⁶ Vgl. NOTZ, *Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss*, a.a.O., S. 246 u. 261.

⁵⁷ Auf einem Treffen der sozialdemokratischen Parteien am 20. März 1981 in Paris war deutlich geworden, dass die PvdA hinsichtlich ihres Widerstandes gegen die Mittelstreckenraketen als „isolierter

niederländischen Aktivisten des Interkirchlichen Friedensrates (IKV), der von der PvdA unterstützt wurde, ein gefragter Mann. „Nach Meinung des IKV habe Willy Brandt einen geradezu legendären Ruf als Entspannungspolitiker und enormen Einfluss auf die Öffentlichkeit, insbesondere auch die konservative in den Niederlanden“, notierte SPD-Auslandsreferent Wolfgang Biermann im Mai 1984 in einem Vermerk. „Deshalb sei ein Besuch von Willy Brandt von großer Wirksamkeit und Tragweite in dem Ringen um ein Anhalten der atomaren Rüstungsschraube und Durchsetzung der niederländischen Interessen.“⁵⁸ Die SPD war bemüht, die Kontakte zur niederländischen Friedensbewegung nun zu intensivieren und setzte in dieser Hinsicht die auf Betreiben des Sicherheitspolitikers Karsten Voigt bereits im April 1978 gegründete „Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit“ stärker ein. Es galt fortan, die Distanz zu überwinden, die während der Regierungszeit bis 1982 zwischen deutsche Sozialdemokratie und die nationale wie internationale Friedensbewegung geraten war. Der SPD lag offensichtlich daran, dem Eindruck im Ausland entgegenzuwirken, dass sich vor allem die Grünen als die „wahren Vertreter der deutschen Friedensbewegung“ profilierten, wie es Wolfgang Biermann 1981 in einem Vermerk festhielt. „Es hinterlässt einen schlechten Eindruck, wenn unsere ausländischen Genossen aufgrund dessen annehmen, Sozialdemokraten seien in der deutschen Friedensbewegung weggetaucht.“ Die von Biermann geforderte „Aktivierung der Kontakte zu ausländischen Friedensaktivisten“ folgte 1983 prompt.⁵⁹

Der SPD fiel es nicht schwer, den Abstand zum Interkirchlichen Friedensrat in den Niederlanden und gleichermaßen zur PvdA zu verkürzen, weil man für deren Standpunkte Sympathien aufbrachte. Egon Bahr war der niederländischen Sozialdemokratie im Stillen schon seit längerem sehr dankbar für die betont starre Haltung bezüglich des geplanten Modernisierungsbeschlusses. Die Standhaftigkeit der PvdA empfand der langjährige Sicherheitsexperte der SPD als „wunderbar, herrlich“, wie er im Nachhinein betonte: „Es entsprach meiner vollen Hoffnung und Überzeugung. Bundeskanzler Schmidt konnte gar nicht anders, als den Versuch zu machen, die Niederländer zu gewinnen. Und ich war ganz sicher, dass er das nicht schaffen würde,

Vorreiter“ dastand. Auch die Parteien anderer kleinerer Staaten wie Norwegen und Dänemark waren nicht bereit, den Widerstand in dieser Form zu unterstützen, wie sich bei einem Treffen in der Vorwoche in Oslo deutlich gezeigt hatte. Vgl. hierzu LACHMAN, E.G., *PvdA staat alleen onder EG-socialisten*, in: *NRC Handelsblad* v. 21. März 1981.

⁵⁸ AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 11156, Vermerk von Wolfgang Biermann zu einem möglichen Besuch Willy Brandts in den Niederlanden, den der IKV angeregt hatte, v. 17. Mai 1984.

⁵⁹ AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 11237, Vermerk von Wolfgang Biermann zur „Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit“ v. 23. November 1981.

und das hoffte ich auch. Ich hatte als Bundesgeschäftsführer die Aufgabe, den Laden zusammenzuhalten. Und ein einfaches Ja zum NATO-Doppelschluss kam für mich nicht in Frage, weil uns die Partei um die Ohren geflogen wäre.“⁶⁰ Diese Sorgen des politischen Vordenkers gehörten nun der Vergangenheit an. Der Kanzlerwechsel und die Entwicklung der internationalen Beziehungen schafften Raum für eine endgültige Kehrtwende, die in den letzten Jahren der Ära Schmidt nur mit Mühe unter dem Deckmantel der Regierungsfähigkeit gehalten werden konnte. Aus dem Respekt für die konsequente Beharrlichkeit der niederländischen Parteifreunde, den Bahr bekundete, resultierte die logische Folge, dass die SPD unter der Führung des Sicherheitsexperten einen Standpunkt einnahm, den die PvdA bereits seit längerem verteidigte. Beide Seiten teilten die Ansicht über die Unnötigkeit einer möglichen Nachrüstung und bestärkten sich gegenseitig durch die Einmütigkeit in einer zentralen internationalen Frage. Die Koppelung der Argumente – für eine schnelle Wiederaufnahme der Verhandlungen und gegen eine voreilige Stationierung – ließ im Verhältnis der beiden Parteien wieder eine weitgehend einheitliche Linie auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik erkennen. Zwar gab es Unterschiede im Ton, wenn Joop den Uyl, der sich nach anfänglichem Zögern mit den Argumenten der Friedensbewegung einverstanden erklärte, forderte, die Stationierung neuer Raketen „bedingungslos“ abzuweisen, und zudem Teile des linken Flügels seiner Partei die westliche Verteidigungsgemeinschaft weiter grundsätzlich in Frage stellten, doch handelte es sich hierbei nur noch um politische Nuancen.⁶¹

Dass die beiden Parteien zu ihrer strategischen Partnerschaft zurückkehrten, las sich bereits vage aus Andeutungen Den Uyls, die dieser kurz nach dem Kanzlersturz im Herbst 1982 getätigt hatte. Seine Analyse klang zu diesem Zeitpunkt noch ein wenig verhalten und fiel nicht ganz so optimistisch aus, wie sich die Zusammenarbeit der beiden Parteien im Verlauf der achtziger Jahre tatsächlich herausbildete: „In den vergangenen Jahren gab es innerhalb der SPD deutliche Anzeichen für eine Überprüfung der Position“, so der Parteiführer im Gespräch mit einem niederländischen Rundfunksender: „Ich behaupte aber nicht, dass die SPD nun zum selben Standpunkt gelangt, an dem die ‚Partei der Arbeit‘ heute steht.“⁶² Die politische Entwicklung zeigte jedoch, dass beide Parteien in den Folgejahren viel stärker einer Meinung waren, als Joop den Uyl zu Anfang der achtziger Jahre gedacht hatte. Die politische Grundrichtung

⁶⁰ Gespräch mit dem Verfasser am 4. August 2003 in Berlin.

⁶¹ Vgl. UYL, J.M. DEN, *Nieuwe kernwapens onvoorwaardelijk afwijzen*, in: *NRC-Handelsblad* v. 26. August 1982.

⁶² Äußerungen von Joop den Uyl zur SPD und zum NATO-Doppelbeschluss im Gespräch mit einem niederländischen Rundfunksender v. 1. November 1982. Siehe Zeitschriftenarchiv ZASS III des AdSD.

beider Schwesterorganisationen stimmte mit der gemeinsamen Verneinung des Stationierungsbeschlusses wieder überein, und auch im personellen Bereich wurde – gleichsam als Ableitung der deutlichen Kursbestimmung – eine parallele Entwicklung zwischen beiden Parteien erkennbar. Die neue Distanz zwischen Willy Brandt und Helmut Schmidt einerseits und Joop den Uyl und Max van der Stoel andererseits schälten sich als herausragende Beispiele heraus. Mit Schmidt, der Joop den Uyl wegen seines inhaltlichen Positionswechsels wahltaktischen Opportunismus vorwarf, und Van der Stoel waren zwei Persönlichkeiten von der politischen Bühne abgetreten, die als feste Anhänger des Nordatlantikpaktes in ihren Parteien eine wesentliche Rolle gespielt und damit mehr oder weniger Erfolg hatten.⁶³ Mit aller Macht aber kam nun zum Ausbruch, was Schmidt als Kanzler zumindest in der SPD hatte zurückhalten können: Das Streben nach einer Welt ohne Wettrüsten, ohne Blöcke und ohne den Ost-West-Konflikt.⁶⁴

Diese Entwicklung schaffte ein Vakuum, das mit neuen sicherheitspolitischen Konzepten gefüllt werden musste. Es setzte sich die Erkenntnis durch, dass eine „zweite Phase der Ostpolitik“ folgen müsse, wie sie der SPD-Sicherheitsexperte Karsten Voigt bereits im Januar 1980 gefordert hatte. Das charakteristischste Merkmal sollte die Konzentration auf eine Sicherheitspolitik sein, die allein der Verteidigung und nicht mehr der Drohung und dem Angriff dienen würde. Es ging folglich um einen Gegenentwurf zu den im Verständnis der NATO-Strategie entwickelten Vorstellungen Schmidts von einer „Sicherheitspartnerschaft“, die als Formel für Rüstungskontrolle und Abrüstung auf der Grundlage von Abschreckung gegolten hatte. Das zwischen 1980 und 1982 unter maßgeblicher Hilfe Egon Bahrs konzipierte Programm der „Gemeinsamen Sicherheit“ wurde dagegen als tatsächlicher Ersatz von Abschreckung verstanden – mit der gegenseitigen Anerkennung des Sicherheitsbedürfnisses und dem Aushandeln von Streitkräftestrukturen, Waffensystemen und Militärstrategien zwischen gegnerischen Mächten. Dieses Konzept war das Ergebnis der sozialdemokratischen Olof-Palme-Kommission („Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit“), der mit Egon Bahr und Joop den Uyl zwei führende Politiker von SPD und PvdA angehörten.⁶⁵ Beide spielten eine wichtige Rolle in einem Entwicklungsprozess, der

⁶³ Vgl. HAVENAAR, *Koude Oorlog en sociaal-democratie*, a.a.O., S. 548.

⁶⁴ Vgl. WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, a.a.O., S. 416.

⁶⁵ Vgl. ASH, *Im Namen Europas*, a.a.O., S. 459f.; vgl. auch GERSTER, F., *Gemeinsame Sicherheit. Verteidigung ohne Drohung*, in: DERS., *Zwischen Pazifismus und Verteidigung. Die Sicherheitspolitik der SPD*, Baden-Baden 1994, S. 61-64, S. 61; vgl. auch BAHR, *Zu meiner Zeit*, a.a.O., S. 511; vgl. auch

nicht nur der europäischen Sicherheitslage, sondern auch ihren beiden Parteien eine neue Perspektive aufzeigen sollte. Willy Brandt, von dem die Idee zur Bildung einer solchen Expertengruppe stammte, war es ein festes Anliegen, dass Joop den Uyl als Vertreter der PvdA und ihrer Standpunkte zum Kreis der Kommission gehörte, die vom schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme geleitet wurde. Auf Empfehlung des SPD-Vorsitzenden hin wurde der Niederländer, der sich erst seit den siebziger Jahren stärker mit internationalen Fragen auseinandersetzte, neben 16 weiteren prominenten Politikern aus aller Welt Mitglied. Ganz offensichtlich machte sich der deutsche Parteivorsitzende nicht deshalb für den Niederländer stark, um ihm mit der Benennung einen persönlichen Gefallen zu tun, sondern um die Standpunkte Den Uyls und die seiner Partei angemessen vertreten zu sehen. Auch dieser Vorgang war ein Beispiel für die Form der politischen Instrumentalisierung zwischen den Schwesterparteien, von der beide Seiten profitierten. Brandt, der im Stillen genau wie Bahr Sympathie für die Haltung der niederländischen Parteifreunde aufbrachte, sah mit seinem Personalvorschlag die Stimmen der Nachrüstungsgegner gestärkt; Den Uyl erhielt durch seine Ernennung im Gegenzug die Gelegenheit, auf internationalem Parkett für die Position der PvdA zu werben und Überzeugungsarbeit zu leisten.

Der Forderungskatalog der Kommission über weltweite sicherheitspolitische Probleme und mögliche Lösungsstrategien las sich dann auch wie ein Programmpapier der PvdA, zumal er als Wegweiser auf lange Sicht eine allgemeine und vollständige Abrüstung vorsah. Die niederländische Sozialdemokratie sah ihre im eigenen Kreis erarbeitete Position der „geteilten Sicherheit“ („gedeelde veiligheid“) als „Entsprechung“ zur Strategie der „Gemeinsamen Sicherheit“ an, wie es ihr späterer internationaler Parteisekretär Jan Marinus Wiersma formulierte, und unterstützte das Palme-Papier durchgehend.⁶⁶ Unter den rund 36 Vorschlägen waren die Forderung nach Errichtung einer atomwaffenfreien Zone, die Garantie einer Nichtverbreitung von Nuklearwaffen und der Abschluss eines Vertrages über Truppenreduzierung (MBFR) ebenso enthalten wie „Verhandlungen über den Abbau strategischer Waffen“ (START) und die Stärkung des UN-Sicherheitsrates.⁶⁷ Die Empfehlungen entsprachen ebenso der Handschrift Egon Bahrs, der dafür plädierte, die in eine Krise geratene Entspannungspolitik der

WAL, O. VAN DER, *De „tweede Ostpolitik“*. *De SPD en het Duitse vraagstuk 1982-1990*, in: *Socialisme en Democratie*, 4 (1996), S. 227-234.

⁶⁶ Dies sagte Wiersma im April 1987 auf einem Parteitag der PvdA. Siehe AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 862 (Länder u. ausländische Parteien), Vermerk zum Parteitag der PvdA v. 2. bis 4. April 1987 in Amsterdam.

⁶⁷ Vgl. HEINLEIN, *Gemeinsame Sicherheit*, a.a.O., S. 129ff.

siebziger Jahre in einer zweiten Runde um eine Entspannung auf militärischem Gebiet zu erweitern. Diesen Prozess sah er als Voraussetzung an, um den mit einer europäischen Friedensordnung überschriebenen Zielhorizont zu erreichen und einem kollektiven, gesamteuropäischen Sicherheitssystem ohne NATO und Warschauer Pakt den Weg zu ebnen, der zugleich Türöffner einer deutschen Wiedervereinigung sein sollte. Bahr fragte sich zu Beginn der achtziger Jahre konkret, wo es einen Ansatz gebe, am bisher nur mit begrenztem Erfolg gemachten Versuch der Rüstungskontrolle und Abrüstung etwas zu verbessern.⁶⁸ Der Bericht der Palme-Kommission war daher der ernstgemeinte Versuch, der Rüstungsdynamik entgegenzusteuern und die Perspektive einer realen und nach allen Seiten ausgewogenen Abrüstung in die Tat umzusetzen.

Für Bahr bot sich als Mitglied des Palme-Gremiums die günstige Gelegenheit, um im internationalen Bezugsrahmen gegen die in seinen Augen überholte Abschreckungsstrategie einzutreten und für einen Strategiewechsel zu werben. Nach dem Ende der sozialliberalen Koalition im Herbst 1982 gelang es ihm zudem, die nach neuen Wegen suchende Oppositionspartei SPD von seinem Standpunkt zu überzeugen. „Nicht die Idee der Abschreckung, sondern der Schrecken der Waffen selbst hat den Krieg verhindert. Wenn Waffen durch die Begrenzbarkeit ihrer Zerstörungskraft den Schrecken von sich mindern, wird auch die Wirksamkeit der Abschreckung vermindert werden“, schrieb Egon Bahr rückblickend in seinen *Erinnerungen*: „Die Akzeptierung der Gemeinsamen Sicherheit ersetzt auf Dauer die Doktrin der Abschreckung. Gemeinsame Sicherheit ist also ein Mittel, qualitativ wie quantitativ Rüstung zu stoppen und dann zu reduzieren.“⁶⁹ Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass Bahrs Vorstellungen zunächst eher einer „Denkfigur“ als einem ausgereiften Politikmodell glichen, weil sie vor allem dem Idealbild entsprangen, die Abschreckungsphilosophie und das Gegeneinander der beiden Blöcke langfristig zu bewältigen.⁷⁰ Dennoch bildete die Strategie der „Gemeinsamen Sicherheit“ in den achtziger Jahre einen wesentlichen Baustein der außen- und sicherheitspolitischen Debatten der zwei Parteien, weil sie neue Zielmarken aufzeigte und daher innovativ wirkte.

Die Kooperation zwischen Egon Bahr und Joop den Uyl war nicht der einzige Gesprächsfaden, der SPD und PvdA in diesen Jahren auf sicherheitspolitischem Terrain miteinander verband. Zusammen mit Parteifreunden aus den skandinavischen Ländern

⁶⁸ Zit. n. ebd., S. 123.

⁶⁹ BAHN, *Zu meiner Zeit*, a.a.O., S. 513.

⁷⁰ Vgl. HEINLEIN, *Gemeinsame Sicherheit*, a.a.O., S. 38; vgl. auch VOGTMEIER, *Egon Bahr und die deutsche Frage*, a.a.O., S. 242f.

und den Benelux-Staaten rief die niederländische Partei die Scandilux-Gruppe ins Leben, an der auch deutsche und französische Sozialdemokraten teilnahmen. Mit diesem Gesprächskreis wurde ein gemeinsames Forum geschaffen, das von den jeweiligen Außenpolitikern für eine intensive Diskussionskultur genutzt wurde. Die Initiative der beteiligten Schwesterparteien aus Norwegen, Dänemark, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden resultierte aus dem Willen, sich in der Nachrüstungsfrage stärker gemeinsam zu orientieren und die Standpunkte von SPD und der französischen Parti Socialiste (PS) als Vertreterinnen der größten westeuropäischen Länder in die Scandilux-Gruppe einzubeziehen. Auch in diesem Kreis war Egon Bahr derjenige, den die SPD als ihren Vertreter entsandte; von niederländischer Seite nahm der internationale Parteisekretär Maarten van Traa teil, der sich in seiner Partei ähnlich wie Bahr längst einen Namen als versierter Außen- und Sicherheitspolitiker gemacht hatte. Zweifellos mag das Gremium den kleineren Parteien eine gewisse Orientierungshilfe gegeben haben – auch um die Strategie der „Gemeinsamen Sicherheit“ weiter mit Inhalt zu füllen. Allerdings dienten die Treffen vorwiegend dazu, die Standpunkte zwischen deutschen und französischen Sozialdemokraten wieder einander anzunähern.⁷¹ Dass das gegenseitige Parteienverhältnis seit einigen Jahren eine gewisse Kälte umgab, war auf die besondere Freundschaft zurückzuführen, die Helmut Schmidt in seiner Regierungszeit mit dem konservativen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing pflegte und die zu Missverständnissen mit der PS führte. Im Mai 1981 wurde der Sozialist Francois Mitterrand Nachfolger D'Estaings und revanchierte sich auf seine Weise an der SPD, als er in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag im Januar 1983 anlässlich des 20. Jahrestages des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages für die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses plädierte. Einen besseren Wahlhelfer konnte Helmut Kohl für die bevorstehende Bundestagswahl kaum finden, obwohl der Franzose die Raketenstationierung in seinem eigenen Land ablehnte.⁷²

⁷¹ Im Juli 1984 berichtete Egon Bahr in einer SPD-Präsidiumssitzung vom letzten Scandilux-Treffen in Kopenhagen: „Dort sei man übereingekommen, sich verstärkt der Diskussion über die neuen Strategien zuzuwenden. In der Raketenfrage sei bei allen Parteien Übereinstimmung mit unseren Vorstellungen durch die intensive Diskussion in der Vergangenheit erreicht worden.“ Siehe hierzu das Ergebnisprotokoll von Hans-Eberhard Dingels zur Sitzung des Sechserkreises v. 4. Juli 1984, in: AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 11983; vgl. auch SCHEFFER, P., *Niederland tussen Europese en Atlantische loyaliteit*, in: *Socialisme en Democratie*, 11 (1986), S. 331-342, S. 335.

⁷² BAHR, *Zu meiner Zeit*, a.a.O., S. 513; vgl. auch WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, a.a.O., S. 408.

Zu Verstimmungen kam es wegen des Nachrüstungsthemas auch zwischen PvdA und der französischen Schwesterpartei, die von den Niederländern wegen ihrer zustimmenden Haltung stark angegangen wurde. Als es der Parteiführung der PvdA auf einem Parteitag im April 1983 nicht gelang, die Annahme eines Antrages zu verhindern, in dem die französische Nuklearstrategie scharf kritisiert wurde, verließ der internationale Parteisekretär der französischen Sozialisten, Jacques Huntzinger, verärgert den Konvent. Die hervorgehobene Position der PvdA gegenüber den Nuklearwaffen und ihr temperamentvoller Stil, Konflikte immer offen auszutragen, wie es die SPD-Auslandsreferentin Veronika Isenberg 1984 bemerkte, traf in diesem Fall nicht wie früher des öfteren die SPD, sondern die PS. Zwangsläufig wirkten sich diese Streitigkeiten auch auf das Klima des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in der EG aus, der an Meinungsverschiedenheiten kranke, wie es Isenberg 1984 feststellte.⁷³ Infolge der engen Kooperation während der regelmäßigen Sitzungen der Scandilux-Gruppe entwickelte sich zwischen Egon Bahr und Maarten van Traa eine engere Freundschaft. Bahr, für den der internationale Parteisekretär bei der Gründung von Scandilux „ein ganz führender Mann“ war, schätzte an seinem niederländischen Kollegen vor allem dessen Offenheit, die die Grundlage für eine gute Zusammenarbeit legte: „Das war ein fabelhafter Mann und vor allem ein ehrlicher, offener. Mit ihm konnte man richtig reden. Der sagte, was ihm gefiel, oder was ihm nicht gefiel.“⁷⁴ Den produktiven Umgang mit dem Niederländer bestätigt SPD-Sicherheitsexperte Karsten Voigt, der mit Van Traa einige Jahre zusammen in der Nordatlantischen Versammlung saß: „Das war eine hervorragende Zusammenarbeit und eine persönliche und freundschaftliche Beziehung.“⁷⁵ Als Maarten van Traa selbst Mitte der neunziger Jahre zurückschaute, zeichnete er ein sowohl kritisches als auch zugleich zufriedenstellendes Resümee eigener sozialdemokratischer Sicherheitspolitik und bestätigte die zuverlässige Teamarbeit mit der deutschen Schwesterpartei: „Unsere PvdA-Schwäche war, zu allem Nein zu sagen, was mit einer Stationierung von Raketen zu tun hatte. Unsere Schwäche war in diesen Jahren nicht, in der Scandilux-Gruppe eine andere Sicherheitspolitik zu führen – unter anderem mit der SPD.“⁷⁶ Die Ausführungen des langjährigen internationalen Parteisekretärs waren die Reaktion auf einen Aufsatz des Amsterdamer

⁷³ AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 11156, Brief von Veronika Isenberg an den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, v. 10. Februar 1984.

⁷⁴ Gespräch mit dem Verfasser am 4. August 2003 in Berlin.

⁷⁵ Gespräch mit dem Verfasser am 27. August 2003 in Berlin.

⁷⁶ Vgl. TRAA, M. VAN, *Koude Oorlog en sociaal-democratie. De te forse streken van Havenaar*, in: *Socialisme en Democratie*, 11 (1996), S. 635-636, S. 636.

Historikers Ronald Havenaar, der Helmut Schmidt 1996 als die „mit Abstand tragischste Figur in der Nachkriegsgeschichte der Sozialdemokratie“ bezeichnete. Havenaar kritisierte hauptsächlich die SPD, bei der Schmidt mit seinen außenpolitischen Initiativen, die einen wichtigen Beitrag für die Stabilität der westlichen Position bedeutet hätten, auf soviel Kritik und Widerstand gestoßen sei, dass sein politischer Untergang nicht mehr abzuwenden gewesen sei.⁷⁷ Van Traa relativierte diese als überhöht empfundene Analyse zum außenpolitischen Wirken des zweiten sozialdemokratischen Bundeskanzlers und zum Verhalten der SPD und entgegnete, dass die PvdA 1983 eine Einigung zwischen Moskau und Washington hätte akzeptieren müssen, der Kompromiss des Genfer Waldspazierganges aber nicht zustande gekommen sei. „Dann hätte Helmut Schmidt Erfolg gehabt.“⁷⁸ Van Traa wies in diesem Zusammenhang auch den Hauptvorwurf Havenaars zurück, nicht der Sowjetkommunismus, sondern die von den Vereinigten Staaten unterstützte Aufrüstung sei von Sozialdemokraten als Hauptproblem angesehen worden.⁷⁹ Er, Van Traa, bleibe dabei, dass es mehr Sozialdemokraten gewesen seien als nur Helmut Schmidt, die der Sowjetunion effektiv entgegengetreten seien – auch in den siebziger und achtziger Jahren. „Nämlich die Sozialdemokraten, die Entspannungspolitik betrieben haben, ohne sich zu sehr mit den Motiven der Sowjetunion auseinander zu setzen.“⁸⁰ Gemeint waren ganz offensichtlich Willy Brandt und Egon Bahr. Der ehemalige Verteidigungsminister Stemerding ging noch einen Schritt weiter und machte das „Herz der Sozialdemokratie“ in der Person Brandts fest und warf Schmidt vor, den Kontakt zur Bewegung – gemeint war die Friedensbewegung – verloren zu haben, wie bereits oben angesprochen.⁸¹ Weitere niederländische Sozialdemokraten und außenpolitische Fachexperten im Umkreis der PvdA diskutierten Havenaars Aufsatz und die Rolle Helmut Schmidts in Stellungnahmen, die im Herbst 1996 in der Fachzeitschrift (*Socialisme en Democratie*) der Wiardi-Beckman-Stiftung, dem wissenschaftlichen Büro der PvdA, erschienen.⁸² Eine Debatte, die in der Retrospektive vor allem um die Frage rang, was die deutsche Wiedervereinigung 1990 stärker beförderte – die Ost- und

⁷⁷ HAVENAAR, *Koude Oorlog en sociaal-democratie*, a.a.O., S. 537.

⁷⁸ TRAA, *Koude Oorlog en sociaal-democratie*, a.a.O., S. 636.

⁷⁹ HAVENAAR, *Koude Oorlog en sociaal-democratie*, a.a.O., S. 545.

⁸⁰ TRAA, *Koude Oorlog en sociaal-democratie*, a.a.O., S. 636.

⁸¹ Vgl. STEMERDINK, *Willy Brandt als hart van de sociaal-democratie*, a.a.O., S. 631.

⁸² Vgl. hierzu VERRIPS, G., *Sociaal-democratie na de Koude Oorlog*, in: *Socialisme en Democratie*, 10 (1996), S. 555-562; FABER, M.J., *Koude Oorlog en sociaal-democratie. De Koude Oorlog overleefde zichzelf*, in: *Socialisme en Democratie*, 11 (1996), S. 632-634 und KALMA, P./R. 'T HART, *Koude Oorlog en sociaal-democratie. De Koude Oorlog van Ronald Havenaar*, in: *Socialisme en Democratie*, 11 (1996), S. 637-639.

Entspannungspolitik Willy Brandts oder die unter seinem Nachfolger initiierte und von den Vereinigten Staaten schließlich beförderte Nachrüstung. Die Mehrheit der niederländischen Sozialdemokraten hob – wie in den Beiträgen nachzulesen – in aller Klarheit die große Bedeutung der Ost- und Entspannungspolitik hervor, die die sozialliberale Koalition nach 1969 in die Wege leitete. Dieser Erklärungsansatz diente Van Traa auch als Begründung für das Durchsetzungsvermögen, das ‚Großwerden‘ eines Politikers wie dem neuen sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow nach 1985, der sich ohne den Eisbrecher der Détente in den siebziger Jahren nicht etabliert hätte.

Dass es niemals zu einer Umsetzung des NATO-Doppelschlusses und der Stationierung von Mittelstreckenraketen kam, war das Ergebnis jener Nulllösung, auf die sich der amerikanische Präsident Ronald Reagan und Gorbatschow 1987 im INF-Vertrag einigten, nachdem die Genfer Verhandlungen im März 1985 wieder aufgenommen worden waren. Hatte Helmut Schmidt folglich nicht doch Recht bekommen? Aus der Sicht Maarten van Traas lag der Schlüssel für die radikalen Veränderungen in der deutschen und europäischen Politik, die sich nach 1989 vollzogen, bei Gorbatschow selbst, mit dessen Amtsantritt sich alles verändert habe: „Gorbatschow war ein Produkt des innerstaatlichen Niedergangs der Sowjetunion und der Folgen der Entspannungspolitik, die seit 1969 in erster Linie von Deutschland aus geführt worden ist. Die Entspannungspolitik hat Osteuropa durchlässig gemacht; obwohl im staatlichen Eigeninteresse auch Fehler gemacht worden sind, um es den kommunistischen Machthabern von Honecker bis Sierek viel zu Recht zu machen.“⁸³

7.2.2 Der politische Einsatz für Menschenrechte in Osteuropa und der Umgang mit der DDR

Das Thema Nachrüstung bestimmte die außen- und sicherheitspolitischen Debatten bis weit in die achtziger Jahre hinein und hielt die beiden Parteien so lange in Atem, ehe die zwei Großmächte 1987 vertraglich eine Lösung besiegelten: die weltweite Vernichtung aller nuklearen Mittelstreckenraketen. Wenn überhaupt, war es ein sehr später Erfolg, den SPD und PvdA samt der nationalen und internationalen Friedensbewegung errangen, denn ihre beiden Länder hatten sich anders positioniert. Der Richtungswechsel der deutschen Sozialdemokratie, die nach einem zarten Ja ein

⁸³ TRAA, *Koude Oorlog en sociaal-democratie*, a.a.O., S. 636.

deutliches Nein zum Doppelbeschluss formulierte, verhinderte die Stationierung neuer Raketen in der Bundesrepublik ab 1984 ebenso wenig, wie es der PvdA gelang, das niederländische Parlament 1985 von einer nun endgültigen Entscheidung abzuhalten. Dass die Niederlande einer Aufstellung von 48 Marschflugkörpern entgingen, war ausschließlich das Ergebnis der Verhandlungen von Ronald Reagan und Michail Gorbatschow und dem INF-Vertrag 1987. Zweifellos mag der immense Protest der europäischen Friedensbewegung, die sich in den Niederlanden so flächendeckend organisierte, dass das Ausland von einer „Hollanditis“ sprach, ihren Erfolgsanteil gehabt haben und dazu gehörten auch die Initiativen der Sozialdemokratie.⁸⁴ Der entscheidende Durchbruch für den Verhandlungserfolg aber war der Geist eines internationalen Entspannungsklimas, das durch die Machtübernahme Gorbatschows im Kreml überhaupt erst möglich wurde.

Die Sozialdemokraten beider Länder und vor allem ihre Fachexperten arbeiteten sich in den achtziger Jahren tief in die sicherheitspolitische Materie ein und diskutierten auf verschiedenen Ebenen über strategische Konzepte, von denen sich die Vorstellungen der „Gemeinsamen Sicherheit“ rasch als Grundlage verankerten. Parallel zu diesen Auseinandersetzungen schälte sich der Leitgedanke heraus, dass die in den siebziger Jahren vollzogenen Errungenschaften der Ostpolitik nicht verloren gehen durften und wenn möglich erweitert werden mussten. Die SPD flocht daher ein enges Netzwerk zu den in Osteuropa herrschenden Parteien und entfachte einen Aktionismus, der unter dem Titel der „zweiten Ostpolitik“ eine besondere Chiffre erhielt. Die Parteifunktionäre, vorwiegend Egon Bahr, führten Gespräche mit hochrangigen Politikern, gründeten mit ihnen Arbeitsgruppen und erarbeiteten gemeinsame Dokumente und Programmpapiere. Die SPD profitierte nicht nur von den ihr bekannten Kanälen der siebziger Jahre; sie legte die zweite Ostpolitik konzeptionell fast genauso an wie die erste, indem sie die Kontakte fast ausschließlich zu den Regierungen und ihren Staatsparteien suchte.⁸⁵ In dieser Annäherung lag aus Sicht der deutschen Sozialdemokraten die einzige Chance für einen politischen Wandel. Wie bei der strategischen Vorbereitung der Ostverträge ging man erneut davon aus, dass der Schlüssel für alle Initiativen in Moskau liegen würde. Die bedeutendsten Beziehungen verband die SPD daher mit der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion, weil sie die deutsche Sozialdemokratie

⁸⁴ Vgl. DIEPEN, *Hollanditis*, a.a.O.; vgl. auch CITRON, K.J., *De Nederlandse buitenlandse politiek vanuit een Duits perspectief*, in: BECKER, F. u.a. (Hrsg.), *Nederland in de wereld. Het zestiende jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1995, S. 51-57, S. 52.

⁸⁵ ASH, *Im Namen Europas*, a.a.O., S. 468ff.

dazu bevollmächtigte, auch mit den anderen Parteien in Warschau, Prag, Budapest und vor allem in Ostberlin in Kontakt zu treten.

Dass die SPD nach 1982 die Verbindungen nach Osteuropa in dieser Form intensivierte, war auch eine Reaktion auf den Regierungsverlust der Partei, die nun aus der Opposition heraus die gesponnenen Fäden zu den kommunistischen Machthabern aufrechterhalten wollte. Brandts Organisation machte daher den Eindruck, als betreibe sie in ihrer neuen Rolle abseits der Regierungsbänke eine Art „Nebenaußenpolitik“, ein „Überspielen“ staatlicher Politik der Bundesregierung, obwohl sie mit der neuen Bonner Koalition auf diesem Gebiet angemessen zusammenarbeitete.⁸⁶ Viel entscheidender für die verstärkte Kontaktaufnahme aber war die Überzeugung Bahrs, die stockende Entspannungspolitik nun auf militärischem Gebiet fortzusetzen. In diesem Punkt trafen nach seiner Logik Sicherheits- und Entspannungspolitik zusammen, deren Verschmelzung er für notwendig hielt, um der Zielperspektive der europäischen Friedensordnung auf Dauer einen Schritt näher zu kommen. Folgerichtig entwarf die SPD die Forderung nach einer friedlichen Welt als programmatische Absolution. „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“, hieß es plakativ im SPD-Wahlkampfprogramm 1987.⁸⁷ Dies bedeutete im Umkehrschluss, dass nichts wesentlicher und ernster war als die Friedensfähigkeit. Zu diesem Preis und aus diesem Anspruch heraus ging die SPD sogar so weit, die Entideologisierung der Ost-West-Beziehungen einzufordern und den westlichen Wertekatalog mit den eingeforderten Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit in einer Art zu relativieren, dass es schien, als müsse die Partei auf einem Auge blind sein. Die SPD stellte durch ihre Politik den Frieden über die Freiheit und vernachlässigte mit dieser Staffelung ihr Bemühen um die Einhaltung der Menschenrechte. Die Entwicklung spiegelte sich auch in der sozialdemokratischen Programmatik wider, weil der Begriff der „Freiheit“ in diesen Jahren keinen wesentlichen Eingang mehr in Strategiepapiere fand und auch im neuen Berliner Grundsatzprogramm, das als nachfolgendes Manifest des legendären Godesberger Programms im Dezember 1989 verabschiedet wurde, nur am Rande vorkam. Verblüffend blieb stattdessen die starre Haltung der Partei, die in der Kontinuität der Ostpolitik an ihrem Status-quo-Denken auch dann noch festhielt, als dieser durch Perestroika und Glasnost in der Sowjetunion längst ins Wanken geriet.⁸⁸

⁸⁶ SEIDELMANN, *Parteien und Internationale Politik*, a.a.O., S. 343.

⁸⁷ Zit. n. ebd., S.465.

⁸⁸ Vgl. ebd., S. 465 u. 500.

Die zweite Ostpolitik führte zu keinem handfesten Streit der beiden Schwesterparteien, zog aber durchaus Kontroversen nach sich, die ihren Nukleus in der Frage nach dem Gebot der Menschenrechte in Osteuropa fanden. Die PvdA sprach sich ebenfalls für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik aus, die sie in den siebziger Jahren so deutlich unterstützt hatte. Die Herangehensweise der deutschen Schwesterpartei betrachtete man in Amsterdam aber eher skeptisch. Die Vorstellung der SPD, dass Veränderungen nur von oben, über die kommunistischen Machthaber, möglich seien, wies man in dieser ausschließlichen Form zurück. Im Gegensatz zu den deutschen Parteifreunden ließ die PvdA in ihren Außenbeziehungen deutlich werden, dass sie sich funktionell eher als Anwaltschaft für Menschenrechtsfragen verstand und eine ‚Revolution von unten‘ für die bessere Alternative hielt. Man kritisierte die deutsche Schwesterpartei für ihren ‚Etatismus‘, wie sich Karsten Voigt rückerinnert, und den Glauben, nur im Dialog mit den mächtigen Machthabern Reformen erreichen zu können.⁸⁹ Das Auftreten der zwei Parteien im Umgang mit ihren Verbindungen in die osteuropäischen Staaten hinterlässt die Erkenntnis, dass beide Organisationen ein unterschiedliches Verständnis von ihrer jeweiligen Rolle besaßen: Während sich die SPD analog zur Ostpolitik der siebziger Jahre, bei der sie den Fixpunkt auf die Kontaktaufnahme zu den Staatsparteien legte, in erster Linie als scheinbare Regierungspartei gerierte, suchte die PvdA vermehrt die Verbindung zu oppositionellen Gruppierungen und nutzte auf diese Weise ihre als Oppositionspartei größere politische Spannbreite. Die PvdA scheute sich schlichtweg nicht vor der möglichen Gefahr, auf einen Konfrontationskurs mit den osteuropäischen Machthabern und ihren Parteien zu geraten, falls man eine zu deutliche Kritik an den herrschenden Strukturen artikulierte. Anders als die SPD, die sensibler mit den osteuropäischen Regimes umging, weil sie die europäische Sicherheitsarchitektur nicht stören, sondern vielmehr absichern und bestätigen wollte, verschrieb sich die niederländische Partei in erster Linie der Menschenrechtssituation. Selbst Egon Bahr gab später mit Blick auf die zweite Ostpolitik unumwunden zu, dass seine Partei in der Opposition mehr hätte riskieren können und schloss sich damit indirekt selbst ein.⁹⁰ Trotz des sehr zielgerichteten Blicks, mit dem die SPD ihre Aktivitäten fast ausschließlich auf die Machthaber konzentrierte, übersah sie die wachsende Zahl der Regimekritiker in den Staaten Osteuropas nicht. Der baden-württembergische Bundestagsabgeordnete Gert Weisskirchen pflegte Kontakte zu friedens- und

⁸⁹ Gespräch mit dem Verfasser am 27. August 2003 in Berlin.

⁹⁰ Zit. n. ASH, *Im Namen Europas*, a.a.O., S. 485; vgl. hierzu auch DOWE, *Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition*, a.a.O.

umweltpolitischen Bewegungen in der DDR und kümmerte sich um Dissidenten, die von der DDR-Führung wegen ihres politischen Widerstands verfolgt wurden. Ein zweiter Strang bildete sich in den verschiedenen Verbindungen zu den Kirchen in der DDR heraus. SPD-Politiker des protestantischen Parteizirkels wie Johannes Rau, Erhard Eppler und der frühere Justizminister Jürgen Schmude reisten zu evangelischen Kirchentagen in die DDR und trafen dort mit Bürgerrechtsgruppen zusammen. Auf diese Weise entstand auch ein engerer Draht zu der Gruppe um den Wittenberger Pfarrer Friedrich Schorlemmer. Wie in der Ära als Regierungspartei setzte die SPD ihre Bemühungen in den achtziger Jahren mit dem Ziel fort, bei den DDR-Oberen menschliche Vereinfachungen zu erwirken und Regimekritikern die Ausreise zu ermöglichen. Das finanzielle Budget in der Opposition war allerdings deutlich geringer, um Ausreisewellen im großen Stil durchzuführen, wie dies unter Federführung Herbert Wehners dank seiner Beziehungen in den siebziger Jahren noch möglich war. Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel und andere SPD-Vertreter bemühten sich in ihren Gesprächen mit dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker, in humanitären Fragen zu Fortschritten zu kommen und stimmten ihr Vorhaben mit der Bundesregierung ab.⁹¹

Dieses Engagement, das sich fast ausschließlich auf die DDR fixierte, verhinderte nicht, dass es zwischen SPD und PvdA in den achtziger Jahren zu Diskussionen über das Verhältnis mit den osteuropäischen Staaten kam. Die niederländische Partei machte sich in diesem Zusammenhang auch Sorgen, der Einsatz der deutschen Sozialdemokratie könnte auf Kosten ihrer europapolitischen Einstellung vernachlässigt werden: „Allerdings kommt bei uns manchmal die Frage auf, ob die SPD noch so stark europabewusst und europaorientiert ist, wie dies in den 70er Jahren der Fall war“, spekulierte Joop den Uyl 1986 in einem Interview: „Man nimmt natürlich wahr, dass die SPD großes Interesse am Dialog mit der DDR hat, an der Fortsetzung der Ostpolitik, dagegen ist an sich auch gar nichts einzuwenden. Aber es hat doch eine gewisse Akzentverschiebung gegeben in der SPD, die heutzutage etwas mehr Interesse für das europäische Ost-West-Verhältnis als für die Europäische Gemeinschaft zeigt.“⁹² Die sanfte Kritik des niederländischen Parteiführers hing neben einer allgemeinen Beanstandung hauptsächlich mit den Unstimmigkeiten des Bundes der europäischen Sozialdemokraten zusammen, dessen Vorsitz Den Uyl bis 1986 verantwortete. Nicht

⁹¹ Vgl. POTTHOFF, H., *Die „Koalition der Vernunft“: Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren*, München 1995, S. 52f.

⁹² DIEHL/WIELENGA, *Die Richtung ist die gleiche, aber die Wege sind noch sehr verschieden. NG/FH-Interview mit Joop den Uyl*, a.a.O., S. 452.

auszuschließen, dass er bei seiner Aufgabe mehr Unterstützung von der deutschen Schwesterorganisation erwartete, die ihre Europapolitik zwar nicht außer Acht ließ, den Schwerpunkt in der Außenpolitik aber zweifelsfrei auf die Ost-West-Beziehungen legte. Diese führten, wie bereits angedeutet, zu Diskussionen zwischen PvdA und SPD.

Ein Vorbote der Dissonanzen, die die zwei Parteien auf diesem Terrain erreichten, zeigte sich bereits im Herbst 1981. Der unmittelbare Auslöser waren die Ereignisse in Polen. Der dortige Gewerkschaftsbund „Solidarnosc“ („Solidarität“), hervorgegangen aus den Streikaktionen auf der Danziger Lenin-Werft 1980 und organisiert von ihrem Führer Lech Walesa, forderte im September und Oktober 1981 angesichts der schlechten Wirtschaftskrise des Landes die Übernahme politischer Verantwortung ein. Da der damalige Partei- und Regierungschef Wojciech Jaruzelski jedoch weder in der Lage war, die schlechte ökonomische Situation seines Landes zu beheben, noch die einflussreiche Solidarnosc-Bewegung und die katholische Kirche zu einer Kooperation aufzufordern, verhängte er im Dezember 1981 das Kriegsrecht. Jaruzelski übertrug die Machtbefugnisse an ein von ihm geleitetes Militärkomitee, hob das Streikrecht von Solidarnosc auf und verhängte ein Demonstrationsverbot. Es folgten Festnahmen und langjährige Haftstrafen von über 5000 Menschen, vornehmlich Aktivisten des Gewerkschaftsbundes.⁹³ Der zu diesem Zeitpunkt noch amtierende Bundeskanzler Helmut Schmidt zeigte sich in ersten Reaktionen zwar bestürzt, aber zugleich auch erleichtert, weil er die Verhängung des Kriegsrechts als eine allein polnische Krisenlösung interpretierte. Sehr rasch stellte sich heraus, dass der Warschauer Pakt nicht wie beim Prager Frühling 1968 mit einem Einmarsch in die inneren Angelegenheiten Polens eingriff. „Ich empfand große Sympathie für die polnische Opposition, die im Namen der Freiheit Heldenhaftes vollbrachte – das Ergebnis einer Machtprobe aber konnte nach meiner Einschätzung nur die Niederlage sein“, schrieb Schmidt rückblickend in seinen *Erinnerungen*.⁹⁴ Die SPD fürchtete um die europäische Stabilität und möglicherweise um den Weltfrieden. Für sie war Solidarnosc eine Bewegung, die nicht nur als Bremsklotz der Entspannungspolitik betrachtet wurde, sondern als Ruhestörerin den gemäßigten Takt durcheinander brachte. Man wusste aus Erfahrung, dass Rückschritte im Ost-West-Verhältnis in erster Linie auf Kosten der Bundesrepublik gehen würden, die sich wie kein anderes Land des westlichen Bündnissystems am stärksten von der europäischen Teilung betroffen sah. Die

⁹³ Vgl. hierzu KÜHN, H., *Das Jahrzehnt der Solidarnosc. Die politische Geschichte Polens 1980-1990*, Berlin 1999.

⁹⁴ SCHMIDT, *Die deutschen und ihre Nachbarn*, a.a.O., S. 569.

Solidarität für Solidarnosc war aber nicht nur wegen des Chaos, das die Massenbewegung mit ihrem Generalstreik in Polen anrichtete, mehr als zurückhaltend, sondern auch wegen ihres politischen Charakters. Der Gewerkschaftsbund war weder links noch sozialistisch, sondern national und katholisch. Dies verstärkte die Vorbehalte in der deutschen Sozialdemokratie, die im Fall der polnischen Ereignisse viel weniger Aufhebens machte als noch bei der Machtergreifung von General Augusto Pinochet, der 1973 in Chile eine rechte Militärdiktatur errichtet hatte.⁹⁵

Da Willy Brandt in seiner Funktion als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale den Freiheitskampf der Polen ebenfalls defensiver kommentierte, rief dies die Parteiführung der PvdA verärgert auf den Plan. In einem Brief an Brandt verkündeten der Vorsitzende Max van den Berg und der internationale Parteisekretär Maarten van Traa ohne Umschweife, man teile die Ansichten der französischen Parti Socialiste, „dass die Stellungnahme der SI zu diplomatisch ist, um unsere wahren Gefühle über Polen auszudrücken“.⁹⁶ Die PvdA forderte daher zur Klarstellung nicht nur die Einberufung einer SI-Sondersitzung, sondern formulierte ein eigenes Statement, in dem sie sich zu den Ereignissen in Polen äußerte. Dies schickte sie zur Kenntnisnahme auch an Hans-Eberhard Dingels, um die deutsche Schwesterpartei von ihrem Standpunkt in Kenntnis zu setzen. Der Leiter der Abteilung internationale Beziehungen wies die Vorwürfe aus Amsterdam zurück, machte es sich in seiner Begründung aber ein wenig zu einfach: „Was die Äußerungen der holländischen Freunde betreffen, so liegen diese auf der Linie des typisch niederländischen ‚Bekennermuts‘, auch hier werden keine Rücksichten auf außenpolitische Gegebenheiten genommen.“⁹⁷ Mit dem Hinweis auf den „niederländischen Bekennermut“ benutzte Dingels ein Ressentiment aus den siebziger Jahren, als sich die SPD über die ständigen Einmischungen der niederländischen Schwesterpartei beschwerte. Die Kritik aus Amsterdam tat er als übliches Störmanöver ab. Mit der Anspielung auf die fehlende Rücksichtnahme der außenpolitischen Gegebenheiten machte Dingels dagegen deutlich, dass die SPD mehr Verständnis für ihr Handeln als deutsche Partei erwartete und die Aufrechterhaltung stabiler politischer Verhältnisse in Osteuropa einforderte. Man wollte keinen unnötigen Konflikt heraufbeschwören, der auf Kosten des Friedens gehen würde. Die deutsche Sozialdemokratie legte Wert auf die Bedeutung der geopolitischen Lage der

⁹⁵ WINKLER, *Der lange weg nach Westen*, a.a.O., S. 383ff.

⁹⁶ AdSD, *Willy-Brandt-Archiv*, Nr. 507 (Sozialistische Internationale), Brief von Max van den Berg und Maarten van Traa an Willy Brandt v. 21. Dezember 1981.

⁹⁷ AdSD, *Willy-Brandt-Archiv*, Nr. 507 (Sozialistische Internationale), Vermerk von Hans-Eberhard Dingels zu den Äußerungen an der Erklärung des SI-Vorsitzenden Willy Brandt v. 22. Dezember 1981.

Bundesrepublik und reagierte aufgrund der unmittelbaren Nähe zu Polen und aus dem eigenen Sicherheitsbedürfnis heraus sensibel. „Die SPD war der Meinung, dass somit ein Aufmarsch der Sowjetunion verhindert werden konnte, während die PvdA zunächst mehr Wert darauf legte, die Ereignisse an sich zu kritisieren“, erklärt Brandts späterer Büroleiter Klaus Lindenberg im Rückblick.⁹⁸ Tatsächlich aber hatte sich die Amsterdamer Parteiführung nur aus dem Grund so deutlich geäußert, weil man mit der Art und Weise, wie die SPD und vor allem Willy Brandt als SI-Vorsitzender auf die Menschenrechtsverletzungen in Polen reagierten, nicht einverstanden war. Um den Stabilitätsfaktor oder die deutsche Teilung ging es der PvdA in diesem Augenblick überhaupt nicht, sondern um die klare Abgrenzung zu einem verurteilten Vorgang. Mehr Unterstützung für Bewegungen wie Solidarnosc wäre ein gutes Zeichen gewesen, schrieb Maarten van Traa 1996 in dem bereits zitierten Aufsatz über die Sozialdemokratie im Kalten Krieg, ohne präzise einen Adressaten seiner Beanstandung zu nennen.⁹⁹ Sicherlich wird er in dieser Frage auch an die SPD gedacht haben, mit der der Konflikt über die Reaktionen auf den polnischen Herbst nicht ausgeräumt wurde. Im Verhältnis der zwei Parteien blieb diese ohne Zweifel größere Unstimmigkeit in einer wichtigen internationalen Frage aber die „Ausnahme“ (Lindenberg) in den achtziger Jahren.¹⁰⁰

Die politische Erwiderung auf den Freiheitskampf der Solidarnosc-Bewegung sollte daher nicht als klassisches Fallbeispiel für das Klima der Parteibeziehungen herangezogen werden; dennoch zeigte es von der Grundtendenz her manche Parallele auf, die sich in den außenpolitischen Auseinandersetzungen zwischen PvdA und SPD in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre widerspiegelte. Dabei war nicht die gegenseitige Kommunikation das Hauptproblem, sondern die grundsätzliche Verschiedenartigkeit im Umgang mit den kommunistischen Machthabern auf der einen und den Dissidenten auf der anderen Seite. Für einen regen Meinungsaustausch zwischen deutschen und niederländischen Sozialdemokraten war die Basis durch die Scandilux-Gruppe als Gesprächsforum bereits gelegt worden. Auch wenn es in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre nicht mehr zu regelmäßigen Treffen dieses internationalen Gremiums europäischer Sozialdemokraten kam, setzte sich die zur Gewohnheit gewordene Form der gegenseitigen Unterrichtung auf bilateraler Ebene fort. So brachte Egon Bahr die niederländischen Parteifreunde und vor allem seinen Vertrauensmann Maarten van Traa

⁹⁸ Gespräch mit dem Verfasser am 23. Juni 2003 in Berlin.

⁹⁹ TRAA, *Koude Oorlog en sociaal-democratie*, a.a.O., S. 636.

¹⁰⁰ Gespräch mit dem Verfasser am 23. Juni 2003 in Berlin.

stets über die osteuropäischen Initiativen und die gewichtigen Kontakte mit der DDR-Führung auf den neuesten Stand: „Wir haben die PvdA unter dem Gesichtspunkt informiert, dass wir skeptisch waren, ob Kohl als Bundeskanzler seine Zusage der Kontinuität in den Beziehungen zu Osteuropa einhalten wird. Zur Kontrolle war es gut, wenn wir mit der Partei in Moskau wie in Ostberlin in Verbindung blieben, weil bei diesem komischen System die Partei wichtiger war als die Regierung.“ Maarten van Traa sei stets gut informiert gewesen und habe ihn, Bahr, ebenfalls unterrichtet, wenn er als PvdA-Vertreter nach Ostberlin gereist sei. „In dieser Gesellschaft habe ich mich gut aufgehoben gefühlt“, so Bahr in der Rückschau: „Ich hatte das Gefühl einer politischen Solidarität.“¹⁰¹ Dass Bahr die Kooperation mit den niederländischen Parteifreunden in so angenehmer Erinnerung behalten hat, resultierte aus der Tatsache, dass sich die PvdA trotz der Meinungsverschiedenheiten auch für die deutschen Interessen einsetzte. Als Vertreterin eines kleineren Landes bestärkte sie das Gefühl, in Osteuropa mehr ausrichten zu können als eine deutsche Partei, die möglicherweise noch immer mit Misstrauen betrachtet werden konnte. „Die PvdA war in internationalistischer Hinsicht richtig besonnen“, so Bahr.¹⁰²

Sein positiver Eindruck widersprach den in der SPD auch vorhandenen Stimmen, die niederländische Schwesterpartei würde sich zu wenig in die deutsche Gemütslage und damit in die Politik der deutschen Parteifreunde hineindenken. Maarten van Traa hatte bei Egon Bahr aber auch deshalb einen guten Stand, weil er nach seinem Amtsantritt als internationaler Sekretär der PvdA einen neuen Umgangston mit der DDR pflegte. Bei seinem ersten Besuch als Parteifunktionär 1980 in Ostberlin kündigte der Niederländer seinen Gesprächspartnern eine Kehrtwende an: „Wir werden es anders machen“, sagte der Gast und bezog sich mit seiner Aussage auf den Parteifreund Jan Nagel, der 1975 nach einem DDR-Besuch davon gesprochen hatte, der Bau der Mauer sei historisch richtig gewesen.¹⁰³ Für den internationalen Parteisekretär war es maßgeblich, sich erst gar nicht dem Vorwurf aussetzen zu müssen, die DDR in einem übertrieben positiven Licht darzustellen. Die politische Begeisterung für Ostdeutschland hatte innerhalb der linken PvdA-Kreise allerdings bereits am Ende der siebziger Jahre sichtbare Risse erhalten, weil man der DDR nach ihrer Ausbürgerung des Liedermachers Wolf

¹⁰¹ Gespräch mit dem Verfasser am 4. August 2003 in Berlin.

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ Zit. n. MEVIUS, M./L. BOOIJ/E. VAN BRUGGEN (Hrsg.), *Hier: de Partij van de Arbeid! Vijftig jaar geschiedenis in interviews*, Amsterdam 1996, S. 183; vgl. auch PEKELDER, *Die Niederlande und die DDR*, a.a.O., S. 316.

Biermann kritischer gegenübertrat.¹⁰⁴ Van Traa konzentrierte sich nach seiner Amtsübernahme 1979 und im Gegensatz zu den Vertretern der Neuen Linken und ihrem sozialistischem Idealbild stärker auf die Menschenrechtssituation, die er auch zur Grundlage seiner Gespräche mit den ostdeutschen Parteivertretern machte. Dies war ein Beispiel dafür, dass die PvdA neben der Kooperation mit der SPD auch fest daran interessiert war, eine eigene Schneise zu schlagen und sich in direkten Verbindungen mit osteuropäischen Gesprächspartnern ein individuelles Bild zu machen.¹⁰⁵ Die niederländische Partei bemühte sich auch deshalb, einen Austausch der Standpunkte zu organisieren, um der Abhängigkeit der SPD zu entgehen, die von den europäischen Schwesterorganisationen über die vielfältigsten Kontakte vor allem in die DDR verfügte. Der Einsatz für Menschenrechtsfragen war seit vielen Jahren ein wichtiges Politikfeld der niederländischen Sozialdemokratie und vom ehemaligen Außenminister Max van der Stoel intensiv beackert worden. Im Oktober 1988 organisierten die Wiardi-Beckam-Stiftung und die ebenfalls zur PvdA gehörende Evert-Vermeer-Stiftung eine Konferenz zum Thema „Sozialdemokratie, Menschenrechte und Außenpolitik“, auf der die Partei das Thema umfassend anging.¹⁰⁶ Dass sich die PvdA in den achtziger Jahren weiterhin stark in dieser Frage engagierte, entsprach ihrem Grundverständnis in internationalen Fragen. Bei der SPD bestand daher durchgehendes Interesse an der Politik der niederländischen Parteifreunde, die man in Bonn genau verfolgte. Als der stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Horst Ehmke, im Februar 1984 zu einem Besuch nach Den Haag reiste und dort auch mit Vertretern der PvdA zusammentraf, schrieb ihm Hans-Eberhard Dingels vorab: „Was die Kontakte der Niederländer zur DDR und zu osteuropäischen Parteien betreffen, so wäre ich daran interessiert, dass Du bei Deinen Gesprächen die Freunde daraufhin ‚abfragst‘.“¹⁰⁷

Mit ihrem Interesse für eine Fortsetzung der entspannungspolitischen Initiativen und den gleichzeitigen Einwänden gegen das Vorgehen der SPD war die niederländische Sozialdemokratie nicht die einzige Organisation ihres Landes, die sich in dieser Form

¹⁰⁴ Vgl. TRAA, M. VAN, *Deutschland ja – aber nicht ohne uns!*, in: WICKERT, U. (Hrsg.), *Angst vor Deutschland. Die neue Rolle der Bundesrepublik in Europa und der Welt*, Hamburg 1990, S. 164-178, S. 167.

¹⁰⁵ Im November 1987 reiste beispielsweise eine Delegation der PvdA mit Wim Kok, der Vorsitzenden Marjanne Sint und dem neuen internationale Parteisekretär Jan Marinus Wiersma nach Ungarn, um dort sowohl mit Parteifunktionären als auch mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppierungen und Lokalpolitikern zusammenzutreffen. Vgl. WIERSMA, J.M., *PvdA-leiding bezoekt proeftuin van Oost-Europa*, in: *Voorwaarts* v. 22. Dezember 1987.

¹⁰⁶ Vgl. hierzu KROP, M., *Aan vrijheid gebonden. Sociaal-democratie, mensenrechten en buitenlands beleid*, Deventer 1987.

¹⁰⁷ AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 11156, Brief von Hans-Eberhard Dingels an Horst Ehmke v. 15. Februar 1984.

positionierte. Auch der Interkirchliche Friedensrat (IKV) zeigte sich in seinem Auftreten als aktionistische Bewegung, die im Laufe der achtziger Jahre heftig mit der SPD aneinander geriet, wie es der Generalsekretär Mient Jan Faber 1996 in einem Aufsatz nachzeichnete.¹⁰⁸ Der IKV war 1966 als kirchliche Friedensbewegung gegründet worden und hauptsächlich wegen des hartnäckigen Einsatzes gegen eine mögliche Nachrüstung am Ende der siebziger Jahre über die niederländischen Grenzen hinweg bekannt geworden. Der im Jahre 1977 in die Debatte eingebrachte Slogan „Helft, die Kernwaffen auf der Welt zu beseitigen und lasst uns in den Niederlanden beginnen“ wurde sinnstiftend für die gesamte niederländische Friedensbewegung und auch von der PvdA dankend übernommen. Weniger bekannt war die Tatsache, dass sich der IKV auch international engagierte und Verbindungen zu Kirchen und Friedensgruppen in der DDR und in weitere osteuropäische Länder aufbaute. Die Beziehungen gestalteten sich vielfältig: In Ostdeutschland verfügte man einerseits über Kontakte zur Kirchenführung und zu der dortigen Blockpartei CDU, befand sich andererseits aber auch mit pazifistischen Organisationen im engen Austausch. Nachdem die DDR-Führung dem IKV 1982 diese Kontakte untersagte und Mient Jan Faber nicht mehr in das Land einreisen durfte, setzte man die Arbeit in Anbetracht dieser Benachteiligungen dahingehend fort, eine Demokratisierung der DDR und anderer Staaten Osteuropas einzufordern.¹⁰⁹

Der IKV beschäftigte sich daher auch stärker und zunehmend kritischer mit der zweiten Ostpolitik der SPD, deren Entspannungspolitik man in den siebziger Jahren mit allem Nachdruck unterstützt hatte. Zwischen 1985 und 1986 kam es zu einer Kontroverse zwischen Mient Jan Faber und dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke. Dieser nahm in einem Aufsatz für die *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* die Kritik des Westberliner Studentenpfarrers Ton Veerkamp auf, der seinen Landsleuten im IKV vorgeworfen hatte, die „Entspannungspolitik von unten“ sei in Wahrheit keine Politik, sondern nur eine moralisch empörte Reaktion auf die Reflexe des Ostens. Veerkamp bemängelte, dass der IKV einen „Grundfehler“ begangen habe, als er die Solidarnosc-Bewegung in Polen nach ihrer Aufhebung im Dezember 1981 zu den natürlichen Verbündeten der westlichen Friedensbewegung ernannt habe. Als Folge dieser Politik, schreibt der Niederländer, hätten diese Teile der Friedensbewegung aufgehört, von den politisch

¹⁰⁸ Vgl. FABER, *Koude Oorlog en sociaal-democratie*, a.a.O., S. 633; vgl. hierzu auch GRAAF, *Over de muur*, a.a.O., S. 230f.

¹⁰⁹ Vgl. PEKELDER, *Die Niederlande und die DDR*, a.a.O., S. 329.

entscheidenden Kräften im Osten – und das seien nun einmal die kommunistischen Parteien – als Gesprächspartner ernst genommen zu werden.¹¹⁰ Horst Ehmke nahm den Einspruch des Studentenfarrers dankbar auf, um zugleich den Hinweis zu geben, dass die Kritik Veerkamps in der beschriebenen „Tendenz“ noch erweitert werden müsse: „Diese läuft Gefahr, Entspannungspolitik ernsthaft zu verhindern, indem sie die kommunistischen Parteien auf Gegenkurs zu ihr bringt“, so der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende. Damit wies Ehmke die Grundkritik des IKV, den er als „eine der einflussreichsten Gruppen der westeuropäischen Friedensbewegung“ respektierte, in der gleichen Argumentation zurück, wie seine Partei das Engagement in Osteuropa stets begründete: „Die Annahme, man könne über die Köpfe der Regierungen in Ost und West hinweg eine europäische Friedensordnung basisdemokratisch herbeizaubern, ist eitle Selbstüberschätzung.“¹¹¹ Faber erwiderte einige Zeit später die Anschuldigungen des SPD-Politikers, dem er vorwarf, mit „Verlegenheitsformeln“ zu hantieren wie im Fall der Aussage Ehmkes, dass die Dissidenten moralisch Recht hätten und sich die Sozialdemokraten dessen auch bewusst sein müssten, es in der Politik aber eben um Erfolge gehe und nicht um die richtige Gesinnung.¹¹² Der Generalsekretär des IKV wies ausdrücklich daraufhin, dass seine Organisation eine „Entspannung von oben“, wie sie der SPD vorschwebte, überhaupt nicht grundsätzlich ausschließe: „Eine konstruktive Wechselwirkung und Zusammenarbeit zwischen ‚unten‘ und ‚oben‘ ist eine Notwendigkeit.“ Solange hier aber ein Gegensatz gesehen würde, entstehe in West- und Osteuropa eine Stimmung, dass die Sozialdemokraten nur mit den Machthabern verhandeln und die gewöhnlichen Bürger übersehen würden.¹¹³ Auffällig war in der Auseinandersetzung zwischen Ehmke und Faber, dass beide streckenweise aneinander vorbei redeten, denn auch der deutsche Sozialdemokrat stellte fest: „Im übrigen kann der konstruierte Gegensatz zwischen ‚Entspannungspolitik von oben‘ und ‚Entspannungspolitik von unten‘ praktisch nicht durchgehalten werden. [...] Friedenspolitik braucht beides: Handeln von Regierungen und Parlamenten ebenso wie eine Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger.“¹¹⁴

Die Einstimmigkeiten und Gegensätzlichkeiten in den Ansichten zwischen Ehmke und Faber, die sinnbildlich für die zwischen SPD auf der einen und IKV sowie PvdA auf der

¹¹⁰ Zit. n. EHMKE, H., *Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 11 (1985), S. 1003-1010, S. 1004.

¹¹¹ Ebd.

¹¹² FABER, M.J., *Entspannung und Menschenrechte*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 8 (1986), S. 740-747, S. 744.

¹¹³ Ebd., S. 744f.

¹¹⁴ EHMKE, *Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik*, a.a.O., S. 1004.

anderen Seite standen, tauschten die Organisationen in gemeinsamen Seminaren in Bonn aus.¹¹⁵ Die Aufsätze in der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte* mit den unterschiedlichen Standpunkten hätten die „Anregung“ für die Durchführung solcher Veranstaltungen gegeben, wie Horst Ehmke bei der ersten Seminarrunde im März 1988 feststellte.¹¹⁶ Auch in den Folgejahren 1989 und 1990 waren Vertreter von SPD und IKV unter der Obhut der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammengetroffen, um gemeinsam mit befreundeten osteuropäischen Dissidenten, die die niederländische Organisation eingeladen hatte, und den politischen Gesprächspartnern der deutschen Sozialdemokratie aus Osteuropa zu diskutieren. Im November 1989 – wenige Tage nach der Maueröffnung – trafen in Amsterdam Vertreter von IKV, PvdA und SPD zusammen, um gemeinsam mit dem polnischen Politologen Jan Zielonka den Wirkungsgrad der sozialdemokratischen Ostpolitik zu prüfen. Neben Mient-Jan Faber und Maarten van Traa war es von deutscher Seite erneut Horst Ehmke, der auf dem Podium Platz nahm.¹¹⁷ Für Faber war die Tatsache, dass die SPD überhaupt ihre Bereitschaft zu solchen Treffen bekundete, später ein Indiz, dass man sich intern kritischer mit dem Kurs auseinander setzte, den Bahr seit Jahren vorgab. „Heimlich“ habe Horst Ehmke mit der Vorgehensweise des IKV sympathisiert, glaubte Faber in den neunziger Jahren: „Eine Kombination aus politischer Entspannung (Annäherung) und ‚Entspannung von unten‘ war seiner [Ehmkes, MD] Meinung nach die beste Strategie, um das kommunistische System [...] friedlich verdampfen zu lassen.“¹¹⁸ Zweifellos war es interessant, dass am Ende der achtziger Jahre Veranstaltungen mit einer derartig unterschiedlichen Besetzung der politischen Lager auf Initiative des niederländischen Friedensrates und der SPD stattfanden. Nicht auszuschließen, dass man das Vorgehen

¹¹⁵ Vgl. GRAAF, *Over de Muur*, a.a.O., S. 268f.

¹¹⁶ AdSD, *Archiv des SPD-Parteivorstandes*, Nr. 889 (Länder u. ausländische Parteien), Einführungsvortrag von Horst Ehmke („Die Dialektik von Entspannung und individuellen wie kollektiven Menschenrechten in der zweiten Phase der Entspannungspolitik“) auf dem Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung v. 11. bis 13. März 1988 in Bonn.

Diese und die 1989 und 1990 folgenden Veranstaltungen wurden von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tagungsbänden dokumentiert: FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, *Die Dialektik von Entspannung und individuellen wie kollektiven Menschenrechten in der zweiten Phase der Entspannungspolitik. Dokumentation des internationalen Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung v. 11. bis 13. März 1988 in Bonn*, Bonn 1988; FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, *Demokratische Reformen und europäische Sicherheit. Dokumentation des internationalen Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung v. 3. bis 5. März 1989 in Bonn*, Bonn 1989; FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, *Das Zusammenwachsen Deutschlands und Europas – die gemeinsame europäische Zukunft. Dokumentation des internationalen Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung v. 23. bis 25. März 1990 in Bonn*, Bonn 1990.

¹¹⁷ Vgl. hierzu PANHUYSSEN, L., „De CDU heeft zo ongeveer jullie politiek overgenomen en dus moeten jullie wel volgen.“ *De sociaal-democratische „Ostpolitik“ onder kruisvuur*, in: *De Groene Amsterdammer* v. 13. Dezember 1989.

¹¹⁸ FABER, *Koude Oorlog en sociaal-democratie*, a.a.O., S. 633.

Bahrs, der sich weiterhin auf die Kontakte zu den Staatsparteien fixierte, zunehmend skeptischer in Augenschein nahm. Die Aussagen Ehmkes und sein Engagement bei der Organisation der Seminare deuten in diese Richtung. Seine genauen Motive sind allerdings bis heute unklar geblieben – in einem Briefwechsel mit dem Verfasser wollte Ehmke hierzu nicht Stellung beziehen.¹¹⁹ Auch wenn sich die SPD von der PvdA und dem IKV nicht beeinflussen ließ – ein fundamentaler Wandel fand nicht statt, wie sich auch 1989 zeigen sollte – so war das gemeinsame niederländische Engagement bezüglich des Austausches mit der deutschen Sozialdemokratie durchaus fruchtbar, wie die Organisation der Seminare zeigte. Sowohl PvdA als auch IKV appellierten an das politische Gewissen der SPD, sich stärker mit Menschenrechtsfragen zu beschäftigen. Auch wenn man in diesem Bemühen nicht auf übermäßige Resonanz traf, war man in Bonn doch zumindest deutlich hörbar geworden. In Kirchenkreisen und der Bürgerrechtsbewegung der DDR war sehr positiv aufgefallen, wie stark sich IKV und PvdA auch in ihrem Land engagierten – die Niederländer hätten, so der Pfarrer und spätere Gründer der ostdeutschen Sozialdemokratie SDP, Markus Meckel, „eine Fülle von Kontakten“ gehabt. Diese wären in der Rangfolge direkt nach denen der Bundesrepublik gekommen. Den niederländischen Sozialdemokraten bescheinigt Meckel ein „größeres Interesse, eine größere Offenheit und eine größere Wahrnehmungsfähigkeit“ gegenüber den Entwicklungen in der DDR als der SPD („bis auf wenige Ausnahmen“) – und dies auch für die Zeit nach der Maueröffnung im November 1989.¹²⁰ Wie sich zeigen wird, reagierten beide Schwesterparteien zunächst jedoch gleichermaßen überrascht und verunsichert.

7.3 Der Weg zur Einheit und die Folgen: Konzepte und Komplexe der Sozialdemokratie (1989/90)

7.3.1 „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“: Politische Antworten auf den Mauerfall am 9. November 1989

„Vor 1989 hielten nur noch wenige die deutsche Wiedervereinigung für möglich – es handelte sich um etwas Udenkbares.“¹²¹ Auch wenn Max van der Stoel und seine Partei in außenpolitischen Fragen zuweilen nicht auf einer Wellenlänge lagen, hätten die aktiven PvdA-Politiker der achtziger Jahre diese Einschätzung des früheren

¹¹⁹ Briefe von Horst Ehmke an den Verfasser v. 7. November 2003 u. 8. September 2004.

¹²⁰ Telefongespräch zwischen Markus Meckel und dem Verfasser am 18. Februar 2005.

¹²¹ Telefongespräch zwischen Max van der Stoel und dem Verfasser am 3. September 2003.

Außenministers sicherlich geteilt. Dass Van der Stoep den Kommentar erst im Rückblick auf die damalige Zeit formulierte, stellt die Richtigkeit seiner Beurteilung kaum in Frage: Die deutsche Einheit stand in den Jahren vor dem Fall der Berliner Mauer nicht mehr auf der Tagesordnung niederländischer Parteipolitiker. Umso überraschender reagierte man auf die Ereignisse im Herbst 1989, aber darauf gilt es später näher einzugehen.

Aus den Diskussionen über eine Wiedervereinigung Deutschlands war innerhalb der PvdA längst ein Fachsimpeln über Theorie anstatt über eine mögliche Praxis geworden. Gehörte das Thema in den fünfziger und nach dem Mauerbau in den sechziger Jahren im Kreis der niederländischen Sozialdemokratie zu einer der wichtigen außenpolitischen Fragen, die man in eigene Überlegungen einband, so verschwand es wegen seiner scheinbaren Normalität nach und nach von der Bildfläche parteipolitischer Diskussionen. Die Unterstützung für das Einheitsziel verlor ihre Aktualität und ihre Notwendigkeit, weil es sich mit der deutschen Teilung in Europa friedlich leben ließ. Aus dem eventuellen Krisenherd, den man hinter dem geteilten Deutschland bis in die sechziger Jahre hinein vermutete, war ein politischer Ruhepol geworden, weil Bundesrepublik und DDR fest in die jeweiligen Bündnissysteme eingefügt waren. Mit einer relativen Abgeklärtheit und Routine betrachtete die PvdA daher in den achtziger Jahren das theoretische Ziel einer deutschen Wiedervereinigung und sah sich in ihrer Einschätzung im Einklang mit der niederländischen Regierung. In den Amtsstuben der Haager Administration ging man von hypothetischen Annahmen aus, die – wenn überhaupt – erst in der fernen Zukunft zum Tragen kommen würden. Die deutsche Teilung war spätestens mit den Ostverträgen fester Bestandteil der europäischen Friedensordnung geworden, die es als Gesamtkonstrukt zu bewahren galt, wie man im Übrigen nicht nur in den Niederlanden, sondern auch in anderen westeuropäischen Hauptstädten dachte.¹²²

Der Schwerpunkt wurde stattdessen auf die weitere Verbesserung des spannungsreichen Ost-West-Verhältnisses gelegt. Dazu gehörte vor allem in den achtziger Jahren der Ausbau des Engagements für eine größere politische Liberalität in den Staaten Mittel- und Osteuropas, an dem sich in den Niederlanden neben dem Interkirchlichen Friedensrat insbesondere die PvdA mit zahlreichen Initiativen beteiligte. Ausgerechnet die Ostpolitik Willy Brandts, der einen „Wandel durch Annäherung“ vor Augen hatte, erweckte mit der Anerkennung des Status quo bei dem kleineren westlichen Nachbarn

¹²² Vgl. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 181ff.

den Eindruck, als würde sich die Bundesrepublik mit der deutschen Teilung arrangieren, auch wenn Bonn diese nie zu akzeptieren gewillt war. Einen stichhaltigen Beweis für diese Entwicklung lieferte die PvdA selbst, weil sie sich in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten besonders ausführlich mit der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigt hatte, während ihr Interesse nach Verabschiedung der Ostverträge rapide abnahm. Dies hing zweifellos mit innerparteilichen Veränderungsprozessen zusammen, war aber auch ein Signal, dass die Bundesrepublik als nahezu ‚normaler‘ Staat keine besondere Beobachtung mehr auf außenpolitischem Terrain bedurfte. In einigen Kreisen der niederländischen Sozialdemokratie und vor allem in der nach außen sicht- und hörbar werdenden Neuen Linken wurde es stattdessen für erforderlich gehalten, sich stärker an der Innenpolitik des Nachbarn zu reiben und diese in den Mittelpunkt zu stellen. Erstmals überlagerten in der Perzeption niederländischer Sozialdemokraten innenpolitische Themen wie die Kontroverse um den Radikalenerlass das weite Feld der Außen- und Sicherheitspolitik, die jahrelang präzise verfolgt worden waren. Auch wenn die Bundesrepublik sich durch ihre Politik als „unvollendeten Staat“ dargestellt habe, sei sie den Nachbarn jedoch als „sehr vollendet“ erschienen, wie es der PvdA-Außenexperte Maarten van Traa in den neunziger Jahren rückblickend erklärte. „Mehr noch, wie viele westliche Nachbarn Deutschlands setzten die Niederländer ‚Deutschland‘ mit der Bundesrepublik vor dem Jahre 1989 gleich. Die DDR war eine weitgehend unbekannte Größe, obwohl einige Linke vage vom angeblich ‚antifaschistischen‘ Wesen des Honecker-Staates angezogen waren.“¹²³

Erst die Diskussionen um die Nachrüstung und die „zweite Ostpolitik“ in den achtziger Jahren führte die PvdA im Zusammenhang mit der Bundesrepublik und der SPD stärker zu einer Sichtweise aus internationalem Blickfenster zurück. Im Zusammenhang mit den Aktivitäten der SPD in Osteuropa und vor allem in der DDR entstand die Sorge, die deutsche Schwesterpartei könnte ihren Einsatz für die europäische Integration vernachlässigen, zumal der Bund der sozialdemokratischen EG-Parteien in eine Sinnkrise geraten war. Joop den Uyl und seine Partei fassten es allerdings trotz eines Anflugs von Kritik als sehr beruhigend auf, dass die Verankerung der Bundesrepublik in den Westen „unumkehrbar“ geworden sei, wie es der damalige Fraktionsvorsitzende 1986 feststellte. Die PvdA rechnete in diesen Jahren nicht mit einer baldigen

¹²³ TRAA, M. VAN, *Wohlbekannt aber ungeliebt? Der deutsche Nachbar aus niederländischer Sicht*, in: *Europa-Archiv*, 17 (1994), S. 491-498, S. 494.

Wiedervereinigung und diskutierte nur selten über die Ungewissheit, in welche Richtung ein zusammengefügtes Deutschland gehen könnte. Die sicherheitspolitischen Errungenschaften einer integrierten Bundesrepublik in die europäische Zusammenarbeit und die atlantische Partnerschaft wollte man keinesfalls aufs Spiel gesetzt sehen. Daher verstand Den Uyl in einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der DDR zwar ein wünschenswertes Ziel, allerdings sollte dieser Prozess in einem größeren Zusammenhang und in Kooperation zwischen Ost und West vonstatten gehen. Für sich selbst sah Den Uyl 1986 dagegen „keinerlei Heil“, offen für die Wiedervereinigung einzustehen, was nicht nur einer Zurückhaltung, sondern einer klaren Distanz gleichkam.¹²⁴

Auch die SPD vollzog im Laufe der achtziger Jahre einen schleichenden Abschied vom Wiedervereinigungsziel, das nicht mehr offen artikuliert, sondern stattdessen als Forderung von verschiedenen Seiten stark verdünnt wurde. Die Partei machte den offensichtlichen Eindruck, als würde sie nicht mehr an ein vereinigtes Deutschland glauben. Zwar stellte Willy Brandt die Existenz der einheitlichen deutschen Nation nicht in Frage, um allerdings im gleichen Atemzug ihre Rekonstruktion für ungewiss zu erklären. Mit seiner vieldeutigen Aussage von der „Wiedervereinigung als Lebenslüge“ sorgte der langjährige Vorsitzende mehr für Verwirrung als für Aufklärung in der Frage, wie sich seine Partei zu diesem nationalen Grundproblem positionierte. Deutlicher wurde dagegen Egon Bahr, der alle Illusionen auf fundamentale Veränderungen in der Einigungsfrage zurückstufte und die Hoffnungsträger in die Schranken wies. Wer die deutsche Frage aufwerfe, mahnte er 1988, störe die europäischen Abrüstungs-, Kooperations- und Integrationsprozesse. Auch am Ende dieser Prozesse werde es die beiden deutschen Staaten geben. Bereits zwei Jahre zuvor hatte der linke Frankfurter Kreis von der Bundesregierung den Verzicht auf die „Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands“ verlangt, da nur auf Grundlage der dauerhaften Existenz zweier deutscher Staaten eine allseits akzeptierte europäische Friedensordnung denkbar sei.¹²⁵

Mehr und mehr setzte sich in der SPD der Gedanke durch, dass dem Primat des Friedens eine höhere Bedeutung zugemessen werden musste als dem politischen Wunsch nach einer deutschen Wiedervereinigung. Während man noch in den siebziger Jahren von der festen Vorstellung ausging, dass für die Garantie eines bleibenden Friedens die Lösung der deutschen Frage maßgeblich sei, fand in den achtziger Jahren –

¹²⁴ Zit. n. ebd., S. 177.

¹²⁵ Zit. n. GROH/BRANDT, *Vaterlandslose Gesellen*, a.a.O., S. 320f.

etwas später als bei den niederländischen Parteifreunden – ein Paradigmenwechsel statt. Die deutsche Teilung wurde nun entgegen vergangener Annahmen als Ausdruck von Stabilität und als Voraussetzung für die Friedensfähigkeit in Europa herausgestellt. Die vorherrschende Strömung in der SPD hielt folglich am Status quo fest und propagierte immer stärker einen „Zwei-Staaten-Patriotismus“, den vor allem Egon Bahr am intensivsten vertrat. Nicht die Lösung der deutschen Frage war nunmehr das oberste Ziel, sondern die Schaffung einer europäischen Friedensordnung, in der beide Staaten aufgehen sollten. Aus dieser Motivation heraus wurden nicht nur der Umbau der außen- und sicherheitspolitischen Programmatik vorangetrieben, wie oben bereits eingehend beschrieben, sondern eine Reihe verschiedener Abkommen verabschiedet, die einer sozialdemokratischen Wunschliste auf sicherheitspolitischem Terrain glichen. Gemeinsame Vereinbarungen mit der SED über eine chemiewaffenfreie Zone (1985), einen atomwaffenfreien Korridor (1986) sowie das Programmpapier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ aus dem August 1987 sind hier als herausragende Beispiele anzuführen. Trotz dieser gegenseitigen Abkommen, von denen das letzte Papier inhaltlich und programmatisch am weitgehendsten ging, war die SPD-Führung jedoch nicht bereit, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen. Diesen Dambruch galt es schon deshalb zu vermeiden, um die in den Ostverträgen ausgesprochenen Standpunkte nicht gänzlich aufzugeben.¹²⁶ Folgerichtig vermerkte die Partei in ihrem Regierungsprogramm für die Jahre zwischen 1983 und 1987 den Hinweis auf die „Verantwortung für die Einheit der Nation“; im Leitfaden für die anschließende Legislaturperiode 1987 bis 1990 folgte – leicht abgeschwächt – der Fingerzeig auf den „Anspruch der Deutschen auf Selbstbestimmung“, wobei man offen hielt, wie dieser verwirklicht werden könnte.¹²⁷

Von der Selbstsicherheit in außenpolitischen Fragen, mit der SPD und PvdA das Jahr 1989 noch begonnen hatten, blieb am Ende dieser zwölf Monate nicht viel übrig; stattdessen machte sich zunächst eine Mischung aus Verwunderung und Verunsicherung über die Ereignisse breit. Die Öffnung der Grenze zwischen Ungarn und Österreich durch den ungarischen Außenminister Gyula Horn im Juni 1989 wurde von beiden Parteien noch nicht als der „wirkliche Beginn des Endes der DDR“¹²⁸ (Van Traa) wahrgenommen. Dieses Loch im Eisernen Vorhang entfachte jedoch eine Dynamik, die zahlreiche Wellen von ausreisewilligen DDR-Bürgern hervorrief und die

¹²⁶ Ebd., S. 322ff.

¹²⁷ Zit. n. ebd., S. 323.

¹²⁸ TRAA, *Der deutsche Nachbar aus niederländischer Sicht*, a.a.O., S. 495.

innerdeutsche Grenze über einen Umweg erstmals durchlässig machte. Bis Ende September verließen rund 25 000 Ostdeutsche die DDR über Ungarn in die Bundesrepublik; in der deutschen Botschaft in Prag verharrten weitere 6000 Flüchtlinge und warteten auf ihre Ausreisegenehmigung, die am 30. September schließlich erteilt und von Außenminister Hans-Dietrich Genscher persönlich vom Balkon des Botschaftsgebäudes aus bekannt gegeben wurde. Parallel waren in Leipzig die später als legendär empfundenen Montagsdemonstrationen begonnen, auf denen eine stets wachsende Zahl von Bürgern auf die Missstände in der DDR aufmerksam machte. Es kam zu Gründungen demokratischer Bewegungen wie dem „Neuen Forum“, der „Demokratie jetzt“ und dem „Demokratischen Aufbruch“. Als die DDR-Führung am 7. Oktober den 40. Jahrestag ihrer Staatsgründung in Ostberlin beging, riefen Regimegegner um die evangelischen Pfarrer Markus Meckel und Martin Gutzeit im brandenburgischen Schwante die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) ins Leben.¹²⁹ Diese beginnende Demokratisierung der DDR beschleunigte gleichzeitig ihr Ende, obwohl die Bürgerrechtsbewegungen zunächst auf Veränderungen ihres Landes, einen „dritten Weg“, gesetzt hatten. Auch die Entlassung von Erich Honecker als Generalsekretär und Politbüromitglied am 18. Oktober blieb nur eine Zwischenetappe im Prozess der Abwicklung eines Landes, das wenige Wochen später am 4. November die größte Massendemonstration ihrer Geschichte erlebte, als in Ostberlin 700 000 Teilnehmer auf die Straße gingen und umfassende Reformen einforderten. Der vorläufige Höhepunkt bildete die Maueröffnung am 9. November, die von Politbüromitglied Günter Schabowski am Rande einer Pressekonferenz als Folge einer neuen Ausreiseregulung verkündet wurde und im Laufe des späteren Abends alle Dämme brechen ließ.

Im fernen Bonn blieb die SPD skeptisch. Zwar ging die Gesamtpartei in ihrer Meinungsbildung nicht so weit, den Standpunkt ihres Außenexperten Egon Bahr zu übernehmen, der kompromisslos erklärte, die Wiedervereinigung stünde nicht auf der Tagesordnung. Indem man aber erklärte, die Einheit (und nicht die Wiedervereinigung) werde letztendlich von den Menschen in der DDR entschieden und erscheine nur in einem europäischen Prozess denkbar, klang dies in der sozialdemokratischen Außenwirkung sehr zurückhaltend und passte sich nahtlos den Stellungnahmen der

¹²⁹ Vgl. WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, a.a.O., S. 489ff.; vgl. hierzu auch BAHRMANN, H./C. LINKS, *Chronik der Wende. Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989*, Berlin 1994; JARAUSCH, K.H., *Die unverhoffte Einheit 1989-1990*, Frankfurt am Main 1995; DOWE, D. (Hrsg.), *Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR*, Bonn 1993 (= *Reihe Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung*, H. 3).

Vorjahre an. Als der stellvertretende Parteivorsitzende Johannes Rau in einer Präsidiumssitzung am 11. September realistisch argumentierte, die Wiedervereinigungsfrage komme zu einer Neubewertung, betrachtete der künftige Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine noch die Ökologie als das zentrale Thema. Die deutsche Sozialdemokratie war durch die Ereignisse in der DDR völlig unerwartet getroffen worden, und es machte sich Unsicherheit breit, wie es außen- und sicherheitspolitisch weitergehen würde. Dies war ein Zustand, der erfahrenen Politikern wie dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau die Sorgenfalten auf die Stirn trieb: „Wenn die SPD den Zug der Einheit verpasse, verpasse sie auf lange Jahre die Chance, Wahlen zu gewinnen und wieder in Regierungsverantwortung zu gelangen“, sagte er in einer Präsidiumssitzung am 13. November.¹³⁰ Neben Rau war es vor allem Willy Brandt, der ahnte, was die Stunde geschlagen hatte. Mit seinem bekannten Ausspruch „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“, den er auf einer Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin am 10. November 1989 geäußert hatte, war ein hinreichender Beweis geliefert, dass der SPD-Ehrenvorsitzende ein Gespür für die herannahenden Entwicklungen besaß. Als ehemaliger Berliner Bürgermeister habe Brandt sein nationales Herz wiederentdeckt, analysiert der Biograph Peter Merseburger. Der Vorsatz amtierender SPD-Politiker wie Oskar Lafontaine, die an der Zweistaatlichkeit als gegebener historischer Größe festhielten, sei zum Graben zwischen Brandt und den Jüngeren geworden.¹³¹ Während der saarländische Ministerpräsident die „Deuschtümelei“ in der Bundesrepublik kritisierte, hielt der frühere Bundeskanzler patriotische Reden, die ihn sehr rasch zu verschiedenen massenwirksamen Auftritten in die DDR führten.¹³² Für Brandt war nur schwer nachvollziehbar, dass seine Partei keine Sensoren für historische Zusammenhänge besaß. In der hereinbrechenden Frage über die Einheit Nation fühlte er sich deshalb zunehmend von ihr entrückt. Zwei Tage nach der Maueröffnung nahm er in Bonn an einer Sitzung des SPD-Parteivorstandes teil und ermahnte das Gremium, es komme jetzt entscheidend darauf an, dass sich die Partei in der Frage der nationalen Einheit nicht verheddere, zumal nicht in Zeiten, wo sich Menschen in Deutschland überall vereinten.¹³³ Der Appell sollte ein frommer Wunsch bleiben.

¹³⁰ Zit. n. POTTHOFF, *Die „Koalition der Vernunft“*, a.a.O., S. 61ff.

¹³¹ MERSEBURGER, *Visionär und Realist*, a.a.O., S. 836f.

¹³² Zit. n. WALTER, *Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, a.a.O., S. 225.

¹³³ Zit. n. MERSEBURGER, *Visionär und Realist*, a.a.O., S. 839f.

In der irritierten Haltung war sich die Mehrheit des SPD-Parteivorstandes mit ihrer niederländischen Schwesterpartei einig. Noch am 13. November 1989 bemerkte der Außenexperte Maarten van Traa in einem Zeitungsartikel, Andeutungen, dass die Wiedervereinigung Deutschlands für die Stabilität Europas gefährlich werden könnte, würden nichts zur Sache tun: „Diese steht jetzt nicht auf der Tagesordnung.“¹³⁴ Für ihn zeigte sein eigener Standpunkt im Nachhinein „eher ein Festhalten am Status quo als eines Gefühls für die deutsche Revolution“. „Es ging nicht darum, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen, sondern darum, dass man genauso leicht von Leipzig nach Köln fahren können sollte wie von Düsseldorf nach Amsterdam. Die menschlichen Erleichterungen und vielleicht sogar die Möglichkeit, die DDR könnte eines Tages so aussehen wie Ungarn – das war es, was uns beschäftigte, nicht die deutsche Einheit.“¹³⁵ Diese Zustandsbeschreibung für die Ausgangslage innerhalb der niederländischen Sozialdemokratie im Herbst 1989 war keine Einzelmeinung, sondern eine in der Partei gängige Auffassung. Vier Tage nach Van Traa äußerte sich auch Max van der Stoel mit einem Gastbeitrag im *NRC Handelsblad* zu Wort. Hatte der ehemalige Außenminister Ende Oktober vorsichtig in Aussicht gestellt, dass gegenseitiges Misstrauen und Feindschaft zwischen der Bundesrepublik und der DDR Freundschaft und Zusammenarbeit Platz machen könnten und diese Entwicklung möglicherweise in einer Konföderation ende,¹³⁶ so meinte er im November, dass eine Wiedervereinigung nicht anstünde: „Es geht jetzt in erster Hinsicht darum, die Demokratisierung der DDR zu sichern. Das Voranschieben des Wiedervereinigungsgedankens könnte diesen Prozess nur in Gefahr bringen.“¹³⁷ Für die PvdA stand die Wiedervereinigung selbst zu dem Zeitpunkt „noch nicht auf der Tagesordnung“, wie es ihr Fraktionsvorsitzender in der Zweiten Kammer, Thijs Wöltgens, Ende November abermals ausdrückte, nachdem Helmut Kohl seinen „Zehn-Punkte-Plan“ vorgestellt hatte.¹³⁸ Zwar schwebte dem Bundeskanzler in diesem Zeitfenster nach der Maueröffnung selbst noch eine Vorlaufzeit von mehreren Jahren vor, ehe eine Wiedervereinigung zu realisieren sei; mit seinem Vorstoß unterstrich er aber, das Gefühl für die Verselbständigung eines Prozesses richtig eingeschätzt zu haben und lag auf einer ähnlichen Wellenlänge wie

¹³⁴ TRAA, M. VAN, *Ostpolitiek niet langer een Duitse kwestie*, in: *NRC Handelsblad* v. 13. November 1989.

¹³⁵ TRAA, *Deutschland ja – aber nicht ohne uns!*, a.a.O., S. 168.

¹³⁶ STOEL, M. VAN DER, *Oost- en West-Duitsland zullen aan elkaar moeten leren wennen*, in: *NRC Handelsblad* v. 21. Oktober 1989.

¹³⁷ STOEL, M. VAN DER, *EG krijgt het zwaar. Gedachte aan hereniging brengt democratisering in gevaar*, in: *NRC Handelsblad* v. 17. November 1989.

¹³⁸ Zit. n. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 193.

Brandt. In seinem Maßnahmenpaket ging Kohl auf das Angebot des DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow zur Schaffung einer Vertragsgemeinschaft zwischen beiden Staaten ein: In diesem Zusammenhang forderte der westdeutsche Regierungschef den Ausbau konföderativer Strukturen als Übergangsphase zu einer bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland. Als oberstes Ziel formulierte der Kanzler die Wiederherstellung der deutschen Einheit, die er am Ende seines Zehn-Punkte-Planes nannte und die er als Ergebnis der politischen Annäherung zwischen der Bundesrepublik und der DDR vorgab.¹³⁹

Für die Mehrheit in der PvdA war ein wiedervereinigtes Deutschland zu diesem Zeitpunkt schlicht nicht denkbar, weil die Vorstellung fehlte, dass ein solcher Prozess – auch mit Blick auf die Zustimmung der Sowjetunion – problemlos vonstatten gehen würde. Auch wenn sich die SPD zur Unterstützung der Vorschläge Kohls durchrang, lag zwischen ihrer Sichtweise und dem Blick, den die PvdA auf die Zukunft der deutschen Nation warf, keine wesentliche Abweichung – bis auf die Ausnahmen deutscher Sozialdemokraten wie Brandt und Rau, die bereits ein Gefühl für die herannahende Entwicklung besaßen. In der vermittelten Zurückhaltung unterschied sich die Partei von Wim Kok auch kaum von den anderen politischen Organisationen in den Niederlanden, für die das Thema ebenfalls überraschend aufkam und neben aller Freude für die Menschen in der DDR zu politisch Unvorhersehbarem geführt hatte. Die Dynamik der Vorgänge in der DDR, die ganz offensichtlich zeigten, dass die Bürger ihre Teilhabe an der sozialen Marktwirtschaft des Westens einforderten und aus diesem Grund in großen Scharen abwanderten, traf auch die PvdA wegen der Geschwindigkeit des Prozesses unvorbereitet.¹⁴⁰ In der niederländischen Sozialdemokratie war man wie in der deutschen Schwesterpartei zunächst davon ausgegangen, dass die Bürgerrechtsbewegung in der DDR keine Wiedervereinigung anstrebte und mit Blick auf die Demokratisierung ihres Landes einen „dritten Weg“ vor Augen hatte. Die niederländischen Reaktionen auf den Fall der Berliner Mauer seien gleichzeitig enthusiastisch und niedergedrückt gewesen, schrieb der PvdA-Außenpolitiker Maarten van Traa in der Rückschau. „Die politische Elite bekannte ihre Bewunderung für die Ostdeutschen und Willy Brandt, der durchschnittliche Holländer aber war zurückhaltender und stellte sich die Frage, was nun aus Deutschland werden würde.“ Nach Meinung Van Traas sei man in den Niederlanden noch nicht bereit gewesen, Jalta,

¹³⁹ WINKLER, *Der lange weg nach Westen*, a.a.O., S. 523.

¹⁴⁰ Vgl. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 196ff.

spricht die deutsche Teilung, völlig zu überwinden.¹⁴¹ Wie in anderen westeuropäischen Staaten herrschte auch dort mit Blick auf die ‚scheinbare‘ Konstante der deutschen Teilung eine Selbstverständlichkeit vor, die nun – durch das Aufbrechen festgefüger Strukturen – im Bewusstsein nur schwerlich zu bewältigen war. Die PvdA und mit ihr die politische Klasse des Landes hatten ihre wichtigsten internationalen Grundziele schon lange erreicht: Die etablierte Sicherheitsarchitektur für Westeuropa mit einem starken Partner in Washington und einer in die europäische Zusammenarbeit und in die NATO integrierten Bundesrepublik galt es zu bewahren. Statt politischer Euphorie machten sich aus nachvollziehbaren Gründen Unbehagen und Unsicherheit breit, wie Deutschland und die Strukturen Osteuropas in naher Zukunft aussehen würden.

In der Bundesrepublik entstand dagegen ganz langsam der Eindruck, dass die Niederlande den deutschen Entwicklungen nach anfänglicher Freude mit Skepsis gegenüberstehen würden. Zwar war Bonn eine reservierte Haltung auch aus anderen Ländern bekannt, aber Den Haag fiel in diesem Reigen besonders auf. Das lag weniger an der niederländischen Sozialdemokratie, die seit dem 8. November wieder Regierungsverantwortung in einem Kabinett mit dem CDA übernahm, sondern vor allem am alten und neuen Ministerpräsidenten, dem Christdemokraten Ruud Lubbers. Dieser legte sich mit seinen misstrauischen Äußerungen in bezug auf die Wiedervereinigung ein Image zu, das er im Einigungsprozess des Jahres 1990 nicht mehr von sich weisen konnte. Nach einer Zusammenkunft der EG-Regierungschefs in Paris am 19. November 1989, zu der der französische Präsident Francois Mitterrand mit Blick auf die Ereignisse in Osteuropa geladen hatte, stellte der deutsche Bundeskanzler fest, dass insbesondere die britische Premierministerin Margaret Thatcher und Ruud Lubbers „ausgesprochen kühl“ auf die Entwicklung in Deutschland reagiert hätten. Zwar teilte der niederländische Ministerpräsident auf einem NATO-Gipfel im Dezember die positive Haltung des amerikanischen Präsidenten George Bush gegenüber einer Wiedervereinigung, äußerte sich kurze Zeit später im Europäischen Rat aber wieder betont kritisch. Vollends zu sinken begann der Stern von Lubbers in den Augen Kohls, als der Niederländer im Januar 1990 nun auch öffentlich seinen Argwohn zum Ausdruck brachte. In einem Vortrag vor der Universität in Tilburg sagte er, es sei wünschenswert, mit den Staaten und Grenzen zwischen Staaten weiterzumachen, wie Europa sie jetzt kenne. Lubbers erkannte in seiner Rede die Legitimität des Strebens nach einer Wiedervereinigung an, ließ aber deutlich durchblicken, dass er dem

¹⁴¹ TRAA, *Der deutsche Nachbar aus niederländischer Sicht*, a.a.O., S. 495.

europäischen Status quo mit offenen Grenzen und freiem Verkehr den Vorzug gab.¹⁴² Mit seinen Aussagen sorgte Lubbers nicht nur für abermalige Verärgerung in Bonn, auch sein Verhältnis zu Helmut Kohl galt fortan als gestört. Als Lubbers 1994 nach zwölfjähriger Amtszeit von seinem Posten als niederländischer Ministerpräsident abtrat und sich um den Vorsitz der EG-Kommission in Brüssel bewarb, hoffte er vergebens auf die Unterstützung des deutschen Regierungschefs. Auch wenn sich Lubbers eingehend bemühte, seine kritische Einstellung im Nachhinein zu korrigieren und sich als früherer Befürworter einer deutschen Wiedervereinigung ins rechte Licht zu setzen, wirkte sein Auftreten unglaubwürdig und aufgesetzt. Am Ende musste er dem Luxemburger Jacques Santer den Vortritt für die europäische Spitzenaufgabe lassen.¹⁴³ Nicht nur die Bundesregierung und Helmut Kohl ordneten Lubbers in eine bestimmte Schublade ein, auch der PvdA-Außenexperte Maarten van Traa erinnerte später an die „lauwarme Haltung“ des niederländischen Ministerpräsidenten im Herbst 1989.¹⁴⁴ Van Traas Partei fiel in dieser Phase, obschon sie an der Regierung beteiligt war und mit Wim Kok als Finanzminister eines der wichtigsten Kabinettressorts stellte, nicht weiter durch besondere Töne auf. Es schien, als würde sich die von den Ereignissen in Deutschland überraschte Sozialdemokratie in einem beginnenden Prozess zunächst treiben lassen wollen, um sich durch die Beobachtung der Entwicklung ein genaueres Bild zu machen. Die PvdA spielte auf Zeit, weil ihr nicht nur die Einschätzung der Lage schwer fiel, sondern ihr auch kaum klar war, wie man sich zu einer möglichen Wiedervereinigung Deutschlands positionieren sollte. Die Aussage, dass diese nicht auf der Tagesordnung stehe, wie man es im Herbst 1989 zunächst des öfteren auch aus den Reihen der PvdA hörte, war in Anbetracht einer beschleunigten Entwicklung der Geschehnisse in der DDR rasch überholt. Die gewisse Hilflosigkeit, mit der man auch in der SPD auf die Ereignisse in Ostdeutschland schaute, erforderte nun eine richtige Hinwendung an das Thema und der Mut zum Eingeständnis, dass gewachsene Strukturen und langjährige Strategien der Vergangenheit angehörten. Der SPD, aufgespaltet zwischen Anhängern und Gegnern einer nationalen Lösung, blieb gar nichts anderes übrig, als dem Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers ihre Zustimmung zu geben, um nicht als Bremsklotz in einer Entwicklung zu gelten, die rasant an Fahrt zunahm.

¹⁴² Zit. n. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 199f.

¹⁴³ Vgl. ebd., S. 199ff.; vgl. hierzu auch STEINMETZ, B., *Ruud Lubbers. Peetvader van het Poldermodel*, Amsterdam 2000, S. 221.

¹⁴⁴ TRAA, *Der deutsche Nachbar aus niederländischer Sicht*, a.a.O., S. 491.

7.3.2 Die Auseinandersetzungen um die NATO-Mitgliedschaft eines wiedervereinigten Deutschlands

In ihrer ersten Ausgabe vom Dezember 1989 fragte das Parteiorgan der niederländischen Sozialdemokratie, *Voorwaarts*, ob die Entwicklungen in der DDR „Quelle der Freude oder Grund zur Beunruhigung“ sein würden.¹⁴⁵ Mit diesem Versuch der Einschätzung war eine passende Umschreibung dessen wiedergegeben, was der Gefühlslage der Partei entsprach. Den Sympathien mit den Menschen in der DDR stand die Sorge gegenüber, wie es um die Zukunft des Nachbarn bestellt war und welchen Weg die beiden deutschen Staaten gehen würden. Inzwischen bahnte sich aber ein neuer Abschnitt an, der andeutete, dass sich die Partei nach einer Übergangsphase nun offensiver mit den Ereignissen zu beschäftigen begann. Hatte sich die PvdA bisher äußerst zurückhaltend verhalten und vage eine „Konföderation“ der beiden deutschen Staaten in Aussicht gestellt, die nur in einem europäischen Rahmen zum Abschluss gebracht werden könne, wie es der Fraktionsvorsitzende Thijs Wöltgens Ende November ausgedrückt hatte, so rückte allmählich doch die Frage in den Vordergrund, wie ein wiedervereinigtes Deutschland aussehen könnte und unter den gegebenen Umständen aussehen musste.¹⁴⁶

Max van der Stoel, der zwar zunächst bei seiner Meinung blieb, dass die deutsche Wiedervereinigung „keine Angelegenheit des Heute oder Morgen“ sei, entwickelte im Gespräch mit dem *Voorwaarts* Szenarien, wie es im benachbarten Deutschland nach seiner Einschätzung weitergehen würde. Letztendlich bleibe die Wiedervereinigung eine Sache, so seine Meinung, über die die Deutschen in aller Freiheit selbst entscheiden müssten. Er sei nicht „a priori“ ein Gegner der Einheit, sähe es aber als bedenklich an, wenn der Preis der deutschen Wiedervereinigung darauf hinauslaufen würde, dass sich die Bundesrepublik aus der westlichen Zusammenarbeit verabschiedet. „Ich hätte gewiss Bedenken gegen die Entstehung eines neutralen Deutschlands, das die Rolle eines Schiedsrichters in Europa spielen würde.“¹⁴⁷ Auch sein späterer Nachfolger in der Funktion des internationalen Parteisekretärs, Maarten van Traa, lasse sich von der Option einer Wiedervereinigung nicht um den Schlaf bringen, wie es das Parteiblatt richtig auf den Punkt brachte. Dieser gab zu Protokoll: „An erster Stelle glaube ich

¹⁴⁵ BRINK, R. VAN DEN, *Duitse kwestie. Ontwikkelingen bron van vreugde of reden tot bezorgheid?*, in: *Voorwaarts* v. 1. Dezember 1989.

¹⁴⁶ Zit. n. MEINES, R., *„Muur’ laag op Haagse agenda. Nederland heeft zich door Kohl in slaap laten sussen*, in: *NRC Handelsblad* v. 29. November 1989.

¹⁴⁷ Zit. n. BRINK, R. VAN DEN, *Duitse kwestie. Ontwikkelingen bron van vreugde of reden tot bezorgheid?*, in: *Voorwaarts* v. 1. Dezember 1989.

nicht, dass man in der Bundesrepublik nun alles daran setzt, um eine Wiedervereinigung zu realisieren. Aber es ist selbstverständlich eine richtige Debatte.“¹⁴⁸ Der neue sozialdemokratische Verteidigungsminister und frühere internationale Parteisekretär Relus ter Beek sah die Entwicklungen in der DDR zu diesem Zeitpunkt ebenfalls gelassen: „Ich habe absolut nicht den Eindruck, dass die Bundesrepublik auf eine nostalgische Wiedervereinigung abzielt. Willy Brandt sagt, dass es viele Formen der Zusammenarbeit und der Einheit gibt, die nicht automatisch zu einer staatlichen Wiedervereinigung führen müssen. Starre Schemata helfen hier nicht.“¹⁴⁹

Anhand der Aussagen von drei der wichtigsten Außen- und Sicherheitspolitiker der niederländischen Sozialdemokratie kristallisierten sich zwei Wegmarken heraus, die für die Begleitung des Wiedervereinigungsprozesses im Jahre 1990 kennzeichnend wurden. Zum einen hegte man in der PvdA keine Angst vor einem wiedervereinigten Deutschland (auch wenn es in dieser Phase noch nicht vorstellbar war), zum anderen war man darauf bedacht – Max van der Stoel wies eingehend daraufhin –, dass die Errungenschaften der europäischen Sicherheitsarchitektur mit einer in die westliche Zusammenarbeit integrierten Bundesrepublik erhalten bleiben mussten. Diese Sichtweise bestätigte Maarten van Traa Mitte Dezember in einer Debatte des niederländischen Parlaments. Man dürfe keine Angst vor der demokratischen Revolution in Osteuropa haben und man dürfe Deutschland nicht vorenthalten, was anderen zugestanden werde. „Die Bedingung ist jedoch, dass die polnische Westgrenze bleibend ist.“¹⁵⁰ Der langjährige Deutschlandkenner wurde auf niederländischer Seite zum sozialdemokratischen Meinungsmacher in Fragen des Wiedervereinigungsprozesses und knüpfte Verbindungen zu ostdeutschen Politikern wie dem SDP-Gründer und DDR-Außenminister Markus Meckel.¹⁵¹ Als Niederländer habe er 1989, so Van Traa in den neunziger Jahren rückblickend, die „Notwendigkeit“ gesehen, sich für Deutschland zu engagieren.¹⁵² Sein Engagement und das anderer niederländischer Sozialdemokraten wie Max van der Stoel meint Meckel, wenn er die

¹⁴⁸ Ebd.

¹⁴⁹ Ebd.; für seine Sicht als niederländischer Verteidigungsminister siehe auch in den *Erinnerungen* von Relus ter Beek: BEEK, R. TER, *Manoevreren. Herinneringen aan Plein vier*, Amsterdam 1996, S. 12ff.

¹⁵⁰ MEINES, R., *Kamer vindt Duitse kwestie explosief*, in: *NRC Handelsblad* v. 13. Dezember 1989.

¹⁵¹ Meckel und Van Traa verband eine freundschaftliche Beziehung miteinander. Anlässlich der Verleihung des Großen Verdienstordens der Bundesrepublik an den Niederländer schrieb ihm Meckel im April 1996: „Ich freue mich sehr, dass Dir diese Aufzeichnung verliehen wird. Du hast diese Würdigung einer unermüdlichen, ehrlichen und ertragreichen Arbeit mehr als verdient!“ Siehe IISG, *Archiv Maarten van Traa*, Nr. 84.

¹⁵² IISG, *Archiv Maarten van Traa*, Nr. 177, Erklärung von Maarten van Traa während der Verleihung des Großen Verdienstordens der Bundesrepublik am 16. April 1996 in Den Haag.

PvdA im Gegensatz zur SPD für die „größere Offenheit und Wahrnehmungsfähigkeit“ gegenüber den gesellschaftlichen Entwicklungen lobt.¹⁵³

Die Linie, die die Außenpolitiker der PvdA ausgegeben hatten, deckte sich mit der Haltung der niederländischen Regierung. Auch hier war der Prozess der Meinungsbildung vorangeschritten und weitgehend vom Außenministerium formuliert worden, das sich des Themas nach den irritierenden Äußerungen des Ministerpräsidenten angenommen hatte und den Vorgang der deutschen Wiedervereinigung intensiv beobachtete. In Den Haag kehrte man zum Abschluss einer grundlegenden Orientierungsphase im Januar 1990 zu Überlegungen der fünfziger Jahre zurück, als für den Fall eines wiedervereinigten Deutschlands die Lösung eines „status quo plus“ propagiert wurde. Diese bedeutete nichts anderes, dass eine um die DDR erweiterte Bundesrepublik Mitglied des atlantischen Bündnisses und zugleich Bestandteil des integrierten Westeuropas bleiben musste. Kurzum: Deutschland sollte weiterhin dem Westen angehören und seine vertraglichen Bindungen zum Wohl der Sicherheit und Stabilität erfüllen. Dazu gehörte auch eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Maarten van Traa bereits im Dezember 1989 gefordert hatte.¹⁵⁴ In der Frage, wie man sich zur deutschen Teilung positionierte, bestand zwischen der Regierung um den christdemokratischen Außenminister Hans van den Broek und der Regierungspartei PvdA ein weitgehender Einklang, was in dieser Einmütigkeit ebenfalls an die fünfziger Jahre erinnerte, als die deutsche Wiedervereinigung in Den Haag aktiv gefordert worden war. Für dieses Ziel trat man zu Beginn des Jahres 1990 zwar nicht mehr so offensiv ein wie vierzig Jahre zuvor, weil die deutsche Teilung entgegen der früheren Annahmen längst nicht mehr als außenpolitisches Pulverfass verstanden wurde; PvdA und die von ihr gestellte Koalition mit dem CDA trugen aber keine lauten Bedenken vor, zumal man erkannte, dass ein Prozess in Gang gekommen war, der nicht mehr aufzuhalten schien. In den Niederlanden setzte sich die Erkenntnis durch, dass auch ein vereinigtes Deutschland sowohl demokratisch als auch europäisch sein werde, wie es Maarten van Traa 1990 in einem Beitrag formulierte: „Also keine Angst!“¹⁵⁵ Dies war eine Haltung, die er auch bei Gesprächen in der DDR vertrat. Im Februar 1990 besuchte Van Traa auf Einladung des sozialdemokratischen Ortsvereins das brandenburgische Luckau und hielt dort seine erste Wahlrede östlich der Elbe. Als er von einem Zuhörer angesprochen wurde, ob es wirklich stimme, dass die Nachbarn

¹⁵³ Telefongespräch zwischen Markus Meckel und dem Verfasser am 18. Februar 2005.

¹⁵⁴ Vgl. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 211f.

¹⁵⁵ TRAA, *Deutschland ja – aber nicht ohne uns!*, a.a.O., S. 171.

keine Angst vor einem großen Deutschland hätten, antwortete der niederländische Gast ohne langes Zögern: „Meine einundachtzigjährige Mutter hat Angst vor der deutschen Einheit – ich nicht. Diese Angst habe ich nach Willy Brandts Kniefall vor dem Denkmal am Warschauer Ghetto verloren.“¹⁵⁶ Dass Van Traa sein positives Votum mit der Erinnerung an den symbolischen Auftritt des früheren Bundeskanzlers begründete, war ein Fingerzeig darauf, dass der Sozialdemokrat aus den Niederlanden die Bundesrepublik als feste demokratische Größe betrachtete, die sich zu ihrer Vergangenheit bekannt und aus ihr gelernt hat. Den deutschen Nachbarn begriff Van Traa als einen nahezu normalen Staat, dem nun sein – auch von der PvdA seit Jahrzehnten vorbehaltlos unterstütztes – Recht auf freie Selbstbestimmung nicht abzusprechen war. Seine Eindrücke aus dem Jahr 1990 fasste der Außenexperte in einem von ihm verfassten Aufsatz zusammen, den er mit der Überschrift „Deutschland ja – aber nicht ohne uns“ versah. Mit diesem Hinweis verdeutlichte Van Traa ein weiteres Mal, dass man das niederländische ‚Ja-Wort‘ zu einer Wiedervereinigung mit der Fortsetzung einer gemeinsamen europäischen wie atlantischen Zusammenarbeit verknüpfte. In den Niederlanden und in den Reihen der PvdA sprach man sich – gemäß der Tradition langjähriger Deutschlandpolitik – deutlich gegen einen Sonderstatus der Bundesrepublik aus, den es unter allen Umständen zu vermeiden galt. Die wichtigsten Forderungen wiederholte Van Traa Ende Februar in einer Parlamentsdebatte, als er davon sprach, dass Deutschland nicht neutral werden dürfe und die Oder-Neiße-Grenze als „definitive Grenze zwischen Polen und Deutschland“ anerkannt werden müsse. „Das eine Deutschland muss in Kooperation mit den europäischen Partnern in Ost und West verwirklicht werden und in die europäische Einigung eingerahmt bleiben.“¹⁵⁷ Einer deutschen Wiedervereinigung wollte man nicht im Wege stehen, bemängelte allerdings die eingeschränkte Rolle als kleinerer europäischer Staat, der im Konzert der Großen nur abseits stand und über nicht mehr als einen Beobachterstatus verfügte. Auf diese Weise entstand nicht nur bei der PvdA, sondern auch in den Kreisen der Den Haager Regierung Misstrauen, da es in erster Linie die früheren alliierten Mächte waren, die den Wiedervereinigungsprozess steuerten, während die kleineren Nachbarn Deutschlands kaum oder überhaupt nicht konsultiert wurden.

¹⁵⁶ Zit. n. ebd., S., 164. Auf die besondere Bedeutung des Kniefalls als ein für ihn „entscheidende[r] Punkt“ im eigenen Deutschlandbild wies Van Traa auch 1996 noch einmal hin, als er in Den Haag den Großen Verdienstorden der Bundesrepublik erhielt. Siehe IISG, *Archiv Maarten van Traa*, Nr. 177, Erklärung von Maarten van Traa während der Verleihung des Großen Verdienstordens der Bundesrepublik am 16. April 1996 in Den Haag.

¹⁵⁷ *Handelingen Tweede Kamer*, 1990, 22. Februar 1990, S. 2653.

Dieser Eindruck verstärkte sich, als am Rande einer Außenministerkonferenz von NATO und Warschauer Pakt im kanadischen Ottawa im Februar 1990 die Entscheidung getroffen wurde, dass zwischen den zwei deutschen Staaten und den ehemaligen Großen Vier Beratungen über die deutsche Wiedervereinigung und die Sicherheit ihrer Nachbarstaaten beginnen sollten. Als der Beschluss in der NATO-Versammlung vorgestellt wurde, reagierte der niederländische Außenminister Hans van den Broek irritiert, weil deutlich wurde, dass an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen bis auf Frankreich kein weiteres deutsches Nachbarland teilnehmen sollte. Die Regierungen der vier ehemals alliierten Staaten wollten ihre Verantwortung für Deutschland als Ganzes übernehmen, während sich die Bundesrepublik darum bemühte, den Kreis der Verhandlungspartner so klein wie möglich zu halten, um den Gang der Entscheidungsfindung nicht unnötig zu erschweren. Dies bedeutete in der Praxis, dass bis auf die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien sowie den Vertretern der beiden deutschen Regierungen keine weiteren Staaten und auch kein anderes Mitglied der NATO an den Gesprächen über deutsche Sicherheitsfragen einbezogen wurden. Der Regierung in Den Haag ging es nicht um die Beteiligung als solche, sondern um die Einbeziehung der niederländischen Sicherheitsinteressen im Rahmen des Einigungsprozesses. Als man im Zuge der Verhandlungen feststellte, dass sich die Bedürfnisse eines kleineren westeuropäischen Landes wie den Niederlanden in den Ergebnissen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen widerspiegelten, gab es für Den Haag keinen Grund mehr, eine fehlende Beteiligung zu kritisieren.

Die Ereignisse in Ottawa sorgten also zunächst nicht aus dem Grund für Unverständnis in den Niederlanden, weil der deutsche Einigungsprozess nun konkrete Formen annahm, sondern weil Den Haag und gleichermaßen NATO und EG mehr als unzureichend an diesem beteiligt wurden.¹⁵⁸ Maarten van Traa, der sich in der PvdA als Wortführer beim Thema deutsche Wiedervereinigung einen Namen gemacht hatte und in diesen Fragen zumeist seine Stimme erhob, sah in den Vorgängen von Ottawa eine Art Nachbildung zu Kohls Zehn-Punkte-Plan. In beiden Fällen fühlte man sich nur unzulänglich und vor allem zu spät unterrichtet. In den Niederlanden spürte man, von der Entwicklung schlicht abgeschnitten zu sein, weshalb Van Traa verärgert ein „zwei Mal, aber nie wieder“ aussprach. Mit diesem diplomatisch ungeschickt formulierten Hinweis traf er allerdings nicht auf geteilte Zustimmung im niederländischen

¹⁵⁸ Vgl. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, a.a.O., S. 207f.

Außenministerium.¹⁵⁹ Trotz des bereits vorgetragenen Unbehagens wegen der fehlenden Konsultation beschäftigte die niederländische Politik das Thema abermals, weil Kohl auch bei der Ankündigung zur Bildung einer Währungsunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Frühjahr 1990 die europäischen Partner vorab nicht unterrichtete.

Neben dem Misstrauen über die mangelhafte Einbeziehung in den politischen Entscheidungsprozess, der eng mit der Verantwortung für die eigenen Sicherheitsinteressen zusammenhing, entstand Misstrauen über das Verhalten des Bundeskanzlers, den Van Traa wegen dessen „Dampfwalzendiplomatie mit ihrem Hin und Her zur polnischen Westgrenze“ heftig kritisierte.¹⁶⁰ Hauptaugenmerk des niederländischen Unbehagens war das Junktim Kohls im Frühjahr 1990, mit dem er eine Verbindung zwischen der Bereitschaft beider deutscher Staaten, die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze anzuerkennen, und dem Verzicht Polens auf Entschädigungszahlungen für erlittene Kriegsschäden herstellte. Schon in seinem Zehn-Punkte-Plan hatte Kohl das Thema der Grenzziehung ausgespart und auf eine deutliche Aussage verzichtet, was sich negativ auf die Stimmung in der Bonner Koalition auswirkte und zu einem Streit mit Außenminister Genscher führte. Dieser hatte in einer Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen bereits Ende September 1989 erklärt, dass das Recht Polens, in sicheren Grenzen zu leben, von den Deutschen nicht in Frage gestellt werde. Mit dem gleichen Wortlaut einigten sich die Koalitionäre im März 1990 schließlich auf ein Kompromisspapier und beendeten eine Auseinandersetzung, an dem sich auch die Oppositionsparteien SPD und Grüne wegen ihrer Abneigung zu der Haltung des Bundeskanzlers beteiligt hatten. Der Mittelweg, den die Regierungsparteien ausgehandelt hatten, war im Grunde aber gar keiner, weil in erster Linie die Handschrift des Außenministers deutlich geworden war. Genscher hatte sich im Machtstreit mit Kohl durchgesetzt: In aller Deutlichkeit wurde in der Entschließung darauf hingewiesen, dass Gebietsansprüche Deutschlands gegenüber Polen zum gegenwärtigen Zeitpunkt oder später ausgeschlossen würden. Damit war die Richtung zu einer endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie vorgegeben. Dennoch ließ sich nachträglich nicht mehr vermeiden, dass Bundeskanzler Kohl – ungeachtet der Einstellung Genschers und dem folgenden Kompromiss der Koalition – für Unverständnis im Ausland gesorgt und sich sein in dieser Frage angekratztes Bild

¹⁵⁹ Zit. n. ebd., S. 208.

¹⁶⁰ TRAA, *Deutschland ja – aber nicht ohne uns!*, a.a.O., S. 171.

nicht nur in den Niederlanden verbreitet hatte.¹⁶¹ Dem Regierungschef schien das Wohlwollen der Vertriebenen als potentielle Wählerschicht wichtiger zu sein als der Eindruck, den er in dieser Hinsicht bei den europäischen Partnern hinterließ.

Auch die SPD ärgerte das Verhalten Kohls und zeigte Verständnis für die Sorgen der Nachbarländer wie die Niederlande. Im Mai 1990 lud die parteinahe Friedrich-Ebert-Stiftung den stellvertretenden niederländischen Ministerpräsidenten und sozialdemokratischen Parteiführer Wim Kok nach Bonn ein, um mit ihm den Auftakt zu der Veranstaltungsreihe „Wie sehen unsere Nachbarn den deutschen Vereinigungsprozess?“ zu begehen. Der Vorsitzende der Stiftung, Holger Börner, wies in seiner Eingangsrede daraufhin, dass die Niederlande nicht nur Nachbar, sondern auch NATO-Verbündete seien. In diesem Zusammenhang richtete der Gastgeber eine Frage an den niederländischen Finanzminister, die dessen Partei und Regierung eingehend beschäftigte: „Fühlen sich die Niederländer ausreichend konsultiert?“ Der Gast vermied, eine genaue Antwort auf die provokante Frage zu geben und hob auf das rasche Umdenken in außenpolitischen Grundstrukturen ab, das die Entwicklung beim deutschen Nachbarn eingefordert hätte: „Die Vereinigung Deutschlands zwingt uns, eher als wir gedacht hatten, konkret über die Sicherung unserer Zukunft oder, wenn Sie so wollen, über die Zukunft unserer Sicherheit nachzudenken.“ In den Mittelpunkt seiner Rede stellte Kok das niederländische Streben nach einer „institutionalisierte[n] Stabilität“ und verkündete nichts Neues, als er die Notwendigkeit einer Fortsetzung der atlantischen Kooperation und der europäischen Integrationsleistung für sein Land bedeutete: „Nicht die Frage, was mit Deutschland geschehen muss, sollte im Vordergrund stehen, sondern die Frage, was wir mit Europa wollen und welchen Platz ein vereinigt Deutschland darin einnehmen wird.“¹⁶²

Während die PvdA mit ihrem außenpolitischen Kurs für die niederländischen Sicherheitsinteressen eintrat, machte die deutsche Schwesterpartei den Eindruck, als würde sie in diesen Monaten vor allem an sich selbst und unter ihrem äußeren Erscheinungsbild leiden.¹⁶³ Der Vorsitzende Hans-Jochen Vogel sah sich mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, die SPD samt dem im Januar 1990 zum Kanzlerkandidaten gekürten Oskar Lafontaine auf einem einheitlichen Kurs zu bringen.

¹⁶¹ WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, a.a.O., S. 551f.

¹⁶² KOK, *Die deutsche Entwicklung aus niederländischer Sicht*, a.a.O., S. 9. Das Zitat Börners aus seinen einleitenden Worten befindet sich auf S. 3.

¹⁶³ Vgl. zu den deutschen Parteien im Wiedervereinigungsprozess auch die niederländische Studie von KROL, P.I., *Van de retoriek tot de realisatie. De Westduitse partijen en de eenwording 1987-1990*, Diss. Freie Univ. Amsterdam 2000.

Die zunächst an den Tag gelegte Verwunderung und Verunsicherung nach dem Mauerbau im Herbst 1989 hing der SPD trotz ihrer Zustimmung zu Kohls Zehn-Punkte-Plan wie ein Klotz am Bein, zumal sie nicht imstande war, eigene Lösungsvorschläge aus der Schublade zu ziehen. Die schwere Niederlage bei den ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR im März 1990, als die favorisierte SPD mit 21,88 Prozent ein miserables und ebenso enttäuschendes Ergebnis einfuhr, während die von der CDU geführte „Allianz für Deutschland“ mit fast 50 Prozent der Stimmen als klare Siegerin hervorging, spiegelte die schwierige Rolle der deutschen Sozialdemokratie wider. Die SPD war in der Frage der deutschen Nation ins Hintertreffen geraten, weil sie zu spät erkannte, in welche Richtung der Zug fuhr und weil sie sich alles andere als gleichförmig präsentierte. Dass sie den Einheitszug überhaupt erreichte, war ein Verdienst von Hans-Jochen Vogel und Willy Brandt, die ihre Partei im Winter 1989 unter Druck gesetzt hatten. Beide sorgten unter Mithilfe jüngerer Abgeordnete wie dem Sicherheitspolitiker Karsten Voigt und der Finanzexpertin Ingrid Matthäus-Maier dafür, dass der Anspruch auf die Einheit der Nation noch Eingang in das neue Grundsatzprogramm der SPD fand, das im Dezember auf einem Parteitag in Berlin verabschiedet wurde.¹⁶⁴ Unter dem Titel „Die Deutschen in Europa“ sprach sich der Konvent wieder zur selbstbestimmten Vollendung der „Einheit und Freiheit Deutschlands“ aus. Demnach sollte die Wiedervereinigung in einem stufenartigen Prozess von Einzelvereinbarungen mit den Zwischenstationen einer Vertragsgemeinschaft und einer Konföderation zu einem gesamtdeutschen Bundesstaat führen. Als Basis diente der Grundlagenvertrag aus dem Jahre 1972.¹⁶⁵

Die SPD war mit dieser Richtungsentscheidung zwar festgelegt, aber eben nicht geschlossen einer Meinung. Dies hing insbesondere mit der Rolle ihres Spitzenmannes Oskar Lafontaine zusammen, auf den sich der Fokus der öffentlichen Meinung richtete und dem man nachsagte, er sei ein Gegner der deutschen Wiedervereinigung.¹⁶⁶ Der Vorwurf resultierte nicht nur, aber vor allem aus seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Wirtschafts- und Währungsunion, zu der die neu gewählte DDR-Regierung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU) ab Ende April 1990 in Regierungsverhandlungen mit der Bundesrepublik eintrat. Lafontaine hielt eine solche Union für überstürzt und lehnte den Wechselkurs von 1 zu 1 bei Löhnen, Gehältern, Renten und Bargeld bis 4000 Ostmark pro Kopf ab. Vergeblich versuchte der

¹⁶⁴ Vgl. GROH/BRANDT, *Vaterlandslose Gesellen*, a.a.O., S. 329f.

¹⁶⁵ Zit. n. ebd., S. 330.

¹⁶⁶ Vgl. LAFONTAINE, O., *Das Herz schlägt links*, München 1999, S. 20ff.

saarländische Ministerpräsident mit seiner Intervention, Veränderungen in dem Staatsvertrag zu erreichen, der am 1. Juli 1990 in Kraft trat. Seine Position verschlechterte sich zusätzlich, weil die SPD-Bundestagsfraktion nicht auf den von ihm gemachten Vorschlag einging, die Wirtschafts- und Währungsunion im Parlament abzulehnen. Der Eindruck einer uneinigen Partei machte in der breiten Öffentlichkeit die Runde und schmälerte die Aussichten der SPD und ihres Spitzenkandidaten, die nicht geschlossen in die Wahlauseinandersetzung für den Plebiszit im Dezember 1990 gingen. Dass Lafontaine im April Opfer eines Attentats wurde und dieses nur knapp überlebte, sorgte bei ihm für eine persönliche Krisenstimmung, die den Saarländer nur aus dem Grund vom Verzicht auf die Kanzlerkandidatur abhielt, weil Brandt, Vogel und andere Spitzenleute der Partei nicht zu einer Übernahme bereit waren. Die zweite Ursache für das schlechte Image, das Lafontaine und eine Mehrheit der SPD im Wiedervereinigungsprozess angeheftet bekamen, war das postnationale Grundverständnis. Schon auf dem Berliner Parteitag im Dezember 1989 hatte er deutlich gemacht, dass die Idee des Nationalstaats nicht mehr Grundlage für eine zukunftsweisende Politik im ausgehenden 20. Jahrhundert sein könne. Vielmehr sei eine Politik gefordert, die an die Tradition des sozialdemokratischen Internationalismus anknüpfe und die die sozialen und ökologischen Fragen der nationalen Frage überordne.¹⁶⁷ Mit dieser Einstellung bestätigte er zwar die Position der Einheits skeptiker seiner Partei und fand sich im Einklang mit dem politischen Zielhorizont der SPD in den achtziger Jahren, traf damit jedoch weder in der Bundesrepublik noch in der DDR den Nerv der Zeit, als das Angebot einer Wiedervereinigung in greifbare Nähe rückte.

Stattdessen gelang es der Bundesregierung und ganz herausragend Helmut Kohl als Regierungschef, die Wünsche der DDR-Bürger nach Freiheit und Wohlstand aufzunehmen und politisch in Erfolge umzumünzen, wie bei den Volkskammerwahlen im Frühjahr aufgezeigt. Mit den zügigen Verhandlungen über eine Währungsunion und ihre Einführung zum 1. Juli 1990 war der Weg endgültig geebnet und die Wiedervereinigung der zwei deutschen Staaten nicht mehr zu stoppen. Die ebenso schnelle Aufnahme von Konsultationen zum Abschluss eines weiteren Staatsvertrages, dem Einigungsvertrag, in dem eine Reihe von Sachthemen wie Eigentums- und offene Vermögensfragen geregelt wurden, und ein nur zwei Monate andauernder Verhandlungsmarathon ebneten eine zügige Umsetzung des angestrebten Ziels. Als

¹⁶⁷ Zit. n. ebd., S. 20f.

beide Regierungen am 31. August den Einigungsvertrag signierten, hatte die Volkskammer den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik längst beschlossen (23. August). Der Kanzler deutete die Zeichen der Zeit richtig und schaffte es trotz seines Lavierens in der Frage bei der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, um Vertrauen bei den wichtigen westlichen Partnern, dem engen Verbündeten in den Vereinigten Staaten im Besonderen, und bei der Sowjetunion zu werben.¹⁶⁸ Neben dem spezifischen Aufgabenkatalog, den es im binationalen Verhältnis zwischen den Regierungen in Bonn und Ostberlin zu bewältigen galt, um die deutsche Einheit zu realisieren, kam es entscheidend auf den internationalen Bezugsrahmen des künftigen Gesamtdeutschlands an, der von den Großen Vier mitbestimmt wurde.

Den beteiligten Regierungen der am 5. Mai in Bonn eingeleiteten Zwei-plus-Vier-Verhandlungen war bewusst, dass die Wiederherstellung eines souveränen Deutschlands, die völkerrechtliche Anerkennung der polnischen Westgrenze, die Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands im atlantischen Bündnis sowie der Abzug der sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland die signifikanten Probleme bildeten, für die es Lösungsstrategien zu entwickeln galt. Die westlichen Partner vertraten hier die gleichen Ansichten, wie sie auch in den Niederlanden und in den Reihen der PvdA vorherrschten: Der Prozess der europäischen Integration durfte durch die Geschwindigkeit der Vereinigung nicht gefährdet werden und Gesamtdeutschland musste Mitglied der NATO bleiben. Stellte sich für Frankreich der erste Punkt als der wichtigere heraus, betrachteten die Vereinigten Staaten und Großbritannien die zweite Forderung als am wesentlichsten. Auf keinen Fall sollten Sicherheit und Stabilität Europas in Gefahr geraten, weshalb die schnelle völkerrechtliche Anerkennung der polnischen Westgrenze gefordert wurde. Dieser einheitlichen und für Deutschland akzeptablen Haltung der westlichen Verbündeten stand die zunächst problematische Auffassung der Sowjetunion gegenüber, die für das vereinigte Deutschland entweder einen neutralen Status vorsah oder eine gleichzeitige Mitgliedschaft in NATO und Warschauer Pakt. Zudem forderte der sowjetische Partei- und Regierungschef Gorbatschow die Schaffung einer europäischen Friedensordnung, in der beide Bündnisse auf lange Sicht aufgehen sollten. Voraussetzung wäre der Aufbau gemeinsamer Institutionen im Rahmen der KSZE gewesen, die der Friedenssicherung und der Konfliktbewältigung zu dienen hatten.¹⁶⁹ Erst nach langen und zuweilen zähen

¹⁶⁸ Vgl. HAFTENDORN, *Deutsche Außenpolitik*, a.a.O., S. 366ff.

¹⁶⁹ Ebd., S. 370ff.

Verhandlungen gab Gorbatschow dem deutschen Regierungschef bei dessen Besuch im Kaukasus im Juli 1990 die sowjetische Zusage zu einer Wiedervereinigung Deutschlands und zu einem Verbleib im Nordatlantikpakt.¹⁷⁰ Dieses Einverständnis war freilich an Bedingungen geknüpft. Das künftig geeinte Deutschland verpflichtete sich auf eine Reduzierung der Streitkräfte auf 370 000 Mann in einem Zeitraum von drei bis vier Jahren, verzichtete ferner auf Herstellung, Besitz und Verfügung von ABC-Waffen und akzeptierte die fortdauernde Gültigkeit des atomaren Nichtweiterverbreitungsvertrages. Die Sowjetunion sicherte den vollständigen Abzug ihrer Truppen aus der DDR innerhalb von zwei bis drei Jahren zu und erhielt im Gegenzug die Zusage, dass die NATO-Strukturen für die Übergangszeit nicht auf Ostdeutschland ausgedehnt wurden. Dass Moskau für sein Eingeständnis zur deutschen Vereinigung große Summen an finanzieller Unterstützung erhielt, war aber nicht der entscheidende Grund für diese Kehrtwende. Als viel essentieller stellte sich das neue Denken in der Sowjetunion und eine von Gorbatschow vorangetriebene Realpolitik heraus, die unter dem Zutun einer dankerfüllten Bundesregierung zur Reintegration Europas führte. Die in den achtziger Jahren auch von PvdA und SPD angestrebte europäische Friedensordnung, in deren Rahmen – so die verbreitete Annahme – eine Wiedervereinigung stattfinden könnte, war von den Ereignissen überholt worden und politisch aus der Mode gekommen. Im Gegenzug entstanden trotz der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier- und des Einigungsvertrages weitere Fragen – aus westlicher Sicht kamen neue Unsicherheiten hinzu: Wie würde es politisch in Osteuropa weitergehen? In welcher Form ließ sich die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in Zukunft ausgestalten?

Das Gesamtergebnis der deutschen Wiedervereinigung als solches traf dagegen in den Niederlanden und im Lager der dortigen Sozialdemokratie auf Zustimmung. Die Forderungen nach einem Verbleib Gesamtdeutschlands im atlantischen Bündnis und die fortdauernde Einrahmung in den europäischen Integrationsprozess waren politische Wirklichkeit geworden. Der Zusammenschluss zwischen den beiden deutschen Staaten folgte den Vorstellungen, die in den Niederlanden der fünfziger Jahre unter der „status quo plus“-Forderung erstmals Bekanntheit erlangten und im Laufe des Jahres 1990 wieder an Aktualität gewannen. Die Feststellung zu treffen, dass der niederländischen Regierung oder der PvdA der Abschied von der deutschen Teilung schwer gefallen sei,

¹⁷⁰ Vgl. hierzu ZELIKOW, P./R. CONDOLEEZZA, *Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas*, Berlin 1997.

wäre daher eine Verkennung der Tatsachen. Stattdessen ist aufgefallen, dass der Abschied von der alten Ordnung und von den Vorstellungen einer europäischen Friedensordnung sehr überraschend gefällt werden musste. „Wenn mich etwas an der deutschen Einheit stört“, sagte Maarten van Traa 1990 sehr ehrlich und beschrieb damit sehr passend die Stimmung seiner Partei, „dann ist es das Tempo, mit dem sie vollzogen wird – nicht die Sache an sich und auch nicht die Vergangenheit.“¹⁷¹

Sieht man einmal von den Unstimmigkeiten ab, die in den Niederlanden wegen der mangelhaften Informationspolitik des deutschen Bundeskanzlers und der fehlenden Einbeziehung in die internationale Entwicklung entstanden waren, wurde der Vereinigungsprozess sehr realistisch und besonnen begleitet. Dies unterstreicht auch ein Bericht der PvdA-nahen Alfred-Mozer-Stiftung, die im Dezember 1989 vom Parteivorstand den Auftrag für eine umfassende Einschätzung der internationalen Lage erhielt. In dem Papier mit dem Titel „Die deutsche Vereinigung und die Zukunft Europas“, das die Autoren, bekannte Sozialdemokraten wie Max van der Stoel, Marnix Krop, Jan Marinus Wiersma sowie der Amsterdamer Historiker Friso Wielenga, im Mai 1990 vorgestellt hatten, trat eine ausgesprochen objektive und sehr wirklichkeitsnahe Haltung zutage. Dort hieß es unter anderem geschrieben: „Das heutige Deutschland will keinen ‚Sonderweg‘ und sieht auch auf sicherheitspolitischem Gebiet seine Interessen in der Integration.“ An anderer Stelle wurde festgehalten, dass die Risiken für das künftige Europa nicht so sehr in Deutschland, sondern weiter ostwärts in Mittel- und Osteuropa liegen würden. „Ein misstrauischer Blick bei der Beurteilung der Entwicklungen in Deutschland unterschätzt die Bedeutung von vierzig Jahren westdeutscher Demokratie und die Sehnsucht der DDR-Bevölkerung nach Freiheit.“ Daher forderte der Bericht eine „prinzipielle Unterstützung für die Vereinigung der Bundesrepublik, der DDR und Berlin zu einem neuen deutschen Staat“ und „keine abwartende Haltung“ der Niederlande.¹⁷² Als voraussetzend betrachtete man die Beibehaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur mit der atlantisch-europäischen Kooperation, die es mit Blick auf die niederländischen Bedürfnisse aufrechtzuerhalten galt.

Im Juni fand anlässlich der Aktualität der Ereignisse und mit Blick auf den niederländischen Bericht in Utrecht eine Konferenz der Alfred-Mozer-Stiftung statt („Ein vereinigt Deutschland und die Zukunft Europas“), an der auch deutsche Sozialdemokraten aus Ost und West teilnahmen, um die Neuordnung der deutschen

¹⁷¹ TRAA, *Deutschland ja – aber nicht ohne uns!*, a.a.O., S. 173.

¹⁷² ALFRED-MOZER-STIFTUNG (Hrsg.), *De Duitse eenwording en de toekomst van Europa*, Amsterdam 1990, S. 12.

Frage mit den niederländischen Parteifreunden zu diskutieren. Zufriedenstellend stellte der Historiker und Berichterstatter des Stiftungsberichts, Friso Wielenga, in seinem dortigen Beitrag fest, dass ein wiedervereinigtes Deutschland, wie es sich die PvdA zu diesem Zeitpunkt vorstellte und wie es nach dem 3. Oktober aussehen sollte, im Sinne des Namensgebers der Stiftung, Alfred Mozer, gewesen sei. „Vertiefung und Beschleunigung des westeuropäischen Integrationsprozesses mit der Aussicht einer künftigen Erweiterung auf Mittel- und Osteuropa: Eine solche Perspektive entspricht ganz der Linie, die Alfred Mozer als idealistischer und visionärer Europäer der ersten Stunde vor Augen hatte.“¹⁷³ Kritik an der positiven Haltung gegenüber der Kontinuität der atlantischen Zusammenarbeit – Wielenga überschrieb seine Ausführungen mit „Dringlichkeit der atlantischen Sicherheit“ – kam dagegen von den westdeutschen Parteifreunden. Der sicherheitspolitische Referent der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Biermann, hinterließ auf der Konferenz in Utrecht den Eindruck, dass die NATO für seine Partei – auch in Zukunft – nur eine Übergangsfunktion darstellen würde und der Einflussbereich des Nordatlantikpaktes auf keinen Fall auf das Gebiet der DDR ausgebreitet werden könne.¹⁷⁴ Über die Position der PvdA habe sich der deutsche Sozialdemokrat daher „zynisch“ geäußert, wie das *NRC Handelsblad* in einem Artikel zusammenfassend analysierte und erinnerte sogleich an die Streitereien beider Parteien in den fünfziger Jahren. Biermann dagegen dachte vor allem an den politischen Zwist in den siebziger Jahren und äußerte sich im folgenden Wortlaut: „Früher ärgerten wir uns in der SPD über die Auswüchse der PvdA nach links.“ Nun seien die niederländischen Sozialisten nach rechts ausgeschlagen, wie er habe feststellen müssen.¹⁷⁵ Der niederländische Deutschlandexperte Maarten Brands kritisierte auf der Utrechter Tagung die Haltung der deutschen Sozialdemokratie und riet der PvdA, sich von der SPD zu distanzieren, sollte diese aus der „NATO-Kurve“ fliegen. Gleichzeitig bemängelte der Amsterdamer Historiker, dass der auf der Konferenz diskutierte Bericht der Alfred-Mozer-Stiftung zu wenig auf das Verhältnis zwischen PvdA und SPD eingegangen sei.¹⁷⁶

Die SPD registrierte, dass sie es im Blick auf das Verhalten der PvdA wieder mit einer Partei zu hatte, die sich eng an die atlantischen Bedürfnisse ihres Landes koppelte. Die

¹⁷³ WIELENGA, F., *De urgentie van Atlantische veiligheid*, in: *Socialisme en Democratie*, 6 (1990), S. 162-165, S. 165.

¹⁷⁴ Vgl. hierzu BIERMANN, W., *De weg naar Pan-Europese veiligheid*, in: *Socialisme en Democratie*, 6 (1990), S. 168-170.

¹⁷⁵ MEINES, R., *SPD cynisch over PvdA-houding NAVO*, in: *NRC Handelsblad* v. 2. Juni 1990.

¹⁷⁶ BRANDS, M.C., *De beheersbaarheid van het nieuwe Duitsland*, in: *Socialisme en Democratie*, 6 (1990), S. 165-168, S. 167.

niederländische Sozialdemokratie verknüpfte sich mit den Grundsätzen des nationalen Sicherheitsverständnisses und erinnerte in dieser Form der Positionierung an ihre Politik in den fünfziger Jahren und in der ersten Hälfte der sechziger Jahre. Alfred Mozer hätte der Politik seiner Partei zweifelsohne zugestimmt, weil sie jenen Vorstellungen entsprach, die auch er in den ersten Nachkriegsjahrzehnten verfocht – als aktiver Befürworter einer deutschen Wiedervereinigung, die wohlgerne nach westlichen Vorstellungen abzulaufen hatte. Die Schwesterpartei in der Bundesrepublik war dagegen nicht so einhelliger Meinung wie ihre niederländischen Parteifreunde und teilte sich in patriotische Anhänger einer deutschen Wiedervereinigung wie Brandt, Rau und Vogel sowie in einen postnationalen Flügel auf, der wie Lafontaine oder der Referent Biermann noch immer einer paneuropäischen Friedensordnung einschließlich Auflösung von NATO und Warschauer Pakt nachträumte. Im Vergleich zwischen PvdA und SPD scheint die Feststellung nicht übertrieben, dass die deutsche Sozialdemokratie auf das abrupte Ende der zweiten Ostpolitik schockierter reagiert hat als die überraschte Partei in den Niederlanden. Für den Einigungsprozess bleibt signifikant, dass die SPD als Vorreiterin einer Ostpolitik in den sechziger und siebziger Jahren und als Verfechterin einer politischen Annäherung an die DDR so enorm an Einfluss und Image verloren hat.¹⁷⁷ Zu sehr hatte sich die Partei in die Zweistaatlichkeit geflüchtet und zu lange an ihr festgehalten, um sich im Laufe des Jahres 1990, als die Entwicklung in der DDR auf die Straße der Wiedervereinigung abbog, problemlos von ihr zu lösen.

Die PvdA war keineswegs glücklich mit der uneinheitlichen Gemengelage der deutschen Schwesterpartei und klammerte sich einmal mehr an das große Vorbild Willy Brandt. „Stärker als seine Partei“, schrieb Maarten van Traa in den neunziger Jahren, „begriff er 1989, was für ein historischer Moment der Mauerfall war. [...] Als ich 1990 sagte, mir Sorgen über die Tendenzen in der SPD zu machen, sich im vereinigten Deutschland von der NATO zu verabschieden, entgegnete er: ‚Mache dir keine Sorgen, aber Lafontaine hat zu wenig Ahnung von Außenpolitik.‘“¹⁷⁸ In den Niederlanden war man enttäuscht, dass sich die SPD nicht mehr so deutlich und längst nicht mehr so einheitlich zum atlantischen Bündnis bekannte wie in den sechziger Jahren, was ihr seinerzeit viel Anerkennung aus den Reihen der PvdA eingebracht hatte. Auch wenn die niederländische Sozialdemokratie nach Abschluss der Ostverträge zu einer Anhängerin

¹⁷⁷ Vgl. FICHTER, T., *Die SPD und die Nation. Vier sozialdemokratische Generationen zwischen nationaler Selbstbestimmung und Zweistaatlichkeit*, Berlin/Frankfurt am Main 1993, S. 199.

¹⁷⁸ TRAA, M. VAN, *Brandt verzoende hele generatie met Duitsland*, in: *NRC Handelsblad* v. 12. Oktober 1992.

der Zweistaatentheorie geworden war, weil das geteilte Deutschland und das geteilte Europa Sicherheit und Stabilität ausstrahlten und sie auch im Herbst 1989 zunächst unbeholfen auf die Ereignisse in der DDR reagierte, verstand sie es besser als die SPD, die Reintegration Europas als Chance zu betrachten. Der PvdA kam zugute, dass sie trotz aller Schwierigkeiten der Umstellung Vertrauen in die deutsche Demokratie besaß und dem Nachbarn bescheinigte, auch nach der Wiedervereinigung seinen europäischen und atlantischen Verpflichtungen nachzukommen. Dass die deutsche Einheit nach dem Muster der von der niederländischen Sozialdemokratie verfochtenen „status quo plus“-Lösung ablief, machte sie zu einer gelassenen Beobachterin der Ereignisse des Nachbarn. Die PvdA vertrat mit ihrem Standpunkt die Sicherheitsinteressen des Landes und beteiligte sich mit ihrer Haltung am außenpolitischen Grundkonsens der niederländischen Parteien. Voller Genugtuung schrieb Maarten van Traa wenige Tage nach der deutschen Wiedervereinigung im Oktober 1990 an Willy Brandt: „Angst vor Deutschland haben Sie mir weggenommen. [...] Meine deutschen[n] Lehrjahre sind jetzt vorbei. Sie haben sie ja mitgestaltet.“¹⁷⁹ Brandts Partei tat sich bei der Herausbildung einer einheitlichen Sichtweise dagegen schwerer, weil ein Teil der Partei nur in einer europäischen Friedensordnung ohne die beiden Militärblöcke die Zukunft Deutschlands sah. Auch wenn sich eine Mehrheit der Partei eindeutig für die Wiedervereinigung aussprach und sie unterstützte, zeigte ihr innerer Diskurs, dass sie noch einen längeren Zeitraum der Akklimatisierung und des Bewusstwerdens über das Ende der deutschen Frage benötigte. Beiden Parteien war es jedoch in den Folgejahren gleich, dass sie mit Blick auf das Zusammenwachsen des Kontinents ihr bisheriges Engagement in Osteuropa weiter intensivierten und im Sinne der europäischen Integrationsleistung ihre bewährte politische Arbeit fortsetzten.

7.4 *Schlussbetrachtung*

Als der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt im Oktober 1982 mit einem konstruktiven Misstrauensvotum seines Amtes enthoben wurde und für den christdemokratischen Nachfolger Helmut Kohl Platz machte, fühlte sich die Sozialdemokratie erleichtert. Das politische Aufatmen über die Entledigung der Geschäfte und der Zwänge einer Regierungspartei war nicht nur in der SPD deutlich

¹⁷⁹ IISG, *Archiv Maarten van Traa*, Nr. 223, Brief von Maarten van Traa an Willy Brandt v. 11. Oktober 1990.

hörbar, sondern auch von niederländischer Seite bestätigt worden. Im Gegensatz zu den sechziger Jahren, als man in den Reihen der PvdA auf eine Regierungsübernahme der SPD gehofft hatte, war es nun genau umgekehrt. Der Bonner Wechsel galt als Akt der politischen Befreiung, die die deutsche Schwesterorganisation von ihrer Schwerfälligkeit entbinden sollte. Bereits zwei Jahre später stellte Joop den Uyl der SPD auf einem Parteitag in Essen ein gutes Zeugnis aus und lobte die Partei Willy Brandts für ihre Wirklichkeitsnähe, mit der diese sich wieder stärker den gesellschaftlichen Bewegungen und insbesondere den Friedensaktivisten zuwandte. Aus der Konfliktgemeinschaft, die PvdA und SPD vor allem wegen innerdeutscher Angelegenheiten und einer polarisierenden Linken in den siebziger Jahren durchlebt hatten, war wieder die bekannte und angemessen funktionierende Interessengemeinschaft zum Vorschein gekommen, die beide Parteien enger zusammenwirken ließ.

Die Wende der SPD in der Außenpolitik optimierte die gegenseitigen Geschäftsbeziehungen, weil diese nicht mehr von schwierigen Kontroversen in sicherheitspolitischen Fragen belastet waren und vereinfachte zudem die Kooperation auf dem internationalen Parkett, wo beide Parteien wieder stärker als gemeinsame Verbündete (beispielsweise gegen die Nachrüstung) auftraten. Die Einhelligkeit in diesen Fragen half den zwei Parteien auch bei der Durchsetzung ihrer Standpunkte in der nationalen Debatte, da derartige Parteiverbindungen als Rückversicherung für die im Inland betriebene Politik herangezogen werden können. Von der Form der gegenseitigen politischen Instrumentalisierung im Fall des NATO-Doppelbeschlusses profitierten beide Seiten, weil es der SPD darum ging, von der PvdA Unterstützung für ihre ablehnende Position zu erhalten, und die niederländische Schwesterpartei ihrerseits daran interessiert war, mit den deutschen Parteifreunden weitere bedeutende Multiplikatoren gegen das Nachrüstungsprojekt zu sammeln.

Das Ende der Kanzlerschaft Schmidts bedeutete für die PvdA zudem der Abschied eines von ihr als bürgerlich und technokratisch empfundenen Führungsstils, der in den eigenen Reihen kaum mit einer breiten Unterstützung rechnen konnte. Mit Schmidt verband man das „Modell Deutschland“ und die Initiative zur Nachrüstung, mit Brandt dagegen dessen Versöhnungspolitik und seine Sympathien für die Friedensbewegung, die auch von der PvdA maßgeblich unterstützt wurde. Umso stärker begrüßte die niederländische Sozialdemokratie nach 1982, dass in der SPD-Politik nun wieder stärker die Handschrift ihres Vorsitzenden auftauchte. Neben der Tatsache, dass die

SPD als Oppositionspartei und unter dem Zuteil Brandts wieder als linke politische Kraft sichtbar wurde, stellte die Kehrtwende in der Außenpolitik die Weichen für ein besseres politisches Miteinander der gegenseitigen Beziehungen. Nach dem Kanzlerwechsel und in Reaktion auf das Scheitern der amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen in Genf kam in der SPD die Gegnerschaft zur Nachrüstung offen zum Ausbruch. Die Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses war in den letzten Jahren der Ära Schmidt nur unter dem Deckmantel der Regierungsfähigkeit verborgen geblieben. Stattdessen entfaltete sich nun eine Diskussion, die mit der Forderung nach einer europäischen Friedensordnung und dem Streben nach einer Auflösung der militärischen Blöcke ihre Stempel aufgesetzt bekam.

Die SPD hatte keine Schwierigkeiten, ihre Distanz zur PvdA und den niederländischen Friedensaktivisten mit dem federführenden Interkirchlichen Friedensrat zu überwinden, weil man für deren Sichtweise bereits früher stille Unterstützung aufgebracht hatte. Der Nachrüstungsgegner Egon Bahr war der niederländischen Sozialdemokratie seit längerem dankbar für die betont starre Haltung, mit der sich die Partei zum geplanten Modernisierungsbeschluss positionierte. Die Verbindungslinie zweier Argumente – für die schnelle Wiederaufnahme der Verhandlungen und gegen die voreilige Stationierung – zeigte im Verhältnis der beiden Parteien wieder eine gleichförmigere Linie auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik auf. Auch im personellen Bereich machte sich diese Neubestimmung in der SPD bemerkbar und ließ Parallelen mit der Schwesterpartei in den Niederlanden erkennen. Der neue Abstand zwischen Willy Brandt und Helmut Schmidt auf der einen und Joop den Uyl und Max van der Stoel auf der anderen Seite stand stellvertretend für diese Entwicklung. Mit Schmidt und Van der Stoel waren fast gleichzeitig nicht nur zwei Freunde, sondern zwei Persönlichkeiten von der politischen Bühne abgetreten, die als Befürworter der atlantischen Zusammenarbeit in ihren Parteien über einen längeren Zeitraum eine entscheidende Funktion übernommen hatten.

Brandt und Den Uyl verfügten über ein angemessenes Verhältnis zueinander, auch wenn es qualitativ nicht ganz so stark war wie die Freundschaft der beiden Atlantiker Schmidt und Van der Stoel. Der Präsident des Bundes der sozialistischen Parteien Europas, der Den Uyl zwischen 1980 und 1986 gewesen war, und Willy Brandt, der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, arbeiteten politisch gut zusammen. Zuweilen störte sich der SPD-Chef an der Sturköpfigkeit des Niederländers, der manches Problem größer machte, wenn man ihn zu Rate zog. Nicht verwunderlich, dass

sich Brandt mit Den Uyls Nachfolger Wim Kok, einem pragmatisch orientierten Gewerkschaftsfunktionär, besser verstand. Das Kalkül des neuen niederländischen Parteiführers, der 1986 Fraktionsvorsitzender wurde und das politische Handwerk des Konsenses und der Kompromissfindung für sich und seine Partei wieder aus der Schublade zog, kam Brandt und der SPD entgegen. Der endgültige Abschied von der Polarisierungsstrategie und der Anspruch einer realistischen Politik, die die PvdA zurück in die Regierungsverantwortung führen sollten, entspannte das Verhältnis zwischen deutschen und niederländischen Parteifreunden zusätzlich. Auch in der Außenpolitik setzte Kok auf einen neuen, aber bewährten Trend, indem er die PvdA wieder stärker auf ein Bekenntnis zur atlantischen Zusammenarbeit festlegte und diese die NATO-Mitgliedschaft des Landes nach 1986 nicht mehr in Frage stellte. Der Aufstand, von dem die Partei ab Mitte der sechziger Jahre in Form einer zur Radikalität neigenden Neuen Linken erfasst wurde, gehörte schon seit einigen Jahren der Vergangenheit an. Die Gruppe junger Mittdreißiger war politisch erwachsen geworden. Die PvdA nahm unter Kok eine politische Gestalt an, die mit Blick auf die Strategie einer kompromissorientierten Organisation und hinsichtlich des außenpolitischen Einvernehmens als treue Verbündete in den transatlantischen Beziehungen an die alte Partei der fünfziger und sechziger Jahre erinnerte. Im Gegensatz zu ihrer niederländischen Partnerorganisation, die mit Kok Kontinuität bewies, 1989 an die Regierung zurückkehrte und 1994 gar den Ministerpräsidenten stellte, blieb die SPD nach ihrer langen Regierungsverantwortung rückständig. Sie verschleißte zwischen 1983 und 1998 mit Hans-Jochen Vogel, Johannes Rau, Oskar Lafontaine und Rudolf Scharping gleich vier Kanzlerkandidaten, ehe der frühere Chef der Jungsozialisten, Gerhard Schröder, in Bonn den Regierungswechsel schaffte und Schmidts Nachfolger Helmut Kohl aus dem Amt drängte. Es war nicht zu übersehen, dass der PvdA der Generationenwechsel besser gelungen war als der deutschen Schwesterpartei, auch wenn Kok über keine lange Parteikarriere verfügte wie seine bekannten Vorgänger Willem Drees, Koos Vorrink und Joop den Uyl. Er fiel schließlich auch mehr als Führungs- denn als Parteipolitiker auf.

In der Bewertung der internationalen Lage verliefen die Entwicklungslinien beider Parteien in den achtziger Jahren dagegen weitgehend einmütig. Die von Egon Bahr propagierte Strategie der „Gemeinsamen Sicherheit“ erschien auch aus Sicht der PvdA ein geeignetes Konzept für die angestrebte Entspannung auf militärischem Gebiet zu sein, die auf die Ostpolitik der siebziger Jahre folgen sollte. Die von der PvdA

entwickelte „Politik der geteilten Sicherheit“ galt als niederländisches Äquivalent zu Bahrs Vorstellungen. Beiden Parteien ging es um einen Gegenentwurf zu der als überholt bezeichneten NATO-Strategie der militärischen Abschreckung. Dies war das Ergebnis der internationalen Palme-Kommission, der neben Egon Bahr auch – auf Empfehlung Willy Brandts – Joop den Uyl angehörte. Die Strategie wurde als voraussetzend angesehen, um den mit europäischer Friedensordnung überschriebenen Zielhorizont zu erreichen und einem kollektiven, gesamteuropäischen Sicherheitssystem ohne NATO und Warschauer Pakt auf Dauer Platz zu machen.

In Anlehnung an diese Debatte erkannte man die Notwendigkeit, dass die in den siebziger Jahren errungenen Ergebnisse der Détente nicht verloren gehen durften und falls möglich ausgebaut werden mussten. Die SPD flocht daher ein enges Netzwerk zu den in Osteuropa herrschenden Parteien und setzte einen Aktionismus in Gang, der unter der Überschrift der zweiten Ostpolitik eine besondere Note erhielt. Die Partei bediente sich ihrer Kan le aus den siebziger Jahren und konzipierte die zweite Ostpolitik ähnlich wie die erste: Die Kontaktaufnahme wurde fast ausschließlich zu Regierungen und ihren Staatsparteien gesucht. Die Grundidee der SPD, dass Veränderungen der osteuropäischen Regime nur von oben, über die kommunistischen Machthaber, möglich seien, wies die PvdA in dieser ausschließlichen Form in die Schranken. Auch die niederländische Sozialdemokratie engagierte sich unter der besonderen Initiative ihres Sicherheitsexperten Maarten van Traa in Osteuropa, verstand ihre Arbeit im Gegensatz zu den deutschen Parteifreunden aber eher als Anwaltschaft für Menschenrechtsfragen. Daher belegte man die deutsche Schwesterpartei für ihren Etatismus und die Vorstellung, nur über die mächtigen Machthaber Reformen durchzusetzen, mit Kritik. Beide Parteien besaßen ein anderes Verständnis von ihrer jeweiligen Rollenfunktion: Analog zur Ostpolitik der siebziger Jahre, bei der die SPD das Hauptaugenmerk auf die Kontaktaufnahme zu den Staatsparteien legte, verstand sie sich in ihrem politischen Habitus mehr als scheinbare Regierungspartei, während die PvdA stärker die Verbindung zu oppositionellen Gruppierungen suchte und somit ihre als Oppositionspartei größere politische Spannbreite einsetzte. Die PvdA besaß keine Scheu, sich in Widerstand zu den osteuropäischen Machthabern und ihre Parteien zu begeben und deutliche Kritik an den herrschenden Strukturen zu üben. Im Gegensatz zur SPD, die behutsamer mit den osteuropäischen Regimes umging, weil sie für eine weitere Stabilisierung der Sicherheitsarchitektur plädierte, verfügte die niederländische Partei über eine größere politische Unabhängigkeit. Dass die deutsche Sozialdemokratie

in den achtziger Jahren das Primat des Friedens über das der Freiheit stellte, blieb auf niederländischer Seite unverständlich. Die PvdA bemühte sich zusammen mit dem Interkirchlichen Friedensrat, die SPD auf diese Ungleichheit aufmerksam zu machen. Der gemeinsame niederländische Einsatz führte auf deutscher Seite zwar zu Resonanz, aber nicht zu politischen Erfolgen. Es spricht für sich, wenn der spätere Gründer der Sozialdemokratie in der DDR, Markus Meckel, den niederländischen Sozialdemokraten im Gegensatz zu den deutschen eine größere Offenheit und eine größere Wahrnehmungsfähigkeit gegenüber den Entwicklungen in seinem Land für den Zeitraum der achtziger Jahre bescheinigt.

Aus den Debatten über eine deutsche Wiedervereinigung – hierin lag wiederum eine gleiche Einschätzung beider Parteien in einer wichtigen internationalen Frage – war bis 1989 jedoch längst ein Fachsimpeln über Theorie anstatt über eine mögliche Praxis geworden. Betrachtete man das Thema in den fünfziger und nach dem Mauerbau in den sechziger Jahren auch in den Niederlanden als eine wichtige Frage der europäischen Außenpolitik, so verkümmerte es wegen seiner scheinbaren Normalität immer mehr zu einer Randerscheinung in den parteipolitischen Diskussionen von PvdA und SPD. Jenes frühere Engagement für das Einheitsziel bestach nicht mehr durch Aktualität oder Notwendigkeit, weil es sich mit der deutschen Teilung in Europa friedlich leben ließ, wie man in den Niederlanden und in den Reihen der PvdA aus nachvollziehbaren Gründen dachte. Der mögliche Krisenherd, der hinter dem geteilten Deutschland bis in die sechziger Jahre hinein zum Vorschein hätte kommen können, war entschwunden und einem beständigen Stabilitätsfaktor gewichen, weil Bundesrepublik und DDR fest in NATO und Warschauer Pakt integriert waren. Die deutsche Frage war in den achtziger Jahren zu weit weg, um als aktuelles Thema gelten zu dürfen. Es verschwand hinter der von beiden Parteien anvisierten europäischen Friedensordnung, in der nicht nur die beiden Militärblöcke, sondern auch die beiden deutschen Staaten aufgehen sollten.

Auch nach der Maueröffnung im Herbst 1989 hieß es zunächst, die deutsche Wiedervereinigung stehe nicht auf der Tagesordnung – eine in der Unübersichtlichkeit der Ereignisse betonte Annahme, die von beiden Parteien sehr rasch revidiert werden musste. Die PvdA gestand sich nach einer Phase der Verwunderung und der Verunsicherung zu, dass auch ein wiedervereinigtes Deutschland demokratisch und europäisch bleiben würde. Der Abschied von der Teilung des Nachbarn fiel der PvdA trotz anfänglichem Unbehagen genauso wenig schwer wie der niederländischen

Regierung – er kam aufgrund der Geschwindigkeit der Entscheidungen nur zu schnell. Als Bedingung wurde ausgemacht, dass eine um die DDR erweiterte Bundesrepublik Mitglied des Nordatlantikpaktes und zugleich Bestandteil des integrierten Westeuropas bleiben musste. Deutschland hatte auch künftig dem Westen anzugehören und seine vertraglichen Bindungen zum Wohl der europäischen Sicherheit und Stabilität zu erfüllen. Diese Vorstellungen glichen der alten niederländischen „*staus quo plus*“-Forderung der fünfziger Jahre, die schon seinerzeit von der PvdA als Wiedervereinigung nach westlichem Muster vollauf unterstützt worden war. Dass die deutsche Einheit 1990 in diesem Sinn politische Wirklichkeit wurde, machte die Partei bei aller Kritik am Tempo des Entscheidungsprozesses der Großen Vier und der mangelhaften Einbeziehung der niederländischen Regierung zu einer beruhigten Beobachterin der Ereignisse. Während sich die PvdA auf die Wahrung der niederländischen Sicherheitsinteressen versteifte und mit Blick auf das Endergebnis zufriedengestellt wurde, verhielt sich die SPD gespaltener. Sie teilte sich in einen patriotischen Anhängerkreis, der wie Brandt, Rau und Vogel die Wiedervereinigung forcierte und in eine vom damaligen Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine angesteuerte Gruppe von Postnationalisten, die weiterhin eine europäische Friedensordnung vor Augen hatte und der der Abschied schwerer fiel als der PvdA. Nicht verwunderlich, dass es zwischen diesem Teil der SPD und der PvdA zu leichten Dissonanzen über das Primat der NATO kam, welches für die niederländischen Parteifreunde als voraussetzend galt – denjenigen in der SPD, die einer Auflösung der beiden Blöcke entgegensahen, aber widerstrebte. Zu schweren Auseinandersetzungen wie in den fünfziger Jahren führte diese Kontroverse freilich nicht, zumal die SPD keine einheitliche Meinung vertrat. Auf beide Parteien wartete in den folgenden Jahren stattdessen eine Fortsetzung ihres Engagements in Osteuropa und der gemeinsame Einsatz für eine erweiterte und vertiefte europäische Integration.

8. SCHLUSSBETRACHTUNG

Die Schwesterparteien SPD und PvdA erinnerten in den einzelnen Abschnitten zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Wiedervereinigung 1990 keineswegs an ein Bild zweier politischer Doppelgängerinnen – und dennoch ließ sich ihre gemeinsame ideologische Herkunft genauso wenig leugnen wie die Tatsache, dass sie als Repräsentanten benachbarter Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden sehr ähnliche Vorstellungen verfolgt haben. Über die einzelnen Jahrzehnte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist eine Beziehung herangewachsen, die in ihrer Intensität und Qualität mal ausgeprägter und mal informeller organisiert war, aber stets als eng zu kennzeichnen lohnt. Streit und Gezänk bestimmten die Kontakte in den verschiedenen Abschnitten genauso wie eine gemeinsam initiierte und auf freundschaftlicher Basis abgestimmte Kooperation der Politik im europäischen Kontext. Je nach Klima des gegenseitigen Verhältnisses und der Affinität ihrer handelnden Akteure zueinander veränderte sich der Beziehungsrhythmus und wechselte von einer festen Interessen- zu einer offenen Konfliktgemeinschaft oder glich einer engen Kooperationsachse.

Auf dem mannigfaltigen Tableau der deutsch-niederländischen Nachbarschaft besaß diese Parteienverbindung einen festen Platz: Als sozialdemokratische Vertreterorganisationen nutzten SPD und PvdA ihre gemeinsame ideologische Schnittmenge zur Einschaltung in das nach 1945 nicht immer unproblematische Verhältnis der beiden Länder. Als sich politisch nahestehenden Parteien fiel ihnen die Aufgabe zu, in Fragen deutsch-niederländischer Empfindlichkeiten zu vermitteln und einen Beitrag zur Verständigung zu liefern. Im Gegenzug erreichte sie die Woge des Unmuts sehr schnell, wenn es in den schwierigen Beziehungen der beiden Nachbarn hakte. SPD und PvdA gehörten wegen ihrer institutionalisierten und routinierten Arbeitsweise zu den ersten Anlaufstationen, die sich mit der Behebung bilateraler Probleme konfrontiert sahen. Dies galt umso mehr, wenn eine der beiden Parteien regierte oder sogar beide Organisationen gleichzeitig an der nationalen Regierung beteiligt waren und man gegenseitig ein besonderes Verantwortungsbewusstsein für das Verhältnis zwischen Deutschen und den Niederländern erkannte. Die geografische Nähe, das untrennbare Erlebnis des Zweiten Weltkriegs und die Folgen der deutschen und europäischen Teilung bereiteten den zwei Schwesterparteien das Fundament für eine wechselvolle und zuweilen sehr intensive Gemeinschaftsarbeit auf bilateralem wie europäischem Niveau.

Die Beziehungen beider Parteien nach 1945 besitzen eine längere Vorgeschichte, die am Ende des 19. Jahrhunderts begann, als sich die niederländische Sozialdemokratie im Zuge ihrer Gründungsphase sehr eng an der großen und etablierten Schwestergemeinde in Deutschland orientierte. Die vorgenommene Übersetzung des Erfurter Programms der SPD in die niederländische Sprache und die folgende Annahme als ideologisches Manifest durch die soeben formierte Sozialdemokratische Arbeiterpartei SDAP zeugten von der engen Anlehnung an das deutsche Modell. Die SPD diente der aufstrebenden Arbeiterklasse in den Niederlanden als geeignetes Exempel, das sie für die Ausformung sozialdemokratischer Politik vereinnahmte. Sehr schnell erkannte die SDAP jedoch, dass sie als politische Kraft auf eigenen Beinen stehen musste und es unerlässlich war, sich den nationalspezifischen Eigenarten der politischen Kultur in den Niederlanden anzupassen. Es war eine bilaterale Parteienverbindung entstanden, die von ungleichen Partnern handelte: Auf der einen Seite die SPD im größeren Deutschland, die über einen anderen Aktionsradius mit sehr zentralisierten Strukturen und ein ausgeprägtes Vereinswesen verfügte. Auf der anderen Seite die SDAP in den Niederlanden, einem lange agrarisch und handelskapitalistisch geprägten Land, in dem sich die Industrialisierung und die Herausbildung einer Arbeiterklasse verzögerte – an der niederländischen Sozialdemokratie haftete zunächst nicht grundlos der Nimbus einer ‚verspäteten‘ Partei.

Trotz der Verschiedenheit in den Entwicklungslinien und der gegebenen Umstände riss das enge Band zwischen deutscher und niederländischer Sozialdemokratie nicht ab. Beide Parteien waren sich gleich in ihrem gemeinsamen Streben, in Staat und Gesellschaft als politische Vertreterorganisationen anerkannt und bestätigt zu werden. Der Spannungszustand zwischen Theorie und Praxis, der sich bis in das 20. Jahrhundert hinein wie ein roter Faden in der politischen Auseinandersetzung erhielt, hemmte die Parteien bei der Rekrutierung neuer Wählerschichten, da ihr reformistischer Anspruch zunächst unter einem revolutionären Gewand verborgen blieb. In den versäulten Niederlanden fiel es der dortigen Sozialdemokratie besonders schwer, auch protestantische und katholische Arbeiter als Neuwähler zu gewinnen, weil diese ihre Stimmabgabe gemäß der religiösen Weltanschauung vollzogen und nicht infolge ihres sozialen Standes. Schritt für Schritt gelang es SPD und SDAP, sich in ihren Ländern politisches Terrain zu verschaffen – die ‚verspätete‘ Organisation aus den Niederlanden holte auf. Während die SPD 1912 zur stärksten Reichstagsfraktion emporstieg, baute die SDAP ein Jahr später die Anzahl ihre Parlamentssitze um mehr als das Doppelte aus

und erhielt ein Angebot zur Regierungsbeteiligung. Auch wenn sie diese Gelegenheit ausschlug und bis 1939 warten musste, ehe erstmals zwei sozialdemokratische Politiker einem niederländischen Kabinett angehörten, war der SDAP genau wie der SPD ein wichtiger politischer Durchbruch gelungen. Für die deutsche Sozialdemokratie setzte sich dieser 1919 fort, als sie in der Weimarer Republik unter schwierigen Umständen Regierungsorganisation wurde und den Reichskanzler sowie den frei gewählten Reichspräsidenten stellte. Die niederländischen Parteifreunde zollten der SPD Respekt für ihr Verantwortungsbewusstsein und lobten die deutsche Partei für ihre Modernität angesichts der Ausstrahlung als neuer Regierungspartei. Eine derartige Entwicklung in Deutschland wirkte indirekt auf die SDAP ein – die Regierungsübernahme der SPD gab Ansporn zur Nachahmung. Wenn diese Einwirkung politisch auch kaum messbar ist, so war sie mittelbar vorhanden, weil die Interaktion beider Parteien infolge ihrer gleichen ideologischen Herkunft und ihrer festen Beziehungen den Blick über die Grenze zu einer Selbstverständlichkeit werden ließ. Die gemeinsame Identität formte aus SDAP und SPD daher nicht nur eingespielte Kooperationspartner, sondern motivierte sie zur gegenseitigen Beschäftigung mit den Maßstäben des anderen. Wenn es in den ersten Jahrzehnten zwischen Gründung der SDAP und der Regierungsbeteiligung der SPD in der Weimarer Republik auch vermehrt die deutsche Partei gewesen war, die der niederländischen als geeigneter Beleg diente, so kam es in den ersten beiden Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg genau umgekehrt – die PvdA vertrat als eine von wenigen, in Westeuropa regierenden sozialdemokratischen Organisationen eine Stellung, die die SPD fest im Blick hatte und der sie ungesagt nachempfand. In beiden Fällen war die jeweilige Partei keine Ablegerin der anderen – vielmehr ging es um den Versuch, erfolgreiche oder bewährte Strukturen für die eigene politische Lage zu entlehnen.

Bereits in den dreißiger Jahren zeigte sich, dass Traditionen in ihrer Funktion des Überliefers langjähriger Strukturen aufbrechen können. Die SPD büßte zwangsläufig an grundlegender Bedeutung im Kreis der europäischen Sozialdemokraten ein, weil sie nach ihrem Verbot durch die Nationalsozialisten im Juni 1933 gar nicht oder im Exil nur noch sehr bedingt handlungsfähig war. In der niederländischen Partei bedauerte man diesen Vorgang außerordentlich, setzte sich jedoch erstmals in der Geschichte der gegenseitigen Beziehungen kritischer mit der deutschen Schwesterorganisation auseinander, nachdem sich die SDAP in den Jahrzehnten zuvor stets achtend oder – in schwierigen Situationen wie beim Kriegsbeginn 1914 – zumindest loyal verhalten hatte. Ausgangspunkt war die Machtübernahme Hitlers im Januar 1933, an der man in der

Amsterdamer Parteizentrale nicht ohne Klarheit bekräftelte, dass die SPD dem Aufstieg des Nationalsozialismus energischer hätte entgetreten und einen Bürgerkrieg riskieren müssen. Auch wenn hier nur von einer Momentaufnahme der Beanstandung und der Kritik die Rede sein kann, wirkte sich dies nicht förderlich auf die Qualität der bestehenden Zusammenarbeit aus. Neben der Verstimmung über die Ohnmacht der Sozialdemokratie in Deutschland ging die SDAP auch programmatisch neue Wege und zog mit veränderten inhaltlichen Perspektiven an der unterdrückten SPD vorbei. Der innovative Arbeitsbeschaffungsplan, *Het plan van arbeid*, aus dem Jahre 1934 ebnete den Weg für ein neues Grundsatzprogramm, das drei Jahre später überflüssigen ideologischen Ballast entrümpelte und den Reformismus der SDAP als wichtigste programmatische Wegweisung endgültig festschrieb. Zum ersten Mal wirkte die SPD im Kontrast mit der SDAP rückständig, wenngleich diese Entwicklung aus den Gründen des Verbots resultierte, da ihr die Gelegenheit der Erneuerung in der Zeit des Nationalsozialismus genommen wurde. Feststand jedoch, dass sich das Verhältnis zwischen den beiden Schwesterorganisationen unter den Vorzeichen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und mit Blick auf die kontinuierliche programmatische Fortentwicklung der niederländischen Partei zu wandeln begann.

Die deutsche Sozialdemokratie verlor an politischem Ansehen und war längst nicht mehr der vorzeigbare Sonderfall, auf den sich andere Mitglieder der sozialdemokratischen Parteienfamilie fixierten. Nach dem Zweiten Weltkrieg holte sich die niederländische Sozialdemokratie die Orientierungshilfe nicht bei der am Boden liegenden SPD, sondern bei der als Regierungspartei mit einer erfolgreichen Aura ausgestatteten britischen Labour Party. Diese fungierte als Namensgeber für die in den Niederlanden neu begründete Partei der Arbeit PvdA, die mit ihrem Durchbruchgedanken Interesse an einer größeren Stammwählerschaft anmeldete und sich als eine die Versäulung überspannende Volkspartei zu etablieren gedachte. Die SPD war dagegen kurzfristig nicht in der Lage, in neuen Kategorien der inhaltlichen und taktischen Ausgestaltung zu denken, und blieb als Traditionskompanie vergangener Jahre in den Denkstrukturen der Weimarer Republik hängen. Stattdessen war im Vergleich zwischen deutscher und niederländischer Sozialdemokratie ein Rollentausch erkennbar geworden, der nun die SPD als ‚verspätete‘ Organisation aussehen ließ. Die deutsche Partei kehrte erst 1966 als Juniorpartnerin in Großer Koalition mit den erfolgreichen Regierungsparteien CDU und CSU an die Macht zurück – die PvdA regierte ab 1946 in einem Bündnis der „breiten Basis“ mit der Katholischen Partei und

stellte ab 1948 für zehn Jahre mit Willem Drees den Ministerpräsidenten: Der natürlichen und unattraktiven Oppositionspartei in der Bundesrepublik stand die natürliche und erfolgreiche Regierungspartei auf niederländischer Seite gegenüber. Auch wenn es die SPD-Führung nicht öffentlich artikuliert hat – der aufstrebende Weg der PvdA an die Spitze des Staates und ihr Bemühen um die Rekrutierung neuer Wählerschichten erntete in Bonn Lob und Anerkennung. Die niederländische Partei lieferte mit ihren vorzeigbaren Wahlergebnissen den Beweis, dass Sozialdemokraten nach dem Krieg Stimmengewinne erzielen konnten, und in einer schwierigen Phase wie der des Wiederaufbaus mit ihrer Politik gefragt waren. Dass die Partei Kurt Schumachers und seines Nachfolgers Erich Ollenhauer Interesse an der Fortschrittlichkeit der niederländischen Schwesterpartei bekundete, wurde andeutungsweise sichtbar. Ein kleines Beispiel hierfür war die Reise einer deutschen Delegation, die Mitte der fünfziger Jahre das Nachbarland besuchte, um sich an der gewinnbringenden Wahlkampfarbeit der dortigen Parteifreunde ein Beispiel zu nehmen. Die Rückständigkeit der SPD betraf im Vergleich mit der niederländischen Organisation aber vor allem die programmatische Ebene. Die PvdA gewann die Wahlen nicht wegen einer gezielten Propaganda, sondern aufgrund ihrer progressiven Programmatik und dem guten Personalangebot mit der beliebten Vaterfigur Drees. Vergebens forderte die niederländische Partei von der SPD nach dem Krieg ein neues Grundsatzpapier und einen neuen Parteinamen – gleichsam ihre Rundumerneuerung. Man war es aus guter Tradition gewohnt, mit der Sozialdemokratie in Deutschland strategisch und inhaltlich im Gleichschritt zu gehen und bedauerte die Kreuzung in der gegenseitigen Entwicklung außerordentlich. Die Niederländer erwarteten, dass die SPD deutlichere Schlussfolgerungen aus dem Scheitern in der Weimarer Republik ziehen und sich als schlagkräftige Organisation neu aufstellen würde. Drei Wahlniederlagen (1949, 1953, 1957) weiter und in der Erkenntnis eines erfolglosen Oppositionsdaseins reicher legte die SPD im Godesberger Programm von 1959 die Hebel um. Das neue Manifest bügelte die Bestände an ideologischen Störfaktoren aus und schuf die Voraussetzung für den Verwirklichungsprozess hin zu einer von breiteren Schichten getragenen und auf Dauer regierungsfähigen Volkspartei. Das niederländische Konzept einer gegenüber dem bürgerlichen und insbesondere katholischen Lager geöffneten Partei, die zudem als eine von wenigen sozialdemokratischen Ausnahmen in Westeuropa regierte, ist in der Bonner Baracke durch die gezielte Beobachtung (beispielsweise in Person von Willi Eichler) wahrgenommen worden und wirkte sich

auf das politische Unterbewusstsein der SPD aus. Die Errungenschaft der Schwesterpartei drängte die deutsche Partei – wenn auch indirekt und vor dem Hintergrund der eigenen Erfolglosigkeit – zur Veränderung ihres Erscheinungsbildes. Die PvdA war eine mittelbare Impulsgeberin, weil sie der SPD durch die zahlreichen Kontakte der zwei Parteien stets als Positivbeispiel erfolgreicher Regierungspolitik vor Augen stand. Der Wille, es den Niederländern und ihrer politischen Erfolgsstory gleichzutun, setzte sich nach den schwachen Wahlergebnissen der SPD in den fünfziger Jahren fast automatisch durch. Die erfolgreiche Aura färbte ab: Die eine Partei (in dieser Phase die PvdA) wirkte auf die andere vor allem immer dann interessant und vorbildlich, wenn sie an der Regierung beteiligt wurde, zumal Einfluss, Gestaltungsmöglichkeiten und auch die Ausstrahlung entsprechend größer ausfielen als in Oppositionszeiten. Genau spiegelverkehrt ließ sich die Situation aus Sicht der niederländischen Sozialdemokratie in den zwanziger Jahren und in der Anfangsphase der sozialliberalen Ära in den siebziger Jahren betrachten, als die SPD politisch voranging. Die PvdA profitierte jedoch anders als die SPD von der Dynamik des politischen Systems in den Niederlanden, das mit seinen vermehrt wiederkehrenden Wechseln der Mehrparteienkoalitionen einen schnelleren Übergang von der Oppositions- auf die Regierungsbank zuließ als in der Bundesrepublik. Zwischen 1945 und 1990 regierte die PvdA häufiger und länger als die SPD.

Erst am Ende der fünfziger Jahre mit dem Godesberger Programm und dem zweiten Meilenstein in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Sozialdemokratie, der Anerkennung der Westintegration durch Herbert Wehner im Juni 1960, war der Zeitpunkt gekommen, von dem ab die gegenseitigen Kontakte zwischen PvdA und SPD zu einem strategisch geordneten und intensiv geführten Verhältnis aufblühten. Dies erinnerte in seiner Qualität an die Tradition guter Verbindungen früherer Jahrzehnte. Da die SPD aus Sicht der deutschen Wähler an politischer Attraktivität gewann, wurde sie auch für die niederländische Organisation ansprechender. Ein erneuter Gezeitenwechsel im Zwischenleben der zwei Schwesterparteien war – nach dem in den dreißiger Jahren – vollzogen.

Im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg hatte sich jedoch gezeigt, dass das Erbe verwurzelter Parteibeziehungen die Herrschaft der Nationalsozialisten überdauerte. Die gemeinsame Schnittmenge der sozialdemokratischen Grundströmung bereitete PvdA und SPD einen – nach kurzen atmosphärischen Störungen – fast reibungslosen Neuanfang ihres Verhältnisses. Es wurde deutlich, dass das Bündnis auf einer langen

Tradition gewachsener Strukturen beruhte und über bekannte Mechanismen der gegenseitigen Kooperation verfügte, die sich nun wiederbelebten. Nach einer erstaunlich kurzen Zeit fand sich die pragmatische Partei in den Niederlanden bereit, auf die SPD zuzugehen und mit ihr den Blick nicht zurück in die Vergangenheit, sondern nach vorn in die Zukunft zu werfen. Als dienlich erwiesen sich auf diesem Weg sicherheitspolitische Erkenntnisse, die wie ein Katalysator die parteiinterne Entscheidungsbildung beeinflussten – mit der Zielsetzung, dass der Westen Deutschlands entgegen einer Isolation in die westlichen Allianzen einbezogen werden musste. Alle herausragenden Repräsentanten der PvdA wie Willem Drees, Koos Vorrink und der Fraktionsvorsitzende Marinus van der Goes van Naters fanden einander bereit, den Deutschen konzilient entgegenzutreten und ihrer eigenen Partei den Versöhnungswillen zu vermitteln. Schon 1947 war die Zusammenarbeit beider Parteien mehr als nur eine reine Vernunfttatsache, weil sich die PvdA mit Vehemenz für den deutschen Wiederaufbau einsetzte und die SPD bei ihrem Streben nach demokratischen Strukturen unterstützte. Dies geschah nicht ohne Eigennutz, da sich in den Niederlanden neben dem sicherheitspolitischem Erkenntnisgewinn die Einsicht durchgesetzt hatte, dass die eigene Gesundheit nicht ohne den wirtschaftlichen Austausch mit einem wiedererrichteten Deutschland gelingen würde. Als eine der ersten sozialdemokratischen Parteien auf europäischer Ebene bekannte sich die niederländische Organisation zur Wiederaufnahme der SPD in den Dachverband der Internationale und scheute nicht, dies den anderen Partnern mit einem Vertrauensbeweis für den deutschen Parteivorstand kundzutun. Ihren Einsatz für die Rehabilitierung der SPD verstand die PvdA als Ausdruck internationaler Solidarität mit einer Partei, zu der sie seit Beginn ihres eigenen Bestehens ein gereiftes Verhältnis aufgebaut hatte und zu der auch in der Exilzeit die Kontakte nicht abgerissen waren.

Von entscheidender Bedeutung für diesen bilateralen Annäherungsprozess war die Freundschaft zwischen Koos Vorrink, dem neuen und alten Vorsitzenden der niederländischen Sozialdemokratie, und dem zweiten SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer. Beide kannten sich bereits seit den zwanziger Jahren aus der internationalen Jugendbewegung und gaben der neu begonnenen Gemeinschaftsarbeit einen persönlichen Anstrich. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg machten sich – ebenfalls in der Jugendbewegung – mit Helmut Schmidt und Max van der Stoel erneut ein junger Deutscher und ein junger Niederländer auf, um den Anspruch der internationalen Solidarität mit Leben zu füllen. Beide sozialdemokratischen

Jungpolitiker sollten von dieser Bereitschaft, auf den früheren Feind zuzugehen und den Beginn einer Freundschaft zu ebnen, in späteren Jahren profitieren, als sie in hohen Funktionen – der eine als Bundeskanzler und der andere als Außenminister – wieder aufeinander trafen. Dagegen glich die Verbindung zwischen Koos Vorrink und dem deutschen Parteichef Kurt Schumacher einem Nichtverhältnis: Gleichwohl beide als langjährige KZ-Häftlinge einen ähnlichen Leidensweg hinter sich gebracht hatten, fand man persönlich nicht zueinander. Vorrink störte sich an einem selbstbewussten und mit rhetorischer Schärfe auftretenden Schumacher, der an das deutsche Selbstbestimmungsrecht und den Anspruch seiner Partei hohe Erwartungen knüpfte. Noch erwartete man aus Deutschland leisere, gemäßigte Töne und kritisierte in den direkten Geschäftsbeziehungen mit der SPD, aber zuweilen auch öffentlich, dass der deutsche Vorsitzende entgegen diplomatischen Geschicks die Türen lieber einrannte, als sie sachte zu öffnen.

Als Ausnahmeerscheinung stellte sich – auch für das Parteienverhältnis – das politische Wirken Alfred Mozers heraus. Die persönliche Spagatexistenz des 1933 in die Niederlande geflüchteten Deutschen und seine Funktion als internationaler Parteisekretär der PvdA machten ihn zu einem wichtigen Baustein der deutsch-niederländischen Beziehungen, was die Kontakte zwischen PvdA und SPD besonders nachhaltig erfuhren. Mit seiner Sachkenntnis zum politisch-kulturellen Klima der beiden Nachbarn und seinen zahlreichen persönlichen Verbindungen wirkte er in die Meinungsbildung beider Parteien hinein und stieß nicht immer auf geteilte Zustimmung. Durch die Redakteurstätigkeit für das Parteiorgan *Paraat* versuchte er, den niederländischen Sozialdemokraten bis hinunter zum einfachen Mitglied ein objektives Deutschlandbild zu vermitteln. Auf deutscher Seite war er im Gegenzug befließigt, für niederländische Empfindlichkeiten und Sorgen bezüglich des Werdegangs des künftigen Deutschlands eine Resonanz zu finden. Sein Einsatz für ein integriertes Europa ließ ihn über die Grenzen beider Länder bekannt werden und führte ihn den fünfziger Jahren nicht zuletzt wegen seines fest gezurrten Standpunkts zu großen Streitigkeiten mit der SPD.

Auch dank der Unterstützung von Alfred Mozer bewies die PvdA in den ersten Nachkriegsjahren Weitblick, weil sie zur Einbeziehung Deutschlands aufrief. Ihr Engagement für die Rückkehr der SPD in die internationale Zusammenarbeit verstand sie als ein Stück deutscher Integration in Europa. Eine Normalisierung der Parteibeziehungen vollzog sich trotz hier und da noch unterschwellig vorhandenem

Misstrauen unter den niederländischen Parteifreunden sehr rasch und deutete an, dass das Verhältnis schon vor der Gründung der Bundesrepublik nicht mehr durch die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg belastet war, sondern unter dem Eindruck des gemeinsamen Wiederaufbaus und dem sich abzeichnenden Kalten Krieg stand. Aus dem niederländischen Engagement für die SPD war eine revitalisierte Partnerschaft geworden, eine Gemeinschaft mit gleichen oder ähnlichen Interessenlagen, die aus der Situation der beiden Länder resultierte.

In den fünfziger Jahren zeigte sich jedoch, dass es mit der Einhelligkeit nicht so weit her war, wie es zunächst den Anschein machte. In der niederländischen Regierungspartei PvdA war endgültiges Bewusstsein geworden, dass eine militärische Sicherheit aus dem eigenen niederländischen wie auch europäischen Bedürfnis heraus nur mit der Bundesrepublik vor der Sowjetunion gegeben sein würde. Der westdeutsche Nachbar musste – so die niederländischen Gedankengänge – in die westliche Zusammenarbeit eingeschweißt werden. Die PvdA bekannte sich mit großer Unterstützung zum atlantischen Bündnis, das 1949 auch von ihrer Regierung mit gegründet wurde und einen Schlussstrich unter die langjährige niederländische Neutralitätspolitik setzte. Der Einsatz für ein integriertes, möglichst supranationales Europa und das treue Wirken an der Seite der Amerikaner bildeten fortan die zwei Seiten einer Medaille niederländischer Außenpolitik, die die Sozialdemokratie zustimmend rezipierte. Fürwahr galt die PvdA bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein als eine Partei, die sich in internationalen Fragen sehr eng an den Bedürfnissen ihres Landes orientierte, ehe eine zur Radikalität neigende Parteijugend unter der Etikette der Neuen Linken dieses gewohnte Bild ins Wanken brachte.

Umso erzürnter zeigte sich die niederländische Sozialdemokratie nach 1949, dass die SPD nicht mit dem gleichen Einsatz und der alternativlosen Überzeugung die Politik der europäischen Integration vorantrieb. Das realistische Maximalziel, eine Einbettung der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft, wies Kurt Schumacher zurück, weil er alle Felle seiner forcierten Wiedervereinigungshoffnungen davon schwimmen sah. Für ihn galt, die Einheit der Nation als Nah- und nicht als Fernziel in den Mittelpunkt zu rücken. Mit dem ausschließlichen Charakter seiner Forderungen und der offensichtlichen Kompromisslosigkeit machte er seine Partei zu einer außenpolitischen Außenseiterin, die gegenüber der tatsächlichen internationalen Entwicklung fast hermetisch abgeriegelt war. Für die PvdA blieb unverständlich, dass sich die SPD nicht zu einem westlich-europäisch geprägten ‚Wir-Gefühl‘ bekannte und den Deutschen

stattdessen einen nationalen Patriotismus vorlebte; im Gegenzug blieben in den Niederlanden die Ängste Schumachers vor dem Aufflackern eines falschen Nationalismus und seine Sorge vor dem Vorwurf des vaterlandslosen Gesellen verborgen. Die PvdA musste nüchtern konstatieren, dass die von ihr unterstützte Bündnispolitik nicht von der Schwesterpartei, sondern vom geschätzten Bundeskanzler Konrad Adenauer und seiner Bundesregierung bejaht und mit Erfolg umgesetzt wurde. Unermüdlich und mit dem Hang zu einer gewissen Penetranz versuchte die PvdA, ihre deutschen Parteifreunde zu einer Umkehr in der Außenpolitik zu bewegen. Das Bestreben resultierte aus der tiefen Gewissheit über eine für unentbehrlich gehaltene europäisch-atlantische Zusammenarbeit, die die PvdA hinsichtlich des niederländischen Sicherheitsbedürfnisses verinnerlichte. Der Nachdruck ihres Engagements entsprang für die Partei Koos Vorrinks zum einen der nationalen Sichtweise, dass nur ein integriertes Europa unter Beteiligung der Bundesrepublik und mit amerikanischer Sicherheitsgarantie auf Dauer Frieden und Stabilität gewährleisten können, zum anderen aus der blanken Entrüstung über die außenpolitische Positionierung der SPD. War die PvdA eigentlich bereit gewesen, die Vergangenheit ruhen zu lassen, fühlte sie sich von den nationalen Tönen der Schwesterpartei herausgefordert und begann, ihre Überzeugungsarbeit vor allem in Person ihres internationalen Parteisekretärs Alfred Mozer fortzuführen.

Auch wenn die Einwürfe der PvdA aufgrund der niederländischen Sicherheitslage sehr nachvollziehbar waren, gelang es der Partei nicht, erfolgversprechenden Einfluss auf die SPD auszuüben. In Bonn brachte man kein Verständnis für die Schwesterpartei eines kleineren westeuropäischen Landes auf, das vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit und mit Blick auf den präsenten Ost-West-Konflikt ein kollektives, auf Integration und Kooperation zusteuendes Handeln erwartete. Die wiederholten Versuche, mit denen die PvdA hartnäckig probierte, die deutschen Parteifreunde für sich zu gewinnen, wirkten sich stattdessen kontraproduktiv aus. Umso stärker die niederländische Partei ihr Engagement vorantrieb, desto gleichmütiger zog sich die SPD in einen inneren Schmollwinkel zurück. Die Kontroverse zwischen beiden Organisationen und den für die internationalen Beziehungen zuständigen Akteuren Alfred Mozer und Fritz Heine wurde in einer Art der Polemik und der Streitlust geführt, dass sie den Gegenüber auch unter der Gürtellinie treffen konnte. Mit der Absage der SPD, an Parteitag der PvdA teilzunehmen, und dem Verbot für Mozer, auf Veranstaltungen der deutschen Sozialdemokratie als Redner aufzutreten, waren der

Tiefpunkt in einem bis 1949 nahezu wiederhergestellten Parteienverhältnis erreicht. Der Zwist beider Organisationen blieb in diesem Ausmaß einmalig und entsprach in der – offensichtlich aus den Fugen geratenen – Form keineswegs den Beziehungen, die PvdA und SPD zu anderen sozialdemokratischen Schwesterparteien unterhielten. Diese Sonderrolle war das Ergebnis einer Streitkultur, die nur deshalb zur vollen Entfaltung kam, weil Sicherheits- und Europapolitik in den Kontakten zwischen deutschen und niederländischen Sozialdemokraten wegen der exponierten Lage ihrer Länder eine herausragende und erheblich stärkere Rolle einnahmen als in den Beziehungen zu anderen Partnerorganisationen. Die auf beiden Seiten festgefühten Standpunkte ließen zwei außenpolitische Welten aufeinanderprallen und eine jahrelange Debatte heraufbeschwören, die die PvdA aus politischem Dafürhalten zu führen als notwendig erachtete und die der SPD eindeutig zu weit in ihren Einflussbereich hineinragte. Nur mit Mühe gelang es den beiden Freunden Koos Vorrink und Erich Ollenhauer, den Gesprächsfaden zwischen den Parteifreunden der zwei Nachbarn aufrechtzuerhalten und die Gegensätze zu kompensieren. Erst am Ende der fünfziger Jahre, als beide Parteien sich und ihre Standpunkte akzeptierten, und die SPD einen Kurswechsel einschlug, begannen sich die schweren Spannungen allmählich aufzulösen. Mit der Bejahung der Westintegration durch die SPD im Juni 1960 stellte sich aus Sicht der niederländischen Sozialdemokratie jene Normalität in den Parteibeziehungen ein, nach der man seit Jahren Ausschau gehalten hatte. Dank der programmatischen Neuaufstellung der deutschen Sozialdemokratie war der Grundstein für einen geeigneten Ausgangspunkt gelegt, von dem ab das von der PvdA angepeilte Ziel einer strategischen Partnerschaft mit der SPD nicht länger eine Vision blieb. In der niederländischen Partei benötigte man diese außenpolitische Klarheit der deutschen Schwester, um zu ihr eine ehrliche und aussichtsreiche Verbindung zu entwickeln, die bezogen auf internationale Gesichtspunkte eine Perspektive haben sollte.

Die Führungsspitze der PvdA sah es regelrecht als befreiend an, dass das Verhältnis mit der deutschen Partei nach den schweren Auseinandersetzungen der fünfziger Jahre wieder in einer einförmigen Spur verlief. Zu Beginn der sechziger Jahre setzte sich die Erkenntnis durch, dass die Chancen der SPD, in naher Zukunft einer Bundesregierung anzugehören, gestiegen waren. In den Niederlanden – und dies galt nicht nur für die PvdA – verlor man die Bedenken vor einer möglichen Regierungspartei SPD, weil diese durch den realistischen Politikstil ihre Manövriermasse vergrößerte und in der Außenpolitik nun Ziele verfolgte, die den niederländischen Sicherheitsinteressen

entsprachen. Mit der Stoßkraft ihrer beiden, von niederländischer Seite geschätzten Sicherheitspolitiker Fritz Erler und Helmut Schmidt näherte sich die SPD einem sehr eng am atlantischen Bündnis orientierten Kurs an und vollendete einen internationalen Anpassungsprozess, dem die PvdA ihren Respekt zollte. Das Signal klang eindeutig: Die SPD war politisch endgültig im Westen arriviert und die Bundestagsrede Herbert Wehners weit mehr als nur ein Lippenbekenntnis geblieben. Neben Erler und Schmidt waren es Willy Brandt und Egon Bahr, die mit ihrer ‚kleinen Ostpolitik‘ in Westberlin jenes Ansehen zurückbrachten, das die SPD durch ihre rigide Deutschlandpolitik in den fünfziger Jahren auf außenpolitischem Gebiet verloren hatte. Mit der nach dem Mauerbau eingeleiteten „Politik der kleinen Schritte“ konnte man sich in den Niederlanden anfreunden, weil sie zu einem realistischen Umgang mit der deutschen Frage führten, ohne die Wiedervereinigung zur Disposition zu stellen. Für diese war die PvdA schon im ersten Nachkriegsjahrzehnt aktiv eingetreten, da sie die deutsche Teilung stets als europäisches und folglich auch als niederländisches Sicherheitsproblem auffasste. Die PvdA und mit ihr die Regierung in Den Haag wollten im Gegensatz zur SPD Kurt Schumachers nur die richtige Reihenfolge eingehalten wissen: Erst eine in die westliche Gemeinschaft integrierte Bundesrepublik konnte mit der DDR vereinigt werden – eine Grundvorstellung, der Adenauers „Politik der Stärke“ voll und ganz entsprach.

Dennoch stand die PvdA der SPD zu Beginn der sechziger Jahre außenpolitisch erstmals näher als den Unionsparteien. Ein wesentlicher Grund neben der Gemeinsamkeitspolitik der SPD war der sorgenvolle Blick auf die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses, den die beiden Parteien miteinander teilten. Die enge Kooperation zwischen Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem französischen Staatspräsident Charles de Gaulle entfachten Spekulationen über ein europäisches Direktorium, das deutsche und niederländische Sozialdemokraten ebenso ablehnten wie die Verweigerungshaltung des Franzosen gegenüber einem Beitritt Großbritanniens in die europäische Zusammenarbeit. In den Reihen der PvdA wartete nun man geradezu auf eine Machtübernahme der SPD, von der man sich nicht nur Veränderungen in der Außen- und Europapolitik, sondern auch innere Reformen in der Bundesrepublik erhoffte. Die niederländische Schwesterpartei verknüpfte mit der Regierungsverantwortung der SPD zudem ein strategisches Ziel, weil sie der Überzeugung anhing, in einer solchen Konstellation stärker in die deutsche Politik involviert zu sein. Damit ist zugleich ein wesentliches Charakteristikum jenes

Parteienverhältnisses beschrieben: Durch die enge Kooperation war man in die Belange der jeweiligen Partei und des jeweiligen Landes eingeweiht und besaß eine unmittelbare Ansprechpartnerin. Diese Direktverbindung galt es insbesondere zu nutzen, wenn man für internationale Vorhaben warb und bezüglich der Absicherung im anderen Land eine strategische Partnerin suchte. Dies zeigte sich in den fünfziger Jahren, als die PvdA das Projekt der europäisch-atlantischen Zusammenarbeit unterstützte und sich in der SPD (wenn auch vergebens) eine Multiplikatorin erhoffte, die das Europa der Sechs und insbesondere die mit dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik verbundene Wiederbewaffnung propagieren sollte. Alfred Mozer bot als leitender Redakteur der niederländischen Parteizeitung *Paraat* einem innerparteilichen Gegner Kurt Schumachers wie dem Bremer Wilhelm Kaisen das Forum, sich den außenpolitischen Standpunkten des Vorsitzenden öffentlich in Form eines Zeitungsartikels gegenüberzustellen. Von dieser Art der Instrumentalisierung profitierten beide Seiten – Mozer, der im Disput mit dem SPD-Parteivorstand die befürwortete Meinung eines deutschen Sozialdemokraten als politischen Hebel einsetzte; Kaisen, dem in der Hauspostille einer sozialdemokratischen Schwesterpartei das Podium zur Verdeutlichung seiner gegenüber Schumacher kritischen Haltung gegeben wurde. Auf der anderen Seite nutzte auch die SPD ihre politische Nähe zur PvdA, als die sozialliberale Koalition die westlichen Bündnispartner zu Beginn der achtziger Jahre um Zustimmung für die Ost- und Entspannungspolitik bat. Der Parteiführer Joop den Uyl, ab 1973 Ministerpräsident, und Max van der Stoel, ab 1973 Außenminister, verwendeten sich für die Politik ihrer deutschen Parteifreunde und trugen ihren Anteil an der breiten Unterstützung im Parlament und in der niederländischen Öffentlichkeit. Ein weiteres Exempel für die gegenseitige Beeinflussung der beiden Parteien zeigt sich in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss am Ende der siebziger und in der ersten Hälfte der achtziger Jahre. Hier waren es vor allem die Nachrüstungsgegner in der SPD, die im innerparteilichen Streit auf die ablehnende Front in der PvdA aufmerksam machten und sich mit dieser Argumentationslinie zu profilieren suchten. Darauf gilt es später näher einzugehen.

Auch wenn es im Rückblick auf die einzelnen Jahrzehnte vor allem die PvdA war, die die Gelegenheit der politischen Einwirkung stärker für sich in Anspruch nahm, lag hierin ein wesentlicher Aspekt für den vielseitigen Austausch beider Parteien mit regelmäßigen Kontakten zwischen den internationalen Sekretären, Vorstandstreffen und gegenseitigen Besuchen von Parlamentariern begründet. Die persönlichen Begegnungen

und ein eng aufeinander abgestimmtes Arbeitsklima waren wichtiger als die internationale Ebene mit den Bürositzungen der Sozialistischen Internationale und den Konferenzen der sozialistischen Parteien Europas. Nichtsdestotrotz nutzten SPD und PvdA auch diesen Foren, um – je nach aktuellem Standpunkt – ihre Politik gemeinsam oder zusammen mit anderen Schwesterparteien zu vertreten und durchzusetzen. Wenn die beiden Organisationen eine einhellige Meinung einnahmen, wie beispielsweise in den sechziger Jahren bezüglich der Fortentwicklung des europäischen Integrationsprozesses, waren PvdA und SPD infolge einer optimal geregelten Abstimmung besonders erfolgreich darin, die anderen Partner von ihrer gemeinsamen Linie zu überzeugen.

Mit der Entscheidung der deutschen Schwesterpartei, den auch in den Niederlanden anerkannten Berliner Bürgermeister Brandt in die Wahlkämpfe gegen die politischen Schwergewichte Konrad Adenauer und dessen Nachfolger Ludwig Erhard zu schicken, fand sich die niederländische Partei in der ersten Hälfte der sechziger Jahre in vollem Einklang. Man spürte, dass die SPD im Anschluss an ihre programmatische Häutung nun auch personell in die Lage gekommen war, den angestrebten Bonner Machtwechsel einzuleiten. Nach den Übergangsjahren in der Großen Koalition schaffte sie 1969 die Wende – Willy Brandt wurde Bundeskanzler einer sozialliberalen Koalition. Zusammen mit Gustav Heinemann, dem ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten, stieß Brandt auf großes Vertrauen in den Niederlanden, weil beide für ihren Widerstand gegen den Nationalsozialismus bekannt und anerkannt waren. In einer Zeit, als die Selbstbeschäftigung mit der eigenen Vergangenheit in einem von den Deutschen überfallenen Land wieder stärker in den Vordergrund rückte, begrüßte die niederländische Öffentlichkeit den doppelten Wechsel an der Spitze der Bundesrepublik. Von der Integrität der zwei Sozialdemokraten profitierte nicht nur das deutsch-niederländische Verhältnis, sondern insbesondere auch das ihrer beiden Parteien. Erstmals nach langen Jahren hegte die PvdA gegenüber der deutschen Schwesterpartei wieder eine Art der tieferen politischen Anerkennung, weil die SPD mit ihrem Reformkabinett nicht nur innere Umgestaltungen anpackte und ein „Mehr“ an Demokratie ankündigte, sondern sich ganz selbstbewusst an die Aussöhnung mit den osteuropäischen Nachbarn heranwagte und deutsch-deutsche Realitäten anerkannte. Für das Mitte-Links-Bündnis von Joop den Uyl, dem zweiten sozialdemokratischen Premier in den Niederlanden, der zwischen 1973 und 1977 das Land regierte, besaßen Willy Brandt und seine erzeugte Aufbruchstimmung beträchtlichen Charme und waren

zugleich Motivation für die Durchsetzung der eigenen politischen Vorstellungen. Wenn in der Zeit auch um einige Jahre versetzt, zeichnete sich mit Blick auf die politischen Ansprüche und Vorhaben eine weitgehende Parallelität zwischen der Regierung Brandts und dem Reformkabinett seines niederländischen Parteikollegen Den Uyl ab. Beide Seiten einte neben ihren auf Umgestaltung zusteuernenden Politikansätzen die Tatsache, dass sie die politische Handlungsfähigkeit ihres Regierungsapparates überschätzten und vor dem Hintergrund der angekündigten Reformmaßnahmen Enttäuschungen produzierten.

Der positive Gesamteindruck des Verhältnisses zwischen PvdA und SPD in den sechziger Jahren wurde geschmälert durch den eingreifenden Wandlungsprozess der niederländischen Schwesterpartei, der auch für die deutschen Parteifreunde weitreichende Folgen haben sollte. In der PvdA war eine aufmüpfige Gruppe junger Mittdreißiger vor dem Hintergrund der in Auflösung befindlichen gesellschaftlichen Verkrustungen damit begonnen, der eigenen Mutterpartei programmatisch ein neues Gesicht zu verpassen. Die Neue Linke, die sich in der Interaktion zwischen inszenierter Authentizität und tatsächlichem Veränderungswillen als frische Alternative präsentierte, plädierte für eine neue Wahrnehmbarkeit der Politik und brach mit der alten ‚Regentenmentalität‘ versäulter niederländischer Strukturen, an denen auch die PvdA maßgeblich beteiligt war. Im Unterschied zu den deutschen Jungsozialisten, die viel stärker auf eine theoretische Auseinandersetzung abzielten und in der SPD eine lästige Gegenbewegung blieben, setzte sich die machtbewusste Gruppierung auf niederländischer Seite nach und nach in der Parteiführung fest. Mit einer auf Provokation setzenden Polarisierungsstrategie zog Nieuw Links eine deutliche Grenze zum politischen Hauptgegner, der katholischen Partei, und entfachte politische Brandherde, die man als Wegbereiter für die eigene Profilierungssucht und den Aufstieg als feste Parteigröße benutzte. Die jungenhaften Erneuerer rüttelten an jahrzehntelangen Traditionsbeständen der Partei und nervten das Establishment mit ihrem Forderungskatalog, der auch das als versiegelt geltende außenpolitische Terrain aufbrach. Die Infragestellung der niederländischen NATO-Mitgliedschaft war für eine atlantische orientierte Verbündete wie die PvdA ebenso ein Schlag ins Kontor wie das Plädoyer für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Der traditionelle Teil der niederländischen Sozialdemokratie fühlte sich in seiner durch und durch antikommunistischen Haltung tief getroffen und wies das Ansinnen mit Blick auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in aller Schärfe zurück. Dennoch verloren die

etablierten Außenpolitiker wie Max van der Stoel 1969 den Kampf gegen die Neue Linke, als ein Parteitag die Anerkennungsfrage positiv bewertete und eine inzwischen zu Temperament und Turbulenz neigende Basis bereit war, der DDR zu neuen Weihen zu verhelfen. Die Befürworter empfanden es nicht als störend, dass Parteien keine Staaten anerkennen können, sondern feierten ihre erfolgreiche Abstimmung als ‚Sieg‘ über das alte Machtzentrum der Partei.

Für die SPD schien die alte Schwesterorganisation ob dieser Vorgänge kaum wiederzuerkennen, auch wenn sie die Bedeutung des linken niederländischen Parteiflügels überschätzte. Die Beziehungen zur PvdA, so der Eindruck in Bonn, waren nach einem erfolgreichen Abschnitt wieder in schwierigeres Fahrwasser geraten. Man erkannte, dass die Neue Linke in der PvdA mit der bewährten Zusammenarbeit zweier Schwesterparteien und der gegenseitigen Solidarität nicht viel im Sinn hatte. Mit Entrüstung kommentierte die deutsche Parteispitze das Gebaren, zumal der niederländische Parteitagsbeschluss für die in den Anfängen ihrer Ostpolitik stehende SPD zur Unzeit kam. Er sorgte aber auch in der Bundesrepublik selbst für Schwierigkeiten, weil die Unionsparteien hämisch fragten, ob die deutsche Sozialdemokratie den Wegen ihrer niederländischen Schwesterorganisation folgen wolle. Trotz des beginnenden Qualitätsverlustes im Verhältnis mit der PvdA blieb man in Bonn einigermaßen gelassen, weil Nieuw Links die etablierten Parteipolitiker wie Joop den Uyl und Max van der Stoel mit ihrem innerparteilichen Aufwind nicht verdrängte. Aus dem Blick der SPD-Führung wirkte es sich folglich beruhigend aus, dass die Kooperation mit den befreundeten Funktionsträgern der PvdA in bewährter Manier funktionierte. Diese besaßen nicht nur die größere Kompetenz und Erfahrung, sondern vertraten als Parlamentarier in Den Haag die parteioffizielle Politik und federten die hochfliegenden Ansprüche des Nachwuchses ab. Insofern überrascht es, dass man sich in Bonn zu oft vom Bild der rebellierenden Aufsteiger leiten ließ, anstatt sich stärker der erprobten Gemeinschaftsarbeit mit den altgedienten Parteivorderen zu widmen. Dies waren zugleich jene Akteure, die die PvdA im internationalen Kontext nach außen repräsentierten, und mit denen die deutsche Partei in den bekannten Gremien wie der Sozialistischen Internationale eng und angemessen kooperierte. Die deutsche Wahrnehmung in bezug auf die Entwicklung in der PvdA entwickelte sich daher einseitig und gibt Aufschluss darüber, dass der Einblick in die Machtkonstellation des niederländischen Partners in dieser Phase nicht als optimal zu kennzeichnen ist.

Nichtsdestotrotz war die SPD gut beraten, den Blick auf die niederländische Schwesterorganisation zu nuancieren und die Neue Linke nicht als kleines innerparteiliches Grüppchen abzufertigen. In ihrem Verhältnis zur PvdA traf sie auf eine janusköpfige Partei – eine Bewegung mit zwei verschiedenen Gesichtern. Das erste stand für das der bekannt routinierten, traditionellen und regierenden Partei, die das politische Tagesgeschäft in der Zweiten Kammer erledigte; die Konturen des zweiten Gesichts bildete eine neu nachrückende, expressive und opponierende Partei, die sich bis weit in die siebziger Jahre hinein in die Führungsetage vorarbeitete und von der Parteizentrale in Amsterdam aus die Geschäfte der PvdA bewerkstelligte. Gehörte es für die Vertreter der älteren Parteigarde in den fünfziger Jahren wie Willem Drees oder Koos Vorrink sowie den ihnen nachfolgenden Kollegen namens Joop den Uyl oder Max van der Stoel zum politischen Kodex, keine antideutschen Ressentiments zu äußern, so brach der von Nieuw Links dominierte Vorstand mit dieser Haltung und setzte sich unverblümt mit der deutschen Innenpolitik auseinander. Schon die politische Begeisterung für die DDR – 1975 in der naiven These gipfelnd, der Mauerbau sei historisch richtig gewesen – zeigte, dass man zu der kritisch beäugten Bundesrepublik mit ihrer Größe und ihrer Wirtschaftsmacht ein geeignetes Gegenstück suchte. Der verdrehte Blick auf die als besseres Deutschland titulierte DDR rief eine Idyllendiskussion hervor, in der die Verletzung der Menschenrechte bewusst oder ganz unbewusst ausgeklammert wurde. Diese Auseinandersetzung ließ sich zugleich als politisches Mittel instrumentalisieren, mit dem man die Polarisierungsstrategie und den Generationenkonflikt auf die Bundesrepublik und die SPD übertrug. Die kritische und moralisch überhöhte Herangehensweise an das als zu mächtig empfundene Westdeutschland entschwand in den siebziger Jahren nur für kurze Zeit, als mit Willy Brandt ein Politikertyp die Bonner Bühne betrat, den auch Nieuw Links wegen des Reformwillens als Idol einer anderen Politik feierte.

Sein Nachfolger im Amt des Bundeskanzlers, Helmut Schmidt, räumte mit diesen Illusionen sehr schnell auf. Nicht verwunderlich, dass sich die Partebeziehungen während seiner Amtszeit deutlich verschlechterten. War der frühere Exilant Brandt in den Augen vieler niederländischer Parteifreunde nicht nur ein ‚guter‘ Deutscher, sondern wegen der Reformpolitik auch ein guter Sozialdemokrat, so sah man in Schmidt nur den kühlen und berechnenden Macher. Sein Politikentwurf vom „Modell Deutschland“ rief tiefes Misstrauen hervor, sein als technokratisch, bürgerlich und arrogant empfundener Politikstil wurde mit angeblich ‚typisch‘ deutschen

Eigenschaften ziemlich negativ belegt. Scharfen Protest erfuhren politische Maßnahmen wie der noch unter Brandt angestoßene Radikalenerlass und der Umgang mit dem RAF-Terrorismus, die zeitlich in die Kanzlerschaft Schmidts fielen und von ihm verantwortet werden mussten. Im Fall der Berufsverbote sah man sich in der PvdA mit der Gründung eines eigenen „Komitees“ genötigt, in die deutsche Debatte einzugreifen und bestätigte das in der SPD eigentlich vergessene Bild einer missionstätigen und sendungsbewussten niederländischen Partei. So nachvollziehbar die Sorgen über die Situation in der Bundesrepublik und die in Verbindung mit der Terrorbekämpfung aufgekommenen Bedenken vor der Errichtung eines Polizeistaates auch waren, so übertrieben wirkte sich die Einmischungssucht mancher niederländischer Sozialdemokraten aus. Dass Schmidt am Ende der siebziger Jahre einer der Initiatoren des NATO-Doppelschlusses wurde, verstärkte die Antipathien auf niederländischer Seite zusätzlich. Der wegen seiner als preußisch eingestuften Tugenden wie Pflichterfüllung und Verantwortungsbewusstsein unbeliebte Regierungschef sah den verjüngten Parteivorstand der PvdA aus dem eigenen Blickwinkel nicht weniger kritisch. Wie sein Freund Max van der Stoel störte er sich an der gesinnungsethischen Veranlagung der Jungpolitiker und ließ sie – wie im übrigen auch in seiner eigenen Partei – links liegen. Den deutsche Bundeskanzler und den verjüngten niederländischen Parteivorstand trennten in den siebziger Jahren Welten, weil mit Helmut Schmidt in der SPD genau jener Typus des Verantwortungsethikers hervorstach, der bis weit in die sechziger Jahre hinein auch charakteristisch für die Führungselite der PvdA stand – und von der niederländischen Neuen Linken als „Establishment“ politisch bekämpft wurde. Der Fortbestand eines diesem schwierigen Abschnitt in den siebziger Jahren angemessenen bilateralen Parteienverhältnisses, das nun eher einer offenen Konfliktgemeinschaft glich, ging folglich auf die Kooperation einzelner Personen – ihrer Freundschaften oder ihrer eingeübten Zusammenarbeit – zurück und war nicht das Ergebnis gemeinsamer Ansichten.

Freundschaftliche Bande wie die zwischen Schmidt und Van der Stoel prägten die gegenseitigen Beziehungen zwischen PvdA und SPD und förderten – insbesondere in schwierigen Zeiten – das atmosphärische Klima. Zwischen deutschen und niederländischen Sozialdemokraten besaßen derartige Kollegialitäten Traditionscharakter wie die engen Kontakte zwischen Koos Vorrink und Erich Ollenhauer, zwischen Alfred Mozer und Herbert Wehner und später zwischen den beiden Sicherheitspolitikern Maarten van Traa und Egon Bahr zeigten. In diese Reihe gehört zweifellos auch die wichtige Verbindung von Joop den Uyl und Willy Brandt,

die in den siebziger und achtziger Jahren an verschiedenen Schnittstellen wie der Sozialistischen Internationale zusammenarbeiteten und einen persönlichen Zugang zueinander entwickelten, auch wenn sich der deutsche Parteichef zuweilen an der Sturköpfigkeit des Niederländers störte.

Zwischen Schmidt und Den Uyl herrschte dagegen nicht mehr als ein reines Arbeitsverhältnis, weil die Vorstellungen über Stil und Inhalt der Politik zu weit auseinander lagen. Dass sich der niederländische Parteiführer aus eigenem Machtkalkül mit der Neuen Linken verband und auch dank dieser Seilschaft bis zum Ministerpräsidenten aufstieg, sah Schmidt mit Skepsis. Dass sich Den Uyl zum Kronzeugen einer Partei machte, die von ihrem traditionell gestützten Kurs der atlantischen Grundorientierung abwich, indem sie sich mit Vehemenz gegen die Nachrüstung aussprach, sah der deutsche Regierungschef mit völligem Unverständnis. Mit Dankbarkeit betrachtete Schmidt dagegen die Freundschaft zu Max van der Stoel, der in der Nachrüstungsfrage als einer der wenigen „Atlantiker“ seiner Partei solidarisch mit dem deutschen Regierungschef blieb. Gleichwohl es keine unmittelbare Bedeutung besaß, wenn die niederländische Oppositionspartei PvdA die NATO-Mitgliedschaft ihres Landes häufiger zur Disposition stellte, wie unter anderem auf einem Parteitag 1978 geschehen, hegte Schmidt ausdrückliches Interesse, den Gesprächsfaden aufrecht zu halten. Die PvdA reüssierte durch ihr eng geknüpfted Netzwerk zur Friedensbewegung als politische Stimmungsträgerin in den Niederlanden und unterstützte in Kooperation mit dem dominierenden Interkirchlichen Friedensrat das sich herausbildende außerparlamentarische Bollwerk gegen das Nachrüstungsprojekt. Schmidt erkannte in den Niederlanden – als eines der möglichen Stationierungsländer – einen bedeutenden Strategiepartner, weil er die Singularisierung der Bundesrepublik vermeiden wollte. Notwendigen Gesprächsbedarf sah er daher zwangsläufig nicht nur mit dem neuen christdemokratischen Ministerpräsidenten Dries van Agt, sondern auch mit der PvdA. Die Wand der gegensätzlichen Meinungen zu überwinden, gelang Schmidt und anderen wie dem langjährigen Leiter der Abteilung internationale Beziehungen, Hans-Eberhard Dingels, von außen jedoch nicht.

In der Nachrüstungsfrage war nicht nur anschaulich zu besichtigen, wie beide Parteien direkt oder indirekt aufeinander einzuwirken versuchten, es kam noch eine weitere Komponente hinzu: Die andere Seite diente als geeignetes Exempel für die eigene Argumentationslinie – das wichtige Charakteristikum der Einflussnahme wurde um das des wechselseitigen politischen Belegs erweitert. Während sich Schmidt und die SPD-

Parteiführung zunächst anstrebten, die niederländischen Parteifreunde zu einer Umkehr zu bewegen, um strategisch die gleiche Linie zu fahren, waren es die Jungsozialisten und Nachrüstungsgegner in der deutschen Sozialdemokratie, die mit Genugtuung auf den Widerstand in der PvdA verwiesen. Von der niederländischen Partei fühlte man sich politisch verstanden und wusste sie als Zugpferd für die innerparteiliche Durchsetzung der eigenen Motive einzusetzen. Umgekehrt nutzte die niederländische Partei ihre politische Schiene zur SPD, um das Unverständnis mit dem Nachrüstungsbeschluss zu offenbaren und ihrerseits die deutsche Partei zu einer Umkehr aufzufordern. Diejenigen in den zwei Parteien, die mit der Friedensbewegung sympathisierten, warfen sich politisch die Bälle zu, während die wenigen Befürworter einer militärischen Nachrüstung in der niederländischen Partei vor allem für die deutsche Situation und ihre besondere Lage mit der Grenzlinie zum sowjetischen Einflussbereich warben.

Hatte die niederländische Sozialdemokratie eine Machtübernahme der SPD zu Beginn der sechziger Jahre nachhaltig unterstützt, so stellte sich nun, am Anfang der achtziger Jahre, die Erleichterung darüber ein, dass die deutsche Schwesterpartei die Regierungsbänke nach einer längeren Ära wieder verließ. Nicht nur der folgende außenpolitische Kurswechsel in der Nachrüstungsfrage war in der PvdA mit Zufriedenheit aufgenommen worden, auch der neue Anspruch Willy Brandts, gesellschaftlichen Bewegungen, der Friedensbewegung im Besonderen, als Oppositionspartei wieder stärker entgegenzutreten, fand einhelligen Beifall. Wie 1959/1960, als sich die SPD ein neues Grundsatzprogramm gab, die Westintegration anerkannte und aus Sicht der PvdA langsam zu einer strategischen Partnerin aufstieg, begrüßte man in den niederländischen Reihen, dass beide Parteien nun außenpolitisch wieder in einer gemeinsamen Spur liefen. Dieser Umstand entspannte nicht nur ihre direkten Geschäftsbeziehungen, weil schwierige Kontroversen entfielen, sondern schärfte ihr gemeinsames Profil als Verbündete in der internationalen Zusammenarbeit. Darüber hinaus gehört es für Organisationen der gleichen ideologischen Grundrichtung wie PvdA und SPD zur taktischen Selbstverständlichkeit, möglichst im politischen Einklang mit den anderen Schwesterparteien zu stehen, weil derartige Verbindungen auch zur Rückversicherung der im Inland betriebenen Politik gelten. Wenn zwei oder mehrere sozialdemokratische Parteien in der Öffentlichkeit einen gleichen oder ähnlichen Standpunkt verteidigen, kann dies im günstigen Fall – zur weiteren Fundierung – positive Auswirkungen auf das politische Tagesgeschäft haben. Im

Gegenzug können auch negative Abfärbungen entstehen, falls eine befreundete Partei den Interessen einer anderen entgegenwirkt, was deutlich wurde, als 1969 die Mehrheit eines Parteitages der PvdA für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR plädierte und die deutschen Unionsparteien das Thema politisch instrumentalisierten.

Nach ihrem vorläufigen Ende als Regierungspartei in den achtziger Jahren, atmete die SPD tief durch und rückte ein Stück nach links, während sich die PvdA stärker an realistischen Vorstellungen orientierte und nach ihrem Linksschwenk in die politische Mitte zurückkehrte. Die früheren Mittdreißiger der Neuen Linken waren politisch erwachsen geworden und erleichterten der SPD die politische Zusammenarbeit. Diese strategischen Neuaufstellungen beider Organisationen bildeten den Hauptgrund für die Entspannung ihres Verhältnisses, das zu einer soliden und freundschaftlichen Interessengemeinschaft zurückkehrte, die sie bis heute geblieben ist. Die beiden Parteiführer Willy Brandt und Joop den Uyl arbeiteten – bis auf kleine persönliche Vorbehalte des Deutschen gegenüber dem Niederländer – angemessen zusammen und auch deren Nachfolger Hans-Jochen Vogel und Wim Kok setzten das Verhältnis in gewohnter Form fort. Der pragmatische Stil Koks und sein politisches Werkzeug der Kompromissfindung wurden in Bonn bestätigend aufgenommen, zumal er die PvdA auch in außenpolitischen Fragen auf die bekannte atlantische Fährte zurückführte und aus ihr wieder die berechenbare Konstante früherer Jahre machte.

Aus dieser Positionierung erwuchs auch der Hintergrund für die unterschiedlichen Reaktionen der beiden Parteien auf den deutschen Wiedervereinigungsprozess 1990. In den achtziger Jahren sahen beide Parteien in der Teilung zunächst einen Bestandsfaktor für die europäische Sicherheit und Stabilität, mit dem sich gut leben ließ. Umso überraschter zeigten sich PvdA und SPD nach der Maueröffnung und mussten zum Teil mit Mühe lernen, dass sich Deutschland zu vereinen gedachte. Die niederländische Sozialdemokratie unterstützte jedoch stärker als die Schwesterorganisation jene Entwicklung, die am 3. Oktober zur deutschen Einheit führte, weil sie nach westlichen Vorstellungen ablief und die niederländischen Sicherheitsinteressen gewahrt blieben: Die Bundesrepublik gehörte weiterhin dem atlantischen Bündnis an und bekannte sich zur Fortsetzung der europäischen Integration. Die PvdA reagierte daher weitaus weniger geschockt als die SPD, die trotz der Bekundungen von Brandt, Rau und Vogel mit dem Primat der NATO haderte. In kleinen Auszügen erinnerte das Verhalten der SPD an ihre Haltung in den fünfziger Jahren – und tatsächlich entwickelte sich auch zwischen den zwei Parteien eine Debatte über die Rolle des Nordatlantikpaktes. Zu großen

Auseinandersetzungen früherer Jahre kam es jedoch nicht, zumal die SPD keine einheitliche und möglicherweise als starr zu kritisierende Haltung einnahm. Für die vorhandenen Misstöne in der PvdA entschädigte auf deutscher Seite das Auftreten Willy Brandts, der sein nationales Herz wiederentdeckte und frühzeitig das Einheitsziel artikulierte.

Rückblickend auf das Parteienverhältnis zwischen deutscher und niederländischer Sozialdemokratie nach 1945 zeigt sich, dass neben vielen Meinungsverschiedenheiten und einer Reihe von Gemeinsamkeiten PvdA und SPD in erster Linie Repräsentanten ihrer beider Länder waren. Die Einbeziehung der politischen Kultur des jeweiligen Landes, dessen Ansprüche und Anforderungen sowie die Rolle in den internationalen Beziehungen ist für beide Parteien naturgemäß prägender gewesen als die Einhaltung der für Sozialdemokraten wichtigen solidarischen Prinzipien. Die Bedeutung der gemeinsamen ideologischen Herkunft rangierte also eindeutig hinter der nationalen Selbstvergewisserung als sozialdemokratische Faktoren im deutschen respektive niederländischen Parteienspektrum. Auf wenigen Gebieten ist dies so deutlich geworden wie in der Frage der deutschen Teilung. Auch wenn die PvdA eine Wiedervereinigung bis in die sechziger Jahre hinein offensiv unterstützte, weil sie in dem auseinanderdividierten Deutschland einen möglichen Krisenherd vermutete, konnte sie als niederländische Partei nicht über den unmittelbaren Zugang verfügen wie die SPD. Kein Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hätte das Plädoyer für eine offizielle Anerkennung der DDR ausgesprochen, wie es der Konvent der PvdA 1969 getan hat. Dass die SPD im ersten Abschnitt der sozialliberalen Koalition zur Schrittmacherin einer neuen Entspannungspolitik avancierte, hing ebenfalls mit ihrer direkten Inanspruchnahme durch die Teilung der Nation zusammen. Beide Parteien wurden aufgrund der verschiedenen Bedürfnisse ihrer Länder politisch unterschiedlich gefordert und mussten zwangsläufig bereit sein, die jeweiligen Standpunkte in den bilateralen Kontakten mit der Schwesterpartei zu vertreten, ohne sie einem internationalen Zusammengehörigkeitsgefühl preiszugeben.

Das Verbindungsstück zwischen PvdA und SPD war nach dem Zweiten Weltkrieg die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit. Dieser Kerngedanke vermittelte beiden Parteien die Idee eines gemeinsamen Projekts und war neben den Schnittpunkten der gleichen ideologischen Herkunft und der besonderen Lage ihrer beiden Länder mit dem prägenden Hintergrund der Kriegserfahrungen politischer Nukleus für ihre enge Kooperationsform. Beide Seiten suchten nach 1945 – auch wenn die SPD dies in den

fünfziger Jahren nicht erkennen ließ – nach strategischen Partnern im internationalen Rahmen, mit dem sich weitreichende Ziele in der Sicherheits- und Europapolitik voranbringen ließen. Die PvdA fixierte sich sehr schnell auf die SPD, weil sie mit ihr im Vergleich zu der geschätzten britischen Labour Party mehr Gemeinsamkeiten für ein festeres Fundament erkannte – und dies trotz der zunächst vorhandenen Meinungsverschiedenheiten. Das enge Band zwischen Deutschland und den Niederlanden sowie die lange Tradition der gegenseitigen Parteikontakte haben hier den Ausschlag gegeben. Insbesondere die Besonderheit des deutsch-niederländischen Verhältnisses ließ die Kontakte der sozialdemokratischen Parteifreunde zu einer spezifischen Kategorie reifen.

Es wäre wohl übertrieben, das Verhältnis zur PvdA als eine für die SPD herausragende Verbindung zu bezeichnen, weil sie auch zu den Schwesterparteien in Skandinavien (vor allem der norwegischen und schwedischen Organisation) und in Großbritannien sehr enge Beziehungen unterhielt. Die niederländische Partei galt in Bonn aber rasch zu den wichtigsten strategischen Partnern, weil ihre Politiker als Experten geschätzt waren und zu den bezeichnenden Gesprächspartnern der SPD gehörten. Die Niederlande und mit ihr die PvdA leisteten nach 1945 – zunächst im Benelux-Verband und später im Europa der Sechs – Pionierarbeit für die Zusammenarbeit auf dem Kontinent und prägten ihre institutionalisierte Form entscheidend mit. Man gehörte als kleineres Land politisch zu den Großen, was Auswirkungen auf die politische Klasse hatte. Dies machte die PvdA für die SPD interessant und bedeutsam. Vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung hat Den Haag politisch an Einfluss eingebüßt, weil ein Neueinsteiger wie Polen mit weit mehr als doppelt so vielen Einwohnern seinen Einfluss künftig mehr und mehr deutlich machen wird. Mit Sicherheit hat auch die Bedeutung des Verhältnisses zwischen PvdA und SPD in den vergangenen Jahren abgenommen, weil sich beide Parteien stärker auf die Beziehungen zu anderen Schwesterorganisationen konzentrieren. Insbesondere die SPD setzt auf enge Kontakte zu den Partnerorganisationen ihrer östlichen Nachbarländer wie Polen und Tschechien. Der Bedarf an intensiven Beziehungen zwischen PvdA und SPD ist daher rückläufig, zumal die gemeinschaftliche Arbeit aller europäischen Sozialdemokraten und Sozialisten unter dem Dach der Fraktion des Europaparlaments zugenommen hat. Nicht auszuschließen, dass in naher Zukunft die Verbindungen zwischen der PvdA in den Niederlanden und der SPD-Landespartei in Nordrhein-Westfalen als benachbarte politische Repräsentanten eine wichtigere Stellung einnehmen. Eine engere Klammer zwischen

deutscher und niederländischer Sozialdemokratie wird jedoch fortbestehen – für diesen Bestandsschutz sorgen die Tradition ihrer Beziehungen und das überwölbende deutsch-niederländische Verhältnis zweier besonderer Nachbarn.

9.2 ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
AdSD	Archiv der Sozialen Demokratie
AFCENT	Allied Forces Central Europe
AJC	Arbeiders Jeugd Centrale
APO	Außerparlamentarische Opposition
ARP	Antirevolutinaire Partij
BDI	Bundesverband der deutschen Industrie
BT	Bundestag
CCCD	Coördinatie-Commissie voor Culturele Betrekkingen met Duitsland
CDU	Christlich Demokratische Union/Christelijk-Democratische Unie
CDA	Christen Democratisch Appèl
CHU	Christelijk-Historische Unie
COMISCO	Committee of International Social Conferences
CPB	Centraal Planbureau
CPH	Communistische Partij Holland
CPN	Communistische Partij Nederland
CSU	Christlich Soziale Union
D'66	Democraten 66
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DP	Deutsche Partei
DS'70	Democratisch Socialisten '70
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EPU	Europäische Politische Union
ERP	European Recovery Program
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FDP	Freie Demokratische Partei
FJG	Federatie van Jongerengroepen
FNV	Federatie Nederlandse Vakbeweging
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
IISG	Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis
IKV	Interkerkelijk Vredesberaad
INF	Intermediate Nuclear Forces
JUSOS	Jungsozialisten
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KVP	Katholieke Volkspartij
KZ	Konzentrationslager
MBFR	Mutual Balanced Forces Reductions
MRP	Mouvement Républicain Populaire
MSEUE	Mouvement Socialiste pour les Etats Unis de l'Europe
MSDP	Mehrheitssozialdemokratische Partei
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGIZ	Nederlands Genootschap voor Internationale Zaken
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands

NPG	Nukleare Planungsgruppe
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVB	Nederlandse Volksbeweging
NVV	Nederlands Verbond van Vakverenigen
OEEC	Organization of European Economic Cooperation
OSP	Onafhankelijk-Socialistische Partij
PEP	Progressive European Party
PPR	Politieke Partij Radikalen
PS	Parti Socialiste
PSP	Pacifistisch-Socialistische Partij
PV	Parteivorstand
PvdA	Partij van de Arbeid
PvdV	Partij van de Vrijheid
RIOD	Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SDAP	Sociaal-Democratische Arbeiders Partij/Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SDB	Sociaal-Democratische Bond
SDC	Sociaal Democratisch Centrum
SDP	Sociaal-Democratische Partij/Sozialdemokratische Partei in der DDR
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHB	Sozialistischer Hochschulbund
SI	Sozialistische Internationale
SILO	Socialist Information and Liaison Office
SOPADE	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (im Exil)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
START	Strategic Arms Limitation Talks
UN	United Nations
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei
VARA	Vereniging Arbeiders Radio-Amateurs
VDB	Vrijzinnig-Democratische Bond
VNO	Vereniging van Nederlandse Ondernemers
VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie
WBS	Wiardi-Beckman-Stichting
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WEU	Westeuropäische Union

9.2 LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

Literatuur

- AERTS, R./H. DE LIAGRE BÖHL u.a. (Hrsg.), *Land van kleine gebaren. Een politieke geschiedenis van Nederland 1780-1990*, Nimwegen 1999.
- ALEMANN, U. VON, *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2000.
- ALTENA, B., *Kritik wegen der Praxis. F. Domela Nieuwenhuis und der Marxismus*, in: LINDEN, M. VAN DER (Hrsg.), *Die Rezeption der Marxschen Theorie in den Niederlanden*, Trier 1992 (= *Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier*, Bd. 45), S. 47-83.
- ANDERSEN, O., *De verholde redelijkheid. Het buitenlands beleid van de Partij van de Arbeid in de periode 1966-1973 ten opzichte van Oost-Europa*, Magisterarbeit Univ. Leiden 1987.
- APEL, H., *Der Abstieg. Politisches Tagebuch 1978-1988*, Stuttgart 1990.
- APPELIUS, S., *Heine. Die SPD und der lange Weg zur Macht*, Essen 1999.
- ASH, T.G., *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München/Wien 1998.
- BAHR, E., *Zu meiner Zeit*, München 1996.
- BAHRMANN, H./C. LINKS, *Chronik der Wende. Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989*, Berlin 1994.
- BANK, J., *Opkomst en ondergang van de Nederlandse Volks Beweging (NVB)*, Deventer 1978.
- BANK, J. u.a. (Hrsg.), *In dienst van het gehele volk. De Westeuropese sociaal-democratie tussen aanpassing en vernieuwing 1945-1950*, Amsterdam 1987.
- BANK, J., *De theorie van de vernieuwing en de praktijk van de wederopbouw. Het Nederlandse socialisme in de tweede helft van de jaren veertig*, in: DERS. u.a. (Hrsg.), *In dienst van het gehele volk. De Westeuropese sociaal-democratie tussen aanpassing en vernieuwing 1945-1950*, Amsterdam 1987, S. 98-121.
- BANK, J., *Sozialdemokratie und Staat in den Niederlanden*, in: NAUTZ, J.P./J.F.E. BLÄSING (Hrsg.), *Staatliche Intervention und gesellschaftliche Freiheit. Staat und Gesellschaft in den Niederlanden und Deutschland im 20. Jahrhundert*, Melsungen 1988 (= *Kasseler Forschungen zur Zeitgeschichte*, Bd. 5), S. 111-125.
- BANNING, W., *Hoe hebben wij de Duitse gebeurtenissen te verstaan? Praeadvies, uitgebracht op de aarvergadering van de Socialistische Vereeniging tot bevordering van de studie van maatschappelijke vraagstukken, gehouden op 29 October 1933 te Amsterdam*, Amsterdam 1933.
- BARING, A., *Machtwechsel. Die Ära Brandt/Scheel*, Berlin 1998.
- BARNING, T., *De Europese dilemma's van de Partij van de Arbeid*, in: *Socialisme en Democratie*, 2 (1989), S. 58-63.
- BECHT, M., *SPD, Ost-West-Konflikt und europäische Sicherheit. Sozialdemokraten und sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Westeuropa*, Diss. Univ. Frankfurt am Main 1994.
- BECKER, F., *De jaren 1970-1994*, in: PERRY, J. u.a., *Honderd jaar sociaal-democratie in Nederland 1894-1994*, Amsterdam 1994, S. 239-295.
- BECKER, U. (Hrsg.), *Maatschappij en Nederlandse politiek. Historisch en vergelijkend*, Amsterdam 1998.

- BEEK, R. TER, *De noodzaak van een Europese aanpak*, in: WIARDI-ECKMAN-STIFTUNG (Hrsg.), *Europa tussen Brandt en Berlinguer. Een bundel opstellen over socialisten en kommunisten in Europa*, Amsterdam 1977, S. 31-35.
- BEEK, R. TER, *Manoeuvreren. Herinneringen aan Plein vier*, Amsterdam 1996.
- BEENING, A., *Onder de vleugels van de adelaar. De Duitse buitenlandse politiek ten aanzien van Nederland in de periode 1890-1914*, Diss. Univ. Amsterdam 1994.
- BEGEMANN, D./P. PAHMEYER, *Sicherheit für Deutschland? Der „Doppelbeschluss“ der NATO und die Glaubwürdigkeit der SPD*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 26 (1981), S. 270-286.
- BELL, D.S., *Conflict and cohesion in the Western European social democratic parties*, London 1994.
- BENDER, P., *Berlinkrise. Geburtsstunde der neuen Ostpolitik*, in: *Deutschlandarchiv*, 6 (1997), S. 934-939.
- BENSCHOP, D./F. TEN CATE, *De dans om de kruisraket. Hoe het ‚nee‘ van 1979 het ‚ja‘ van 1985 werd*, Haarlem 1986.
- BERG, J.T.J. VAN DEN, *Het dreigende isolement van de Partij van de Arbeid*, in: *Socialisme en Democratie*, 7/8 (1982), S. 311-323.
- BERG, J.T.J. VAN DEN, *Het miskende tijdvak. De eerste twintig jaar van de Partij van de Arbeid*, in: KROP, M. u.a. (Hrsg.), *Het zevende jaarboek van het democratisch socialisme*, Amsterdam 1986, S. 14-42.
- BERG, M. VAN DEN/M. KROP/L. NAUTA, *De verkettering van links. Over de Berufsverbote in de Bondsrepubliek*, in: KROP, M. (Hrsg.), *Burengerucht. Opstellen over Duitsland*, Deventer 1978, S. 280-296.
- BERGER, S., *Ungleiche Schwestern? Die britische Labour Party und die deutsche Sozialdemokratie im Vergleich 1900-1931*, Bonn 1997 (= *Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe Politik und Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 46).
- BERGER, S., *Die britische Labour Party 1945-2000*, in: DOWE, D. (Hrsg.), *Demokratischer Sozialismus in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg*, Bonn-Bad Godesberg 2001 (= *Reihe Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung*, H. 38), S. 87-115.
- BERGH, H. VAN DEN, *De PvdA en de SPD. De erfenis, de twijfels en de betrokkenheid*, in: KROP, M. (Hrsg.), *Burengerucht. Opstellen over Duitsland*, Deventer 1978, S. 364-372.
- BEUNDERS, H.J.G., *De PvdA, de horzel van de SPD*, in: DERS./M.C. BRANDS/H.H. SELIER, *Denkend aan Duitsland. Een essay over moderne Duitse geschiedenis en enige hoofdstukken over de Nederlands-Duitse betrekkingen in de jaren zeventig*, Den Haag 1983, (= *Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid*, V 36), S. 119-144.
- BEUNDERS, H.J.G./H.H. SELIER, *Argwaan en profijt. Nederland en West-Duitsland 1945-1981*, Amsterdam 1983.
- BIERMANN, W., *De weg naar Pan-Europese veiligheid*, in: *Socialisme en Democratie*, 6 (1990), S. 168-170.
- BIK, J.M., *Die Außen- und Sicherheitspolitik der Niederlande nach dem NATO-Doppelbeschluss*, in: *Europa-Archiv*, 11 (1986), S. 303-310.
- BLECKWEHL, U., *Die SPD dies- und jenseits der Nation. Sozialdemokratische Antworten auf die deutsche Teilung von 1961 bis 1980*, Diss. Univ. Bremen 1999.
- BLEICH, A., *Een partij in de tijd. Veertig jaar Partij van de Arbeid 1946-1986*, Amsterdam 1986.
- BLOEMEN, E.S.A. (Hrsg.), *Het Benelux-effect. België, Nederland en Luxemburg in de Europese integratie 1945-1957*, Amsterdam 1992.

- BLOK, M. DE (Hrsg.), *Joop den Uyl. Een leven in interviews*, Amsterdam 1988.
- BOIVIN, B. u.a., *Een verjongingskuur voor de Partij van de Arbeid. Opkomst, ontwikkeling en betekenis van Nieuw Links*, Deventer 1978.
- BOSSCHER, D.F.J., *De Partij van de Arbeid en het buitenlands beleid 1945-1973*, in: *Bijdragen en Mededelingen betreffende de Geschiedenis der Nederlanden*, 101 (1986), S. 38-51.
- BOSSCHER, D.F.J., *Die Rekonstruktion des Parteiensystems in den Niederlanden zwischen 1945 und 1952*, in: LADEMACHER, H./J. BOSMANS (Hrsg.), *Tradition und Neugestaltung. Zu Fragen des Wiederaufbaus in Deutschland und den Niederlanden in der frühen Nachkriegszeit*, Münster 1991 (= *Reihe Niederlande-Studien*, Bd. 1), S. 89-105.
- BOSSCHER, D.F.J., *De jaren 1946-1970*, in: PERRY, J. u.a., *Honderd jaar sociaal-democratie in Nederland 1894-1994*, Amsterdam 1994, S. 154-237.
- BOTERMAN, F., *Duitsland als Nederlands probleem. De Nederlands-Duitse betrekkingen tussen openheid en eigenheid*, Amsterdam 1999 (= *Duitsland Instituut Cahiers*, Bd. 4).
- BOUVIER, B.W., *Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960-1966*, Bonn 1990.
- BRANDS, M.C., *De beheersbaarheid van het nieuwe Duitsland*, in: *Socialisme en Democratie*, 6 (1990), S. 165-168.
- BRANDSMA, M./P. KLEIN, *Jan Pronk. Rebel met een missie*, Utrecht 1996.
- BRANDT, W., *Europa. Zelfbehoud door zelfbeinning*, in: CASTELIJN, L. u.a. (Hrsg.), *Tekens in de tijd. 65 jaar Joop den Uyl*, Amsterdam 1984, S. 18-27.
- BRANDT, W., *Joop den Uyl was een pionier van een vooruitstrevend Europa*, in: WIJNE, J.S. (Hrsg.), *Joop den Uyl*, Amsterdam 1987, S. 41.
- BRANDT, W., *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975*, Hamburg 1976.
- BRANDT, W., *Links und frei. Mein Weg 1930-1950*, Hamburg 1982.
- BRANDT, W., *Erinnerungen*, Frankfurt am Main/Berlin 1993.
- BRAUNTHAL, J., *Geschichte der Internationale*, Bd. 3, Berlin/Bonn 1978.
- BREEDVELD, W., *Joop den Uyl. De tijd keert nooit weerom*, in: BECKER, F. u.a. (Hrsg.), *Van Troelstra tot Den Uyl. Het vijftiende jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1994, S. 143-196.
- BREDOW, W. VON/R.H. BROCKE, *Das deutschlandpolitische Konzept der SPD. Darstellung, Hintergründe und Problembereiche der Deutschlandpolitik der SPD Mitte der achtziger Jahre*, Erlangen 1988.
- BREHM, T., *SPD und Katholizismus 1957 bis 1966*, Frankfurt am Main 1989.
- BRINKMAN, M., *Drees en de Partij van de Arbeid. De betrekkingen van Drees als minister en ministerpresident met de partijorganen van de PvdA 1946-1958*, in: DAALDER, H./N. CRAMER (Hrsg.), *Willem Drees*, Houten 1988, S. 57-94.
- BRINKMAN, M., *De Partij van de Arbeid in de Koude Oorlog. De houding van de Nederlandse socialisten ten opzichte van de Sovjetunie 1946-1958*, in: ROHOLL, M.L./E. WAEGEMANS/C. WILLEMSSEN (Hrsg.), *De lage landen en de Sovjetunie. Beeldvorming en betrekkingen*, Amsterdam 1989, S. 42-59.
- BRINKMAN, M., *Willem Drees*, in: CAMPFENS, M. u.a. (Hrsg.), *Biografisch Woordenboek van het democratisch Socialisme en de Arbeidersbeweging in Nederland*, Teil 5, Amsterdam 1992, S. 58-65.
- BRINKMAN, M., *Willem Drees, de SDAP en de PvdA*, Amsterdam 1998.
- BROEK, I. VAN DEN, *Heimwee naar de politiek. De herinnering aan het kabinet-Den Uyl*, Amsterdam 2002.

- BUITING, H., *Richtingen- en partijstrijd in de SDAP. Het ontstaan van de Sociaal-Democratische Partij in Nederland (SDP)*, Amsterdam 1989.
- BUITING, H., *Gedachten bij 100 jaar sociaal-democratie*, in: *Socialisme en Democratie*, 7/8 (1994), S. 365-369.
- BUNGERT, M., „Zu retten, was sonst unwiderruflich verloren geht.“ *Die Archive der deutschen Sozialdemokratie und ihre Geschichte*, Bonn 2002 (= *Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie*, Bd.4).
- BUSCHFORT, W., *Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlinkrise*, München 1991.
- CASTELIJN, L./M. KROP, *Rechtlijnig en tegendraads. Max van der Stoep, Nieuw Links en de buitenlandse politiek van de Partij van de Arbeid*, in: BECKER, F. u.a. (Hrsg.), *Van Troelstra tot Den Uyl. Het vijftiende jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1994, S. 270-314.
- CITRON, K.J., *De Nederlandse buitenlandse politiek vanuit een Duits perspectief*, in: BECKER, F. u.a. (Hrsg.), *Nederland in de wereld. Het zestiende jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1995, S. 51-57.
- COHEN, R., *Socialisten in Europa. De samenwerking van de socialistische partijen in het kader van de Europese Gemeenschap 1952-1972*, Amsterdam/Antwerpen 1974.
- COHEN, R., *De samenwerking van de socialistische partijen in de Europese Gemeenschap*, in: *Internationale Spectator*, 11 (1975), S. 670-678.
- COHEN, R., *Socialisten en Europese integratie. Ideologie en praktijk van internationalisme*, in: *Het tiende jaarboek voor het democratisch socialisme*, 10 (1989), S. 47-80.
- COHEN, R./A. MOZER-EBBINGE (Hrsg.), *Alfred Mozer. Porträt eines Europäers*, Bonn 1981.
- COUWENBERG, S.W., *Christentum und moderner Sozialismus in den Niederlanden*, in: LANGNER, A. (Hrsg.), *Katholizismus und freiheitlicher Sozialismus in Europa*, Köln 1965, S. 135-182.
- DAALDER, H., *Gedreven en behoedzaam. Willem Drees 1886-1988. De jaren 1940-1948*, Amsterdam 2003.
- DANKERT, P., *Even wachten met de DDR*, in: *Socialisme en Democratie*, 1 (1969), S. 11-14.
- DANKERT, P., *De PvdA en de Socialistische Internationale*, in: *Socialisme en Democratie*, 3 (1971), S. 166-168.
- DANKERT, P./L. CASTELIJN, *Vrede en Veiligheid in Europa*, in: *Socialisme en Democratie*, 1 (1977), S. 13-29
- DANKERT, P., *De Duitse deling en de Westduitse veiligheid*, in: NEDERLANDS GENOOTSCHAP VOOR INTERNATIONALE ZAKEN (Hrsg.), *In de schaduw van Duitsland*, Baarn 1979, S. 112-119.
- DANKERT, P., *De Duitse deling en de Westduitse veiligheid*, in: *Socialisme en Democratie*, 6 (1979), S. 284-290.
- DIEHL, R./F. WIELENGA, *Die Richtung ist die gleiche, aber die Wege sind noch sehr verschieden. NG/FH-Interview mit Joop den Uyl*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 5 (1986), S. 448-453.
- DIEPEN, R. VAN, *Hollanditis. Nederland en het kernwapendebat 1977-1987*, Amsterdam 2004.
- DINGELS, H.-E., *Aufgaben der Sozialistischen Internationale*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 1 (1967), S. 48-50.

- DINGELS, H.-E., *Verwirrung in Den Haag. Bedenkliche Beschlüsse holländischer Sozialdemokraten*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 2 (1969), S. 137-138.
- DOEL, J. VAN DEN, *De overeenkomsten inzake Berlijn*, in: *Socialisme en Democratie*, 9 (1965), S. 644-661.
- DONGEN, B. VAN, *Revolutie of integratie. De Sociaal-Democratische Arbeiders Partij (SDAP) tijdens de Eerste Wereldoorlog*, Amsterdam 1992.
- DOWE, D. (Hrsg.), *Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR*, Bonn 1993 (= *Reihe Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung*, H. 3).
- DOWE, D. (Hrsg.), *Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982-1989*, Bonn 1993 (= *Reihe Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung*, H. 4).
- DREES, W., *Van mei tot mei. Persoonlijke herinneringen aan bezetting en verzet*, Assen 1958.
- DREES, W., *Op de kentering. Een sociaal-democratische visie op Nederland en de wereld na de bevrijding*, Amsterdam 1996.
- DRÖGEMÖLLER, M., *Die zwei ungleichen Schwestern. PvdA und SPD und die internationale Sicherheit 1977-1983*, Magisterarbeit Univ. Münster 2001.
- DRÖGEMÖLLER, M., *Projektskizze: Zwei Schwestern in Europa. Die deutsche und niederländische Sozialdemokratie zur Zeit der Teilung Deutschlands 1945-1990*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien* 2002, Münster 2003, S. 194-197.
- DRÖGEMÖLLER, M., *Eine Reise in die Vergangenheit? Der Staatsbesuch von Gustav Heinemann in den Niederlanden 1969*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien* 2003, Münster 2004, S. 121-138.
- DRÖGEMÖLLER, M./R. ROOWAAN, *So tief stürzt die SPD nicht*, in: *Berliner Republik*, 6 (2003), S. 78-83.
- DRÖSCHER, W., *Europas Sozialdemokraten formieren sich*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 12 (1974), S. 978-981.
- DRÖSCHER, W., *Sozialdemokraten – die stärkste politische Kraft Europas*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 9 (1977), S. 761-764.
- DÜDING, D., *Heinz Kühn 1912-1992. Eine politische Biographie*, Essen 2002.
- EDZ JONG, F. DE, *Die Herausforderung der neuen Rechten. Die politischen Parteien der Niederlande im Verhältnis zum Nationalsozialismus*, in: DITTRICH, K./H. WÜRZNER (Hrsg.), *Die Niederlande und das deutsche Exil 1933-1940*, Königstein/Taunus 1982, S. 33-42.
- EEKERT, P./D. HELLEMA/A. VAN HETEREN, *Johnson moordenaar! De kwestie Vietnam in de Nederlandse politiek 1965-1975*, Amsterdam 1986.
- EENENNAAM, B.J. VAN, *Achtenveertig kruisraketten. Hoogspanning in de lage landen*, Den Haag 1988.
- EHMKE, H., *Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 11 (1985), S. 1003-1010.
- EHMKE, H., *Mittendrin. Von der Großen Koalition zur deutschen Einheit*, Berlin 1994.
- ELZINGA, D.J./G. VOERMAN, *Om de stembus. Verkiezingsaffiches 1918-1998*, Amsterdam/Antwerpen 2002.
- ENDERS, T., *Die SPD und die äußere Sicherheit. Zum Wandel der sicherheitspolitischen Konzeption der Partei in der Zeit der Regierungsverantwortung 1966-1982*, Melle 1987.
- FABER, M.J., *Entspannung und Menschenrechte*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 8 (1986), S. 740-747.

- FABER, M.J., *Koude Oorlog en sociaal-democratie. De Koude Oorlog overleefde zichzelf*, in: *Socialisme en Democratie*, 11 (1996), S. 632-634.
- FAULENBACH, B./H. POTTHOFF (Hrsg.), *Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90*, Essen 2001.
- FICHTER, T., *SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei*, Opladen 1988.
- FICHTER, T., *Die SPD und die Nation. Vier sozialdemokratische Generationen zwischen nationaler Selbstbestimmung und Zweistaatlichkeit*, Berlin/Frankfurt am Main 1993.
- FISCHER, F., „Im deutschen Interesse.“ *Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989*, Husum 2001.
- FRESE, M. (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn u.a. 2003.
- GALEN, J.J. VAN/H. VUIJSJE, *Drees. Wethouder van Nederland*, Alphen aan den Rijn 1980.
- GERSTER, F., *NATO-Doppelbeschluss und Nachrüstung. Die neue Friedensbewegung*, in: DERS., *Zwischen Pazifismus und Verteidigung. Die Sicherheitspolitik der SPD*, Baden-Baden 1994, S. 53-59.
- GERSTER, F., *Gemeinsame Sicherheit. Verteidigung ohne Drohung*, in: DERS., *Zwischen Pazifismus und Verteidigung. Die Sicherheitspolitik der SPD*, Baden-Baden 1994, S. 61-64.
- GÖRTEMAKER, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999.
- GOES VAN NATERS, M. VAN DER, *Met en tegen de tijd. Herinneringen. Een tocht door de twintigste eeuw*, Amsterdam 1980.
- GORTZAK, W. (Hrsg.), *De kleine stappen van het kabinet-Den Uyl. Gesprekken met PvdA-bewindslieden*, Deventer 1978.
- GORTZAK, W., *Nieuw Links, de erkenning van de DDR en het SED-archief*, in: *Het dertiende jaarboek voor het democratisch socialisme*, 13 (1992), S. 69-87.
- GRAAF, B. DE, *Over de muur. De DDR, de Nederlandse kerken en de vredesbeweging*, Amsterdam 2004.
- GREBING, H. (Hrsg.), *Linksparteien und Gewerkschaften in Europa. Die Zukunft einer Partnerschaft*, Köln 1992.
- GREBING, H., *Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914*, 3. Aufl., München 1993.
- GREBING, H., „Neubau“ statt „Wiederaufbau“ der SPD. *Die Lehren aus der Weimarer Republik*, in: DOWE, D. (Hrsg.), *Schumacher und der „Neubau“ der deutschen Sozialdemokratie nach 1945*, Bonn 1996 (= Reihe Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, H. 13), S. 73-89.
- GREBING, H., *Von der „Traditionskompanie“ zur „Staatspartei“. Die Modernisierung der Sozialdemokratie in den 1950er und 1960er Jahren*, in: DIES., „Wie weiter Genossen?“ *Essays zur Sozialdemokratie im Epochenwechsel*, Essen 2000, S. 65-83.
- GROBECKER, H. (Hrsg.), *Politorismen. Erinnerungen an Ernst Waltemathe*, Bassum 1997.
- GROH, D./P. BRANDT, *Vaterlandslose Gesellen. Sozialdemokratie und Nation 1860-1990*, München 1992.
- HABERL, N./L. NIETHAMMER (Hrsg.), *Der Marshall-Plan und die europäische Linke*, Frankfurt am Main 1986.
- HACKE, C., *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?*, Frankfurt am Main/Berlin 1997.

- HAFTENDORN, H., *Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982*, Baden-Baden 1986.
- HAFTENDORN, H., *Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluss*, München 1986.
- HAFTENDORN, H., *Der gütige Hegemon und die unsichere Mittelmacht. Deutsch-amerikanische Beziehungen im Wandel*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29-30 (1999), S. 3-11.
- HAFTENDORN, H., *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000*, Stuttgart/München 2001.
- HAHN, E., *SED und SPD. Ein Dialog*, Berlin 2002.
- HARMSSEN, G., *Marx-Rezeption in der niederländischen Sozialdemokratie*, in: LINDEN, M. VAN DER (Hrsg.), *Die Rezeption der Marxschen Theorie in den Niederlanden*, Trier 1992 (= *Schriften aus dem Karl-Marx-Haus*, Bd. 45), S. 364-429.
- HAVENAAR, R., *De tocht naar het onbekende. Het politieke denken van Jacques de Kadt*, Amsterdam 1990.
- HAVENAAR, R., *Het ondankbare gelijk van Ernest Bevin en Helmut Schmidt. Koude Oorlog en sociaal-democratie. Een terugblik*, in: *Socialisme en democratie*, 10 (1996), S. 537-554.
- HEINLEIN, S.A., *Gemeinsame Sicherheit. Egon Bahrs sicherheitspolitische Konzeption und die Kontinuität sozialdemokratischer Entspannungsvorstellungen*, Münster/New York 1993.
- HELLEMA, D., *Buitenlandse politiek van Nederland*, Utrecht 1995.
- HESS, J.C./F. WIELENGA, *Duitsland in de Nederlandse pers – altijd een probleem? Drie dagbladen over de Bondsrepubliek 1969-1980*, Den Haag 1982.
- HESS, J.C./F. WIELENGA, *Die Niederlande und die Wiedervereinigung Deutschlands. Ein Beitrag zur Debatte um die „Verpassten Gelegenheiten“ im Jahr 1952*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 3 (1987), S. 349-384.
- HESS, J.C./H. SCHISLER (Hrsg.), *Nachbarn zwischen Nähe und Distanz. Deutschland und die Niederlande*, Frankfurt am Main 1988.
- HESSELS, H., *Heinemann in Holland*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 4 (1994), S. 331-336.
- HESSEN, J., *Het lot der Duitse sociaal-democratie*, in: *De Socialistische Gids*, 18 (1933), S. 373-380.
- HEYTING, R., *Tussen nationalisme en internationalisme. De Britse en de Nederlandse sociaal-democratie, de nationale staat en de Europese integratie*, Deventer 1992.
- HIRSCHFELD, G., *Bezetting en collaboratie. Nederland tijdens de oorlogsjaren 1940-1945*, Haarlem 1991.
- HOFMANN, R., *Die Sicherheitspolitik der SPD 1966-1977. Innerparteiliche Willensbildung und praktizierte Regierungspolitik im nationalen und internationalen Bezugsrahmen*, Puchheim 1987.
- HÜTTER, J., *SPD und internationale Sicherheit. Internationale und innenpolitische Determinanten des Wandels der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik 1959-1961*, Meisenheim am Glan 1975.
- HUNINK, M. (Hrsg.), *De papieren van de revolutie. Het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis 1935-1947*, Amsterdam 1986.
- JÄGER, W., *Die Innenpolitik der sozialliberalen Koalition 1974-1982*, in: DERS./W. LINK, *Republik im Wandel 1974-1982. Die Ära Schmidt*, Stuttgart 1987

(= *Geschichte der Bundesrepublik in fünf Bänden*, hrsg. v. BRACHER, K.D./T. ESCHENBURG/J.C. FEST/E. JÄCKEL, Bd. 5/II), S. 9-272.

- JARAUSCH, K.H., *Die unverhoffte Einheit 19989-1990*, Frankfurt am Main 1995.
- KADT, J. DE, *Rusland en wij. Hoe redden wij de vrede?*, Amsterdam 1947.
- KADT, J. DE, *De consequenties van Korea. Een pleidooi voor vrede door kracht*, Amsterdam 1950.
- KAELBLE, H., *Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main/New York 1999.
- KALMA, P., *Het revisionisme van J.M. den Uyl*, in: *Socialisme en Democratie*, 12 (1997), S. 507-529.
- KALMA, P./M. KROP, *De PvdA als „natuurlijke regeringspartij“*, in: *Socialisme en Democratie*, 5 (1983), S. 3-6.
- KALMA, P./M. KROP, *Het program als fetisj. Twintig jaar oppositiecultuur in de Partij van de Arbeid*, in: *Socialisme en Democratie*, 43 (1986), S. 266-276.
- KALMA, P./R. 'T HART, *Koude Oorlog en sociaal-democratie. De Koude Oorlog van Ronald Havenaar*, in: *Socialisme en Democratie*, 11 (1996), S. 637-639.
- KELLER, K., *Modell SPD? Italienische Sozialisten und deutsche Sozialdemokratie bis zum Ersten Weltkrieg*, Bonn 1994 (= *Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe Politik und Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 34).
- KENNEDY, J.C., *Nieuw Babylon in aanbouw. Nederland in de jaren zestig*, Amsterdam 1995.
- KERSTEN, A.E., *Maken drie kleinen een grote? De politieke invloed van de Benelux 1945-1955*, Bussum 1982.
- KESSEL, A. VAN, *„Ruggen recht, heren!“ Hoe de Nederlandse christen-democraten het tegenover hun Duitse geestverwanten aflegden in het debat over het profiel van de Europese Volkspartij*, Hilversum 2003.
- KLEIN, H.-D., *Erich Ollenhauer (1901-1963). Jugendfunktionär und Internationalist*, in: DANKELMANN, O. (Hrsg.), *Lebensbilder europäischer Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts*, Wien 1995, S. 403-414.
- KLEIN, P./R. KOOISTRA, *Wim Kok. Het taaie gevecht van een polderjongen*, Amsterdam 1998.
- KLESSMANN, C., *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970*, Göttingen 1988.
- KLESSMANN, C., *Wiedervereinigung und deutsche Nation. Der Kern der Politik Kurt Schumachers*, in: DOWE, D. (Hrsg.), *Schumacher und der „Neubau“ der deutschen Sozialdemokratie nach 1945*, Bonn 1996 (= *Reihe Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung*, H. 13), S. 113-130.
- KLINKERT, W., *Het paradepaard van de vrije wereld. Nederland en de Berlijnse crisis 1958-1963*, in: SCHOENMAKER, B./J.A.M.M. JANSSEN (Hrsg.), *In de schaduw van de Muur. Maatschappij en krijgsmacht rond 1960*, Den Haag 1997, S. 9-33.
- KLOTZBACH, K., *Tussen ideaal en werkelijkheid. Sociaal-democraten in een verwoest Duitsland 1945-1950*, in: BANK, J. u.a. (Hrsg.), *In dienst van het gehele volk. De Westeuropese sociaal-democratie tussen aanpassing en vernieuwing 1945-1950*, Amsterdam 1987, S. 122-146.
- KLOTZBACH, K., *SPD und katholische Kirche nach 1945. Belastungen, Missverständnisse und Neuanfänge*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 29 (1989), S. 47-57.

- KLOTZBACH, K., *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965*, Bonn 1996 (= *Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945*, Bd. 1).
- KNABE, H., *Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien*, Berlin 2003.
- KNAPEN, B., *Het duel-Schmidt-Strauss*, in: *Internationale Spectator*, 9 (1980), S. 539-548.
- KNAPEN, B., *Staat, politieke cultuur en sociaal-democratie. Een Duits-Nederlandse vergelijking*, in: *Socialisme en Democratie*, 10 (1997), S. 419-424.
- KNEGTMANS, P.J., *Socialisme en Democratie. De SDAP tussen klasse en natie 1929-1939*, Amsterdam 1989.
- KNEGTMANS, P.J., *De jaren 1919-1946*, in: PERRY, J. u.a., *Honderd jaar sociaal-democratie in Nederland 1894-1994*, Amsterdam 1994, S.63-117.
- KNOPP, E., *Die Sozialistische Internationale. Herkunft, Aufbau und Ziele einer transnationalen Parteienorganisation*, Diss. Univ. Heidelberg 1992.
- KOCH, K., *De PvdA en de NAVO. De jaren zestig en daarna*, in: *Socialisme en Democratie*, 9 (1989), S. 275-281.
- KOCH, D. (Hrsg.), *Gustav W. Heinemann. Einspruch. Ermutigung für entschiedene Demokraten*, Bonn 1999.
- KOCKA, J., *Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert*, Bonn 1990 (= *Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts*, Bd. 2).
- KÖHLER, G., *De SDAP en het nazisme. Reacties van de Nederlandse sociaal-democratie op de gebeurtenissen in Duitsland 1924-1934*, Magisterarbeit Univ. Amsterdam 1986.
- KÖHNEN, H., *Die Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 6 (1976), S. 511-516.
- KOK, W., *Die deutsche Entwicklung aus niederländischer Sicht. Rede im Rahmen der Vortragsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung „Wie sehen unsere Nachbarn den deutschen Vereinigungsprozess?“ am 3. Mai 1990 in Bonn*, Bonn 1990.
- KOK, W., *De rode droom*, in: *Socialisme en Democratie*, 11 (1995), S. 495-497.
- KOSCHNICK, H. u.a. (Hrsg.), *Der Abschied vom Extremistenbeschluss*, Bonn 1979.
- KROES, R., *New Left, Nieuw Links, New Left. Verzet, beweging, verandering in Amerika, Nederland, Engeland*, Alphen aan den Rijn/Brüssel 1975.
- KROL, P.I., *Van de retoriek tot de realisatie. De Westduitse partijen en de eenwording 1987-1990*, Diss. Freie Univ. Amsterdam 2000.
- KROP, M. (Hrsg.), *Burengerucht. Opstellen over Duitsland*, Deventer 1978.
- KROP, M., *Niederlande. Sozialisten und Friedensbewegung*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 11 (1980), S. 1000-1001.
- KROP, M., *Een vreemde eend in de bijt. De Socialistische Internationale in de wereldpolitiek*, in: BANK, J. u.a. (Hrsg.), *Het derde jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1982, S. 12-46.
- KROP, M., *Aan vrijheid gebonden. Sociaal-democratie, mensenrechten en buitenlands beleid*, Deventer 1987.
- KÜHN, H., *Das Jahrzehnt der Solidarnosc. Die politische Geschichte Polens 1980-1990*, Berlin 1999.
- KÜSTERS, H.J., *Konrad Adenauer und Willy Brandt in der Berlinkrise 1958-1963*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 4 (1992), S. 483-542.
- KUITENBROUWER, M., *Een realistische idealist. Max van der Stoep (1973-1977, 1981-1982)*, in: HELLEMA, D. u.a. (Hrsg.), *De Nederlandse ministers van Buitenlandse Zaken in de twintigste eeuw. Vijfde jaarboek voor de geschiedenis van*

de Nederlandse buitenlandse politiek in de twintigste eeuw, Den Haag 1999, S. 243-255.

- KUPFER, T., *Geheime Zirkel und Parteivereine. Die sozialdemokratische Organisation zwischen Sozialistengesetz und Jahrhundertwende*, Essen 2003.
- LADEMACHER, H., *Zwei ungleiche Nachbarn. Wege und Wandlungen der deutsch-niederländischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Darmstadt 1990.
- LAFONTAINE, O., *Das Herz schlägt links*, München 1999.
- LAMMERS, H., *De erkenning van de DDR. Politiek van de goede hoop*, in: *Socialisme en Democratie*, 1 (1969), S. 4-10.
- LANGKAU-ALEX, U., *Die deutsche sozialdemokratische Emigration in den Niederlanden nach 1933. Ein Überblick am Beispiel der Stadt Amsterdam*, in: DITTRICH, K./H. WÜRZNER (Hrsg.), *Die Niederlande und das deutsche Exil 1933-1940*, Königstein/Taunus 1982, S. 91-106.
- LEPSZY, N., *Das politische System der Niederlande*, in: ISMAYR, W., *Die politischen Systeme Westeuropas*, Opladen 2003, S. 349-387.
- LESSE, U., „A fully-fledged political party“? *Die Sozialdemokratische Partei Europas*, Magisterarbeit Univ. Marburg 2000.
- LEURDIJK, J.H., *Nederland en de rol van de kernwapens*, Den Haag 1981.
- LIJPHART, A., *Verzuiling, pacificatie en kentering in de Nederlandse politiek*, 8. Aufl., Haarlem 1990.
- LINDNER, J.J. VAN, *Het tweede kabinet-Den Uyl. Linkse idealen en mislukkingen 1966-1994*, Amsterdam 2003.
- LINK, W., *Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt 1974-1982*, in: DERS./W. JÄGER, *Republik im Wandel 1974-1982. Die Ära Schmidt*, Stuttgart 1987 (= *Geschichte der Bundesrepublik in fünf Bänden*, hrsg. v. BRACHER, K.D./T. ESCHENBURG/J.C. FEST/E. JÄCKEL, Bd. 5/II), S. 275-432.
- LIPSCHITS, I., *Witte plekken in de geschiedschrijving van de Nederlandse sociaal-democratie*, in: *Socialisme en Democratie*, 7/8 (1994), S. 370-375.
- LÖSCHE, P./F. WALTER, *Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Wiedervereinigung*, Darmstadt 1992.
- LÖWKE, U.F., *Die SPD und die Wehrfrage 1949 bis 1955*, Bonn-Bad Godesberg 1976.
- LONGERICH, M., *Die SPD als „Friedenspartei“ – mehr als nur Wahltaktik? Auswirkungen sozialdemokratischer Traditionen auf die friedenspolitischen Diskussionen 1959-1983*, Frankfurt am Main 1990.
- LOTH, W., *Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas*, Stuttgart 1977.
- LOUW, A. VAN DER, *De roede hoed en andere verhalen*, Schoorl 1992.
- MANSHOLT, S.L., *Über die Notwendigkeit eines sozialistischen Programms für Europa*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 2 (1973), S. 117-120.
- MANSHOLT, S.L., *Drees als minister en ministerpresident*, in: DAALDER, H./N. CRAMER (Hrsg.), *Willem Drees*, Houten 1988, S. 139-143.
- MAYER, H., *Die internationale Sozialdemokratie und die beiden deutschen Staaten. Aspekte sozialdemokratischer Positionen zur europäischen Sicherheit und zur deutschen Frage*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 41 (1999), S. 29-48.
- MELKERT, A., *Van der Stoel in de herkansing*, in: *Socialisme en Democratie*, 10 (1981), S. 494-503.

- MELKERT, A., *Het Nederlands buitenlands beleid onder het kabinet-Den Uyl. Continuïteit of keerpunt?*, Magisterarbeit Univ. Amsterdam 1983.
- MERSEBURGER, P., *Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie*, Stuttgart 1995.
- MERSEBURGER, P., *Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist*, Stuttgart/München 2002.
- MILLER, S., *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1974.
- MINNEN, J. VAN, *Na 100 dagen Brandt. Atmosfeer harder, maar helder*, in: *Socialisme en Democratie*, 2 (1970), S. 59-64.
- MINNEN, J. VAN, *Het onvermijdelijke Duitsland. Kanttekeningen bij een nieuw Europees krachtenveld*, Utrecht u.a. 1992.
- MIROW, T., *Die Sozialistische Internationale heute. Chancen und Grenzen der internationalen Zusammenarbeit*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 8 (1977), S. 646-648.
- MISGELD, K., *Sozialdemokratie und Außenpolitik in Schweden. Sozialistische Internationale, Europapolitik und Deutschlandfrage 1945-1955*, Frankfurt am Main/New York 1984.
- MOSELEIT, K., *Die „zweite“ Phase der Entspannungspolitik der SPD 1983-1989. Eine Analyse ihrer Entstehungsgeschichte, Entwicklung der konzeptionellen Ansätze*, Frankfurt am Main 1991.
- MOZER, A., *Europa und die Sozialdemokratie*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 19 (1972), S. 252-257.
- MOZER, A., *Herbert Wehner und die europäische Politik*, in: JAHN, G. (Hrsg.), *Herbert Wehner. Beiträge zu einer Biographie*, Köln 1976, S. 212-222.
- MOZER, A., *De SPD. Erfgenaam van Lassalle, Marx en Bernstein*, in: KROP, M. (Hrsg.), *Burengerucht. Opstellen over Duitsland*, Deventer 1978, S. 297-335.
- MUJAL-LEON, E./A.-S. NILSSON, *Die Sozialistische Internationale in den achtziger Jahren. Dritte-Welt-Politik zwischen den Blöcken*, Paderborn u.a. 1995.
- NEUMAN, H.J., *Het voorbehoud*, in: *Internationale Spectator*, 12 (1984), S. 720-731.
- NIEDERMAYER, O., *Europäische Parteien?*, Frankfurt am Main 1983.
- NIEDERMAYER, O., *Die europäischen Parteienbünde*, in: DERS./O.W. GABRIEL/R. STÖSS (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn 2001, S. 428-446.
- NOTTEN, W., *Zur Wiederaufnahme bilateraler Beziehungen zwischen SPD und PvdA 1945-1955. Über die Auseinandersetzung zwischen deutschen und niederländischen Sozialdemokraten in der Europapolitik*, Magisterarbeit Univ. Münster 1993.
- NOTTEN, W., *Die niederländischen und deutschen Sozialdemokraten als Gegner und Partner in der Europapolitik 1945-1955*, in: BOSMANS, J. (Hrsg.), *Europagedanke, Europabewegung und Europagedanke in den Niederlanden und Deutschland*, Münster 1996, S. 149-172.
- NOTZ, A., *Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss. Abkehr von einer Sicherheitspolitik der Vernunft*, Baden-Baden 1990.
- OBERMEYER, U., *Das Nein der SPD. Eine neue Ära? SPD und Raketen 1977-1983*, Marburg 1985 (= *Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung*, Bd. 45).
- ORLOW, D., *Common destiny. A comparative history of the Dutch, French and German social democratic parties 1945-1969*, New York u.a. 2000.

- PATIJN, C. L., *De erkenning van de DDR. Een schijnprobleem*, in: *Socialisme en Democratie*, 1 (1969), S. 1-3.
- PEKELDER, J., *Die Niederlande und die DDR. Bildformung und Beziehungen 1949-1989*, Münster 2002 (= *Deutsch-Niederländische Beziehungen*, Bd.2).
- PEPPER, A., *De verbeelding aan de macht 1970-1980*, in: BANK, J./S. TEMMING (Hrsg.), *Van brede visie tot smalle marge. Acht prominente socialisten over de SDAP en de PvdA*, Alphen aan den Rijn 1981, S. 201-232.
- PERRY, J., *De jaren 1894-1919*, in: DERS. u.a., *Honderd jaar sociaal-democratie in Nederland 1894-1994*, Amsterdam 1994, S. 9-62.
- POTTHOFF, H., *Die „Koalition der Vernunft“*. *Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren*, München 1995.
- POTTHOFF, H., *Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990*, Berlin 1999.
- POTTHOFF, H./S. MILLER, *Kleine Geschichte der SPD 1848-2002*, 8. Aufl., Bonn 2002.
- PRAAG, P. VAN, *Strategie en illusie. Elf jaar intern debat in de PvdA 1966-1977*, Amsterdam 1990.
- REEF, J., *Die Niederlande im internationalen System. Fallstudien zum Einfluss eines Kleinstaates*, Münster 1995 (= *Reihe Niederlande-Studien*, Bd. 15).
- REHWINKEL, P./J. NEKKERS, *Regerenderwijs. De PvdA in het kabinet-Lubbers/Kok*, Amsterdam 1994.
- REISSIG, R., *Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED*, Frankfurt am Main 2002.
- RIGHART, H., *De eindeloze jaren zestig. Geschiedenis van een generatieconflict*, Amsterdam 1995.
- RITTER, G.A., *Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland. Beiträge zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, München 1996.
- RITTER, G.A./K. TENFELDE, *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914*, Bonn 1992 (= *Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts*, Bd. 5).
- ROGOSCH, D., *Vorstellungen von Europa. Europabilder in der SPD und bei den belgischen Sozialisten 1945-1957*, Hamburg 1996 (= *Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte*, Bd. 14).
- ROHE, K., *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 1992.
- ROON, G. VAN, *Keine Experimente. De politieke ontwikkeling van West-Duitsland*, in: KROP, M. (Hrsg.), *Burengerucht. Opstellen over Duitsland*, Deventer 1978, S. 60-77.
- ROOY, P. DE u.a., *De rode droom. Een eeuw sociaal-democratie in Nederland*, Nimwegen 1995.
- ROVERS, F., *Voor recht en vrijheid. De Partij van de Arbeid en de Koude Oorlog 1946-1958*, Amsterdam 1994.
- ROVERS, F., *De geschiedenis van een misverstand*, in: *Socialisme en Democratie*, 1/2 (2003), S. 91-93.
- RUPPS, M., *Helmut Schmidt. Politikverständnis und geistige Grundlagen*, Bonn 1997.
- RUPPS, M., *Helmut Schmidt. Eine politische Biographie*, Leipzig/Stuttgart 2002.
- RUPPS, M., *Troika wider Willen. Wie Brandt, Wehner und Schmidt die Republik regierten*, Berlin 2004.

- RUTHMANN, P.F., *Wilhelm Dröscher. Die Sozialdemokraten auf dem Weg nach Europa*, Bonn 1979.
- RUYGERS, G.J.M.N., *Niederlande*, in: WEHNER, H., *Sozialdemokratie in Europa*, Hannover 1966, S. 173-186.
- SCHAPER, B.W., *Het buitenlands beleid van de PvdA. Een historische verkenningstocht*, in: *Socialisme en Democratie*, 4 (1983), S. 17-23.
- SCHEFFER, P., *Nederland tussen Europese en Atlantische loyaliteit*, in: *Socialisme en Democratie*, 11 (1986), S. 331-342.
- SCHMID, C., *Erinnerungen*, Bern/München/Wien 1979.
- SCHMIDT, H., *Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO*, Stuttgart 1961.
- SCHMIDT, H., *Freunde in Europa*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 2 (1967), S. 159-160.
- SCHMIDT, H., *Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte*, Stuttgart 1969.
- SCHMIDT, H., *Eine Strategie für den Westen*, Berlin 1986.
- SCHMIDT, H., *Menschen und Mächte*, Berlin 1987.
- SCHMIDT, H., *Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte*, Bd. 2, Berlin 1990.
- SCHÖLLGEN, G., *Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941-1991*, München 1996.
- SCHÖLLGEN, G., *Willy Brandt. Die Biographie*, Berlin/München 2001.
- SCHÖNHOFEN, K., *Wendjahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969*, Bonn 2004.
- SCHÜTZ, K./A. MOZER, *Gedenkworte für Ernst Reuter. Vorträge anlässlich der 15. Wiederkehr seines Todestages am 29. September 1968*, Berlin 1968.
- SCHWARZ, H.-P., *Adenauer. Der Staatsmann 1952-1967*, Stuttgart 1991.
- SCHWELIEN, M., *Helmut Schmidt. Ein Leben für den Frieden*, Hamburg 2003.
- SEEBACHER-BRANDT, B., *Ollenhauer. Biedermann und Patriot*, Berlin 1984.
- SEIDELMANN, R., *Die Sozialistische Internationale als Parteienbewegung und politischer Wegbereiter*, in: *Europa-Archiv*, 12 (1981), S. 659-668.
- SEIDELMANN, R., *Parteien und Internationale Politik*, in: WOYKE, W. (Hrsg.), *Handwörterbuch Internationale Politik*, 7. Aufl., Opladen 1998, S. 342-345.
- SMITS, H., *De bom in de vuist. De Partij van de Arbeid tussen afschrikking en atoompacifisme*, Amsterdam 1984.
- SOE, C./D. VERHEYEN (Hrsg.), *The Germans and their Neighbours*, Boulder/San Francisco/Oxford 1993.
- SOELL, H., *Helmut Schmidt 1918-1969. Vernunft und Leidenschaft*, München 2003.
- SOMMER, K.-L., *Wilhelm Kaisen. Eine politische Biographie*, Bonn 2000.
- STADEN, A. VAN, *Een trouwe bondgenoot. Nederland en het Atlantisch Bondgenootschap 1960-1971*, Baarn 1974.
- STEININGER, R., *Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg. Darstellung und Dokumentation*, Bonn 1979.
- STEININGER, R., *Kurt Schumacher, die Sozialistische Internationale und die Ruhrfrage*, in: ALBRECHT, W., *Kurt Schumacher als deutscher und europäischer Sozialist*, Bonn 1988, S. 61-94.
- STEININGER, R., *Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden*, Bd. 1 (1945-1947), Frankfurt am Main 2002.
- STEINMETZ, B., *Ruud Lubbers. Peetvader van het Poldermodel*, Amsterdam 2000.

- STEMERDINK, B., *Koude Oorlog en sociaal-democratie. Willy Brandt als hart van de sociaal-democratie*, in: *Socialisme en Democratie*, 11 (1996), S. 629-631.
- STOEL, M. VAN DER, *Berlijn – een beslissende krachtproef*, in: *Socialisme en Democratie*, 10 (1961), S. 684-696.
- STOEL, M. VAN DER, *Nederland en de internationale samenleving*, in: *Socialisme en Democratie*, 1 (1976), S. 3-18.
- STOEL, M. VAN DER, *Duitsland – een lastig vaderland*, in: NEDERLANDS GENOOTSCHAP VOOR INTERNATIONALE ZAKEN (Hrsg.), *In de schaduw van Duitsland*, Baarn 1979, S. 73-83.
- STOOP, B., *De SPD en de kommunisten*, in: WIARDI-BECKMAN-STIFTUNG (Hrsg.), *Europa tussen Brandt en Berlinguer. Een bundel opstellen over socialisten en kommunisten in Europa*, Amsterdam 1977, S. 67-70.
- STROH, A., *Die SPD im europäischen Einigungsprozess. Organisation und innerparteiliche Willensbildung in der Europapolitik von 1979 bis 1998*, Hamburg 2004.
- TEUNISSEN, P.J., *Die Friedens- und Antikernkraftbewegungen in den Niederlanden. Beweging der Verhältnisse?*, in: WAGENLEHNER, G. (Hrsg.), *Die Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluss*, Koblenz 1985, S. 92-124.
- THIJN, E. VAN, *Dagboek van een onderhandelaar 25 mei-11 november 1977*, Amsterdam 1978.
- THRÄNERT, O., *Helmut Schmidt '77. In der nuklearen Grauzone: Londoner Rede tritt Nachrüstung los*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 1-2 (2001), S. 57-60.
- THRÄNHARDT, D., *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt am Main 1996.
- TRAA, M. VAN, *Max van der Stoel*, in: GORTZAK, W. (Hrsg.), *De kleine stappen van het kabinet-Den Uyl. Gesprekken met PvdA-bewindslieden*, Deventer 1978, S. 80-95.
- TRAA, M. VAN, *Kernwapens*, Amsterdam 1981 (= *Actuele Politiek Bd. 4. Stichting Vormingswerk Partij van de Arbeid*).
- TRAA, M. VAN, *Sociaal-democratie en gedeelde veiligheid*, in: *Socialisme en Democratie*, 1 (1984), S. 24-34.
- TRAA, M. VAN, *Deutschland ja – aber nicht ohne uns!*, in: WICKERT, U. (Hrsg.), *Angst vor Deutschland. Die neue Rolle der Bundesrepublik in Europa und der Welt*, Hamburg 1990, S. 164-178.
- TRAA, M. VAN, *Wohlbekannt aber ungeliebt? Der deutsche Nachbar aus niederländischer Sicht*, in: *Europa-Archiv*, 17 (1994), S. 491-498.
- TRAA, M. VAN, *Koude Oorlog en sociaal-democratie. De te forse streken van Havenaar*, in: *Socialisme en Democratie*, 11 (1996), S. 635-636.
- TROMP, B., *Socialisme en Defensie. De PvdA en de problemen met oorlog en vrede*, in: BEUGEL, E.H. VAN DER (Hrsg.), *Te beginnen bij Nederland. Opstellen over oorlog en vrede*, Amsterdam 1983, S. 252-285.
- TROMP, B., *Het sociaal-democratisch programma. De beginselprogramma's van SDB, SDAP en PvdA 1878-1977*, Amsterdam 2002.
- TROMP, J./P. WITTEMAN, *Voor de duvel niet bang. Dries van Agt. Van weezin tot wellust*, Bussum 1980.
- UYL, J. DEN, *Vom Wohlstand zur Qualität des Lebens*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 2 (1973), S. 140-143, S. 140.
- VELDE, H. TE, *Van Thorbecke tot Den Uyl. Distantie en nabijheid in de Nederlandse politieke traditie*, in: DERS./D. PELS, *Politieke stijl. Over presentatie en optreden in de politiek*, Amsterdam 2000, S. 151-173.

- VELDE, H. TE, *Stijlen van leiderschap. Persoon en politiek van Thorbecke tot Den Uyl*, Amsterdam 2002.
- VELDE, H. TE, *Drees und Fortuyn. Der Stil politischer Führerschaft in den Niederlanden seit 1945*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien* 2003, Münster 2004, S. 11-25.
- VERKUIL, I.D., *De grote illusie. De Nederlandse vredesbeweging na 1945*, Utrecht 1988.
- VERRIPS, G., *Sociaal-democratie na de Koude Oorlog*, in: *Socialisme en Democratie*, 10 (1996), S. 555-562.
- VINGERLING, H./C.C. SCHOUTEN, *Democratisch Socialisten'70. Nevenstroom in de sociaal-democratie?*, Diss. Univ. Rotterdam 2003.
- VIS, J./G. MOLDENHAUER (Hrsg.), *Die Niederlande und Deutschland. Einander kennen und verstehen*, Münster u.a. 2001.
- VISSER, J./A. HEMERIJCK, *Ein holländisches Wunder? Reform des Sozialstaats und Beschäftigungswachstum in den Niederlanden*, Frankfurt/New York 1998.
- VIVANCO-LUYKEN, W. DE, *Die Sozialistische Internationale und der Weg zum Godesberger Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Berlin 1979.
- VOGTMEIER, A., *Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung*, Bonn 1996.
- VOIGT, K.D., *Zwischen Helsinki und Belgrad. Zur Konferenz sozialdemokratischer Parteien über Frieden und Sicherheit in Amsterdam*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 12 (1976), S. 1017-1018.
- WAL, O. VAN DER, *De „tweede Ostpolitiek“. De SPD en het Duitse vraagstuk 1982-1990*, in: *Socialisme en Democratie*, 4 (1996), S. 227-234.
- WALTER, F., *Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, Berlin 2002.
- WEBER, M., *Politik als Beruf*, 7. Auflage, Berlin 1982.
- WEBER, P., *Carlo Schmid 1896-1979. Eine Biographie*, München 1996.
- WEHNER, H., *Deutsche Politik auf dem Prüfstand*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 2 (1979), S. 92-94.
- WIEDIJK, C.H., *Koos Vorrink. Gezindheid, Veralgemening, Integratie. Een biografische studie 1891-1940*, Groningen 1990.
- WIELENGA, F., *De Partij van de Arbeid en het Marshallplan*, in: BANK, J. u.a. (Hrsg.), *Het vijfde jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1984, S. 128-159.
- WIELENGA, F., *Niederlande. PvdA im Wartezimmer der Regierungsmacht*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 3 (1985), S. 478-479.
- WIELENGA, F., *Buitenlandse politiek als splijtzwam. PvdA en SPD in de vroege jaren vijftig*, in: *Socialisme en Democratie*, 44 (1987), S. 193-199.
- WIELENGA, F., *West-Duitsland. Partner uit noodzaak. Nederland en de Bondsrepubliek 1949-1955*, Utrecht 1989.
- WIELENGA, F., *De urgentie van Atlantische veiligheid*, in: *Socialisme en Democratie*, 6 (1990), S. 162-165.
- WIELENGA, F., *Alfred Mozer. Europeaan en democraat*, in: KROP, M. u.a. (Hrsg.), *Het twaalfde jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1991, S. 132-164.
- WIELENGA, F., *De SPD en de macht in Bonn 1949-1993*, in: *Socialisme en Democratie*, 5 (1993), S. 211-218.

- WIELENGA, F., *Alfred Mozer. Ein deutsch-niederländischer Europäer*, in: DERS. (Hrsg.), *Niederländer und Deutsche und die europäische Einigung*, Bonn 1997 (= *Nachbarn*, 40), S. 26-30.
- WIELENGA, F., *Alfred Mozer und die deutsch-niederländischen Beziehungen*, in: MÜHLHAUSEN, W. u.a. (Hrsg.): *Grenzgänger. Persönlichkeiten des deutsch-niederländischen Verhältnisses. Horst Lademacher zum 65. Geburtstag*, Münster 1998, S. 215-229.
- WIELENGA, F., *Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und Deutschland seit 1945*, Münster 2000.
- WIELENGA, F., *Konsens im Polder? Politik und politische Kultur in den Niederlanden nach 1945*, in: DERS./I. TAUTE (Hrsg.), *Länderbericht Niederlande. Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft*, Bonn 2004 (= *Bundeszentrale für politische Bildung*, Bd. 399), S. 13-129.
- WIJK, J. VAN DER, *Wat hebben de Duitsche gebeurtenissen aan de Hollandsche sociaal-democratie ten opzichte harer geestelijke instelling te zeggen? Praeadvies, uitgebracht op de jaarvergadering van de Socialistische Vereeniging tot bevordering van de studie van maatschappelijke vraagstukken, gehouden op zondag 29 October 1933 te Amsterdam*, Amsterdam 1933.
- WIJMANS, L., *De linkse stroming. Vleugelstrijd in de Nederlandse sociaal-democratie*, in: SCHAPER, B.W. u.a., *Het verbleekte ideaal. De linkse kritiek op de sociaal-democratie in Nederland*, Amsterdam 1982, S. 43-57.
- WIJNE, J.S., *Stuuf Wiardi Beckman. Patricier en sociaaldemocraat*, Amsterdam 1986.
- WILKER, L., *Die Sicherheitspolitik der SPD 1956-1966. Zwischen Wiedervereinigungs- und Bündnisorientierung*, Bonn-Bad Godesberg 1977 (= *Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bd. 135).
- WINKLER, H.A., *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*, Berlin 1985 (= *Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts*, Bd. 10).
- WINKLER, H.A., *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Berlin 1987 (= *Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts*, Bd. 11).
- WINKLER, H.A., *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, Bd. 2, München 2000.
- WOLTJER, J.J., *Recent verleden. De geschiedenis van Nederland in de twintigste eeuw*, Amsterdam 2001.
- ZAHN, E., *Das unbekannte Holland. Regenten, Rebellen und Reformatoren*, München 1993.
- ZELIKOW, P./R. CONDOLEEZZA, *Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas*, Berlin 1997.
- ZIMMERMAN, R., *Das gedruckte Gedächtnis der Arbeiterbewegung. Die Geschichte der Bibliotheken der deutschen Sozialdemokratie*, Bonn 2001.
- ZUIJDAM, F.A., *Nieuw Links en de erkenning van de DDR*, Magisterarbeit Univ. Amsterdam 1995.
- ZUIJDAM, F.A., *Tussen wens en werkelijkheid. Het debat over vrede en veiligheid binnen de PvdA in de periode 1958-1977*, Amsterdam 2001.
- ZUIJDAM, F.A., *Van stichtelijke fraseologie naar redelijkheid. De PvdA en de oorlog in Vietnam*, in: *Bijdragen en Mededelingen betreffende de Geschiedenis der Nederlanden*, 2 (2002), S. 168-185.

Archive, veröffentlichte Quellen, Parteipublikationen, Medien, Korrespondenz und Gespräche

Archive

Niederlande

- Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG), Amsterdam
 - Archiv der PvdA (Parteivorstand)
 - Archiv der PvdA (B2 – Beziehungen zu ausländischen Parteien)
 - Archiv der PvdA-Fraktion in der Zweiten Kammer
 - Archiv der SDAP
 - Archiv der Sozialistische Internationale (SI)

 - Archiv Sicco Mansholt
 - Archiv Alfred Mozer
 - Archiv Maarten van Traa
 - Archiv Joop den Uyl

- Nationalarchiv (NA), Den Haag
Abteilung II:
 - Willem-Drees-Archiv
 - Depositum Marinus van der Goes van Naters

- Zeitungsarchiv der Königlichen Bibliothek (KB), Den Haag

Bundesrepublik Deutschland

- Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdSD/FES), Bonn
Abteilung I:
 - Willy-Brandt-Archiv
 - Nachlass Fritz Erler
 - Archiv Erich Ollenhauer
 - Helmut-Schmidt-Archiv
 - Archiv Kurt Schumacher
 - Depositum Karsten D. Voigt

Abteilung II:

- Archiv des SPD-Parteivorstandes

Pressearchiv des Archivs der Sozialen Demokratie (ZASS), Bonn

- Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA), Berlin
Abteilung II:
 - B 8 (Protokoll)
 - B 10 (Politische Abteilung)
 - B 11 (Länderabteilung)
 - B 24 (Länderreferat Niederlande)

Veröffentlichte Quellen/Parteipublikationen

- ALBRECHT, W. (Hrsg.), *Kurt Schumacher. Reden, Schriften, Korrespondenzen*, Berlin/Bonn 1985.
- ALBRECHT, W. (Hrsg.), *Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946-1963. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien*, Bd. 1 (1946-1948), Bonn 2000.
- ALBRECHT, W. (Hrsg.), *Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946-1963. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien*, Bd. 2 (1948-1950), Bonn 2003.
- ALFRED-MOZER-STIFTUNG (Hrsg.), *De Duitse eenwording en de toekomst van Europa*, Amsterdam 1990.
- DOEL, H. VAN DEN u.a., *Tien over rood. Uitdaging van Nieuw Links aan de PvdA*, Amsterdam 1966.
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, *Die Dialektik von Entspannung und individuellen wie kollektiven Menschenrechten in der zweiten Phase der Entspannungspolitik. Dokumentation des internationalen Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung v. 11. bis 13. März 1988 in Bonn*, Bonn 1988.
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, *Demokratische Reformen und europäische Sicherheit. Dokumentation des internationalen Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung v. 3. bis 5. März 1989 in Bonn*, Bonn 1989.
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, *Das Zusammenwachsen Deutschlands und Europas – die gemeinsame europäische Zukunft. Dokumentation des internationalen Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung v. 23. bis 25. März 1990 in Bonn*, Bonn 1990.
- *Handelingen Tweede Kamer*
- HEUMOS, P., (Hrsg.), *Europäischer Sozialismus im Kalten Krieg. Briefe und Berichte 1944-1948*, Frankfurt am Main 2004.
- HIRSCHFELD, H.E./J.J. REICHHARDT (Hrsg.), *Ernst Reuter. Schriften, Reden. 1949 bis 1953*, Bd. 4, Berlin 1975.
- Keesings Historisch Archief (KHA)
- KOOS-VORRINK-INSTITUT (Hrsg.), *De Europese Gemeenschap in socialistisch perspectief. Een discussiebijdrage van de Partij van de Arbeid voor de herstructurering van de Europese Gemeenschap*, Amsterdam 1972.
- MORSEY, R./H.-P. SCHWARZ (Hrsg.), *Adenauer. Briefe 1947-1949*, bearb. von H. P. MENSING, Bd. 2, Berlin 1984.
- NAGEL, J., *Ha, die PvdA!*, Amsterdam 1966.
- *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 9. bis 11. Mai 1946 in Hannover.*
- *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg.*
- *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. September 1948 in Düsseldorf.*
- *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. Juli 1956 in München.*
- *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 21. bis 25. November 1960 in Hannover.*
- PVDA (Hrsg.), *Een politiek voor de vrede. De PvdA en het vredesvraagstuk*, Amsterdam 1967.
- PVDA, *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit am 5. und 6. November 1976 in Amsterdam*, Amsterdam 1976.
- PVDA, *beginselprogramma 1977*, Amsterdam 1977.

- PVDA, *verkiezingsprogramma Weerwerk 1981-1985*, Amsterdam 1981.
- PVDA-INITIATIVKOMITEE TEGEN DE BERUSVERBOTE/POLITIEK JONGEREN KONTAKT (Hrsg.), *Berufsverbote. Politieke diskriminatie in West-Duitsland*, Amsterdam 1976.
- SCHMIDT, H., *Politische und wirtschaftliche Aspekte der westlichen Sicherheit. Vortrag vor dem International Institute for Strategic Studies am 28. Oktober 1977 in London*, in: *Bulletin*, 112 (1977), S. 1013-1020.
- SPD-PARTEIVORSTAND (Hrsg.), *Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom außerordentlichen Parteitag der SPD vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg*, in: POTTHOFF, H./S. MILLER, *Kleine Geschichte der SPD 1848-2002*, 8. Aufl., Bonn 2002, S. 492-503.
- SPD-PARTEIVORSTAND (Hrsg.), *SPD-Parteitag vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin. Bd. I Protokolle der Verhandlungen/Anlagen*, Bonn 1980.
- SPD-PARTEIVORSTAND (Hrsg.), *SPD-Parteitag v. 17. bis 21. Mai 1984 in Essen. Protokoll des ersten Tages*, Bonn 1984, S. 31-33.
- SPD-PARTEIVORSTAND (Hrsg.), *SPD-Parteitag v. 25. bis 29. August 1986 in Nürnberg. Protokoll des ersten Tages*, Bonn 1986.
- *Stenographische Berichte der Verhandlungen des Deutschen Bundestages*
- VORRINK, K., *Internationaler Maigruß 1946*, in: SPD (Hrsg.), *Die Internationale begrüßt die neuerstandene Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, o.O. 1946, S. 3-5.
- WIARDI-BECKMAN-STIFTUNG, *Duitsland weer een probleem? Verslag van de Duitslandkonferentie op 11 november 1978*, Amsterdam 1978.

Medien

Accent, Algemeen Handelsblad, Bayernkurier, Bergedorfer Zeitung, Berliner Extra-Dienst, Das Parlament, De Groene Amsterdammer, De Tijd/Maasbode, De Vlam, de Volkskrant, Der Spiegel, Der Tagesspiegel, Der Telegraf, Die Tat, Die Welt, Die Zeit, Fränkische Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Haagse Post, Het Parool, Het Volk, Het Vrije Volk, Historisch Nieuwsblad, Kölnische Rundschau, Kölner Stadt-Anzeiger, Neuer Vorwärts, Nieuwe Apeldoornse Courant, Nieuwe Rotterdamse Courant, NRC Handelsblad, Ons Werk, Opinie, Paraat, Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, Partijkrant van de Partij van de Arbeid, Rheinischer Merkur, Roos in de vuist, Sopade Informationsdienst, Spandauer Volksblatt, SPD-Pressedienst, Süddeutsche Zeitung, Voorwaarts, Vorwärts, Vrij Nederland

Korrespondenz/Gespräche

Egon Bahr (4. August 2003 in Berlin)
 Klaus Uwe Benneter (8. August 2003 in Berlin)
 Maarten Brands (19. Mai 2003 in Berlin)
 Hans-Eberhard Dingels (20. August 2003 in Bonn)
 Horst Ehmke (Briefe vom 7. November 2003 und 8. September 2004)
 Ien van den Heuvel (Brief vom 4. November 2003)
 Markus Meckel (Telefongespräch am 18. Februar 2005)
 Susanne Miller (20. April 2004 in Bonn)
 Marnix Krop (4. September 2003 in Den Haag)

Klaus Lindenberg (23. Juni 2003 in Berlin)
Connie Patijn (26. Juni 2003 in Den Haag)
Max van der Stoel (Telefongespräch am 3. September 2003)
Karsten D. Voigt (27. August 2003 in Berlin)

Lebenslauf

Ich wurde am 20. Januar 1975 in Hamm geboren und bin im benachbarten Ahlen/Westfalen aufgewachsen. Meine Schulzeit begann 1981 mit dem Besuch der Marien-Grundschule und setzte sich ab 1985 auf dem Gymnasium St. Michael in Ahlen fort.

Nach dem Abitur im Sommer des Jahres 1994 leistete ich von August 1994 bis November 1995 meinen Zivildienst im Jugendheim der katholischen Pfarrgemeinde St. Marien in Ahlen ab.

Mein Interesse für gesellschaftspolitische und historische Zusammenhänge führte mich im April 1996 zum Studium der Fächer Niederlande-Studien (Hauptfach), Politikwissenschaften und Neuerer und Neuester Geschichte (Nebenfächer) an die Westfälische Wilhelms-Universität in Münster. Nach dem Abschluss des Grundstudiums mit den Zwischenprüfungen 1998 bewarb ich mich erfolgreich auf das Austauschprogramm „Socrates“ der Europäischen Union und erhielt die Möglichkeit, von September 1998 bis März 1999 für ein Semester an der Universität van Amsterdam zu studieren.

Von September 1999 bis Dezember 2001 war ich studentischer Mitarbeiter am Zentrum für Niederlande-Studien. Im ersten Jahr meiner Tätigkeit unterstützte ich den Direktor des Instituts, Prof. Dr. Horst Lademacher, und nach dessen Emeritierung seinen Nachfolger Prof. Dr. Friso Wielenga bei der Vorbereitung ihrer Seminare und verfasste Informationsbroschüren für die Arbeit des Hauses nach außen. Im zweiten Jahr war ich stärker in Projektarbeiten eingebunden.

Im Februar 2002 habe ich mein Studium in den drei Fächern Niederlande-Studien, Politikwissenschaften und Neuerer und Neuester Geschichte mit dem philosophischen Grad des Magister Artium und der Endnote 1,9 abgeschlossen. Meine Magisterarbeit mit dem Titel *Die zwei ungleichen Schwestern. PvdA und SPD und die internationale Sicherheit 1977-1983* ist von den beiden Professoren Friso Wielenga und Dietrich Thränhardt jeweils mit 1,7 benotet worden.

Im Sommersemester 2002 begann ich an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster mit einem Promotionsstudiengang in den drei Fächern Niederlande-Studien, Politikwissenschaften und Neuerer und Neuester Geschichte. Die Dissertation im Fach Niederlande-Studien trägt den Titel *Zwei Schwestern in Europa. Die deutsche und niederländische Sozialdemokratie zur Zeit der Teilung Deutschlands 1945-1990* und wird von Prof. Dr. Friso Wielenga betreut (Korreferent Prof. Dr. Reinhard Meyers). Das Vorhaben wird durch die Graduiertenförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt und 2005 abgeschlossen.